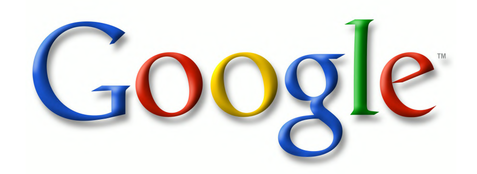



HARVARD LAW LIBRARY
3 2044 097 775 530


VE RI TAS
CHRISTO ET ECCLESIAE
SIGILLVM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV·ANG·



German



Sammlung

der

Gesetze und internationalen Verträge

zum Schutze

des literarisch-artistischen Eigenthums

in

Deutschland, Frankreich und England.

Herausgegeben

von

Dr. Ch. F. M. Eisenlohr.

Heidelberg.

Verlag von Bangel und Schmitt.

1856.

Hinterlegt bei dem großherzoglich Badischen Ministerium des Innern.

Zum Buchhändler-Subscriptionspreise von 22½ Sgr. oder 1 fl. 21 kr. bezogenes Exemplar.

Vorwort.

Im vergangenen Jahre veröffentlichte ich eine Geschichte und Darstellung der Lehre vom literarisch-artistischen Eigenthum und Verlagsrecht. Ich zeigte aus der Geschichte, wie wohl begründet der Begriff des literarisch-artistischen Eigenthums ist, ich zerlegte ihn in seine Momente, und wies nach, wie der Inhalt der Gesetze der Gegenwart mit meinen Deductionen übereinstimmt. Schon damals dachte ich daran, eine Sammlung dieser Gesetze herauszugeben. Ich wollte die Einsicht in die Richtigkeit meiner Resultate erleichtern und dem Geschäftsmanne und Gelehrten zur eigenen Kenntnißnahme der Gesetze und Verträge, die das literarisch-artistische Eigenthum betreffen, behülflich sein. Meine Sammlung soll die Forschung Anderer unterstützen und anregen. Das Feld, das sich der deutschen Wissenschaft seit zwanzig Jahren eröffnet hat, ist noch kaum angebaut. Es waren zu der Zeit, da wir in Deutschland noch keinen allgemeinen Rechtsschutz gegen Nachdruck und Nachbildung hatten, mehr Schriftsteller für den Schutz der Autoren eingetreten, als jetzt, wo es gilt, das gegebene Recht wissenschaftlich zu erfassen und zu interpretiren.

Meine Sammlung ist auch eine Ergänzung der von Herrn Volkmann in Leipzig bearbeiteten „Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen über das Urheber- und Verlagsrecht." Sie beschränkt sich, wie diese, auf die deutschen Bundesbeschlüsse, die deutschen Territorialgesetze, die englische und französische Gesetzgebung. Ich betrachte diese als die Brennpunkte, von denen die Gesetze anderer Länder beherrscht werden. Diese übrigen will ich später mittheilen; die belgische Gesetzgebung hat indessen schon unter Luxemburg eine Stelle gefunden.

Ich wollte nur das heutige, geltende Recht aufnehmen und habe diese Grenze blos da überschritten, wo es der Zusammenhang des älteren Rechts mit dem späteren forderte. In diesem Sinne glaube ich eine vollständige, dem Gelehrten und Geschäftsmanne ausreichende Sammlung zu bieten. Wo ihnen zur Beurtheilung früherer Rechtsgeschäfte die Kenntniß des früheren Rechts der deutschen Territorien erforderlich

*

ist, da wird Schletter's Handbuch der deutschen Preßgesetzgebung Auskunft geben. Diesem Werke habe ich auch einige Gesetze der kleineren Staaten entlehnt, die mir sonst unzugänglich waren. — Die älteren englischen Gesetze findet man bei Godson A practical treatise on the Law of Patents for Inventions and of Copyright (Lond. 1832), die älteren französischen Ordonnanzen sind abgedruckt in Rénouard Traité des droits d'Auteurs (Paris 1838).

In meiner Sammlung durften die Verträge nicht fehlen, durch welche das Schutzgebiet der Werke des Geistes über die Grenze ihres engern Vaterlandes hinausgerückt wird. Diese Verbindung fremder Nationen interessirt nicht allein den Geschäftsmann, den Künstler und Gelehrten, die sich einen ökonomischen Vortheil davon versprechen dürfen, sie hat ein allgemeines Interesse, denn sie hebt und fördert die Gesittung, sie ist eine heilige Allianz zum Schutze der Kultur.

Da das Werk, das ich hiermit dem Publikum übergebe, hauptsächlich für das deutsche berechnet ist, so wird es sich erklären, weßhalb die internationalen Verträge nichtdeutscher Staaten nur in der Sprache Eines der vertragenden Länder mitgetheilt sind.

Als geschichtliche Notiz mag noch die Bemerkung Platz finden, daß Preußen im Spätherbst des vergangenen Jahres beim Bundestag den Antrag einbrachte, den B. B. v. 22. April 1841 dahin auszudehnen, daß **auch bereits gedruckten dramatischen und musikalischen Werken** Schutz gegen unerlaubte Aufführung zu Theil werde. Es ist zu wünschen, daß die deutschen Regierungen auf diesen Antrag eingehen, da triftige Gründe nicht dawider sind und das anerkannte Eigenthum der Autoren diese Consequenz verlangt. Vielleicht dürfen wir uns noch auf Mehr Hoffnung machen. Durch den Vorstand des Börsenvereins der deutschen Buchhändler sind die Sachverständigen Deutschlands aufgefordert, Vorschläge über Verbesserung der zum Schutze des literarisch artistischen Eigenthums bestehenden Gesetzgebung auszuarbeiten und die sächsische Regierung hat ihre Unterstützung bei der Bundesversammlung im Voraus verheißen. — Ich biete nun Denen, die berufen sind, Vorschläge in dieser Beziehung zu machen oder zu prüfen, ein reiches Material.

Neue Gesetze oder Verträge der Länder, die in der folgenden Sammlung vertreten sind, werden von Zeit zu Zeit als Supplemente erscheinen.

Heidelberg, im Februar 1856.

Ch. E.

Inhaltsverzeichniß.

Erste Abtheilung.

Die Gesetzgebungen.

A. Die deutsche Gesetzgebung.

B. Die Gesetzgebung Frankreichs.

Zweite Abtheilung.
Die Staatsverträge.

Erste Abtheilung.

Die Gesetzgebungen.

A. Die deutsche Gesetzgebung.

I. Bundesgesetzgebung.

1. Deutsche Bundesacte vom 8. Juni 1815.

Art. 18.

Die verbündeten Fürsten und freien Städte kommen überein, den Unterthanen der deutschen Bundesstaaten folgende Rechte zuzusichern:

d) Die Bundesversammlung wird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Preßfreiheit und die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck beschäftigen.

2. Bundesbeschluß vom 6. Sept. 1832.

Um nach Art. 18d der deutschen Bundesacte die Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck von Gegenständen des Buch- und Kunsthandels sicher zu stellen, vereinigen sich die souveränen Fürsten und freien Städte vorerst über den Grundsatz, daß bei Anwendung der gesetzlichen Vorschriften und Maßregeln wider den Nachdruck, der Unterschied zwischen den eigenen Unterthanen eines Bundesstaates und jenen der übrigen, im deutschen Bunde vereinigten Staaten gegenseitig und im ganzen Umfange des Bundes in der Art aufgehoben werden soll, daß die Herausgeber, Verleger und Schriftsteller eines Bundesstaates sich in jedem andern Bundesstaate des dort gesetzlich bestehenden Schutzes gegen den Nachdruck gleichmäßig zu erfreuen haben werden.

Die Regierungen werden die zur Vollziehung dieses Beschlusses nöthigen Verfügungen erlassen und wie dieses geschehen, so wie überhaupt von den gegen den Nachdruck bestehenden Gesetzen und Anordnungen der Bundesversammlung binnen zwei Monaten Mittheilung machen.

3. Bundesbeschluß vom 9. November 1837.

Die im deutschen Bunde vereinigten Regierungen kommen überein, zu Gunsten der im Umfange des Bundesgebietes erscheinenden literarischen und artistischen Erzeugnisse folgende Grundsätze in Anwendung zu bringen:

Art. 1. Literarische Erzeugnisse aller Art, sowie Werke der Kunst, sie mögen bereits veröffentlicht sein oder nicht, dürfen ohne Einwilligung des Urhebers oder Desjenigen, welchem derselbe seine Rechte an dem Originale übertragen hat, auf mechanischem Wege nicht vervielfältigt werden.

Art. 2. Das im Art. 1 bezeichnete Recht des Urhebers oder Dessen, der das Eigenthum des literarischen oder artistischen Werkes erworben hat, geht auf dessen Erben und Rechtsnachfolger über, und soll, in so fern auf dem Werke der Herausgeber oder Verleger genannt ist, in sämmtlichen Bundesstaaten, mindestens während eines Zeitraums von zehn Jahren, anerkannt und geschützt werden. Diese Frist von zehn Jahren ist für die in den letztverflossenen zwanzig Jahren im Umfange des deutschen Bundesgebietes erschienenen Druckschriften oder artistischen Erzeugnisse vom Tage des gegenwärtigen Bundesbeschlusses, bei den künftig erscheinenden Werken vom Jahre ihres Erscheinens an, zu rechnen. Bei den in mehreren Abtheilungen herauskommenden Werken ist diese Frist für das ganze Werk erst von Herausgabe des letzten Bandes oder Heftes zu zählen, vorausgesetzt, daß zwischen der Herausgabe der einzelnen Bände oder Hefte kein längerer als ein dreijähriger Zeitraum verflossen ist.

Art. 3. Zu Gunsten von Urhebern, Herausgebern oder Verlegern von großen, mit bedeutenden Vorauslagen verbundenen Werken der Wissenschaft und Kunst (Art. 1) wird das ausgesprochene Minimum des Schutzes der Gesammtheit gegen den Nachdruck (Art. 2) auch bis zu einem längern, höchstens zwanzigjährigen Zeitraume ausgedehnt, und hinsichtlich derjenigen Regierungen, deren Landesgesetzgebung diese verlängerte Schutzfrist nicht ohnehin erreicht, diesfalls eine Vereinbarung am Bundestage getroffen werden, wenn die betreffende Regierung drei Jahre nach dem öffentlichen Erscheinen des Werkes hiezu den Antrag stellt.

Art. 4. Dem Urheber, Verleger und Herausgeber der Originalien nachgedruckter oder nachgebildeter Werke steht der Anspruch auf volle Entschädigung zu. Außer den in Gemäßheit der Landesgesetze gegen den Nachdruck zu verhängenden Strafen soll in allen Fällen die Wegnahme der nachgedruckten Exemplare, und bei Werken der Kunst auch noch die Beschlagnahme der zur Nachbildung gemachten Vorrichtungen, also der Formen, Platten, Steine u. s. w., stattfinden.

Art. 5. Der Debit aller Nachdrücke und Nachbildungen der unter 1 bezeichneten Gegenstände, sie mögen im deutschen Bundesgebiete oder außerhalb desselben veranstaltet sein, soll in allen Bundesstaaten, bei Vermeidung der Wegnahme und der durch die Landesgesetze angedrohten Strafen, untersagt sein. Es versteht sich übrigens von selbst, daß die Bundes-

regierungen, in deren Staaten bis jetzt der Nachdruck gesetzlich nicht verboten war, selbst zu bestimmen haben, ob und auf wie lange sie im Bereich ihrer Staaten den Vertrieb der vorräthigen, bisher erschienenen Nachdrücke gestatten wollen.

Art. 6. Es wird der Bundesversammlung davon, wie die vorstehenden allgemeinen Grundsätze von den Bundesregierungen durch specielle Gesetze oder Verordnungen in Ausführung gebracht werden sollen, Nachricht gegeben, und dabei zugleich angezeigt werden, welche Förmlichkeit in den einzelnen Staaten erforderlich sei, um den Charakter einer Original-Ausgabe und den Zeitpunkt des Erscheinens nachzuweisen. Da übrigens eine große Mehrheit der Bundesregierungen sich dafür erklärt hat, daß den Schriftstellern und Verlegern eine noch ausgedehntere Schutzfrist im gesammten Umfange des Bundesgebietes gesichert werden möge, als diejenige ist, welche in dem Art. 2 des gegenwärtigen Bundesbeschlusses als Minimum ausgesprochen wird, so soll mit Eintritt des Jahres 1842, wenn sich das Bedürfniß hierzu nicht früher zeigen sollte, am Bundestage sowohl die Frage wegen einer verlängerten Dauer des den Rechten der Schriftsteller und Verleger von der Gesammtheit der Bundesglieder zu bewilligenden Schutzes neuerdings gemeinsam berathen, als auch überhaupt der Einfluß in Erwägung gezogen werden, welchen, nach den inmittelst gesammelten Erfahrungen, die gegenwärtigen Bestimmungen auf Kunst und Literatur, auf die Interessen des Publikums und auf den Flor des Kunst- und Buchhandels bewährt haben.

4. Bundesbeschluß vom 22. April 1841.

Die im deutschen Bunde vereinigten Regierungen werden zum Schutze der inländischen Verfasser musikalischer Compositionen und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung und Darstellung derselben im Umfange des Bundesgebiets folgende Bestimmungen in Anwendung bringen:

1) die öffentliche Aufführung eines dramatischen oder musikalischen Werkes im Ganzen oder mit Abkürzungen darf nur mit Erlaubniß des Autors, seiner Erben oder sonstigen Rechtsnachfolger, stattfinden, so lange das Werk nicht durch den Druck veröffentlicht worden ist;

2) dieses ausschließende Recht des Autors, seiner Erben und sonstigen Rechtsnachfolger, soll wenigstens während zehn Jahren, von der ersten rechtmäßigen Aufführung des Werks an, in sämmtlichen Bundesstaaten anerkannt und geschützt werden. Hat jedoch der Autor die Aufführung seines Werkes ohne Nennung seines Familien- oder offenkundigen Autor-Namens irgend Jemandem gestattet, so findet auch gegen Andere kein ausschließendes Recht statt;

3) dem Autor oder dessen Rechtsnachfolgern steht gegen Jeden, welcher dessen ausschließliches Recht durch öffentliche Aufführung eines noch nicht gedruckten dramatischen oder musikalischen Werks beeinträchtigt, Anspruch auf Entschädigung zu;

4) die Bestimmung dieser letztern, und der Art, wie dieselbe gesichert und verwirklicht werden soll, sowie die Festsetzung der etwa noch neben dem Schadenersatze zu leistenden Geldbußen, bleibt den Landesgesetzen vorbehalten; stets ist jedoch der ganze Betrag der Einnahme von jeder un-

befugten Aufführung, ohne Abzug der auf dieselbe verwendeten Kosten, und ohne Unterschied, ob das Stück allein oder in Verbindung mit einem andern, den Gegenstand der Aufführung ausgemacht hat, in Beschlag zu nehmen.

5. Bundesbeschluß vom 19. Juni 1845.

Nachdem der Bundesbeschluß vom 9. November 1837 nur das geringste Maaß des Schutzes festgestellt hat, welcher innerhalb des deutschen Bundesgebiets den dort erscheinenden literarischen und artistischen Erzeugnissen gegen den Nachdruck und jede andere unbefugte Vervielfältigung auf mechanischem Wege zu gewähren war, eine weitere Vereinbarung über gemeinsame Gewährung eines völlig ausreichenden Schutzes aber gleichzeitig vorbehalten worden ist, so sind sämmtliche deutsche Regierungen über folgende Bestimmungen zur Ergänzung des Beschlusses vom 9. November 1837 übereingekommen:

1) Der durch den Artikel 2 des Beschlusses vom 9. Nov. 1837 für mindestens zehn Jahre von dem Erscheinen eines literarischen Erzeugnisses oder Werks der Kunst an zugesicherte Schutz gegen den Nachdruck und jede andere unbefugte Vervielfältigung auf mechanischem Wege wird fortan innerhalb des ganzen deutschen Bundesgebietes für die Lebensdauer der Urheber solcher literarischen Erzeugnisse und Werke der Kunst, und auf dreißig Jahre nach dem Tode derselben gewährt.

2) Werke anonymer oder pseudonymer Autoren, sowie posthume und solche Werke, welche von moralischen Personen (Academien, Universitäten u. s. w.) herrühren, genießen solchen Schutzes während dreißig Jahren, von dem Tage ihres Erscheinens an.

3) Um diesen Schutz in allen deutschen Bundesstaaten in Anspruch nehmen zu können, genügt es, die Bedingungen und Förmlichkeiten erfüllt zu haben, welche dieserhalb in dem deutschen Staate, in welchem das Originalwerk erscheint, gesetzlich vorgeschrieben sind.

4) Die Verbindlichkeit zu voller Schadloshaltung der durch Nachdruck u. s. w. Verletzten, liegt dem Nachdrucker und Demjenigen, welcher mit Nachdruck wissentlich Handel treibt, ob, und zwar solidarisch, insoweit nicht allgemeine Rechtsgrundsätze dem entgegen stehen.

5) Die Entschädigung hat in dem Verkaufspreise einer richterlich festzusetzenden Anzahl von Exemplaren des Originalwerkes zu bestehen, welche bis auf 1000 Exemplare ansteigen kann, und eine noch höhere sein soll, wenn von dem Verletzten ein noch größerer Schaden nachgewiesen worden ist.

6) Außerdem sind gegen den Nachdruck und andere unbefugte Vervielfältigung auf mechanischem Wege, auf den Antrag des Verletzten, in allen Bundesstaaten, wo die Landesgesetzgebung nicht noch höhere Strafen vorschreibt, Geldbußen bis zu 1000 fl. zu verhängen.

7) Die über dergleichen Vergehen erkennenden Richter haben, nach näherer Bestimmung der Landesgesetze in denjenigen Fällen, wo ihrem Ermessen zu Folge, der Befund von Sachverständigen einzuholen ist, bei literarischen Werken das Gutachten von Schriftstellern, Gelehrten und Buchhändlern, bei musikalischen und Kunstwerken das von Künstlern, Kunstverständigen und Musik- oder Kunsthändlern einzuholen.

II. Die deutschen Landesgesetze.

1) Anhalt-Bernburg.

Verordnung vom 2. December 1827, Nachdruck betr.

Von G. G. Wir Alexius Friedrich Christian, ältestregierender Herzog zu Anhalt 2c. 2c.
fügen hiermit zu wissen: Nachdem Wir für angemessen gefunden haben, wegen des Nachdrucks bis dahin, daß von sämmtlichen deutschen Bundesstaaten deshalb eine gleichförmige Gesetzgebung angenommen werden wird, eine landesherrliche Verfügung zu erlassen, so verordnen Wir hiermit Folgendes:

1) Schriften, auf welche einer Unserer Unterthanen ein Verlagsrecht hat, sollen von Niemand nachgedruckt werden.

2) Hat der rechtmäßige Verleger ein ausdrückliches Privilegium erhalten, so hat der Nachdrucker eines Buches, welchem ein solches Privilegium vorgedruckt ist, die darin angedrohte Strafe verwirkt.

3) Findet eine solche Strafe aus einem besondern Privilegium nicht Statt, so soll der Nachdruck auf Antrag des rechtmäßigen Verlegers confiscirt und zum Verkauf unbrauchbar gemacht, oder dem Verleger, wenn er es verlangt, überlassen werden, in welchem letztern Falle dieser, wenn er den Nachdruck übernehmen will, die von dem Nachdrucker darauf verwendeten Auslagen sich auf die ihm zu leistende Entschädigung anrechnen lassen, oder den Ueberschuß zur Strafcasse herauszahlen muß.

4) Insoweit der Nachdruck verboten ist, darf Niemand, bei gleicher Strafe, mit auswärts nachgedruckten Schriften Handel treiben.

5) Auch muß der Nachdrucker den rechtmäßigen Verleger durch Ersatz des Honorars, welches dieser dem Verfasser bezahlt hat und Vergütung der Kosten, welche der Verleger wegen bessern Drucks und Papiers, gegen den Nachdruck gerechnet, auf die rechtmäßige Auflage verwandt hat, entschädigen.

6) Nicht minder ist gegen unbefugte Nachdrucker, außer den in vorigen §§ gegen sie verhängten Nachtheilen, criminaliter zu verfahren, und sind dieselben mit einer willkürlichen Geld- oder Gefängnißstrafe zu belegen.

7) Insofern Unsere Unterthanen in andern deutschen Bundesstaaten eines gleichen gesetzlichen Schutzes gegen den Nachdruck genießen, sollen die Bewohner dieser Staaten auch gleicher Rechte wie Unsere Unterthanen theilhaftig sein. Insbesondere soll, nach einer Uebereinkunft zwischen dem Kön. Preuß. Gouvernement und Unserer Regierung, wornach Unsere Unterthanen in den Königlich Preußischen Staaten in Beziehung auf den Nachdruck gleiche Rechte wie die dortigen Unterthanen genießen, kein Unterschied zwischen Inländern und Ausländern in Rücksicht auf die Königlich Preußischen Unterthanen Statt finden.

8) Wir befehlen Unserer Regierung und sämmtlichen Behörden Unseres Herzogthums, über gegenwärtige Verordnung unverbrüchlich zu halten und haben solche eigenhändig unterschrieben, auch Unser Herzogliches Insiegel beidrucken lassen.

2) Anhalt Cöthen.

Mandat gegen den Nachdruck von Büchern, vom 23. December 1828.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Ferdinand ꝛc. ꝛc.

Haben, in Erwägung der allgemein anerkannten Schädlichkeit und Unrechtlichkeit des Büchernachdrucks, in Erwägung der dagegen schon in der ältern deutschen Reichsverfassung bestandenen Verordnungen, der neuerlich bei dem deutschen Bundestage vorgewesenen Verhandlungen, und dem gemäß bereits vorläufig in mehreren deutschen Bundesstaaten ergangenen Verfügungen, besonders aber nach deßhalb stattgefundener diesseitiger Vernehmlassung mit dem Königl. Preußischen Gouvernement, Folgendes hierdurch gesetzlich, zur Nachachtung Unserer Behörden und aller Unserer Unterthanen, verordnet:

1) Der Nachdruck von Büchern, Landkarten, Kupferstichen, Steindrücken, musikalischen Compositionen, überhaupt allen in den literarischen Verkehr und in den Buchhandel kommenden Werken, zur Beeinträchtigung und gegen den Willen des Verfassers und rechtmäßigen Verlegers, ist hiermit im Allgemeinen und für immer in Unsern Landen verboten, und soll so wenig zur Benachtheiligung Unserer eigenen Unterthanen, als zur Bevortheilung von allen Unterthanen in denjenigen Landen, welche hiesigen Schriftstellern, Verfassern und Verlegern gleichen Schutz wider diese Eingriffe gestatten, namentlich den Angehörigen des Königlich Preußischen Staats, geduldet und gestattet werden.

2) Als verbotener Nachdruck sind nicht zu betrachten: in andern eigenen Schriften angeführte Auszüge weitläuftiger Stellen aus fremden Werken, Sammlungen von Aufsätzen mehrerer Verfasser und Abdrücke einzelner bereits im Druck erschienener Abhandlungen, zur Erläuterung oder Vervollständigung eines ausgearbeiteten Buchs. Dagegen gehören dahin unbehörige Auflagen eines fremden Verlagsartikels unter einem andern Titel.

3) Ebenso sind Uebersetzungen von Werken in andere Sprachen so wenig als Nachdruck zu betrachten, als eine veranstaltete neue Uebersetzung durch einen andern Uebersetzer von einer bereits anderwärts übersetzten Schrift.

4) Ferner ist die Veranstaltung von einer neuen Auflage eines literarischen Werks kein Nachdruck, wenn der Verfasser gestorben ist, und Kinder desselben nicht mehr vorhanden sind.

5) In allen übrigen Fällen findet Nachdruck statt, sobald das rechtmäßige Verlagsrecht nicht erloschen, oder das Eigenthumsrecht des Verfassers an seinem Geistesproducte nicht aufgehoben ist.

6) Zu dem Ende ist, vorkommenden Falls, das Verlagsrecht nach dem zu erfordernden, zwischen dem Verfertiger und dem Verleger abgeschlossenen Vertrage zu beurtheilen, und, wäre darin etwas Besonderes über des Letztern Befugnisse auf den alleinigen und unzubeschränkenden Verlag des Gegenstandes und dessen Dauer nicht bestimmt worden; so soll das Verlagsrecht als erloschen betrachtet werden, sobald die rechtmäßige erste oder letzte Auflage eines Werkes nicht mehr im Buchhandel zu haben ist. Es stehet jedoch dem Verfasser und, nach dessen Tode, seinen Kindern,

nur aber diesen, nicht auch Enkeln und andern Erben, immer zunächst das Recht zu, über ein, auf die Art als erloschen anzunehmendes Verlagsrecht, ausschließend noch weiter zu verfügen, weßhalb denn auch Derjenige, der eine neue Auflage zu machen gedenkt, sich zuvor an diese zu wenden hat, wenn er nicht als Nachdrucker behandelt werden soll, falls er eigenmächtig zum Drucke schritt.

7) Es darf auch Niemand in hiesigen Landen, dem der Handel mit rohen und gebundenen Schriften gestattet ist, und sonst, mit solchen Werken handeln, welche zwar anderwärts erschienen, aber nach den vorliegenden Bestimmungen als Nachdruck zu betrachten sind.

8) Würde sich dennoch Jemand unterfangen, gegen diese Unsere höchstlandesherrliche Verfügung einen Nachdruck zu veranstalten, oder zu verbreiten, so finden folgende Bestimmungen statt:

a) Ist für ein Buch, oder sonstigen literarischen Verlagsartikel einem Unserer Unterthanen, oder einem Ausländer ein besonderes Privilegium für Unsere Lande von Uns bereits ertheilt worden, oder wird in Zukunft ein solches noch ausgewirkt, so hat es bei demjenigen sein Bewenden, was darin gegen einen etwa zu unternehmenden Nachdruck angedroht und verfügt ist.

b) Ist ein solches ausschließendes Privilegium von uns nicht vorhanden, oder aber im Privilegio etwas Bestimmtes, hinsichtlich der Bestrafung eines Nachdrucks, nicht ausgesprochen, so tritt Confiscation sämmtlicher, in Unsern Landen sich vorfindender Exemplare eines hierselbst veranstalteten, oder allhier in Handel gekommenen Nachdrucks ein, welche dann dem rechtmäßigen Verleger, oder dem sich anmeldenden Verfasser, ohne Erstattung von Kosten und Auslagen, eingehändigt werden, wobei der Uebertreter des Gesetzes dem Verfasser oder rechtmäßigen Verleger überdieß den bereits aus dem Handel mit dem Nachdrucke genommenen Erlös ausliefern soll, weßhalb er denn auch gehalten ist, über die deßhalb zuzulegende Berechnung und über die richtige Ablieferung der vorhandenen Exemplare und der gehabten Einnahme den Manifestations-Eid abzuleisten, auch etwa ihm im Rückstande verbliebenen Saldo mit zu verlegen.

9) Außerdem soll der Nachdrucker oder Verkäufer von Nachdrücken, als Strafe an die öffentliche Casse, die Hälfte des Buchhändlerpreises von jedem abgesetzten Exemplare zahlen, auch gehalten sein, den rechtmäßigen Verleger und Verfasser, wenn derselbe einen sonstigen, durch die unredliche Handlung ihm zugefügten Schaden noch besonders darthun, und desfallsige Vergütung in Anspruch nehmen würde, zu entschädigen, wie denn auch besonders Derjenige, der sich einer Verletzung dieses Unseres Landesgesetzes wiederholt schuldig macht, ja sich dem Nachdrucker-Gewerbe hingiebt, mit einer außerordentlichen Geld- oder Leibesstrafe, nach angestellter Untersuchung, belegt werden kann. Es muß aber

10) ein Jeder, der allhier um Schutz gegen eine solche Beeinträchtigung nachsucht, sein Eigenthums- oder Verlagsrecht nach obigen Bestimmungen und, als Ausländer, zugleich darthun, daß die Regierung seines Landes, nach dort bestehenden Gesetzen, auch Unsere Unterthanen gegen den Nachdruck schützen müsse und schützen werde.

11) Es versteht sich indessen hierbei von selbst, daß diese Unsere Befehle keinen Einfluß etwaiger Vorschritte darnach auf Privatpersonen

haben, welche für ihre eigene Bibliothek sich ein nachgedrucktes Werk, nach einer ergangenen Ankündigung anschaffen.

Wir befehlen Unserer Regierung und Unsern sämmtlichen Behörden, vorkommenden Falls streng über dieses Unser Landesherrliches Gesetz zu halten, haben solches zu Jedermanns Kenntniß durch öffentliche Bekanntmachung bringen lassen und eigenhändig unterschrieben, und mit Unserm Herzoglichen Insiegel versehen.

Gegeben Cöthen, am 23. December 1828.

---

3) Anhalt-Dessau.

Verordnung vom 15/24. Nov. 1827, gegen den Büchernachdruck und den Handel mit nachgedruckten Büchern.

Wir, Leopold Friedrich, v. G. G. regierender Herzog zu Anhalt ꝛc., fügen hiermit zu wissen, daß Wir, in Erwägung, daß die Unterhandlungen am Bundestage zur Abfassung gleichförmiger Bestimmungen über die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck in der innern Gesetzgebung und in den bisherigen Verwaltungsnormen einiger Bundesstaaten Schwierigkeiten zu finden scheinen, und daher noch nicht zu dem erwünschten Erfolge geführt haben, weßhalb denn mehrere Bundesstaaten diesen Zweck einstweilen so weit als möglich auf dem Wege gegenseitiger vertragsmäßiger Bestimmungen zu erreichen suchen, wozu auch Wir eingeladen worden sind, Uns bewogen gefunden haben, gegen den Büchernachdruck und den Handel mit nachgedruckten Büchern, die schon bisher nach gemeinrechtlichen Grundsätzen in Unsern Landen nicht erlaubt waren; Folgendes gesetzlich zu verordnen:

§. 1. Der Büchernachdruck ist in den hiesigen Landen allgemein verboten, mit Ausnahme der besonderen Fälle, in welchen die nachfolgenden Bestimmungen solchen gestatten.

§. 2. Das Verlagsrecht ist zunächst aus dem deßhalb abgeschlossenen Vertrage zu beurtheilen. Ist darin über die Dauer desselben nicht etwas besonderes verabredet worden, so erlischt es, sobald die erste Auflage des Buches nicht mehr im Buchhandel zu haben ist.

§. 3. Dem Schriftsteller (und nach dessen Tode den Kindern, nicht aber den Enkeln oder übrigen Erben desselben) steht das Recht zu, über ein nach §. 2. erloschenes Verlagsrecht ausschließend weiter zu verfügen.

§. 4. Wenn das Verlagsrecht eines Buches erloschen ist, und weder der Schriftsteller am Leben ist, noch Kinder desselben vorhanden sind, so ist die Veranstaltung einer neuen Auflage eines solchen Buches nicht als Nachdruck anzusehen.

§. 5. Niemand darf ohne Einwilligung des Verfassers und seines Verlegers einzelne gedruckte Schriften in ganze Sammlungen aufnehmen, oder Auszüge besonders drucken lassen. Wohl aber können Auszüge aus Schriften in andere Werke oder Sammlungen aufgenommen werden.

§. 6. Uebersetzungen sind in Beziehung auf das Verlagsrecht als neue Schriften anzusehen. Das Veranstalten einer neuen Uebersetzung

durch einen neuen Uebersetzer, gilt jedoch nicht als Nachdruck der früher herausgekommenen Uebersetzung.

§. 7. In allen Fällen, in welchen nach den obigen Bestimmungen der Nachdruck von Büchern verboten ist, darf auch Niemand in den hiesigen Landen mit an andern Orten nachgedruckten Büchern handeln.

§. 8. Was in dem Vorstehenden und Nachfolgenden gegen den Nachdruck von Büchern und gegen den Verkauf nachgedruckter Bücher verordnet worden ist, gilt auch in Beziehung auf Landcharten, Kupferstiche und Steindruck, ingleichen auf musikalische Compositionen.

§. 9. Die Bestimmungen der §§. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 werden nicht bloß zum Vortheile hiesiger Unterthanen, sondern auch zum Vortheile aller Unterthanen solcher Staaten zur Anwendung gebracht, deren Gesetzgebung den hiesigen Unterthanen gleichen Schutz gewährt.

§. 10. Hat der rechtmäßige Verleger ein hiesiges ausdrückliches Privilegium für ein Buch erhalten, so hat der, welcher im hiesigen Lande dieses Buch nachdruckt oder mit einem Nachdrucke desselben handelt, die in dem Privilegium für diesen Fall angedrohte Strafe verwirkt.

§. 11. Ist aber ein solches Privilegium für ein Buch nicht ertheilt worden, so sollen die sämmtlichen sich vorfindenden Exemplare eines hier veranstalteten oder in den Handel gebrachten unerlaubten Nachdrucks desselben confiscirt und dem rechtmäßigen Inhaber des Verlagsrechtes, ohne Erstattung der Auslagen, überlassen werden; auch soll diesem letzten der Uebertreter des Verbotes den Erlös aus den bereits von ihm verkauften Exemplaren ersetzen.

§. 12. Ein solcher Uebertreter ist verbunden, über die richtige Ablieferung der bei ihm vorhandenen Exemplare eines zu confiscirenden Nachdruckes und des Erlöses aus den bereits verkauften Exemplaren, auf Erfordern, den Manifestationseid zu leisten.

§. 13. Außerdem wird der Uebertreter des obigen Verbotes mit der Hälfte des Buchhändlerpreises der rechtmäßigen Ausgabe, für jedes bei ihm vorgefundene oder von ihm bereits verkaufte Exemplar des Nachdruckes, an Geld gestraft.

§. 14. Wer nach den obigen Bestimmungen Schutz gegen den Nachdruck verlangt, muß sein durch den Nachdruck verletztes Recht, und, wenn er ein Ausländer ist, zugleich nachweisen, daß die Gesetzgebung seiner Regierung die hiesigen Unterthanen ebenfalls gegen den Nachdruck schützt.

---

4) Baden.

Verordnung vom 8. September 1806.

Wir Karl Friedrich ꝛc. ꝛc.

Wir haben vorhin, solange der Verband der deutschen Reichslande bestand, über die Rechte des Verlags und dessen Verhältnisse gegen den Nachdruck eine Verordnung zu geben, in mancher Hinsicht unthunlich oder unräthlich gefunden. Nun aber, nachdem uns eine unbeschränkte Souveränetät zugefallen ist, haben Wir nöthig erachtet, die Sache in nähere

Ueberlegung zu nehmen, um eine dem Staatswohl angemessene Bestimmung darüber zu geben. Erwägend, daß nach bloß natürlichen Verhältnissen des Neben- und Beieinanderseins der Menschen, derjenige, wer einmal seine Gedanken außer sich, in welcher Absicht es auch sei, geschrieben oder gedruckt dargestellt hat, keinen andern rechtlich hindern könne, denjenigen Gebrauch von einem rechtmäßig erworbenen Aufsatz derselben zu machen, den er seinem Interesse gemäß findet, sobald nicht bei dem rechtmäßigen Erwerb irgend eine beschränkende Bedingung desfalls gemeinsam beliebt worden ist; erwägend, daß der Nicht-Nachdruck bei dem Erkauf eines Buchdruckes für eine stillschweigende gemeinsame Festsetzung einer solchen einschränkenden Bedingung nicht geachtet werden kann, weil das nämliche Recht, das der Verkäufer hat, zu sagen, er habe bei dem Verkauf die Nichtvermehrung durch Nachdruck vorausgesetzt, dem Käufer zu Gute kommt, um zu behaupten, er habe das Recht der Vermehrung als die einzige Bedingung seines Erkaufs im Sinne gehabt; erwägend, daß daher nur der Staatsverein oder der solchen aussprechende Wille des Staatsgesetzgebers bestimmen könne, was über die Verhältnisse des Verlagseigenthums Rechtens sein solle; erwägend, daß in Bestimmung dieses Staatswillens allerdings die Aufmunterung der Schriftsteller und der Verleger zur Förderung nützlicher Ideen-Producte ein Hauptaugenmerk sein müsse, jedoch auch den einzigen Bestimmungsgrund nicht darstellen könne, da zugleich die möglichste Förderung des Umlaufs nützlicher Ideen und eine wohlthätige Erschwerung des Umlaufs schändlicher oder doch unnützer Druckfabrikate ein eben so gerechtes Augenmerk sein muß; erwägend endlich, daß Lage und Umfang Unseres Staates Uns nicht in den Stand setzen, jene Zwecke zusammen zu erreichen, wenn Wir darin Uns von der Verfassung anderer Staaten gänzlich gesondert halten wollten; haben Wir nöthig gefunden, nachstehende über alle noch nicht im Druck erschienenen Werke geltende Gesetzgebung deßfalls in Unserem Großherzogthum aufzustellen.

Wir beschließen und verordnen somit:

1) Jede Staatsschrift, jede Schrift nämlich, welche auf öffentliche Veranstaltung herauskommt, kann auf keine Weise und in keiner auch veränderten Form durch den Druck vermehrt werden, ohne dazu gesuchte und erlangte besondere Staats-Erlaubniß zu haben.

2) Jeder inländische Privatschriftsteller, der ein Werk unter seinem Namen herausgibt, genießt die Freiheit, gegen alle inländische Verfertigung und gegen allen inländischen Verkauf eines auswärts gefertigten Nachdrucks, die Originalschrift desselben mag in oder außer Landes gedruckt worden sein, auf die Zeit seines Lebens, diese Freiheit dauert noch bis ein Jahr nach seinem Tode zu etwaigem Debit der vorhandenen Exemplare fort; nachher fällt die Schrift ins Freie, wenn nicht ein anderes von den Interessenten bei dem Regenten in Zeiten ausgewirkt würde.

3) Jeder inländische Verleger von Werken ungenannter oder ausländischer Autoren genießt gleiche Freiheit nur alsdann, wenn er über die Herausgabe ein landesherrliches Privileg von Uns oder Unsern Nachfolgern an der Regierung erlangt, und dessen Besitz, sammt der Zeitdauer, auf dem Titelblatt angezeigt hat, und nur für die im Privileg jedesmal zu bestimmende Zeit; aller Verlag Unserer Buchhändler und Buchdrucker, welcher vor der Zeit dieses Gesetzes erschienen ist, wenn er auch diese Förmlichkeit

nicht hat, soll, auf fünf Jahre von jetzt an, dieser Freiheit dennoch mit genießen, wenn nur der Druckort und Verleger auf dem Titelblatt aufrichtig angegeben ist.

4) Auswärtige Verleger von Originalschriften, deren Autor genannt ist, oder die ein Druckprivileg ihres Staates auf dem Titelblatt angezeigt haben, genießen der oben gedachten Freiheit der inländischen Verleger gegen alle Veranstaltung und allen Verkauf eines Nachdrucks in Unsern Landen alsdann, wenn und soweit sie beweisen, daß den diesseitigen Verlegern in ihrem Staate der gleiche Schutz wider den Nachdruck gesichert sei.

5) Die Uebertretung dieses Gesetzes gibt dem Autor, wenn er auf dem Buche genannt ist, und dem Verleger ein Recht, auf Auslieferung des vorhandenen Nachdrucks, gegen bloße Bezahlung des Makulaturpreises, zum Behuf der Vernichtung (die er aber auch zu bewirken alsdann schuldig ist) und auf Zahlung des doppelten Preises der Originalausgabe für jedes erweislich verkaufte Stück des Nachdrucks zu klagen, dergestalten, daß, wer von ihnen am ersten mit der Klage auftritt, damit zu hören ist, daß jedoch die Leistung des gesetzlichen Schaden-Ersatzes an ihn, den Nachdrucker freimacht, und daß mithin der andere Klageberechtigte nur an den ersten Kläger nachmals wegen seiner Entschädigung sich halten kann. Außerdem verfällt der Nachdrucker in soviel Reichsthaler Polizeistrafe, als das nachgedruckte Originalwerk Bogen stark ist.

6) Soweit hiernach noch Fälle übrig bleiben, für welche ein Nachdruck unsträflich ist, weil entweder das Originalwerk in einem den Nachdruck begünstigenden Staat herauskäme, oder der Verlag ins Freie gefallen ist; kann jedoch nur Derjenige auf diese Unsträflichkeit sich beziehen, der mit offener Angabe des Nachdruckortes und der Offiein oder sonst seinen Druck als eine ehrlicher Weise unternommene Handlung bezeichnet hat; Derjenige hingegen, der mit Nachahmung der Lettern, des Namens des ächten Verlegers und seines Druckortes, seiner Waare den Schein einer fremden Druckwaare aufprägt, bleibt, neben Leistung obigen Schadenersatzes, in Absicht auf Strafe unter dem Gesetz der Verfälschungen, jedoch so, daß seine Strafe im geringsten Fall um ein Drittel stärker, als obige Polizeistrafe ist, ermessen werden muß.

Hiernach hat sich männiglich zu achten und vor Schaden zu hüten.

Darnach geschieht Unser Wille.

Gegeben in Unserer Stadt Baden, den 8. Sept. 1806.

Auf Großherzoglichen Specialbefehl;
Höchstdero Geheimeräthe.

Badisches Landrecht, geltend seit dem 1. Januar 1810.

Buch II. Tit. II. Kap. 6.

Vom Schrift-Eigenthum.

§. 577. d a. Jede niedergeschriebene Abhandlung ist ursprüngliches Eigenthum dessen, der sie verfaßt hat, wenn er nicht allein aus fremdem Auftrag und für fremden Vortheil sie entwarf, in welchem Falle sie Eigenthum des Bestellers wäre.

§. 577. d b. Das Schrifteigenthum erstreckt sich nicht nur auf die Handschrift, sondern auch auf deren Inhalt; es enthält daher das Recht über die Vervielfältigung durch Abschrift oder Abdruck nach Gutfinden zu verfügen.

§. 577. d c. Das Schrifteigenthum geht, gleich jedem andern, in geeigneten Fällen auf Andere über.

§. 577. d d. Wer eine Handschrift zum Abdruck für eigenen Verlag hingibt, begibt sich damit des Eigenthums in keinem Stück.

Wer sie zum Verlag des Uebernehmers unentgeltlich oder gegen einen bedungenen Preis hingibt, der tritt dadurch das Eigenthum an der Handschrift ganz ab, und beschränkt sein Eigenthum am Inhalt durch das Verlagsrecht.

§. 577. d e. Diese Beschränkungen, soweit der Verlagsvertrag nichts Anderes oder Mehreres festgesetzt hat, bestehen darin, daß der Verleger zwar die Auflage so groß machen kann als er will; sie hingegen ohne Einwilligung des Eigenthümers nicht wiederholen darf; ingleichen, daß er den Abdruck im Aeußern nach seinem Belieben einrichten, aber am Inhalte nichts mindern noch mehren darf.

§. 577. d f. Der Erwerb eines Abdrucks macht den Erwerber nur zum Eigenthümer des einzelnen Stücks, nicht aber seines Inhalts, er kann also keinen Nachdruck desselben veranstalten ohne Bewilligung des Verfassers und Verlegers; er kann es aber Auszugs-, Umarbeitungs- oder Erklärungsweise zur Grundlage eigner Abhandlungen machen, woran ihm alsdann das Schrifteigenthum zukommt.

§. 577. d g. Verfasser und Verleger können ihr Eigenthumsrecht nur so weit geltend machen, als sie auf dem Abdruck ihren Namen angegeben haben. Ist nur einer allein genannt, so übt dieser die Rechte beider allein aus.

§. 577. d h. Das Schrifteigenthum gedruckter Schriften erlöscht mit dem Tode des Eigenthümers, der sie in Verlag gab; jeder Besitzer der Schrift kann alsdann einen Nachdruck veranstalten, so weit nicht besondere Gnadenbriefe, die der Verleger hat, im Wege stehen.

Verordnung vom 17. September 1847.

Leopold, von Gottes Gnaden ꝛc.

Nach Ansicht des Art. 4. des Bundesbeschlusses vom 9. Nov. 1837, sowie der Ziffer 4. des Bundesbeschlusses vom 22. April 1841, sodann der Ziffer 3. des BB. vom 19. Juni 1845 haben Wir auf den Antrag Unseres Ministeriums des Innern beschlossen und verordnen, wie folgt:

§. 1. Wer ein eigenes oder fremdes Erzeugniß der Literatur oder Kunst mittelst mechanischer Vervielfältigung herausgibt, oder herausgeben läßt, und sich gegen den unerlaubten Nachdruck zu schützen beabsichtigt, ist verbunden, bei der Herausgabe ein Exemplar der besten Sorte, und zwar von jeder Auflage, an Unser Ministerium des Innern abzuliefern, unter Anführung der Umstände, aus denen sich ergibt, daß das Unternehmen ein Originalwerk zum Gegenstande habe.

Ueber die geschehene Ablieferung wird Demjenigen, welcher sie bewirkt, eine Empfangsbescheinigung durch das Ministerium des Innern zugefertigt,

worin der Tag der Einlieferung, welcher als Zeitpunkt des Erscheinens des Werkes gilt, zu bezeichnen ist.

Wird der Schutz der Behörde gegen Nachdruck angerufen, so ist dem Gesuche die Empfangsbescheinigung beizulegen.

§. 2. Daß der Vorschrift des vorstehenden Paragraphen genügt worden sei, ist sowohl bei Werken der Literatur, als bei jenen der Kunst dadurch erkennbar zu machen, daß bei jenen auf dem Titelblatte, bei diesen an einer passenden Stelle jedes Exemplars die Worte anzubringen sind: „Hinterlegt bei dem großherzoglich Badischen Ministerium des Innern."

§. 3. Das Ministerium des Innern stellt das eingelieferte Exemplar bei Werken der Literatur Unserer Hofbibliothek, bei Werken der Kunst Unserer Kunsthalle zur Aufbewahrung zu.

Unser Ministerium des Innern ist mit dem Vollzuge dieser Verordnung beauftragt.

---

5) Bayern.

Gesetz vom 15. April 1840, den Schutz des Eigenthums von Erzeugnissen der Literatur und Kunst gegen Veröffentlichung, Nachbildung und Nachdruck betr.

Art. I. Erzeugnisse der Literatur oder der Kunst dürfen, ohne Einwilligung des Urhebers, seiner Erben oder Rechtsnachfolger, weder veröffentlicht, noch ohne daß ein solches Erzeugniß zu eigenthümlicher Form verarbeitet worden, nachgebildet, noch auf mechanischem Wege vervielfältigt werden.

Als Erzeugnisse der Literatur sind auch mündliche Vorträge anzusehen, welche absichtlich zum Zwecke der Belehrung oder des Vergnügens gehalten werden.

Zu jeder neuen Auflage ist eine neue Bewilligung erforderlich, wenn nicht vertragsmäßig hierüber etwas Anderes bestimmt worden ist.

Ist in dem Vertrage bestimmt, wie viele Exemplare des betreffenden Erzeugnisses der Literatur gedruckt werden sollen, so sind alle, über die bedungene Zahl abgezogenen Exemplare, wie sie auch bezeichnet sein mögen, als Nachdruck zu betrachten. Der Verleger und der Vorsteher der Druckerei haben deßhalb, nach Vollendung des Drucks, ihre Geschäftsbücher oder beglaubigten Auszüge aus denselben dem Autor auf Verlangen vorzulegen.

Art. II. Ausgenommen von der Bestimmung des Art. I. sind:

1) Werke der Baukunst in ihren äußeren Umrissen, dann die an öffentlichen Plätzen aufgestellten Denkmale, vorbehaltlich jedoch der bezüglich ihrer Nachbildung etwa zu treffenden Anordnungen, dann der Einwilligung Derjenigen, deren Eigenthum etwa zum Behufe solcher Nachbildung betreten werden will, wo, um solches zu betreten, es gehört, daß Erlaubniß gegeben sei.
2) Druckschriften, auf welchen weder der Name des Urhebers noch jener des Verlegers angegeben ist;

3) Die Aufnahme einzelner früher schon gedruckter Aufsätze und Gedichte in literarische Zeitschriften, Sammlungen und Chrestomathien.
4) Nachrichten, Auszüge, Aufsätze und Abhandlungen, welche in öffentlichen Blättern erscheinen.

Art. III. Das nach Art. I. den Urhebern, ihren Erben und Rechtsnachfolgern zustehende ausschließende Recht bezüglich der mechanischen Vervielfältigung veröffentlichter Erzeugnisse der Literatur und Kunst erlischt:

1) wenn der Urheber eine physische Person ist, mit dem Ablaufe von 30 Jahren nach dem Tode desselben. Das Calenderjahr, in welchem der Urheber gestorben ist, wird jedoch in den 30jährigen Zeitraum nicht eingerechnet;
2) wenn der Urheber eine juristische Person oder ein erlaubter Verein ist, mit dem Ablaufe von 30 Jahren von dem Erscheinen des Werkes an zu rechnen;
3) bei Werken, die erst nach dem Tode des Urhebers herausgegeben werden, oder auf welchen nur der Name des Verlegers angegeben ist, mit dem Ablaufe von 30 Jahren von dem Erscheinen an zu rechnen.

Besteht in den unter Ziffer 2 und 3 bezeichneten Fällen das Werk aus mehreren, eine einzige Aufgabe zusammenhängend behandelnden Bänden, so fängt der dreißigjährige Termin erst von dem Erscheinen des letzten Bandes zu laufen an, so fern nicht zwischen dem Erscheinen einzelner Bände ein mehr als dreijähriger Zwischenraum verflossen ist.

Wenn dagegen die mehreren Bände nur als fortlaufende Sammlungen von Aufsätzen und Abhandlungen über verschiedene Gegenstände anzusehen sind, so soll jeder einzelne Band bei der Berechnung des dreißigjährigen Termines als ein für sich bestehendes Werk behandelt werden.

Das Calenderjahr, in welchem das Werk erschienen ist, wird übrigens in den dreißigjährigen Zeitraum nicht eingerechnet.

Art. IV. Dem Könige bleibt vorbehalten, für einzelne Werke Privilegien zu ertheilen, und hierin den Zeitraum, während dessen der gesetzliche Schutz gegen Beeinträchtigung durch mechanische Vervielfältigung gewährt werden soll, besonders festzusetzen, ohne an eine Zeitlänge gebunden zu sein.

Art. V. Jeder Bayer, der ein eigenes oder fremdes Erzeugniß der Literatur oder Kunst durch mechanische Vervielfältigung herausgibt oder herausgeben läßt, ist verbunden, bei der Herausgabe desselben zwei Exemplare, und zwar, wenn die Ausgabe auf verschiedenen Papiersorten gemacht wird, von der besten Sorte an das königliche Ministerium des Innern abzuliefern, wovon ein Exemplar an die königliche Hof- und Staatsbibliothek, und beziehungsweise an die von dem Könige zu bestimmenden Kunstsammlungen des Staates abgegeben, das zweite Exemplar aber gleichfalls als Staatseigenthum nach den Anordnungen des Königs aufbewahrt wird.

Die Ablieferung von Freiexemplaren hat bei Erzeugnissen der Literatur auch von jeder erscheinenden neuen verbesserten Auflage zu geschehen.

Die über die Einlieferung auszustellende Empfangsbescheinigung ist bei Anrufung der polizeirichterlichen Hülfe gegen Nachdruck der Klage, unter dem Präjudize der Zurückweisung, jederzeit beizulegen.

Art. VI. Wer ein Erzeugniß der Literatur oder Kunst rechtswidrig veröffentlicht, nachbildet oder auf mechanische Weise vervielfältigt, hat dem oder den Beeinträchtigten volle Entschädigung zu leisten, und wird nebst dem an Geld von 50 bis 1000 Fl. bestraft, vorbehaltlich übrigens der einschlagenden strafgesetzlichen Bestimmungen, dann mit analoger Anwendung derselben für den Fall, daß der schuldig Befundene die erkannte Geldstrafe ganz oder zum Theil zu bezahlen nicht im Stande ist.

Bei verübter widerrechtlicher Vervielfältigung auf mechanischem Wege sind die noch vorräthigen Exemplare mit Beschlag zu belegen und nach erfolgtem rechtskräftigem Urtheile zu confisciren und zu vernichten, so ferne nicht der Beschädigte die Ueberlassung derselben verlangt, in welchem Falle derselbe jedoch die von dem Verurtheilten auf die Herausgabe dieser Exemplare erweislich verwendeten Auslagen an der Entschädigung sich abrechnen zu lassen hat.

In solchen Fällen, wo die Vervielfältigung eines Erzeugnisses durch ein bleibendes, ausschließend zu diesem Zwecke brauchbares Mittel bewerkstelliget wird, hat auch noch die Beschlagnahme und Confiscation der zur Nachbildung gemachten Vorrichtungen, der Formen, Platten, Steine u. s.w. stattzufinden, und es ist hiermit, wie mit den hinweggenommenen Exemplaren, zu verfahren.

Art. VII. Der Betrag der zu leistenden Entschädigung wird in jedem einzelnen Falle nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zugemessen.

Bei verübter widerrechtlicher Veröffentlichung durch Vervielfältigung auf mechanischem Wege soll jedoch derselbe, nach Beschaffenheit der Umstände, auf eine, dem Verkaufswerthe von 50 bis 1000 Exemplaren der rechtmäßigen Ausgabe gleichkommende Summe durch die zuständige Behörde bestimmt werden, so ferne der oder die Berechtigten nicht einen höhern Schaden nachzuweisen vermögen.

Art. VIII, Wer widerrechtlich vervielfältigte Erzeugnisse der Literatur oder Kunst wissentlich zu Verkaufe hält oder verbreitet, ist nach Art. VI. gleich dem Urheber der widerrechtlichen Vervielfältigung auf mechanischem Wege zu bestrafen, und hat mit demselben solidarisch für die Entschädigung zu haften, die Vervielfältigung möge übrigens im deutschen Bundesgebiete oder außerhalb desselben veranstaltet worden sein.

Art. IX. Die Untersuchung ist in allen Fällen nur auf den Antrag des Verletzten einzuleiten.

Ist dieselbe aber einmal eingeleitet, so findet die Zurücknahme des Antrags nur noch in Beziehung auf die Entschädigung, nicht aber in Beziehung auf die Geldbuße statt.

Die civil- und strafrechtlichen Bestimmungen über Verjährung finden auch auf die im gegenwärtigen Gesetze vorgesehenen Rechtsverletzungen analoge Anwendung und zwar in der Art, daß die Dauer der strafrechtlichen Verjährung in allen Theilen des Königreiches auf zwei Jahre festgesetzt wird.

Art. X. Das Untersuchungsverfahren ist nach den allgemeinen, für das Verfahren bei Polizei-Uebertretungen geltenden Gesetzbestimmungen zu führen, und was insbesondere den Beweis betrifft, in den sieben Kreisen

diesseits des Rheins unter analoger Anwendung der hierüber hinsichtlich der Vergehen bestehenden Vorschriften des Strafgesetzbuchs.

Die Districts-Polizeibehörden haben in erster, die Kreisregierungen und standesherrlichen Regierungs- und Justiz-Kanzleien in zweiter und der Staatsrathsausschuß, bei Erfüllungen der allgemeinen Vorbedingungen, in letzter Instanz sowohl über die Entschädigung als über die Strafe zu erkennen, und ihren Erkenntnissen die Entscheidungsgründe beizufügen. Die Erkenntnisse sind nicht nur jedenfalls von beiden Berufungs-Instanzen, sondern auch von jenen Districts-Polizeibehörden, deren Mitgliederzahl ein collegialisches Verfahren überhaupt zuläßt, erstinstanzlich in collegialer Form zu schöpfen.

In der Pfalz steht die Untersuchung und Entscheidung den königlichen Friedensgerichten in ihrer Eigenschaft als Polizeigerichten zu. Die Berufung geht an das einschlägige Bezirksgericht, und hat in der durch die dortigen Gesetze vorgeschriebenen Form und Frist zu geschehen.

Der Recurs an den Cassationshof bleibt den bestehenden Gesetzen gemäß vorbehalten.

Art. XI. Die nach dem gegenwärtigen Gesetze erkannten Geldbußen sollen nach Abzug der Untersuchungskosten:

a) bei Inländern der Armenkasse des Polizei-Districts, in welchem der Verurtheilte seinen Wohnsitz hat,

b) bei Ausländern der Armenkasse des Polizei-Districts, in deren Amtssprengel die Uebertretung verübt wurde, zufallen.

In der Pfalz treten hinsichtlich dieser Geldbuße die dortigen Bestimmungen über Verwendung der Strafpolizei-Strafgelder ein.

Art. XII. Den in einem fremden Staate erschienenen Erzeugnissen der Literatur und Kunst soll der Schutz des gegenwärtigen Gesetzes in demselben Maße gewährt werden, als die Gesetze dieses Staates gleichen Schutz den in Bayern erschienenen Werken sichern.

Art. XIII. Der Schutz des gegenwärtigen Gesetzes soll mit dem Tage der Verkündung auch in Ansehung aller bereits auf mechanischem Wege rechtmäßig vervielfältigten und veröffentlichten Erzeugnisse der Literatur und Kunst in Wirksamkeit treten.

Den Inhabern früher ertheilter Privilegien ist jedoch freigestellt, entweder von diesen Privilegien Gebrauch zu machen, oder den Schutz des gegenwärtigen Gesetzes anzurufen.

Das Ministerium des Innern ist mit dem Vollzuge beauftragt.

---

6) Braunschweig.

Gesetz zum Schutz des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst, vom 10. Febr. 1842.

V. G. G. Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg rc.

Um dem Eigenthum an Werken der Wissenschaft und Kunst den ihm gebührenden rechtlichen Schutz zu sichern, erlassen Wir, mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, die nachfolgenden Bestimmungen:

I. Schutz literarischer und musikalischer Werke.

1. Nachdruck.

A. Begriff und Verbot.

§. 1. Herausgegebene Schriften, musikalische Compositionen, geographische, topographische, naturwissenschaftliche, architektonische und ähnliche Zeichnungen und Abbildungen, welche nach ihrem Hauptzwecke nicht als Kunstwerke zu betrachten sind (§. 7.), dürfen ohne Genehmigung des Urhebers, oder nachdem und insoweit sein Recht auf andere übergegangen ist, ohne Genehmigung seiner Rechtsnachfolger weder ganz noch theilweise von neuem abgedruckt oder auf irgend eine mechanische Weise vervielfältigt werden.

Unter Urheber ist nicht allein der Verfasser eines Werks, sondern auch dessen Herausgeber, in sofern dasselbe dessen Thätigkeit sein Entstehen verdankt, nicht aber derjenige Herausgeber, welcher lediglich das Erscheinen des Werks eines Andern besorgt, zu verstehen.

§. 2. Gleichfalls darf ohne Genehmigung des Berechtigten (§. 1.) ein in einer todten Sprache verfaßtes Werk nicht in deutscher Uebersetzung, oder ein in mehreren lebenden Sprachen gleichzeitig erschienenes Werk nicht in einer neuen Uebersetzung in einer der Sprachen, in welcher es erschienen ist, abgedruckt, oder auf andere mechanische Weise vervielfältigt werden.

Hat der Urheber auf dem Titelblatte der ersten Ausgabe bekannt gemacht, daß er eine Uebersetzung und in welcher Sprache herausgeben wolle, so soll die Uebersetzung, wenn sie innerhalb zweier Jahre nach dem Erscheinen des Originals herauskommt, als mit diesem gleichzeitig erschienen behandelt werden.

§. 3. Auch dürfen ohne Genehmigung des Berechtigten (§. 1.) aus herausgegebenen musikalischen Compositionen Auszüge, Arrangements für einzelne Instrumente oder sonstige Bearbeitungen, die nicht als eigenthümliche Compositionen betrachtet werden können, nicht gemacht werden.

§. 4. Dagegen ist nicht verboten;

1) die Aufnahme einzelner Stellen, auch einzelner Urkunden, Abbildungen und Zeichnungen der §. 1. gedachten Art, aus einem bereits gedruckten Werke;

2) die Aufnahme einzelner Aufsätze, Gedichte, Musikstücke, Abbildungen und Zeichnungen der §. 1. gedachten Art in kritische und literar-historische Werke und in Sammlungen zum kirchlichen oder Schulgebrauch;

3) die Herausgeber von Uebersetzungen in andern als den §. 2. aufgeführten Fällen.

B. Dauer des Schutzes.

§. 5. Der durch diese Vorschrift den erschienenen literarischen und musikalischen Werken gewährte Schutz erlischt nach Ablauf von dreißig Jahren, welche zu laufen anfangen:

1) mit dem auf den Tod des Urhebers folgenden Kalenderjahre, falls er sich mit seinem wahren oder offenkundigen Schriftstellernamen genannt hat;

2) falls dies nicht geschehen oder das Werk nach des Urhebers Tode mit dessen wahrem oder offenkundigem Schriftstellernamen herauskommt,

oder der Herausgeber eine moralische Person oder erlaubte Gesellschaft ist, mit dem Kalenderjahre, welches auf das Erscheinen des Werkes folgt.

Wird innerhalb dieser unter 2. gedachten dreißig Jahre der Name des Urhebers eines nicht mit dessen wahrem oder offenkundigem Schriftstellernamen erschienenen Werks von ihm selbst oder seinen Erben vermittelst eines neuen Abdrucks oder eines neuen Titelblatts für die vorräthigen Exemplare bekannt gemacht, so fängt alsdann die Schutzfrist erst mit dem Tode des Urhebers zu laufen an.

Schriften, die durch ihren innern Zusammenhang ein untrennbares Ganze bilden, sind erst mit deren Vollendung, dagegen fortlaufende Sammlungen, die dieß nicht bilden, mit dem Herauskommen jedes einzelnen Bandes als erschienen anzunehmen.

2. Dem Nachdrucke gleichgestellte Handlungen.

§. 6. Dem Nachdrucke wird es gleichgeachtet, wenn Jemand ohne Genehmigung des Urhebers, oder, nachdem und in soweit dessen Recht auf Andere übergegangen, ohne Genehmigung seiner Rechtsnachfolger, vor dem Ablaufe von dreißig Jahren, welche mit dem auf den Tod des Urhebers folgenden Kalenderjahre zu laufen anfangen, literarische und musikalische Manuscripte oder nicht herausgegebene Zeichnungen und Abbildungen der §. 1. gedachten Art, oder nachgeschriebene Predigten oder Vorträge abdruckt oder auf mechanische Weise vervielfältigt, mag der Herausgeber rechtmäßiger Besitzer derselben sein oder nicht, und mag die Herausgabe unter dem wahren Namen des Verfassers erfolgen oder nicht.

II. Schutz der Kunstwerke.

A. Grenzen des Schutzes.

§. 7. Originalwerke der Kunst (Zeichnungen, Malereien, plastische Werke) dürfen ohne Genehmigung des Meisters oder des Eigenthümers weder nachgebildet, noch auf mechanische Weise vervielfältigt, sowie rechtmäßige Nachbildungen solcher Originalwerke (Kupferstiche, Stahlstiche, Holzschnitte, Steindrücke u. s. w., Abgüsse, Abformungen u, s. w.) ohne Genehmigung des Nachbildners oder nachdem und insoweit sein Recht auf Andere übergegangen ist, ohne Genehmigung seiner Rechtsnachfolger, nicht auf mechanische Weise vervielfältigt werden.

§. 8. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob die Nachbildung die Größe des Originals hat, — ob bei derselben dasselbe Kunstverfahren angewendet ist, z. B. ob ein Kupferstich durch Steindruck wiedergegeben ist, oder umgekehrt, — und endlich, ob die Nachbildung Abweichungen von dem Originale enthält, wenn diese nur nicht so überwiegend sind, daß sie zu einem eigenthümlichen Kunstwerke werden.

§. 9. Es ist gestattet:

1) an öffentlichen Plätzen aufgestellte Kunstwerke, unter Beobachtung der polizeilichen Vorschriften nachzubilden,

2) Werke der Maler- und Zeichenkunst durch die Plastik, und plastische Werke durch Malereien und Zeichnungen darzustellen;

3) Kunstwerke zu Mustern und Verzierungen bei Erzeugnissen der Manufacturen, Fabriken und Handwerke zu benutzen.

B. Dauer des Schutzes.

§. 10. Das Recht des Meisters oder Eigenthümers eines Originalkunstwerks auf dessen Nachbildung oder Vervielfältigung geht, mit der Uebertragung des Eigenthums desselben auf einen Andern, verloren. Der Meister, so wie dessen Erben, können sich indeß ein ausschließliches Recht, von dem Tage der Uebertragung an, dadurch sichern, daß sie sich solches durch eine gleichzeitig mit der Uebertragung in glaubhafter Form zu treffende Verabredung vorbehalten, und diese Unserm Herzogl. Staats-Ministerium sofort vorlegen, um bei demselben einregistrirt zu werden. Jeden, der ein Originalkunstwerk nachzubilden oder zu vervielfältigen beabsichtigt, wird Unser Herzogl. Staats-Ministerium darüber: ob bei demselben eine solche Anzeige erfolgt oder die vorbehaltene Schutzfrist abgelaufen ist? auf gehöriges Ansuchen bescheiden.

Der den rechtmäßigen Nachbildungen von Originalkunstwerken gewährte Schutz erlischt nach zehn Jahren, welche mit dem auf das Erscheinen derselben nächstfolgenden Kalenderjahre zu laufen anfangen.

III. Unerlaubte Aufführung dramatischer und musikalischer Werke.

§. 11. Die öffentliche Aufführung eines dramatischen oder musikalischen, nicht durch den Druck veröffentlichten Werks ist ohne Genehmigung des Urhebers oder seiner Rechtsnachfolger weder im Ganzen noch mit Abkürzungen gestattet.

§. 12. Hat der Urheber die öffentliche Aufführung seines Werkes ohne Nennung seines Familien- oder offenkundigen Schriftstellernamens gestattet, so hört auch gegen Andere sein ausschließendes Recht auf.

§. 13. Dasselbe erlischt nach zehn Jahren, welche mit dem auf den Tod des Urhebers zunächst folgenden Kalenderjahre zu laufen anfangen.

IV. Gemeinschaftliche Bestimmungen.

1. Strafe.

§. 14. Wer diesen Vorschriften zuwider herausgegebene oder nicht herausgegebene literarische oder musikalische Werke, Zeichnungen oder Abbildungen (§. 1. und §. 6.), nachgeschriebene Predigten oder Vorträge, ganz oder theilweise abdruckt, oder auf andere Weise vervielfältigt, oder Kunstwerke nachbildet oder vervielfältigt, oder endlich dramatische oder musikalische Werke öffentlich aufführt, verfällt in eine Strafe von zehn bis eintausend Thalern.

Im Falle des Unvermögens ist die Geldstrafe in der Weise in Gefängniß zu verwandeln, daß ein Thaler vierundzwanzigstündigem Gefängniß gleichgeachtet wird, jedoch darf nie die für diese Strafart durch das Criminalgesetzbuch vorgeschriebene Dauer überschritten werden (§. 14.).

Die unrechtmäßige Ausgabe oder Nachbildung und die zu deren Hervorbringung ausschließend brauchbaren Vorrichtungen (Stereotypen,

Platten, Steine) sind zu confisciren, und entweder zu vernichten, oder dem Berechtigten, auf dessen Antrag, unter Anrechnung der von dem Contravenienten auf dieselben verwendeten Kosten, auf die zu leistende Entschädigung (§. 15.) zu überlassen.

Gleichfalls ist die ganze Einnahme von jeder unbefugten dramatischen oder musikalischen Aufführung, ohne Abzug der Kosten und ohne Unterschied, ob das Stück allein oder in Verbindung mit einem andern den Gegenstand der Aufführung ausgemacht hat, in Beschlag zu nehmen.

2. Entschädigung.

§. 15. Außerdem hat der Contravenient den Berechtigten vollständig zu entschädigen und insofern ein größerer Schaden nicht nachgewiesen wird, soll, nach der Beschaffenheit der Umstände, die Entschädigung

1) bei Nachdruck oder verbotener Vervielfältigung rechtmäßiger Nachbildungen von Kunstwerken auf den Verkaufswerth von funfzig bis eintausend Exemplaren der rechtmäßigen Ausgabe;

2) bei dem Nachdruck gleichgestellten Handlungen (§. 6.) oder bei verbotwidriger Nachbildung oder Vervielfältigung von Originalkunstwerken, auf den Betrag von funfzig bis eintausend Thalern, richterlich bestimmt werden, und

3) bei unbefugter dramatischer oder musikalischer Aufführung ist die in Beschlag genommene Einnahme dem Berechtigten als Entschädigung zuzusprechen.

3. Begünstiger.

§. 16. Die im §. 14. angedrohten Strafübel treffen auch Diejenigen, welche ein innerhalb oder außerhalb des deutschen Bundesgebiets widerrechtlich vervielfältigtes Werk wissentlich verkaufen oder zum Verkaufe halten. Auch haften sie solidarisch mit dem Contravenienten für die Entschädigung.

4. Verweisung auf das Criminalgesetz.

§. 17. Auf die in diesem Gesetze mit Strafe bedrohten Handlungen finden im Uebrigen die allgemeinen Bestimmungen des Criminalgesetzbuches Anwendung.

5. Verfahren.

§. 18. Die Untersuchung wegen dieser Vergehen ist nur auf Antrag eines Betheiligten anzustellen. (Vergl. C. G. B. §. 245. bis 247.)

§. 19. Das erkennende Gericht hat, insofern eine höhere Entschädigung nicht verlangt wird, solche innerhalb der gesetzlichen Grenzen dem Verletzten in dem Straferkenntnisse zuzusprechen.

Sowohl dem Beschädigten als dem Verurtheilten steht wegen des Entschädigungspunktes, in soweit letzterer Gegenstand des Erkenntnisses geworden, ein Rechtsmittel an das in letzter Instanz in der Strafsache erkennende Gericht zu.

§. 20. Ist es zweifelhaft, ob eine Vervielfältigung oder Nachbildung den Bestimmungen dieses Gesetzes zufolge strafbar sei? — oder wird der Betrag der Beschädigung bestritten, so hat das Gericht über diese Punkte zuvörderst Gutachten von Sachverständigen einzuziehen.

Diese Sachverständigen sollen bei literarischen Werken Schriftsteller, Gelehrte und Buchhändler, und bei musikalischen und Kunstwerken Künstler, Kunstverständige und Musikalien- oder Kunsthändler sein.

6. Umfang des Gesetzes.

§. 21. Der Schutz dieses Gesetzes soll den in andern Staaten erscheinenden Werken in dem Maße zu Theil werden, als die Gesetzgebung dieser Staaten den im Herzogthume erscheinenden Werken einen gleichen Schutz gewährt.

7. Transitorische Bestimmungen.

§. 22. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch auf die vor dessen Publication erschienenen Werke Anwendung, und zwar dergestalt:

1) daß die dreißigjährige Schutzfrist bei bereits erschienen literarischen Werken, wenn deren Verfasser sich genannt hat und noch lebt, mit dem auf dessen Tod folgenden Kalenderjahre, für alle übrigen aber mit dem 1. Januar 1842 beginnt.

2) daß den bereits erschienenen musikalischen Compositionen und Kunstwerken dieselben eben so wie den künftig erscheinenden zu Gute kommen; jedoch ist der Schutz dieses Gesetzes den seit dem 1. Januar 1841 erschienenen Werken dieser Art mindestens bis zum 1. Januar 1852 zu gewähren.

§. 23. Die Verordnungen vom 15. October 1827 und vom 9. Nov, 1837 werden, in sofern sie den Vorschriften dieses Gesetzes entgegenstehen, hierdurch aufgehoben.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geh. Kanzlei-Siegels.

Braunschweig, am 10. Februar 1842.

---

7) Hamburg.

Rathschluß vom 16. März 1838.

Nachdem die Bundesversammlung in ihrer 31. Sitzung vom 9. November 1837, gleichförmige Grundsätze zu Gunsten der im Umfange des Bundesgebiets erscheinenden literarischen und artistischen Erzeugnisse aufgestellt; so treten folgende Verfügungen an die Stelle der durch Rath- und Bürgerschluß vom 3. Juli 1828, vorgängig und unbeschadet eines etwa künftig von der Bundesversammlung zu fassenden allgemeinen Beschlusses, beliebten, jetzt außer Kraft gesetzten Verordnung.

Art. 1. Die Urheber, Verfasser und Verfertiger aller und jeder in den Staaten des deutschen Bundes erschienenen oder künftig erscheinenden Schriften und literarischen Erzeugnisse, sowie aller Werke der Kunst, sie mögen bereits veröffentlicht sein oder nicht, mit Inbegriff musikalischer Compositionen, oder bei einem von mehreren Mitarbeitern redigirten Werke, die Unternehmer desselben, sowie diejenigen, welchen sie den Verlag über-

tragen, haben ein temporäres ausschließliches Recht auf die öffentliche Bekanntmachung eines solchen Werks durch den Druck, sowie durch jede Vervielfältigung auf mechanischem Wege und dessen Veräußerung. Jede Verletzung dieses Rechts abseiten eines Dritten ist als Nachdruck verboten. Auch der Verkauf der, nach den Vorschriften dieser Verordnung, für nachgedruckt zu achtenden Werke ist untersagt.

Art. 2. Das ausschließliche Recht des Urhebers oder Dessen, der das Eigenthum des literarischen oder artistischen Werks erworben hat, geht auf dessen Erben und Rechtsnachfolger über, und wird, insofern auf dem Werke der Herausgeber oder Verleger genannt ist, während eines Zeitraums von zehn Jahren anerkannt und geschützt.

Art. 3. Diese Frist von zehn Jahren ist für die in den letztverflossenen zwanzig Jahren, im Umfange des deutschen Bundesgebiets erschienenen Druckschriften oder artistischen Erzeugnisse, vom 9. November 1837, bei den künftig erscheinenden Werken vom Jahre ihres Erscheinens an zu rechnen.

Art. 4. Bei den in mehreren Abtheilungen herauskommenden Werken ist diese Frist für das ganze Werk erst von Herausgabe des letzten Bandes oder Heftes zu zählen, vorausgesetzt, daß zwischen der Herausgabe der einzelnen Bände oder Hefte kein längerer als ein dreijähriger Zeitraum verflossen ist.

Art. 5. Würde der Verfasser, oder der Unternehmer, oder der Verleger, vor Ablauf der gesetzlichen Frist eine zweite oder fernere Auflage oder Umarbeitung seines Werks publicirt haben, so genießen diese ein gleiches temporäres Recht in der Art, daß auch der Nachdruck aller ältern Ausgaben untersagt bleibt.

Art. 6. Zu Gunsten von Urhebern, Herausgebern oder Verlegern von großen, mit bedeutenden Vorauslagen verbundenen Werken der Wissenschaft und Kunst (Art. I.) kann auf deßfallsigen Antrag der betreffenden Regierung der gesetzliche Schutz gegen den Nachdruck, innerhalb dreier Jahre nach dem Erscheinen des Werks, auch bis zu einem längeren, jedoch höchstens zwanzigjährigen Zeitraum ausgedehnt werden.

Art. 7. Die Erben eines Schriftstellers, welche nach dessen Tode seine noch nicht publicirten Schriften, oder von ihm verfaßte Fortsetzungen seiner frühern Werke herausgegeben, haben ein gleiches zehnjähriges ausschließliches Recht an solchen Werken und Fortsetzungen, welches sich jedoch hinsichtlich ihrer, mit Ablauf dieser Zeit, unbedingt endigt. Dasselbe beschränkte Recht genießen die Erben eines Schriftstellers, wenn sie innerhalb zweier Jahre nach dessen Tode eine Sammlung seiner schon herausgegebenen Werke zu publiciren oder herauszugeben anfangen.

Art. 8. Sowohl Uebersetzungen der in fremden Sprachen verfaßten Schriften in die deutsche Sprache und umgekehrt, als auch Bearbeitungen der in fremden Sprachen geschriebenen Werke haben, wenn sie in den deutschen Bundesstaaten publicirt werden, dieselben Rechte, als wenn sie Originalschriften wären.

Art. 9. Der Wiederabdruck einzelner, von einem Schriftsteller zerstreut herausgegebener Schriften in Sammlungen, solche mögen bisher abgesondert oder in andern Sammlungen erschienen sein, abseiten eines unbefugten Dritten, ist, unter den vorgedachten Bedingungen, als Nachdruck

verboten. Dagegen ist die Herausgabe von Auszügen aus Hauptwerken, sowie mehrerer Uebersetzungen und Bearbeitungen eines und desselben Werks stattnehmig. Nur müssen die Auslassungen und Abänderungen hinlänglich wesentlich und von solcher Bedeutung sein, daß sich genügend ergibt, daß dadurch nicht lediglich ein Nachdruck hat verdeckt werden sollen.

Art. 10. Der Nachdruck wird mit Confiscation der nachgedruckten Exemplare, bei Werken der Kunst überdies mit Beschlagnahme der zur Nachbildung gemachten Vorrichtungen, Formen, Platten und Steine, und mit einer Geldstrafe von 25 bis 100 Thalern bestraft. Ueberdieß ist der Nachdrucker einen vollen Schadenersatz, welcher wenigstens dem Verkaufspreise von 200 Exemplaren der nachgedruckten Schrift oder des unrechtmäßig vervielfältigten Gegenstandes gleichkommt, zu leisten schuldig. Der Debit aller Nachdrücke und Nachbildungen der im ersten Artikel dieser Verordnung bezeichneten Gegenstände, sie mögen im deutschen Bundesgebiet oder außerhalb desselben veranstaltet sein, wird gleichfalls mit Confiscation der vorgefundenen Exemplare und einer Geldstrafe von 10 bis 50 Thalern geahndet.

Gegeben in Unserer Rathsversammlung zu Hamburg, am 16. März 1838.

Raths- und Bürger-Schluß vom 25. Novbr. 1847.

In Anlaß des am 19. Junius 1845 gefaßten Beschlusses der Hohen Deutschen Bundesversammlung über allgemeine Grundsätze zum Schutze von Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und unbefugte Vervielfältigung, ist die Verordnung in Betreff des Nachdrucks vom 16. März 1838 einer Revision unterzogen, und treten nunmehr die folgenden Verfügungen an die Stelle der eben gedachten, jetzt außer Kraft gesetzten Verordnung.

Art. 1. Die Urheber, Verfasser und Verfertiger aller und jeder in den Staaten des Deutschen Bundes erschienenen oder künftig erscheinenden Schriften und literarischen Erzeugnisse, so wie aller Werke der Kunst, sie mögen bereits veröffentlicht sein oder nicht, mit Inbegriff musikalischer Compositionen, oder bei einem von mehreren Mitarbeitern redigirten Werke die Unternehmer desselben, so wie Diejenigen, welchen sie den Verlag übertragen, haben ein temporäres, ausschließliches Recht auf die öffentliche Bekanntmachung eines solchen Werks durch den Druck, so wie durch jede Vervielfältigung auf mechanischem Wege und dessen Veräußerung. Jede Verletzung dieses Rechts abseiten eines Dritten ist als Nachdruck verboten. Auch der Handel mit den nach den Vorschriften dieser Verordnung für nachgedruckt zu achtenden Werken ist untersagt.

Art. 2. Das ausschließliche Recht des Urhebers oder Dessen, der das Eigenthum des literarischen oder artistischen Werks erworben hat, geht auf dessen Erben und Rechtsnachfolger über, und wird, insofern auf dem Werke der Urheber genannt ist, für die Lebensdauer desselben und auf 30 Jahre nach seinem Tode geschützt.

Art. 3. Werke anonymer oder pseudonymer Autoren, so wie posthume und solche Werke, welche von moralischen Personen — Akademien, Universitäten u. s. w. — herrühren, genießen des durch diese Verordnung

zugesicherten Schutzes während dreißig Jahren, von dem Jahre ihres Erscheinens an.

Art. 4. In Betreff der bereits erschienenen Werke, die zur Kategorie des Art. 2 gehören, deren Urheber aber vor dem 19. Junius 1845 verstorben sind, so wie in Betreff der bereits erschienenen Werke von der im Art. 3 erwähnten Art, beschränkt sich der in den Art. 2 und 3 gedachte Schutz auf diejenigen im Umfange des Deutschen Bundesgebiets erschienenen Druckschriften und artistischen Erzeugnisse, welche seit dem 9. November 1817 zum ersten Mal erschienen sind.

Art. 5. Wenn Werke verstorbener Verfasser von anderen in neuen wesentlich veränderten oder vermehrten Auflagen herausgegeben werden: so sind sie als neue Werke dieser Herausgeber nach Art. 2 und 3 gegen den Nachdruck zu schützen. Unveränderte oder nicht wesentlich veränderte neue Auflagen der Werke verstorbener Schriftsteller dagegen geben weder dem Herausgeber ein eigenes Recht auf solchen Schutz, noch den Erben und Rechtsnachfolgern des Verfassers einen Anspruch auf längere Dauer des Schutzes als 30 Jahre nach dem Tode des Verfassers.

Art. 6. Die Erben eines Schriftstellers, welche nach dessen Tode seine noch nicht publicirten Schriften, oder von ihm verfaßte Fortsetzungen seiner früheren Werke herausgeben, so wie Diejenigen, welchen sie den Verlag übertragen, haben ein dreißigjähriges ausschließliches Recht an solchen Werken und Fortsetzungen von dem Jahre ihres Erscheinens an. Dasselbe Recht genießen die Erben eines Schriftstellers oder ihre Verleger, wenn sie innerhalb zweier Jahre nach dessen Tode eine Sammlung seiner schon herausgegebenen Werke zu publiciren oder herauszugeben anfangen, in welchem Fall die dreißigjährige Frist vom Erscheinen des ersten Bandes oder Heftes beginnt. Fortsetzungen oder Nachträge zu den Werken eines verstorbenen Urhebers von einem anderen Verfasser werden als neue, von jenem unabhängige Werke der letzteren behandelt.

Art. 7. Sowohl Uebersetzungen der in fremden Sprachen verfaßten Schriften in die deutsche Sprache und umgekehrt, als auch Bearbeitungen der in fremden Sprachen geschriebenen Werke, haben, wenn sie in den deutschen Bundesstaaten publicirt werden, dieselben Rechte, als ob sie Originalschriften wären.

Art. 8. Der Wiederabdruck einzelner, von einem Schriftsteller zerstreut herausgegebener Schriften in Sammlungen, solche mögen bisher abgesondert, oder in anderen Sammlungen erschienen sein, abseiten eines unbefugten Dritten, ist unter den vorgedachten Bedingungen als Nachdruck verboten, womit jedoch die Aufnahme einzelner Gedichte oder Aufsätze oder einzelner Auszüge aus größeren Gedichten oder Aufsätzen in Gesang- und Liederbüchern, in Anthologien, Grammatiken oder Lehrbüchern nicht gemeint ist. Die Herausgabe von Auszügen aus Hauptwerken, so wie mehrerer Uebersetzungen oder Bearbeitungen eines und desselben Werkes ist statthaft. Nur müssen die Auslassungen und Abänderungen hinlänglich wesentlich und von solcher Bedeutung sein, daß sich genügend ergibt, es habe dadurch nicht lediglich ein Nachdruck verdeckt werden sollen.

Art. 9. Der Nachdruck wird mit Confiscation der nachgedruckten Exemplare, bei Werken der Kunst überdies mit Beschlagnahme der zur Nachbildung gemachten Vorrichtungen, Formen, Platten und Steine, und

mit einer Geldbuße bis zu fünfhundert Reichsthalern bestraft. Ueberdies ist der Nachdrucker einen vollen Schadenersatz zu leisten schuldig, welcher nach richterlichem Ermessen bis auf den Verkaufspreis von 1000 Exemplaren ansteigen, ja sich noch höher belaufen kann, wenn ein größerer Schaden nachgewiesen ist.

Art. 10. Die Verbindlichkeit zu voller Schadloshaltung der durch Nachdruck und unbefugte Vervielfältigung Verletzten liegt dem Nachdrucker und demjenigen ob, welcher mit Nachdruck wissentlich Handel treibt, und zwar solidarisch in so weit nicht allgemeine Rechtsgrundsätze dem entgegenstehen.

Art. 11. Um den Schutz in Anspruch zu nehmen, genügt es, die Bedingungen und Förmlichkeiten erfüllt zu haben, welche dieserhalb in dem Deutschen Staat, in welchem das Originalwerk erscheint, vorgeschrieben sind. In Hamburg ist zu diesem Behuf die Ablieferung eines Exemplars auf die Stadtbibliothek vorgeschrieben, auf dessen Titelblatt der Name des Abliefernden und das Datum der Ablieferung zu bemerken ist.

Art. 12. Die über Contraventionen dieser Verordnung erkennenden Richter haben in denjenigen Fällen, wo ihrem Ermessen zufolge der Befund von Sachverständigen einzuholen ist, bei literarischen Werken das Gutachten von Schriftstellern, Gelehrten und Buchhändlern, bei musikalischen und Kunstwerken das von Künstlern, Kunstverständigen und Musik- oder Kunsthändlern einzuholen.

---

8) Hessen-Darmstadt.

Gesetz zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger, vom 23. Sept. 1830.

Ludwig II., v. G. G. ꝛc. ꝛc. Wir haben, nach Anhörung Unseres Staatsraths und mit Zustimmung Unserer getreuen Stände, verordnet und verordnen, wie folgt:

Art. 1. Jede Vervielfältigung erschienener Druckschriften, musikalischer Werke, Landkarten, topographischer oder anderer Zeichnungen, deren Werth weniger oder gar nicht in der künstlerischen Ausführung, sondern darin besteht, zu Versinnlichung gewisser Gegenstände zu dienen, um dadurch wissenschaftliche Zwecke zu befördern, oder sonst eines Werkes, es mag nun ganz oder zum Theil gedruckt oder gestochen sein, von Handschriften, Vorlesungen und Predigten durch den Druck, so wie durch die Kupferstecher-, Formschneider-, Steinschreiber oder irgend eine andere ähnliche Kunst ohne die Einwilligung ihrer Urheber und Derer, welche von ihnen das Recht der öffentlichen Bekanntmachung und Veräußerung erlangt haben, oder deren Rechtsnachfolger, ist verbotener strafbarer Nachdruck.

Diese Bestimmung findet auch zu Gunsten ausländischer Autoren und Verleger Anwendung, insofern in dem betreffenden Auslande ein gesetzliches Verbot des Nachdruckes zu Gunsten der Ausländer gleichfalls besteht oder künftig bestehen wird, oder Staatsverträge dieses mit sich bringen.

Das Verbot des Nachdruckes erstreckt sich jedoch nur auf die Lebenszeit eines Verfassers und zehn Jahre nach seinem Tode. Der Nachdruck eines Werkes bleibt aber auf jeden Fall binnen fünfzehn Jahren, vom Tage des Erscheinens desselben an, verboten.

Art. 2. Alle Ausgaben eines Werkes genießen den gesetzlichen Schutz gegen den Nachdruck in gleichem Maße.

Art. 3. Niemand darf von einzeln erschienenen Werken eines Schriftstellers, ohne Einwilligung des Verfassers sowohl als des Verlegers, und wenn sie nicht sämmtlich in einem und demselben Verlage erschienen sind, der verschiedenen einzelnen Verleger, eine Sammlung veranstalten.

Ein Gleiches gilt von einer Sammlung solcher Arbeiten eines Verfassers, welche sich in Schriften, die durch Beiträge Mehrerer entstanden sind, befinden.

Doch soll der Verfasser Arbeiten, welche er in Werken, die aus Beiträgen Mehrerer bestehen, lieferte, nach Ablauf von zwei Jahren gesammelt herauszugeben befugt sein, insofern nicht Verträge zwischen den Betheiligten ein Anderes bestimmen.

Art. 4. Uebersetzungen herauszugeben, steht Jedermann frei. Jedoch soll bei Werken, die in einer gelehrten Sprache erschienen sind, eine deutsche Uebersetzung zum Zwecke der Herausgabe nur unter der Voraussetzung erlaubt sein, daß zuvor dem Verfasser und dem Verleger davon die Anzeige gemacht wird, und wenn weder jener, der dazu vor Allen berechtigt ist, noch dieser eine Uebersetzung bewerkstelligen wollen, oder länger als zwei Jahre mit der Herausgabe einer Uebersetzung zögern, wird die Uebersetzung Jedem freigestellt. Bei Werken, deren Uebersetzung nicht Jedem freisteht, und die mehr als drei Bände umfassen, ist dem Verfasser und dem Verleger in solchem Falle für jeden folgenden Band, vom vierten einschließlich an gerechnet, ein Jahr Zeit zur Herausgabe einer Uebersetzung gegeben.

Rechtmäßige Uebersetzungen stehen unter dem Verbote des Nachdrucks. Dadurch aber, daß Jemand zuerst die Uebersetzung eines Werkes unternimmt oder bekannt macht, erhält er kein Recht, die Herausgabe anderweiter Uebersetzungen zu hindern.

Art. 5. Wörtliche Auszüge eines ganzen Werkes, welche als besondere Schriften ausgegeben werden sollen, sind dem Nachdrucke gleich zu beurtheilen; übrigens aber in kritischen und andern periodischen Werken, so wie in größeren Sammlungen, auch als beiläufige Bestandtheile oder als Beilagen anderer Schriften erlaubt.

Art. 6. Abdrücke des ganzen Textes oder ein vollständiger wörtlicher Auszug eines Originalwerkes, mit Veränderung oder mit Hinweglassung oder Hinzufügung von Abbildungen, Beilagen, Charten u. dgl. Zugehörungen, sind als verbotene Nachdrücke zu betrachten. Dagegen dürfen Anmerkungen zu dem Werke eines Andern in einer besonderen Schrift herausgegeben werden.

In Bezug auf musikalische Compositionen ist jede Vervielfältigung in veränderter Form erlaubt, wenn die Schaffung der veränderten Form als Geistesproduct angesehen werden kann. Ist die Schaffung aber nur mechanischer Natur, dann steht sie unter dem Verbote des Nachruckes.

Art. 7. Wenn ein in den Handel gekommenes Werk, das unter dem Schutze des Gesetzes steht, vergriffen ist und die nach obigen Artikeln Berechtigten erklären, von ihrem ausschließlichen Verlagsrechte keinen weiteren Gebrauch machen zu wollen, so ist die Schrift Gemeingut und die Vervielfältigung derselben, welche alsdann Jedem freisteht, nicht als Nachdruck anzusehen.

Art. 8. Dasselbe gilt von Werken, welche vergriffen sind, wenn nach dem Tode des Verfassers weder die Rechtsnachfolger desselben, noch

der rechtmäßige Verleger oder dessen Rechtsnachfolger, auf Auffordern eines Dritten, binnen drei Jahren eine neue Auflage veranstalten, wo dann Jedermann zur Vervielfältigung berechtigt ist.

Art. 9. Wenn in einem Staate das Verbot des Nachdrucks an eine bestimmte Zeit gebunden ist, so daß nach deren Ablauf der Druck gewisser Werke erlaubt ist, so ist deren Vervielfältigung eintretenden Falls auch in unserem Großherzogthume nicht verboten, wofern Verfasser oder Verleger der in Frage stehenden Werke oder deren Rechtsnachfolger, zur Zeit der zu veranstaltenden Vervielfältigung nicht Unterthanen von uns sind.

Art. 10. Gesetzbücher, Gesetze, Verordnungen, Instructionen, kurz alle Verfügungen, welche von uns oder unsern Behörden ausgehen, ein allgemeines Interesse haben, und deren Bekanntmachung durch den Druck zu geschehen pflegt, dürfen nur mit unserer Erlaubniß herausgegeben oder gedruckt werden, wofern das herauszugebende Werk sich als Gesetzbuch oder als Gesetzsammlung oder als bloßer Abdruck der einzelnen oder mehrerer Gesetze, Verordnungen u. s. w. und um sie als solche zum Verkaufe in das Publikum zu bringen, ankündigt und nicht vielmehr auf eine wissenschaftliche Commentation berechnet ist. Wo dieses letztere der Fall ist, soll der beiläufige Abdruck erlaubt sein.

Art. 11. Der Nachdruck wird mit Confiscation und Vernichtung der gedruckten Exemplare, sowie der Platten und Matrizen der nachgestochenen Gegenstände, und mit einer Geldbuße, welche dem Ladenpreise des rechtmäßigen Verlags von hundert bis zu tausend Exemplaren gleich kommt, bestraft werden. Ueberdies ist der Nachdrucker dem Verleger einen Schadenersatz, welcher dem Ladenpreise von 500 Exemplaren gleich kommt, und dem Autor oder dessen Rechtsnachfolger ein Honorar von 15 Gulden für den Bogen, nach der Bogenzahl der rechtmäßigen Ausgabe, zu leisten schuldig. Jedoch bleibt dem Autor und Verleger, so wie deren Rechtsnachfolgern die Liquidation und der Ersatz eines größeren Schadens vorbehalten, so wie dagegen der Schadenersatz wegfällt, wenn der Nachdrucker zu beweisen vermag, daß durch den Nachdruck den Berechtigten kein Schaden gestiftet worden ist. Wenn der Nachdrucker nicht vermögend ist, die ganze Strafe und den Schadenersatz zu leisten, so wird aus dem Beigetriebenen zuerst der Schadenersatz berichtigt.

Art. 12. Die zum Handel bestimmten sich vorfindenden Exemplare von Nachdrücken, welche unter den Bestimmungen dieses Gesetzes stehen, sollen confiscirt und vernichtet werden.

Wer sich des wissentlichen Handels mit nachgedruckten Werken schuldig macht, oder mit Nachdruckern oder deren Theilnehmern oder Beauftragten zur Beförderung des Absatzes in absichtlicher Verbindung steht, soll neben der Confiscation und Vernichtung der in seinem Besitze befindlichen Nachdrücke mit einer Geldstrafe, die dem Werth von vierzig bis zweihundert Exemplaren nach dem Ladenpreise des rechtmäßigen Verlags gleichkommt, bestraft werden.

Art. 13. Das wiederholte Vergehen des Nachdrucks oder des Handels mit nachgedruckten Werken oder der im Art. 12 erwähnten Theilnahme wird, außer der in Art. 11 u. 12 angedrohten Strafe und dem Schadenersatze, mit zeitlicher und bei fernerem Rückfalle mit beständiger Untersagung des Buchhändler- oder Buchdrucker-Gewerbes bestraft.

Art. 14. Ist dem Verfasser, Herausgeber oder rechtmäßigen Verleger von uns ein Privilegium ertheilt worden, welches noch andere Maßregeln zum Schutze des Rechts der ausschließlichen Bekanntmachung enthält, so kommen diese ebenfalls zur Anwendung, wofern ein solches Privilegium, entweder ganz oder dem wesentlichen Inhalte nach, dem Werke vorgedruckt oder auf oder hinter dessen Titelblatt bemerkt ist.

Art. 15. Der Nachdruck wird nur auf Klage eines nach dem Inhalt dieses Gesetzes Berechtigten untersucht und bestraft. Die einmal eingeleitete Untersuchung darf, wenn auch die Parteien die Sache liegen lassen, zum Zwecke der Erkennung und Vollziehung der Strafe, fortgesetzt werden.

Art. 16. Die Behörde, von welcher über den Nachdruck entschieden wird, ist das Gericht, dem der Beschädigende bürgerlich unterworfen ist.

Art. 17. Rechtsmittel gegen die verfügte Beschlagnahme der nachgedruckten Exemplare haben keine Suspensivwirkung.

Art. 18. Das Urtheil wird öffentlich bekannt gemacht.

Art. 19. Die Vernichtung der confiscirten Exemplare ist nicht nothwendig, wenn der rechtmäßige Verleger dieselben für einen ihm zu bestimmenden Preis erwirbt, wodurch er zum Handeln mit denselben berechtigt wird. Der Erlös soll, insoweit er nicht zu Bestreitung des Schadenersatzes nothwendig ist, zu wohlthätigen Zwecken verwendet werden.

Art. 20. Für diejenigen Werke, welche zur Zeit der Bekanntmachung dieses Gesetzes schon erschienen und nicht Gemeingut schon sind, tritt diese neue Gesetzgebung ein; jedoch versteht es sich von selbst, daß, wenn durch ein bereits gegebenes Privilegium mehr Rechte bewilligt worden sind, als dieses Gesetz gestattet, diese ungeschmälert bleiben. Die zu dieser Zeit etwa vorhandenen Nachdrücke aber dürfen, insofern der Handel damit seither erlaubt war, auch ferner noch verhandelt werden, jedoch müssen sie, damit sie von nun an nicht vervielfältigt werden können, polizeilich gestempelt werden.

Art. 21. Die in dem Großherzogthum oder einzelnen Theilen desselben über diese Materie bestandenen früheren Gesetze sind aufgehoben.

---

9) Hessen-Cassel.

Verordnung den Büchernachdruck betr. vom 16. Mai 1829.

V. G. G. Wir Wilhelm II. Kurfürst ꝛc. ꝛc. in der Absicht zur Sicherung des literarischen Eigenthums deutscher Schriftsteller und Verleger auf angemessene Weise einzuwirken,

verordnen wie folgt:

§. 1. Druckschriften, welche unter den wirklichen Namen ihrer Verfasser und ihrer Drucker oder Verleger nach dem 1. Juli d. J. in den Staaten eines deutschen Bundesgliedes erschienen sein werden, dürfen, wenn hierin die Verfasser, Buchdrucker und Verleger wohnhaft sind, — und sofern in dem betreffenden Auslande ein gesetzliches Verbot des Nachdruckes ebensowohl bestehet oder künftig bestehen wird, — in Un-

fern Landen ohne die Einwilligung des zum Verlage berechtigten Verfassers oder Buchhändlers oder seiner Rechtsnachfolger nicht nachgedruckt werden, es wären denn zehn Jahre seit dem Jahre, worin der Verfasser gestorben ist, verflossen.

§. 2. Die als besondere Schriften erscheinenden Abdrücke des ganzen Textes oder eines vollständigen Auszuges eines Originalwerkes mit unwesentlichen Aenderungen oder mit Hinweglassung oder Hinzufügung von Abbildungen, Beilagen und dergl. Zugehörungen, sind als Nachdrücke zu betrachten.

Hingegen bleiben Auszüge in kritischen oder andern Zeitschriften, so wie in größeren Sammlungen, auch als beiläufige Bestandtheile oder als Beilagen anderer Schriften erlaubt.

§. 3. Dadurch, daß Jemand zuerst die Uebersetzung eines Werkes unternimmt oder bekannt macht, erhält er kein Recht, die Herausgabe anderweiter Uebersetzungen zu hindern.

§. 4. Der Verleger darf das Werk, welches ihm zum Verlage durch den Verfasser oder dessen Rechtsnachfolger überlassen worden ist, nicht weiter vervielfältigen, als der über den Verlag abgeschlossene Vertrag gestattet.

§. 5. Derjenige Schriftsteller, welcher sein Werk einem Verleger entweder überhaupt ohne allen Vorbehalt, oder ausdrücklich auch für künftige Auflagen überlassen hat, darf wider den Willen des Verlegers oder dessen Rechtsnachfolger eine neue Ausgabe weder einzeln noch in einer Sammlung seiner Werke u. dergl. veranstalten.

§. 6. Die Herausgabe eines nach den §§. 1. und 2. unstatthaften Nachdruckes soll mit der Confiscation der nachgedruckten Exemplare, und mit einer Geldbuße, welche dem Ladenpreise von vierhundert bis zu zwölfhundert Exemplaren des Originals gleichkommt, bestraft, und das Urtheil nach Befinden öffentlich bekannt gemacht werden, unbeschadet derjenigen Strafe, welche noch etwa durch einen mit dem Nachdruck verbundenen Betrug oder eine Uebertretung der Censur- oder andern Gesetze verwirkt sein möchte.

Mit der vorgedachten Confiscation und Geldbuße sind gleichfalls die in den §§. 4. und 5. erwähnten Ueberschreitungen und Beeinträchtigungen des Verlagsrechtes zu ahnden.

§. 7. Der wissentliche Verkauf oder Umtausch der nach dem 1. Juli d. J. erscheinenden und zufolge der Bestimmungen in den §§. 1. und 2. verbotenen Nachdrücke durch andere Buchhändler als den Nachdrucker selbst oder den unrechtmäßigen Verleger der nachgedruckten Ausgabe, soll eine Geldbuße von fünf bis zu zwanzig Thalern, neben dem Verluste der vorgefundenen Exemplare nach sich ziehen.

§. 8. Ist dem Verfasser oder rechtmäßigen Verleger von Uns ein Privileg ertheilt worden, welches noch weitere Maaßregeln zum Schutze des betreffenden literarischen Eigenthums enthält, so kommen diese ebenfalls zur Anwendung, und namentlich hat der Nachdrucker eines Buches, welchem ein solches Privileg vorgedruckt, oder auf oder hinter dessen Titelblatt der wesentliche Inhalt des Privilegs bemerkt ist, die hierin oben angedrohte härtere Strafe verwirkt.

Die Behörden und sonst Alle, welche gegenwärtige Verordnung betrifft, haben derseben gebührende Folge zu leisten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels, gegeben zu Wilhelmshöhe, am 16. Mai 1829.

10) Holstein.

Kanzeleipatent vom 30. Mai 1833, wodurch der von der deutschen Bundesversammlung rücksichtlich des Büchernachdrucks gefaßter Beschluß zur öffentlichen Kunde und zur Vollziehung gebracht wird, für das Herzogthum Holstein.

In der dreiunddreißigsten Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 6. Septbr. v. J. ist in Beziehung auf den Nachdruck folgender Beschluß gefaßt worden.

(Siehe Bundesbeschluß oben Nr. 2.)

Mit Rücksicht auf diesen Bundesbeschluß, welcher, Sr. Majestät Willen und Befehl zufolge, hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht wird, haben Allerhöchst dieselben zugleich zu resolviren geruht, daß, um bis zur Erlassung einer allgemeinen gesetzlichen Vorschrift wider den Nachdruck in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg, den durch diesen Bundesbeschluß beabsichtigten Zweck der Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck und dessen Verbreitung schon jetzt, so viel thunlich, zu fördern, einem jeden Unterthan in sämmtlichen deutschen Bundesstaaten, er sei Schriftsteller, Herausgeber oder Verleger, auf desfallsiges Ansuchen, ein Privilegium dahin, und zwar kostenfrei, ertheilt werden solle, daß ein Werk, für welches ein solches Privilegium erwirkt und demselben vorangedruckt worden, in zwanzig Jahren, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg weder nachgedruckt, noch ein anderswo verfertigter Nachdruck in den genannten Herzogthümern verkauft werden dürfe, bei Strafe der Confiscation aller bei dem Nachdrucker oder in den Buchhandlungen vorräthigen Exemplare des nachgedruckten Werks, und einer Geldbuße, welche dem Ladenpreise von 500 Exemplaren des nachgedruckten Originalwerks gleichkommt.

Vorstehendes wird Allen, die es angeht, zur Nachricht und gebührenden Nachachtung hierdurch bekannt gemacht.

Königl. Schlesw.-Holst.-Lauenb. Kanzelei, den 30. Nov. 1833.

Kanzleipatent vom 23. März 1839, betreffend die Publication eines Beschlusses der deutschen Bundesversammlung wider den Nachdruck für das Herzogthum Holstein.

In der 31. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 9. Nov. 1837 ist in Beziehung auf den Nachdruck folgender Beschluß gefaßt worden,

(Siehe Bundesbeschluß oben Nr. 3.)

Mit Rücksicht auf diesen Bundesbeschluß, welcher Seiner Majestät Willen und Befehl zufolge, hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht wird, werden zugleich folgende, allerhöchst genehmigte nähere Bestimmungen festgesetzt:

Von jedem im Herzogthum Holstein herauskommenden schriftstellerischen und Kunstwerke, auf welches die obigen Bestimmungen angewendet werden sollen, ist ein Exemplar an die Universitäts-Bibliothek in Kiel einzusenden, und der von dem Bibliothekar über die Einlieferung desselben ausgestellte Schein dient, vorkommenden Falls, zum Beweise des Eigenthums des Werks, so wie des Zeitpunkts, wo das Werk erschienen ist.

Gegen den unbefugten Nachdrucker oder Nachbildner einer Schrift oder eines Kunstwerks ist, außer der Confiscation aller bei ihm oder in Buch- und Kunsthandlungen vorräthigen Exemplare des nachgedruckten oder nachgebildeten Werkes, so wie der zur Nachbildung gemachten Vorrichtungen, also der Formen, Platten, Steine u. s. w., auch eine Geldbuße zu erkennen, welche dem Ladenpreise von 500 Exemplaren des nachdruckten oder nachgebildeten Originalwerks gleichkommt.

Vorstehendes wird Allen, die es angeht, zur Nachricht und gebührenden Nachachtung hierdurch bekannt gemacht.

Kön. Schlesw.-Holst. Lauenb. Kanzelei zu Kopenhagen, den 23. März 1839.

Kanzleischreiben vom 6. April 1839, betreffend die Eröffnung eines Protocolls bei der Kieler Universitäts-Bibliothek, zur Eintragung der an dieselbe eingesandten Schriften und Kunstwerke.

S. M. der König haben mit Beziehung auf die Bestimmungen des Patents vom 2. d. M., betreffend die Publication eines Beschlusses der deutschen Bundesversammlung wider den Nachdruck, rücksichtlich des Beweises des Eigenthums des Werks, so wie des Zeitpunkts seines Erscheinens allerhöchst anzuordnen geruht, daß die Universitätsbibliothek zu Kiel über die an dieselbe von Buchdruckern, Buchhändlern, Schriftstellern, Künstlern, oder Kunsthändlern aus den Herzogthümern Holstein und Lauenburg eingesandten Schriften und Kunstwerke ein Protokoll zu eröffnen, in welches sie dieselben mit dem Tage der geschehenen Einlieferung einzutragen, sowie den Betreffenden hierüber eine Bescheinigung auszustellen habe.

Die Kanzlei ersucht demnach den Herrn Kurator, das in dieser Hinsicht Erforderliche gefällig zu verfügen.

Kön. Schlesw.-Holst.-Lauenb. Kanzelei, den 6. April 1839.

Kanzleipatent vom 20. Nov. 1845, betreffend die Publication eines Beschlußes der deutschen Bundesversammlung wider den Nachdruck für das Herzogthum Holstein.

In der 21. Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 19. Juni 1845 ist in Beziehung auf den Nachdruck folgender Beschluß gefaßt worden.
(s. diesen BB. oben No. 5.)

Mit Rücksicht auf diesen Bundesbeschluß, welcher Sr. Majestät Willen und Befehl zufolge hierdurch zur öffentlichen Kunde gebracht wird, ist zugleich allerhöchst festgesetzt worden, daß statt der in dem Kanzeleipatent vom 23. März 1839 dem unbefugten Nachdrucker oder Nachbildner einer Schrift oder eines Kunstwerkes angedrohten Geldbuße, welche dem Ladenpreise von 500 Exemplaren des nachgedruckten oder nachgebildeten Originalwerkes

gleichkommt, wegen Nachdrucks und anderer unbefugten Vervielfältigung auf mechanischem Wege auf den Antrag des Verletzten Geldbuße bis zu 800 Rbthlr. oder 500 Rthlr. Courant zu erkennen sind.

Vorstehendes wird Allen, die es angeht, zur Nachricht und gebührenden Nachachtung hierdurch bekannt gemacht.

Königl. Schlesw.-Holst.-Luenb. Kanzelei, den 20. Nov. 1845.

---

11) Lippe.

Verordnung vom 18. December 1827, wegen Verbots des Nachdrucks und dessen Verbreitung.

V. G. G. Wir Paul Alexander Leopold ꝛc.

Wir finden Uns durch die in mehreren Staaten jüngst getroffenen Maßregeln bewogen, die Rechte der Schriftsteller und Verleger auch in Unserm Fürstenthume folgendergestalt sicher zu stellen:

§. 1. So wenig auch der Nachdruck bisher darin stattgefunden hat; so wollen Wir dennoch nach jenem Vorgang nicht nur solchen, sondern auch das Einführen und Verkaufen nachgedruckter Bücher, bei Gefahr der Confiscation und bei Strafe des 20—100fach dem Fiscus zu erlegenden Verkaufspreises derselben, andurch verbieten.

§. 2. Dieses Verbot erstreckt sich jedoch nicht auf Schriften, welche in Ländern verlegt sind, wo der Nachdruck noch begünstigt wird.

§. 3. Ein Schriftsteller kann seine auf eigene Kosten verlegten Schriften zwar selbst, aber nicht durch die Buchbinder verkaufen, da diese mit ungebundenen, oder blos gehefteten Büchern, bei Strafe der Confiscation derselben und des für schon verkaufte Exemplare gelöseten Werths, nicht handeln sollen.

Diese Verordnung soll durch das Intelligenzblatt zur Nachachtung bekannt gemacht werden.

Detmold, den 18. December 1827.

Bekanntmachung vom 19. December 1837.

Demnach in der 31. Sitzung der B. V. vom 9. Nov. 1837 Folgendes beschlossen worden:

(s. den Bundesbeschluß Nr. 3.)

so lassen wir diesen Bundesbeschluß hiermit zur allgemeinen Kenntniß und Nachachtung bekannt machen; auch hat es übrigens bei der Verordnung vom 18. Decbr. 1827, wodurch der Nachdruck, so wie das Einführen und Verkaufen nachgedruckter Bücher in dem hiesigen Lande, bei Gefahr der Confiscation und bei Strafe des 20 bis 100fach dem Fiscus zu erlegenden Verkaufspreises derselben verboten worden, nicht nur sein unabgeändertes Verbleiben, sondern es werden diese Strafbestimmungen auch auf die, in Ansehung der im obigen Bundesbeschlusse bezeichneten Werke der Kunst stattfindenden Contraventionen hiermit ausgedehnt.

Gegeben Detmold, den 19. December 1837.

---

12) Luxemburg.

Arrêté du 23. Sept. 1814, promulgué à Luxembourg le 3. Août 1815.

Art. 11. La traduction d'un ouvrage ne donne de droit à son auteur, que sur l'édition qu'il publie: dans ce cas, le droit de propriété ne doit s'exercer que sur les notes ou commentaires joints à sa traduction.

Art. 12. Il est défendu sous les peines portées en l'art. 9*), de publier la traduction d'un ouvrage sur lequel l'auteur ou ses héritiers exercent encore leur droit de propriété, à moins qu'ils n'en donnent leur consentement par écrit, ou que l'ouvrage traduit ne soit parvenu à la 2e édition.

Loi du 2. Janvier 1817.

Nous, Guillaume, par la grâce de Dieu, roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, grand-duc de Luxembourg etc. etc.

A tous ceux qui les présentes verront, salut! savoir faisons:

Ayant pris en considération qu'il importe d'établir d'une manière uniforme les droits qui peuvent être exercés dans notre royaume, relativement à l'impression et à la publication d'ouvrages littéraires et de productions des arts;

A ces causes, notre conseil-d'Etat entendu, et de commun accord avec les Etats-généraux, avons statué, comme nous statuons par les présentes.

Art. 1. Le droit de copie, ou le droit de copier au moyen de l'impression, est, pour ce qui concerne les ouvrages originaux, soit productions littéraires ou productions des arts, un droit exclusivément reservé à leurs auteurs, et à leurs ayant cause, de rendre publics par la voie de l'impression, de vendre ou faire vendre ces ouvrages, en tout ou en partie, par abrégé ou sur une échelle réduite, sans distinction de format ou de reliure, en une ou en plusieurs langues, ornés ou non ornés de gravures ou autres accessoires de l'art.

Art. 2. Le droit de copie quant aux traductions d'ouvrages littéraires originairement publiés en pays étranger, est un droit exclusif qu'ont les traducteurs et leurs ayants cause, de publier par la voie de l'impression, vendre et faire vendre leurs traductions des ouvrages littéraires surmentionnés.

Art. 3. Le droit de copie décrit aux articles précédents ne pourra durer que vingt ans après le décès de l'auteur ou du traducteur.

Art. 4. Toute infraction du droit de copie précité, soit par une première publication d'un ouvrage encore inédit de littéra-

*) Dieser Artikel ist nicht aufgenommen, weil er durch Art. 4 des folgenden Gesetzes außer Kraft gesetzt ist.

ture ou d'art, soit par la réimpression d'un ouvrage déjà publié, sera reputé contrefaçon, et punie comme telle de la confiscation au profit du propriétaire du manuscrit ou de l'édition primitive, de tous les exemplaires non vendus de la contrefaçon, qui seront trouvés dans le royaume, ainsi que du payement à verser entre les mains du même propriétaire, de la valeur de 2000 exemplaires, calculée suivant le prix de commission de l'édition légale, et ce indépendamment d'une amende qui ne pourra excéder la somme de mille florins, ni être moindre de cent flrs. au profit de la caisse générale des pauvres dans le domicile du contrefacteur. Et pourra en outre le contrefacteur, en cas de récidive, et en égard à la gravité des circonstances, être déclaré inhabile à exercer à l'avenir l'état d'imprimeur, de libraire ou de marchand d'ouvrages d'art, le tout sans préjudice des dispositions et des peines contre la falsification, statuées ou à statuer par les lois générales.

Sont défendues sous les mêmes peines, l'importation, la distribution ou la vente de toutes contrefaçons étrangères d'ouvrages originaux, de littérature ou d'art, ou de traductions d'ouvrages dont on a acquis dans ce royaume le droit de copie.

Art. 5. Dans les dispositions des articles précédents, ne sont pas comprises les éditions, complètes ou partielles, des oeuves des auteurs classiques de l'antiquité, du moins pour ce qui en concerne le texte, non plus que les éditions des bibles, anciens ou nouveaux testaments, catéchismes, pseautiers, livres de prière, livres scolastiques et généralement de tous les calendriers et almanachs ordinaires, sans cependant que cette exception puisse apporter aucun changement aux priviléges ou octrois déjà accordés pour les objets mentionnés au présent article, et dont le terme n'est pas encore expiré.

Il est libre au surplus de faire connaître au public dans les journaux et ouvrages périodiques, au moyen d'extraits et de critiques, la nature et le mérite des productions littéraires ou autres qui sont mises au jour par la voie de l'impression.

Art. 6. Pour pouvoir réclamer le droit de copie, dont il est fait mention à l'art. 1 et 2, tout ouvrage de littérature ou d'art qui sera publié dans les Pays-Bas après la promulgation de la présente loi devra, à chaque édition qui en sera faite, et soit qu'il s'agisse d'une impression primitive ou d'une réimpression, remplir les conditions suivantes, savoir:

a) Que l'ouvrage soit imprimé dans une des imprimeries du Royaume.

b) Que l'éditeur soit habitant des Pays-Bas, et que son nom, seul ou réuni à celui du co-éditeur étranger, soit imprimé sur la page du titre, ou à défaut de titre à l'endroit de l'ouvrage le plus convenable avec indication du lieu de son domicile, ainsi que de l'époque de la publication de l'ouvrage.

c) A chaque édition qui sera faite d'un ouvrage, l'éditeur en remettra à l'administration communale de son domicile, à l'époque

de la publication ou avant, trois exemplaires, dont l'un portera sur le titre, et à défaut de titre à la 1ère page, la signature de l'éditeur, la date de la remise, et une déclaration écrite, datée et signée par un imprimeur habitant des Pays-Bas, certifiant, avec désignation du lieu, que l'ouvrage est sorti de ses presses. L'administration communale en donnera récépissé à l'éditeur et fera sur le champ parvenir le tout au département de l'intérieur.

Art. 7. Les dispositions de la présente loi sont applicables à toutes les nouvelles éditions ou réimpressions d'ouvrages de littérature ou d'art déjà publiés, lesquelles paraîtront après sa promulgation.

Art. 8. Toutes les actions qui pourront résulter de la présente loi, seront de la compétence des tribunaux ordinaires.

Mandons et ordonnons etc. etc.

Arrêté royal du 2. Juillet 1822

concernant l'impression et l'édition de pièces officielles par des particuliers.

Art. 1. Il sera libre à chacun de faire insérer dans les journaux, papiers-nouvelles, et autres écrits périodiques, ainsi que dans des ouvrages historiques ou politiques du Royaume, toutes les pièces officielles portées par le Gouvernement à la connaissance du public, et de les imprimer et publier collectivement ou séparément, — à moins que le droit exclusif d'imprimer et de publier ces pièces collectivement ou séparément n'ait été expressément reservé par Nous en faveur de l'imprimerie de l'Etat, ou que des concession spéciales ou octrois n'aient été accordés par Nous à cet effet; toutefois sans préjudice des octrois ou concessions acquis antérieurement d'une manière légale.

Réglement du ministre de l'intérieur, concernant les archives.

(4. Août 1829.)

Art. 7. Il sera permis à ceux qui auront été admis aux archives, pour y faire des recherches dans l'intérêt général de l'histoire, de faire imprimer, dans cet intérêt, les pièces encore inédites de ces collections, pourvu toutefois qu'ils en aient reçu le consentement de l'autorité sous la surveillance de laquelle la collection se trouve etc. etc.

Verordnung vom 28. November 1832, in Betreff des Nachdrucks.

Wir Wilhelm ꝛc.

Haben, in Gemäßheit des unterm 6. d. M. durch die Bundesversammlung gefaßten Beschlusses, wornach ꝛc. ꝛc.

(s. diesen Bundesbeschluß oben Nro. 2)

Und nach Einsicht des, in Unserm Großherzogthume Luxemburg in Kraft stehenden Gesetzes vom 2. Januar 1817, für gut gefunden, Nachstehendes zu verordnen:

Art. 1. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 2. Januar 1817 sind von dem Tage an, wo gegenwärtige Verordnung im Verwaltungs- und Verordnungsblatt erscheinen wird, in gleicher Art anwendbar auf alle Verleger oder Herausgeber eines, in einem der andern deutschen Bundesstaaten erscheinenden Werkes, sofern dieselben den Vorschriften dieses Gesetzes Genüge leisten.

Art. 2. Die im Art. 6 c. des gedachten Gesetzes für inländische Verleger oder Herausgeber vorgeschriebene Hinterlegung dreier Exemplare des Werkes bei der Gemeinde-Behörde ihres Wohnorts muß durch ausländische, aber in einem deutschen Bundesstaate wohnende Verleger oder Herausgeber bei der obern Verwaltungs-Behörde des Großherzogthums zu Luxemburg bewirkt werden.

Königl. Großherzogl. Beschluß vom 13. Juli 1838

die durch die Verleger oder Herausgeber litterarischer Werke zu erfüllenden Förmlichkeiten betreffend, um die Verfügungen über den Nachdruck in Anspruch nehmen zu dürfen.

Wir Wilhelm rc. rc.

Haben zwar bereits durch Unsern Beschluß vom 28. Sept. 1832 die Bestimmungen des Gesetzes vom 2. Januar 1817 auf alle Verleger oder Herausgeber eines, in einem der andern deutschen Bundesstaaten erscheinenden Werkes, sofern dieselben den Vorschriften des Gesetzes Genüge leisten, anwendbar erklärt; auch ist darin die Behörde bezeichnet worden, bei welcher die in gedachtem Gesetze vorgeschriebene Hinterlegung dreier Exemplare eines Werkes geschehen soll, es sind jedoch Zweifel darüber entstanden, in welcher Art den übrigen Bestimmungen des Art. 6 jenes Gesetzes nachzuleben sei.

Zur Beseitigung aller hierüber etwa stattfindender Unsicherheit finden Wir uns daher bewogen, hierdurch Nachstehendes zu bestimmen:

Jeder, der im Großherzogthum Luxemburg für ein Werk der Wissenschaft oder Kunst den durch die Landesgesetze und durch, unter Unsrer Mitwirkung gefaßte Bundesbeschlüsse verliehenen Schutz gegen Nachdruck in Anspruch nehmen will, muß, um dem Art. 6 d. G. vom 25. Januar 1817 zu genügen, nachstehenden Erfordernissen entsprechen:

a) das Werk muß im deutschen Bundesgebiete gedruckt oder herausgegeben sein;

b) der Verleger oder Herausgeber muß innerhalb des Bundesgebietes wohnen, und sein Name, Wohnort und die Zeit der Herausgabe müssen auf dem Titelblatte, oder sonst an einer schicklichen Stelle im Werke angegeben werden;

c) über die Bedingung sub a), so wie das unter b) für seine Person Vorgeschriebene muß sich derselbe durch ein gehörig beglaubigtes Zeugniß seiner Obrigkeit ausweisen, und die vorgeschriebenen drei Exemplare bei der durch Unsern Beschluß vom 28. Sept. 1832 dazu angewiesenen obern Verwaltungs-Behörde des Großherzogthums hinterlegen. Letzteres muß

geschehen durch eine, ebenfalls mit obrigkeitlicher, nicht blos auf die Unterschrift, sondern auch auf den Inhalt gerichteter, Beglaubigung versehene, schriftliche, das Datum enthaltende und von ihm unterzeichnete Erklärung: daß das Werk wirklich aus der angegebenen Druckerei hervorgegangen sei. Uebrigens gelten diese Vorschriften sowohl für eine Erste, als für alle spätere Auflagen.

---

13) Lübeck.

Verordnung vom 31. Juli 1841, wider den Nachdruck, so wie zum Schutz musikalischer und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung.

Auf den Grund mehrerer, namentlich der am 9. Nov. 1837 und 22. April d. J. gefaßten, am 10. Febr. 1838 und 2. Juni d. J. hierselbst zur öffentlichen Kunde gebrachten Beschlüsse der Hohen Deutschen Bundesversammlung, den Nachdruck, so wie den Schutz musikalischer und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung betreffend, wird von Einem Hochedeln Rathe, im Einvernehmen mit der Ehrliebenden Bürgerschaft, Folgendes hierdurch verfügt:

1. Literarische Erzeugnisse aller Art, ingleichen Werke der Kunst, die innerhalb des Umfanges des Deutschen Bundesgebietes entstanden sind, sie mögen bereits veröffentlicht sein oder nicht, dürfen während der Lebensdauer des Urhebers, ohne Einwilligung desselben oder Desjenigen, welchem er seine Rechte an dem Original übertragen hat, hierselbst auf mechanischem Wege nicht vervielfältigt werden.

2. Das, wie vorstehend, bezeichnete Recht des Urhebers, oder Dessen, der das Eigenthum des literarischen oder artistischen Werkes erworben hat, geht auf dessen Erben und Rechtsnachfolger über, und soll zu deren Gunsten, sofern auf dem Werke der Herausgeber genannt ist, noch während eines Zeitraumes von zehn Jahren nach dem Tode des Urhebers anerkannt und geschützt werden.

Diese Frist von zehn Jahren ist, für die während der letztverflossenen zwanzig Jahre in dem Umfange des Deutschen Bundesgebietes erschienenen Druckschriften oder artistischen Erzeugnisse bereits verstorbener Urheber anzurechnen von dem Tage des unter dem 9. November 1837 erlassenen Bundesbeschlusses, für Werke aber, deren Herausgabe bei dem Tode des Verfassers noch nicht vollendet sein wird, von der Zeit, da der letzte Theil erscheint, vorausgesetzt jedoch, daß seit dem Tode des Verfassers bis zu dem Erscheinen des letzten Bandes oder Heftes kein längerer als ein dreijähriger Zeitraum verflossen.

3. Hat sich kein Herausgeber, sondern nur ein Verleger auf dem Werke genannt, so wird diesem wider Nachdruck und Nachbildung ein funfzehnjähriger Schutz, von dem Tage des Erscheinens an gerechnet, gewährt.

4. Dem Urheber, Verleger und Herausgeber der Originalien nachgedruckter oder nachgebildeter Werke steht der Anspruch auf volle Entschädigung zu.

5. Jeden, der sich des Nachdrucks oder der Nachbildung, die unter 1. bis 3. vorstehend verboten sind, schuldig macht, trifft, neben der unter 4. bestimmten Leistung voller Entschädigung, die Wegnahme der nachgedruckten oder nachgebildeten Exemplare, ingleichen bei Werken der Kunst auch noch die Beschlagnahme der für die Nachbildung veranstalteten Vorrichtungen, also der Formen, Platten, Steine u. s. w., wie außerdem eine Geldstrafe von 25 bis 50 Thlrn.

6. Der Vertrieb oder Debit aller Nachdrucke oder Nachbildungen der unter 1. bezeichneten Gegenstände, sie mögen im Deutschen Bundesgebiete oder außerhalb desselben veranstaltet sein, ist bei Vermeidung der Wegnahme und einer Geldstrafe von 25 bis 50 Thlrn. untersagt.

7. Um eine hiesige rechtmäßige Originalausgabe und den Zeitpunkt ihres Erscheinens gehörig nachzuweisen, sind zwei Abdrücke derselben bei der hiesigen Wette, als Gewerb-Polizeibehörde, jedesmal niederzulegen, und ist auf der Rückseite des Titelblattes, unter Tag und Jahr, durch die gedruckten Worte:

„Niedergelegt an der Wette zu Lübeck, den . . . . . ."

womit die Titelblätter aller Exemplare zu versehen sind, solche Niederlegung zu bezeichnen.

8. Das Verbot des Nachdruckes und der Nachbildung der literarischen oder Kunsterzeugnisse, sowie des Vertriebes der nachgedruckten oder nachgebildeten Exemplare, findet auch Anwendung für Länder, die zwar nicht selbst zu dem Deutschen Bunde gehören, jedoch einem Deutschen Bundesstaate unterworfen sind, sofern in solchen Ländern gleicher Schutz gewährt und dies nachgewiesen wird.

9. Wird durch ein auswärtiges Privilegium die Dauer der Fristen, oder sonst der Umfang der einem Berechtigten zustehenden Befugnisse erweitert, oder ist dies bereits früher geschehen, so hat Jeder diesen Bestimmungen sich zu fügen.

10. Um die innerhalb des Deutschen Bundesgebietes wohnenden Verfasser musikalischer Compositionen und dramatischer Werke gegen hiesige unbefugte Aufführung und Darstellung derselben zu schützen, wird verordnet:

a) die öffentliche Aufführung eines dramatischen oder musikalischen Werkes im Ganzen oder mit Abkürzungen darf nur mit Erlaubniß des Autors, seiner Erben oder sonstigen Rechtsnachfolger stattfinden, so lange das Werk nicht durch den Druck veröffentlicht ist;

b) dieses ausschließende Recht des Autors, seiner Erben oder sonstigen Rechtsnachfolger, wird während zehn Jahren, von der ersten rechtmäßigen Aufführung des Werkes an gerechnet, hierselbst anerkannt und geschützt. Hat jedoch der Autor die Aufführung seines Werkes ohne Nennung seines Familien- oder offenkundigen Autor-Namens irgend Jemand gestattet, so kann solche Aufführung auch hierorts geschehen, ohne daß dem Autor Entschädigungsansprüche zuständen;

c) dem Autor oder dessen Rechtsnachfolgern ist gegen Jeden, der des Autors ausschließliches Recht durch öffentliche Aufführung eines noch nicht gedruckten dramatischen oder musikalischen Werkes beeinträchtigt, Anspruch auf Entschädigung zuständig;

d) diese Entschädigung besteht in dem ganzen Betrage der Einnahme aus jeder unbefugten Aufführung und zwar ohne Abzug der darauf ver-

wendeten Kosten, und ohne Unterschied, ob das Stück allein oder in Verbindung mit einem anderen, den Gegenstand der Aufführung ausgemacht hat.

11. Die vorläufige Verordnung vom 18. November 1829 wider den Nachdruck und dessen Verbreitung wird hiermit aufgehoben. Die gegenwärtige Verordnung, mit deren Aufrechthaltung die Herren der Wette beauftragt sind, tritt an die Stelle jener früheren.

Gegeben Lübeck in der Rathsversammlung, den 31. Juli 1841.

---

14) Mecklenburg.

Verordnung vom 19. April 1843.

Friedrich Franz von G. G. u. s. w.

Nachstehende, von der Deutschen Bundesversammlung in weiterer Ausführung der Bestimmung im Artikel 18. der Deutschen Bundesacte und des Bundesbeschlusses vom 2. April 1835, gefaßte Beschlüsse über die zum Schutze der Schriftsteller, Componisten und Künstler gegen den Nachdruck und die unbefugte Aufführung oder unbefugte Nachbildung ihrer Werke im Umfange des Bundesgebiets anzuwendenden gleichförmigen Grundsätze:

(Folgen Bundesbeschluß Nr. 3 und 4.)

wollen Wir zur Kenntniß und Nachachtung Unserer Behörden und Unterthanen hiermittelst publicirt haben, und für die Anwendung des Art. 4. im Beschlusse II. hiemit bestimmen, daß, bei unbefugten öffentlichen Aufführungen eines noch nicht gedruckten dramatischen oder musikalischen Werkes in Unsern Landen, die Entschädigung des Autors oder seines Rechtsnachfolgers in jedem einzelnen Falle in dem ganzen Betrage der Einnahme aus der Aufführung, ohne Abzug der auf dieselben verwendeten Kosten, bestehen soll. Die betreffenden Polizeibehörden haben in vorkommenden Fällen jenen Einnahme-Betrag mit Beschlag zu belegen und dem Berechtigten auszuzahlen. Ein etwaniger Recurs ist bei Unserer Landesregierung anzubringen.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung durch das officielle Wochenblatt bekannt zu machen befohlen.

Gegeben, durch Unsere Regierung, Schwerin am 19. April 1843.

---

15) Nassau.

Edikt vom 4. und 5. Mai 1814, die Betreibung der Gewerbe des Buchhandels und der Buchdruckerei betr.

§. 5. Von bereits im Druck erschienenen und im Buchhandel umlaufenden Büchern ist es mit Androhung der Hinwegnahme und Vernichtung aller abgedruckten noch vorräthigen und der baaren Zahlung des Ladenpreises der etwa schon abgegebenen Exemplare an die Beschädigten und darum nachsuchenden Interessenten untersagt, deutsch geschriebene und bei einem deutschen Buchhändler in Verlag gegebene Werke eines deutschen Schriftstellers bei Lebzeiten des letztern und ohne seine vorher dazu erhaltene förmliche Einwilligung nachzudrucken, nicht weniger solche Werke, worüber

einem ausländischen Schriftsteller, oder einem Verleger, oder den Erben eines Schriftstellers von Uns ein besonderes, den Nachdruck in Unserm Herzogthume untersagendes Privilegium ertheilt worden ist.

---

16) Oesterreich.

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch.

§. 1164. Durch den Vertrag über den Verlag einer Schrift wird Jemanden von dem Verfasser das Recht ertheilt, dieselbe durch den Druck zu vervielfältigen und abzusetzen. Der Verfasser begibt sich dadurch des Rechtes, das nämliche Werk einem Anderen in Verlag zu überlassen.

§. 1165. Der Verfasser ist verbunden das Werk der Verabredung gemäß zu liefern, und der Verleger, gleich nach geliefertem Werke die bedungene Belohnung zu entrichten.

§. 1166. Wird das Werk von dem Schriftsteller zur bestimmten Zeit, oder auf die festgesetzte Art nicht geliefert; so kann der Verleger zurücktreten, und wenn die Ablieferung aus Verschulden des Verfassers unterbleibt, die Schadloshaltung fordern.

§. 1167. Wenn die Zahl der Exemplare bestimmt worden ist; so muß der Verleger zu jeder neuen Auflage die Einwilligung des Verfassers einholen, und über die Bedingungen ein neues Uebereinkommen treffen.

§. 1168. Will der Verfasser eine neue Ausgabe mit Veränderungen in dem Inhalte des Werkes veranstalten; so ist darüber ebenfalls ein neuer Vertrag zu schließen. Vor dem Absatz der Auflage aber ist der Verfasser nur dann zu einer neuen Ausgabe berechtigt, wenn er dem Verleger in Rücksicht der vorräthigen Exemplare eine angemessene Schadloshaltung zu leisten bereit ist.

§. 1169. Die Rechte des Schriftstellers in Rücksicht einer neuen Auflage oder Ausgabe gehen auf seine Erben nicht über.

§. 1170. Wenn ein Schriftsteller nach einem ihm von dem Verleger vorgelegten Plane die Bearbeitung eines Werkes übernimmt, so hat er nur auf die bedungene Belohnung Anspruch. Dem Verleger steht in der Folge das gänz freie Verlagsrecht zu.

§. 1171. Diese Vorschriften sind auch auf Landcharten, topographische Zeichnungen und musikalische Compositionen anzuwenden. Die Beschränkungen des Nachdruck's sind in den politischen Gesetzen enthalten.

Gesetz vom 19. Oktober 1846.

Wir Ferdinand der Erste ꝛc. ꝛc.

Um den Schutz des literarischen und artistischen Eigenthums gegen unbefugte Veröffentlichung, Nachdruck und Nachbildung, möglichst zu erweitern, haben Wir die Einführung der nachstehenden gesetzlichen Bestimmungen beschlossen, und befehlen hiermit, daß dieses Gesetz in allen jenen Provinzen Unseres Kaiserstaates in welchen das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch vom 1. Juni 1811 und das Strafgesetz über Verbrechen und

schwere Polizeiübertretungen vom 3. September 1803 in Wirksamkeit getreten ist, ohne Verzug kund gemacht und in Anwendung gebracht werde. — Auch hat dasselbe für das k. k. Militärgränzgebiet und für die der Militärgerichtsbarkeit unterstehenden Personen unter anologer Anwendung der Militärstrafgesetze zu gelten, worüber die weitere Verfügung nachträglich bekannt gemacht werden wird.

Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, den neunzehnten Oktober, im Eintausend achthundert sechs und vierzigsten, Unserer Reiche im zwölften Jahre.

Gesetz zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthums gegen unbefugte Veröffentlichung, Nachdruck und Nachbildung.

I. Abschnitt.

Von den Rechten der Autoren an ihren literarischen und artistischen Werken.

§. 1. Die literarischen Erzeugnisse und die Werke der Kunst bilden ein Eigenthum ihres Urhebers (Autors) d. i. Desjenigen, welcher sie ursprünglich verfaßt oder verfertigt hat.

Dem Urheber wird, sofern nicht besondere Verträge entgegenstehen, in Beziehung auf den durch dieses Gesetz gewährten Schutz gleichgehalten:

a) Der Besteller eines Werkes, welcher dessen Bearbeitung und Ausführung nach einem gegebenen Plane und auf seine Kosten an einen Anderen übertragen hat;

b) der Herausgeber oder Unternehmer eines Werkes, welches durch die Lieferungen selbstständiger Beiträge mehrerer Mitarbeiter gebildet wird;

c) der Herausgeber eines anonymen oder pseudonymen Werkes (s. §. 14 a, b).

§. 2. Dem Urheber eines literarischen oder Kunstwerkes steht unter den in dem gegenwärtigen Gesetze festgesetzten Bedingungen ausschließend das Recht zu, mit seinem Erzeugnisse nach Willkür zu verfügen, dasselbe in beliebiger Form zu vervielfältigen und zu veröffentlichen.

Er kann dieses Recht auch ganz oder theilweise an Andere übertragen.

§. 3. Jede ohne Genehmigung des Urhebers oder seines Rechtsnachfolgers auf mechanischem Wege unternommene Vervielfältigung eines mit Beobachtung der gesetzlichen Bedingungen und Förmlichkeiten erschienenen literarischen Werkes wird als verbotener Nachdruck erklärt, und zwar ohne Unterschied, ob hiebei das nämliche oder ein anderes Verfahren als bei der Erzeugung des Originalwerkes angewendet worden ist.

Dieses Verbot der Vervielfältigung auf mechanischem Wege gilt auch von Werken der Kunst.

Als Originalwerk wird, außer dem ursprünglichen Erzeugnisse der Wissenschaft oder Kunst, auch jeder davon gemachte Abdruck und jede Nachbildung behandelt, welche der Urheber oder sein Rechtsnachfolger zu Folge des ihm zukommenden Autorrechtes (§. 1) veranstaltet hat.

Ausnahmen von den obigen Bestimmungen dieses Paragraphen enthalten die nachfolgenden §§. 5—9.

§. 4. Dem verbotenen Nachdrucke wird gleichgeachtet:

a) der ohne Genehmigung des Urhebers oder seines Rechtsnachfolgers unternommene Abdruck von Manuscripten aller Art; so wie

b) von gehaltenen Vorträgen zum Zwecke der Erbauung, der Belehrung oder des Vergnügens. In beiden Fällen (a und b) muß die Genehmigung auch dann nachgewiesen werden, wenn der Unternehmer rechtmäßiger Besitzer der Originalhandschrift, einer Abschrift oder Nachschrift ist.

Uebrigens gilt, was oben ad a) von Manuscripten gesagt wurde, auch von geographischen und topographischen Karten, von naturwissenschaftlichen, architektonischen und anderen Zeichnungen, Abbildungen u. s. w., welche nach ihrem Zwecke nicht als selbständige Kunstwerke zu betrachten, sondern zur Versinnlichung von wissenschaftlichen Gegegenständen bestimmt sind.

c) Auszüge aus dem Werke eines andern Autors, mit oder ohne Veränderungen, wenn sie als besondere Schriften mit dem Titel des Originalwerkes oder ohne denselben erscheinen.

d) Veränderungen in den Zugaben eines Werkes, namentlich die Hinzufügung und Weglassung oder Abänderung von Anmerkungen, Abbildungen, Karten, Registern u. s. w., entziehen den Abdruck eines Werkes oder eines Auszuges aus demselben dem Nachdruckverbote nicht.

e) Von zwei, unter dem nämlichen oder auch unter verschiedenen Titeln vorkommenden Werken, welche denselben Gegenstand in nämlicher Ordnung und Eintheilung behandeln, ist das später erschienene dann als verbotener Nachdruck zu betrachten, wenn nicht die darin wahrgenommene Vermehrung oder sonstige Veränderung des Inhaltes für so wesentlich und überwiegend erkannt wird, daß es als ein neues selbständiges Geistesprodukt erachtet werden muß.

§. 5. Dagegen ist als Nachdruck nicht anzusehen, somit gestattet:

a) das wörtliche Anführen einzelner Stellen aus bereits veröffentlichten Werken;

b) die Aufnahme einzelner, einem größeren Werke, einer Zeitschrift, oder sonst eiuem periodischen Blatte entnommenen Aufsätze, Gedichte und so weiter, in ein nach seinem Hauptinhalte neues, selbständiges kritisches und literarisches Werk, oder in eine zu einem eigenthümlichen literarischen Zwecke, sowie zum Kirchen-, Schul- und Unterichtsgebrauche bearbeitete Sammlung von Auszügen aus den Werken mehrerer Schriftsteller, oder endlich in Zeitschriften und periodische Blätter; nur muß die Originalquelle ausdrücklich angegeben werden, und es darf der entlehnte Aufsatz weder einen Druckbogen des Werkes, welchem er entnommen ist, überschreiten, noch als selbständige Flugschrift ausgegeben werden, ebenso bei Zeitschriften und sonstigen periodischen Blättern im Laufe eines Jahrganges zusammengenommen nicht mehr als zwei Druckbogen ausmachen; die eigentlichen politischen Zeitungen sind blos an die Bedingung gebunden, die Quelle, aus welcher ein Artikel entlehnt ist, nahmhaft zu machen;

c) die Uebersetzung eines erschienenen literarischen Werkes, und zwar ohne Unterschied der Sprache; jedoch den Fall ausgenommen, wenn der Berechtigte (§. 1) sich die Befugniß zur Veranstaltung einer Ueber-

setzung im Allgemeinen oder in einer bestimmten Sprache auf dem Titelblatte oder in der Vorrede des Originalwerkes ausdrücklich vorbehalten hat, wo sodann jede innerhalb eines Jahres vor Erscheinen des Originalwerkes ohne Einwilligung des Autors desselben oder seiner Rechtnachfolger veröffentlichte Uebersetzung als verbotener Nachdruck zu behandeln ist.

Hat der Autor das Werk zugleich in mehreren Sprachen erscheinen lassen, so wird jede dieser Ausgaben als Original behandelt.

Jede rechtmäßig erschienene Uebersetzung wird gegen Nachdruck geschützt, und von mehreren Uebersetzungen die später erschienene als Nachdruck angesehen, wenn sie sich von der früheren gar nicht, oder nur durch unerhebliche Abänderungen unterscheidet;

d) der für ein späteres Werk benützte, unveränderte Titel eines früher veröffentlichten, von einem andern Autor verfaßten Werkes. Doch kann die Wahl eines gleichen Titels in dem Falle, wenn er zur Bezeichnung des behandelten Gegenstandes nicht unumgänglich nothwendig und überdies zur Irreführung des Publikums über die Identität des Werkes geeignet ist, dem hierdurch Beeinträchtigten einen Anspruch auf Entschädigung begründen.

Hierüber hat, wenn keine gesetzwidrige Absicht unterlaufen ist, der Civilrichter zu entscheiden.

§. 6. Bezüglich der musikalischen Compositionen wird der ohne Genehmigung des Tonsetzers oder seines Rechtsnachfolgers veranstaltete Abdruck von Manuscripten ebenfalls dem verbotenen Nachdrucke gleich geachtet.

Dagegen ist als verbotener Nachdruck oder Nachstich nicht anzusehen, somit gestattet:

a) die Aufnahme einzelner Themata musikalischer Compositionen in periodisch erscheinenden Werke.

b) die Benützung einer Tondichtung zu Variationen, Phantasien, Etüden, Potpourris ꝛc. ꝛc., welche als selbständige Geistesprodukte angesehen werden;

c) das Arrangement oder die Einrichtung eines Tonstücks für andere, oder wenigere Instrumente, als es ursprünglich gesetzt ist. Hat sich aber der Tondichter das Vorrecht der Herausgabe eines Arrangements im Allgemeinen oder doch für bestimmte Instrumente auf dem Titelblatt seines veröffentlichten Werkes ausdrücklich vorbehalten, so ist jedes vor Ablauf eines Jahres nach dem Erscheinungsjahre der Originalcomposition, ohne Einwilligung des Tonsetzers oder seiner Rechtsnachfolger veröffentlichte Arrangement als verbotener Nachdruck zu behandeln.

d) Wird für ein späteres musikalisches oder dramatisches Werk der unveränderte Titel eines früher veröffentlichten Werkes derselben Gattung benützt, so findet die Bestimmung des §. 5, ad d, ihre Anwendung.

§. 7. Der zu einem musikalischen Werke gehörige Text des Gesanges wird als Beigabe der Composition betrachtet, daher ihn der Tonsetzer, wenn nicht durch Vertrag etwas Anderes bestimmt worden ist, mit der Composition abdrucken lassen kann.

Zum Abdrucke des Textes ohne Musik ist die Einwilligung des Dichters erforderlich; sie wird aber wenn das musikalische Werk zur öffentlichen

Aufführung bestimmt ist, in der Art vorausgesetzt, daß Derjenige, welcher die Berechtigung zur Aufführung erlangt hat, auch den Text zum Behufe der Benützung bei der Aufführung des Tonwerks mit Andeutung dieser Bestimmung drucken lassen darf.

§. 8. Zu dem ausschließenden Rechte des Urhebers eines musikalischen oder dramatischen Werkes (§. 2) gehört auch jenes der öffentlichen Aufführung (Produktion) und es ist diese vor Ablauf der gesetzlichen Schutzfrist (§§. 23 und 24) sowohl im Ganzen, als mit Abkürzungen oder unwesentlichen Abänderungen ohne Einwilligung des Autors oder seiner Rechtsnachfolger in so lange verboten, als das Werk nicht durch den Druck oder Stich veröffentlicht worden ist.

Als eine solche Veröffentlichung ist nicht anzusehen, wenn der Autor einzelne in Druck gelegte Exemplare als Manuscript ausgibt, und das ausdrücklich auf den Exemplaren ersichtlich ist.

Die vom Autor erhaltene Befugniß zur Aufführung berechtigt auch, wenn keine Beschränkung vorbehalten wurde, zur beliebigen Wiederholung derselben.

Aus mehreren gemeinschaftlichen Verfassern eines dramatischen Werkes wird im Zweifel jeder für berechtigt gehalten, die Aufführung zu gestatten.

§. 9. Bei Zeichnungen, Gemälden, Kupfer-, Stahl- und Steinstichen, Holzschnitten und anderen Werken der zeichnenden Kunst, sowie bei plastischen Kunstwerken, ist als verbotene Nachbildung nicht anzusehen:

a) wenn die Nachbildung jeder Art sich von dem Originale, nicht bloß im Materiale, in der Form oder der Größe, sondern durch solche wesentliche Veränderungen in der Darstellung unterscheidet, vermöge welcher sie als ein selbstständiges Kunsterzeugniß betrachtet werden kann;
b) wenn ein Kunstwerk als Muster für die zu einem wirklichen materiellen Gebrauche dienenden Erzeugnisse der Manufakturen, Fabriken und Handwerke benützt worden ist;
c) wenn ein durch die Presse veröffentlichtes Produkt der zeichnenden Kunst in plastischer Form dargestellt worden ist;
d) wenn ein nicht bloß zur Beschauung, sondern zu einem wirklichen, materiellen Gebrauche bestimmtes, oder ein nur zur Verzierung eines Gewerbeproduktes dienendes Erzeugniß der Plastik durch die zeichnende Kunst mit oder ohne Farben nachgebildet wird.

§. 10. Um jedoch in denjenigen Fällen, in welchen die Bestimmungen des vorhergehenden Paragraphes nicht entgegenstehen, von dem ausschließenden Rechte der Nachbildung und Vervielfältigung Gebrauch zu machen, muß der Urheber eines vollendeten Kunstwerkes oder sein Rechtsnachfolger sich bei der Veröffentlichung desselben das Recht zu dessen Vervielfältigung ausdrücklich vorbehalten, und diesen Vorbehalt innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren nach Ablauf des Erscheinungsjahres in Ausführung bringen, widrigens jede Nachbildung des Kunstwerkes unbeschränkt erlaubt ist.

§. 11. Durch die Abtretung des Rechtes der Vervielfältigung eines Werkes der zeichnenden oder plastischen Kunst verliert zwar der Urheber oder sein Rechtsnachfolger das Eigenthum an dem Originale nicht; wird jedoch das Originalkunstwerk Eigenthum eines Anderen, so übergeht, wenn

nicht das Gegentheil bedungen wurde, das ausschließende Recht, die Vervielfältigung zu veranlassen oder zu gestatten, zugleich auf den Erwerber.

§. 12. Der Handel (Debit) mit Erzeugnissen eines, kraft des gegenwärtigen Gesetzes verbotenen, im In- oder Ausland veranstalteten Nachdruckes und jeder andern demselben gleichgeachteten Vervielfältigung wird gleichfalls als verboten erklärt, er mag von Buch-, Kunst- oder Musikalienhändlern, Buchdruckern, Verlegern oder von wem immer, der sich denselben zum Geschäfte macht, unternommen worden sein.

II. Abschnitt.

Von den Schutzfristen für das literarische und artistische Eigenthum.

§. 13. Das dem Urheber eines literarischen oder artistischen Werkes durch das gegenwärtige Gesetz eingeräumte ausschließliche Recht der Veröffentlichung, Nachbildung und Vervielfältigung desselben (Verlagsrecht) erstreckt sich in der Regel nicht blos auf seine ganze Lebenszeit, sondern kommt auch Demjenigen, welchem es von ihm übertragen worden ist, oder wenn er nicht anders darüber verfügt hätte, seinen Erben oder deren Rechtsnachfolgern noch auf die Dauer von dreißig Jahren nach seinem Tode zu. Das Todesjahr des Autors wird nicht mitgezählt.

Ein Heimfallsrecht des Fiskus oder anderer Personen findet nicht statt.

§. 14. Ein gleicher Schutz in der Dauer von 30 Jahren, und zwar vom Ablaufe Desjenigen zu rechnen, in welchem das Werk zuerst erschienen ist, wird zugestanden:

a) jenen Werken, bei welchen auf dem Titelblatte oder unter der Zueignung (Dedication) oder am Schlusse der Vorrede der Name des Urhebers nicht ersichtlich ist (anonyme Werke);

b) den unter einem anderen als dem wahren Namen des Autors erschienenen (pseudonymen) Werken; jedoch wird hier sowie im vorhergehenden Absatze vorausgesetzt, daß nicht auf dem Titelblatte, unter der Zueignung oder am Schlusse der Vorrede der Herausgeber, Unternehmer, Besteller (§. 1) genannt ist, welcher in das volle Recht eines Urhebers tritt;

   Uebrigens steht die Wahrnehmung der Rechte des anonymen oder pseudonymen Autors dem Verleger des Werkes als Stellvertreter zu.

c) einem von mehreren genannten Urhebern verfaßten Werke, wenn nicht ein Herausgeber auf die im vorstehenden Paragraphsabsatze bestimmte Weise ersichtlich ist;

d) den erst nach dem Tode des Urhebers zur Veröffentlichung gelangenden (posthumen) Werken, sowie endlich

e) der von den Erben oder sonstigen Rechtsnachfolgern des Urhebers veranstalteten Fortsetzung einer von dem Letzteren begonnenen Ausgabe seines Werkes.

§. 15. Bei den von Akademien, Universitäten und anderen unter dem besonderen Schutze des Staates stehenden wissenschaftlichen oder arti-

stischen Instituten und Vereinen herausgegebenen Werken erstreckt sich der gesetzliche Schutz gegen Nachdruck und Vervielfältigung auf die verlängerte Dauer von 50 Jahren.

Bei Werken von anderen Gesellschaften und Vereinen tritt die Schutzfrist des vorhergehenden Paragraphes ein.

Veranstaltet der Verfasser eines zu einem solchen Werke gelieferten Beitrages eine für sich bestehende vermehrte oder verbesserte Ausgabe dieser seiner Arbeit, so gilt dafür die im §. 13 bestimmte Schutzfrist.

§. 16. Bei Werken von mehreren Bänden oder solchen, welche heftweise oder sonst in Lieferungen erscheinen, wird, insofern die verschiedenen Abtheilungen zusammen als ein Ganzes betrachtet werden können, die in den Paragraphen 13 bis 15 bestimmte Schutzfrist für das ganze Werk vom Erscheinen des letzten Bandes oder der letzten Lieferung gerechnet. Nur wenn zwischen der Herausgabe einzelner Abtheilungen ein Zeitraum von wenigstens drei Jahren verflossen wäre, sind die vorher erschienenen Bände, Hefte u. s. w. als ein für sich selbst bestehendes Werk, und ebenso die nach Ablauf der drei Jahre erscheinenden weiteren Fortsetzungen als ein neues Werk zu behandeln.

Bei fortlaufenden Sammlungen von Werken, Abhandlungen u. s. w. über verschiedene Gegenstände wird jedes einzelne Werk, es bestehe aus Einem oder mehreren Bänden, Heften u. s. w., als ein Ganzes für sich betrachtet.

§. 17. In besonders rücksichtswürdigen Fällen, dann zu Gunsten von Urhebern, Herausgebern oder Verlegern großer, mit bedeutenden Vorauslagen verbundenen Werken der Wissenschaft und Kunst können die im gegenwärtigen Gesetze dem Urheber, dessen Erben und sonstigen Rechtsnachfolgern zugestandenen Schutzfristen von der Staatsverwaltung in Form eines Privilegiums auch noch über die gesetzliche Dauer auf eine weitere bestimmte Anzahl von Jahren erstreckt werden.

Dieses Privilegium muß jedoch schon vor Beendigung der Herausgabe des Werkes erwirkt, und dessen Dauer auf dem Titelblatte ersichtlich, oder wo dieses nach der Natur des Gegenstandes nicht stattfinden kann, durch die öffentlichen Zeitungsblätter der k. k. Provinz, wo das Werk erscheint, bekannt gemacht werden.

§. 18. Die von der Staatsgewalt unmittelbar ausgegangenen Acte genießen nach ihrer Veröffentlichung den Schutz des Nachdruckverbotes in solange als dieses von der Staatsverwaltung nicht aufgehoben wird.

Eine gleiche Fortdauer des Schutzes über die gesetzliche Frist hinaus hat auch für jene Werke zu gelten, aus denen selbst ersichtlich ist, daß sie auf Befehl der Regierung und mit dem Vorbehalt dieses fortdauernden Schutzes erschienen sind.

§. 19. Nach Ablauf der gesetzlichen oder erweiterten Schutzfristen, oder auch früher, wenn weder ein Erbe noch sonst ein Rechtsnachfolger des Urhebers mehr vorhanden wäre, dürfen die Werke der Literatur und Kunst in beliebiger Form nachgedruckt und nachgebildet werden; doch bleibt vor dem Eintritte dieses Zeitpunktes jede früher darauf abzielende Ankündigung untersagt.

§. 20. Die zweite Auflage oder Ausgabe (§. 1168 a. b. G. B.) eines Werkes genießt gleichen gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck, wie die

erste, jedoch unbeschadet des Rechtes zum Nachdrucke der ersten Auflage, wenn von deren Erscheinen der gesetzliche Zeitraum verstrichen ist.

Dasselbe gilt auch von allen weiteren Auflagen im Verhältnisse zu der vorhergehenden.

§. 21. Die zur Drucklegung oder sonstigen Vervielfältigung eines Werkes erlangte Censurbewilligung dient nicht zur Entschuldigung, wenn sich zeigt, daß hierbei ein unerlaubter Nachdruck oder eine unerlaubte Nachbildung stattfand.

§. 22. Das ausschließende Recht zur Aufführung eines musikalischen oder dramatischen Werkes (§. 8) erstreckt sich nicht nur auf die ganze Lebenszeit des Autors, sondern kommt auch Demjenigen, welchem es von demselben übertragen worden ist, oder wenn er nicht anders darüber verfügt hätte, seine Erben oder deren Rechtsnachfolgern noch bis zum Ablaufe von zehn Jahren nach dem Todesjahre des Urhebers zu.

§. 23. Ein gleicher Schutz in der Dauer von zehn Jahren, jedoch vom Tage der ersten öffentlichen Aufführung gerechnet, findet statt:

a) wenn das betreffende Werk mehrere genannte Urheber hat;

b) bei anonymen oder pseudonymen Werken, ohne Unterschied, ob der wahre Name des Verfassers oder Tonsetzers nach geschehener, wenngleich nur einmaligen öffentlichen Aufführung bekannt wird oder nicht;

c) bei posthumen Werken, d. i. bei solchen, welche erst nach dem Tode des Urhebers von dessen Erben oder sonstigen Rechtsnachfolgern zur ersten Aufführung gebracht werden.

§. 24. Die Vorsicht des Paragraphen 21 gilt auch hinsichtlich der, zur Aufführung eines musikalischen oder dramatischen Werkes erlangte Censurbewilligung.

III. Abschnitt.

Bestimmungen über die zu verhängende Strafe und über das Entschädigungsrecht.

§. 25. Der unbefugte Nachdruck und jede demselben gleichgeachtete Vervielfältigung oder Nachbildung wird an Demjenigen, welcher diese veranstaltet oder zu deren Ausführung wissentlich mitgewirkt hat, außer dem Verfalle (Confiscation) der vorhandenen Exemplare, Abdrücke, Abgüsse u. s. w. der Zerlegung des Drucksatzes und bei Kunstwerken, insofern nicht die in den Paragraphen 29 und 30 angedeutete Uebernahme von Seiten des Beschädigten einträte, auch der Zerstörung der Platten, Steine, Formen und anderer Objekte, welche ausschließend zur Ausführung dieser Vervielfältigung gedient haben, mit einer Geldstrafe von 25 bis 1000 Gulden, welche im Falle des erhobenen Zahlungsunvermögens in eine verhältnißmäßige Arreststrafe (§. 26) zu verwandeln ist, bestraft, und es kann nach vorhergegangener, wenigstens zweimaliger Bestrafung dieser Uebertretung, nach Maßgabe der Umstände auch Verlust des Gewerbes verhängt werden.

§. 26. Bezüglich des Verhältnisses der Geld- und Arreststrafe hat der Maßstab zu gelten, daß ein Strafbetrag von 25 bis 100 Gulden der Arreststrafe von einer Woche bis zu einem Monate, ein Betrag von mehr

als 100 bis 400 Gulden aber dem Arreste von einem Monate bis zu drei Monaten, und ein Betrag von mehr als 400 bis 1000 Gulden dem Arreste von drei bis sechs Monaten gleichgestellt werde.

§. 27. Dem durch die verbotene Vervielfältigung beeinträchtigten Urheber eines Werkes, so wie dessen Erben und sonstigen Rechtsnachfolgern steht überdieß das Recht auf Entschädigung zu, und es ist ihnen als solche der Werth der von der unbefugten Vervielfältigung abgängigen Exemplare im Verkaufspreise des Originals zuzuerkennen, ohne die Geltendmachung noch weiterer Entschädigungsansprüche auszuschließen.

Läßt sich die Stärke der unbefugten Vervielfältigung nicht ermitteln, so ist die Zahl der davon abgängigen Exemplare nach Beschaffenheit der Umstände und mit Berücksichtigung des Befundes der Sachverständigen von der Behörde auf 25 bis 1000 Gulden zu bestimmen.

Dieselbe Modalität der Ausmittelung des zu vergütenden Schadens findet in der Regel auch dann statt, wenn eine rechtmäßige Original-Auflage des Werkes noch nicht veranstaltet worden (§. 4, a und b), und das im zweiten Absatze des Paragraphen 29 vorbehaltene gütliche Einverständniß nicht zu Stande gekommen ist.

§. 28. Dem Verleger eines Werkes gebührt die Entschädigung nach den Bestimmungen des vorhergehenden Paragraphes nur insofern, als die Zahl der durch verbotene Vervielfältigung erzeugten und abgängigen Exemplare jene der zur Veräußerung vorräthigen Exemplare des Originalwerkes nicht übersteigt.

Die Entschädigung, welche hinsichtlich der Ueberzahl zu leisten ist, gebührt dem Urheber und dessen Rechtsnachfolgern.

In jedem Falle hat der Verleger so viele Originalexemplare, als ihm selbst vergütet worden sind, dem Urheber unentgeldlich zu überlassen, oder sich auf andere Weise darüber mit ihm auszugleichen. Uebrigens werden die gegenseitigen Rechte des Autors und Verlegers durch den Verlagsvertrag bestimmt.

§. 29. Die in Beschlag genommenen Exemplare und anderweitigen Gegenstände (§. 25) unterliegen, wenn sie nicht von dem Beschädigten auf Abrechnung der ihm gebührenden Entschädigung, jedoch gegen Vergütung der von dem Nachdrucker auf ihre materielle Beischaffung nothwendig und erweislich verwendeten Auslagen übernommen werden, der Vertilgung, sobald das Erkenntniß in Rechtskraft erwachsen ist. Auch steht es dem Beschädigten frei, sich mit dem Nachdrucker in dem Falle, wenn vor Erscheinung einer rechtmäßigen Originalausgabe der Nachdruck eines Manuscriptes oder einer Nachschrift (§. 4 a und b) veranstaltet worden ist, auf ein Honorar einzuverstehen; hierdurch wird jedoch ein Verlagsvertrag begründet, welcher zwar die Confiscation, nicht aber auch die Fortsetzung der begonnenen Untersuchung und die gesetzliche Strafe aufhebt.

§. 30. Wer mit den Erzeugnissen des Nachdrucks oder einer demselben gleichgeachteten Vervielfältigung wissentlich Handel treibt (§. 12) ist außer dem Verfalle der betretenen Exemplare noch mit einer Geldstrafe von 25 bis 1000 Gulden, oder bei erhobener Zahlungsunvermögenheit mit verhältnißmäßiger Arbeitsstrafe (§. 26) und in Fällen mehrmaliger Wiederholung nach Umständen selbst mit dem Verluste seines Gewerbes zu bestrafen.

Zur Entschädigung ist derselbe zur ungetheilten Hand mit Demjenigen verpflichtet, welcher die unerlaubte Vervielfältigung veranstaltet hat. Die verfallenen Exemplare werden vertilgt, sofern sie der Beschädigte nicht auf Abrechnung an seiner Forderung übernehmen will.

§. 31. Die dem ausschließenden Rechte des Autors oder seiner Rechtsnachfolger zuwider veranstaltete öffentliche Aufführung eines dramatischen oder musikalischen Werkes im Ganzen oder mit Abkürzungen oder unwesentlichen Abänderungen, ist außer der Confiscation der unrechtmäßig benützten Manuscripte (Textbücher, Partituren, Rollen u. dergl.) mit einer Geldbuße von 10 bis 200 Gulden oder bei erhobener Unfähigkeit zur Zahlung einer Geldstrafe mit verhältnißmäßiger Arreststrafe zu ahnden.

§. 32. Dem durch die unbefugte Aufführung beeinträchtigten Autor oder dessen Rechtsnachfolger steht der Anspruch auf volle Entschädigung zu, als welche ihm der ganze, entweder mit Beschlag belegte oder nachträglich zu ermittelnde Betrag der Einnahme von jeder Aufführung ohne Abzug der auf dieselbe verwendeten Kosten, und ohne Unterschied, ob das Werk allein oder in Verbindung mit einem anderen zur Aufführung kam, mit Vorbehalt der Geltendmachung etwa noch höherer Entschädigungsansprüche zuzuerkennen ist.

IV. Abschnitt.

Von der Untersuchungsbehörde und dem Verfahren.

§. 33. Die Uebertretungen des gegenwärtigen, den Schutz des literarischen und artistischen Eigenthums bezielenden, Gesetzes sind als schwere Polizeiübertretungen von den politischen Behörden zu untersuchen und zu bestrafen, und es haben hinsichtlich des Verfahrens sowie der Verjährung und der sonstigen auf Untersuchung, Ueberweisung, Strafe und Entschädigung Einfluß nehmenden Bestimmungen die Vorschriften des II. Theiles des St. G. vom 3. September 1803, insofern in dem gegenwärtigen Gesetze nicht etwas anderes verordnet ist, in Anwendung zu kommen.

Wird ein Befund der Sachverständigen erforderlich, so sind diese bei literarischen Werken aus Schriftstellern, Gelehrten und Buchhändlern; bei Kunstwerken aus Künstlern, Kunstverständigen und Kunst- oder Musikalienhändlern zu wählen.

§. 34. Das Einschreiten der Untersuchungsbehörde geschieht nicht von Amtswegen, sondern nur auf Begehren des beeinträchtigten Autors oder seiner Rechtsnachfolger.

Die Zurücknahme der Beschwerde nach bereits geschehener Einleitung der Untersuchung hat nur auf die Entschädigungsrechte des Beschwerdeführers, nicht aber auch auf die Untersuchung selbst und auf die gesetzliche Strafe eine rechtliche Wirkung.

§. 35. Die Beschlagnahme der zur Confiscation geeigneten Gegenstände ist auf Verlangen des Beschwerdeführers unverweilt zu verfügen, wenn die Eigenschaft des Urhebers (Bestellers, Unternehmers, Herausgebers) eines Werkes im Sinne des §. 1, und erforderlichen Falles die Erscheinungszeit des Originalwerkes nachgewiesen worden ist.

Für diesen Beweis ist kein rechtsgiltiges Beweismittel ausgeschlossen. Insbesondere hat diesfalls bei literarischen Werken auch die von dem k. k.

Bücher-Revisions-Amte der Provinz, in welcher das Werk erschienen ist, ausgestellte amtliche Bescheinigung, und bei Kunstwerken die glaubwürdig ausgewiesene Veröffentlichung eines vollendeten Kunstwerkes durch die Zeitungsblätter der Provinz, oder die in glaubhafter Form abgefaßte Bestätigung eines unter Aufsicht der Staatsverwaltung bestehenden Kunstinstitutes als Beweismittel zu gelten.

Will zum Beweise der ersten Aufführung eines dramatischen oder musikalischen Werkes die übliche gedruckte Annonce benützt werden, so muß ihr eine amtliche Bestätigung, daß die Aufführung wirklich stattfand, von Seite der politischen oder polizeilichen Ortsbehörde beigefügt sein.

V. Abschnitt.

Von dem Eintritte und Umfange der Wirksamkeit dieses Gesetzes.

§. 36. Das gegenwärtige Gesetz tritt vom Tage seiner Kundmachung in Beziehung auf alle gegen Erfüllung der vorgeschriebenen Bedingungen erscheinenden Werke ohne Unterschied der Nationalität ihres Urhebers in Wirksamkeit. Alle früheren demselben entgegenstehenden oder abweichenden Vorschriften werden dadurch außer Kraft gesetzt.

§. 37. Dasselbe ist auch zu Gunsten aller bereits vorhandenen und rechtmäßig veröffentlichten Originalwerke in soweit in Anwendung zu bringen, daß dadurch das literarische und artistische Eigenthum an denselben, sofern es sich nicht schon nach den bisherigen Vorschriften auf einen längeren Zeitraum erstreckt, durch zehn Jahre vom Tage der Kundmachung des Gesetzes geschützt wird.

Nur ein vor der Kundmachung erlaubter Weise bereits begonnener oder doch gegen Pränumeration angekündigter Nachdruck oder eine demselben gleichgehaltene Vervielfältigung ist den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht unterworfen.

§. 38. Der durch das gegenwärtige Gesetz gewährte Schutz gegen den Nachdruck und jede andere unbefugte Vervielfältigung auf mechanischem Wege wird auch allen im Gebiete des deutschen Bundes erscheinenden literarischen und artistischen Werken eingeräumt, nur muß, damit derselbe in Anspruch genommen werden könne, nachgewiesen werden, daß die in dem Bundesstaate, in welchem das Original erschienen ist, gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen und Förmlichkeiten erfüllt worden sind.

§. 39. Den im Auslande außer dem deutschen Bundesgebiete erschienenen Werken wird der in diesem Gesetze ausgesprochene Schutz in dem Maße gewährt, als die diesfälligen Rechte den in dem k. k. österreichischen Gebiete erschienenen Werken durch die Gesetze des fremden Staates gleichfalls gesichert sind.

---

17) Oldenburg.

Strafgesetz von 1814.

Art. 416.

Wer ein Werk der Wissenschaft oder Kunst ohne Einwilligung seines Urhebers, dessen Erben oder Anderer, welche die Rechte des Urhebers er-

langt haben, durch Vervielfältigung mittelst Druckes oder auf andere Weise im Publikum bekannt macht, ohne dasselbe zu eigenthümlicher Form verarbeitet zu haben, wird nebst dem Schadenersatze nach den in den einzelnen Druckprivilegien enthaltenen Bestimmungen und in deren Ermangelung mit Confiscation der nachgedruckten Auflage und einer dem Betrage des gestifteten Schadens gleichmäßigen Geldbuße bestraft.

---

18) Preußen.

Preußisches Landrecht Th. I. Tit. 11.

§. 996. Das Verlagsrecht besteht in der Befugniß, eine Schrift durch den Druck zu vervielfältigen und sie auf den Messen, unter die Buchhändler und sonst, ausschließend abzusetzen.

§. 997. Nicht bloß Bücher, sondern auch Landcharten, Kupferstiche, topographische Zeichnungen und musikalische Compositionen sind ein Gegenstand des Verlagsrechts.

§. 998. In der Regel erlangt der Buchhändler das Verlagsrecht nur durch einen mit dem Verfasser darüber abgeschlossenen schriftlichen Vertrag.

§. 999. Ist dergleichen schriftlicher Vertrag nicht errichtet, die Handschrift jedoch von dem Schriftsteller abgeliefert worden; so gilt die mündliche Abrede zwar in Ansehung des dem Verfasser versprochenen Honorarii, in allen übrigen Stücken aber sind die Verhältnisse beider Theile lediglich nach den gesetzlichen Vorschriften zu beurtheilen.

§. 1000. Der Verfasser ist schuldig, den schriftlichen Vertrag durch Lieferung der Handschrift zu gehöriger Zeit zu erfüllen.

§. 1001. Thut er dieß nicht, so kann der Verleger von dem Vertrage wieder abgehen.

§. 1002. Ist die Zeit, wenn die Handschrift geliefert werden soll, im Vertrage nicht bestimmt, so wird angenommen, daß dieselbe dergestalt geliefert werden soll, damit der Verleger die Schrift noch auf die nächste Leipziger Messe bringen könne.

§. 1003. Erhellet aus der Größe und dem Umfange des Werks oder aus der kurzen Zwischenzeit bis zur Messe, oder aus andern Umständen, daß dem Schriftsteller eine längere Zeit gestattet sein solle, so hängt die nähere im Contrakte nicht enthaltene Bestimmung von dem Schriftsteller ab.

§. 1004. Doch kann derselbe von dem Verleger angehalten werden, eine gewisse Zeit zu bestimmen, oder sich den Rücktritt von dem Contrakte gefallen zu lassen.

§. 1005. Ereignen sich Umstände oder Hindernisse, welche den Verfasser veranlassen, das versprochene Werk gar nicht herauszugeben, so kann er von dem Vertrage zurücktreten.

§. 1006. Er muß aber dem Verleger den Schaden ersetzen, welcher demselben aus den zum Abdruck etwa schon getroffenen, und durch den Rücktritt unnütz werdenden Anstalten, wirklich entsteht.

§. 1007. Gibt aber der Schriftsteller das einem Verleger versprochene Werk, innerhalb Jahresfrist nach dem Rücktritt, ohne Vorwissen und Ein-

willigung desselben, in einem andern Verlage, oder auf eigene Rechnung heraus, so muß er dem ersten Verleger auch für den entgangenen Gewinn gerecht werden.

§. 1008. Findet der Schriftsteller nöthig, in Ansehung des Umfangs oder der Einrichtung des Werks, Veränderungen noch vor dem Druck zu machen, so hat der Verleger die Wahl, sich dieselben gefallen zu lassen oder von dem Vertrage wieder abzugehen.

§. 1009. Macht aber der Schriftsteller dergleichen Veränderungen nach bereits angefangenem Drucke, ohne die Einwilligung des Verlegers, so haftet er dem Verleger für allen daraus entstehenden Schaden.

§ 1010. Wegen der Fälle, wo die Erfüllung des Verlagsvertrags einem oder dem andern Theile unmöglich wird, hat es bei den Vorschriften des §. 879. ff. sein Bewenden.

§. 1011. Wenn ein neuer unveränderter Abdruck einer Schrift in ebendemselben Formate veranlaßt wird, so heißt solches eine neue Auflage.

§. 1012. Wenn aber eine Schrift in verändertem Formate, oder mit Veränderungen im Inhalte, von Neuem gedruckt wird, so wird solches eine neue Ausgabe genannt.

§. 1013. Ist im Verlagsvertrage die Zahl der Exemplare der ersten Auflage nicht bestimmt, so steht es dem Verleger frei, auch ohne ausdrückliche Einwilligung des Verfassers, neue Auflagen zu veranstalten.

§. 1014. Ist aber die Zahl bestimmt, so muß der Verleger, wenn er eine neue Auflage machen will, sich darüber mit dem Schriftsteller oder dessen Erben, anderweit abfinden.

§. 1015. Können die Partheien sich darüber nicht vereinigen, so dient die Hälfte des für die erste Auflage gezahlten Honorarii zum Maaßstabe.

§. 1016. Hingegen erstreckt sich das Verlagsrecht in der Regel, und wenn nicht in dem geschlossenen schriftlichen Vertrage ein Anderes verabredet ist, nur auf die erste Ausgabe des Werks, mit Inbegriff aller fernern Theile und Fortsetzungen desselben.

§. 1017. Der erste Verleger kann also niemals eine neue Ausgabe machen, ohne mit dem Schriftsteller einen neuen Vertrag darüber geschlossen zu haben.

§. 1018. Dagegen kann auch der Schriftsteller keine neue Ausgabe veranstalten, so lange der erste Verleger die von ihm nach §. 1013, 1014. rechtmäßig veranstalteten Auflagen noch nicht abgesetzt hat.

§. 1019. Können Verfasser und Buchhändler sich wegen der neuen Ausgabe nicht vereinigen, so muß ersterer, wenn er dieselbe in einem andern Verlage herausgeben will, zuvörderst dem vorigen Verleger alle noch vorräthigen Exemplare der ersten Ausgabe, gegen baare Bezahlung des Buchhändlerpreises, abnehmen.

§. 1020. Das Recht des Verfassers, daß ohne seine Zuziehung keine neue Ausgabe veranstaltet werden darf, geht, wenn nicht ein anderes ausdrücklich und schriftlich verabredet worden, auf seine Erben nicht über.

§. 1021. Vorstehende Einschränkungen des Verlagsrechts zum Besten des Schriftstellers fallen weg, wenn der Buchhändler die Ausarbeitung eines Werks nach einer von ihm gefaßten Idee dem Schriftsteller zuerst übertragen, und dieser die Ausführung ohne besondern schriftlichen Vorbehalt

übernommen; oder wenn der Buchhändler mehre Verfasser zur Ausführung einer solchen Idee, als Mitarbeiter angestellt hat.

§. 1022. In diesen Fällen gebührt das volle Verlagsrecht vom Anfange an dem Buchhändler, und der oder die Verfasser können sich auf fernere Auflagen oder Ausgaben weiter kein Recht anmaaßen, als was ihnen in dem schriftlichen Vertrage ausdrücklich vorbehalten ist.

§. 1023. Anmerkungen bei Büchern, worauf ein Anderer das Verlagsrecht hat, besonders abzudrucken, ist erlaubt. Mit dem Werke selbst aber können dergleichen Anmerkungen, ohne Einwilligung des Verfassers und seines Verlegers, nicht gedruckt, noch in den königlichen Landen verkauft werden.

§. 1024. Niemand darf ohne Einwilligung des Verfassers und seines Verlegers, einzelne gedruckte Schriften in ganze Sammlungen aufnehmen oder Auszüge davon besonders drucken lassen.

§. 1025. Wohl aber können Auszüge aus Schriften in andere Werke oder Sammlungen aufgenommen werden.

§. 1026. Neue Ausgaben ausländischer Schriftsteller, welche außerhalb des deutschen Reichs oder der königlichen Staaten in einer fremden Sprache schreiben, und deren Verleger weder die Frankfurter noch die Leipziger Messe besuchen, können nachgedruckt werden, insofern der Verleger darüber kein hiesiges Privilegium erhalten hat.

§. 1027. Uebersetzungen sind in Beziehung auf das Verlagsrecht für neue Schriften zu achten.

§. 1028. Das Veranstalten einer neuen Uebersetzung durch einen andern Uebersetzer ist kein Nachdruck der vorigen.

§. 1029. Wenn keine Buchhandlung, welche auf die neue Ausgabe eines Buches ein Verlagsrecht hat, mehr vorhanden, und auch das Recht des Schriftstellers nach §. 1020. erloschen ist, so steht jedem frei, eine neue Ausgabe des Werkes zu veranstalten.

§. 1030. Sind jedoch in diesem Falle noch Kinder des ersten Grades vom Verfasser vorhanden, so muß der neue Verleger wegen der zu veranstaltenden neuen Ausgabe, mit diesen sich abfinden.

§. 1031. Uebrigens gilt zwischen diesem neuen Verleger und dem Schriftsteller, welcher diese neue Ausgabe besorgt, alles das, was bei neuen Werken verordnet ist.

§. 1032. Auch der Nachdruck solcher Ausgaben ist unter eben den Umständen unerlaubt, unter welchen der Nachdruck eines neuen Werkes nach obigen Vorschriften nicht stattfindet.

§. 1033. Insofern auswärtige Staaten den Nachdruck zum Schaden hiesiger Verleger gestatten, soll letzteren gegen die Verleger in jenen Staaten ein Gleiches erlaubt werden.

§. 1034. Wer Bücher oder Werke, deren Nachdruck nach vorstehenden Grundsätzen unerlaubt ist, dennoch nachdruckt, muß den rechtmäßigen Verleger entschädigen.

§. 1035. Diese Entschädigung besteht in dem Ersatze des Honorars, welches der rechtmäßige Verleger dem Verfasser bezahlt hat, und der mehreren Kosten, welche derselbe wegen bessern Drucks und Papiers, gegen den Nachdruck gerechnet, auf die rechtmäßige Auflage verwendet hat.

§. 1036. Uebrigens sollen unerlaubte Nachdrücke im hiesigen Lande, bei Vermeidung der Confiscation, nicht eingeführt, und unbefugte Nachdrücke nach näherer Bestimmung des Criminalrechts, ernstlich bestraft werden.

Gesetz vom 11. Juni 1837, zum Schutze des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung.

Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc.

Damit dem Eigenthum an den Werken der Wissenschaft und Kunst der erforderliche Schutz gegen Nachdruck und Nachbildung gesichert werde, haben Wir Uns bewogen gefunden, die darüber bestehenden Gesetze einer Abänderung und Ergänzung zu unterwerfen und verordnen demnach auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsrathes, für den ganzen Umfang Unserer Monarchie, was folgt:

1. Schriften.

a) Ausschließendes Recht der Schriftsteller.

§. 1. Das Recht, eine bereits herausgegebene Schrift, ganz oder theilweise, von neuem abdrucken oder auf irgend einem mechanischen Wege vervielfältigen zu lassen, steht nur dem Autor derselben oder denjenigen zu, welche ihre Befugniß dazu von ihm herleiten.

b) Verbot des Nachdrucks.

§. 2. Jede solche neue Vervielfältigung, wenn sie ohne Genehmigung des dazu ausschließlich Berechtigten (§. 1.) geschieht, heißt Nachdruck und ist verboten.

c) Was dem Nachdrucke gleichzuachten.

§. 3. Dem Nachdruck wird gleichgeachtet, und ist daher ebenfalls verboten, der ohne Genehmigung des Autors oder seiner Rechtsnachfolger bewirkte Abdruck

a) von Manuscripten aller Art;
b) von nachgeschriebenen Predigten und mündlichen Lehrvorträgen, gleichviel, ob dieselben unter dem wahren Namen des Autors herausgegeben werden oder nicht.

Dieser Genehmigung bedarf auch der rechtmäßige Besitzer eines Manuscriptes oder einer Abschrift desselben (litt. a.), ingleichen nachgeschriebener Predigten oder Lehrvorträge (litt. b.)

d) Was nicht als Nachdruck anzusehen.

§. 4. Als Nachdruck ist nicht anzusehen

1) das wörtliche Anführen einzelner Stellen eines bereits gedruckten Werkes;

2) die Aufnahme einzelner Aufsätze, Gedichte u. s. w. in kritische und literarhistorische Werke und in Sammlungen zum Schulgebrauche;

3) die Herausgabe von Uebersetzungen bereits gedruckter Werke.

Ausnahmen.

Ausnahmsweise sind jedoch Uebersetzungen in folgenden Fällen dem Nachdrucke gleich zu achten:

a) Wenn von einem Werke, welches der Verfasser in einer todten Sprache bekannt gemacht hat, ohne seine Genehmigung eine deutsche Uebersetzung herausgegeben wird.

b) Wenn der Verfasser eines Buches solches gleichzeitig in verschiedenen lebenden Sprachen hat erscheinen lassen, und ohne seine Genehmigung eine neue Uebersetzung des Werkes in eine der Sprachen veranstaltet wird, in welchen es ursprünglich erschienen ist. Hat der Verfasser auf dem Titelblatte der ersten Ausgabe bekannt gemacht, daß er eine Uebersetzung, und in welcher Sprache herausgeben wolle, so soll diese Uebersetzung, wenn sie innerhalb zweier Jahre nach dem Erscheinen des Originals erfolgt, als mit dem Original gleichzeitig erschienen behandelt werden.

e) Dauer des ausschließlichen Rechts.

§. 5. Der Schutz des gegenwärtigen Gesetzes gegen Nachdruck und diesem gleichgestellte Handlungen (§§. 2. u. 3.) soll dem Autor einer Schrift, Predigt oder Vorlesung während seines Lebens zukommen.

§. 6. Auch die Erben des Autors sollen denselben Schutz noch dreißig Jahre lang nach dem Tode ihres Erblassers genießen, ohne Unterschied, ob während seines Lebens ein Abdruck bereits erschienen ist oder nicht. Nach Ablauf dieser dreißig Jahre hört der Schutz dieses Gesetzes auf.

§. 7. In sofern von dem eigentlichen Nachdrucke die Rede ist (§§. 1 u. 2), setzt die in den §§. 5 u. 6 vorgeschriebene Dauer des Schutzes voraus, daß der wahre Name des Verfassers auf dem Titelblatte oder unter der Zueignung oder Vorrede angegeben ist. Eine Schrift, die entweder unter einem andern, als dem wahren Namen des Verfassers erschienen, oder bei welcher gar kein Verfasser genannt ist, soll funfzehn Jahre lang, von der ersten Herausgabe derselben an gerechnet, gegen den Nachdruck geschützt sein, und zu Wahrnehmung des Rechts auf diesen Schutz der Verleger an die Stelle des unbekannten Verfassers treten. Wird innerhalb dieser funfzehn Jahre der wahre Name des Verfassers von ihm selbst oder von seinen Erben, vermittelst eines neuen Abdruckes oder eines neuen Titelblattes für die vorräthigen Exemplare, bekannt gemacht, so wird dadurch dem Werke der Anspruch auf die in den §§. 5 u. 6 bestimmte Dauer des Schutzes erworben.

§. 8. Akademien, Universitäten, öffentliche Unterrichtsanstalten, gelehrte und andere erlaubte Gesellschaften, genießen das ausschließende Recht zur neuen Herausgabe ihrer Werke dreißig Jahre lang.

Diese Frist ist

a) bei Werken, die in einem oder mehreren Bänden eine einzige Aufgabe behandeln, und mithin als in sich zusammenhängend betrachtet werden können, zu denen namentlich auch die lexikalischen zu zählen sind, von dem Zeitpunkte ihrer Vollendung an,

b) bei Werken aber, die nur als fortlaufende Sammlungen von Auf-

sätzen und Abhandlungen über verschiedene Gegenstände der gelehrten Forschung anzusehen sind, von dem Erscheinen eines jeden Bandes an zu rechnen.

Veranstalten jedoch die Verfasser besondere Ausgaben solcher Aufsätze und Abhandlungen, so kommen ihnen die Bestimmungen der §§. 5 u. 6 zu statten.

f) Abtretung desselben.

§. 9. Das ausschließende Recht zur Veröffentlichung und Verbreitung von Schriften, welches dem Autor und dessen Erben zusteht, kann von diesen ganz oder theilweise, durch eine hierauf gerichtete Vereinbarung, auf Andere übertragen werden.

g) Strafen des Nachdrucks.

§. 10. Wer das, den Autoren, ihren Erben oder Rechtsnachfolgern zustehende, ausschließende Recht dadurch beeinträchtigt, daß er, ohne deren Genehmigung, von demselben Gebrauch macht, ist den Beeinträchtigten vollständig zu entschädigen verpflichtet und hat, außer der Confiscation der noch vorräthigen Exemplare, eine Geldbuße von fünfzig bis tausend Thalern verwirkt.

§. 11. War das Werk von dem Berechtigten bereits herausgegeben, so ist der Betrag der Entschädigung, nach Beschaffenheit der Umstände, auf eine dem Verkaufswerthe von funfzig bis tausend Exemplaren der rechtmäßigen Ausgabe gleichkommende Summe richterlich zu bestimmen, in so fern der Berechtigte nicht einen höhern Schaden nachzuweisen vermag.

§. 12. Die confiscirten Exemplare der unrechtmäßigen Ausgabe sollen vernichtet oder dem Beschädigten auf sein Verlangen überlassen werden. Im letzten Falle muß sich jedoch der Beschädigte die von dem Verurtheilten auf diese Exemplare verwendeten Auslagen auf die Entschädigung anrechnen lassen.

§. 13. Wer widerrechtlich vervielfältigte Werke wissentlich zum Verkauf hält, ist dem Beeinträchtigten mit dem unbefugten Vervielfältiger solidarisch zur Entschädigung verpflichtet, und hat außer der Confiscation, eine nach Vorschrift des §. 10 zu bestimmende Geldbuße verwirkt.

§. 14. Das Vergehen des Nachdrucks ist vollendet, wenn Exemplare eines Buches vorgefunden werden, welche den gegenwärtigen Vorschriften zuwider angefertigt worden sind.

h) Untersuchungs-Verfahren.

§. 15. Die gerichtliche Untersuchung der in den §§. 2, 3 u. 4 bezeichneten Vergehen ist nicht von Amtswegen, sondern nur auf den Antrag der Verletzten einzuleiten.

Will der Verleger der Schrift den Antrag nicht machen, so kann dieses von dem Autor oder dessen Erben geschehen, in sofern dieselben noch ein von dem Verleger unabhängiges Interesse haben.

§. 16. Nach einmal erfolgter Einleitung der Untersuchung kann die Zurücknahme des Antrags zwar in Beziehung auf die Entschädigung stattfinden, nicht aber in Beziehung auf die Confiscation und Geldbuße.

§. 17. Scheint es dem Richter zweifelhaft, ob eine Druckschrift als Nachdruck oder unerlaubter Abdruck zu betrachten, oder wird der Betrag der Entschädigung bestritten, so hat der Richter das Gutachten eines aus Sachverständigen gebildeten Vereins einzuholen.

Die Bildung eines oder mehrerer solcher Vereine, die vorzüglich aus geachteten Schriftstellern und Buchhändlern bestehen sollen, bleibt einer besondern, von Unserem Staatsministerium zu erlassenden Instruction vorbehalten.

2) Geographische, topographische, naturwissenschaftliche, architektonische und ähnliche Zeichnungen.

§. 18. Was vorstehend in den §§. 1, 2, 5 bis 17 über das ausschließende Recht zur Vervielfältigung von Schriften verordnet ist, findet auch Anwendung auf geographische, topographische, naturwissenschaftliche, architektonische und ähnliche Zeichnungen und Abbildungen, welche nach ihrem Hauptzwecke nicht als Kunstwerke (§. 21) zu betrachten sind.

3) Musikalische Compositionen.

§. 19. Dieselben Vorschriften gelten hinsichtlich der ausschließenden Befugniß zur Vervielfältigung musikalischer Compositionen.

§. 20. Einem verbotenen Nachdrucke ist gleichzuachten, wenn Jemand von musikalischen Compositionen Auszüge, Arrangements für einzelne Instrumente, oder sonstige Bearbeitungen, die nicht als eigenthümliche Compositionen betrachtet werden können, ohne Genehmigung des Verfassers herausgibt.

4) Kunstwerke und bildliche Darstellungen.

§. 21. Die Vervielfältigung von Zeichnungen oder Gemälden durch Kupferstich, Stahlstich, Holzschnitt, Lithographie, Farbendruck, Uebertragung u. s. w. ist verboten, wenn sie ohne Genehmigung des Urhebers des Original-Kunstwerks oder seiner Rechtsnachfolger bewirkt wird.

§. 22. Unter gleicher Bedingung ist die Vervielfältigung von Sculpturen aller Art durch Abgüsse, Abformungen u. s. w. verboten.

§. 23. Hinsichtlich dieser Verbote, §. 21 u. 22, macht es keinen Unterschied, ob die Nachbildung in einer andern Größe, als das nachgebildete Werk, oder auch mit andern Abweichungen von demselben vorgenommen worden ist; es seien denn die Veränderungen so überwiegend, daß die Arbeit nicht als eine bloße Nachbildung, sondern als ein eigenthümliches Kunstwerk betrachtet werden könnte.

§. 24. Als eine verbotene Nachbildung ist es nicht zu betrachten, wenn ein Kunstwerk, das durch die Malerei oder eine der zeichnenden Künste hervorgebracht worden ist, mittelst der plastischen Kunst, oder umgekehrt, dargestellt wird.

§. 25. Die Benutzung von Kunstwerken als Muster zu den Erzeugnissen der Manufacturen, Fabriken nnd Handwerke ist erlaubt.

§. 26. Dauer des ausschließenden Rechts der Künstler,

a) bei unveräußertem Original.

Der Urheber eines Kunstwerkes und seine Erben genießen die ihnen

in den §§. 21 u. f. zugesicherten, ausschließenden Rechte, so lange das Original in ihrem Eigenthum bleibt.

§. 27. Wollen sie in dieser Lage von dem ihnen ausschließend zustehenden Rechte der Vervielfältigung Gebrauch machen und sich gegen die Eingriffe Anderer sichern, so haben sie von ihrem Unternehmen, ehe noch die erste Copie an einen Andern abgelassen wird, zugleich mit der Erklärung, daß sie eine Vervielfältigung durch Andere, welche nicht die besondere Erlaubniß von ihnen erhalten haben, nicht zulassen wollen, dem obersten Curatorium der Künste (Ministerium der geistlichen-, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten) Anzeige zu machen. Ist diese Anzeige und Erklärung erfolgt, so soll dem Künstler und seinen Erben das ausschließende Recht zur Vervielfältigung des Kunstwerkes für die Dauer von zehn Jahren zustehen. Wenn daher ein Anderer das von dem Urheber oder dessen Erben bereits vervielfältigte Kunstwerk mittelst irgend eines Kunstverfahrens nachbilden und das Nachbild verbreiten will, so hat er zuvor eine amtliche Aeußerung des obersten Curatoriums der Künste darüber einzuholen, ob eine Anzeige und Erklärung der obgedachten Art bei demselben abgegeben worden sei. Ist eine solche Anzeige und Erklärung unterblieben oder seit ihrer Abgebung ein Zeitraum von zehn Jahren abgelaufen, so ist die Nachbildung erlaubt.

b) Nach Veräußerung des Originals.

§. 28. Begeben sich der Urheber oder seine Erben des Eigenthums des Kunstwerks, ehe mit dessen Vervielfältigung ein Anfang gemacht worden ist, so geht, falls eine ausdrückliche Verabredung darüber nicht stattgefunden hat, das ausschließende Recht dazu gänzlich verloren. Es kann aber auf die Dauer von zehn Jahren fortbestehen, entweder zu Gunsten des Urhebers oder seiner Erben, indem sie sich solches vorbehalten, oder zu Gunsten des Erwerbers, indem sie ihm solches übertragen, in so fern nur in beiden Fällen gleichzeitig mit der Veräußerung eine Verabredung in glaubhafter Form darüber getroffen, und davon dem obersten Curatorium der Künste die obgedachte Anzeige gemacht wird.

Abbildungen von Original-Kunstwerken.

§. 29. Die Abbildung eines Kunstwerkes, welche durch ein anderes, als bei dem Original angewendetes Kunstverfahren, z. B. durch Kupferstich, Stahlstich, Holzschnitt u. s. w. (§. 21.), oder durch Abgüsse, Abformungen u. s. w. (§. 22.) rechtmäßig angefertigt worden, darf nicht ohne Genehmigung des Abbildners oder seiner Rechtsnachfolger, durch ein rein mechanisches Verfahren vervielfältigt werden, so lange die Platten, Formen und Modelle, mittelst welcher die Abbildung dargestellt wird, noch nutzbar sind. Auch hierbei kommt die Bestimmung des §. 23. zur Anwendung.

Strafen und Untersuchungsverfahren.

§. 30. Die Vorschriften der §§. 10. bis 16. sollen auch in Beziehung auf Kunstwerke und bildliche Darstellungen aller Art in Anwendung kommen.

Die im §. 10. vorgeschriebene Confiscation ist auch auf die zur Nachbildung der Kunstwerke gemachten Vorrichtungen, als der Platten, Formen, Steine u. s. w. auszudehnen.

§. 31. Der Richter hat, wenn Zweifel entsteht, ob eine Abbildung unter die Fälle des §. 18. oder unter die des §. 21. gehöre, ob im Falle des §. 20. ein Musikstück als eigenthümliche Composition oder als Nachdruck, in den Fällen der §§. 21. bis 29. eine Nachbildung als unerlaubt zu betrachten, oder wie hoch der Betrag der dem Verletzten zustehenden Entschädigung zu bestimmen sei, und ob die im §. 29. als Bedingung gestellte Nutzbarkeit der Platten, Formen und Modelle noch stattfinde, in gleicher Weise, wie §. 17. verordnet ist, das Gutachten eines aus Sachverständigen gebildeten Vereins zu erfordern.

Die Bildung solcher Vereine, welche vorzugsweise aus Kunstverständigen und geachteten Künstlern bestehen sollen, bleibt ebenfalls der im §. 17. erwähnten Instruktion vorbehalten.

5) Oeffentliche Aufführung dramatischer und musikalischer Werke.

§. 32. Die öffentliche Aufführung eines dramatischen oder musikalischen Werkes im ganzen oder mit unwesentlichen Abkürzungen darf nur mit Erlaubniß des Autors, seiner Erben oder Rechtsnachfolger stattfinden, so lange das Werk nicht durch den Druck veröffentlicht worden ist. Das ausschließende Recht, diese Erlaubniß zu ertheilen, steht dem Autor lebenslänglich und seinen Erben oder Rechtsnachfolgern noch zehn Jahre nach seinem Tode zu.

§. 33. Hat der Autor jedoch irgend einer Bühne gestattet, das Werk ohne Nennung seines Namens aufzuführen, so findet auch gegen andere Bühnen kein ausschließendes Recht statt.

§. 34. Wer dem ausschließenden Rechte des Autors oder seiner Rechtsnachfolger zuwider, ein noch nicht durch den Druck veröffentlichtes dramatisches oder musikalisches Werk öffentlich aufführt, hat eine Geldbuße von zehn bis hundert Thalern verwirkt.

Findet die unbefugte Aufführung eines dramatischen Werkes auf einer stehenden Bühne statt, so ist der ganze Betrag der Einnahme von jeder Aufführung, ohne Abzug der auf dieselbe verwendeten Kosten, und ohne Unterschied, ob das Stück allein, oder verbunden mit einem andern, den Gegenstand der Aufführung ausgemacht hat, zur Strafe zu entrichten.

Von den vorstehenden Geldbußen fallen zwei Drittheile dem Autor, oder seinen Erben und ein Drittheil der Armenkasse des Ortes zu.

6) Allgemeine Bestimmungen.

§. 35. Das gegenwärtige Gesetz soll auch zu Gunsten aller bereits gedruckten Schriften, geographischen, topographischen und ähnlichen Zeichnungen, musikalischen Compositionen und vorhandenen Kunstwerke in Anwendung kommen.

§. 36. Dem Inhaber eines vor Publikation des gegenwärtigen Gesetzes ertheilten Privilegiums steht es frei, ob er von diesem Gebrauch machen, oder den Schutz des Gesetzes anrufen will.

§. 37. Alle diesem Gesetze entgegenstehende oder von ihm abweichende frühere Vorschriften treten außer Kraft.

§. 38. Auf die in einem fremden Staate erschienenen Werke soll dieses Gesetz in dem Maaße Anwendung finden, als die in demselben fest-

gestellten Rechte den in Unseren Landen erschienenen Werken durch die Gesetze dieses Staates ebenfalls gewährt werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 11. Juni 1837.

Instruction vom 15. Mai 1838 zur Bildung der in den §§ 17. und 31. des Gesetzes zum Schutze des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung vom 11. Juni 1837 erwähnten Vereine von Sachverständigen.

In Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Juni v. J. ertheilt das Staatsministerium zur Bildung der im §. 17. u. 31. a. a. O. erwähnten Vereine von Sachverständigen folgende Instructionen:

1) Bis auf Weiteres werden Vereine von Sachverständigen, welche auf etwaiges Erfordern der Gerichte die in dem Gesetze vom 11. Juni v. J. beregten Gutachten über die Existenz eines Nachdrucks, eines unerlaubten Abdrucks und einer unbefugten Nachbildung, so wie über den eventuellen Betrag der zu leistenden Entschädigung in vorkommenden Fällen zu erstatten haben, für die ganze Monarchie nur in hiesiger Residenz errichtet.

2) Es werden drei solcher Vereine errichtet, von denen jeder aus sieben Mitgliedern, den Vorsitzenden mit eingerechnet, bestehen wird.

3) Der eine dieser Vereine hat die Bestimmung, in vorkommenden Fällen die Frage zu begutachten: ob eine Druckschrift (§§. 1. 2. 5—17. des allegirten Gesetzes) oder eine solche geographische, topographische, naturwissenschaftliche, architektonische und ähnliche Zeichnung (§. 18.), welche nach ihrem Hauptzwecke nicht für ein Kunstwerk zu erachten ist, als Nachdruck oder unerlaubter Abdruck zu betrachten, so wie welch' ein Entschädigungsbetrag dem Verletzten eventuell zu gewähren sei.

Bei der Ernennung der Mitglieder dieses Vereins ist darauf Rücksicht zu nehmen: daß sich darunter wenigstens zwei Buchhändler, und zwar solche, die sich nicht ausschließend mit dem Sortimentshandel beschäftigen und wenigstens zwei Schriftsteller befinden.

Für den im §. 18. des Gesetzes vom 11. Juni v. J. bezeichneten Fall ist zu den übrigen Mitgliedern noch ein im Voraus ein für allemal bestimmter Sachverständiger, welcher als Zeichner, Kupferstecher oder sonst mit der Anfertigung der im §. 18. a. a. O. erwähnten Abbildungen vertraut ist, als Mitglied hinzuzuziehen.

4) Der zweite Verein hat ausschließlich die Frage zu beantworten: ob eine unerlaubte Vervielfältigung musikalischer Compositionen vorhanden, ob ein Musikstück als eigenthümliche Composition oder nach §. 20. a. a. O. als eine dem Nachdruck gleichzuachtende Bearbeitung zu betrachten, und in welchem Betrage eventuell die diesfallsige Entschädigung zu leisten sei.

Dieser Verein wird aus Musikverständigen gebildet, unter denen sich wenigstens zwei Musikhändler befinden müssen.

5) Zur Beurtheilung des dritten Vereins, der aus Kunstverständigen, Künstlern und wo möglich auch aus Kunsthändlern, welche zugleich Kunst-

verständige sind, gebildet werden soll, gehören die Fragen: ob eine Abbildung unter die Fälle des §. 18. oder die des §. 21. des Gesetzes vom 11. Juni v. J. zu rechnen, ob in den Fällen der §§. 21. bis 29. a. a. O. eine Nachbildung als unerlaubt zu betrachten, und wie hoch der Betrag der dem Verletzten zustehenden Entschädigung zu bestimmen sei, endlich ob die im §. 29. a. a. O. als Bedingung gestellte Nutzbarkeit der Platten, Formen und Modelle noch stattfinde.

6) Jedem dieser drei Vereine wird eine Anzahl von wenigstens vier Stellvertretern für etwa abwesende oder sonst verhinderte Mitglieder beigeordnet.

7) Die Ernennung, sowohl der Vorsitzenden als auch der Mitglieder so wie der Stellvertreter, erfolgt nach vorgängiger Communication mit dem königlichen Justizministerium durch das königliche Ministerium der geistlichen-, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Letzteres hat auch zu bestimmen, welches der betreffenden Mitglieder in jedem Vereine den Vorsitzenden in Behinderungsfällen zu vertreten habe.

8) Nach erfolgter Ernennung werden die Vorsitzenden, Mitglieder und Stellvertreter durch das königliche Kammergericht auf desfallsigen Antrag des königlichen Ministeriums der geistlichen-, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten als Sachverständige ein für alle Mal vereidigt.

9) Das Gericht, welches die Erstattung eines Gutachtens durch einen der drei Vereine für erforderlich hält, übersendet einen status causae et controversiae nebst dem Corpus delicti und dem Gegenstande, mit welchem letzteres verglichen werden soll, an das königliche Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten behufs der Vorlegung an den betreffenden Verein. Die zu vergleichenden beiden Gegenstände müssen jedoch vorher durch Anhängung des Gerichtssiegls oder auf andere Art so bezeichnet werden, daß die Identität nicht zweifelhaft werden kann, und jeder Verwechselung vorgebeugt ist.

10) Sobald der Antrag auf Erstattung eines Sachverständigen-Gutachtens durch Vermittelung des königlichen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten an den Vorsitzenden des betreffenden Vereins gelangt ist, ernennt derselbe zwei Mitglieder, welche unabhängig von einander, ihre Meinung schriftlich abzugeben und solche demnächst dem Vereine mündlich vorzutragen haben. Nach stattgehabter Berathung erfolgt durch Stimmenmehrheit der Beschluß. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

11) Zur Fassung eines gültigen Beschlusses ist die Anwesenheit von wenigstens fünf Mitgliedern, einschließlich des Vorsitzenden und der etwa zugezogenen Stellvertreter, erforderlich.

12) Nach Maßgabe des gefaßten Beschlusses wird das Gutachten ausgefertigt und von den bei der Beschlußfassung anwesend gewesenen Mitgliedern des Vereins unterschrieben. Einer Untersiegelung bedarf es nicht.

13) Das Gutachten wird dem königlichen Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten durch den Vorsitzenden eingereicht, von dem Ministerium die Unterschrift der Mitglieder legalisirt und demnächst das Gutachten an das betreffende Gericht gesendet.

14) Der Verein ist befugt, an Gebühren für das Gutachten 2 bis

10 Thaler zu liquidiren, welche von dem Gerichte, wie andere baare Auslagen, zu berichtigen sind.

Stempel werden zum Gutachten nicht verwandt.

15) Die nähere Ausführung vorstehender Instruction bleibt dem königlichen Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten überlassen.

Berlin, den 15. Mai 1838.

Königliches Staats-Ministerium.

Verordnung, betreffend den Schutz gegen Nachdruck für die vor Publication des Gesetzes vom 11. Juni 1837 erschienenen Werke, vom 5. Juli 1844.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden ꝛc. verordnen zur Beseitigung entstandener Zweifel über den Schutz gegen Nachdruck für die vor Publication des Gesetzes vom 11. Juni 1837 erschienenen Werke, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, was folgt:

§. 1. Der Schutz des Gesetzes vom 11. Juni 1837 soll auch für diejenigen vor Publication desselben im Inlande erschienenen Schriften, Landkarten, Kupferstiche, topographischen Zeichnungen und musikalischen Compositionen stattfinden, welche durch die damals gültigen Gesetze gegen Nachdruck noch geschützt waren.

§. 2. Dieser Schutz dauert, wenn der Autor auf einer solchen Schrift u. s. w. (§. 1.) genannt und bei Publication des Gesetzes vom 11. Juni 1837 noch am Leben war, während seiner Lebenszeit und noch 30 Jahre nach seinem Tode, in allen andern Fällen 30 Jahre von Publication jenes Gesetzes an.

Dem Verfasser einer Schrift u. s. w., die entweder unter einem andern als dessen wahrem Namen erschienen, oder bei welcher gar kein Verfasser genannt ist, bleiben jedoch, wenn der wahre Name des Verfassers innerhalb 15 Jahren nach Publication des angeführten Gesetzes auf die im §. 7. desselben bezeichnete Weise bekannt gemacht wird, die in diesem §. 7. bestimmten Rechte vorbehalten.

§. 3. Mit dem Ablaufe der in §. 2. bestimmten Frist hört in Ansehung der vor Publication des Gesetzes vom 11. Juni 1837 erschienenen Schriften u. s. w. jedes ausschließliche Recht zur Vervielfältigung derselben auf.

§. 4. Auf die im Auslande erschienenen Schriften u. s. w. finden die Bestimmungen §§. 1. und 2. der gegenwärtigen Verordnung nur in eben dem Maße Anwendung, als die Gesetze des fremden Staats den in Unseren Staaten erschienenen Werken gleiche Rechte gewähren.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel.

Gegeben Sanssouci, den 5. Juli 1844.

Publicationspatent über den Beschluß der Deutschen Bundesversammlung vom 19. Juni 1845, wegen Erweiterung des Schutzes für Werke der Literatur und Kunst gegen Nachdruck und mechanische Vervielfältigung. Vom 16. Januar 1846.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Da die zum deutschen Bunde vereinigten Regierungen zur Erweiterung der Bestimmungen des Bundesbeschlusses vom 9. November 1837, wegen gleichförmiger Grundsätze zum Schutze des schriftstellerischen und künstlerischen Eigenthums gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung (Gesetzsammlung S. 161) in der 21. Sitzung der Bundesversammlung vom 19. Juni v. J. über folgenden Beschluß übereingekommen sind:

(S. Bundesbeschluß Nr. 3.)

so bringen wir diese unter sämmtlichen deutschen Bundesregierungen getroffene Vereinbarung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß und verordnen zugleich unter Abänderung der §§. 6., 7., 27., 28. und 29. des Gesetzes vom 11. Juni 1837, so wie der §§. 1. und 2. der Verordnung vom 5. Juli 1844, insoweit sie kürzere Schutzfristen, als die unter Nr. 1. und 2. der vorstehenden Vereinbarung bestimmten, vorschreiben, daß Unsere Behörden und Unterthanen, nicht bloß in Unseren zum deutschen Bunde gehörenden Landen, sondern in Voraussetzung der Beobachtung einer diesfälligen Reziprozität von Seiten der andern deutschen Staaten, auch in den übrigen Provinzen Unserer Monarchie sich darnach zu achten haben.

So geschehen und gegeben Berlin, den 16. Januar 1846.

Gesetz, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Juni 1837 über den Schutz des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung. Vom 20. Februar 1854.

Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc.

§. 1. Wird ein Kunstwerk, das durch die Malerei oder eine der zeichnenden Künste hervorgebracht ist, mittelst der der plastischen Kunst, oder umgekehrt, dargestellt, so ist eine solche Darstellung nur dann als eine verbotene Nachbildung zu betrachten, wenn sie auf rein mechanischem Wege erfolgt.

§. 2. Veröffentlicht der Autor eines dramatischen oder dramatisch-musikalischen Werkes sein Werk durch den Druck, so kann er sich und seinen Erben das ausschließliche Recht, die Erlaubniß zur öffentlichen Aufführung zu ertheilen, durch eine mit seinem darunter gedruckten Namen versehene Erklärung vorbehalten, die jedem einzelnen Exemplare seines Werks auf dem Titelblatte vorgedruckt sein muß. Ein solcher Vorbehalt bleibt wirksam auf Lebenszeit des Autors selbst und zu Gunsten seiner Erben und Rechtsnachfolger noch zehn Jahre nach seinem Tode.

§. 3. Wer ohne die nach §. 2. erforderliche Erlaubniß gedruckte dramatische oder dramatisch-musikalische Werke aufführt, hat eine Geldbuße von fünf bis fünfzehn Thaler verwirkt. Findet die unbefugte Aufführung auf einer stehenden Bühne statt, so ist die Hälfte der Einnahme von jeder Aufführung, ohne Abzug der auf dieselbe verwendeten Kosten und ohne Unterschied, ob das Stück allein, oder verbunden mit einem andern den Gegenstand der Aufführung ausgemacht hat, zur Strafe zu entrichten. Von diesen Geldbußen fallen zwei Drittheile dem Autor oder seinen Erben, und ein Drittheil der Armenkasse des Orts, an welchem die Aufführung stattgefunden hat, zu.

§. 4. Die §§. 24. und 33. des Gesetzes vom 11. Juni 1837 treten außer Kraft.

Gegeben Berlin, den 20. Februar 1854.

---

19) Reuß jüngere Linie.

Verordnung vom 24. Decbr. 1827, das Verbot des Büchernachdrucks und dessen Verbreitung betreffend.

Da zur Zeit die Verhandlungen am Bundestage wegen gleichförmiger Bestimmungen über die Sicherstellung der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck in Gemäßheit des 18. Artikels der deutschen Bundesacte noch nicht zu dem gewünschten Resultate geführt haben, so wird zum Zwecke des besseren Schutzes der Schriftsteller und Verleger wider den Nachdruck bis dahin, daß es zu den durch die Bundesacte verheißenen Maßregeln mittelst gemeinsamen Bundesbeschlusses kommen wird, auf Höchsten landesherrlichen Befehl hiermit Folgendes verordnet:

1) Der Büchernachdruck ist bei Strafe der Confiscation und einer Geldbuße von Einhundert Thalern Conv.-Münze verboten, der Nachdrucker auch verbunden, dem Schriftsteller oder dem rechtmäßigen Verleger den verursachten Schaden auf Verlangen zu ersetzen.

2) Die Verbreitung von im Auslande nachgedruckten Schriften ist bei Strafe der Confiscation und einer Geldbuße von Zwanzig Thalern Conv.-Münze ebenfalls verboten.

3) Die vorstehenden Bestimmungen treten ohne Unterschied ein, es mögen nun durch den Nachdruck und dessen Verbreitung inländische oder ausländische Schriftsteller und Verleger beeinträchtigt werden, wenn nur in Beziehung auf das Ausland die Unterthanen der hiesigen Lande dort gleiche Begünstigungen genießen.

Gera, den 24. December 1827.

Fürstl. Reuß-Plauische gemeinschaftliche Regierung daselbst.

Verordnung vom 6. Juni 1843.

Von G. Gn. Wir Heinrich LXII. und Wir Heinrich LXXII. &c.

Haben uns bewogen gefunden, zur nähern Ausführung der allgemeinen Grundsätze, welche in den §§. 3 und 4 des von Unserer gemeinschaftlichen

Landesregierung unterm 1. Juli 1842 (Nro. 68 der Ges.-S.) zur Publication gebrachten Bundesbeschlusses wegen übereinstimmender Maßregeln zum Schutze dramatischer und musikalischer Werke gegen unbefugte öffentliche Aufführung aufgestellt sind, hierdurch Folgendes zu verordnen:

§. 1. Wer dem ausschließenden Rechte des Autors oder seiner Rechtsnachfolger zuwider ein noch nicht durch den Druck veröffentlichtes dramatisches oder musikalisches Werk öffentlich aufführt, hat eine Geldstrafe von 10—100 Thalern verwirkt.

§. 2. Außerdem ist der ganze Betrag der Einnahme von jeder solchen unbefugten Aufführung ohne Abzug der auf dieselbe verwendeten Kosten und ohne Unterschied, ob das Stück allein oder verbunden mit einem andern den Gegenstand der Aufführung ausgemacht hat, als Strafe zu entrichten.

§. 3. Von den in den beiden vorhergehenden §§ festgesetzten Geldbußen fallen zwei Dritttheile dem Autor oder seinen Erben und ein Dritttheil der Ortsarmenkasse zu.

20) Sachsen.

Gesetz, den Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst betreffend, vom 22. Februar 1844.

Wir Friedrich August, von Gottes Gnaden König von Sachsen u. s. w. u. s. w.

finden Uns bewogen, über den Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst, mit Zustimmung unserer getreuen Stände, Folgendes zu verordnen:

1) Das Recht, literarische Erzeugnisse und Werke der Kunst auf mechanischem Wege zu vervielfältigen, steht ausschließlich dem Urheber selbst und seinen Rechtsnachfolgern zu, und ist ein auf Andere übertragbares Vermögensrecht. Es wird jedoch dabei vorausgesetzt, daß solche literarische Erzeugnisse und Werke der Kunst zum Gelderwerbe benutzt werden können und hierzu, wie aus der gewöhnlichen Anwendung oder den besondern Umständen erkennbar sein muß, wirklich bestimmt sind.

Wird eine dergleichen Vervielfältigung durch Unbefugte veranstaltet, so ist sie für Nachdruck oder widerrechtliche Nachbildung zu erachten.

2) Hierbei kommt nichts darauf an, ob ein literarisches Erzeugniß oder Werk der Kunst schon mit Bewilligung des Urhebers veröffentlicht worden ist oder nicht, ob das literarische Erzeugniß vom Urheber selbst handschriftlich mitgetheilt, oder nach einem mündlichen Vortrage von einem Andern nachgeschrieben, und bei Werken der Kunst, ob die Nachbildung nicht auf rein mechanischem Wege, sondern mit Hülfe einer durch selbstständige Kunstfertigkeit hervorgebrachten Nachbildung bewirkt worden ist.

3) Es erlöschen jedoch derartige Rechte durch Ablauf einer dreißigjährigen Frist.

Diese beginnt

a) wenn der Urheber nachzuweisen ist und die Veröffentlichung erlebt

hat, mit dem nächsten Kalenderjahre nach dem letzten Zeitpunkte, in welchem dieser erwiesenermaßen noch gelebt hat;

b) in allen andern Fällen mit dem nächsten Kalenderjahre nach der erstmaligen Veröffentlichung des Geisteserzeugnisses.

Bei der Berechnung dieser dreißigjährigen Frist sind Schriften, die durch ihren innern Zusammenhang ein Ganzes bilden, erst mit ihrer Vollendung, dagegen fortlaufende Sammlungen, die ein Ganzes nicht bilden, mit dem Erscheinen jedes einzelnen Theiles, für erschienen zu achten.

Der Staatsregierung bleibt vorbehalten, diese dreißigjährige Schutzfrist in besonders geeigneten Fällen zu verlängern.

Mit Ablauf der Frist, während welcher ein Geisteserzeugniß den vorstehend geordneten Rechtsschutz zu genießen hat, wird dasselbe zum Gemeingut, dessen Vervielfältigung einem Jeden freisteht, der überhaupt nach den bestehenden gewerbpolizeilichen Bestimmungen zu dergleichen gewerblichen Unternehmungen befugt ist. Bei der Vervielfältigung eines Gemeinguts werden nur die neuen Geistes- und Kunsterzeugnisse, mit welchen es dabei in Verbindung gebracht wird, für deren Urheber Gegenstände von Rechten der §§. 1 u. 2 gedachten Art.

4) Die Zahl der Exemplare, in welchen die Vervielfältigung eines literarischen Erzeugnisses oder Werkes der Kunst erfolgen darf, hängt von der Vereinigung mit dem Urheber oder Demjenigen ab, der in dessen Rechte eingetreten ist.

Ist daher die Zahl der Exemplare, über die man sich vereinigte, erschöpft, so bedarf es, insofern nicht ein Anderes im voraus bedungen war, einer neuen Zustimmung zu fernern Vervielfältigungen.

Kann über die Zahl der Exemplare, in welchen die Vervielfältigung hat erfolgen sollen, eine ausdrückliche vertragsmäßige Bestimmung nicht nachgewiesen werden, so gilt dafür als rechtliche Vermuthung die Zahl von Eintausend.

5) Wer dagegen bis zum Erscheinen dieses Gesetzes das Recht zur Vervielfältigung schon erworben hat, für den gilt, insofern der Urheber oder dessen Rechtsnachfolger ein Anderes nicht nachweisen können, die Vermuthung, daß er das Recht zu einer unbeschränkten Zahl von Vervielfältigungen des unveränderten ursprünglichen Werkes und zu Wiederholungen derselben erworben habe.

Die nämliche Vermuthung begründen auch Einträge in das Protokoll der vormaligen Büchercommission und Bücherprivilegien des vormaligen Kirchenraths, ungeachtet des Ablaufs der nur zehnjährigen Dauer ihrer Wirksamkeit und ohne anderweite Prüfung der frühern Legitimation zum Verlagsrechte.

6) Alle Diejenigen, welche durch Vervielfältigung eines literarischen Erzeugnisses oder Werkes der Kunst Jemandes Recht daran (§§. 1, 2, 4 u. 5) beeinträchtigt, oder wissentlich daran Theil genommen haben, sind solidarisch zum Schadenersatze an den Berechtigten verbunden.

Auch die wissentliche Theilnahme an dem Vertriebe widerrechtlicher Vervielfältigungen hat die Verbindlichkeit zum Schadenersatze zur Folge. Bei Bestimmung dieses Schadenersatzes ist zunächst das Verhältniß der vertriebenen Exemplare zum Schaden, den der Eigenthümer erlitten hat, zum Anhalten zu nehmen.

7) Der nach §. 6 zu leistende Schadenersatz ist nach dem Verkaufswerthe, beziehendlich nach dem Buchhändlerpreise einer mit Rücksicht auf die jedesmaligen Umstände zu bestimmenden Anzahl bis zu tausend Exemplaren der Originalausgabe zu bemessen, dafern der Berechtigte nicht einen höhern Schaden nachzuweisen vermag.

8) Auf den Antrag des Beeinträchtigten sind alle noch vorräthigen Exemplare einer widerrechtlichen Vervielfältigung (§. 6), ingleichen in solchen Fällen, wo die Vervielfältigung durch ein bleibendes, ausschließlich zu diesem Zwecke brauchbares Mittel bewerkstelligt wird, die deshalb gemachten Vorrichtungen, z. B. Formen, Platten, Steine, Stereotypabgüsse und dergl., hinwegzunehmen und zu vernichten, oder dem Beeinträchtigten auf sein Verlangen, gegen den Inhaber eines jeden dieser Gegenstände zu leistenden Ersatz der auf die Herstellung erweislich verwendeten Kosten, zu überlassen.

9) Hierüber ist jede Beeinträchtigung der §. 6 gedachten Art mit einer nach richterlichem Ermessen zu bestimmenden Geldbuße bis zu tausend Thalern zu bestrafen.

10) Die Untersuchung ist nur auf den Antrag eines Beeinträchtigten (Buchhändlers, Urhebers oder Rechtsnachfolgers u. s. w.) einzuleiten. Bei einer Zurücknahme des Antrags auf Untersuchung treten die Bestimmungen des Art. 75 des Criminalgesetzbuchs ein.

11) Der durch dieses Gesetz geordnete Rechtsschutz wird Ausländern nur insoweit gewährt, als sie nachzuweisen vermögen, daß in dem Staate, dessen Angehörige sie selbst sind, hiesigen Angehörigen ein dergleichen Rechtsschutz gewährt werden würde.

Von Seiten der Angehörigen anderer deutschen Bundesstaaten bedarf es einer solchen Nachweisung zwar nicht; es ist jedoch der ihnen zu ertheilende Rechtsschutz denselben Beschränkungen der Dauer unterworfen, welchen er nach der Gesetzgebung ihres Landes unterliegt.

12) Ein Ausländer wird rücksichtlich der Gewährung des Rechtsschutzes einem sächsischen Staatsangehörigen dann gleich behandelt:

a) wenn er das zu schützende Recht erwiesenermaßen unmittelbar oder mittelbar von einem hiesigen Staatsangehörigen erworben hat;

b) wenn er mit einer hierländischen Buch- oder Kunsthandlung für gemeinschaftliche Rechnung eine Vervielfältigung in einer hierländischen Druckerei veranstaltet, und die inländische Handlung sodann den Rechtsschutz zugleich für den Ausländer in Anspruch nimmt,

und in beiden Fällen die im §. 14 erwähnte Bescheinigung ausgewirkt worden ist.

13) Erlangt ein Ausländer auf den Grund der Bestimmungen §§. 11 oder 12 unter b) Anspruch auf hierländischen Rechtsschutz für ein literarisches Erzeugniß oder Werk der Kunst, von welchem ein hierländischer Buch- oder Kunsthändler vor Publication dieses Gesetzes eine Vervielfältigung bereits veranstaltet hat, so soll nichtsdestoweniger der Vertrieb der davon vorräthigen Exemplare gestattet bleiben, und diese Vergünstigung auch auf später erscheinende Ergänzungen in der erweislichen Auflagezahl der früher erschienenen Theile angewendet werden.

Die Gestattung dieses Vertriebes erfolgt durch obrigkeitliche Bestempelung, zu welcher die dermaligen Vorräthe binnen vier Wochen vom Er-

scheinen dieses Gesetzes; die Exemplare der Fortsetzungen aber sofort nach dem Erscheinen derselben und längstens vor der Versendung, zu bringen sind.

14) Die Erfordernisse an den Nachweis des Rechts, dessen Schutz Jemand auf den Grund dieses Gesetzes in Anspruch nimmt, sind nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu beurtheilen. Jedoch haben sowohl Gerichts- als Verwaltungsbehörden (§. 17 ff.) bis zum Nachweis eines Andern im Rechtswege von Seiten eines besser Berechtigten, Denjenigen für genügend legitimirt zu erachten, dessen Recht durch einen bei der competenten Verwaltungsbehörde ausgefertigten Verlagsschein oder die künftig an dessen Stelle etwa einzuführende Art der Bescheinigung anerkannt ist. — Ausländern werden Verlagsscheine nur unter den §§. 11 u. 12 ausgedrückten Voraussetzungen und Beschränkungen ertheilt werden.

Ueber die Ausfertigung dieser Scheine werden die nöthigen näheren Bestimmungen im Verordnungsweg ertheilt werden.

15) So oft der Rechtsschutz gegen den Vertrieb der Exemplare einer widerrechtlichen Vervielfältigung gesucht wird, kommt, insofern denselben entweder ein hiesiger Staatsangehöriger in Anspruch nimmt, oder dabei eine der §§. 11 und 12 ausgedrückten Voraussetzungen eintritt, darauf nichts an, in welchem Lande die widerrechtliche Vervielfältigung erfolgt ist.

16) Rechtsverfolgungen aus diesem Gesetze sind überhaupt nur in so weit statthaft, als anzunehmen ist, daß durch die unbefugte Vervielfältigung ein dem Berechtigten nach §. 1 zukommender, schon stattfindender oder möglicher Erwerb geschmälert werde.

17) Das strafrechtliche Verfahren auf den Grund des gegenwärtigen Gesetzes gehört, selbst in dem Falle, wenn die Civil- und Criminalgerichtsbarkeit an einem Orte verschiedenen Behörden zusteht, vor das rücksichtlich der Geltendmachung der privatrechtlichen Ansprüche competente Civilgericht, und ist dem wegen der letztern stattfindenden Instanzenzuge unterworfen.

18) Ueber die Frage, ob eine auf mechanischem Wege unternommene Vervielfältigung eines Werks der Literatur oder Kunst nach den Bestimmungen §§. 1 u. 2 als Nachdruck oder widerrechtliche Nachbildung zu betrachten sei, und den Urheber oder dessen Rechtsnachfolger in Hinsicht auf den dadurch zu erlangenden Gewinn beeinträchtige, so wie über den Betrag des dadurch zugefügten Schadens und des dafür zu leistenden Ersatzes, hat nöthigenfalls das erkennende Gericht, sowie, wenn von jener Frage die Zulässigkeit einer beantragten provisorischen Beschlagnahme und anderer Vorschritte der Verwaltungsbehörde abhängig ist, die letztere, ein schriftlich und mit Gründen zu ertheilendes Gutachten eines Vereins von Sachverständigen zu erfordern.

Diese Vereine werden aus Sachverständigen aller einschlagenden Fächer der Sachkenntniß, und daher nicht nur aus Buch- und Kunsthändlern, sondern auch aus Schriftstellern, Literaten, Künstlern, namentlich auch musikalischen Componisten bestehen, und über deren Wahl und Bestellung und die Geschäftsführung des Vereins wird eine Ausführungsverordnung die nöthigen Bestimmungen enthalten.

19) Dieses Gesetz ist auch auf die vor dessen Publication veröffentlichten Geistes- und Kunstwerke anzuwenden, jedoch rücksichtlich derjenigen, deren Urheber nicht mehr leben oder nicht nachzuweisen sind, mit der besondern Bestimmung, daß die §. 3 geordnete Schutzfrist mit dem 1. Januar 1844 beginnt.

20) Alle früheren Gesetze und Verordnungen über diesen Gegenstand werden hiermit aufgehoben.

21) Unsere Ministerien der Justiz und des Innern sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich haben Wir dieses Gesetz eigenhändig vollzogen und Unser königliches Insiegel beidrucken lassen.

Gegeben zu Dresden, den 22. Februar 1844.

Verordnung zu Ausführung des vorstehenden Gesetzes vom 22. Febr. 1844.

Zu Ausführung des unterm heutigen Tage bekannt gemachten Gesetzes über den Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst wird mit Allerhöchster Genehmigung folgendes verordnet:

I. (Zu §§. 6 bis mit 9.) a) Ungeachtet alle Entscheidungen und Rechtsvollstreckungen auf den Grund dieser Paragraphen vor die Gerichte gehören, so haben doch auch die Verwaltungsbehörden auf an sie gelangende Anträge, vor den Entscheidungen der Gerichte darüber, daß, ein Preß- oder Kunsterzeugniß als widerrechtliche Vervielfältigung anzusehen und zu behandeln sei, diejenigen Erörterungen anzustellen und solche darauf zu gründende Verfügungen zu treffen, welche zu Verhinderung nach dem Gesetze unerlaubter Handlungen, zur Ermittelung und Feststellung des Thatbestandes schon begangener dergleichen, oder zur Sicherstellung der Rechte und Interessen der dadurch Benachtheiligten erforderlich sind. b) Unter die sonach auch von den Verwaltungsbehörden zu treffenden einstweiligen Verfügungen gehören insonderheit auch provisorische Vertriebsverbote und Beschlagnahme der §. 8 des Gesetzes gedachten Gegenstände. c) Werden Anträge darauf von Betheiligten bei einer Verwaltungsbehörde angebracht, so hat sie darauf in so weit zu verfügen, als ihr dieselben durch den beigebrachten vorläufigen Nachweis und nach den von ihr etwa für nöthig befundenen Erörterungen begründet erscheinen, außerdem aber die Antragsteller an die Gerichte zu verweisen. d) Verschiedenheiten der Ansichten unter mehreren Verwaltungsbehörden derselben Instanz, bei welchen der nämliche Antrag gleichzeitig angebracht worden ist, können nur durch Recurs an die höhere Behörde zur Erledigung gebracht werden. e) Die Verwaltungsbehörde hat auf den Antrag eines Jeden, der, unter Nachweisung seines Interesses, gegen die von ihr erlassene provisorische Verfügung Widerspruch erhebt, dem Ausbringer derselben eine, nach den Umständen zu bemessende, höchstens achtwöchentliche Frist zur Anhängigmachung der Sache bei den Gerichten und Beibringung eines Nachweises darüber zu stellen, und nach erfolglosem Ablaufe derselben diejenige einstweilige Verfügung, gegen die der Widerspruch gerichtet wurde, wieder aufzuheben. f) Erfolgt ein dergleichen Widerspruch nicht, so bleibt die provisorische Verfügung der Verwaltungsbehörde in Wirksamkeit. Jedoch kann einer einstweiligen Beschlagnahme nur in so weit die wirkliche Hinwegnahme folgen, als entweder dieser sich die dabei Betheiligten ausdrücklich unterwerfen, oder durch gerichtliche Entscheidung darauf erkannt wird. g) Nach Anhängigwerdung bei den Gerichten hat sich die Verwaltungsbehörde aller fernern, nicht etwa durch eine Requisition der ersten veranlaßten Wirksamkeit in derselben Angelegenheit zu enthalten, und die von

ihr gehaltenen Acten der Gerichtsbehörde mitzutheilen. II. Zu §. 13.) a) Hinreichend zu Beobachtung der in diesem Paragraphen bestimmten vierwöchentlichen Frist ist ein binnen derselben an die Ortsobrigkeit schriftlich oder mündlich zum Protocoll gebrachter Antrag auf Bestempelung, unter Angabe der Zahl der zu bestempelnden Exemplare. b) Will sich der Anmeldende auch die spätere Bestempelung der von ihm à condition ins Ausland versendeten Exemplare sichern, so hat er, binnen derselben Frist, aus seinen Büchern nachzuweisen, wie viele Exemplare er auf diese Weise versendet hat. Dieser Erweis ist sofort actenkundig zu machen, und begründet sodann jederzeit den Antrag auf Bestempelung der späterhin innerhalb dieser Zahl wirklich remittirten Exemplare. Die innerhalb Landes versendeten Exemplare hat entweder der Verleger oder der inländische Commissionär oder Sortimentshändler bei der Obrigkeit seines Ortes zur Bestempelung zu bringen. c) Die Bestempelung erfolgt unentgeldlich und mittelst eines Stempels mit der Inschrift: „Gesehen" und mit einer Umschrift zur Bezeichnung der betreffenden Obrigkeit, z. B. „Stadtrath zu Leipzig." — d) Nur der bereits erfolgte oder noch zu bewirkende Nachweis eines von dem Urheber unmittelbar oder mittelbar erworbenen Rechts zur Vervielfältigung oder Nachbildung macht die Abstempelung entbehrlich. III. (Zu §. 14.) a) Die Ausstellung von Verlagsscheinen erfolgt nur auf ausdrücklichen Antrag eines Berechtigten; b) nach vorgängigem, nach dem Ermessen der Behörde, mit Rücksicht auf die jedesmaligen Umstände für genügend zu erachtenden Nachweis seines Rechts, und c) auf Grund des Eintrags in eine, von nun an nur von der Kreisdirection zu Leipzig für alle Theile des Landes zu haltende „Eintragsrolle", und zwar d) auch an Ausländer, wiewohl bei diesen nur unter den §§. 11 und 12 des Gesetzes ausgedrückten Voraussetzungen. e) Der Eintrag ist zulässig rücksichtlich aller §§. 1 u. 2 des Gesetzes gedachten literarischen Erzeugnisse oder Werke der Kunst, es möge nun ihre Vervielfältigung schon erfolgt sein oder nicht, nur nicht wegen eines neu zu vervielfältigenden Gemeinguts. f) Will Jemand bei dem von ihm nachgesuchten Eintrage eines literarischen Erzeugnisses oder Werkes der Kunst den Nachweis der Identität desselben sicher stellen, oder auch nur zur Beförderung eines gemeinnützigen Zweckes mitwirken, so hat er bei der Kreisdirection gegen Quittung ein Exemplar desselben einzureichen, welches sodann in einer öffentlichen Bibliothek aufbewahrt werden wird. g) Einträge und Verlagsscheine können auch zu einzelnen Theilen eines literarischen Erzeugnisses oder Werkes der Kunst erlangt werden. h) Auch bei von Ausländern zu stellenden Gesuchen um Einträge und Verlagsscheine genügt, wenn sie durch hiesige Beauftragte angebracht werden, eine nicht gerichtlich recognoscirte, wenn nur sonst ausreichende Vollmacht. i) Alle beigebrachte Legitimationsurkunden sind im Original oder beglaubigter Abschrift zu den Acten zu nehmen. k) Der Eintrag und der darauf ausgefertigte Verlagsschein muß eine hinreichend genaue Bezeichnung des literarischen Erzeugnisses oder Werkes der Kunst, und, so viel Schriften anlangt, den vollständigen Titel derselben und den Namen der berechtigten Ausbringer, der Verlagsschein aber hierüber noch den Tag des Eintrags und die Nummer desselben in der Rolle enthalten, und mit dem „Verlagsstempel der Kreisdirection zu Leipzig" bedruckt sein. l) Ueber die gegen einen Eintrag und die Aus-

stellung eines Verlagsscheines etwa erhobenen Widersprüche entscheidet die Kreisdirection im Verwaltungswege. Sie kann aber dem Eintrage und der Ausfertigung des Verlagsscheines nach Befinden bis zur Entscheidung auf dem Rechtswege Anstand geben. Gegen Entschließungen und Entscheidungen der Kreisdirection findet Recurs an das Ministerium des Innern statt, welches darüber gleichfalls im reinen Verwaltungswege entscheidet. m) Für den Eintrag in die Rolle und den Verlagsschein sind Gebühren nicht zu fordern. Ob dergleichen bei darüber entstandenen Streitigkeiten oder eingelegten Recursen gefordert werden sollen, ist bei der Entscheidung darüber auszusprechen. n) Allmonatlich wird die Kreisdirection geeignete Auszüge aus der Eintragsrolle in das Börsenblatt der Buchhändler einrücken lassen. IV. (Zu §. 17.) In allen nach dem vorliegenden Gesetze zu entscheidenden privatrechtlichen und strafrechtlichen Angelegenheiten tritt in Leipzig, nach der Wahl des Klägers, die Competenz der ordentlichen Obrigkeit des Beklagten oder der daselbst unter dem Namen des Handelsgerichts bestehenden Abtheilung des Stadtgerichts ein. V. (Zu §. 18.) a) Zu Ausführung der in diesem Paragraphen enthaltenen Bestimmungen soll für jetzt, und so lange sich nicht das Bedürfniß einer Vermehrung zeigen wird, für das ganze Land nur Ein Sachverständigenverein bestehen. b) Derselbe ist aus vier Sectionen zusammengesetzt, von welchen eine für das Fach der literarischen Erzeugnisse aller Art, eine für das der musikalischen Composition, eine für das Fach der zeichnenden Künste: Zeichnung, Malerei, Lithographie, Kupferstich, Stahlstich u. s. w. und eine für das Fach der plastischen Künste: das Formen aus weichen Massen, Bildhauerei, Holzschneide- und Bildschnitzkunst, Stempelschneiden, Fertigung von Denkmünzen, Metallguß u. s. w. bestimmt ist, und wovon die erste aus zwei Gelehrten und zwei Buchhändlern, die zweite aus zwei Componisten und zwei Musikalienhändlern, die dritte aus zwei Kunstverständigen und zwei Kunsthändlern, die vierte aus fünf Kunstverständigen besteht. c) Wegen der Wahl dieser Sachverständigen und ihrer Stellvertreter ergehen jetzt und künftighin gemeinschaftliche Verordnungen der Ministerien der Justiz und des Innern. Sie sind vor dem Stadtgerichte zu Leipzig zu vereiden. d) Das Handelsgericht und der Stadtrath zu Leipzig haben die von ihnen zur Begutachtung durch diese Sachverständigen ausgesetzten Fragen jedesmal unter Beifügung der zu begutachtenden Gegenstände und der Acten unmittelbar, alle übrigen Gerichtsbehörden aber mittelst Requisition des Handelsgerichts, so wie die Verwaltungsbehörden durch Requisition des Stadtraths zu Leipzig, an die betreffende Section des Vereins gelangen zu lassen. e) Die betreffende Section hat über die ihr vorgelegten Fragen ein gemeinschaftliches schriftliches und die Gründe enthaltendes Gutachten abzufassen, in so fern sie sich aber zu einstimmigen Ansichten nicht zu vereinigen vermag, die abweichenden Ansichten der einzelnen Mitglieder darin aufzunehmen, was insonderheit auch rücksichtlich der Schädenwürdigungen zu beobachten ist. f) Das Gutachten ist von den Mitgliedern der Section, welche an der Berathung Theil genommen haben, zu unterschreiben, und dann mit den Acten und deren Beilagen, so wie mit dem Ansatze des Honorars, welches mit den übrigen in der Angelegenheit erwachsenden Kosten einzubringen ist, bei dem Handelsgerichte oder beziehendlich bei dem Stadtrathe zu übergeben. In wie fern der Richter

oder die Verwaltungsbehörde bei der Entscheidung oder Entschließung das Gutachten zu berücksichtigen habe, ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu beurtheilen.

Hiernach haben sich Alle, die es angeht, zu achten.

Dresden, am 22. Februar 1844.

Die Ministerien der Justiz und des Innern.

Verordnung des k. sächsischen Ministerii des Innern, die Auslegung der §§. 11, 12 und 13 des Gesetzes vom 22. Februar 1844 betreffend. Vom 4. Juli 1844.

Bei den königlichen Ministerien der Justiz und des Innern haben die Musikalienhändler Breitkopf und Härtel und Genossen eine Vorstellung eingereicht, worauf das königliche Ministerium der Justiz unter Eröffnung seiner Ansichten und Entschließungen darüber die Bescheidung der Bittsteller dem königlichen Ministerium des Innern überlassen hat.

Durch Verordnung vom 19. Juni hat nun das letzternannte königliche Ministerium der unterzeichneten königlichen Kreisdirection Folgendes zu erkennen gegeben:

Wenn nämlich die Bittsteller zuvörderst bitten, dem Schlusse des §. 13 des Gesetzes vom 22. Februar d. J. den Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst betreffend, die Auslegung zu geben: „daß die Gestattung des dort erwähnten Vertriebs durch obrigkeitliche Bestempelung erfolge, zu welcher die jedesmaligen Vorräthe binnen vier Wochen vom Eintritt der §§. 11 und 12 unter b enthaltenen Bedingungen u. s. w. zu bringen seien," so würde dies auf eine und zwar sehr wesentliche Abänderung des Gesetzes hinauslaufen, welche in keinem Falle ohne Zustimmung der Stände erfolgen könnte. Eine ähnliche Abänderung sei schon von den Ständen selbst beantragt, aber durch Decret vom 12. August 1843 (S. 495 der Landtagsacten I. 2) ihnen zu erkennen gegeben worden, daß und weshalb darauf nicht einzugehen sei, und die Staatsregierung, wiewohl nur ungern, den ständischen Anträgen nur in so weit nachgebe, als die unter ⊙ beigefügte und sodann in das Gesetz aufgenommene Fassung besagt, mit welcher sich sodann die Stände in der Schrift vom 19. August 1843 (S. 636 der Landtagsacten) einverstanden haben.

Die Bittsteller haben daher aus der Beilage des angezogenen Decrets unter) zu entnehmen, weshalb die Staatsregierung nicht darauf eingehen könne und werde, zukünftigen hierländischen Vervielfältigungen von literarischen und Kunsterzeugnissen, an welchen dem Unternehmer nicht ein Recht im Sinne des §. 1 des Gesetzes zusteht, einen Rechtsschutz einem berechtigten Inländer oder einem nach den Bestimmungen §. 12 berechtigten Ausländer gegenüber zuzusichern, und aus Billigkeitsgründen nur den bis zum Erscheinen des Gesetzes schon vorgenommenen Vervielfältigungen, von welchen sich dies durch eine innerhalb vierwöchentlicher Frist vom Erscheinen des Gesetzes an beantragte obrigkeitliche Bestempelung nachweisen läßt, ein solcher Rechtsschutz gewährt werden könne. Da übrigens von einem leipziger Buchhändler der wirkliche Anfangspunkt dieser Frist zweifelhaft gefunden worden war, so ist dieser Zweifel durch eine von dem königl.

Ministerium des Innern an die königl. Kreisdirection allhier unterm 20. März dieses Jahres erlassene Verordnung dahin erledigt worden: „daß, weil das Gesetz nach der Publicationsverordnung vom 22. Februar dieses Jahres erst mit dem 1. Mai d. J. in Wirksamkeit trete, zu welcher auch der Beginn eines Fristenlaufes gehöre, die geordnete Frist vom 1. Mai d. J. zu berechnen sei." Für Exemplare, welche nicht mit Beobachtung der auf diese Weise zu verstehenden Bestimmungen des Gesetzes §. 13 und der Bestimmungen der Ausführungsverordnung zu diesem Paragraphen zur Bestempelung gebracht worden sind, kann daher der zugesicherte Rechtsschutz nicht in Anspruch genommen werden.

Anlaß, ihn Ausländern gegenüber in Anspruch zu nehmen, wird aber allerdings für hiesige Buch-, Musikalien- oder andere Kunsthändler, so wie Anlaß für die hierländischen Justiz- und Verwaltungsbehörden, den Vertrieb solcher bisheriger oder künftiger Vervielfältigungen zu verhindern, für welche es an den Bedingungen eines wirklichen Rechtsschutzes fehlt, erst dann vorhanden sein, wenn gegen einen dergleichen Vertrieb berechtigte Inländer oder vermöge der Bestimmungen §§. 11 und 12 berechtigte Ausländer unter Nachweis dieser ihrer Berechtigung deshalb klagend auftreten, insofern nicht etwa die Wirksamkeit eines solchen Nachweises durch die Bestimmungen §. 3 des Gesetzes ausgeschlossen wird, und das fragliche literarische oder Kunsterzeugniß vermöge dieser Bestimmungen in Verbindung mit §. 11 im zweiten Abschnitt bereits zum Gemeingut geworden ist.

Das durch die Bestimmungen der §§. 8 und 10 des Gesetzes gerechtfertigte Unterbleiben des Einschreitens gegen unbefugte Vervielfältigungen und deren Vertrieb bis zum Antrag eines Berechtigten ist übrigens, seinem Grunde und Wesen nach, von dem durch §. 13 ausnahmsweise zugesicherten Rechtsschutze völlig verschieden.

Es bleibt daher jedem hierländischen Buch-, Musikalien- oder Kunsthändler unbenommen, von jener Connivenz des Gesetzes bis zu ihrem durch §§. 8 u. 10 bezeichneten Endpunkte Gebrauch zu machen. Er thut dies aber lediglich auf seine eigene Gefahr wegen der Verluste, die ihn nach §§. 6, 7, 8 u. 9 treffen können, so bald diese Connivenz in jedem einzelnen Falle nach den oben entwickelten Grundsätzen künftighin aufhören müsse.

Es gibt jedoch für alle hierländische literarische und artistische Gewerbtreibende ein unfehlbares Mittel, sich gegen diese Gefahr wegen aller ihrer derselben etwa noch ausgesetzten Unternehmungen sicher zu stellen, nämlich den rechtzeitigen Erwerb einer eigenen Berechtigung im Sinne der §. 1 oder wenigstens §. 12 unter b) des Gesetzes. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß namentlich auch die Musikalienhändler auf diese Absicht des Gesetzes eingehen werden. Aus mehr als einem Grunde aber ist ihnen die möglichste Beschleunigung der deshalb zu ergreifenden Maßregeln anzurathen, nämlich nicht nur um nicht von der wirklichen Gefahr übereilt zu werden, sondern auch um desto leichter und mit geringern Opfern zum Zwecke zu gelangen, da sie bei den deshalb zu thuenden Schritten auf um so größere Schwierigkeiten stoßen werden, jemehr das literarische und artistische Publikum des Auslandes mit den hierländischen gesetzlichen Bestimmungen bekannt werden wird, die übrigens keineswegs eine Verschärfung, sondern in vielem Betracht eine Milderung der bisherigen, wenn auch nicht

allenthalben bekannten und gehörig verstandenen gesetzlichen Bestimmungen gegen den Nachdruck enthalten.

Eben so unstatthaft als das eben gedachte erste, ist das zweite der in der Vorstellung angebrachten Gesuche, nämlich „daß den Musikalienhändlern nicht die vorräthigen Exemplare, sondern die vorräthigen Platten zu neuen Abzügen gestempelt werden möchten.“ Mag ihnen auch, bei ihren dermaligen Betriebseinrichtungen, eine solche Ausdehnung der exceptionellen Bestimmungen §. 13 des Gesetzes auf die Platten besonders wünschenswerth sein, so ist sie doch mit den klaren Worten des Gesetzes völlig unvereinbar, da dieses lediglich von „vorräthigen Exemplaren“ spricht, und daher auf bloße Vorrichtungen zur künftigen Herstellung von Exemplaren nicht bezogen werden kann. In derselben Lage, wie die Musikalienhändler wegen ihrer Platten, sind übrigens die Kunsthändler wegen ihrer Stahl-, Kupfer- und Steinplatten, und die Buchhändler und Buchdrucker wegen der stehenden Sätze, und besonders der Stereotypplatten. Nur die schon vorräthigen und unmittelbar für den Verkauf lagernden Vervielfältigungen, nicht Apparate zu künftigen Vervielfältigungen, sind es aber, denen das Gesetz einen exceptionellen Rechtsschutz zusichert.

So viel endlich die „Bedenken“ anlangt, welche in dem zweiten Abschnitt der Eingabe gegen das Gesetz und insonderheit §§. 11 und 12 unter b aufgestellt worden, so beruhen diese sämmtlich auf einem Mißverständnisse des §. 1, mithin der obersten und hauptsächlichsten Bestimmung des Gesetzes, „daß das Recht, literarische Erzeugnisse und Werke der Kunst auf mechanischem Wege zu vervielfältigen, ausschließlich dem Urheber und seinen Rechtsnachfolgern zustehe und ein auf Andere übertragbares Vermögensrecht sei.“ Verbindet man diesen obersten Grundsatz des Gesetzes über das an den Urheber und deren Rechtsnachfolgern anerkannte ausschließliche Recht mit den §§. 11 und 12 enthaltenen Bestimmungen über die Bedingungen des den Ausländern zu gewährenden Schutzes ihres Rechts, so ergeben sich daraus folgende Sätze:

1.

Das Gesetz erkennt ein ausschließliches Recht, aus der mechanischen Vervielfältigung eines literarischen Erzeugnisses oder Werkes der Kunst Gewinn zu ziehen, an dem Urheber oder dessen Rechtsnachfolgern, und zwar

2.

ohne Unterschied, ob er In- oder Ausländer sei, an;

3.

es macht nur den hierländischen Schutz des Ausländers in diesem Rechte von den §§. 11 und 12 aufgestellten Bedingungen abhängig;

4.

es gewährt daher nicht nur dem inländischen Urheber, sondern auch dem inländischen Rechtsnachfolger, mithin unter Andern und besonders auch dem mit einem ausländischen Urheber einen Verlagscontract abschließenden Verleger (denn auch dieser gehört unter dessen Rechtsnachfolger, und ist successor, wenn auch singularis in dessen Rechte) ohne alle und jede

Beschränkung auf die Bedingungen §§. 11 und 12 Rechtsschutz, mithin z. B. dem leipziger Verleger eines pariser Componisten, sei er nun im alleinigen, oder in dem mit einem französischen Buchhändler getheilten Besitze des Verlagsrechts. Denn

5.

das Gesetz erkennt das ausschließliche Recht auch am ausländischen Urheber und ausländischen Rechtsnachfolger an, unterwirft aber nur den ihm zu gewährenden Rechtsschutz gewissen Bedingungen, an welche der Inländer auch dann nicht gebunden ist, wenn er sein Recht von einem Ausländer, sei er nun Urheber oder Rechtsnachfolger, erworben hat.

6.

Die Bestimmungen §. 12 sind weder Erweiterungen noch Beschränkungen, sondern lediglich nothwendige Folgerungen des obersten Grundsatzes §. 1 und der beschränkenden Bestimmung §. 11 wegen der Ausländer, oder vielmehr Folgerungen aus dem obersten Grundsatze §. 1, welche, wären sie nicht besonders im Gesetze ausgedrückt, durch §. 11 zweifelhaft gemacht scheinen können, denn sowohl in den §. 12 unter a als in den unter b ausgesetzten Fällen ist es eigentlich ein Inländer, dem der Rechtsschutz gewährt wird. Nur wird in dem Falle unter a durch den dem Inländer zugesicherten Rechtsschutz zugleich das Recht eines Ausländers, und zwar selbst dann geschützt, wenn der Inländer sein Recht auf den Ausländer bereits dergestalt übertragen hatte, daß er bei dem Rechtsschutze desselben wenigstens nicht mehr mittelbar interessirt ist. Das Gesetz wollte aber auch das auf den Ausländer übergegangene Recht des Inländers, theils seines inländischen Ursprungs halber, theils wegen der doch noch mittelbaren Betheiligung eines Inländers dabei, nicht schutzlos lassen..

In dem unter b gedachten Falle aber kann das Recht des Ausländers deswegen nicht ungeschützt bleiben, weil er mit einem zu schützenden Inländer gemeinschaftliches Interesse hat.

Leipzig, den 4. Juli 1844.

Königliche Sächsische Kreisdirection.

Verordnung vom 29. November 1844. Die von ausländischen Behörden in Untersuchungen wegen Nachdrucks erfolgenden Requisitionen betreffend.

In §. 17 des Gesetzes vom 22. Febr. 1844, den Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst betreffend, ist das auf den Grund dieses Gesetzes einzuleitende strafrechtliche Verfahren in dem Falle, wenn die Civil- und Criminalgerichtsbarkeit an einem Orte verschiedenen Behörden zusteht, an das rücksichtlich der Geltendmachung der privatrechtlichen Ansprüche competente Civilgericht gewiesen worden.

In Beziehung auf diese Bestimmung ist, wie zur Kenntniß des Justizministerii gelangt, darüber Zweifel entstanden, von welchem Gerichte auf Requisitionen, welche von ausländischen Behörden in daselbst wegen Nachdrucks anhängigen Untersuchungen an inländische Behörden ergangen sind, das Erforderliche zu verfügen sei.

Das Justizministerium hält für angemessen, daß die Verfügung auf ausländische Requisitionen dieser Art ebenfalls vom Civilgericht erfolge; es werden daher sämmtliche Criminalgerichtsbehörden hierdurch angewiesen, in Fällen, wenn von ausländischen Behörden in Untersuchungen wegen Nachdrucks Requisitionen an sie gelangen, und am Orte die Civilgerichtsbarkeit einer andern Behörde zusteht, das Gesuch an das Civilgericht zur weitern Verfügung abzugeben.

Dresden, am 29. November 1844.

Das Ministerium der Justiz.

Verordnung, die Publication des Gesetzes zur weiteren Ausführung des Bundesbeschlusses über den Schutz musikalischer und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung vom 22. April 1841 betreffend; vom 27. Juli 1846.

Friedrich August, von Gottes Gnaden König von Sachsen &c. &c. &c.

Indem Wir nachstehend das Gesetz zur weiteren Ausführung des Bundesbeschlusses über den Schutz musikalischer und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung vom 22. April 1841 zur Publication bringen, finden Wir Uns zugleich zu folgender Erklärung bestimmt:

Der im §. 17 des gedachten Gesetzes enthaltenen Vorschrift, wonach nur die Theilnahme der einem deutschen Bundesstaate nicht angehörigen Interessenten an dem durch dieses Gesetz gewährten Rechtsschutze von gewissen Bedingungen abhängig gemacht worden ist, und daher Componisten und dramatische Schriftsteller, welche anderen deutschen Bundesstaaten angehören, diesen Rechtsschutz ohne Rücksicht auf die in dem betreffenden Bundesstaate bestehende Gesetzgebung gleich den inländischen Schriftstellern und Componisten innerhalb der durch §. 1 des Gesetzes über die bundesgesetzliche Bestimmung hinaus erweiterte Zeitfrist genießen, haben Wir in der Hoffnung die Genehmigung ertheilt, daß auch die Regierungen derjenigen deutschen Bundesstaaten, in welchen zur Zeit eine ähnliche Erweiterung der bundesgesetzlichen Frist nicht stattgefunden hat, Sächsischen Componisten und dramatischen Schriftstellern und deren Rechtsnachfolgern den bundes- und landesgesetzlichen Schutz gegen unbefugte Aufführung ihrer Werke innerhalb einer gleich langen Frist gewähren werden. Wir behalten Uns daher für den Fall, daß eine dem entsprechende Zusicherung im Wege der Verhandlung nicht zu erlangen sein sollte, hiemit ausdrücklich vor, jene Bestimmung im verfassungsmäßigen Wege annoch einer Modification zu unterwerfen.

Gegeben zu Dresden, den 27. Juli 1846.

(L. S.) Friedrich August.

Julius Traugott Jacob von Koenneritz.

Gesetz zur weiteren Ausführung des Bundesbeschlusses über den Schutz musikalischer und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung vom 22. April 1841; vom 27. Juli 1846.

Wir, Friedrich August, von Gottes Gnaden König von Sachsen &c. &c. &c. setzen hierdurch zur weiteren Ausführung des mittels Verordnung vom

29. Juni 1841 (Gesetz- und Verordnungsblatt d. J. St. X, Nr. 35, S. 67) publicirten Bundesbeschlusses über den Schutz musikalischer und dramatischer Werke gegen unbefugte Aufführung vom 22. April 1841 mit Zustimmung Unserer getreuen Stände Folgendes fest:

§. 1. Das ausschließende Recht, die Erlaubniß zur öffentlichen Aufführung eines noch nicht durch den Druck veröffentlichten dramatischen oder musikalischen Werkes zu ertheilen, steht dem Autor lebenslänglich und seinen Erben oder Rechtsnachfolgern noch zehn Jahre nach seinem Tode zu.

§. 2. Wer innerhalb dieser Frist ein noch nicht durch den Druck veröffentlichtes musikalisches oder dramatisches Werk oder eine widerrechtliche Nachbildung desselben (§. 1, 2 des Gesetzes, den Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst betreffend, vom 22. Febr. 1844 — Gesetz- und Verordnungsblatt von 1844, S. 27 fg.) — ohne Erlaubniß des Autors oder seiner Rechtsnachfolger im Ganzen oder mit Abkürzungen zur öffentlichen Aufführung bringt, ist den Autor oder dessen Rechtsnachfolger in der nachstehenden Maaße zu entschädigen verbunden, wobei es keinen Unterschied macht, ob schon vorher eine Aufführung stattgefunden habe, ingleichen, ob hierbei der Name des Verfassers genannt worden sei oder nicht.

§. 3. Die zu gewährende Entschädigung besteht (vergl. jedoch §. 6) in dem Betrage der Einnahme von jeder unbefugten Aufführung, ohne Abzug der Kosten und ohne Unterschied, ob das Stück allein oder in Verbindung mit einem oder mehreren anderen den Gegenstand der Aufführung ausgemacht hat.

§. 4. Zu Sicherstellung dieses Entschädigungsanspruchs ist der Berechtigte befugt, die Beschlagnahme des in §. 3 bezeichneten Einnahmebetrags auszuwirken.

Er kann jedoch auch nach der Aufführung seines Stücks die Herausgabe dieses Einnahmebetrags verlangen.

§. 5. Will der Berechtigte die §. 3 erwähnte Entschädigung nicht in Anspruch nehmen, so steht ihm auch frei, auf Bestrafung Dessen, der die unbefugte Aufführung veranstaltet hat, anzutragen. Solchenfalls ist mit Rücksicht auf die Größe der Bühne, bei welcher die Aufführung stattgefunden hat, des muthmaaßlichen oder wirklichen Ertrags der letzteren und darauf, ob eine stehende oder wandernde Bühne in Frage ist, auf eine Geldbuße bis zu Fünf Hundert Thalern zu erkennen.

§. 6. Sowohl von der nach §. 3 zu gewährenden Entschädigung, als von der nach §. 5 zu erkennenden Strafe fallen zwei Drittheile dem Berechtigten, ein Drittheil aber der Armencasse des Orts zu, wo die unbefugte Aufführung stattgefunden hat.

§. 7. Endlich kann auch der Berechtigte gegen die beabsichtigte unbefugte Aufführung des Werkes ein obrigkeitliches Verbot ausbringen.

§. 8. Welches der in den §§. 3 bis 7 erwähnten Mittel zu Verfolgung seines Rechtsanspruchs der Berechtigte sich bedienen will, ist völlig seiner Wahl überlassen; nur schließt die Anwendung eines der in §§. 3, 5 und 7 aufgezählten Mittel den Gebrauch eines anderen dieser Mittel aus.

§. 9. Der Entschädigungsanspruch (§. 3), sowie der Anspruch auf Geldbuße (§. 5) ist bei dem competenten Civilgerichte im Wege des bürgerlichen Processes auszuführen. Dagegen kann der Antrag auf ein gegen

die Aufführung zu erlassendes Verbot, sowie auf die im §. 4 geordnete Beschlagnahme unmittelbar bei der Polizeibehörde des Orts angebracht werden.

§. 10. Den Anträgen der letzteren Art (§§. 4 und 7) ist statt zu geben, sobald das Recht des Antragstellers durch Production des Manuscripts oder durch sonstige für ihn sprechende Urkunden, z. B. durch briefliche Anfragen wegen Aufführung der Ueberlassung des Stücks, oder durch Nachweis der Identität seiner Person mit dem benannten Verfasser desselben, einigermaßen bescheinigt ist, und nicht von dem Unternehmer der Aufführung sofort die hierzu erlangte Berechtigung beigebracht wird, es müßte denn der Erlassung des im §. 7 erwähnten Verbotes ein erhebliches polizeiliches Bedenken entgegen stehen. In dem letzteren Falle ist jedoch stets mit der im §. 4 gedachten Beschlagnahme zu verfahren.

§. 11. Eine gegen das Verbot der Aufführung oder die Beschlagnahme eingewendete Appellation oder eingelegter Recurs hat keine Suspensivkraft.

§. 12. Weitere Entschädigungsansprüche gegen den Unternehmer einer unbefugten Aufführung finden nicht statt.

§. 13. Wenn die Frage entsteht, ob das dramatische oder musikalische Werk, welches den Gegenstand der öffentlichen Aufführung ausgemacht hat, als widerrechtliche Nachbildung eines anderen zu betrachten sei, so hat das Gericht hierüber in der §. 18 des Gesetzes, den Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst betreffend, vom 22. Febr. 1844 vorgeschriebenen Maaße das Gutachten des daselbst erwähnten Sachverständigenvereins zn erfordern.

§. 14. Da die Uebersetzung eines dramatischen Werkes nach dem gedachten Gesetze vom 22. Februar 1844 als selbstständiges Kunstproduct zu betrachten ist, so genießt auch deren Verfasser den durch das gegenwärtige Gesetz gewährten Rechtsschutz gegen die unbefugte Aufführung seiner Uebersetzung selbst neben dem Originale. Ein Verbietungsrecht gegen die Aufführung anderer Uebersetzungen, sowie des Originals steht ihm dagegen nicht zu.

§. 15. Musikalische Compositionen genießen den gedachten Rechtsschutz auch insoweit, daß Clavierauszüge aus denselben Behufs der öffentlichen Aufführung des Stücks nicht ergänzt und überhaupt öffentlichen Aufführungen nicht zum Grunde gelegt werden dürfen.

§. 16. Bei musikalischen Compositionen ist der Componist dem Unternehmer der Aufführung gegenüber stets zugleich als Eigenthümer des dazu gehörigen Textes zu betrachten und der Verfasser des letzteren hat sich daher seiner Entschädigung halber an den Componisten zu halten.

Der Unternehmer der Aufführung darf ohne Erlaubniß des letzteren diesen Text weder durch den Druck vervielfältigen lassen, noch verkaufen. Ist aber bei Ueberlassung der Composition an den Unternehmer der Aufführung des Textes nicht besonders gedacht worden, so wird angenommen, daß in dieser Ueberlassung der Composition jene Erlaubniß zum Drucke des Textes und zum Verkaufe desselben für die Aufführung mit enthalten gewesen ist. Ein Gleiches steht dem Unternehmer bei den durch den Druck veröffentlichten Compositionen zu.

§. 17. Den einem deutschen Bundesstaate nicht angehörigen Interessenten kommt der durch das gegenwärtige Gesetz gewährte Schutz gegen

unbefugte Aufführung des Originalwerkes, einer widerrechtlichen Nachbildung desselben, oder einer ihnen zuständigen Uebersetzung unter denselben Voraussetzungen zu Statten, welche in dem gedachten Gesetze vom 22. Februar 1844, §§. 11 und 12 festgestellt sind.

§. 18. Musikalische Werke hören durch Uebersetzung des dazu gehörigen oder durch Unterlegung eines anderen Textes nicht auf, Originalwerke zu sein.

Urkundlich haben Wir dieses Gesetz eigenhändig unterschrieben und das Königliche Siegel beidrucken lassen.

Dresden, den 27. Juli 1846.

---

21) Sachsen-Altenburg.

Gesetz vom 1. December 1827 und 9. Januar 1828.

Wir, Friedrich, Herzog zu Sachsen ꝛc., thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Es haben zwar nach den von jeher in den hiesigen Landen als richtig angenommenen Grundsätzen und Ansichten über den Büchernachdruck Schriftsteller und Verleger schon bisher jederzeit auf rechtlichen Schutz ihrer Eigenthumsrechte gegen den Büchernachdruck von Seiten der hiesigen Regierung zählen können. Nachdem es aber dermalen an andern Orten als nothwendig erschienen ist, über die den Schriftstellern und Verlegern gegen den Büchernachdruck zu gewährende Sicherung ausdrückliche Landesherrliche Erklärungen und gesetzliche Bestimmungen ergehen zu lassen, haben auch Wir Uns bewogen gefunden, wiewohl unbeschadet der nach Art. 18. der deutschen Bundesacte von der deutschen Bundesversammlung zu Frankfurt am Main noch zu erwartenden gleichförmigen Bestimmungen in Ansehung des Büchernachdrucks, bis zu deren Erscheinen Folgendes zu verordnen;

1) Für Nachdruck sind zu achten die neuen Ausgaben von Schriften, welche der Schriftsteller auf eigene Rechnung hat drucken lassen und selbst verkauft, oder worauf derselbe einem Verleger das Verlagsrecht überlassen hat, insofern solche neue Auflagen ohne Einwilligung des Schriftstellers und Verlegers unternommen werden.

2) Die Einwilligung des Verlegers allein zu der neuen Auflage eines Dritten reicht zur rechtlichen Befähigung des Letztern nur dann aus, wenn der Erstere ihm nachweiset, daß er sich mit dem Verfasser ein für allemal abgefunden habe, derselbe also bei neuen Auflagen kein Recht auf anderweite Vergütung habe.

3) Der solchergestalt näher bezeichnete Nachdruck von Schriften, worauf eine inländische privilegirte Buchhandlung das Verlagsrecht hat, oder welche ein inländischer Schriftsteller auf seine eigenen Kosten hat in Druck bringen lassen und selbst verhandelt, wird im hiesigen Lande, von Publication dieses Gesetzes an, allgemein gänzlich verboten, und es sollen alle in einem oder dem andern der oben benannten Fälle nachgedruckte Schriften der Confiscation

unterworfen und die Nachdrucker, nebst einer überdies zu erlegenden Strafe von Funfzig Thalern für jeden Contraventionsfall, zum gebührenden Ersatze des erweislichen Schadens der Buchhandlung, oder des selbstverlegenden Schriftstellers verbunden sein.

4) Wollen ausländische Buchhandlungen und Schriftsteller auf einen gleichen Schutz im hiesigen Lande Anspruch machen, so müssen sie entweder ein Privilegium für sich hier ausgewirkt haben, oder nachweisen, daß in dem Staate, wo sie ihr Geschäft betreiben, gegen die hiesigen Unterthanen ein Gleiches beobachtet werde, indem wir die zu Gunsten Unserer Unterthanen jetzt gegebenen gesetzlichen Verordnungen ausdrücklich auch auf alle Unterthanen solcher Staaten ausgedehnt wissen wollen, in welchen, entweder im Wege einer diesfalls abgeschlossenen besondern Convention, oder aus einer von dem hierauf Reclamirenden erweislich zu machenden beständigen Verfassung, gegen Hierländische ein Gleiches beachtet wird.

5) Uebersetzungen von Werken aus fremden Sprachen werden niemals als Nachdruck behandelt, auch wenn sie mit andern Uebersetzungen derselben Werke im Inlande oder dem im Verbande befindlichen Auslande concurriren.

6) Ebensowenig fallen Auszüge aus größern Werken unter die Kategorie des Nachdrucks, sobald sie wirkliche Abkürzungen der betreffenden Stellen, nicht aber bloßer Wiederabdruck derselben sind, als welches Letztere gleichfalls als Nachdruck zu betrachten ist.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung eigenhändig unterschrieben und mit Unserm Herzoglichen Insiegel bekräftigt, auch solche zu allgemeiner Wissenschaft und Nachachtung durch den Druck bekannt zu machen befohlen.

Altenburg, den 1. December 1827.

(L. S.) Friedrich, H. z. S.

von Trützschler. E. von Braun.

Nachdem nun Höchstgedacht Se. Herzogl. Durchlaucht gnädigst anbefohlen haben, diese Verordnung schleunig zum Abdruck und zur öffentlichen Bekanntmachung zu bringen; als wird solches zur Nachachtung sämmtlicher Unterobrigkeiten und sonst Jedermänns Wissenschaft andurch bewerkstelligt.

Sign. Altenburg, den 9. Januar 1828.

Herzogl. Sächsische Landesregierung daselbst.

Verordnung vom 1. November 1843, die Bestrafung der rechtswidrigen Aufführung dramatischer und musikalischer Werke und die daraus entstehenden Entschädigungsansprüche betreffend.

Wir, Joseph, Herzog zu Sachsen 2c.

Der in der Ministerialbekanntmachung vom 10. Mai 1841 veröffentlichte Bundesbeschluß wegen des den inländischen Verfassern dramatischer und musikalischer Werke angediehenen Schutzes behält unter Nr. 4. die näheren Bestimmungen über Bestrafung der unerlaubten öffentlichen Aufführung eines dramatischen oder musikalischen Werkes, sowie über die dem Autor des Werkes oder dessen Rechtsnachfolgern zu leistende Entschädigung der Landesgesetzgebung vor. In Gemäßheit dieses Vorbehalts verordnen Wir daher, wie folgt:

1) Wer dem ausschließenden Rechte des Autors oder seiner Rechtsnachfolger zuwider, ein noch nicht durch den Druck veröffentlichtes dramatisches

oder musikalisches Werk öffentlich aufführt, hat eine Geldbuße von 10 bis 100 Thalern verwirkt.

2) Dem hierdurch verletzten Autor des Werkes oder dessen Rechtsnachfolgern steht das Recht zu, den ganzen erweislichen Betrag der Einnahme von jeder unerlaubten Aufführung, ohne Abzug der auf dieselbe verwendeten Kosten und ohne Unterschied, ob das Stück allein oder verbunden mit einem andern den Gegenstand der Aufführung ausgemacht hat, als Schadenersatz in Anspruch zu nehmen.

3) Untersuchung und Bestrafung erfolgt vorkommenden Falls nicht von Amtswegen, sondern lediglich auf Antrag des verletzten Autors oder seiner Rechtsnachfolger, denen es freisteht, hierbei zugleich den ihnen zustehenden Entschädigungs-Anspruch geltend zu machen, oder solchen in besonderm Rechtswege auszuführen. Zur Sicherstellung dieses Entschädigungsanspruchs sind sie befugt, die polizeiliche Beschlagnahme des unter Nr. 2. bezeichneten Einnahmebetrags auszuwirken.

4) Der Autor oder dessen Rechtsnachfolger sind aber auch berechtigt, gegen die beabsichtigte Aufführung eines noch nicht durch den Druck veröffentlichten, dramatischen oder musikalischen Werkes, wodurch ihr ausschließendes Recht gekränkt werden würde, ein obrigkeitliches Verbot zu beantragen. Einem solchen hinreichend bescheinigten Antrag ist vorkommenden Falls zu fügen, sofern nicht erhebliche polizeiliche Bedenken dagegen vorwalten. Im letztern Falle ist jedoch stets mit der unter Nr. 3. beregten Beschlagnahme zu verfahren.

5) Die Untersuchung und Bestrafung, sowie das Erkenntniß über zu leistenden Schadenersatz wegen rechtswidriger Aufführung eines dramatischen oder musikalischen Werkes steht der zuständigen Erbgerichtsbehörde zu. Dagegen ist der Antrag auf ein gegen die beabsichtigte Aufführung zu erlassendes Verbot, so wie auf die unter Nr. 3. geordnete Beschlagnahme an die Polizeibehörde des Orts zu richten.

Altenburg, am 1. November 1843.

---

22) Sachsen-Coburg-Gotha.

Verordnung, den Nachdruck betreffend, vom 18. September 1828.

Wir Ernst rc. thun kund und fügen hiermit zu wissen: Da bis jetzt von Seiten des deutschen Bundes ein gemeinsamer Beschluß über die Sicherstellung der Verfasser und Verleger gegen den Nachdruck noch nicht gefaßt worden ist, und in Unsern Landen gesetzliche Bestimmungen noch nicht darüber vorhanden sind; so finden Wir, bis dieser Gegenstand in Gemäßheit des 18. Art. der deutschen Bundesacte erledigt seyn wird, nöthig, Folgendes zu verordnen:

§. 1. Der Nachdruck, Nachstich und Verkauf desselben von Schriften, Landkarten, topographischen Zeichnungen und Musikalien, welche innerhalb des deutschen Bundes verlegt sind, es erfolge solcher in Buchdruckereien, Formschneidereien, lithographischen oder andern ähnlichen Anstalten, wird allgemein in unsern Landen verboten und soll dabei ein Unterschied zwischen inländischen und ausländischen, d. h. andern deutschen Bundesstaaten an-

gehörigen Verfassern und Verlegern der Werke nicht gemacht werden; es müßte denn in einem oder dem andern der übrigen deutschen Bundesstaaten ein gleiches Gesetz nicht stattfinden, und den Verlegern und Verfassern Unserer Lande daselbst ein gleicher Schutz gegen den Nachdruck nicht zu Theil werden: in Uelchem Falle auch in Unsern Landen gegen Verfasser und Verleger, die einem solchen Staate angehören, diese gesetzliche Vorschrift nicht zur Anwendung kommt.

§. 2. Wenn nicht einzelne von Uns ertheilte Privilegien darüber, was eigentlich und überhaupt als Nachdruck u. s. w. betrachtet und dem gesetzlichen Verbote unterworfen sein soll, ein Näheres oder Anderes bestimmen, welche nähere Bestimmung wir Uns ausdrücklich vorbehalten, so muß im Allgemeinen jede Vervielfältigung von Druckschriften, Büchern, Landkarten, topographischen Zeichnungen und Musikalien auf den in §. 1. angegebenen Wegen, welche ohne die Einwilligung ihrer Urheber oder Derjenigen geschieht, welche von diesen das Recht der öffentlichen Bekanntmachung und Veräußerung derselben erworben haben, als Nachdruck betrachtet werden. Es wird daher jeder Inhaber des Belagsrechtes gegen Eingriff in dasselbe geschützt, und kann nicht nur ein Dritter, welcher die Rechte des Verfassers und Verlegers verletzt, sondern auch der Verleger gegen den Verfasser und dieser gegen jenen des Nachdrucks schuldig befunden werden.

§. 3. Um demnach das rechtliche Verhältniß zwischen dem Verfasser und Verleger zu bestimmen, wird Folgendes festgesetzt:

Es ist zu unterscheiden, ob die Ueberlassung des Verlagsrechtes eines Werkes von dem Verfasser an den Verleger in beschränktem Maaße, d. i. auf Eine Auflage und auf eine bestimmte Anzahl von Exemplaren, oder ob solches unbeschränkt, d. i. in dem Maaße, daß entweder ein Contract darüber gar nicht abgeschlossen, oder daß in solchem ausdrücklich und ohne alle Beziehung auf weitere Auflagen dem Verleger das Verlagsrecht überlassen wird, geschehen ist.

In dem ersten Falle bestimmt der Vertrag das Recht des Verlegers und ist dasselbe auf den Debit der die Eine Auflage ausmachenden Anzahl von Exemplaren beschränkt. Mit Beendigung des Debits derselben erlischt das Verlagsrecht und vor Beendigung dieses Debits steht dem Verfasser auch das Recht nicht zu, eine neue Ausgabe seines Werkes, ohne Einwilligung des Verlegers, zu veranstalten. Die Entschädigung wird im Uebertretungsfalle von Seiten des Verfassers nach dem Werthe der dem Verleger übrig gebliebenen Anzahl von Exemplaren, und im Uebertretungsfalle von Seiten des Verlegers, nach richterlicher Erörterung abgemessen.

Wenn im zweiten Falle das Verlagsrecht unbeschränkt überlassen worden ist, so erstreckt sich dasselbe nur auf den Debit des Werks in der Form der von dem Verleger zuerst veranstalteten Auflage mit Inbegriff aller dazu gehörenden Theile und Fortsetzungen desselben. In dieser Form darf auch der Verleger nach dem Debit der ersten Auflage neue Auflagen — d. i. unveränderte Abdrücke der ersten — fernerhin ohne Einschränkung veranstalten. Dagegen steht dem Verleger das Recht nicht zu, neue Ausgaben des Werks — d. i. Abdrücke, welche Veränderungen, Verbesserungen oder Zusätze enthalten — ohne Einwilligung des Verfassers zu veranstalten. Dem Verfasser aber steht das Recht, neue Ausgaben durch einen andern Verleger zu veranstalten, erst nach beendigtem Debit der ersten Auf-

lage zu. Das Eigenthumsrecht eines Verfassers an seinen Geisteswerken, dieselben mögen bereits vor seinem Tode von demselben in Verlag gegeben oder bei seinem Ableben im Manuscript vorgefunden worden sein, geht nach seinem Tode auf seine Erben über; in gleichem Maaße auch die von demselben gegen Verleger über den Verlag und Debit der vom ersteren bei seinem Leben verfaßten Werke eingegangenen Verbindlichkeiten.

Dreißig Jahre nach dem Tode eines Verfassers erlöschen alle auf seine Erben übergegangenen Rechte an seinen Geisteswerken und ebenso die von den Verlegern derselben erworbenen ausschließlichen Verlagsrechte. Bei Werken, welche von mehreren Mitarbeitern verfaßt werden, sind die Unternehmer derselben als Diejenigen zu betrachten, von deren Ableben an das ausschließende Verlagsrecht während dieser bestimmten Zeit fortbesteht.

§. 4. Aus den gegebenen Begriffen des Nachdrucks folgt, daß sowohl derjenige, welcher, während noch ein Anderer Inhaber des Verlagsrechts ist, ohne dessen Einwilligung eine neue Auflage oder Ausgabe eines Werkes veranstaltet, als auch Derjenige, der eine Schrift in eine Sammlung der Werke ihres Urhebers oder welcher die Werke eines Verfassers in Sammlungen der Werke mehrerer Verfasser aufnimmt, als Nachdrucker zu betrachten ist.

§. 5. Der Verfasser selbst, der eine solche Sammlung veranstaltet, wird nach denselben Grundsätzen beurtheilt, insofern von demselben ganze Werke, welche von ihm einzelnen Verlegern überlassen worden sind, als Theile einer Sammlung seiner Werke auf das Neue herausgegeben werden sollen. Dagegen steht es jedem Verfasser frei, einzelne nicht anders als in größeren Sammlungen, Zeitschriften u. dergl. zuerst öffentlich erschienenen Aufsätze und Schriften jeder Zeit entweder herauszugeben oder in eine neue Sammlung seiner Schriften aufzunehmen.

§. 6. Wer das Verlagsrecht an einem Werke nicht hat, darf Auszüge daraus nicht besonders drucken lassen; dagegen soll gestattet sein, Auszüge aus Schriften in andere Werke oder Sammlungen aufzunehmen, jedoch unter der Voraussetzung, daß diese Sammlungen die Grenzen von Chrestomathien und Anthologien nicht überschreiten. Es ist auch als eine Uebertretung des gegenwärtigen Gesetzes nicht anzusehen, wenn Arbeiten fremder Schriftsteller zu einem besondern und aus dem davon zu machenden Gebrauche deutlich hervorgehenden Zwecke benutzt und nachgedruckt werden, wie z. B. als Beispiele in ästhethischen Werken und Theorien der Wissenschaften, als Gegenstände der Erklärung und Beurtheilung, politische Aufsätze, wenn sie zur Bestätigung oder Widerlegung politischer oder historischer Sätze dienen sollen, und in andern, ungezwungen unter diese Kategorie zu bringenden Fällen.

§. 7. Anmerkungen dürfen mit dem Werke selbst ohne Einwilligung des Inhabers des Verlagsrechts nicht abgedruckt werden; dieselben besonders abzudrucken ist aber erlaubt.

§. 8. Uebersetzungen werden wie neue Schriften betrachtet.

§. 9. Wenn Jemand gegen die vorstehenden Grundsätze Nachdruck, Nachstich u. s. w. und sonstige Vervielfältigung von Druckschriften, Büchern, Landkarten, topographischen Zeichnungen und Musikalien auf die im §. 1. erwähnte Weise veranstaltet oder solche Nachdrücke, Nachstiche u. s. w. verkauft, so wird der bei ihm sich vorfindende Vorrath davon confiscirt und

vernichtet, und der Unternehmer oder Verkäufer des Nachdrucks u. s. w. ist verbunden, den Inhaber des Verlagsrechts vollkommen zu entschädigen.

§. 10. Die Erörterung der Entschädigungs-Ansprüche gegen die den Nachdruck u. s. w. veranstaltenden und die mit Nachdruck, Nachstich u. s. w. Handel treibenden Personen, erfolgt im Wege des Civilprocesses, insofern nicht die Größe des erwachsenen Schadens sich sogleich schon mit Bestimmtheit hervorthut. Der Schadenersatz ist nach dem Verhältnisse des Werthes der von dem rechtmäßigen Verleger gemachten Auflage zu bemessen. Wo sich der Ausmittelung dieses Werthes Schwierigkeiten entgegenstellen, ist der Schadenersatz dem Verkaufspreise von 500 Exemplaren der nachgedruckten Schrift gleich zu setzen.

§. 11. Außer der Verpflichtung zum Schadenersatze fällt auch der Unternehmer des Nachdrucks u. s. w. in eine Geldstrafe, welche im ersten Uebertretungsfalle durch richterliches Ermessen auf 10 bis 100 Thaler bestimmt werden kann. In wiederholten Uebertretungsfällen soll derselbe nach Befinden der Umstände mit zeitiger oder gänzlicher Entziehung der ihm für Unsere Lande ertheilten Gewerbs- und Handelsbefugniß bestraft werden.

§. 12. Wird bei dem Nachdruck, Nachstich u. s. w. ein Falsum begangen, wie z. B. dadurch, daß der Name des Verfassers oder Verlegers zugelegt wird, so tritt über dieses die nach den Gesetzen Unserer Lande auf dem Betrug stehende Strafe ein.

§. 13. Die Censurbehörden in Unseren Landen werden hiermit angewiesen, nicht nur den Druck solcher Schriften, welche sie für Nachdruck erkennen, ingleichen den Druck von Ankündigungen und Verkaufsanzeigen von Nachdruck nicht zu gestatten, sondern auch von allem zu ihrer Kenntniß kommenden Nachdruck in Unsern Landen oder von Ankündigungen verkäuflichen Nachdrucks Unsern Landesregierungen sofort Anzeige zu thun, damit von denselben die erforderlichen Vorkehrungen dagegen von Amtswegen getroffen werden können.

Urkundlich haben Wir das gegenwärtige Patent eigenhändig vollzogen und mit Unserem Herzoglichen Insiegel versehen lassen, auch dasselbe durch den Druck bekannt zu machen befohlen.

Coburg, am 18. September 1828.

---

23) Sachsen-Meiningen-Hildburghausen.

Verordnung, den Büchernachdruck und Handel mit nachgedruckten Büchern betreffend, vom 7. Mai 1829.

Wir Bernhard, v. G. G. Herzog zu Sachsen-Meiningen u. s. w. fügen hiermit zu wissen:

Da bisher ein gemeinsamer Beschluß von Seiten des deutschen Bundes zu Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck nicht zu Stande gekommen, so haben Wir, bis dieser Gegenstand in Gemäßheit des Art. 18. der deutschen Bundesacte erledigt sein wird, eine vorläufige Bestimmung desselben nöthig gefunden, und verordnen hiermit Folgendes:

Art. 1. Der Erfinder und Verfasser einer Schrift, musikalischen Composition, einer aus besondern Materialien gefertigten Landkarte oder

topographischen Zeichnung, und der von demselben berechtigte Verleger sollen, so lange der Erfinder und Verfasser lebt, und zwanzig Jahre nach dem Tode desselben, als die Einzigen angesehen werden, welche zum Druck, Stich, lithographischer Vervielfältigung des Werkes berechtigt sind.

Art. 2. Jede Vervielfältigung eines solchen Werkes oder einzelner Theile desselben, welche ohne Genehmigung des Urhebers und seines Verlegers, nach den darüber zwischen ihnen bestehenden rechtlichen Verhältnissen, vorgenommen wird, ist Nachdruck.

Doch soll es für Nachdruck nicht geachtet werden, wenn blos einzelne Stellen und kleinere Stücke eines größeren Werkes in größeren Sammlungen, Chrestomathien, Anthologien und dergl., welche aus den Werken mehrerer Verfasser gezogen sind, aufgenommen werden.

Art. 3. Auszüge aus andern Werken, welche ohne Erlaubniß des Verfassers und Verlegers besonders gedruckt erscheinen, sind als Nachdruck anzusehen.

Art. 4. Bemerkungen zu andern Werken herauszugeben, ist nur erlaubt, wenn der Text nicht selbst mit abgedruckt wird. Im letztern Falle ist es Nachdruck.

Art. 5. Nachdruck ist es ferner, wenn Jemand sich die Handschrift eines Andern, ohne dessen Willen, verschafft und sie bei Lebzeiten desselben, ohne ihn davon zu benachrichtigen und seine Genehmigung zu erhalten, zum Druck befördert.

Art. 6. Der Verfasser, welcher durch anderweite Herausgabe die Verlagsrechte eines frühern Verlegers beeinträchtigt, so wie der Verleger, welcher den Verlagsvertrag durch den Druck einer größern Zahl von Exemplaren, als bedungen war, oder Veranstaltung eines neuen Abdrucks verletzt, sind nicht als Nachdrucker anzusehen, sondern Verleger und Verfasser einander nur zu vertragsmäßiger Schadloshaltung verpflichtet.

Der neue Verleger, welcher wissentlich bestehenden klaren Verlagsrechten zuwider handelt, ist Nachdrucker.

Art. 7. Das Verlagsrecht erstreckt sich nicht auf Werke der alten und überhaupt solcher Schriftsteller, seit deren Tod mehr als 20 Jahre verstrichen sind. Wenn aber ein solches Werk eigenthümlich mit Anmerkungen, Erklärungen, kritischem Apparat, Repertorium u. s. w. versehen worden ist, so ist der Abdruck dieser eigenthümlichen Ausstattung Nachdruck.

Art. 8. Das Recht des Verfassers kommt denjenigen Verlegern zu, welche den Plan eines Werkes, eines Repertoriums, einer Encyclopädie und dergl. durch einen oder mehrere Schriftsteller haben ausarbeiten lassen.

Art. 9. Uebersetzungen sind nicht als Nachdruck zu betrachten. Die neue Uebersetzung eines schon übersetzten Buches steht Jedem frei.

Art. 10. Der Nachdruck und das Verbreiten desselben durch den Handel ist in Unsern Landen gänzlich verboten.

Art. 11. Die in Unsern Landen gefertigten, so wie die vom Auslande eingebrachten Exemplare des Nachdrucks sollen confiscirt, zum Verkauf untauglich gemacht und der Verfertiger, so wie der Verkäufer des Nachdrucks, noch mit einer Geldstrafe belegt werden, welche dem doppelten Verkaufspreise der weggenommenen Bücher gleichkommt, jedoch nicht unter 100 und nicht über 1000 fl. rhn. sein soll.

Art. 12. Außerdem ist der Nachdrucker dem Verfasser und Verleger zu einer Entschädigung verbunden, welche dem Verkaufswerthe der ganzen Auflage des Nachdrucks gleich kommt, und zur Hälfte dem Verfasser, zur Hälfte dem Verleger gehört.

Art. 13. Dieses Verbot, Strafbestimmungen und Entschädigungs-Verbindlichkeit, gilt jedoch nur von solchen Nachdrücken, welche nach Publication dieser Verordnung im Lande verfertigt, oder ins Land gebracht werden.

Art. 14. So lange bis eine allgemeine Gesetzgebung des deutschen Bundes zu Stande kommt, stehen auch nur die Werke und Verlagsartikel inländischer und solcher Verfasser und Verleger unter diesem gesetzlichen Schutze, mit deren Landesregierung darüber Verträge abgeschlossen sind.

Art. 15. Besondere Privilegien, welche einzelnen Verfassern und Verlegern ertheilt worden sind, behalten ihre Gültigkeit.

Art. 16. Schriften, welche außerhalb der Staaten des deutschen Bundes gedruckt worden sind, können, bis auf weitere Verordnung im Lande durch den Druck vervielfältigt werden.

Zu dessen Beurkundung haben Wir die gegenwärtige Verordnung eigenhändig vollzogen und zu Jedermanns Nachachtung hiermit bekannt machen lassen.

Meiningen zur Elisabethenburg; den 7. Mai 1829.

---

24) Sachsen-Weimar-Eisenach.

Gesetz zum Schutz des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung, vom 11. Januar 1839.

Carl Friedrich rc.

Um dem Eigenthum an den Werken der Wissenschaft und Kunst den erforderlichen Schutz gegen Nachdruck und Nachbildung in noch weiterem Umfange zu sichern, als dieses durch die Bekanntmachung vom 14. Decbr. 1837 geschehen ist, und um eine Gleichförmigkeit mit der Gesetzgebung über diesen Gegenstand in dem Königl. preuß. Staate herzustellen, dadurch aber auch von Seiten dieses Staats Unseren Unterthanen einen gleichmäßigen Rechtsschutz zu erwirken, verordnen Wir mit Anrath und Zustimmung des getreuen Landtages Folgendes:

Schriften.

a) Ausschließendes Recht der Schriftsteller.

§. 1. Das Recht, eine bereits herausgegebene Schrift ganz oder theilweise von Neuem abdrucken oder auf irgend einem mechanischen Wege vervielfältigen zu lassen, steht nur dem Autor derselben oder Denjenigen zu, welche ihre Befugniß dazu von ihm herleiten.

b) Verbot des Nachdrucks.

§. 2. Jede solche neue Vervielfältigung, wenn sie ohne Genehmigung des dazu ausschließlich Berechtigten (§. 1.) geschieht, heißt Nachdruck, und ist verboten.

c) Was dem Nachdruck gleich zu achten.

§. 3. Dem Nachdruck wird gleich geachtet und ist daher ebenfalls verboten, der ohne Genehmigung des Autors oder seiner Rechtsnachfolger bewirkte Abdruck:

a) von Manuscripten aller Art;

b) von nachgeschriebenen Predigten und mündlichen Lehrvorträgen, gleichviel, ob dieselben unter dem wahren Namen des Autors herausgegeben werden oder nicht.

Dieser Genehmigung bedarf auch der rechtmäßige Besitzer eines Manuscripts oder einer Abschrift desselben (litt. a), ingleichen nachgeschriebener Predigten oder Lehrvorträge. (litt. b).

d) Was nicht als Nachdruck anzusehen.

§. 4. Als Nachdruck ist nicht anzusehen:

1) das wörtliche Anführen einzelner Stellen eines bereits gedruckten Werkes;

2) die Aufnahme einzelner Aufsätze, Gedichte u. s. w. in kritische und literar-historische Werke und in Sammlungen zum Schulgebrauche;

3) die Herausgabe von Uebersetzungen bereits gedruckter Werke.

Ausnahmen.

Ausnahmsweise sind jedoch Uebersetzungen in folgenden Fällen dem Nachdruck gleich zu achten:

a) Wenn von einem Werke, welches der Verfasser in einer todten Sprache bekannt gemacht hat, ohne seine Genehmigung eine deutsche Uebersetzung herausgegeben wird.

b) Wenn der Verfasser eines Buches solches gleichzeitig in verschiedenen lebenden Sprachen hat erscheinen lassen, und ohne seine Genehmigung eine neue Uebersetzung des Werkes in eine der Sprachen veranstaltet wird, in welchen es ursprünglich erschienen ist. Hat der Verfasser auf dem Titelblatte der ersten Ausgabe bekannt gemacht, daß er eine Uebersetzung, und in welcher Sprache herausgeben wolle, so soll diese Uebersetzung, wenn sie innerhalb zweier Jahre nach dem Erscheinen des Originals erfolgt, als mit dem Original gleichzeitig erschienen behandelt werden.

e) Dauer des ausschließlichen Rechts.

§. 5. Der Schutz des gegenwärtigen Gesetzes gegen Nachdruck und diesem gleichgestellte Handlungen (§§. 2. und 3.) soll dem Autor einer Schrift, Predigt oder Vorlesung während seines Lebens zukommen.

§. 6. Auch die Erben des Autors sollen denselben Schutz noch dreißig Jahre lang nach dem Tode ihres Erblassers genießen, ohne Unterschied, ob während seines Lebens ein Abdruck bereits erschienen ist oder nicht. Nach Ablauf dieser dreißig Jahre hört der Schutz dieses Gesetzes auf.

§. 7. Insofern von dem eigentlichen Nachdrucke die Rede ist (§§. 1. u. 2.), setzt die in den §§. 5. und 6. vorgeschriebene Dauer des Schutzes voraus, daß der wahre Name des Verfassers auf dem Titelblatte oder unter der Zueignung oder Vorrede angegeben ist. Eine Schrift, die entweder unter einem andern, als dem wahren Namen des Verfassers erschienen, oder bei welcher gar kein Verfasser genannt ist, soll funfzehn Jahre lang, von der

ersten Herausgabe derselben an gerechnet, gegen den Nachdruck geschützt sein, und zu Wahrnehmung des Rechts auf diesen Schutz der Verleger an die Stelle des unbekannten Verfassers treten. Wird innerhalb dieser funfzehn Jahre der wahre Name des Verfassers von ihm selbst oder von seinen Erben, vermittelst eines neuen Abdruckes oder eines neuen Titelblattes für die vorräthigen Exemplare bekannt gemacht, so wird dadurch dem Werke der Anspruch auf die in den §§. 5. und 6. bestimmte Dauer des Schutzes erworben.

§. 8. Akademien, Universitäten, öffentliche Unterrichtsanstalten, gelehrte und andere erlaubte Gesellschaften genießen das ausschließende Recht zur neuen Herausgabe ihrer Werke dreißig Jahre lang.

Diese Frist ist:

a) bei Werken, die in einem oder mehreren Bänden eine einzige Aufgabe behandeln, und mithin als in sich zusammenhängend betrachtet werden können, zu denen namentlich auch die lexicalischen zu zählen sind, von dem Zeitpunkte ihrer Vollendung an;

b) bei Werken aber, die nur als fortlaufende Sammlungen von Aufsätzen und Abhandlungen über verschiedene Gegenstände der gelehrten Forschung anzusehen sind, von dem Erscheinen eines jeden Bandes an zu rechnen.

Veranstalten jedoch die Verfasser besondere Ausgaben solcher Aufsätze und Abhandlungen, so kommen ihnen die Bestimmungen der §§. 5, und 6. zu statten.

f) Abtretung desselben.

§. 9. Das ausschließende Recht zur Veröffentlichung und Verbreitung von Schriften, welches dem Autor und dessen Erben zusteht, kann von diesen ganz oder theilweise durch eine hierauf gerichtete Vereinbarung auf Andere übertragen werden.

g) Strafen des Nachdrucks.

§. 10. Wer das, den Autoren, ihren Erben oder Rechtsnachfolgern zustehende ausschließende Recht dadurch beeinträchtigt, daß er ohne deren Genehmigung von demselben Gebrauch macht, ist den Beeinträchtigten vollständig zu entschädigen verpflichtet, und hat, außer der Confiscation der noch vorräthigen Exemplare, eine Geldbuße von funfzig bis tausend Thalern verwirkt.

§. 11. War das Werk von dem Berechtigten bereits herausgegeben, so ist der Betrag der Entschädigung, nach Beschaffenheit der Umstände, auf eine dem Verkaufswerthe von funfzig bis tausend Exemplaren der rechtmäßigen Ausgabe gleichkommende Summe richterlich zu bestimmen, insofern der Berechtigte nicht einen höhern Schaden nachzuweisen vermag.

§. 12. Die confiscirten Exemplare der unrechtmäßigen Ausgabe sollen vernichtet oder dem Beschädigten auf sein Verlangen überlassen werden. Im letzten Falle muß sich jedoch der Beschädigte die von dem Verurtheilten auf die Exemplare verwendeten Auslagen auf die Entschädigung anrechnen lassen.

§. 13. Wer widerrechtlich vervielfältigte Werke wissentlich zum Verkauf hält, ist dem Beeinträchtigten mit dem unbefugten Vervielfältiger solidarisch zur Entschädigung verpflichtet, und hat außer der Confiscation, eine nach Vorschrift des §. 10. zu bestimmende Geldbuße verwirkt.

§. 14. Das Vergehen des Nachdrucks ist vollendet, wenn Exemplare eines Buchs vorgefunden werden, welche den gegenwärtigen Vorschriften zuwider angefertigt worden sind.

h) Untersuchungsverfahren.

§. 15. Die gerichtliche Untersuchung der in den §§. 2., 3., 4. bezeichneten Vergehen ist nicht von Amtswegen, sondern nur auf den Antrag der Verletzten einzuleiten.

Will der Verleger der Schrift den Antrag nicht machen, so kann dieses von dem Autor oder dessen Erben geschehen, insofern dieselben noch ein von dem Verleger unabhängiges Interesse haben.

§, 16. Nach einmal erfolgter Einleitung der Untersuchung kann die Zurücknahme des Antrags zwar in Beziehung auf die Entschädigung stattfinden, nicht aber in Beziehung auf die Confiscation und Geldbuße.

§. 17. Scheint es dem Richter zweifelhaft, ob eine Druckschrift als Nachdruck, oder unerlaubter Abdruck zu betrachten, oder wird der Betrag der Entschädigung bestritten, so hat der Richter das Gutachten eines aus Sachverständigen gebildeten Vereins einzuholen.

Die Bildung eines oder mehrerer solcher Vereine, die vorzüglich aus geachteten Schriftstellern und Buchhändlern bestehen sollen, bleibt einer besondern, von Unserm Staatsministerium zu erlassenden Instruction vorbehalten.

2) Geographische, topographische, naturwissenschaftliche, architektonische und ähnliche Zeichnungen.

§. 18. Was vorstehend in den §§. 1, 2, 5 bis 17 über das ausschließende Recht zur Vervielfältigung von Schriften verordnet ist, findet auch Anwendung auf geographische, topographische, naturwissenschaftliche, architektonische und ähnliche Zeichnungen und Abbildungen, welche nach ihrem Hauptzwecke nicht als Kunstwerke (§. 21) zu betrachten sind.

3) Musikalische Compositionen.

§. 19. Dieselben Vorschriften gelten hinsichtlich der ausschließenden Befugniß zur Vervielfältigung musikalischer Compositionen.

§. 20. Einem verbotenen Nachdruck ist gleichzuachten, wenn Jemand von musikalischen Compositionen Auszüge, Arrangements, für einzelne Instrumente, oder sonstige Bearbeitungen, die nicht als eigenthümliche Compositionen betrachtet werden können, ohne Genehmigung des Verfassers herausgibt.

4) Kunstwerke und bildliche Darstellungen.

§. 21. Die Vervielfältigung von Zeichnungen oder Gemälden durch Kupferstich, Stahlstich, Holzschnitt, Lithographie, Farbendruck, Uebertragung u. s. w. ist verboten, wenn sie ohne Genehmigung des Urhebers des Original-Kunstwerks oder seiner Rechtsnachfolger bewirkt wird.

§. 22. Unter gleicher Bedingung ist die Vervielfältigung von Sculpturen aller Art durch Abgüsse, Abformungen u. s. w. verboten.

§. 23. Hinsichtlich dieser Verbote (§§. 21 und 22) macht es keinen Unterschied, ob die Nachbildung in einer andern Größe als das nachgebildete Werk, oder auch mit anderen Abweichungen von demselben vorgenommen worden ist: es seien denn die Veränderungen so überwiegend, daß die Arbeit nicht als eine bloße Nachbildung, sondern als ein eigenthümliches Kunstwerk betrachtet werden könnte.

§. 24. Als eine verbotene Nachbildung ist es nicht zu betrachten, wenn ein Kunstwerk, das durch die Malerei oder eine der zeichnenden Künste hervorgebracht worden ist, mittelst der plastischen Kunst, oder umgekehrt, dargestellt wird.

§. 25. Die Benutzung von Kunstwerken als Muster zu den Erzeugnissen der Manufacturen, Fabriken und Handwerke ist erlaubt.

Dauer des ausschließenden Rechts der Künstler.

a) Bei unveräußertem Original.

§. 26. Der Urheber eines Kunstwerks und seine Erben genießen die ihnen in den §§. 21 ff. zugesicherten ausschließenden Rechte so lange das Original in ihrem Eigenthum bleibt.

§. 27. Wollen sie in dieser Lage von dem ihnen ausschließend zustehenden Rechte der Vervielfältigung Gebrauch machen und sich gegen die Eingriffe Anderer sichern, so haben sie von ihrem Unternehmen, ehe noch die erste Copie an einen Andern abgelassen wird, zugleich mit der Erklärung, daß sie eine Vervielfältigung durch Andere, welche nicht die besondere Erlaubniß von ihnen erhalten haben, nicht zulassen wollen, Unserer Oberaufsicht über die unmittelbaren Anstalten für Wissenschaft und Kunst Anzeige zu machen. Ist diese Anzeige und Erklärung erfolgt, so soll dem Künstler und seinen Erben das ausschließende Recht zur Vervielfältigung des Kunstwerks für die Dauer von zehn Jahren zustehen. Wenn daher ein Anderer das von dem Urheber oder dessen Erben bereits vervielfältigte Kunstwerk mittelst irgend eines Kunstverfahrens nachbilden und das Nachbild verbreiten will, so hat er zuvor eine amtliche Aeußerung der Oberaufsicht über die unmittelbaren Anstalten für Wissenschaft und Kunst darüber einzuholen, ob eine Anzeige und Erklärung der obgedachten Art bei demselben abgegeben worden sei. Ist eine solche Anzeige und Erklärung unterblieben, oder seit ihrer Abgebung ein Zeitraum von zehn Jahren abgelaufen, so ist die Nachbildung erlaubt.

b) Nach Veräußerung des Originals.

§. 28. Begeben sich der Urheber oder seine Erben des Eigenthums des Kunstwerkes, ehe mit dessen Vervielfältigung ein Anfang gemacht worden ist, so geht, falls eine ausdrückliche Verabredung darüber nicht stattgefunden hat, das ausschließende Recht dazu gänzlich verloren. Es kann aber auf die Dauer von zehn Jahren fortbestehen, entweder zu Gunsten des Urhebers, oder seiner Erben, indem sie sich solches vorbehalten, oder zu Gunsten des Erwerbers, indem sie ihm solches übertragen, in sofern

nur in beiden Fällen gleichzeitig mit der Veräußerung eine Verabredung in glaubhafter Form darüber getroffen und davon Unserer Oberaufsicht über die unmittelbaren Anstalten für Wissenschaft und Kunst die obgedachte Anzeige gemacht wird.

Abbildungen von Original-Kunstwerken.

§. 29. Die Abbildung eines Kunstwerks, welche durch ein anderes als bei dem Original angewendetes Kunstverfahren, z. B. durch Kupferstich, Stahlstich, Holzschnitt u. s. w. (§. 21), oder durch Abgüsse, Abformungen u. s. w. (§. 22) rechtmäßig angefertigt worden, darf nicht ohne Genehmigung des Abbildners oder seiner Rechtsnachfolger durch ein rein mechanisches Verfahren vervielfältigt werden, so lange die Platten, Formen und Modelle, mittelst welcher die Abbildung dargestellt wird, noch nutzbar sind. Auch hierbei kommt die Bestimmung des §. 23 zur Anwendung.

Strafen und Untersuchungsverfahren.

§. 30. Die Vorschriften der §§. 10 bis 16 sollen auch in Beziehung auf Kunstwerke und bildliche Darstellungen aller Art in Anwendung kommen.

Die im §. 10 vorgeschriebene Confiscation ist auch auf die zur Nachbildung der Kunstwerke gemachten Vorrichtungen, als der Platten, Formen, Steine u. s. w. auszudehnen.

§. 31. Der Richter hat, wenn Zweifel entsteht, ob eine Abbildung unter die Fälle des §. 18, oder unter die des §. 21 gehöre, ob im Falle des §. 20 ein Musikstück als eigenthümliche Composition oder als Nachdruck, in den Fällen der §§. 21 bis 29 eine Nachbildung, als unerlaubt zu betrachten, oder wie hoch der Betrag der dem Verletzen zustehenden Entschädigung zu bestimmen sei, und ob die im §. 29 als Bedingung gestellte Nutzbarkeit der Platten, Formen, Modelle noch stattfinde, in gleicher Weise, wie §. 17 verordnet ist, das Gutachten eines aus Sachverständigen gebildeten Vereins zu erfordern.

Die Bildung solcher Vereine, welche vorzugsweise aus Kunstverständigen und geachteten Künstlern bestehen, bleibt ebenfalls der im §. 17 erwähnten Instruction vorbehalten.

5) Oeffentliche Aufführung dramatischer und musikalischer Werke.

§. 32. Die öffentliche Aufführung eines dramatischen oder musikalischen Werkes im Ganzen oder mit unwesentlichen Abkürzungen darf nur mit Erlaubniß des Autors, seiner Erben oder Rechtsnachfolger stattfinden, so lange das Werk nicht durch den Druck veröffentlicht worden ist. Das ausschließende Recht, diese Erlaubniß zu ertheilen, steht dem Autor lebenslänglich und seinen Erben oder Rechtsnachfolgern noch zehn Jahre nach seinem Tode zu.

§. 33. Hat der Autor jedoch irgend einer Bühne gestattet, das Werk ohne Nennung seines Namens aufzuführen, so findet auch gegen andere Bühnen kein ausschließendes Recht statt.

§ 34. Wer dem ausschließenden Rechte des Autors oder seiner Rechtsnachfolger zuwider, ein noch nicht durch den Druck veröffentlichtes drama-

tisches oder musikalisches Werk öffentlich aufführt, hat eine Geldbuße von zehn bis hundert Thalern verwirkt.

Findet die unbefugte Aufführung eines dramatischen Werkes auf einer stehenden Bühne statt, so ist der ganze Betrag der Einnahme von jeder Aufführung, ohne Abzug der auf dieselbe verwendeten Kosten, und ohne Unterschied, ob das Stück allein, oder verbunden mit einem andern, den Gegenstand der Aufführung ausgemacht hat, zur Strafe zu entrichten.

Von den vorstehenden Geldbußen fallen zwei Drittheile dem Autor oder seinen Erben, und ein Drittheil der Armenkasse des Orts zu.

6) Allgemeine Bestimmungen.

§. 35. Das gegenwärtige Gesetz soll auch zu Gunsten aller bereits gedruckten Schriften, geographischen, topographischen und ähnlichen Zeichnungen, musikalischen Compositionen und vorhandenen Kunstwerken in Anwendung kommen.

§. 36. Dem Inhaber eines vor Publication des gegenwärtigen Gesetzes ertheilten Privilegiums steht es frei, ob er von diesem Gebrauch machen, oder den Schutz des Gesetzes anrufen will.

§. 37. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden oder von ihm abweichenden früheren Vorschriften treten außer Kraft.

§. 38. Auf die in einem fremden Staate außerhalb Deutschland erschienenen Werke soll dieses Gesetz in dem Maaße Anwendung finden, als die in demselben festgestellten Rechte den in Unseren Landen erschienenen Werken durch die Gesetze des fraglichen Staats ebenfalls gewährt werden. Den in deutschen Staaten erschienenen Werken aber soll der in diesem Gesetze zugesicherte Rechtsschutz gewährt werden, ohne daß die Nachweisung der Gegenseitigkeit zu erfordern ist.

---

25) Würtemberg.

Provisorisches Gesetz wider den Büchernachdruck vom 22. Juli 1836.

Wilhelm, v. G. G. König von Würtemberg ꝛc. Bis zum Erscheinen eines definitiven Gesetzes gegen den Büchernachdruck verordnen und verfügen Wir, nach Anhörung Unseres Geheimen Raths und unter Zustimmung Unserer getreuen Stände, wie folgt:

Art. 1. Die von den Angehörigen eines im deutschen Bunde begriffenen Staats verfaßten oder verlegten Schriften genießen ohne Unterschied, ob sie bei Verkündigung dieses Gesetzes bereits erschienen sind oder erst künftig erscheinen, von der Zeit ihres Erscheinens an sechs Jahre lang, ohne Entrichtung einer Abgabe, gesetzlichen Schutz gegen den Nachdruck in gleicher Weise, wie wenn denselben nach dem Gesetze vom 25. Febr. 1815 ein besonderes Privilegium deshalb verliehen worden wäre.

Art. 2. Die zur Zeit der Verkündigung dieses Gesetzes bereits veranstalteten Nachdrücke von Werken, welche nach der Bestimmung des Art. 1 unter dem Schutze des Nachdruckverbots stehen, können zwar auch noch

während der Dauer dieses Schutzes, jedoch nur in polizeilich gestempelten Exemplaren, zum Absatz gebracht werden.

Den polizeilichen Stempel erhalten diejenigen Exemplare, welche binnen 30 Tagen von der Verkündigung dieses Gesetzes an von dem Nachdrucker oder Händler dem Bezirkspolizeiamt seines Wohnorts mit dem erforderlichen Nachweis über ihren schon vor der Verkündigung dieses Gesetzes veranstalteten Abdruck vorgelegt werden.

Für die polizeiliche Stempelung findet die Entrichtung einer Abgabe nicht statt.

Art. 3. Die nach Maßgabe der bisherigen Gesetzes für einzelne Schriften verliehenen besonderen Privilegien gegen den Nachdruck bleiben, sofern sie den Betheiligten größere Vortheile, als das gegenwärtige Gesetz gewähren sollten, auch fernerhin in Kraft.

Unser Ministerium des Innern ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt.

Gegeben Bad-Gastein, den 22. Juli 1836.

Gesetz gegen den Büchernachdruck vom 17. Oktober 1838.

Wilhelm, v. G. G. König von Würtemberg. Bis zum Erscheinen eines definitiven Gesetzes gegen den Büchernachdruck verordnen und verfügen Wir, unter Abänderung Unseres, unter dem 22. Juli 1836 über diesen Gegenstand erlassenen provisorischen Gesetzes, nach Anhörung Unseres Geheimen-Raths und unter Zustimmung Unserer getreuen Stände, wie folgt:

Art. 1. Die im Königreiche oder in einem andern im deutschen Bunde begriffenen Staate seit dem 1. Jan. 1838 erschienenen und künftig erscheinenden schriftstellerischen und künstlerischen Erzeugnisse genießen, von der Zeit ihres Erscheinens an, zehn Jahre lang ohne Entrichtung einer Abgabe gesetzlichen Schutz gegen den Nachdruck und gegen sonstige, durch mechanische Kunst bewirkte Vervielfältigung in derselben Weise, wie wenn ihnen nach dem Gesetze vom 25. Febr. 1815 ein besonderes Privilegium deshalb ertheilt worden wäre. Den gleichen Schutz haben die vom 1. Jan. 1818 bis zum 31. Decbr. 1837 im Umfange des deutschen Bundes erschienenen Werke der obigen Art bis zum 31. Decbr. 1847 zu genießen. Die Zeit des Erscheinens wird bei Werken, die in mehreren Abtheilungen herausgegeben werden, vom Erscheinen des letzten Bandes oder Heftes an gerechnet, falls zwischen der Herausgabe mehrerer Bände oder Hefte nicht mehr als drei Jahre verflossen sind.

Art. 2. Die zur Zeit der Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes bereits veranstalteten Nachdrücke oder sonstigen mechanischen Vervielfältigungen von Werken, welchen durch den zweiten Absatz des vorstehenden Artikels 1. ein ihnen zuvor nicht zugekommener Schutz gegen mechanische Vervielfältigung verliehen, oder der erloschene frühere Schutz erneuert wird, können zwar auch während der Dauer dieses Schutzes, jedoch nur in polizeilich gestempelten Exemplaren, zum Absatz gebracht werden. Den polizeilichen Stempel erhalten diejenigen Exemplare, welche binnen dreißig Tagen, von der Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes an, von dem Nachdrucker oder Händler dem Bezirks-Polizeiamte seines Wohnorts, mit dem erforder-

lichen Nachweise über ihren schon vor der Verkündigung dieses Gesetzes veranstalteten Abdruck vorgelegt werden. Für die polizeiliche Stempelung findet die Entrichtung einer Abgabe nicht statt.

Art. 3. Die nach Maßgabe der bisherigen Gesetze für einzelne Werke verliehenen besonderen Privilegien gegen den Nachdruck bleiben, sofern sie den Betheiligten größere Vortheile, als das gegenwärtige Gesetz, gewähren sollten, auch fernerhin in Kraft.

Unser Ministerium des Innern ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt.

Gegeben Stuttgart, den 17. Oktbr. 1838.

Verfügung hinsichtlich der Vollziehung des Gesetzes vom 17. Oktober, betreffend abgeänderte provisorische Bestimmungen gegen den Büchernachdruck, vom 19. Oktober 1838.

Hinsichtlich der Vollziehung des Gesetzes vom 17. Octbr. d. J., betreffend abgeänderte provisorische Bestimmungen gegen den Büchernachdruck, wird hierdurch in Gemäßheit höchster Entschließung vom gleichen Tage Folgendes verfügt:

A. Zu Artikel 1 des Gesetzes.

§. 1. Als Vervielfältigung eines künstlerischen Erzeugnisses im Sinne des Art. 1 des Gesetzes sind:

1) Nachbildungen von Werken zeichnender Kunst plastischer Form oder von plastischen Werken durch zeichnende Kunst, desgleichen
2) Darstellungen nach einem Originale mit Veränderungen des letzteren, vermöge welcher jene als eigenthümliche Kunsterzeugnisse angesprochen werden können, nicht zu betrachten.

§. 2. Bei einer Unterbrechung von mehr als drei Jahren in der Aufeinanderfolge der einzelnen Bände oder Hefte eines in Abtheilungen herauskommenden Werks werden in Hinsicht auf die Berechnung der Schutzdauer gegen den Nachdruck (Gesetz, Art. 1, Absatz 3) die bis zum Anfange dieses mehr als dreijährigen Zeitraums erschienenen Bände oder Hefte als ein für sich bestehendes Werk betrachtet, und die später erscheinende neue Folge von Bänden oder Heften wird als ein neues Werk behandelt.

B. Zu Art. 2 des Gesetzes.

§. 3. Die Bezirkspolizeistellen haben das Gesetz vom 17. Octbr. d. J. unmittelbar nach dem Empfange der dasselbe enthaltenden Nummer des Regierungsblattes den Buchdruckern und Händlern, desgleichen den Kupferstechern, Lithographen, Stuccatoren und sonstigen die mechanische Vervielfältigung bildlicher Darstellungen gewerblich ausübenden Einwohnern ihrer Bezirke in einem urkundlichen Akte zu eröffnen, mit welchem die dreißigtägige Frist für die Vorlegung der bereits veranstalteten Nachdrücke oder Nachbildungen zu laufen beginnt. Außerdem ist für das gehörige Bekanntwerden des Gesetzes und der gegenwärtigen Verfügung, durch den Abdruck derselben in den Lokal- und Bezirks-Intelligenzblättern zu sorgen.

§. 4. Bei dem im vorstehenden §. 3 angeordneten Eröffnungsakte sind die Personen, welche von der Bestimmung des Art. 2 des Gesetzes Gebrauch zum machen im Falle sich befinden, zur vorläufigen Anzeige der

Werke, von welchem sie bereits vollendete Nachdrücke oder unter das Gesetz fallende Nachbildungen besitzen, oder aber dergleichen veranstaltet haben, so wie in letzterem Falle zur Anzeige, wie weit die Veranstaltung bereits gediehen sei, aufzufordern. Diese vorläufige Anzeige genügt indeß nicht zur Wahrung der von dem Gesetze anberaumten dreißigtägigen Frist, vielmehr müssen innerhalb der letztern dem Bezirks-Polizeiamte die zur Zeit der Verkündigung des Gesetzes bereits fertig vorgelegenen Exemplare des Nachdrucks oder der Nachbildung, beziehungsweise die im gedachten Zeitpunkte zu einem Nachdruck oder einer Nachbildung getroffen gewesenen Veranstaltungen nachgewiesen werden.

§. 5. Als bereits veranstaltet kann ein Nachdruck oder eine Nachbildung nicht betrachtet werden, wenn nicht mindestens bei jenem der Drucksatz, bei dieser die Bearbeitung der Platte oder Form, welche zur mechanischen Vervielfältigung dienen soll, begonnen hat.

§. 6. Nachdrücke oder Nachbildungen von Werken, für welche der ihnen entweder durch ein besonderes Privilegium oder durch das provisorische Gesetz vom 22. Juli 1836 verliehene Schutz gegen mechanische Vervielfältigung zur Zeit der Verkündigung des Gesetzes vom 17. Octbr. d. J. noch nicht abgelaufen war, können nicht zur Stempelung angenommen werden. Wenn jedoch in Beziehung auf Nachdrücke von im letzgedachten Falle befindlichen Werken genügend nachgewiesen wird, daß sie zur Zeit der Verkündigung des Gesetzes vom 21. Juli 1836 bereits fertig oder im Drucke begriffen waren, und daß im Jahre 1836 nur die vorschriftmäßige Stempelung derselben versäumt worden sei, so sind diese Nachdrücke, wofern ihre Vorlegung innerhalb des nunmehrigen neuen Termins geschieht, zwar zur Stempelung anzunehmen, es ist jedoch ihr Absatz durch anzulegenden Beschlag so lange zu hemmen, bis der Zeitraum des, dem Originalwerk durch das Gesetz vom 22. Juli 1836 verliehenen Schutzes abgelaufen ist.

§. 7. Nachdrücke, welche bei der Vollziehung des Gesetzes vom 22. Juli 1836 polizeilich gestempelt wurden, bedürfen zu ihrem fortgesetzten Absatze keiner erneuerten Stempelung.

§. 8. Der Stempel besteht in dem Amtssiegel der Bezirks-Polizeibehörde, und wird dem Titelbogen der Schrift mittelst Druckerschwärze aufgedrückt. Jedes einzelne zum Absatz zu bringende Exemplar muß mit dem Stempel versehen sein. Ueber den Akt der Stempelung ist ein Protokoll aufzunehmen, welches die gestempelten Werke, die Zahl der Exemplare, und die Personen, für welche die Stempelung geschehen, zu bezeichnen hat.

§. 9. Gegen den Verkehr mit ungestempelten Exemplaren eines Nachdrucks oder einer als Vervielfältigung im Sinne des Gesetzes zu betrachtenden Nachbildung von Werken, denen die in Art. 1 des Gesetzes ausgesprochene Schutzfrist zu statten kommt, wird, wie gegen Nachdrücke besonders privilegirter Werke, nach Maßgabe der §§. 5 und 6 des Gesetzes vom 25. Febr. 1815, eingeschritten.

§. 10. Durch die polizeiliche Stempelung wird ein Nachdruck oder eine Nachbildung der Beschlagnahme oder Confiscation, welche durch der Stempelung vorhergegangene Handlungen nach Maßgabe der Gesetze vom 25. Febr. 1815 und 22. Juli 1836 verwirkt worden ist, nicht entzogen.

Stuttgart, den 19. October 1838.

Auf Sr. königl. Majestät besonderen Befehl: Schlayer.

Gesetz, in Betreff des Schutzes schriftstellerischer und künstlerischer Erzeugnisse gegen unbefugte Vervielfältigung, vom 24. August 1845.

Wilhelm, v. G. Gn. In Beziehung auf den Schutz schriftstellerischer und künstlerischer Erzeugnisse gegen unbefugte Vervielfältigung verordnen und verfügen Wir bis zum Erscheinen eines definitiven Gesetzes hierüber, nach Anhörung Unseres Geheimen Rathes und unter Zustimmung Unserer getreuen Stände, wie folgt:

Art. 1. Der Schutz gegen Nachdruck oder sonstige durch mechanische Kunst bewirkte Vervielfältigung, welchen das Gesetz vom 17. Oktober 1838 den im Königreiche oder in einem andern zum deutschen Bunde gehörigen Staate erschienenen schriftstellerischen und künstlerischen Erzeugnissen zusichert, wird auf die Lebensdauer des Urhebers eines solchen Werks und auf dreißig Jahre vom Tode desselben ausgedehnt. Werke ungenannter oder nicht mit ihrem wahren Namen genannter Verfasser, desgleichen Werke, welche nach dem Tode ihrer Verfasser herauskommen, oder von moralischen Personen (Akademien, Universitäten ꝛc.) herrühren, genießen den besagten Schutz dreißig Jahre lang, von dem Ablauf des Jahres ihres Erscheinens an gerechnet.

Art. 2. Manuscripte, welche den Angehörigen eines deutschen Bundesstaates zum Verfasser haben, so wie Kanzelreden und Lehrvorträge, welche in einem Staate des deutschen Bundes gehalten wurden, sind im Schutze gegen eine ohne Zustimmung des Urhebers des Manuscripts oder Vortrags oder seines Rechtsnachfolgers vorzunehmende mechanische Vervielfältigung den Druckschriften gleichgestellt.

Art. 3. Die zur Zeit der Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes bereits veranstalteten Nachdrücke oder sonstigen mechanischen Vervielfältigungen von Werken, welchen durch das gegenwärtige Gesetz ein ihnen nach dem Gesetz vom 17. Oktober 1838 Art. 1 und 3 zuvor nicht zugekommener Schutz gegen mechanische Vervielfältigung verliehen, oder der erloschene frühere Schutz erneuert wird, können zwar auch während der Dauer dieses Schutzes, jedoch nur in polizeilich gestempelten Exemplaren zum Absatz gebracht werden. Den polizeilichen Stempel erhalten diejenigen Exemplare, welche binnen dreißig Tagen, von der Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes an gerechnet, von dem Nachdrucker oder Händler dem Bezirkspolizeiamte seines Wohnorts mit dem erforderlichen Beweise über den schon vor der Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes veranstalteten Nachdruck derselben vorgelegt werden.

Für die polizeiliche Stempelung findet die Entrichtung einer Abgabe nicht statt.

Unser Minister des Innern ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt.

Meran, den 24. August 1845.

Verfügung hinsichtlich Art. 3 des vorstehenden Gesetzes. Vom 11. September 1845.

Hinsichtlich der Vollziehung des Art. 3 des Gesetzes vom 24. August 1845 über den Schutz schriftstellerischer und musikalischer Erzeugnisse gegen unbefugte Vervielfältigung wird den Polizeibehörden folgende Weisung ertheilt:

1) Die Bezirks-Polizeistellen haben dieses Gesetz sogleich nach dem Empfange der dasselbe enthaltenden Nummer des Regierungsblattes den Buchdruckern und den verschiedenen Händlern mit Büchern, desgleichen den Kupferstechern, Lithographen, Stuccatoren und sonstigen, die mechanische Vervielfältigung bildlicher Darstellungen oder den Handel mit solchen Darstellungen gewerblich ausübenden Einwohnern ihrer Bezirke in einem urkundlichen Akte zu eröffnen, mit welchem die dreißigtägige Frist für die Vorlegung der veranstalteten Nachdrücke oder Nachbildungen zu der in Art. 3 des Gesetzes vorgesehenen Stempelung beginnt. Außerdem ist für das Bekanntwerden des Gesetzes und der gegenwärtigen Verfügung durch den Abdruck derselben in den Orts- und Bezirksanzeigeblättern zu sorgen.

2) Die Ertheilung des polizeilichen Stempels setzt voraus:

a) Daß der Nachdruck oder die Nachbildung vor der Verkündigung des Gesetzes vom 24. August 1845 bereits veranstaltet gewesen.

b) Daß das Originalwerk in einem deutschen Bundesstaate vor dem 1. Januar 1818, bis zu welchem Zeitpunkt der durch Art. 1 des Gesetzes vom 17. Oktober 1838 verliehene Schutz sich bis daher noch zurückerstreckt hat, erschienen und nicht unter den Schutz eines besondern Privilegiums, das zur Zeit der Verkündigung des Gesetzes vom 24. August 1845 sich noch in Kraft befand, gestellt sei (zu vergleichen in letzterer Beziehung die Bekanntmachungen vom 13. April 1839 in Betreff der Schiller'schen, und vom 28. Juli und 17. August 1842 in Betreff der Jean Paul Friedrich Richter'schen, der Wieland'schen und der Herder'schen Werke). Bei mechanischen Vervielfältigungen von Manuscripten und Kanzelreden oder Lehrvorträgen, welche zur Stempelung vorgelegt werden sollten, fällt das zu b) bezeichnete Erforderniß weg. Von selbst versteht es sich, daß Nachdrücke oder Nachbildungen von Originalwerken, denen nach den Bestimmungen der Art. 1 und 2 des Gesetzes vom 24. August d. J. kein Schutz gegen Nachdruck zukommt, nicht zur Stempelung angenommen werden.

3) Nachdrucks- oder Nachbildungs-Exemplare, welche bei Vollziehung der Gesetze vom 22. Juli 1836 und 17. Oktober 1838 polizeilich gestempelt wurden, bedürfen zu ihrem fortgesetzten Absatze keiner erneuten Stempelung.

4) Im Uebrigen haben die Polizeistellen hinsichtlich der Stempelung nach den §§. 4, 5, 8 bis 10 der Ministerialverfügung vom 19. Oktober 1838 sich zu achten. Den 11. September 1845. Schlayer.

B. Die Gesetzgebung Frankreichs.

Loi du 13 — 19 janvier 1791, relative aux spectacles.

Art. 2. Les ouvrages des auteurs morts depuis cinq ans et plus sont une propriété publique, et peuvent, non-obstant tous ancieus privilèges qui sont abolis, être représentés sur tous les théâtres indistinctement.

Art. 3. Les ouvrages des auteurs vivans ne pourront être représentés sur aucun théâtre public, dans toute l'étendue de la France, sans le consentement formel et par écrit des auteurs, sous peine de confiscation du produit total des représentations au profit des auteurs.

Art. 4. La disposition de l'art. 3 s'applique aux ouvrages déjà représentés, quelsque soient les anciens règlements; néanmoins les actes qui auraient été passés entre des comédiens et les auteurs vivans, ou des auteurs morts depuis moins de cinq ans seront exécutés.

Art. 5. Les héritiers ou les cessionaires des auteurs, seront propriétaires de leurs ouvrages, durant l'espace de cinq années après la mort de l'auteur.

Loi du 19 juillet — 6 août 1791, relative aux spectacles.

Louis etc. — L'Assemblée nationale, après avoir entendu les observations de plusieurs membres et les conclusions du rapporteur, a admis la rédaction suivante:

L'Assemblée nationale, considérant que la loi du 16 août 1790 n'était que provisoire, et que la loi du 13 janvier dern. contient des dispositions générales, qui seules doivent être exécutées dans tout l'empire français, décrète sur l'art. 1 du projet du comité, qu'il n'y a pas lieu à délibérer.

Art. 1er. Conformément aux dispositions des articles 3 et 4 du décret du 13 janvier dern. concernant lcs spectacles, les ouvrages des auteurs vivans, même ceux qui étaient représentés avant cette époque, soit qu'ils fussent ou non gravés ou imprimés, ne pourront être représentés sur aucun théâtre public, dans toute l'étendue du royaume, sans le consentement formel et par écrit des auteurs, ou sans celui de leurs héritiers ou cessionaires pour les ouvrages des auteurs morts depuis moins de cinq ans, sous peine de confiscation du produit total des représentations au profit de l'auteur ou de ses héritiers ou cessionaires.

Art. 2. La convention entre les auteurs et les entrepreneurs des spectacles sera parfaitement libre, et les officiers municipaux, ni aucuns autres fonctionnaires publics, ne pourront taxer les dits ouvrages, ni modérer ou augmenter le prix convenu; et la rétribution des auteurs, convenue entre eux ou leurs ayant-cause et les entrepreneurs de spectacle, ne pourra être ni saisi ni arrêté par les créanciers des entrepreneurs du spectacle.

Loi relative aux droits de propriété des auteurs d'écrits en tout genre, des compositeurs de musique, des peintres et des dessinateurs. — 19 jouillet 1793.

La Convention nationale, etc. etc.

Art. 1er. Les auteurs d'écrits en tont genre, les compositeurs de musique, les peintres et dessinateurs qui feront graver des tableaux ou dessins, jouiront durant leur vie entière du droit exclusive de vendre, faire vendre, distribuer leurs ouvrages dans le territoire de la République, et d'en céder la propriété en tout ou en partie.

Art. 2. Leurs héritiers ou cessionaires jouiront du même droit durant l'espace de dix ans après la mort des auteurs.

Art. 3. Les officiers de paix seront tenus de faire confisquer, à la réquisition et au profit des auteurs, compositeurs, peintres ou dessinateurs et autres, leurs héritiers ou cessionaires, tous les exemplaires des éditions imprimées on gravées, sans la permission formelle et par écrit des auteurs.

Art. 4. Tout contrefacteur sera tenu de payer au véritable propriétaire une somme équivalente au prix de 3,000 exemplaires de l'édition originale.

Art. 5. Tout débitant d'édition contrefaite, s'il n'est pas reconnu contrefacteur, sera tenu de payer au veritable propriétaire une somme équivalente au pris de cinq cents exemplaires de l'édition originale.

Art. 6. Tout citoyen qui mettra au jour un ouvrage, soit de littérature ou de gravure, dans quelque genre que ce soit, sera obligé d'en déposer deux exemplaires á la bibliothèque nationale ou au cabinet des estampes de la République, dont il recevra un reçu signé par le bibliothécaire, faute de quoi il ne pourra être admis en justice pour la poursuite des contrefacteurs.

Art. 7. Les héritiers de l'auteur d'un ouvrage de littérature ou de gravure, ou de toute autre reproduction de l'esprit ou de génie qui appartient aux beaux-arts, en auront la propriété exclusive pendant dix années.

Loi relatif aux autorités chargées de constater les délits de contrefaçon. — 25 prairial an 3 (13 Juin 1795).

La Convention national etc.

Art. 1er. Les fonctions attribuées aux officiers de paix par l'art. 3 de la loi du 19 juillet 1793 seront á l'avenir exercées

par les commissaires de police, et par les juges de paix dans les lieux où il n'y a pas de commissaires de police.

Loi concernant l'impression des ouvrages adoptés comme livres élémentaires. — 10 fructidor an 4 (27 Août 1796).

Art. 1er. Les auteurs des ouvrages adoptés comme livres élémentaires, et leurs héritiers ou cessionnaires, sont maintenus dans le droit exclusif de les faire imprimer, vendre, distribuer, conformément aux dispositions de la loi du 19 juillet 1793.

Art. 2. Le directoire exécutif est autorisé à traiter pour le nombre de mille exemplaires avec lesdits auteurs, leurs héritiers ou cessionaires qui auront fait imprimer leurs ouvrages.

Art. 3. Les ouvrages élémentaires dont les auteurs ou leurs cessionaires auront déclaré qu'ils ne veulent ou ne peuvent en faire l'édition seront imprimés aux frais et à l'imprimerie de la République.

Décret impérial concernant les droits des propriétaires d'ouvrages posthumes. — 1er germanial an 13 (22 Mars 1805).

Napoléon, Empereur des Français, etc., etc., — Vu les lois sur la propriété littéraire;

Considérant qu'elles déclarent propriétés publiques les ouvrages des auteurs morts depuis plus de dix ans;

Que les dépositaires, acquéreurs, héritiers ou propriétaires des ouvrages posthumes d'auteurs morts depuis plus de dix ans, hésitent à publier ces ouvrages, dans la crainte de s'en voir contester la propriété exclusive, et dans l'incertitude de la durée de cette propriété;

Que l'ouvrage inédit est comme l'ouvrage qui n'existe pas; et que celui qui le publie a les droits de l'auteur décédé et doit en jouir pendant sa vie;

Que, cependant, s'il réimprimait en même temps et dans une seule édition, avec les œuvres posthumes, les ouvrages déjà publiés du même auteur, il en résulterait en sa faveur une espèce de privilège pour la vente d'ouvrages devenus propriété publique. Le conseil d'état entendu, décrète:

Art. 1er. Les propriétaires, par succession ou à tout autre titre, d'un ouvrage posthume, ont les mêmes droits que l'auteur, et les dispositions des lois sur la propriété exclusive des auteurs et sur sa durée leur sont applicables, toutefois à la charge d'imprimer séparément les œuvres posthumes, et sans les joindre à une nouvelle édition des ouvrages déjà publiés et devenus propriété publique.

Art 2. Le grand juge ministre de la justice, etc., etc.

Décret impérial concernant l'impression des livres d'église, des heures et des prières. — 7 germinal an 13 (29 Mars 1805).

Napoléon, Empereur des Français, etc.,

Art. 1er. Les livres d'église, les heures et prières ne pourront être imprimés ou réimprimés que d'après la permission donnée par les évêques diocésains, laquelle permission sera textellement rapportée et imprimée en tête de chaque exemplaire.

Art. 2. Les imprimeurs ou libraires qui feraient imprimer ou réimprimer des livres d'église, des heures ou prières, sans avoir obtenu cette permission, seront pousuivis conformément à la loi du 19 juillet 1793.

Art. 3. Le grand-juge, ministre de la justice, et les ministres de la police générale et des cultes, sont chargés etc.

Décret impérial concernant les manuscrits des bibliothèques et autres établissements publics. — 20 Février 1809.

Art. 1er. Les manuscrits des archives de notre ministère des relations extérieures, et ceux des bibliothèques impériales, départementales et communales, ou des autres établissements de notre Empire, soit que ces manuscrits existent dans les dépôts auxquels ils appartiennent, soit qu'ils en aient été soustraits, ou que leurs minutes n'y aient pas été déposées aux termes des anciens règlements, sont la propriété de l'État et ne peuvent être imprimés et publiés sans autorisation.

Art. 2. Cette autorisation sera donnée par notre ministre des relations extérieures, pour la publication des ouvrages dans lesquels se trouveront des copies, extraits ou citations des manuscrits qui appartiennent aux archives de son ministère; et par notre ministre de l'intérieur, pour celles des ouvrages dans lesquelles se trouveront des copies, extraits ou citations des manuscrits qui appartiennent à l'un des autres établissements publics mentionnés dans l'article précédent.

Décret impérial contenant règlement sur l'imprimerie et la libraire. — 5 Février 1810.

TITRE VI. — De la propriété et de sa garantie.

Art. 39. Le droit de propriété est garanti à l'auteur et à sa veuve pendant leur vie, si les conventions matrimoniales de celleci lui en donnent le droit, et à leurs enfants pendant vingt ans.

Art. 40. Les auteurs, soit nationaux, soit étrangers, de tout ouvrage imprimé ou gravé, peuvent céder leur droit à un imprimeur ou libraire, ou à toute autre personne, qui est alors substituée en leur lieu et place pour eux et leurs ayants cause, comme il est dit à l'article précédent.

Code pénal du 19 Février 1810.

Art. 425. Toute édition d'écrit, de composition musicale, de dessin, de peinture ou de toute autre production, imprimée ou gravée en entier ou en partie, au mépris des lois et règlements relatifs à la propriété des auteurs, est une contrefaçon, et toute contrefaçon est un délit.

Art. 426. Le débit d'ouvrages contrefaits,, l'introduction sur le territoire français d'ouvrages qui, après avoir été imprimés en Françe, ont été contrefaits chez l'étranger, sont un délit de la même espèce.

Art. 427. La peine contre le contrefacteur ou contre l'introducteur sera une amende de 100 fr. au moins et de 2,000 fr. au plus; et contre le débitant, une amende de 25 fr. au moins et de 500 fr. au plus. La confiscation de l'édition contrefaite sera prononcée tant contre le contrefacteur que contre l'introducteur et le débitant. Les planches, moules ou matrices des objects contrefaits, seront aussi confisqués.

Art. 428. Tout directeur, tout entrepreneur de spectacle, toute association d'artistes, qui aura fait représenter sur son théâtre des ouvrages dramatiques, au mépris des lois et règlements relatifs à la propriété des auteurs, sera puni d'une amende de 50 fr. au moins et de 500 fr. au plus, et de la confiscation des recettes.

Art. 429. Dans les cas prévus par les quatre articles précédents, le produit des confiscations ou les recettes confisquées, sera remis au propriétaire pour l'indemniser d'autant du préjudice qu'il aura souffert; le surplus de son indemnité ou l'entière indemnité, s'il n'y a eu ni vente d'objets confisqués, ni saisie de recettes, sera réglé par les voies ordinaires.

Art. 463. Dans tous les cas où la peine d'emprisonnement est portée par le présent Code, si le préjudice causé n'excède pas vingt-cinq francs, et si les circonstances paraissent atténuantes, les tribunaux sont autorisés à réduire l'emprisonnement, même au-dessons de seize francs. Ils pourront aussi prononcer séparément l'une on l'autre de ces peines, sans qu'en aucune cas elle puisse être au dessous des peines de simple police.

Décret impérial du 6 Juillet 1810.

Art. 1er. Il est défendu à toutes personnes d'imprimer et debiter les sénatus-consultes, codes, lois et règlements d'administration publique avant leur insertion et publication par la voie du Bulletin au chef-lieu du département.

Art. 2. Les editions faites en contravention de l'article précédent seront saisies à la requête de nos procureurs généraux, et la confiscation en sera prononcée par le tribunal de police correctionelle.

Ordonnance du roi qui modifie celle du 24 Octobre 1814 rélative au dépôt des exemplaires des écrits imprimés et des épreuves des planches et estampes. — 9 Janvier 1828.

Charles etc. Sur le rapport de notre ministre secrétaire d'état au département de l'intérieur; vu l'ordonnance royale du 24 Octobre 1814; nous avons ordonné et ordonnons ce qui suit:

Art. 1er. Le nombre des exemplaires des écrits imprimés et des épreuves des planches et et estampes dont le dépôt est exigé par la loi, et qui avait été fixé à cinq par les art. 4 et 8 de l'ordonnance royale du 24 Octobre 1814, est réduit, outre l'exemplaire et les deux épreuves destinés à notre bibliothèque, conformément à la même ordonnance, à un seul exemplaire et une seule épreuve pour la bibliothèque du ministère de l'intérieur.

Art. 2. Notre ministre secrétaire d'état de l'intérieur est chargé de l'execution de la presente ordonnance.

Loi du 3 Août 1844 relative à la représentation des oeuvres dramatiques.

Article unique. Les veuves et les enfants d'auteurs dramatiques auront, à l'avenir, le droit d'en autoriser la représentation, et d'en conférer la jouissance, pendant vingt ans, conformément aux dispositions des articles 39 et 40 du décret impérial du 5 Fevrier 1810.

Décret présidentiel du 28 Mars 1852.

Louis-Napoléon, etc., — Sur le rapport du garde des sceaux, ministre secrétaire d'Etat au département de la justice; — Vu la loi du 19 Juillet 1793, et les décrets du 1er germinal an 13 et du 5 Février 1810, la loi du 25 prairial an 3, et les art. 425, 426, 427 et 429 du Code pénal, — Décrète:

Art. 1er. La contrefaçon, sur le territoire français, d'ouvrages publiés à l'étranger et mentionnés en l'art. 425 du Code pénal, constitue un délit.

Art. 2. Il en est de même du débit, de l'exportation et de l'expédition des ouvrages contrefaits. L'exportation et l'expédition de ces ouvrages sont un délit de même espèce que l'introduction, sur le territoire français, d'ouvrages qui, après avoir été imprimés en France, ont été contrefaits chez l'étranger.

Art. 3. Les délits prévus par les articles précédents sont réprimés conformément aux articles 427 et 429 du Code pénal. L'article 463 du même Code pourra être appliqué.

Art. 4. Néanmoins, la poursuite ne sera admise que sous l'accomplissement des conditions exigées relativement aux ouvrages publiés en France, notamment par l'article 6 de la loi du 19 Juillet 1793.

Art. 5. Le garde des sceaux, ministre secrétaire d'État au département de la justice, est chargé de l'exécution du présent décret.

Loi du 8 Avril 1854 sur le droit de propriété garanti aux veuves et aux enfants des auteurs, des compositeurs et des artistes.

Napoléon, etc., —

Le corps législatif a adopté le projet de la loi dont la teneur suit:

Article unique. Les veuves des auteurs, des compositeurs et des artistes jouiront, pendant toute la vie, des droits garantis par les lois des 13 Janvier 1791 et Juillet 1793, le décret du 5 Fevrier 1810, la loi du 3 Août 1844 et les autres lois ou décrets sur la matière.

La durée de la jouissance accordée aux enfants par ces mêmes lois et décrets est portée à trente ans, à partir, soit du décès de l'auteur, compositeur ou artiste, soit de l'extinction des droits de la veuve.

Le Sénat ne s'oppose pas à la promulgation de la loi relative au droit de propriété garanti aux veuves et aux enfants des auteurs, des compositeurs et des artistes.

Mandons et ordonnons que les présentes etc.

Décret impérial du 29 Avril 1854.

Vue l'ordonnance du 6 Nov. 1842, sur le tarif des chancelleries consulaires;

Sur le rapport de notre ministre secrétaire d'État au département des affaires étrangères,

Avons décrété et décrétons ce qui suit:

Art. 1er. Les certificats destinés à constater le dépôt légal de livres, gravures, lithographies, compositions musicales etc. éffectué dans nos chancelleries diplomatiques et consulaires, en vertu de dispositions spéciales inscrites dans les traités sur la propriété litteraire et artistique, seront soumis à un droit uniforme de cinquante centimes (0 fr. 50 c.) par certificat.

Art. 2. Notre ministre secrétaire d'État au département des affaires étrangères est chargé de l'exécution du présent décret.

C. Die Gesetzgebung Englands.

1) Das literarische Eigenthum.

5 & 6 Vict. cpt. 45.

An Act to amend the Law of Copyright.
1st July 1842.

Whereas it is expedient to amend the Law relating to Copyright, and to afford greater Encouragement to the Production of literary Works of lasting Benefit to the World: Be it enacted by the Queen's most Excellent Majesty, by and with the Advice and Consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, an by the Authority of the same, That from the passing of this Act an Act passed in the Eight Year of the Reign of Her Majesty Queen *Anne*, intituled *An Act for the Encouragement of Learning, by vesting the Copies of printed Books in the Authors or Purchasers of such Copies during the Times therein mentioned*; and also an Act passed in the Forty-first Year of the Reign of His Majesty King *George* the Third, intituled *An Act for the further Encouragement of Learning in the United Kingdom of* Great Britain *and* Ireland, *by securing the Copies and Copyright of printed Books to the Authors of such Books, or their Assigns, for the Time therein mentioned;* and also an Act passed in the Fifty-fourth Year of the Reign of His Majesty King *George* the Third, intituled *An Act to amend the several Acts for the Encouragement of Learning, by securing the Copies and Copyright of printed Books to the Authors of such Books, or their Assigns*, be and the same are hereby repealed, except so far as the Continuance of either of them may be necessary for carrying on or giving effect to any Proceedings at Law or in Equity pending at the Time of passing this Act, or for enforcing any Cause of Action or Suit, or any Right or Contract, then subsisting.

II. And be it enacted, That in the Construction of this Act the Word "Book" shall be construed to mean and include every Volume, Part or Division of a Volume, Pamphlet, Sheet of Letter Press, Sheet of Music, Map, Chart, or Plan separately published; that the Words "Dramatic Piece" shall be construed to mean and include every Tragedy. Comedy, Play, Opera, Farce, or other scenic, musical, or dramatic Entertainment; that the Word "Copyright" shall be construed

to mean the sole and exclusive Liberty of printing or otherwise multiplying Copies of any Subject to which the said Word is herein applied; that the Words "personal Representative" shall be construed to mean and include every Executor, Administrator, and next of Kin entitled to Administration; that the Word "Assigns" shall be construed to mean and include every Person in whom the Interest of an Author in Copyright shall be vested, whether derived from such Author before or after the Publication of any Book, and whether acquired by Sale, Gift, Bequest, or by Operation of Law, or otherwise; that the Words "*British* Dominions" shall be construed to mean and include all Parts of the United Kingdom of *Great Britain* and *Ireland*, the Islands of *Jersey* and *Guernsey*, all Parts of the *East* and *West Indies*, and all the Colonies, Settlements, and Possessions of the Crown which now are or hereafter may be acquired; and that whenever in this Act, in describing any Person, Matter, or Thing, the Word importing the Singular Number or the Masculine Gender only is used, the same shall be understood to include and to be applied to several Persons as well as one Person, and Females as well as Males, and several Matters or Things as well as one Matter or Thing, respectively, unless there shall be something in the Subject or Context repugnant to such Construction.

III. And be it enacted, That the Copyright in every Book which shall after the passing of this Act be published in the Lifetime of its Author shall endure for the natural Life of such Author, and for the further Term of Seven Years, commencing at the Time of his Death, and shall be the Property of such Author and his Assigns: Provided always, that if the said Term of Seven Years shall expire before the End of Forty-two Years from the first Publication of such Book, the Copyright shall in that Case endure for such Period of Forty-two Years; and that the Copyright in every Book which shall be published after the Death of its Author shall endure for the Term of Forty-two Years from the first Publication thereof, and shall be the Property of the Proprietor of the Author's Manuscript form which such Book shall be first published, and his Assigns.

IV. And whereas it is just to extend the Benefits of this Act to Authors of Books published before the passing thereof, and in which Copyright still subsists: Be it enacted, That the Copyright which at the Time of passing this Act shall subsist in any Book theretofore published (except as herein-after mentioned) shall be extended and endure for the full Term provided by this Act in Cases of Books thereaster published, and shall be the Property of the Person who at the Time of passing of this Act shall be the Proprietor of such Copyright: Provided always, that in all Cases in which such Copyright shall belong in whole or in part to a Publisher or other Person who shall have acquired it for other Consideration than that of natural

Love and affection, such Copyright shall not be extended by this Act, but shall endure for the Term which shall subsist therein at the Time of passing of this Act, and no longer, unless tha Author of such Book, if he shall be living, or the personal Representative of such Author, if he shall be dead, and the Proprietor of such Copyright, shall, before the Expiration of such Term, consent and agree to accept the Benefits of this Act in respect of such Book, and shall cause a Minute of such Consent in the Form in that Behalf given in the Schedule to this Act annexed to be entered in the Book of Registry herein-after directed to be kept, in which Case such Copyright shall endure for the full Term by this Act provided in Cases of Books to be published after the passing of this Act, and shall be the Property of such Person or Persons as in such Minute shall be expressed.

V. And whereas it is expedient to provide against the Suppression of Books of Importance to the Public: Be it enacted, That it shall be lawful for the Judical Committee of Her Majesty's Privy Council, on Complaint made to them that the Proprietor of the Copyright in any Book after the Death of its Author has refused to republish or to allow the Republication of the same, and that by reason of such Refusal such Book may be withheld from the Public, to grant a Licence to such Complainant to publish such Book, in such Manner and subject to such Conditions as they may think fit, and that it shall be lawful for such Complainant to publish such Book according to such Licence.

VI. And be it enacted, That a printed Copy of the whole of every Book which shall be published after the passing of this Act, together with all Maps, Prints, or other Engravings belonging thereto, finished and coloured in the same Manner as the best Copies of the same shall be published, and also of any second or subsequent Edition which shall be so published with any Additions or Alterations, whether the same shall be in Letter Press, or in the Maps, Prints, or other Engravings belonging thereto, and wheter the first Edition of such Book shall have been published before or after the passing of this Act, and also of any second or subsequent Edition of every Book of which the first or some preceding Edition shall not have been delivered for the Use of the *British Museum*, bound, sewed, or stitched together, and upon the best Paper on which the same shall be printed, shall, within One Calendar Month after the Day on which any such Book shall first be sold, published, or offered for Sale within the Bills of Mortality, or within Three Calendar Months if the same shall first be sold, published, or offered for Sale in any other Part of the United Kingdom, or within Twelve Calendar Months after the same shall first be sold, published, or offered for Sale in any other

Part of the *British* Dominions, be delivered, on behalf of the Publisher thereof, at the *British Museum.*

VII. And be it enacted, That every Copy of any Book which under the Provisions of this Act ought to be delivered as aforesaid shall be delivered at the *British Museum* between the Hours of Ten in the Forenoon and Four in the Afternoon on any Day except *Sunday, Ash Wednesday, Good Friday,* and *Christmas Day*, to one of the Officers of the said Museum, or to some Person authorized by the Trustees of the said Museum to receive the same, and such Officer or other Person receiving such Copy is hereby required to give a receipt in Writing for the same, and such Deliverey shall to all Intents and Purposes be deemed to be good and sufficient Delivery under the Provisions of this Act.

VIII. And be it enacted, That a Copy of the whole of every Book, and of any second or subsequent Edition of every Book containing Additions and Alterations, together with all Maps and Prints belonging thereto, which after the passing of this Act shall be published, shall, on Demand thereof in Writing left at the Place of Abode of the Publisher thereof at any Time within Twelwe Months next after the Publication thereof, under the Hand of the Officer of the Company of Stationers who shall from Time to Time be appointed by the said Company for the Purposes of this Act, or under the Hand of any other Person thereto authorized by the Persons or Bodies Politic and Corporate, Proprietors and Managers of the Libraries following, (*videlicet,*) the *Bodleian* Library at *Oxford*, the Public Library at *Cambridge*, the Library of the Faculty of Advocates at *Edinburgh*, the Library of the College of the Holy and Undivided *Trinity* of Queen *Elizabeth* near *Dublin*, be delivered, upon the Paper of which the largest Number of Copies of such Book or Edition shall be printed for Sale, in the like Condition as the Copies prepared for Sale, by the Publisher thereof respectively within One Month after Demand made thereof in Writing as aforesaid, to the said Officer of the said Company of Stationers for the Time being, which Copies the said Officer shall and he is hereby required to receive at the Hall of the said Company for the Use of the Liberary for which such Demand shall be made within such Twelve Months as aforesaid; and the said Officer is hereby required to give a Receipt in Writing for the same, and within One Month after any such Book shall be so delivered to him as aforesaid to deliver the same for the Use of such Library.

IX. Provided also, and be it enacted, That if any Publisher shall be desirous of delivering the Copy of such Book as shall be demanded on behalf of any of the said Libraries at such Library, it shall be lawful for him to deliver the same at such Library, free of Expense, to such Librarian or other Person authorized to receive the same (who is hereby required

in such Case to receive and give a Receipt in Writing for the same), and such Delivery shall to all Intents and Purposes of this Act be held as equivalent to a Delivery to the said Officer of the Stationers Campany.

X. And be it enacted, That if any Publisher of any such Book, or of any second or subsequent Edition of any such Book, shall neglect to deliver the same, pursuant to this Act, he shall for every such Default, forfeit, besides the Value of such Copy of such Book or Edition which he ought to have delivered, a Sum not exceeding Five Pounds, to be recovreed by the Librarian or other Officer (properly authorized) of the Library for the Use whereof such Copy should have been delivered, in a summary Way, on Conviction before Two Justices of the Peace for the County or Place where the Publisher making default shall reside, or by Action of Debt or other Proceeding of the like Nature, at the Suit of such Librarian or other Officer, in any Court of Record in the United Kingdom, in which Action, if the Plaintiff shall obtain a Verdict, he shall recover his Costs reasonably incurred, to be taxed as between Attorney and Client.

XI. And be it enacted, That a Book of Registry, wherein may be registered, as herein-after enacted, the Proprietorship in the Copyright of Books, and Assignments thereof, and in Dramatic and Musical Pieces, whether in Manuscript or otherwise, and Licences affecting such Copyright, shall be kept at the Hall of the Stationers Company, by the Officer appointed by the said Company for the Purposes of this Act, and shall at all convenient Times be open to the Inspection of any Person, on Payment of One Shilling for every Entry which shall be searched for or inspected in the said Book; and that such Officer shall, whenever thereunto reasonably required, give a Copy of any Entry in such Book, certified under his Hand, and impressed with the Stamp of the said Company, to be provided by them for that Purpose, and which they are hereby required to provide, to any Person requiring the same, on Payment to him of the Sum of Five Shillings: and such Copies so certified and impressed shall be received in Evidence in all Courts, and in all summary Proceedings, and shall be *primâ facie* Proof of the Proprietorship or Assignment of Copyright or Licence as therein expressed, but subject to be rebutted by other Evidence, and in the Case of Dramatic or Musical Pieces shall be *primâ facie* Proof of the Right of Representation or Performance, subject to be rebutted as aforesaid.

XII. And be it enacted, That if any Person shall wilfully make or cause to be made any false Entry in the Registry Book of the Stationers Company, or shall wilfully produce or cause to be tendered in Evidence any Paper falsely purporting to be a Copy of any Entry in the said Book, he shall be

guilty of an indictable Misdemeanor, and shall be punished accordingly.

XIII. And be it enacted, That after the passing of this Act, it shall be lawful for the Proprietor of Copyright in any Book heretofore published, or in any Book hereafter to be published, to make Entry in the Registry Book of the Stationers Company of the Title of such Book, the Time of the first Publication thereof, the Name and Place of Abode of the Publisher thereof, and the Name and Place of Abode of the Proprietor of the Copyright of the said Book, or of any Portion of such Copyright, in the Form in that Behalf given in the Schedule to this Act annexed, upon Payment of the Sum of Five Shillings to the Officer of the said Company; and that it shall be lawful for every such registered Proprietor to assign his Interest or any Portion of his Interest therein, by making Entry in the said Book of Registry of such Assignment, and of the Name and Place of Abode of the Assignee thereof, in the Form given in that Behalf in the said Schedule, on Payment of the like Sum; and such Assignment so entered shall be effectual in Law to all Intents and Purposes whatsoever, without being subject to any Stamp or Duty, and shall be of the same Force and Effect as if such Assignment had been made by Deed.

XIV. And be it enacted, That if any Person shall deem himself aggrieved by any Entry made under colour of this Act in the said Book of Registry, it shall be lawful for such Person to apply by Motion to the Court of Queen's Bench, Court of Common Pleas, or Court of Exchequer, in Term Time, or to aply by Summons to any Judge of either of such Courts in Vacation, for an Order that such Entry may be expunged or varied; and that upon any such Application by Motion or Summons to either of the said Courts, or to a Judge as aforesaid, such Court a Judge shall make such Order for expunging, varying, or confirming such Entry, either with or without Costs, as to such Court or Judge shall seem just; and the Officer appointed by the Stationers Company for the Purposes of this Act shall, on the Production to him of any such Order for expunging or varying any such Entry, expunge or vary the same according to the Requisitions of such Order.

XV. And be enacted, That if any Person shall, in any Part of the *Brittsh* Dominions, after the passing of this Act, print or cause to be printed, either for Sale or Exportation, any Book in which there shall be subsisting Copyright, without the Consent in Writing of the Prdprietor thereof, or shall import for Sale or Hire any such Book so having been unlawfully printed, from Parts beyond the Sea, or, knowing such Book to have been so unlawfully printed or imported, shall sell, publish, or expose to Sale or Hire, or cause to be sold published, or exposed to Sale or Hire, or shall have in his Pos-

session for Sale or Hire, any such Book so unlawfully printed or imported, without such Consent as aforesaid, such Offender shall be liable to a special Action on the Case at the Suit of Proprietor of such Copyright, to be brought in any Court of Record in that Part of the *Brittsh* Dominions in which the Offence shall be committed: Provided always, that in *Scotland* such Offender shall be liable to an Action in the Court of Session in *Scotlcnd*, which shall and maybe brought an prosecuted in the same Manner in which any other Actiou of Damages to the like Amount may be brought and prosuoted there.

XVI. And be it enacted, That after the passing of this Act, in any Action brought within the *British* Dominions against any Person for printing any such Book for Sale, Hire or Exportation, or for importing, selling, publishing, or exposing to Sale or Hire, or causing to be imported, sold published, or exposed to Sale or Hire, any such Book, the Defendant, on pleading thereto, shall give to the Plaintiff a Notice in Writing of any Objections on which he means to rely on the Trial of such Action; and if the Nature of his Defence be, that the Plaintiff in such Action was not the Author or first Publisher of the Book in which he shall by such Action claim Copyright, or is not the Proprietor of the Copyright therein, or that some other Person than the Plaintiff was the Author or first Publischer of such Book, or is the Proprietor of the Copyright therein, then the Defendant shall specify in such Notice the Name of the Person who he alleges to have been the Author or first Publisher of such Book, or the Proprietor of the Copyright therein, together with the Title of such Book, and the Time when and the Place where such Book was first published, otherwise the Defendant in such Action shall not at the Trial or Hearing of such Action be allowed to give any Evidence that the Plaintiff iu such Action was not the Author or first Publisher of the Book in which he claims such Copyright as aforesaid, or that he was not the Proprietor of the Copyright therein; and at such Trial or Hearing no other Objection shall be allowed to be made on behalf of suoh Defendant than the Objections stated in such Notice, or that any other Person was the Author or first Publisher of such Book, or the Proprietor of the Copyright therein, than the Person specified in such Notice, or give in Evidenoe in support of his Defence any other Book than one substantially corresponding in Title, Time, and Place of Publication with the Title, Time, and Place specefied in such Notice.

XVII. And be it enacted, That after the passing of this Act it shall not be lawful for any Person, not being the Proprietor of the Copyright, or some Person authorized by him, to import into any Part of the United Kingdom, or into any other Part of the *British* Dominions, for Sale or Hire, any printed Book first composed or written or printed and published

in any Part of the said United Kingdom, wherein there shall be Copyright, and re-printed in any Country or Place whatsoever out of the *British* Dominios; and if any Person, not beiog such Proprietor or Person authorized as aforesaid, shall import or bring, or cause to be imported or brought, for Sale or Hire, any such printed Book, into any Part of the *British* Dominions, contrary to the true Intent and Meaning of this Act, or shall knowingly sell, publish, or expose to Sale or let to Hire, or have in his Possession for Sale or Hire, any such Book, then every such Book shall be forfeited, and shall be seized by any Officer of Customs or Excise, and the same shall be destroyed by such Officer; and every Person so offending, being duly convicted thereof before Two Justices of the Peace for the County or Place in which such Book shall be found, shall also for every such Offence forfeit the Sum of Ten Pounds, and double the Value of every Copy of such Book which he shall so import or cause to be imported into any Part of the *British* Dominions, or shall knowingly sell, publish, or expose to Sale or let to Hire, or shall cause to be sold, published, or exposed to Sale or let to Hire, or shall have in his Possession for Sale or Hire, contrary to the true Intent and Meaning of this Act, Five Pounds to the Use of such Officer of Customs or Excise, and the Remainder of the Penalty to the Use of the Proprietor of the Copyright in such Book.

XVIII. And be it enacted, That when any Publisher or other Person shall, before or at the Time of the passing of this Act, have projected, conducted, and carried on, or shall hereafter project, conduct, and carry on, or be the Proprietor of any Encyclopædia, Review, Magazine, Periodical Work, or Work published in a Series of Books or Parts, or any Book whatsoever, and shall have employed or shall employ any Persons to compose the same, or any Volumes, Parts, Essays, Articles, or Portions thereof, for Publication in or as Part of the same, and such Work, Volemes, Parts, Essays, Articles, or Portions shall have been or shall hereafter be compesed under such Employment, on the Terms that the Copyright therein shall belong to such Proprietor, Projector, Publisher, or Conductor, and paid for by such Proprietor, Projector, Publisher, or Conductor, the Copyright in every such Encyclopædia, Review, Magazine, Periodical Work, and Work published in a Series of Books or Parts, and in every Volume, Part, Essay, Article, and Portion so composed and paid for, shall be the Property of such Proprietor, Projector, Publisher, or other Conductor, who shall enjoy the same Rights as if he were the actual Author thereof, and shall have such Term of Copyright therein as is given to the Authors of Books by this Act; except only that in the Case of Essays, Articles, or Portions forming Part of and first published in Reviews, Magazines, or other Periodical Works of a like Nature, after the Term of Twenty-eight Years from the first Publication the-

reof respectively, the Right of publishing the same in a separate Form shall revert to the Author for the Remainder of the Term given by this Act: Provided always, that during the Term of Twenty-eight Years the said Proprietor, Projector Publisher, or Conductor shall not publish any such Essay, Article, or Portion separately or singly without the Consent previously obtained of the Author thereof, or his Assigns: Provided also, that nothing herein contained shall alter or affect the Right of any Person who shall have been or who shall be so employed as aforesaid to publish any such his Composition in a separate Form, who by any Contract, express or implied, may have reserved or may hereafter reserve to himself such Right, but every Author reserning, retaining, or having such Right shall be entitled to the Copyright in such Composition when published in a separate Form, according to this Act without Prejudice to the Right of such Proprietor, Projector, Publisher, or Conductor as aforesaid.

XIX. And be it enacted, That the Proprietor of the Copyright in any Encyclopædia, Review, Magazine, Periodical Work, or other Work published in a Series of Books or Parts, shall be entitled to all the Benefits of the Registration at Stationers Hall under this Act, on entering in the said Book of Registry the Title of such Encyclopædia, Review, Periodical Work, or other Work published in a Series of Books or Parts, the Time of the first Publication of the First Volume, Number, or Part thereof, or of the First Number or Volume first published after the passing of this Act in any such Work which shall have been published heretofore, and the Name and Place of Abode of the Proprietor thereof, and of the Publisher thereof, when such Publisher shall not also be the Proprietor thereof.

XX. And whereas an Act was passed in the Third Year of the Reign of His late Majesty, to amend the Law relating to Dramatic Literary Property, and it is expedient to extend the Term of the sole Liberty of representing Dramatic Pieces given by that Act to the full Time by this Act provided for the Continuance of Copyright: And whereas it is expedient to extend to Musical Compositions the Benefits of that Act, and also of this Act: Be it therefore enacted, That the Provisions of the said Act of His late Majesty, and of this Act, shall apply to Musical Compositions and that the sole Liberty of representing or performing, or causing or permitting to be represented or performed, any Dramatic Piece or Musical Composition, shall endure and be the Property of the Author thereof, and his Assigns, for the Term in this Act provided for the Duration of Copyright in Books; and the Provisions herein-before enacted in respect of the Property of such Copyright, and of registering the same, shall apply to the Liberty of representing or performing any Dramatic Piece or Musical Composition, as if the same were herein expressly re-enacted and applied thereto, save and except that the first public Representation or Perfor-

mance of any Dramatic Piece or Musical Composition shall be deemed equivalent, in the Construction of this Act, to the first Publication of any Book: Provided always, that in case of any Dramatic Piece or Musical Composition in Manuscript, it shall be sufficient for the Person having the sole Liberty of representing or performing or causing to be represented or performed the same to register only the Title thereof, the Name and Place of Abode of the Author or Composer thereof, the Name and Place of Abode of the Propietor thereof, and the Time and Place of its First Representation or Performance.

XXI. And be it enacted, That the Person who shall at any Time have the sole Liberty of representing such Dramatic Piece or Musical Composition shall have and enjoy the Remedies given and provided in the said Act of the Third and Fourth Years of the Reign of His late Majesty King *William* the Fourth passed to amend the Laws relating to Dramatic Literary Property, during the whole of His Interest therein, as fully as if the same were reenacted in this Act.

XXII. And be it enacted, That no Assignment of the Copyright of any Book consisting of or containing a Dramatic Piece or Musical Composition shall be holden to convey to the Assignee the Right of representing or performing such Dramatic Piece or Musical Composition, unless an Entry in the said Registry Book shall be made of such Assignment, wherein shall be expressed the Intention of the Parties that such Right should pass by such Assignment.

XXIII. And be it enacted, That all Copies of any Book wherein there shall be Copyright, and of which Entry shall have been made in the said Registry Book, and whieh shall have been unlawfully printed or imported without the Consent of the registered Proprietor of such Copyright in Writing under his Hand first obtained, shall be deemed to be the Property of the Proprietor of such Copyright, and who shall be registered as such, and such registered Proprietor shall, after Demand thereof in Writing, be entitled to sue for and recover the same, or Damages for the Detention thereof, in an Action of Detinue, from any Party who shall detain the same, or to sue for and recover Damages for the Conversion thereof in an Action of Trover.

XXIV. And be it enacted, That no Proprietor of Copyright in any Book which shall be first published after the passing of this Act shall maintain any Action or Suit at Law or in Equity, or any summary Proceeding, in respect of any Infringement of such Copyright, unless he shall, before commencing such Action, Suit, or Proceeding, have caused an Entry to be made in the Book of Registry of the Stationers Company of such Book, pursuant to this Act: Provided always, that the Omission to make such Entry shall not affect the Copyright in any Book, but only the Right to sue or proceed in respect of the Infringement thereof as aforesaid: Provided also, that nothing herein

contained shall prejudice the Remedies which the Proprietor of the sole Liberty of representing any Dramatic Piece shall have by virtue of the Act passed in the Third Year of the Reign of His late Majesty King *William* the Fourth, to amend the Laws relating to Dramatic Literary Property, or of this Act, although no Entry shall be made in the Book of Registry aforesaid.

XXV. And be it enacted, That all Copyright shall be deemed Personal Property, and shall be transmissible by Bequest, or, in case of Intestacy, shall be subject to the same Law of Distribution as other Personal Property, and in *Scotland* shall be deemed to be Personal and Moveable Estate.

XXVI. And be it enacted, That if any Action or Suit shall be commenced or brought against any Person or Persons whomsoever for doing or causing to be done anything in pursuance of this Act, the Defendant or Defendants in such Action may plead the General Issue, and give the special Matter in Evidence; and if upon such Action a Verdict shall be given for the Defendant, or the Plaintiff shall become nonsuited, or discontinue his Action, then the Defendant shall have and recover his full Costs, for which he shall have the same Remedy as a Defendant in any Case by Law hath; and that all Actions, Suits, Bills, Indictments, or Informations for any Offence that shall be committed against this Act shall be brought, sued, and commenced within Twelve Calendar Months next after such Offence committed, or else the same shall be void and of none Effect; provided that such Limitation of Time shall not extend or be construed to extend to any Actions, Suits, or other Proceedings which under the Authority of this Act shall or may be brought, sued, or commenced for or in respect of any Copies of Books to be delivered for the Use of the *British Museum*, or of any One of the Four Libraries herein-before mentioned.

XXVII. Provided always, and be it enacted, That nothing in this Act contained shall affect or alter the Rights of the Two Universities of *Oxford* and *Cambridge*, the Colleges or Houses of Learning within the same, the Four Universities in *Scotland*, the College of the Holy and Undivided *Trinity* of Queen *Elizabeth* near *Dublin*, and the several Colleges of *Eton*, *Westminster*, and *Winchester*, in any Copyrights heretofore and now vested or hereafter to be vested in such Universities and Colleges respectively, anything to the contrary herein contained notwithstanding.

XXVIII. Provided also, and be it enacted, That nothing in this Act contained shall affect, alter, or vary any Right subsisting at the Time of passing of this Act, except as herein expressly enacted; and all Contracts, Agreements, and Obligations made and entered into before the passing of this Act, and all Remedies relating thereto, shall remain in full Force, anything herein contained to the contrary notwithstanding.

XXIX. And be it enacted, That this Act shall extend to the

United Kingdom of *Great Britain* and *Ireland*, and to every Part of the *British* Dominions.

XXX. And be it enacted, That this Act may be amended or repealed by any Act to be passed in the present Session of Parliament.

Schedule to which the preceding Act refers.

Nr. 1.

Form of Minute of Consent to be entered at Stationers Hall.

We, the undersigned, A. B. of the Author of a certain Book, intituled Y. Z. [or the personal Representative of the Author, as the Case may be], and C. D. of do hereby certify, That we have consented and agreed to accept the Benefits of the Act passed in the Fifth Year of the Reign of Her Majesty Queen Victoria, Cap. , for the Extension of the Term of Copyright therein provided by the said Act, and hereby declare that such extended Term of Copyright therein is the Property of the said A. B. or C. D.

Dated this Day of 18 .
Witness . (Signed) A. B.
C. D.

To the Registering Officer appointed by the Stationers Company.

Nr. 2.

Form of Requiring Entry of Proprietorship.

I A. B. of do hereby certify, That I am the Proprietor of the Copyright of a Book intituled Y. Z., and I hereby require you to make Entry in the Register Book of the Stationers Company of my Proprietorship of such Copyright, according to the Particulars underwritten.

Title of Book.	Name of Publisher and Place of Publication.	Name and Place of Abode of the Proprietor of the Copyright.	Date of First Publication.
Y. Z.		A. B.	

Dated this Day of 18 .
Witness, C. D. (Signed) A. B.

Nr. 3.

Original Entry of Proprietorship of Copyright of a Book.

Time of making the Entry.	Title of Book.	Name of the Publisher, and Place of Publication.	Name and Place of Abode of the Proprietor of the Copyright.	Date of First Publication.
	Y.Z.	A.B.	C.D.	

Nr 4.

Form of Concurrence of the Party assigning in any Book previously registered.

'I A. B. of being the Assigner of the Copyright of the Book hereunder described, do hereby require you to make Entry of the Assignment of the Copyright therein

Title of Book.	Assigner of the Copyright.	Assignee of Copyright.
Y.Z.	A.B.	C.D.

Dated this Day of 18 .

(Signed) A. B.

No. 5.

Form of Entry of Assignment of Copyright in any Book previously registered.

Date of Entry.	Title of Book.	Assigner of the Copyright.	Assignee of Copyright.
	[Set out the Title of the Book, and refer to the Page of the Registry Book in which the original Entry of the Copyright thereof is made.]	**A.B.**	**C.D.**

7 Vict. cpt. XII.

An Act to amend the Law relating to International Copyright.
10th May 1844.

WHEREAS by an Act passed in the Session of Parliament held in the First and Second Years of the Reign of Her present Majesty, intituled *An Act for securing to Authors in certain Cases the Benefit of international Copyright* (and which Act is herein-after, for the sake of Perspicuity, designated as "the International Copyright Act"), Her Majesty was empowered by Order in Council to direct that the Authors of Books which should after a future Time, to be specified in such Order in Council, be published in any Foreign Country, to be specified in such Order in Council, and their Executors, Administrators, and Assigns, should have the sole Liberty of printing and reprinting such Books within the *British* Dominions for such Term as Her Majesty should by such Order in Council direct, not exceeding the Term which Authors, being *British* Subjects, were then, (that is to say) at the Time of passing the said Act, entitled to in respect of Book first published in the United Kingdom; and the said Act contains divers Enactments securing to Authors and their Representatives the Copyright in the Books to which any such Order in Council should extend: And whereas an Act was passed in the Session of Parliament held in the Fifth and Sixth Years of the Reign of Her present Majesty, intituled *An Act to amend the Law of Copyright* (and which Act is herein-after, for the sake of Perspicuity, designated as "the Copyright Amendment Act"), repealing various

Acts therein mentioned relating to the Copyright of printed Books, and extending, defining, and securing to Authors and their Representatives the Copyright of Books: And whereas an Act was passed in the Session of Parliament held in the Third and Fourth Years of the Reign of His late Majesty King *William* the Fourth, intituled *An Act to amend the Laws relating to Dramatic Literary Property* (and which Act is hereinafter, for the sake of Perspicuity, designated as "the Dramatic Literary Property Act"), whereby the sole Liberty of representing or causing to be represented any Dramatic Piece in any Place of Dramatic Entertainment in any Part of the *British* Dominions, which should be composed and not printed or published by the Author thereof or his Assignee, was secured to such Author or his Assignee; and by the said Act it was enacted, that the Author of any such Production which should thereafter be printed and published, or his Assignee, should have the like sole Liberty of Representation until the End of Twenty eight Years from the first Publication thereof: And whereas by the said Copyright Amendment Act the Provisions of the said Dramatic Literary Property Act and of the said Copyright Amendment Act were made applicable to Musical Compositions; and it was thereby also enacted, that the sole Liberty of representing or performing, or causing or permitting to be represented or performed, in any Part of the *British* Dominions, any Dramatic Piece or Musical Composition, should endure and be the Property of the Author thereof and his Assigns for the Term in the said Copyright Amendment Act provided for the Duration of the Copyright in Books, and that the Provisions therein enacted in respect of the Property of such Copyright should apply to the Liberty of representing or performing any Dramatic Piece or Musical Composition: And whereas under or by virtue of the Four several Acts next herein-after mentioned; (that is to say,) an Act passed in the Eighth Year of the Reign of His late Majesty King *George* the Second, intituled *An Act for the Encouragement of the Arts of designing, engraving, and etching historical and other Prints, by vesting the Properties thereof in the Inventors or Engravers during the Time therein mentioned*; an Act passed in the Seventh Year of His late Majesty King *George* the Third, intituled *An Act to amend and render more effectual an Act made in the Eighth Year of the Reign of King* George *the Second, for Encouragement of the Arts of designing, engraving, and etching historical and other Prints; and for vesting in and securing to* Jane Hogarth, *Widow, the Property in certain Prints*; an Act passed in the Seventeenth Year of the Reign of His late Majesty King the Third, intituled *An Act for more effectually securing the Property of Prints to Inventors and Engravers, by enabling them to sue for and recover Penalties in certain Cases*; and an Act passed in the Session of Parliament held in the Sixth and

Seventh Years of the Reign of His late Majesty King *William* the Fourth, intituled *An Act to extend the Protection of Copyright in Prints en Engravings to* Ireland; (and which said Four several Acts are herein-after, for the sake of Perspicuity, designated as the Engraving Copyright Acts;) every Person who invents or designs, engraves, etches, or works in Mezzotinto or Chiaro-oscuro, or from his own Wörk, Design, or Invention causes or procures to be designed, engraved, etched, or worked in Mezzotinto or Chiaro-oscuro any historical Print or Prints, or any Print or Prints of any Portrait, Conversation, Landscape, or Architecture, Map, Chart, or Plan, or any other Print or Prints whatsœver, and every Person who engraves, etches, or works in Mezzotinto or Chiaro-oscuro, or causes to be engraved, etched, or worked, any Print taken from any Picture, Drawing, Model, or Sculpture, either ancient or modern, notwithstanding such Print shall not have been graven or drawn from the original Design of such Graver, Etcher, or Draftsman, is entitled to the Copyright of such Print for the Term of Twenty-eight Years from the first publishing thereof; and by the said several Engraving Copyright Acts it is provided that the Name of the Proprietor shall be truly engraved on each Plate, and printed on every such Print, and Remedies are provided for the Infringement of such Copyright: And whereas under and by virtue of an Act passed in the Thirty-eighth Year of the Reign of His late Majesty King *George* the Third, intituled *An Act for encouraging the Art of making new Models and Casts of Busts and other Things therein mentioned*, and of an Act passed in the Fifty-fourth Year of the Reign of His late Majesty King *George* the Third, intituled *An Act to amend and render more effectual an Act of His present Majesty, for encouraging the Art of making new Models and Casts of Busts and other Things therein mentioned, and for giving further Encouragement to such Arts,* (and which said Acts are, for the sake of Perspicuity, hereinafter designated as the Sculpture Copyright Acts,) every Person who makes or causes to be made any new and original Sculpture, or Model or Copy or Cast of the Human Figure, any Bust or Part of the Human Figure clothed in Drapery or otherwise, any Animal or Part of any Animal combined with the Human Figure or otherwise, any Subject, being Matter of Invention in Sculpture, any Alto or Basso-Relievo, representing any of the Matters aforesaid, or any Cast from Nature of the Human Figure or Part thereof or of any Animal or Part thereof, or of any such Subject representing any of the Matters aforesaid, whether separate or combined, is entitled to the Copyright in such new and original Sculpture, Model, Copy, and Cast, for Fourteen Years from first putting forth and publishing the same, and for an additional Period of Fourteen Years in case the original Maker is living at the End of the first Period; and by the said Acts it is provided that the Name of the Proprietor,

with the Date of the Publication thereof, is to be put on all such Sculptures, Models, Copies, and Casts, and Remedies are provided for the Infringement of such Copyright; And whereas the Powers vested in Her Majesty by the said International Copyright Act are insufficient to enable Her Majesty to confer upon Authors of Books first published in Foreign Countries Copyright of the like Duration, and with the like Remedies for the Infringement thereof, which are conferred and provided by the said Copyright Amendment Act with respect to Authors of Books first published in the *British* Dominions; and the said International Copyright Act does not empower Her Majesty to confer any exclusive Right of representing or performing Dramatic Pieces or Musical Compositions first published in Foreign Countries upon the Authors thereof, nor to extend the Privilege of Copyright to Prints and Sculpture first published abroad; and it is expedient to vest increased Powers in Her Majesty in this respect, and for that Purpose to repeal the said International Copyright Act, and to give such other Powers to Her Majesty, and to make such further Provisions, as are herein-after contained: Be it therefore enacted by the Queen's most Excellent Majesty, by and with the Advice and Consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the Authority of the same, That the said recited Act herein designated as the International Copyright Act shall be and the same is hereby repealed.

II. And be it enacted, That it shall be lawful for Her Majesty, by any Order of Her Majesty in Council, to direct that, as respects all or any particular Class or Classes of the following Works, (namely,) Books, Prints, Articles of Sculpture, and other Works of Art, to be defined in such Order, which shall after a future Time, to be specified in such Order, be first published in any Foreign Country to be named in such Order, the Authors, Inventors, Designers, Engravers, and Makers thereof respectively, their respective Executors, Administrators, and Assigns, shall have the Privilege of Copyright therein during such Period or respective Periods as shall be defined in such Order, not exceeding, however, as to any of the above-mentioned Works, the Term of Copyright which Authors, Inventors, Designers, Engravers, and Makers of the like Works respectively first published in the United Kingdom may be then entitled to under the hereinbefore recited Acts respectively, or under any Acts which may hereafter be passed in that Behalf.

III. And be it enacted, That in case any such Order shall apply to Books, all and singular the Enactments of the said Copyright Amendment Act, and of any other Act for the Time being in force with relation to the Copyright in Books first published in this Country, shall, from and after the Time so to be specified in that Behalf in such Order, and subject to such

Limitation as to the Duration of the Copyright as shall be therein contained, apply to and be in force in respect of the Books to which such Order shall extend, and which shall have been registered as herein-after is provided, in such and the same Manner as if such Books were first published in the United Kingdom, save and except such of the said Enactments, or such Parts thereof, as shall be excepted in such Order, and save and except such of the said Enactments as relate to the Delivery of Copies of Books at the *British Museum*, and to or for the Use of the other Libraries mentioned in the said Copyright Amendment Act.

IV. And be it enacted, That in case any such Order shall apply to Prints, Articles of Sculpture, or to any such other Works of Art as aforesaid, all and singular the Enactments of the said Engraving Copyright Acts and the said Sculpture Copyright Acts, or of any other Act for the Time being in force with relation to the Copyright in Prints or Articles of Sculpture first published in this Country, and of any Act for the Time being in force with relation to the Copyright in any similar Works of Art first published in this Country, shall, from and after the Time so to be specified in that Behalf in such Order, and subject to such Limitation as to the Duration of the Copyright as shall be therein contained respectively, apply to and be in force in respect of the Prints, Articles of Sculpture and other Works of Art to which such Order Shall extend, and which shall have been registered as herein-after is provided, in such and the same Manner as if such Articles and other Works of Art were first published in the United Kingdom, save and except such of the said Enactments or such Parts thereof as shall be excepted in such Order.

V. And be it enacted, That it shall be lawful for Her Majesty, by any Order of Her Majesty in Council, to direct that the Authors of Dramatic Pieces and Musical Compositions which shall after a future Tim, to be specified in such Order, be first publicly represented or performed in any Foreign Country to be named in such Order, shall have the sole Liberty of representing or performing in any Part of the *British* Dominions such Dramatic Pieces or Musical Compositions during such Period as shall be defined in such Order, not exceeding the Period during which Authors of Dramatic Pieces and Musical Compositions first publicly represented or performed in the United Kingdom may for the Time be entitled by Law to the sole Liberty of representing and performing the same; and from and after the Time so specified in any such last-mentioned Order the Enactments of the said Dramatic Literary Property Act and of the said Copyright Amendment Act, and of any other Act for the Time being in force with relation to the Liberty of publicly representing and performing Dramatic Pieces or Musical Compositions, shall, subject to such Limitation as to

the Duration of the Right conferred by any such Order as shall be therein contained, apply to and be in force in respect of the Dramatic Pieces and Musical Compositions to which such Order shall extend, and which shall have been registered as herein-after is provided, in such and the same Manner as if such Dramatic Pieces and Musical Compositions had been first publicly represented and performed in the *British* Dominions, save and except such of the said Enactments or such Parts thereof as shall be excepted in such Order.

VI. Provided always, and be it enacted, That no Author of any Book, Dramatic Piece or Musical Composition, or his Executors, Administrators, or Assigns, and no Inventor, Designer, or Engraver of any Print, or Maker of any Article of Sculpture, or other Work of Art, his Executors, Administrators, or Assigns, shall be entitled to the Benefit of this Act, or of any Order in Council to be issued in pursuance thereof, unless, within a Time or Times to be in that Behalf prescribed in each such Order in Council, such Book, Dramatic Piece, Musical Composition, Print, Article of Sculpture, or other Work of Art, shall have been so registered, and such Copy thereof shall have been so delivered as herein-after is mentioned; (that is to say,) as regards such Book, and also such Dramatic Piece or Musical Composition, (in the event of the same having been printed,) the Title to the Copy thereof, the Name and Place of Abode of the Author or Composer thereof, the Name and Place of Abode of the Proprietor of the Copyright thereof, the Time and Place of the first Publication, Representation, or Performance thereof, as the Case may be, in the Foreign Country named in the Order in Council under which the Benefits of this Act shall be claimed, shall be entered in the Register Book of the Company of Stationers in *London*, and One printed Copy of the whole of such Book, and of such Dramatic Piece or Musical Composition, in the event of the same having been printed, and of every Volume thereof, upon the best Paper upon which the largest Number or Impression of the Book, Dramatic Piece, or Musical Composition shall have been printed for Sale, together with all Maps and Prints relating thereto, shall be delivered to the Officer of the Company of Stationers at the Hall of the said Company; and as regards Dramatic Pieces and Musical Compositions in Manuscript, the Title to the same, the Name and Place of Abode of the Author or Composer thereof, the Name ad Place of Abode of the Proprietor of the Right of representing or performing the same, and the Time and Place of the first Representation or Performance thereof in the Country named in the Order in Council under which the Benefit of the Act shall be claimed, shall be entered in the said Register Book of the said Company of Stationers in *London;* and as regards Prints, the Title thereof, the Name and Place of Abode of the Inventor, Designer, or Engraver thereof, the Name of

the Proprietor of the Copyright therein, and the Time and Place of the first Publication thereof in the Foreign Country named in the Order in Council under which the Benefits of the Act shall be claimed, shall be entered in the said Register Book of the said Company of Stationers in *London*, and a Copy of such Print, upon the best Paper upon which the largest Number or Impressions of the Print shall have been printed for Sale, shall be delivered to the Officer of the Company of Stationers at the Hall of the said Company; and as regards any such Article of Sculpture, or any such other Work of Art as aforesaid, a descriptive Title thereof, the Name and Place of Abode of the Maker thereof, the Name of the Proprietor of the Copyright therein, and the Time and Place of its first Publication in the Foreign Country named in the Order in Council under which the Benefit of this Act shall be claimed, shall be entered in the said Register Book of the said Company of Stationers in *London;* and the Officer of the said Company of Stationers receiving such Copies so to be delivered as aforesaid shall give a Receipt in Writing for the same, and such Delivery shall to all Intents and Purposes be a sufficient Delivery under the Provisions of this Act.

VII. Provided always, and be it enacted, That if a Book be published anonymously it shall be sufficient to insert in the Entry thereof in such Register Book the Name and Place of Abode of the first Publisher thereof, instead of the Name and Place of Abode of the Author thereof, together with a Declaration that such Entry is made either on behalf of the Author or on behalf of such first Publisher, as the Case may require.

VIII. And be it enacted, That the several Enactments in the said Copyright Amendment Act contained with relation to keeping the said Register Book, and the Inspection thereof, the Searches therein, and the Delivery of certified and stamped Copies thereof, the Reception of such Copies in Evidence, the making of false Entries in the said Book, and the Production in Evidence of Papers falsely purporting to be Copies of Entries in the said Book, the Applications to the Courts and Judges by Persons aggrieved by Entries in the said Book, and the expunging and varying such Entries, shall apply to the Books, Dramatic Pieces, and Musical Compositions, Prints, Articles of Sculpture, and other Works of Art, to which any Order in Council issued in pursuance of this Act shall extend, and to the Entries and Assignments of Copyright and Proprietorship therein, in such and the same Manner as if such Enactments were here expressly enacted in relation thereto, save and except that the Forms of Entry prescribed by the said Copyright Amendment Act may be varied to meet the Circumstances of the Case, and that the Sum to be demanded by the Officer of the said Company of Stationers for making any Entry required by this Act shall be One Shilling only.

IX. And be it enacted, That every Entry made in pursuance of this Act of a first Publication shall be *primâ facie* Proof of a rightful first Publication; but if there be a wrongful first Publication, and any Party have availed himself thereof to obtain an Entry of a spurious Work, no Order for expunging or varying such Entry shall be made unless it be proved to the Satisfaction of the Court or of the Judge taking cognizance of the Application for expunging or varying such Entry, first, with respect to a wrongful Publication in a Country to which the Author or first Publisher does not belong, and in regard to which there does not subsist with this Country any Treaty of International Copyright, that the Party making the Application was the Author or first Publisher, as the Case requires: second with respect to a wrongful first Publication either in the Country where a rightful first Publication has taken place, or in regard to which there subsists with this Country a Treaty of International Copyright, that a Court of competent Jurisdiction in any such Country where such wrongful first Publication has taken place has given Judgment in favour of the Right of the Party claiming to be the Author or first Publisher.

X. And be it enacted, That all Copies of Books wherein there shall be any subsisting Copyright under or by virtue of this Act, or of any Order in Council made in pursuance thereof, printed or reprinted in any Foreign Country except that in which such Books were first published, shall be and the same are hereby absolutely prohibited to be imported into any Part of the *British* Dominions, except by or with the Consent of the registered Propietor of the Copyright thereof, or his Agent authorized in Writing, and if imported contrary to this Prohibition the same and the same and the Importers thereof shall be subject to the Enactments in force relating to Goods prohibited to be imported by any Act relating to the Customs; and as respects any such Copies so prohibited to be imported, and also as respects any Copies unlawfully printed in any Place whatsoever of any Books wherein there shall be any such subsisting Copyright as aforesaid, any Person who shall in any Part of the *British* Dominions import such prohibited or unlawfully printed Copies, or who, knowing such Copies to be so unlawfully imported ar unlawfully printed, shall sell, publish, or expose to sale or hire, or have in his Possession for sale or hire, any such Copies so unlawfully imported or unlawfully printed, such Offender shall be liable to a special Action on the Case at the Suit of the Proprietor of such Copyright, to be brought and prosecuted in the same Courts and in the same Manner, and with the like Restrictions upon the Preceedings of the Defendant, as are respectively prescribed in the said Copyright Amendment Act with relation to Actions thereby authorized to be brought by Proprietors of Copyright against Persons impor-

ting or selling Books unlawfully printed in the *British* Dominions.

XI. And be it enacted, That the said Officer of the said Company of Stationers shall receive at the Hall of the said Company every Book, Volume, or Print so to be delivered as aforesaid, and within One Calendar Month after receiving such Book, Volume, or Print shall deposit the same in the Library of the *British Museum.*

XII. Provided always, and be it enacted, That it shall not be requisite to deliver to the said Officer of the said Stationers Company any printed Copy of the Second or of any subsequent Edition of any Book or Books so delivered as aforesaid, unless the same shall contain Additions or Alterations.

XIII. And be it enacted, That the respective Terms to be specified by such Orders in Council respectively for the Continuance of the Privilege to be granted in respect of Works to be first published in Foreign Countries may be different for Works first published in different Foreign Countries and for different Classes of such Works; and that the Times to be prescribed for the Entries to be made in the Register Book of the Stationers Company, and for the Deliveries of the Books and other Articles to the said Officer of the Stationers Company, as herein-before is mentioned, may be different for different Foreign Countries and for different Classes of Books or other Articles.

XIV. Provided always, and be it enacted, That no such Order in Council shall have any Effect unless it shall be therein stated, as the Ground for issuing the same, that due Protection has been secured by the Foreign Power so named in such Order in Council for the Benefit of Parties interested in Works first published in the Dominions of Her Majesty similar to those comprised in such Order.

XV. And be it enacted, That every Order in Council to be made under the Authority of this Act shall as soon as may be after the making thereof by Her Majesty in Council be published in the *London Gazette,* and from the Time of such Publication shall have the same Effect as if every Part thereof were included in this Act.

XVI. And be it enacted, That a Copy of every Order of Her Majesty in Council made under this Act shall be laid before both Houses of Parliament within Six Weeks after issuing the same, if Parliament be then sitting, and if not, then within Six Weeks after the Commencement of the then next Session of Parliament.

XVII. And be it enacted, That it shall be lawful for Her Majesty by an Order in Council from Time to Time to revoke or alter any Order in Council previously made under the Authority of this Act, but nevertheless without Prejudice to any Rights acquired previously to such Revocation or Alteration.

XVIII. Provided always, and be it enacted, That nothing in this Act contained shall be construed to prevent the printing,

Publication, or Sale of any Translation of any Book the Author whereof and his Assigns may be entitled to the Benefit of this Act.

XIX. And be it enacted, That neither the Author of any Book, nor the Author or Composer of any Dramatic Piece or Musical Composition, nor the Inventor, Designer, or Engraver of any Print, nor the Maker of any Article of Sculpture, or of such other Work of Art as aforesaid, which shall after the passing of this Act be first published out of Her Majesty's Dominions, shall have any Copyright therein respectively, or any exclusive Right to the public Representation or Performance thereof, otherwise than such (if any) as he may become entitled to under this Act.

XX. And be it enacted, That in the Construction of this Act the Word "Book" shall be construed to include "Volume," "Pamphlet," "Sheet of Letter-press," "Sheet of Music," "Map" "Chart," or "Plan;" and the Expression "Articles of Sculpture" shall mean all such Sculptures, Models, Copies, and Casts as are described in the said Sculpture Copyright Acts, and in respect of which the Privileges of Copyright are thereby conferred; and the Words "printing" and "re-printing," shall include engraving and any other Method of multiplying Copies; and the Expression "Her Majesty" shall include the Heirs and Successors of Her Majesty; and the Expressions "Order of Her Majesty in Council," "Order in Council," and "Order," shall respectively mean Order of Her Majesty acting by and with the Advice of Her Majesty's Most Honourable Privy Council; and the Expression "Officer of the Company of Stationers" shall mean the Officer appointed by the said Company of Stationers for the Purposes of the said Copyright Amendment Act; and in describing any Persons or Things any Word importing the Plural Number shall mean also One Person or Thing, and any Word importing the Singular Number shall include several Persons or Things, and any Word importing the Masculine shall include also the Feminine Gender; unless in any of such Cases there shall be something in the Subject or Context repugnant to such Construction.

XXI. And be it enacted, That this Act may be amended or repealed by any Act to be passed in this present Session of Parliament.

15 Vict. cpt. XII.

An Act to enable Her Majesty to carry into effect a Convention with France on the Subject of Copyright; to extend and explain the International Copyright Acts; and to explain the Acts relating to Copyright in Engravings.

28th May 1852.

Whereas an Act was passed in the Seventh Year of the Reign of Her present Majesty, intituled *An Act to amend*

ie *Law relating to International Copyright*, hereinafter called The International Copyright Act:" And whereas a Convention as lately been concluded between Her Majesty and the *French* Republic, for extending in each Country the Enjoyment of Copyright in Works of Literature and the Fine Arts first pulished in the other, and for certain Reductions of Duties now evied on Books, Prints, and Musical Works published in France: and whereas certain of the Stipulations on the Part of Her Majesty contained in the said Treaty require the Authority of Parliament: And whereas it is expedient that such Authority hould be given, and that Her Majesty should be enabled to make similar Stipulations in any Treaty on the Subject of Copyright which may hereafter be concluded with any Foreign Power: Be it enacted by the Queen's most Excellent Majesty, y and with the Advice and Consent of the Lords Spiritual nd Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the Authority of the same, as follows:

I. The Eighteenth Section of the said Act of the Seventh Year of Her present Majesty, Chapter Twelwe, shall be reealed, so far as the same is inconsistent with the Provisions erein-after contained.

II. Her Majesty may, by Order in Council, direct that he Authors of Books which are, after a future Time, to be pecified in such Order, published in any Foreign Country, to be named in such Order, their Executors, Administrators, and Assigns, shall, subject to the Provisions herein-after contained or refered to, be empowered to prevent the Publication in the *British* Dominions of any Translations of such Books not authorized by them, for such Time as may be specified in such Order, not extending beyond the Expiration of Five Years from the Time at which the authorized Translations of such Books herein-after mentioned are respectively first published, and in the Case of Books published in Parts, not extending as to each Part beyond the Expiration of Five Years from the Time at which the authorized Translation of such Part is first published.

III. Subject to any Provisions or Qualifications contained n such Order, and to the Provisions herein contained or referred to, the Laws and Enactments for the Time being in force for the Purpose of preventing the Infringement of Copyright in Books published in the *British* Dominions shall be applied for he Purpose of preventing the Publication of Translations of he Books to which such Order extends which are not sanctioned by the Authors of such Books, except only such Parts of he said Enactments as relate to the Delivery of Copies of Books for the Use of the *British Museum*, and for the Use of he other Libraries therein referred to.

IV. Her Majesty may, by Order in Council, direct that Authors of Dramatic Pieces which are, after a future Time, to

be specified in such Order, first publicly represented in any Foreign Country, to be named in such Order, their Executors, Administrators, and Assigns, shall, subject to the Provisions herein-after mentioned or referred to, be empowered to prevent the Representation in the *British* Dominions of any Translation of such Dramatic Pieces not authorized by them, for such Time as may be specified in such Order, not extending beyond the Expiration of Five Years from the Time at which the authorized Translations of such Dramatic Pieces herein-after mentioned are first published or publicily represented.

V. Subject to any Provisions or Qualifications contained in such last mentioned Order, and to the Provisions herein-after contained or referred to, the Laws and Enactments for the Time being in force for ensuring to the Author of any Dramatic Piece first publicly represented in the *British* Dominions te sole Liberty of representing the same shall be applied for the Purpose of preventing the Representation of any Translations of the Dramatic Pieces to which such last mentioned Order extends, which are not sanctioned by the Authors thereof.

VI. Nothing herein contained shall be so construed as to prevent fair Imitations or Adaptations to the *English* Stage of any Dramatic Piece or Musical Composition published in any Foreign Country.

VII. Notwithstanding anything in the said International Copyright Act or in this Act contained, any Article of political Discussion which has been published in any Newspaper or Periodical in a Foreign Country may, if the Source from which the same is taken be acknowledged, be republished or translated in any Newspaper or Periodical in this Country; and any Article relating to any other Subject which has been so published as aforesaid may, if the Source from which the same is taken be acknowledged, be republished or translated in like Manner, unless the Author has signified his Intention of preserving the Copyright therein, and the Right of translating the same, in some conspicuous Part of the Newspaper or Periodical in which the same was first published, in which Case same shall, without the Formalities required by the next following Section, receive the same Protection as is by virtue of the International Copyright Act or this Act extended to Books.

VIII. No Author, or his Executors, Administrators, or Assigns, shall be entitled to the Benefit of this Act, or of any Order in Council issued in pursuance thereof, in respect of the Translation of any Book or Dramatic Piece, if the following Requisitions are not complied with; (that is to say,)

1. The original Work from which the Translation is to be made must be registered and a Copy thereof deposited in the United Kingdom in the Manner required for original Works by the said International Copyright Act,

within Three Calendar Months of its First Publication in the Foreign Country:

2. The Author must notify on the Title Page of the original Work, or if it is published in Parts, on the Title Page of the First Part, or if there is no Title Page, on some conspicuous Part of the Work, that it is his Intention to reserve the Right of translating it:
3. The Translation sanctioned by the Author, or a Part thereof, must be published either in the Country mentioned in the Order in Council by virtue of which it is to be protected or in the *British* Dominions, not later than One Year after the Registration and Deposit in the United Kingdom of the original Work, and the whole of such Translation must be published within Three Years of such Registration and Deposit:
4. Such Translation must be registered and a Copy thereof deposited in the United Kingdom within a Time to be mentioned in that Behalf in the Order by which it is protected and in the Manner provided by the said International Copyright Act for the Registration and Deposit of original Works:
5. In the Case of Books published in Parts, each Part of the original Work must be registered and deposited in this Country in the Manner required by the said International Copyright within Three Months after the First Publication thereof in the Foreign Country:
6. In the Case of Dramatic Pieces the Translation sanctioned by the Author must be published within Three Calendar Months of the Registration of the original Work:
7. The above Requisitions shall apply to Articles originally published in Newspapers or Periodicals if the same be afterwards published in a separate Form, but shall not apply to such Articles as originally published.

IX. All Copies of any Works of Literature or Art wherein there is any subsisting Copyright by virtue of the International Copyright Act and this Act, or of any Order in Council made in pursuance of such Acts or either of them, and which are printed, reprinted, or made in any Foreign Country except that in which such Work shall be first published, and all unauthorized Translations of any Book or Dramatic Piece the Publication or public Representation in the *British* Dominions of Translations whereof not authorized as in this Act mentioned shall for the Time being be prevented under any Order in Council made in pursuance of this Act, are hereby absolutely prohibited to be imported into any Part of the *British* Dominions, except by or with the Consent of the registered Proprietor of the Copyright of such Work or of such Book or Piece, or his Agent authorized in Writing; and the Provision of the Act of the Sixth Year of Her Majesty "to amend the Law of Copyright," for

the Forfeiture, Seizure, and Destruction of any printed Book first published in the United Kingdom wherein there shall be Copyright, and reprinted in any Country out of the *British* Dominions, and imported into any Part of the *British* Dominions by any Person not being the Proprietor of the Copyright, or a Person authorized by such Proprietor, shall extend and be applicable to all Copies of any Works of Literature and Art, and to all Translations the Importation whereof into any Part of the *British* Dominions is prohibited under this Act.

X. The Provisions herein-before contained shall be incorporated with the International Copyright Act, and shall be read and construed therewith as One Act.

XI. And whereas Her Majesty has already, by Order in Council under the said International Copyright Act, given effect to certain Stipulations contained in the said Convention with the *French* Republic; and it is expedient that the Remainder of the Stipulations on the Part of Her Majesty in the said Convention contained should take effect from the passing of this Act without any further Order in Council: During the Continuance of the said Convention, and so long as the Order in Council already made under the said International Copyright Act remains in force, the Provisions herein-before contained shall apply to the said Convention, and to Translations of Books and Dramatic Pieces which are, after the passing of this Act, published or represented in *France*, in the same Manner as if Her Majesty had issued Her Order in Council in pursuance of this Act for giving effect to such Convention, and had therein directed that such Translations should be protected as herein-before mentioned for a Period of Five Years from the Date of the First Publication or public Representation thereof respectively, and as if a Period of Three Months from the Publication of such Translation were the Time mentioned in such Order as the Time within which the same must be registered and a Copy thereof deposited in the United Kingdom.

XII. And whereas an Act was passed in the Tenth Year of Her present Majesty, intituled *An Act to amend an Act of the Seventh and Eighth Years of Her present Majesty, for reducing, under certain Circumstances, the Duties payable upon Books and Engravings:* And whereas by the said Convention with the *French* Republic it was stipulated that the Duties on Books, Prints, and Drawings published in the Territories of the *French* Republic should be reduced to the Amounts specified in the Schedule to the said Act of the Tenth Year of Her present Majesty, Chapter Fifty-eight: And whereas Her Majesty has, in pursuance of the said Convention, and in exercise of the Powers given by the said Act, by Order in Council declared that such Duties shall be reduced accordingly: And whereas by the said Convention it was further stipulated that the said Rates of Duty should not be raised during the Con-

tinuance of the said Convention; and that if during the Continuance of the said Convention any Reduction of those Rates should be made in favour of Books, Prints or Drawings published in any other Country, such Reduction should be at the same Time extended to similar Articles published in *France:* And whereas Doubts are entertained whether such last-mentioned Stipulations can be carried into effect without the Authority of Parliament: Be it enacted, That the said Rates of Duty so reduced as aforesaid shall not be raised during the Continuance of the said Convention; and that if during the Coutinuance of the said Convention any further Reduction of such Rates is made in favour of Books, Prints, or Drawings published in any other Foreign Country, Her Majesty may, by Order in Council, declare that such Reduction shall be extended to similar Articles published in *France,* such Order to be made and published in the same Manner and to be subject to the same Provisions as Orders made in pursuance of the said Act of the Tenth Year of Her present Majesty, Chapter Fifty-eight.

XIII. And whereas Doubts have arisen as to the Construction of the Schedule of the Act of the Tenth Year of Her present Majesty, Chapter Fifty-eight:

It is hereby declared, That for the Purposes of the said Act every Work published in the Country of Export, of which Part has been originally produced in the United Kingdom, shall be deemed to be and be subject to the Duty payable on "Works originally produced in the United Kingdom, and republished in the Country of Export," although it contains also original Matter not produced in the United Kingdom, unless it shall be proved to the Satisfaction of the Commissioners of Her Majesty's Customs by the Importer, Consignee, or other Person entering the same that such original Matter is at least equal to the Part of the Work produced in the United Kingdom, in which Case the Work shall be subject only to the Duty on „Works not originally produced in the United Kingdom."

XIV. And whereas by the Four several Acts of Parliament following; (that is to say,) an Act of the Eighth Year of the Reign of King *George* the Second, Chapter Thirteen; an Act of the Seventh Year of the Reign of King *George* the Third, Chapter Thirty eight; an Act of the Seventeenth Year of the Reign of King *George* the Third, Chapter Fifty-seven; and an Act of the Seventh Year of King *William* the Fourth, Chapter Fifty-nine, Provision is made for securing to every Person who invents, or designs, engraves, etches, or works in Mezzotinto or Chiaro-oscuro, or, from his own Work, Design, or Invention, causes or procures to be designed, engraved, etched, or worked in Mezzotinto or Chiaro-oscuro, any Historical Print or Prints, or any Print or Prints of any Portrait, Conversation, Landscape, or Architecture, Map, Chart, or Plan, or any other Print or Prints whatsoever, and to every Person who engraves, etches,

or works in Mezzotinto or Chiaro-oscuro, or causes to be engraved, etched, or worked any Print taken from any Picture, Drawing, Model, or Sculpture, notwithstanding such Print has not been graven or drawn from his own original Design, certain Copyrights therein defined: And whereas Doubts are entertained whether the Provisions of the said Acts extend to Lithographs and certain other Impressions, and it is expedient to remove such Doubts:

It is hereby declared, That the Provisions of the said Acts are intended to include Prints taken by Lithography, or any other mechanical Process by which Prints or Impressions of Drawings or Designs are capable of being multiplied indefinitely, and the said Acts shall be construed accordingly.

5 & 6 Wm. 4. cpt. 65.

An Act for preventing the Publication of Lectures without consent.

Whereas printers, publishers, and other persons have frequently taken the liberty of printing and publishing lectures delivered upon divers subjects, without the consent of the authors of such lectures, or the persons delivering the same in public, to the great detriment of such authors and lectures: Be it enacted by the King's most excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the authority of the same, That from and after the first day of September one thousand eight hundred and thirty-five the author of any lecture or lectures, or the person to whom he hath sold or otherwise conveyed the copy thereof, in order to deliver the same in any school, seminary, institution, or other place, or for any other purpose, shall have the sole right and liberty of printing and publishing such lecture or lectures; and that if any person shall, by taking down the same in short hand or otherwise in writing, or in any other way, obtain or make a copy of such lecture or lectures, and shall print or lithograph or otherwise copy and publish the same, or cause the same to be printed lithographed, or otherwise copied and published, without leave of the author thereof, or of the person to whom the author thereof hath sold or otherwise conveyed the same, and every person who, knowing the same to have been printed or copied and published without such consent, shall sell, publish or expose to sale, or cause to be sold, published, or exposed to sale, any such lecture or lectures, shall forfeit such printed or otherwise copied lecture or lectures, or parts thereof, together with one penny for every shut thereof which shall be found in his custody, either printed, lithographed, or copied, or printing, lithographing, or copying, published, or ex-

posed to sale, contrary to the true intent and meaning of this act, the one moiety thereof to his Majesty, his heirs or successors, and the other moiety thereof to any person who shall sue for the same, to be recovered in any of his Majesty's Courts of Record in *Westminster*, by action of debt, bill plaint, or information, in which no wager of law, essoin, privilege or protection, or more than one imparlance shall be allowed.

II. And be it further enacted, That any printer or publisher of any newspaper who shall, without such leave as aforesaid, print and publish in such newspaper any lecture or lectures, shall be deemed and taken to be a person printing and publishing without leave within the provisions of this act, and liable to the aforesaid forfeitures and penalties in respect of such printing and publishing.

III. And be it further enacted, That no person allowed for certain fee or reward, or otherwise, to attend and be present at any lecture delivered at any place, shall be deemed and taken to be licensed or to have leave to print, copy, and publish such lectures only because of having leave to attend such lecture or lectures.

IV. Provided always, That nothing in this act shall extend to prohibit any person from printing, copying, and publishing any lecture or lectures which have or shall have been printed and published with leave of the authors thereof or their assignees, and whereof the time hath or shall have expired within which the sole right to print and publish the same is given by an act passed in the eighth year of the reign of Queen Anne, intituled An Act for the encouragement of Learning, by vesting the copies of printed Books in the Authors or Purchasers of such copies during the times therein mentioned, and by another act passed in the fifty-fourth year of the reign of King *George* the third, intituled An Act to amend the several Acts for the Encouragement of Learning, by securing the copies and copyright of printed books to the Authors of such books, or their assigns, or to any lectures which have been printed or published before the passing of this act.

V. Provided further, That nothing in this act shall extend to any lecture or lectures, or the printing, copying, or publishing any lecture or lectures, or parts thereof, of the delivering of which notice in writing shall not have been given to two justices living within five miles from the place where such lecture or lectures shall be delivered two days at the least before delivering the same or to any lecture or lectures delivered in any University or public school or college, or on any public foundation, or by any individual in virtue of or according to any gift, endowment, or foundation; and that the law relating thereto shall remain the same as if this act had not been passed.

3 & 4 Wm. IV. capt. 15.

An Act to amend the Laws relating to Dramatic Literary Property. 10th June 1833.

Whereas by an Act passed in the Fifty-fourth Year of the Reign of His late Majesty King *George* the Third, intituled *An Act to amend the several Acts for the Encouragement of Learning, by securing the Copies and Copyright of printed Books to the Authors of such Books, or their Assigns,* it was, amongst other things, provided and enacted, that from and after the passing of the said Act the Author of any Book or Books composed, and not printed published, or which should thereafter be composed and printed and published, and his Assignee or Assigns, should have the sole Liberty of printing and re-printing such Book or Books for the full Term of Twenty-eight Years, to commence from the Day of first publishing the same, and also, if the Author should be living at the End of that Period, for the Residue of his natural Life: And whereas it is expedient to extend the Provisions of the said Act; be it therefore enacted by the King's most Excellent Majesty, by and with the Advice and Consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons in this present Parliament assembled, and by the Authority of the same, That from and after the passing of this Act the Author of any Tragedy, Comedy, Play, Opera, Farce, or any other Dramatic Piece or Entertainment, composed, and not printed and published by the Author thereof or his Assignee, or which hereafter shall be composed, and not printed or published by the Author thereof or his Assignee, or the Assignee of such Author, shall have as his own Property the sole Liberty of representing, or causing to be represented, at any Place or Places of Dramatic Entertainment whatsoever, in any Part of the United Kingdom of *Great Britain* and *Ireland*, in the Isles of *Man, Jersey,* and *Guernsey,* or in any Part of the *British* Dominions, any such Production as aforesaid, not printed and published by the Author thereof or his Assignee, and shall be deemed and taken to be the Proprietor thereof; and that the Author of any such Production, printed and published within Ten Years before the passing of this Act by the Author thereof or his Assignee, or which shall hereafter be so printed and published, or the Assignee of such Author, shall, from the Time of passing this Act, or from the Time of such Publication respectively, until the End of Twenty-eigth Years from the Day of such first Publication of the same, and also, if the Author or Authors, or the Survivor of the Authors, shall be living at the End of that Period, during the Residue of his natural Life, have as his own Property the sole Liberty of representing, or causing to be represented, the same at any such Place of Dramatic Entertainment as aforesaid, and shall be deemed and taken to be the Proprietor thereof: Provided nevertheless, that nothing in this

Act contained shall prejudice, alter, or effect the Right or Authority of any Person to represent or cause to be represented, at any Place or Places of Dramatic Entertainment whatsoever, any such Production as aforesaid, in all Cases in which the Author thereof or his Assignee shall, previously to the passing of this Act, have given his Consent to or authorized such Representation, but that such sole Liberty of the Author or his Assignee shall be subject to such Right or Authority.

II. And be it further enacted, That if any Person shall, during the Continuance of such sole Liberty as aforesaid, contrary to the Intent of this Act, or Right of the Author or his Assignee, represent, or cause to be represented, without the Consent in Writing of the Author or other Proprietor first had and obtained, at any Place of Dramatic Entertainment within the Limits aforesaid, any such Production as aforesaid, or any Part thereof, every such Offender shall be liable for each and every such Representation to the Payment of an Amount not less than Fourty Shillings, or to the full Amount of the Benefit or Advantage arising from such Representation, or the Injury or Loss sustained by the Plaintiff therefrom, whichever shall be the greater Damages, to the Author or other Proprietor of such Production so represented contrary to the true Intent and Meaning of this Act, to be recovered, together with Double Costs of Suit, by such Author or other Proprietor, in any Court having Jurisdiction in such Cases in that Part of the said United Kingdom or of the *British* Dominions in which the Offence shall be committed; and in every such Proceeding where the sole Liberty of such Author or his Assignee as aforesaid shall be subject to such Right or Authority as aforesaid, it shall be sufficient for the Plaintiff to state that he has such sole Liberty, without stating the same to be subject to such Right or Authority, or otherwise mentioning the same.

III. Provided nevertheless, and be it further enacted, That all Actions or Proceedings for any Offence or Injury that shall be committed against this Act shall be brought, sued, and commenced within Twelve Calendar Months next after such Offence committed, or else the same shall be void and of no effect.

IV. And be it further enacted, That whenever Authors, Persons, Offenders, or others are spoken of in this Act in the Singular Number or in the Masculine Gender, the same shall extend to any Number of Persons and to either Sex.

---

2) Das artistische Eigenthum.

8 G. II. cpt. 13.

An Act for the Encouragement of the Arts of designing, engraving, and etching historical and other Prints, by vesting the Properties thereof in the Inventors and Engravers during the Time therein mentioned.

Whereas divers Persons have, by their own Genius, Industry, Pains, and Expense, invented and engraved, or worked in Mezzotinto, or Chiaro Oscuro, Sets of historical and other Prints, in hopes to have reaped the sole Benefit of their Labours: And whereas Printsellers and other Persons have of late, without the Consent of the Inventors, Designers, and Proprietors of such Prints, frequently taken the Liberty of copying, engraving, and publishing, or causing to be copied, engraved, and published, base Copies of such Works, Designs, and Prints, to the very great Prejudice and Detriment of the Inventors, Designers, and Proprietors thereof: For Remedy thereof, and for preventing such Practices for the future, may it please Your Majesty that it may be enacted; and be it enacted by the King's most Excellent Majesty, by and with the Advice and Consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the Authority of the same, That from and after the Twenty-fourth Day of *June* which shall be in the Year of our Lord One thousand seven hundred and thirty-five every Person who shall invent and design, engrave, etch, or work, in Mezzotinto or Chiaro Oscuro, or from his own Works and Invention shall cause to be designed and engraved, etched, or worked, in Mezzotinto or Chiaro Oscuro, any historical or other Print or Prints, shall have the sole Right and Liberty of printing and reprinting the same for the Term of Fourteen Years, to commence from the Day of the first publishing thereof, which shall be truly engraved with the Name of the Proprietor on each Plate, and printed on every such Print or Prints; and that if any Printseller or other Person whatsoever, from and after the said Twenty-fourth Day of *June* One thousand seven hundred and thirty-five, within the Time limited by this Act, shall engrave, etch, or work as aforesaid, or in any other Manner copy and sell, or cause to be engraved, etched, or copied and sold, in the whole or in part, by varying, adding to, or diminishing from the main Design, or shall print, reprint, or import for Sale, or cause to be printed, reprinted, or imported for Sale, any such Print or Prints, or any Parts thereof, without the Consent of the Proprietor or Proprietors thereof first had and obtained in Writing signed by him or them respectively in the Presence of Two or more credible Witnesses, or, knowing the same to be so printed or reprinted without the Consent of

the Proprietor or Proprietors, shall publish, sell, or expose to Sale, or otherwise or in any other Manner dispose of, or cause to be published, sold, or exposed to Sale, or otherwise or in any other Manner disposed of, any such Print or Prints, without such Consent first had and obtained as aforesaid, then such Offender or Offenders shall forfeit the Plate or Plates on which such Print or Prints are or shall be copied, and all and every Sheet or Sheets (being Part of or whereon such Print or Prints are or shall be so copied or printed), to the Proprietor or Proprietors of such original Print or Prints, who shall forthwith destroy and damask the same, and further, that every such Offender or Offenders shall forfeit Five Shillings for every Print which shall be found in his, her, or their Custody, either printed or published, and exposed to Sale or otherwise disposed of, contrary to the true Intent and Meaning of this Act, the one Moiety thereof to the King's most Excellent Majesty, His Heirs and Successors, and the other Moiety thereof to any Person or Persons that shall sue for the same, to be recovered in any of His Majesty's Courts of Record at *Westminster*, by Action of Debt, Bill, Plaint, or Information, in which no Wager of Law, Essoign, Privilege, or Protection, or more than One Imparlance, shall be allowed.

II. Provided nevertheless, That it shall and may be lawful for any Person or Persons who shall hereafter purchase any Plate or Plates for printing from the original Proprietors thereof to print and reprint from the said Plates without incurring any of the Penalties in this Act mentioned.

III. And be it further enacted by the Authority aforesaid, That if any Action or Suit shall be commenced or brought against any Person or Persons whatsoever for doing or causing to be done anything in pursuance of this Act, the same shall be brought within the Space of Three Months after so doing; and the Defendant and Defendants in such Action or Suit shall or may plead the General Issue, and give the special Matter in Evidence; and if upon such Action or Suit a Verdict shall be given for the Defendant or Defendants, or if the Plaintiff or Plaintiffs become nonsuited, or discontinue his, her, or their Action or Actions, then the Defendant or Defendants shall have and recover full Costs, for the Recovery whereof he shall have the same Remedy as any other Defendant or Defendants in any other Case hath or have by Law.

IV. Provided always, and be it further enacted by the Authority aforesaid, That if any Action or Suit shall be commenced or brought against any Person or Persons for any Offence committed against this Act, the same shall be brought within the Space of Three Months after the Discovery of every such Offence, and not afterwards, anything in this Act contained to the contrary notwithstanding.

V. And whereas *John Pine* of *London*, Engraver, doth propose to engrave and publish a Set of Prints copied from several Pieces of Tapestry in the House of Lords, and His Majesty's Wardrobe, and other Drawings relating to the *Spanish* Invasion in the Year of our Lord One thousand five hundred and eighty-eight: Be it further enacted by the Authority aforesaid, That the said *John Pine* shall be entitled to the Benefit of this Act, to all Intents and Purposes whatsoever, in the same Manner as if the said *John Pine* had been the Inventor and Designer of the said Prints.

VI. And be it further enacted by the Authority aforesaid, That this Act shall be deemed, adjudged; and taken to be a Public Act, and be judicially taken notice of as such by all Judges, Justices, and other Persons whatsoever, without specially pleading the same.

7 G. III. cpt. 38.

An Act to amend and render more effectual an Act made in the Eigth Year of the Reign of King George the Second, for Encouragement of the Arts of Designing, Engraving, and Etching, Historical and other Prints; and for vesting in, and securing to, Jane Hogarth Widow, the Property in certain Prints.

Whereas an Act of Parliament passed in the Eighth Year of the Reign of His late Majesty King *George* the Second, intituled, *An Act for the Encouragement of the Arts of Designing, Engraving, and Etching, Historical and other Prints, by vesting the Properties thereof in the Inventors and Engravers, during the Time therein mentioned*, has been found ineffectual for the Purposes thereby intended; be it enacted by the King's most Excellent Majesty, by and with the Advice and Consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the Authority of the same, That from and after the First Day of *January*, One thousand seven hundred and sixty seven, all and every Person and Persons who shall invent or design, engrave, etch, or work in *Mezzotinto* or *Chiaro Oscuro*, or, from his own Work, Design, or Invention, shall cause or procure to be designed, engraved, etched, or worked in *Mezzotinto* or *Chiaro Oscuro*, any Historical Print or Prints, or any Print or Prints of any Portrait, Conversation, Landscape or Architecture, Map, Chart, or Plan, or any other Print or Prints whatsoever, shall have, and are hereby declared to have, the Benefit and Protection of the said Act and this Act, under the Restrictions and Limitations herein after-mentioned.

And be it further enacted by the Authority aforesaid, That from and after the said First Day of *January*, One thousand seven

hundred and sixty seven, all and every Person and Persons who shall engrave, etch, or work in *Mezzotinto* or *Chiaro Oscuro*, or cause to be engraved, etched or worked, any Print, taken from any Picture, Drawing, Model, or Sculpture, either ancient or modern, shall have, and are hereby declared to have, the Benefit and Protection of the said Act, and this Act, for the Term herein after-mentioned, in like Manner, as if such Print had been graved or drawn from the Original Design of such Graver, Etcher, or Draftsman; and if any Perrson shall engrave, print, and publish, or import for Sale, any Copy of any such Print, contrary to the true Intent and Meaning of this and the said former Act, every such Person shall be liable to the Penalties contained in the said Act, to be recovered as therein and herein after is mentioned.

And whereas *William Hogarth*, late of the City of *Westminster*, Painter and Graver, did etch and engrave, and cause to be etched and engraved, several Prints from his own Invention and Design, the Property and sole Right of vending all such Prints, being secured to him the said *William Hogarth* for the Term of Fourteen Years from their first Publication, by the said former Act of Parliament; which said Property, by his last Will, became vested in his Widow and Executrix: And whereas since the first Publication of several of the said Prints, the Term of Fourteen Years is expired, and several base Copies of the same have been since printed and published, whereby the Sale of the Originals has been considerably lessened, to the great Detriment of the said Widow and Executrix: And whereas since the Publication of others of the said Prints, the Term of Fourteen Years is now near expiring; be it enacted by the Authority aforesaid, That *Jane Hogarth*, Widow and Executrix of the said *William Hogarth*, shall have the sole Right and Liberty of printing and reprinting all the said Prints, Etchings, and Engravings, of the Design and Invention of the said *William Hogarth*, for and during the Term of Twenty Years, to commence from the said First Day of *January*, One thousand seven hundred and sixty seven; and that all and everey Person and Persons who shall at any Time hereafter, before the Expiration of the said Term of Twenty Years, engrave, etch, or work in *Mezzotinto* or *Chiaro Oscuro*, or otherwise copy, sell, or expose to Sale, or cause or procure to be etched, engraved, or worked in *Mezzotinto* or *Chiaro Oscuro*, any of the said Works of the said *William Hogarth*, shall be liable to the Penalties and Forfeitures contained in this and the said former Act of Parliament; to be recovered in like Manner as in and by this and the said former Act are given, directed, and appointed.

Provided nevertheless, That the Proprietor or Proprietors of such of the Copies of the said *William Hogarth's* Works, which have been copied and printed, and exposed to Sale, after the Expiration of the Term of Fourteen Years from the Time of their first Publication by the said *William Hogarth*, and before the said

First Day of *January*, shall not be liable or subject to any of the Penalties contained in this Act; any thing herein before contained to the contrary thereof in any wise notwithstandig.

And be it further enacted by the Authority aforesaid, That all and every the Penalties and Penalty insticted be the said Act, and extended, and meant to be extended, to the several Cases comprized in this Act, shall and may be sued for and recovered in like Manner, and under the like Restrictions and Limitations, as in and by the said Act is declared and appointed; aud the Plaintiff or common Informer, in every such Action (in case such Plaintiff or common Informer shall recover any of the Penalties incurred by this or the said former Act) shall recover the same, together with his Full Costs of Suit.

Provided also, That the Party prosecuting shall commence his Prosecution within the Space of Six Calendar Months after the Offence committed.

And be it further enacted by the Authority aforesaid, That the sole Right and Liberty of printing and reprinting intended to be secured and protected by the said former Act and this Act, shall be extended, continued, and be vested in the respective Proprietors, for the Space of Twenty eight Years, to commence from the Day of the first Publishing of any of the Works respectively herein before and in the the said former Act mentioned.

And be it further enacted by the Authority aforesaid, That if any Action or Suit shall be commenced or brought against any Person or Persons whatsoever, for doing, or causing to be done, any thing in pursuance of this Act, the same shall be brought within the Space of Six Calendar Months after the Fact committed; and the Defendant or Defendants in any such Action or Suit shall or may plead the General Issue, and give the Special Matter in Evidence; and if, upon such Action or Suit, a Verdict shall be given for the Defendant or Defendants, or if the Plaintiff or Plaintiffs become nonsuited, or discontinue his, her, or their Action or Actions, then the Defendant or Defendants shall have and recover Full Costs; for the Recovery whereof he shall have the same Remedy as any other Defendant or Defendants, in any other Case, hath or have by Law.

17 G. III. cpt. 57.

An Act for more effectually securing the Property of Prints to Inventors and Engravers, by enabling them to sue for and recover Penalties in certain Cases.

Whereas an Act of Parliament passed in the Eighth Year of the Reign of His late Mejesty King *George* the Second, intituled *An Act for the Encouragement of the Arts of designing,*

engraving, and etching Historical and other Prints, by vesting the Properties thereof in the Inventors, and Engravers, during the Time therein mentioned: And whereas by an Act of Parliament passed in the Seventh Year of the Reign of His present Majesty, for amending and rendering more effectual the aforesaid Act, and for other Purposes therein mentioned, it was (among other Things) enacted, That from and after the First Day of *January* One thousand seven hundred and sixty-seven, all and every Person or Persons who should engrave, etch, or work in Mezzotinto or Chiaro Oscuro, or cause to be engraved, etched, or worked, any Print taken from any Picture, Drawing, Model, or Sculpture, either ancient or modern, should have, and were thereby declared to have the Benefit and Protection of the said former Act and that Act, for the Term therein-after mentioned, in like Manner as if such Print had been graved or drawn from the original Design of such Graver, Etcher, or Draughtsman: And whereas the said Acts have not effectually answered the Purposes for which they were intended, and it is necessary, for the Encouragement of Artists, and for securing to them the Property of and in their Works, and for the Advancement and Improvement of the aforesaid Arts, that such further Provisions should be made as are herein-after mentioned and contained: May it therefore please Your Majesty that it may be enacted; and be it enacted by the King's most Excellent Majesty, by and with the Advice and Consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the Authority of the same, That from and after the Twenty-fourth Day of *June* One thousand seven hundred and seventy-seven, if any Engraver, Etcher, Printseller, or other Person, shall, within the Time limited by the aforesaid Acts, or either of them, engrave, etch, or work, or cause or procure to be engraved, etched, or worked, in Mezzotinto or Chiaro Oscuro, or otherwise, or in any other Manner copy in the whole or in part, by varying, adding to, or diminishing from the main Design, or shall print, reprint, or import for Sale, or cause or procure to be printed, reprinted, or imported for Sale, or shall publish, sell, or otherwise dispose of, or cause or procure to be published, sold, or otherwise disposed of, any Copy or Copies of any Historical Print or Prints, or any Print or Prints of any Portrait, Conversation, Landscape, or Architecture, Map, Chart, or Plan, or any other Print or Prints whatsoever wich hath or have been, or shall be engraved, etched, drawn, or designed, in any Part of *Great Britain*, without the express Consent of the Proprietor or Proprietors thereof first had and obtained in Writing, signed by him, her, or them respectively, with his, her, or their own Hand or Hands, in the Presence of and attested by Two or more credible Witnesses, then every such Proprietor or Proprietors shall and may, by and in a special Action upon the Case, to

be brought against the Person or Persons so offending, recover such Damages as a Jury on the Trial of such Action, or on the Execution of a Writ of Inquiry thereon, shall give or assess, together with Double Costs of Suit.

6 & 7 Wm. IV, cpt. 59.

An Act to extend the Protection of Copyright in Prints and Engravings to Ireland.

Whereas an act was passed in the seventeeth year of the reign of his late Majesty King George the third, intituled An Act for more effectually securing the Property of Prints to Inventors and Engravers, by enabling them to sue for and recover Penalties in certain Cases: and whereas it is desirable to extend the provisions of the said act to Ireland; be it therefore enacted by the King's most excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual ad Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the authority of the same, that from and after the passing of this act all the provisions contained in the said recitet act of the seventeenth year of the reign of his late Majesty King George the third, and of all the other acts therein recited, shall be and the same are hereby extended to the united Kingdom of Great Britain and Ireland.

II. And be id further enacted, that from and after the passing of this act, if any engraver, etcher, printseller, or other person shall, within the time limited by the aforesaid withed acts, engrave, etch, or publish, or cause to be engraved, recited or published any engraving or print of any description whatever, either in whole or in part, which may have been or which shall hereafter be published in any part of Great Britain or Ireland, without the express consent of the proprietor or proprietors thereof first had and obtained in writing, signed by him, her or them respectively, with his, her or their own hand or hands, in the presence of and attested by two or more credible witnesses, then every such proprietor shall and may, by and in a separate action upon the case, to be brought against the person so offending in any Court of Law in Great Britain or Ireland, recover such damages as a jury on the trial of such action or on the execution of a writ of inquity thereon shall give or assess, together with double costs of suit.

38 G. III. c. 71.

An Act for encouraging the Art of making new Models and Casts of Busts, and other Things therein mentioned.
21st June 1798.

Whereas divers Persons have, by their own Genius, Industry, Pains, and Expence, improved and brought the Art of

making new Models and Casts of Busts, and of Statues of Human Figures, and of Animals, to great Perfection, in Hopes to have reaped the sole Benefit of their Labours; but that divers Persons have (without the Consent of the Proprietors thereof) copied and made Moulds from the said Models and Casts, and sold base Copies and Casts of such new Models and Casts, to the great Prejudice and Detriment of the original Proprietors, and to the Discouragement of the Art of making such new Models and Casts as aforesaid: For Remedy whereof, and for preventing such Practices for the future, May it please Your Majesty that it may be enacted; and be it enacted by the King's most Excellent Majesty, by and with the Advice and Consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the Authority of the same, That, from and after the passing of this Act, every Person who shall make or cause to be made any new Model, or Copy or Cast made from such new Model, of any Bust, or any Part of the Human Figure, or any Statue of the Human Figure, or the Head of any Animal, or any Part of any Animal, or the Statue of any Animal; or shall make or cause to be made any new Model, Copy, or Cast from such new Model, in Alto or Basso Relievo, or any Work in which the Representation of any Human Figure or Figures, or the Representation of any Animal or Animals shall be introduced, or shall make or cause to be made any new Cast from Nature of any Part or Parts of the Human Figure, or of any Part or Parts of any Animal, shall have the sole Right and Property in every such new Model, Copy, or Cast, and also in every such new Model, Copy or Cast in Alto or Basso Relievo, or any Work as aforesaid, and also in every such new Cast from Nature as aforesaid, for and during the Term of Fourteen Years from the Time of first publishing the same: Provided always, That every Person who shall make or cause to be made any such new Model, Copy, or Cast, or any such new Model, Copy, or Cast in Alto or Basso Relievo, or any Work as aforesaid, or any new Cast from Nature as aforesaid, shall cause his or her Name to be put thereon, with the Date of the Publication, before the same shall be published and exposed to Sale.

II. And be it further enacted, That if any Person shall, within the said Term Fourteen Years, make or cause to be made any Copy or Cast of any such new Model, Copy or Cast, or any such Model, Copy, or Cast in Alto or Basso Relievo, or any such Work as aforesaid, or any such new Cast from Nature aforesaid, either by adding to or diminishing from any such new Model, Copy or Cast, or adding to or diminishing from any such new Model, Copy, or Cast in Alto or Basso Relievo, or any such Work as aforesaid, or adding to or diminishing from any such new Cast from Nature, or shall cause or procure the same to be done, or shall import any Copy or

Cast of such new Model, Copy, or Cast, or Copy or Cast of such new Model, Copy, or Cast in Alto or Basso Relievo, or any such Work as aforesaid, or any Copy or Cast of any such new Cast from Nature as aforesaid, for Sale, or shall sell or otherwise dispose of, or cause or procure to be sold or exposed to Sale, or otherwise disposed of, any Copy or Cast of any such new Model, Copy, or Cast, or any Copy or Cast of such new Model, Copy, or Cast in Alto or Basso Relievo, or any such Work as aforesaid, or any Copy or Cast of any such new Cast from Nature as aforesaid, without the express Consent of the Proprietor or Proprietors thereof first had and obtained, in Writing signed by him, her, or them respectively, with his, her, or their Hand or Hands, in the Presence of and attested by Two or more credible Witnesses, then and in all or any of the Cases aforesaid, every Proprietor or Proprietors of any such original Model, Copy, or Cast and every Proprietor or Proprietors of any such original Model, or Copy or Cast in Alto or Basso Relievo, or any such Work as aforesaid, or the Proprietor or Proprietors of any such new Cast from Nature as aforesaid respectively; shall and may, by and in special Action upon the Case, to be brought against the Person or Persons so offending, recover such Damages as a Jury on the Trial of such Action, or on the Execution of a Writ of Enquiry thereon, shall give or assess, together with full Costs of Suit.

III. Provided nevertheless, That no Person who shall hereafter purchase the Right, either in any such Model, Copy, or Cast, or in any such Model, Copy or Cast in Alto or Basso Relievo, or any such Work as aforesaid, or any such new Cast from Nature, of the original Proprietor or Proprietors thereof, shall be subject to any Action for vending or selling any Cast or Copy from the same; any Thing contained in this Act to the contrary hereof notwithstanding.

IV. Provided also, That all Actions to be brought as aforesaid, against any Person or Persons for any Offence committed against this Act, shall be commenced within Six Calendar Months next after the Discovery of every such Offence, and not afterwards.

54 G. III. cpt. 56.

An Act to amend and render more effectual an Act of His present Majesty, for encouraging the Art of making new Models and Casts of Busts, and other Things therein mentioned; and for giving further Encouragement to such Arts.

18th May 1814.

Whereas by an Act, passed in the Thirty-eighth Year of the Reign of His present Majesty, intituled *An Act for encourag-*

ing the Art of making new Models and Casts of Busts, and other Things therein mentioned; the sole Right and Property thereof were vested in the original Proprietors, for a Time therein specified: And whereas the Provisions of the said Act having been found ineffectual for the Purposes thereby intended, it is expedient to amend the same, and to make other Provisions and Regulations for the Encouragement of Artists, and to secure to them the Profits of and in their Works, and for the Advancement of the said Arts: May it therefore please Your Majesty that it may be enacted; and be it enacted by the King's most Excellent Majesty, by and with the Advice and Consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the Authority of the same, That from and after the passing of this Act, every Person or Persons who shall make or cause to be made any new and original Sculpture, or Model, or Copy, or Cast of the Human Figure or Human Figures, or of any Bust or Busts, or of any Part or Parts of the Human Figure, clothed in Drapery or otherwise, or of any Animal or Animals, or of any Part or Parts of any Animal combined with the Human Figure or otherwise, or of any Subject being Matter of Invention in Sculpture, or of any Alto or Basso-Relievo representing any of the Matters or Things herein-before mentioned, or any Cast from Nature of the Human Figure, or of any Part or Parts of the Human Figure, or of any Cast from Nature of any Animal, or of any Part or Parts of any Animal, or of any such Subject containing or representing any of the Matters and Things herein-before mentioned, whether separate or combined, shall have the sole Right and Property of all and in every such new and original Sculpture, Model, Copy and Cast of the Human Figure or Human Figures, and of all and in every such Bust or Busts, and of all and in every such Part or Parts of the Human Figure, clothed in Drapery or otherwise, and of all and in every such new and original Sculpture, Model, Copy and Cast, representing any Animal or Animals, and of all and in every such Work representing any Part or Parts of any Animal combined with the Human Figure or otherwise, and of all and in every such new and original Sculpture, Model, Copy and Cast of any Subject, being Matter of Invention in Sculpture, and of all and in every such new and original Sculpture, Model, Copy and Cast in Alto or Basso-Relievo, representing any of the Matters or Things herein-before mentioned, and of every such Cast from Nature, for the Term of Fourteen Years from first putting forth or publishing the same; provided, in all and in every Case, the Proprietor or Proprietors do cause his, her, or their Name or Names, with the Date, to be put on all and every such new and original Sculpture, Model, Copy or Cast, and on every such Cast from Nature, before the same shall be put forth or published.

II. And be it further enacted, That the sole Right and Property of all Works, which have been put forth or published under the Protection of the said recited Act, shall be extended, continued to and vested in the respective Proprietors thereof, for the Term of Fourteen Years, to commence from the Date when such last mentioned Works respectively were put forth or published.

III. And be it further enacted, That if any Person or Persons shall, within such Term of Fourteen Years, make or import, or cause to be made or imported, or exposed to Sale, or otherwise disposed of, any pirated Copy or pirated Cast of any such new and original Sculpture, or Model or Copy, or Cast of the Human Figure or Human Figures, or of any such Bust or Busts, or of any such Part or Parts of the Human Figure clothed in Drapery or otherwise, or of any such Work of any Animal or Animals, or of any such Part or Parts of any Animal or Animals combined with the Human Figure or otherwise, or of any such Subject being Matter of Invention in Sculpture, or of any such Alto or Basso-Relievo representing any of the Matters or Things herein-before mentioned, or of any such Cast from Nature as aforesaid, whether such pirated Copy or pirated Cast be produced by moulding or copying from, or imitating in any way, any of the Matters or Things put forth or published under the Protection of this Act, or of any Works which have been put forth or published under the Protection of the said recited Act, the Right and Property whereof is and are secured, extended and protected by this Act, in any of the Cases as aforesaid, to the Detriment, Damage, or Loss of the original or respective Proprietor or Proprietors of any such Works so pirated; then and in all such Cases the said Proprietor or Proprietors, or their Assignee or Assignees, shall and may, by and in a Special Action upon the Case to be brought against the Person or Persons so offending, receive such Damages as a Jury on a Trial of such Action shall give or assess, together with Double Costs of Suit.

IV. Provided nevertheless, That no Person or Persons who shall or may hereafter purchase the Right or Property of any new and original Sculpture or Model, or Copy or Cast, or of any Cast from Nature, or of any of the Matters and Things published under or protected by virtue of this Act, of the Proprietor or Proprietors, expressed in a Deed in Writing signed by him, her, or them resepectively, with his, her, or their own Hand or Hands, in the Presence of and attested by Two or more credible Witnesses, shall be subject to any Action for copying or casting, or vending the same, any Thing contained in this Act to the contrary notwithstanding.

V. Provided always, and be it further enacted, That all Actions to be brought as aforesaid, against any Person or Persons for any Offence committed against this Act, shall be com-

menced within Six Calendar Months next after the Discovery of every such Offence, and not afterwards.

VI. Provided always, and be it further enacted, That from and immediately after the Expiration of the said Term of Fourteen Years, the sole Right of making and disposing of such new and original Sculpture, or Model, or Copy, or Cast of any of the Matters or Things herein-before mentioned, shall return to the Person or Persons who originally made or caused to be made the same, if he or they shall be then living, for the further Term of Fourteen Years, excepting in the Case or Cases where such Person or Persons shall by Sale or otherwise have divested himself, herself or themselves, of such Right of making or disposing of any new and original Sculpture, or Model, or Copy, or Cast of any of the Matters or Things herein-before mentioned, previous to the passing of this Act.

13 & 14 Vict. cpt. 104.

An Act to extend and amend the Acts relating to the Copyright of Designs.

14th August 1850.

Whereas it is expedient to extend and amend the Acts relating to the Copyright of Designs: Be it therefore enacted by the Queen's most Excellent Majesty, by and with the Advice and Consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the Authority of the same:

I. That the Registrar of Designs, upon Application by or on behalf of the Proprietor of any Design not previously published within the United Kingdom of *Great Britain* and *Ireland* or elsewhere, and which may be registered under the Designs Act, 1842, or under the Designs Act, 1843, for the provisional Registration of such Design, under this Act, and upon being furnished with such Copy, Drawing, Print, or Description in Writing or in Print as in the Judgment of the said Registrar shall be sufficient to identify the particular Design in respect of which such Registration is desired, and the Name of the Person claiming to be Proprietor, together with his Place of Abode or Business, or other Place of Address, or the Style or Title of the Firm under which he may be trading, shall register such Design in such Manner and Form as shall from Time to Time be prescribed or approved by the Board of Trade; and any Design so registered shall be deemed "provisionally registered," and the Registration thereof shall continue in force for the Term of One Year from the Time of the same being registered as aforesaid; and the said Registrar shall certify, under his Hand and Seal of Office, in such Form as he said Board shall direct or approve, that the Design has been provisionally registe-

red, the Date of such Registration, and the Name of the registered Proprietor, together with his Place of Abode or Business, or other Place of Address.

II. That the Proprietor of any Design which shall have been provisionally registered shall, during the Continuance of such Registration, have the sole Right and Property in such Design; and the Penalties and Provisions of the said Designs Act, 1842, for preventing the Piracy of Designs, shall extend to the Acts, Matters, and Things next herein-after enumerated, as fully as if those Penalties and Provisions had been re-enacted in this Act, and expressly extended to such Acts, Matters, and Things respectively; that is to say,

1. To the Application of any provisionally registered Design, or any fraudulent Imitation thereof, to any Article of Manufacture or to any Substance:
2. To the Publication, Sale, or Exposure for Sale of any Article of Manufacture or any Substance to which any provisionally registered Design shall have been applied.

III. That during the Continuance of such provisional Registration neither such Registration nor the Exhibition or Exposure of any Design provisionally registered, or of any Article to which any such Design may have been or be intended to be applied, in any Place, whether public or private, in which Articles are not sold or exposed or exhibited for Sale, and to which the Public are not admitted gratuitously, or in any Place which shall have been previously certified by the Board of Trade to be a Place of public Exhibition within the Meaning of this Act, nor the Publication of any Account or Description of any provisionally registered Design exhibited or exposed or intended to be exhibited or exposed in any such Place of Exhibition or Exposure in any Catalogue, Paper, Newspaper, Periodical, or otherwise, shall prevent the Proprietor thereof from registering any such Design under the said Designs Acts at any Time during the Continuance of the provisional Registration, in the same Manner and as fully and effectually as if no such Registration, Exhibition, Exposure, or Publication had been made; provided that every Article to which any such Design shall be applied, and which shall be exhibited or exposed by or with the Licence or Consent of the Proprietor of such Design, shall have thereon or attached thereto the Words "provisionally registered," with the Date of Registration.

IV. That if during the Continuance of such provisional Registration the Proprietor of any Design provisionally registered shall sell, expose, or offer for Sale any Article, Substance, or Thing to which any such Design has been applied, such provisional Registration shall be deemed to have been null and void immediately before any such Sale, Offer, or Exposure shall have been first made; but nothing herein contained shall be construed

to hinder or prevent such Proprietor from selling or transferring the Right and Property in any such Design.

V. That the Board of Trade may by Order in Writing with respect to any particular Class of Designs, or any particular Design, extend the Period for which any Design may be provisionally registered under this Act, for such Term not exceeding the additional Term of Six Months as to the said Board may seem fit; and whenever any such Order shall be made, the same shall be registered in the Office for the Registration of Designs, and during the extended Term the Protection and Benefits conferred by this Act in case of provisional Registration shall continue as fully as if the original Term of One Year had not expired.

VI. That the Registrar of Designs, upon Application by or on behalf of the Proprietor of any Sculpture, Model, Copy, or Cast within the Protection of the Sculpture Copyright Acts, and upon being furnished with such Copy, Drawing, Print, or Description, in Writing or in Print, as in the Jugdment of the said Registrar shall be sufficient to identify the particular Sculpture, Model, Copy, or Cast in respect of which Registration is desired, and the Name of the Person claiming to be Proprietor, together with his Place of Abode or Business or other Place of Address, or the Name, Style, or Title of the Firm under which he may be trading, shall register such Sculpture, Model, Copy, or Cast in such Manner and Form as shall from Time to Time be prescribed or approved by the Board of Trade for the whole or any Part of the Term during which Copyright in such Sculpture, Model, Copy, or Cast may or shall exist under the Sculpture Copyright Acts; and whenever any such Registration shall be made, the said Registrar shall certify under his Hand and Seal of Office in such Form as the said Board shall direct or approve, the Fact of such Registration, and the Date of the same, and the Name of the registered Proprietor, or the Style or Title of the Firm under which such Proprietor may be trading, together with his Place of Abode or Business or other Place of Address.

VII. That if any Person shall, during the Continuance of the Copyright in any Sculpture, Model, Copy, or Cast which shall have been so registered as aforesaid, make, import, or cause to be made, imported, exposed for Sale, or otherwise disposed of, any pirated Copy or pirated Cast of any such Sculpture, Model, Copy, or Cast, in such Manner and under such Circumstances as would entitle the Proprietor to a special Action on the Case under the Sculpture Copyright Acts, the Person so offending shall forfeit for every such Offence a Sum not less than Five Pounds and not exceeding Thirty Pounds to the Proprietor of the Sculpture, Model, Copy, or Cast whereof the Copyright shall have been infringed; and for the Recovery of any such Penalty the Proprietor of the Sculpture, Model, Copy, or Cast which shall have been so pirated shall have and be entitled

to the same Remedies as are provided for the Recovery of Penalties incurred under the Designs Act, 1842: Provided always, that the Proprietor of any Sculpture, Model, Copy, or Cast which shall be registered under this Act shall not be entitled to the Benefit of this Act, unless every Copy or Cast of such Sculpture, Model, Copy, or Cast which shall be published by him after such Registration shall be marked with the Word "registered," and with the Date of Registration.

VIII. That Designs for the ornamenting of Ivory, Bone, Papier Maché, and other solid Substances not already comprised in the Classes numbered 1, 2, or 3 in the Designs Act, 1842, shall be deemed and taken to be comprised within the Class numbered 4 in that Act, and such Designs shall be so registered accordingly.

IX. That the Board of Trade may from Time to Time order that the Copyright of any Class of Designs or any particular Design registered or which may be registered under the Designs Act, 1842, may be extended for such Term, not exceeding the additional Term of Three Years, as the said Board may think fit, and the said Board shall have Power to revoke or alter any such Order as may from Time to Time appear necessary; and whenever any Order shall be made by the said Board under this Provision, the same shall be registered in the Office for the Registration of Designs; and during the extended Term the Protection and Benefits conferred by the said Designs Acts shall continue as fully as if the original Term had not expired.

X. That the Board of Trade may from Time to Time make, alter, and revoke Rules and Regulations with respect to the Mode of Registration, and the Documents and other Matters and Particulars to be furnished by Persons effecting Registration and provisional Registration under the said Acts and this Act: Provided always, that all such Rules and Regulations shall be published in the "*London Gazette,*" and shall forthwith upon the issuing thereof be laid before Parliament, if Parliament be sitting, and if Parliament be not sitting, then within Fourteen Days after the Commencement of the then next Session; and such Rules and Regulations, or any of them, shall be published or notified by the Registrar of Designs in such other Manner as the Board of Trade shall think fit to direct.

XI. That if in any Case in which the Registration of a Design is required to be made under either of the said Designs Acts it shall appear to the Registrar that Copies, Drawings, or Prints as required by those Acts cannot be furnished, or that it is unreasonable or unnecessary to require the same, the said Registrar may dispense with such Copies, Drawings, or Prints, and may allow in lieu thereof such Specification or Description in Writing or in Print as may be sufficient to identify and render intelligible the Design in respect of which Registration is desired; and whenever Registration shall be so made in the Absence of such Copies, Drawings, or Prints, the Registration

shall be as valid and effectual to all Intents and Purposes as if such Copies, Drawings, or Prints had been furnished.

XII. That in order to prevent the frequent and unnecessary Removal of the public Books and Documents in the Office for the Registration of Designs, no Book or Document in the said Office shall be removed for the Purpose of being produced in any Court or before any Justice of the Peace, without a special Order of a Judge of the Court of Chancery, or of One of Her Majesty's Superior Courts of Law, first had and obtained by the Party who shall desire the Production of the same.

XIII. That if Application shall be made to a Judge of any of Her Majesty's Courts of Law at *Westminster* by any Person desiring to obtain a Copy of any Registration, Entry, Drawing, Print, or Document, of which such Person is not entitled as of Right to have a Copy, for the Purpose of being used in Evidence in any Cause, or otherwise howsoever, and if such Judge shall be satisfied that such Copy is *bonâ fide* intended for such Purpose as aforesaid, such Judge shall order the Registrar of Designs to deliver such Copy to the Party applying, and the Registrar of Designs shall, upon Payment for the same of such Fee or Fees as may be fixed according to the Provisions of the said Designs Act in this Behalf, deliver such Copy accordingly.

XIV. That every Copy of any Registration, Entry, Drawing, Print, or Document delivered by the Registrar of Designs to any Person requiring the same shall be signed by the said Registrar, and sealed with his Seal of Office; and every Document sealed with the said Seal purporting to be a Copy of any Registraion, Entry, Drawing, Print, or Document, shall be deemed to be a true Copy of such Registration, Entry, Drawing, Print, or Document, and shall, without further Proof, be received in Evidence before all Courts in like Manner and to the same Extent and Effect as the original Book, Registration, Entry, Drawing, Print, or Document would or might be received if tendered in Evidence, as well for the Purpose of proving the Contents, Purport, and Effect of such Book, Registration, Entry, Drawing, Print, or Document, as also proving the same to be a Book, Registration, Entry, Drawing, Print or Document of or belonging to the said Office, and in the Custody of the Registrar of Designs.

XV. That the several Provisions contained in the said Designs Acts (so far as they are not repugnant to the Provisions of this Act) relating to the Transfer of Designs, to cancelling and amending Registration, to the Refusal of Registration in certain Cases, to the Mode of recovering Penalties, to the awarding and Recovery of Costs, to Actions for Damages, to the Limitation of Actions, to the Certificate of Registration, to Penalties for wronfully using Marks, to the fixing and Application of Fees for Registration, and to the Penalty for Extortion,

shall apply to the Registration, provisional Registration, and Transfer of Designs, Sculptures, Models, Copies, and Casts, and to the Designs, Sculptures, Models, Copies, and Casts entitled to Protection under this Act, and to Matters under this Act, as fully and effectually as if those Provisions had been re-enacted in this Act with respect to Designs, Sculptures, Models, Copies, and Casts registered and provisionally registered under this Act; and the Forms contained in the Designs Act, 1842, may for the Purposes of this Act be varied so as to meet the Circumstances of the Case.

XVI. That in the Interpretation of this Act the following Terms and Expressions shall have the Meanings herein-after assigned to them, unless such Meanings shall be repugnant to or inconsistent with the Context or Subject Matter; that is to say,

The Expedition "Designs Act, 1842," shall mean an Act passed in the Sixth Year of the Reign of Her present Majesty, intituled *An Act to consolidate and amend the Laws relating to the Copyright of Designs for ornamenting Articles of Manufacture:*

The Expression "Designs Act, 1843," shall mean an Act passed in the Seventh Year of Her present Majesty, intituled *An Act to amend the Laws relating to the Copyright of Designs:*

The Expression "Sculpture Copyright Acts" shall mean Two Acts passed respectively in the Thirty-eighth and Fifty-fourth Years of the Reign of King *George* the Third, and intituled respectively *An Act for encouraging the Art of making new Models and Casts of Buts and other Things herein mentioned,* and *An Act to amend and render more effectual an Act for encouraging the Art of making new Models and Basts of Busts and other Things therein mentioned:*

The Expression "The Board of Trade" shall mean the Lords of the Committee of Privy Council for the Consideration of all Matters of Trade and Plantations:

The Expression "Registrar of Designs" shall mean the Registrar or Assistant Registrar of Designs for Articles of Manufacture:

The Expression "Proprietor" shall be construed according to the Interpretation of that Word in the said Designs Act, 1842:

And Words in the Singular Number shall include the Plural, and Words applicable to Males shall include Females.

XVII. That in citing this Act in other Acts of Parliament, and in any Instrument, Document, or Proceeding, it shall be sufficient to use the Words and Figures following, that is to say, "The Designs Act, 1850."

Anhang.

Gesetz zur Erläuterung des Gesetzes vom 22. Februar 1844, den Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst betreffend; vom 30. Juli 1855.

Wir, Johann, von Gottes Gnaden König von Sachsen rc. rc. rc., haben mit Zustimmung Unserer getreuen Stände beschlossen, wie folgt:

§. 1. Der im ersten Absatze von §. 11 des Gesetzes vom 22. Februar 1844, den Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt 1844, Seite 27 fg.), Ausländern zugesicherte Rechtsschutz tritt erst dann in Wirksamkeit, wenn das Gesetz des nichtdeutschen Staats, oder der Vertrag, wodurch die Reciprocität herbeigeführt wird, durch Verordnung des Ministeriums des Innern den diesseitigen Staatsangehörigen bekannt gemacht worden ist.

§. 2. Durch diese Verordnung sollen zugleich die Vorkehrungen bestimmt werden, welche zu treffen sind, um den ungehinderten Vertrieb der bei dem Erscheinen derselben bereits im Besitze Sächsischer Buchhandlungen befindlichen Vorräthe solcher Vervielfältigungen, welche nach dem Eintritte der Reciprocität unter den Begriff des Nachdrucks fallen würden, zu sichern.

§. 3. Rücksichtlich der Angehörigen deutscher Bundesstaaten bewendet es lediglich bei der Bestimmung im zweiten Absatze von §. 11 des Gesetzes vom 22. Februar 1844.

§. 4. Unsere Ministerien der Justiz und des Innern sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Gegeben zu Dresden, den 30. Juli 1855.

Verordnung, die Publication des mit der Königlich Großbritannischen Regierung abgeschlossenen Zusatzvertrags zum Vertrage vom 13. Mai 1846 über den gegenseitigen Schutz der Autorenrechte betreffend; vom 5. December 1855.

Nachdem unter dem 24. Juni dieses Jahres zwischen der Königlich Großbritannischen und der Königlich Preußischen Regierung ein Zusatzvertrag zu dem Vertrage vom 13. Mai 1846 (Gesetz- und Verordnungsblatt 1846, Seite 185 fg.) wegen gegenseitigen Schutzes der Autorenrechte gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung abgeschlossen und mittels besonderen bei der Auswechselung der Ratificationen aufgenommenen Protocolls vom 13. August mit Allerhöchster Genehmigung Seiten der Königlich Sächsischen Regierung durch Ihren Bevollmächtigten in London auch diesem Zusatzvertrage beigetreten worden ist, so wird in Gemäßheit des Gesetzes vom 30. Juli 1855 dieser Zusatzvertrag nachstehend unter ⊙ zur Nachachtung bekannt gemacht und zugleich rücksichtlich der Ausführung Folgendes bestimmt:

1) Der im Artikel VI. des Zusatzvertrags vorbehaltene Termin für den Beginn der Wirksamkeit desselben wird hiermit auf den 1. April 1856 festgesetzt.

2) Nach Artikel I. können nunmehr Verlagsartikel, welche in irgend einem Staate erschienen sind, welcher mit Großbritannien einen Vertrag wegen gegenseitigen Schutzes wider den Nachdruck abgeschlossen hat, und welche von Leipzig ab nach Großbritannien ausgeführt werden, gleich Sächsischen Artikeln mit dem Stempel des Stadtraths zu Leipzig nach Artikel V. des Hauptvertrages vom 13. Mai 1846 eben so versehen werden, wie dieß dermalen schon bei Preußischen, Hannöverschen u. s. w. Verlagsartikeln zulässig war.

3) Der im Artikel III. zugesagte Schutz erstreckt sich nur auf das Verbot der Publikation (Herausgabe) einer nicht autorisirten Uebersetzung unter den dort angegebenen Voraussetzungen innerhalb des Königreichs Sachsen; berührt also das Commissionsgeschäft nicht.

4) Der Schutz gegen Herausgabe jeder vom Englischen Autor nicht autorisirten Uebersetzung wird für jedes Werk — und in dieser Beziehung gilt jeder Theil als selbstständiges Werk —, welches nach dem 1. April 1856 in Großbritannien erscheint, dann fünf Jahre vom Erscheinen des Originals gewährt, wenn das Englische Originalwerk, beziehentlich jeder Theil desselben, spätestens 3 Monate nach seinem Erscheinen in Gemäßheit des Hauptvertrages in die Bücherrolle der Kreisdirection zu Leipzig eingetragen und der Vorbehalt des Uebersetzungsrechts auf dem Titel (bei mehrtheiligen Werken wenigstens auf dem Titel des ersten nach dem 1. April 1856 erschienenen Bandes) ausgesprochen ist, und wenn eine autorisirte Uebersetzung in der That binnen der im Art. III. §. 3 des Zusatzvertrags ausgesprochenen Fristen in einem der beiden contrahirenden Staaten erschienen und ebenfalls in die Bücherrolle der Kreisdirection eingetragen ist. Unter diesen Voraussetzungen leiden alle Vorschriften der Verordnung vom 22. Februar 1844 über das provisorische Verfahren im Verwaltungswege auch gegen jede in Sachsen erschienene vom Autor nicht autorisirte Uebersetzung Anwendung.

5) Um den Nachweis zu erleichtern, wird die Kreisdirection zu Leipzig bei Ertheilung des Verlagscheins für eine Uebersetzung eines Englischen Originalwerks dann, wenn es der Ausbringer des Verlagsscheins wünscht, und wenn sich die Kreisdirection überzeugt hat, daß allen Voraussetzungen des Artikels III. des Zusatzvertrags genügt ist, im Texte des Verlagscheins bemerken, daß diese Uebersetzung eine den fünfjährigen Schutz nach den Bestimmungen des Zusatzvertrags genießende sei. Da dem Autor nicht verwehrt ist, mehrere Uebersetzungen zu autorisiren, so steht nichts entgegen, daß für mehrere Uebersetzungen desselben Originalwerks Verlagscheine ertheilt werden, vorausgesetzt, daß für jede die Autorisation des Autors und die Innehaltung der Publicationsfrist nachgewiesen ist.

6) Ein mit dieser Bemerkung versehener Verlagschein soll bis zu Ausführung eines Anderen im Rechtswege als genügende Legitimation des Verlegers zu Verfolgung jeder in Sachsen erschienenen, nicht in gleicher Weise autorisirten Uebersetzung angesehen werden.

7) Die Bestimmungen des Artikels IV. sind auf die Aufführung bereits gedruckter Englischer dramatischer und musikalischer Werke zur Zeit nicht anzuwenden, da das Gesetz vom 27. Juli 1846 den Schutz nur für ungedruckte Werke dieser Art gewährt.

Zweite Abtheilung.

Staatsverträge.

I. Die Verträge deutscher Staaten mit Frankreich.

Vertrag zwischen Hannover und Frankreich zum Schutz des Eigenthums von Werken der Literatur und Kunst vom 20. October 1851.

Seine Majestät der König von Hannover und der Präsident der französischen Republik, gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, den Wissenschaften und Künsten ihren Schutz angedeihen zu lassen und nützliche Unternehmungen, welche sich darauf beziehen, zu befördern, haben zu dem Ende beschlossen, in gemeinschaftlichem Einverständniß diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche am Meisten geeignet erscheinen, um in den beiderseitigen Landen das Eigenthum an den im Königreiche Hannover oder in Frankreich zuerst veröffentlichten Werken der Literatur und Kunst für deren Urheber oder Rechtsnachfolger sicher zu stellen.

Zu diesem Zwecke haben Sie zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Seine Majestät der König von Hannover den Freiherrn Alexander von Münchhausen, Präsidenten Allerhöchst-Ihres Gesammt-Ministeriums, Minister Ihres Königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Commandeur erster Classe des Königlichen Guelphen-Ordens

und

Allerhöchst-Ihren Staats-Minister des Innern, Doctor Christian Wilhelm Lindemann, Ritter des Königlichen Guelphen-Ordens,

und der Präsident der französischen Republik den Herrn Arthur von Gobineau, Ihren Geschäftsträger am Königlich-Hannoverschen Hofe, Ritter des nationalen Ordens der Ehren-Legion, Commandeur des Königlich Belgischen Leopold-Ordens,

welche Bevollmächtigte, nachdem sie ihre Vollmachten gegenseitig einander mitgetheilt und selbige genügend befunden, über folgende Artikel sich vereinigt haben:

Art. 1. Das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung von Werken des Geistes oder der Kunst, als Büchern, Schriften, dramatischen Werken, musikalischen Compositionen, Gemälden, Stichen, Lithographien, Zeichnungen, Bildhauerarbeiten und anderen schriftstellerischen und künstlerischen Erzeugnissen, soll in beiden Staaten gegenseitig in der Art geschützt werden, daß in jedem derselben der Nachdruck und die unbefugte Nachbildung von Werken, welche in dem anderen Staate zuerst erschienen sind, gleichgestellt werden dem Nachdruck und der unbefugten Nachbildung der in dem be-

Vertrag zwischen Hannover und Frankreich zum Schutz des Eigenthums von Werken der Literatur und Kunst vom 20. October 1851.

Sa Majesté le Roi de Hanôvre et le Président de la République Française également animés du désir de protéger les sciences et les arts et d'encourager les entreprises utiles qui s'y rapportent, ont à cette fin résolu d'adopter, d'un commun accord, les mesures les plus propres à garantir dans les deux pays aux auteurs ou à leurs ayants-cause, la propriété des oeuvres littéraires ou artistiques publiées pour la première fois dans le Royaume de Hanôvre ou en France.

Dans ce but ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi de Hanôvre le Sieur Alexandre Baron de Münchhausen, Son Président du Conseil des Ministres, Ministre de la Maison Royale et des Affaires Etrangères, Commandeur de première classe de l'Ordre Royal des Guelphes, et le Sieur Chrétien Guillaume Lindemann, Docteur en Droit, Ministre d'Etat et de l'Intérieur, Chevalier de l'Ordre Royal des Guelphes,

et le Président de la République Française le Sieur Arthur de Gobineau, Son Chargé d'Affaires près la Cour de Hanôvre, Chevalier de l'Ordre National de la Légion d'honneur, Commandeur de l'Ordre Royal de Léopold de Belgique.

Lesquels après s'être communiqués leurs pleins-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, son convenus des articles suivants:

Art. 1[er]. Le droit exclusif des auteurs de publier (vervielfältigen) leurs ouvrages d'esprit ou d'art, tels que livres, écrits, oeuvres dramatiques, compositions musicales, tableaux, gravures, lithographies, dessins, travaux de sculpture et autres productions littéraires et artistiques, sera protégé réciproquement dans les deux Etats, de telle sorte que la réimpression et la reproduction illicites des oeuvres publiées primitivement dans l'un d'eux, seront assimilées dans l'autre à la réimpression et à la reproduction illicites des ouvrages nationaux et dès lors, toutes les lois, ordonnances et stipulations aujourd'hui existantes ou qui pourraient, par la suite, être promulguées au sujet du droit ex-

treffenden Staate selbst erschienenen Werke und darauf alle Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen Anwendung finden, welche in diesem Staate in Beziehung auf das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung schriftstellerischer und künstlerischer Erzeugnisse bestehen oder für die Folge werden gegeben werden.

Die gesetzlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger der Urheber von Werken des Geistes oder der Kunst sollen in allen Beziehungen dieselben Rechte wie die Urheber selbst genießen.

Art. 2. Die Bestimmungen des Art. 1 finden gleichfalls Anwendung auf die Darstellung oder Aufführung von dramatischen oder musikalischen Werken, insoweit, als die Gesetze eines jeden der beiden Staaten in Betreff der in ihnen zuerst aufgeführten oder dargestellten Werke gedachter Art einen Schutz gewähren oder für die Folge gewähren werden.

Art. 3. Um für Werke des Geistes und der Kunst den in den vorstehenden Artikeln bezeichneten Schutz zu sichern, müssen die Urheber derselben auf Verlangen durch das Zeugniß einer öffentlichen Behörde nachweisen, daß das in Frage stehende Werk ein solches Original-Werk sei, welches in dem Lande seines Erscheinens den gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck oder unbefugte Nachbildung genießet.

Art. 4. Das Feilhalten und der Verkauf von Nachdrücken und unbefugten Nachbildungen der in dem Art. 1 bezeichneten Werke ist in beiden Staaten verboten, ohne Unterschied ob jene Nachdrücke und Nachbildungen in einem der beiden Staaten selbst oder außerhalb derselben veranstaltet sind.

Art. 5. Die beiden hohen contrahirenden Mächte verpflichten sich, die Erfüllung der in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern und den Angehörigen des andern Staates denselben Rechtsschutz wie denjenigen des eigenen Staates zu gewähren.

Ueber die Frage was als Nachdruck oder unbefugte Nachbildung anzusehen sei, werden die Gerichte eines jeden Landes nach den in demselben geltenden Gesetzen entscheiden.

Art. 6. Gegenwärtige Uebereinkunft soll den freien Verkauf oder die Veröffentlichung von Nachdrücken oder Nachbildungen nicht verhindern, welche schon vor der Publication dieses Vertrages in einem der beiden Staaten ganz oder theilweise angefertigt, bestellt oder eingeführt sind.

Die beiden hohen contrahirenden Mächte behalten sich jedoch vor, einen annoch näher zu vereinbarenden Zeitpunct festzustellen, nach dessen Ablauf der Verkauf der in diesem Artikel bezeichneten Nachdrücke und Nachbildungen nicht weiter Statt finden soll.

Art. 7. Um die Ausführung dieses Vertrages zu erleichtern, werden beide hohe contrahirende Regierungen sich gegenseitig die Gesetze und Verordnungen mittheilen, welche jede von ihnen in Beziehung auf die Sicherstellung gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung zu erlassen sich veranlaßt sehen wird.

Art. 8. Die Bestimmungen dieses Vertrages können das Recht der beiden hohen contrahirenden Mächte nicht beeinträchtigen, durch Maßregeln der Gesetzgebung oder Verwaltung den Verkehr, die Darstellung, die Feilhaltung oder den Verkauf schriftstellerischer und künstlerischer Erzeugnisse in geeigneter Weise zu überwachen, zu erlauben oder zu untersagen.

clusif de publication des oeuvres littéraires et artistiques, seront applicables à cette contrefaçon.

Les représentants légaux ou les ayants-cause des auteurs d'oeuvres intellectuelles ou artistiques jouiront, sous tous les rapports, des mêmes droits que les auteurs eux-mêmes.

Art. 2. Les stipulations de l'article 1er s'appliqueront également à la représentation ou exécution des oeuvres dramatiques ou musicales en tant que les lois de chacun des deux Etats garantissent, ou garantiront par la suite, protection aux oeuvres susdites exécutées ou représentées pour la première fois sur les territoires respectifs.

Art. 3. Pour assurer à tous ouvrages intellectuels ou artistiques la protection stipulée dans les articles précédents, leurs auteurs devront établir, au besoin, par un témoignage émanant d'une autorité publique, que l'ouvrage en question est une oeuvre originale qui, dans le pays où elle a été publiée, jouit de la protection légale contre la contrefaçon, ou réimpression illicite.

Art. 4. L'exposition et la vente de réimpressions et reproductions illicites des oeuvres indiquées dans l'article 1er sont prohibées dans les deux Etats, sans qu'il y ait à distinguer si ces réimpressions et reproductions proviennent de l'un des Etats même ou de tout autre pays.

Art. 5. Les deux Hautes Parties contractantes s'engagent à assurer, par tous les moyens en leur pouvoir, l'exécution des stipulations contenues dans les articles précédents et à faire jouir réciproquement leurs ressortissants de la protection légale assurée aux nationaux.

Les tribunaux de chaque pays auront à décider, d'après la législation existante, la question de contrefaçon ou de reproduction illicite.

Art. 6. La présente convention ne pourra faire obstacle à la publication ou à la vente des réimpressions ou reproductions qui auraient déjà été publiées, introduites, ou commandées, en tout ou en partie, dans chacun des deux Etats, antérieurement à sa publication.

Les deux Hautes Parties contractantes se réservent de s'entendre sur la fixation d'un délai après lequel la vente des réimpressions et reproductions indiquées dans le présent article, ne pourra plus avoir lieu.

Art. 7. Pour faciliter l'exécution de ce traité, les deux Hautes Parties contractantes se communiqueront respectivement les lois et ordonnances que chacune d'elles auraient ou pourraient à l'avenir promulguer pour garantir le commerce légitime contre la réimpression et reproduction illicite.

Art. 8. Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux Hautes Parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire, à leur convenance, par des mesures législatives ou administratives le commerce, la représentation, l'exposition (Feilhaltung) ou la vente de productions littéraires ou artistiques.

Auch soll keine Bestimmung dieser Uebereinkunft so ausgelegt werden, daß dieselbe das Recht eines der hohen contrahirenden Theile beeinträchtigte, die Einfuhr solcher Bücher nach seinem eigenen Gebiete zu verhindern, welche seine innere Gesetzgebung oder seine Verträge mit anderen Staaten für Nachdrücke oder für Verletzungen des ausschließlichen Rechts zur Vervielfältigung erklären.

Art. 9. Diejenigen deutschen Staaten, welche gegenwärtiger Uebereinkunft beizutreten wünschen, sollen dazu zugelassen werden.

Die Regierung seiner Majestät des Königs von Hannover wird ihre guten Dienste eintreten lassen, um den Beitritt anderer deutschen Regierungen auf diejenige Weise, welche ihr die geeignetste erscheinen möchte, sobald als möglich herbeizuführen.

Art. 10. Gegenwärtige Uebereinkunft soll bis zum 1. November 1856 und von da ab weiter bis zum Ablauf eines Jahrs nach der Aufkündigung in Kraft bleiben, welche von der einen oder andern Seite zu irgend einer Zeit nach dem 1. November 1856 erfolgen möchte.

Uebrigens soll der Vertrag nach Ablauf eines Jahrs, vom Tage des Austausches der Ratificationen an gerechnet, einer Revision unterzogen werden und sofern ein Einverständniß über die hierbei zu treffenden ferneren Bestimmungen wider Erwarten nicht herbeizuführen sein sollte, für diesen Fall von jeder der beiden contrahirenden hohen Mächte sofort wieder aufgehoben werden können.

Zu einer gleichen Aufhebung sollen die Regierungen eines jeden der beiden Staaten befugt sein, wenn in dem andern Staate die jetzt bestehenden Zölle für die Einfuhr von Büchern und sonstigen im Art. 1 bezeichneten Werken erhöhet werden sollten.

Art. 11. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt und die Auswechselung der Ratifications-Urkunden zu Hannover binnen zwei Monaten oder wo möglich früher bewirkt werden.

Nach erfolgter Ratification soll der Vertrag von den beiderseitigen Regierungen baldthunlichst publicirt werden und die Wirksamkeit desselben ihren Anfang nehmen, sobald die Publication in beiden Staaten geschehen sein wird.

So geschehen Hannover, den 20. October 1851.

(gez.) A. v. Münchhausen. Lindemann.
(L. S.) (L. S.)

Vertrag zwischen Braunschweig und Frankreich zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthums vom 8. August 1852.

Seine Hoheit der Herzog von Braunschweig und der Prinz-Präsident der Französischen Republik, gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, den Wissenschaften und Künsten Ihren Schutz angedeihen zu lassen und nützliche Unternehmungen, welche sich darauf beziehen, zu befördern, haben zu dem Ende beschlossen, in gemeinschaftlichem Einverständnisse diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche am meisten geeignet erscheinen, um in den beiderseitigen Ländern das Eigenthum an den in Frankreich oder Braun-

De même aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interprétée de manière à contester le droit des Hautes Parties contractantes de prohiber l'importation sur leur propre territoire des livres que leur législation intérieure ou des traités avec d'autres Etats feraient entrer dans la catégorie des reproductions illicites.

Art. 9. Les Etats germaniques, qui seraient disposés à la présente convention, y seront admis.

Le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Hanôvre s'engage a employer ses bons offices pour déterminer dans le plus bref délai possible, l'accession des autres gouvernements germaniques et cela dans la forme qui lui paraîtra la plus propre à amener ce résultat.

Art. 10. La présente convention restera en vigueur jusqu'au 1[er] Novembre 1856 et à partir de cette époque, pendant un an encore après la dénonciation qui pourrait en avoir été faite par l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes, postérieurement à cette date.

Un an après l'échange des ratifications le présent traité sera l'objet d'un travail de revision et si, contre toute attente, les nouvelles stipulations qui seraient alors jugées nécessaires, ne pouvaient y être introduites d'un commun accord, les deux Hautes Parties contractantes auraient respectivement la faculté d'en faire cesser les effets.

La même faculté existera également dans le cas où les tarifs respectifs des droits perçus actuellement pour l'importation des livres et autres oeuvres désignées dans l'article 1., subiraient des augmentations.

Art. 11. La présente convention sera ratifiée et l'échange des ratifications aura lieu à Hanôvre dans le délai de deux mois au plus tard.

Après l'échange des ratifications le présent traité sera publié par les deux Hautes Parties contractantes aussitôt que possible et il sera mis en vigueur après la publication accomplie lans les deux Etats.

Fait à Hanôvre ce 20. Octobre 1851.

(signé) Arthur de Gobineau.
(L. S.)

Vertrag zwischen Braunschweig und Frankreich zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthums vom 8. August 1852.

Son Altesse le Duc de Brunswick et le Prince-Président de de la République Français, également animés du désir de protéger les sciences et les arts et d'encourager les entreprises utiles qui s'y rapportent ont à cette fin résolu d'adopter, d'un commun accord, les mesures les plus propres à garantir dans les deux pays aux auteurs ou à leurs ayants-cause la propriété des oeuvres littéraires

schweig zuerst veröffentlichten Werken der Literatur und Kunst für deren Urheber oder Rechtsnachfolger sicher zu stellen.

Zu diesem Zwecke haben Sie zu ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Seine Hoheit der Herzog von Braunschweig
den Staatsminister Freiherrn Wilhelm von Schleinitz, Großkreuz des Herzoglichen Ordens Heinrichs des Löwen, des Königlichen Guelphen Ordens, des Königlich Belgischen Leopold-Ordens 2c. 2c. und

der Prinz-Präsident der Französischen Republik
den Herrn Edme Grafen von Reculot, Dessen bevollmächtigten Minister und außerordentlichen Gesandten am Herzoglich Braunschweigischen Hofe, Ritter des nationalen Ordens der Ehrenlegion, Inhaber des Nichan Iftihar der Ottomanischen Pforte 2c. 2c.

welche Bevollmächtigte, nachdem sie ihre Vollmachten einander mitgetheilt und selbige genügend befunden, über folgende Artikel sich vereinigt haben.

Art. 1. Das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung von Werken des Geistes oder der Kunst, als Bücher, Schriften, dramatischen Werken, musikalischen Compositionen, Gemälden, Stichen, Lithographien, Zeichnungen, Bildhauerarbeiten und anderen schriftstellerischen und künstlerischen Erzeugnissen soll in beiden Staaten gleichmäßig in der Art geschützt werden, daß der Schutz, welchen das Decret des Prinz-Präsidenten der Französischen Republik vom 28. März 1852 den im Herzogthume Braunschweig erscheinenden Werken gewährt, im gleichen Maße, auf Grund des Braunschweigischen Gesetzes vom 10. Februar 1842, den in Frankreich erscheinenden Werken zu Theil werden soll.

Die gesetzlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger der Urheber von Werken des Geistes oder der Kunst sollen den durch diese Gesetze näher gewährten Schutz gleichfalls genießen.

Art. 2. Die Bestimmungen des Artikel 1. finden gleichfalls Anwendung auf die Darstellung oder Aufführung von dramatischen oder musikalischen Werken, insoweit, als die Gesetze eines jeden der beiden Staaten in Betreff der in ihnen zuerst aufgeführten oder dargestellten Werke gedachter Art einen Schutz gewähren oder für die Folge gewähren werden.

Art. 3. Um für die Werke des Geistes und der Kunst den in den vorstehenden Artikeln bezeichneten Schutz zu sichern, müssen die Urheber derselben auf Verlangen durch das Zeugniß einer öffentlichen Behörde nachweisen, daß das in Frage stehende Werk ein solches Originalwerk sei, welches in dem Lande seines Erscheinens den gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck oder unbefugte Nachbildung genießt.

Art. 4. Das Feilhalten und der Verkauf von Nachdrücken und unbefugten Nachbildungen der im Art. 1. bezeichneten Werke ist in beiden Staaten verboten, ohne Unterschied ob jene Nachdrücke und Nachbildungen in einem der beiden Staaten selbst oder außerhalb derselben veranstaltet sind.

Art. 5. Die beiden hohen contrahirenden Theile verpflichten sich, die Erfüllung der in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern und den Ange-

ou artistiques publiées pour la première fois en France ou dans le Duché de Brunswick.

Dans ce but ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Son Altesse le Duc de Brunswick

le Sieur Guillaume Baron de Schleinitz, Son Ministre d'Etat, Grand-Croix de l'Ordre Ducal de Henri le Lion, de l'Ordre Royal des Guelphes, de l'Ordre Royal Belge de Léopold etc. etc. et

le Prince-Président de la République Française

le Sieur Edme Comte de Reculot, Ministre plénipotentiaire et Envoyé extraordinaire près la Cour Ducale de Brunswick, Chevalier de l'Ordre National de la Légion d'honneur, décoré du Nichan Iftihar de la Porte Ottomane etc. etc.

lesquels, après s'être communiqués leurs pleins-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants.

Art. 1. Le droit exclusif des auteurs de publier (vervielfältigen) leurs ouvrages d'esprit ou d'art, tels que livres, écrits, oeuvres dramatiques, compositions musicales, tableaux, gravures, lithographies, dessins, travaux de sculpture et autres productions littéraires et artistiques sera protégé également dans les deux Etats de telle sorte, que la protection accordée par le décret du Prince-Président de la République Française en date du 28. Mars 1852 aux ouvrages publiés dans le Duché de Brunswick sera également accordée d'après les termes de la loi émanée dans le Duché de Brunswick en date du 10. Février 1842 aux ouvrages publiés en France.

Le représentants légaux ou les ayants-cause des auteurs d'oeuvres intellectuelles ou artistiques jouiront dans la même mesure de la protection qui leur est accordée dans ces lois.

Art. 2. Les stipulations de l'art 1 s'appliqueront également à la représentation ou exécution des oeuvres dramatiques ou musicales en tant que les lois de chacun des deux Etats garantissent ou garantiront par la suite protection aux oeuvres susdites exécutées ou représentées pour la première fois sur les territoires respectifs.

Art. 3. Pour assurer à tous ouvrages intellectuels ou artistiques la protection stipulée dans les articles précédents leurs auteurs devront établir, au besoin par un témoignage émanant d'une autorité publique, que l'ouvrage en question est une oeuvre originale qui dans le pays où elle a été publiée, jouit de la protection légale contre la contrefaçon ou réimpression illicite.

Art. 4. L'exposition et la vente de réimpressions et reproductions illicites des oeuvres indiquées dans l'art. 1 sont prohibées dans les deux Etats, sans qu'il y ait à distinguer si ces réimpressions ou reproductions proviennent de l'un des Etats même ou de tout autre pays.

Art. 5. Les deux Hautes Parties contractantes s'engagent à assurer, par tous les moyens en leur pouvoir, l'exécution des stipulations contenues dans les articles précédents et à faire jouir

hörigen des andern Staates denselben Rechtsschutz wie denjenigen des eigenen Staates zu gewähren.

Ueber die Frage, was als Nachdruck oder unbefugte Nachbildung anzusehen sei, werden die Gerichte eines jeden Landes nach den in demselben geltenden Gesetzen entscheiden.

Art. 6. Gegenwärtige Uebereinkunft soll den freien Verkauf oder die Veröffentlichung von Nachdrücken oder Nachbildungen nicht verhindern, welche schon vor der Publication dieses Vertrages in einem der beiden Staaten ganz oder theilweise angefertigt, bestellt oder eingeführt sind.

Die beiden hohen contrahirenden Theile behalten sich jedoch vor, einen annoch näher zu vereinbarenden Zeitpunkt festzustellen, nach dessen Ablauf der Verkauf der in diesem Artikel bezeichneten Nachdrücke und Nachbildungen nicht weiter stattfinden soll.

Art. 7. Um die Ausführung dieses Vertrages zu erleichtern, werden beide hohe contrahirende Regierungen sich gegenseitig die Gesetze und Verordnungen mittheilen, welche jede von ihnen in Beziehung auf die Sicherstellung gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung zu erlassen sich veranlaßt sehen wird.

Art. 8. Die Bestimmungen dieses Vertrages können das Recht der beiden hohen contrahirenden Theile nicht beeinträchtigen, durch Maßregeln der Gesetzgebung oder Verwaltung den Verkehr, die Darstellung, die Feilhaltung oder den Verkauf schriftstellerischer und künstlerischer Erzeugnisse in geeigneter Weise zu überwachen, zu erlauben und zu untersagen.

Auch soll keine Bestimmung dieser Uebereinkunft so ausgelegt werden, daß dieselbe das Recht eines der hohen contrahirenden Theile beeinträchtigte, die Einfuhr solcher Bücher nach seinem eigenen Gebiete zu verhindern, welche seine innere Gesetzgebung oder seine Verträge mit andern Staaten für Nachdrücke oder für Verletzungen des ausschließlichen Rechts zur Vervielfältigung erklären.

Art. 9. Gegenwärtige Uebereinkunft soll in Kraft bleiben, so lange das Decret des Prinz-Präsidenten der Französischen Republik vom 28. März 1852 in Kraft bleibt, und wenn die Französische Gesetzgebung den im Herzogthume Braunschweig erscheinenden Werken der Literatur und Kunst einen größeren Schutz gewähren sollte, so soll dieser den in Frankreich erscheinenden Werken auf Grund und in den Gränzen der Bestimmungen des Gesetzes vom 10. Febr. 1842, in dem Herzogthume Braunschweig ebenfalls zu Theil werden.

Art. 10. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt und die Auswechselung der Ratifications-Urkunden zu Braunschweig binnen zwei Monaten oder womöglich früher bewirkt werden.

Nach erfolgter Ratification soll der Vertrag von den beiderseitigen Regierungen baldthunlichst publicirt werden und die Wirksamkeit desselben ihren Anfang nehmen, sobald die Publication in beiden Staaten geschehen sein wird.

So geschehen Braunschweig, 8. August 1852.

von Schleinitz. Edme de Reculot.

réciproquement leurs ressortissants de la protection légale assurée aux nationaux.

Les tribunaux de chaque pays auront à décider, d'après la législation existante, la question de contrefaçon ou de reproduction illicite.

Art. 6. La présente convention ne pourra faire obstacle à la publication ou à la vente des réimpressions ou reproductions qui auraient déjà été publiées, introduites ou commandées, en tout ou en partie, dans chacun des deux Etats antérieurement à sa publication.

Les deux Hautes Parties contractantes se réservent de s'entendre sur la fixation d'un délai après lequel la vente des réimpressions et reproductions indiquées dans le présent article ne pourra plus avoir lieu.

Art. 7. Pour faciliter l'exécution de ce traité, les deux Hautes Parties contractantes se communiqueront respectivement les lois et ordonnances que chacune d'elles auraient ou pourraient à l'avenir promulguer pour garantir le commerce légitime contre la réimpression et reproduction illicite.

Art. 8. Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux Hautes Parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire, à leur convenence, par des mesures législatives ou administratives le commerce, la représentation, l'éxposition (Feilhaltung) ou la vente de productions littéraires et artistiques.

De même aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interprétée de manière à contester le droit des Hautes Parties contractantes de prohiber l'importation sur leur propre territoire des livres que leur législation intérieure ou des traités avec d'autres Etats feraient entrer dans la catégorie des réproductions illicites.

Art. 9. La présente convention demeurera en vigueur aussi longtemps que le décret du Prince Président de la République Française du 28. Mars 1852 sera en vigueur, et si la législation française accordait par la suite aux oeuvres littéraires et artistiques publiées dans le Duché de Brunswick une protection plus étendue, cette même protection serait accordée dans ce pays, aux termes et dans les limites des dispositions de la loi du 10. Février 1842, aux oeuvres lttéraires et artistiques publiées en France.

Art. 10. La présente convention sera ratifiée et l'échange de ratifications aura lieu à Brunswick dans le délai de deux mois au plus tard.

Après l'échange des ratifications le présent traité sera publié par les deux Hautes Parties contractantes aussitôt que possible et il sera mis en vigueur après la publication accomplie dans les deux Etats.

Fait à Brunswick, le 8. Août 1852.

de Schleinitz. Edme de Reculot.

Vertrag zwischen dem Großherzogthum Hessen und Frankreich, den Schutz des literarisch-artistischen Eigenthums betreffend, vom 18. September 1852.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein ꝛc. und der Prinz Präsident der französischen Republik, gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, die den Unterthanen des Großherzogthums Hessens und deren Rechtsnachfolgern in Frankreich und den Franzosen und deren Rechtsnachfolgern im Großherzogthum Hessen durch das Großherzoglich Hessische Gesetz vom 23. September 1830, beziehungsweise durch das Dekret des Prinz Präsidenten vom 28. März 1852 garantirten Rechte gegen den Nachdruck literarischer Erzeugnisse auf eine festere Grundlage zu stützen, haben für gut gefunden, zu diesem Behufe einen besonderen Vertrag abzuschließen.

Zu diesem Zwecke haben Sie zu Ihren Bevollmächtigten ernannt und zwar:

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen:

den Herrn Dr. Damian Dagobert Créve, Ministerialrath im Ministerium der Justiz zu Darmstadt, Ritter des Großherzoglich Hessischen Ordens Philipp des Großmüthigen und

der Prinz Präsident der französischen Republik:

den Herrn Marquis von Tallenay, Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem hohen deutschen Bunde, Großofficier der französischen Ehrenlegion, Großkreuz des Spanischen Ordens Isabella der Katholischen, Comthur des Portugisischen Ordens der Empfängniß, Comthur des Römischen St. Gregor-Ordens, Officier des Königlich Belgischen Leopold-Ordens,

welche Bevollmächtigte, nachdem sie ihre Vollmachten gegenseitig einander mitgetheilt und selbige genügend befunden, über folgende Artikel sich vereinigt haben:

Art. 1. In jedem der hohen vertragenden Staaten sollen die Unterthanen des andern Staates denselben Schutz gegen den in diesem Staate begangen werdenden Nachdruck oder unerlaubte Vervielfältigung ihrer Geistesprodukte, als: Bücher, periodische Schriften, dramatische Werke, musikalische Compositionen und sonstige schriftstellerische Erzeugnisse genießen, wie die eigenen Staatsangehörigen, und alle Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, welche entweder schon bestehen, oder künftig bezüglich der unerlaubten Nachbildung solcher Werke noch erlassen werden, sind ohne Unterschied auf die gleichartigen Erzeugnisse der Angehörigen beider Staaten anwendbar.

Was jedoch das Feilbieten und den Verkauf von Nachdruckswerken oder unerlaubten Abzügen der vorbenanten Werke angeht, die aus anderen als den hohen vertragenden Staaten herrühren, so beziehen sich beide hohe vertragende Theile noch zur Zeit auf die heute in ihren Staaten deßfalls bestehenden Bestimmungen.

Art. 2. Die Bestimmungen des Artikel 1 finden gleichfalls Anwendung auf die Darstellung oder Aufführung von dramatischen oder musikalischen Werken, insoweit, als die Gesetze eines jeden der beiden Staaten in

Vertrag zwischen dem Großherzogthum Hessen und Frankreich, den Schutz des literarisch-artistischen Eigenthums betreffend, vom 18. September 1852.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse et le Prince Président de la République Française, également animés du désir de donner une base plus solide aux garanties déjà existantes en faveur des sujets du Grand Duché et de leurs ayants-cause, en France, et en faveur des Français et de leurs ayants-cause dans le Grand Duché de Hesse, contre la réimpression et la reproduction illicites des ouvrages de littérature et des compositions musicales, par suite de la loi Grand Ducale du 23. Septembre 1830 et respectivement par suite du Décret du Prince Président du 28. Mars 1852, sont convenus de conclure dans ce but un traité spécial.

A cette fin ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Son Altesse Royale le Grand Duc de Hesse:

Le sieur Damien Dagobert *Crêve*, docteur en droit, conseiller du ministère de la justice à Darmstadt, chevalier de l'orde de Philippe le Magnanime de Hesse, et

Le Prince Président de la République Française:

Le sieur Auguste Marquis *de Tallenay*, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipontentiaire près la Sérénissime Confédération Germanique, Grand-Officier de l'ordre national de la Légion d'honneur, Grand croix de l'ordre d'Isabelle la Catholique d'Espagne, Commandeur de l'ordre de la Conception de Portugal, Commandeur de l'ordre de St. Grégoire de Rome; officier de l'ordre de Léopold de Belgique,

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1er. Les hautes parties contractantes s'engagent réciproquement à faire jouir les nationaux dans les Etats respectifs, quant aux ouvrages d'esprit, tels que livres, écrits periodiques, oeuvres dramatiques, compositions musicales, et autres productions littéraires, de la même protection contre la réimpression ou reproduction (Vervielfältigung) illicites dont jouissent les nationaux dans leur propre pays, de sorte que toutes les lois, ordonnances, stipulations aujourd'hui existantes ou qui pourraient être promulguées à l'avenir relativement à la contrefaçon et la reproduction illicite, seront également applicables aux ressortissants des deux Etats.

Quant à ce qui a rapport à l'exposition et à la vente des réimpressions et reproductions illicites des oeuvres mentionnées ci-dessus provenant de toute autre pays que les deux pays contractants, les hautes parties s'en réfèrent quant à présent aux dispositions aujourd'hui existantes dans les deux Etats.

Art. 2. Les stipulations de l'article premier s'appliqueront également à la représentation ou exécution des oeuvres dramatiques ou musicales, en tant que les lois de chacun des deux Etats

Betreff der in ihnen zuerst aufgeführten oder dargestellten Werke gedachter Art einen Schutz gewähren oder für die Folge gewähren werden.

Art. 3. Um für die Geistesprodukte den in den vorstehenden Artikeln bezeichneten Schutz zu sichern, müssen die Urheber derselben auf Verlangen durch das Zeugniß einer öffentlichen Behörde nachweisen, daß das in Frage stehende Werk ein solches Originalwerk sei, welches in dem Lande seines Erscheinens den gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck oder unbefugte Nachbildung genießt.

Art. 4. Die beiden hohen vertragenden Theile verpflichten sich, die Erfüllung der in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern und den Angehörigen des andern Staates denselben Rechtsschutz wie denjenigen des eigenen Staates zu gewähren.

Ueber die Frage, was als Nachdruck und unbefugte Nachbildung anzusehen sei, werden die Gerichte eines jeden Landes nach den in demselben geltenden Gesetzen entscheiden.

Art. 5. Gegenwärtige Uebereinkunft soll den freien Verkauf oder die Veröffentlichung von Nachdrücken oder Nachbildungen nicht verhindern, welche schon vor der Publication dieses Vertrages in einem der beiden Staaten ganz oder theilweise angefertigt oder bestellt sind.

Art. 6. Um die Ausführung dieses Vertrags zu erleichtern, werden beide hohe vertragende Regierungen sich gegenseitig die Gesetze und Verordnungen mittheilen, welche jede von ihnen in Beziehung auf die Sicherstellung gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung zu erlassen sich veranlaßt sehen wird.

Art. 7. Die Bestimmungen dieses Vertrags können das Recht der beiden hohen vertragenden Staaten nicht beeinträchtigen, durch Maßregeln der Gesetzgebung oder Verwaltung den Verkehr, die Darstellung, die Feilhaltung oder den Verkauf schriftstellerischer Erzeugnisse in geeigneter Weise zu überwachen, zu erlauben oder zu untersagen.

Auch soll keine Bestimmung dieser Uebereinkunft so ausgelegt werden, daß dieselbe das Recht eines der hohen vertragenden Theile beeinträchtige, die Einfuhr solcher Bücher nach seinem eigenen Gebiete zu verhindern, welche seine innere Gesetzgebung oder seine Verträge mit andern Staaten für Nachdrücke oder für Verletzungen des ausschließlichen Rechts zur Vervielfältigung erklären.

Art. 8. Die Dauer der gegenwärtigen Uebereinkunft wird auf sechs Jahre festgesetzt, und die Wirksamkeit derselben soll, sobald die Publication in beiden Staaten in gesetzlicher Weise geschehen sein wird, in beiden Staaten gleichzeitig ihren Anfang nehmen.

Die beiden hohen vertragenden Theile behalten sich vor, den Tag, an welchem diese Uebereinkunft in beiden Staaten beginnen soll, noch näher zu bezeichnen, jedoch bestimmen dieselben schon jetzt, daß die Inkraftsetzung dieser Uebereinkunft spätestens nach Ablauf von 3 Monaten, von dem Tage des Austausches der Ratification an gerechnet, ihren Anfang nehmen soll.

Erfolgt sechs Monate vor Ablauf der sechsjährigen Dauer dieser Uebereinkunft keine Aufkündigung von der einen oder andern Seite, so soll die verbindliche Kraft der gegenwärtigen Uebereinkunft weiter von Jahr zu Jahr fortdauern und deren Wirksamkeit erst zwölf Monate nach dem Zeitpunkte

garantissent ou garantiront, par la suite, protection aux oeuvres susdites exécutées ou représentées pour la première fois sur les territoires respectifs.

Art. 3. Pour assurer à tous ouvrages intellectuels la protection stipulée dans les articles précédents, leurs auteurs devront établir, au besoin, par un témoignage émanant d'une autorité publique, que l'ouvrage en question est une oeuvre originale qui, dans les pays où elle a été publiée, jouit de la protection légale contre la contrefaçon ou réimpression illicite.

Art. 4. Les deux hautes parties contractantes s'engagent à assurer, par tous les moyens en leur pouvoir, l'exécution des stipulations contenues dans les articles précédents, et à faire jouir réciproquement leurs ressortissants de la protection légale assurée aux nationaux.

Les tribunaux de chaque pays auront à décider, d'après la législation existante, la question de contrefaçon ou de reproduction illicite.

Art. 5. La présente convention ne pourra faire obstacle à la publication ou à la vente des réimpressions ou reproductions, qui auraient été déjà publiées ou commandées, en tout ou en partie, dans chacun des deux Etats, antérieurement à sa publication. Les deux hautes parties contractantes se réservent de s'entendre sur la fixation d'un délai après lequel la vente des réimpressions et reproductions indiquées dans le présent article ne pourra plus avoir lieu.

Art. 6. Pour faciliter l'exécution de ce traité, les deux hautes parties contractantes se communiqueront respectivement les lois et ordonnances, que chacune d'elles aurait promulguées ou pourrait, à l'avenir, promulguer pour garantir le commerce légitime contre la réimpression et reproduction illicites.

Art. 7. Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux hautes parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire, à leur convenance, par des mesures législatives ou administratives, le commerce, la représentation, l'exposition, (Feilhaltung) ou la vente de productions littéraires.

De même, aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interprétée de manière à contester le droit des hautes parties contractantes de prohiber l'importation sur leur propre territoire des livres que leur législation intérieure ou des traités avec d'autres Etats feraient entrer dans la catégorie des reproductions illicites.

Art. 8. La présente convention aura force et vigueur pendant six années à partir du jour dont les hautes parties contractantes conviendront pour son exécution simultanée dès que la promulgation en sera faite d'après les lois particulières à chacun des deux Etats, lequel jour ne pourra dépasser de trois mois l'échange des ratifications.

Si, à l'expiration des six années, elle n'est pas dénoncée six mois à l'avance par une des hautes parties contractantes,

aufhören, wo der eine der hohen vertragenden Theile dem andern seine Absicht, die Uebereinkunft nicht länger aufrecht halten zu wollen, erklärt haben wird.

Indessen behalten sich die beiden hohen vertragenden Theile das Recht vor, nach gegenseitiger Verständigung solche Modifikationen in die gegenwärtige Uebereinkunft aufzunehmen, welche die Erfahrung als zweckmäßig bewähren wird, und welche weder dem Geiste noch den Grundsätzen der gegenwärtigen Uebereinkunft widerstreiten.

Art. 9. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt und die Auswechselung der Ratificationsurkunden zu Frankfurt a. M. binnen zwei Monaten oder wo möglich früher bewirkt werden.

Nach erfolgter Ratification soll der Vertrag von den beiderseitigen Regierungen baldthunlichst publicirt werden und die Wirksamkeit desselben ihren Anfang nehmen, sobald die Publication in beiden Staaten geschehen sein wird.

Zu Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Frankfurt den 18. September des Jahres der Gnade 1852.

Créve. Tallenay.
(L. S.) (L. S.)

Vertrag zwischen Reuß und Frankreich zum gegenseitigen Schutze des musikalischen und literarischen Eigenthums vom 24. Febr. 1853.

Seine Durchlaucht der souveräne Fürst Reuß, Jüngerer Linie, und Seine Majestät der Kaiser der Franzosen, gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, die den Unterthanen des Fürstenthums Reuß Jüngerer Linie, und deren Rechtsnachfolgern in Frankreich und den Franzosen und deren Rechtsnachfolgern im Fürstenthume Reuß Jüngerer Linie, durch die in dem Fürstenthume Reuß, Jüngerer Linie, bestehenden Gesetze, beziehungsweise durch das Decret des Prinz-Präsidenten vom 28. März 1852 garantirten Rechte gegen den Nachdruck literarischer und musikalischer Erzeugnisse auf eine festere Grundlage zu stützen, haben für gut befunden, zu diesem Behufe einen besondern Vertrag abzuschließen.

Zu diesem Zwecke haben Höchstdieselben zu Ihrem Bevollmächtigten ernannt:

Seine Durchlaucht der souveräne Fürst Reuß Jüngerer Linie, den Herrn Adolph Freiherrn von Holzhausen, Commandeur erster Klasse des Großherzoglich Hessischen Ludwig-Ordens 2c., Höchstihren wirklichen Geheimen Rath, Gesandten und bevollmächtigten Minister am deutschen Bundestage;

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen den Herrn August Marquis de Tallenay Großoffizier des Kaiserlich Französischen Ordens der Ehrenlegion 2c., Allerhöchstihren außerordentlichen Gesandten und

elle continuera à être obligatoire d'année en année jusqu'à ce que l'une des parties contractantes ait annoncé à l'autre, un an à l'avance, son intention d'en faire cesser les effets.

Le hautes parties contractantes se réservent cependant la faculté d'apporter, d'un commun accord, à la présente convention toute modification qui ne serait pas incompatible avec l'esprit et les principes qui en sont la base et dont l'expérience viendrait à démontrer l'opportunité.

Art. 9. La présente Convention sera ratifiée, et l'échange des ratifications aura lieu à Francfort, dans le délai de deux mois au plus tard.

Après l'échange des ratifications, le présent traité sera publié par les deux hautes parties contractantes aussitôt que possible, et sera mis en vigueur après la publication accomplie dans les deux Etats.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Francfort le dixhuitième jour de Septembre l'an de grâce mille huit cent cinquante deux.

Crève. (L. S.) Tallenay. (L. S.)

Vertrag zwischen Reuß und Frankreich zum gegenseitigen Schutze des musikalischen und literarischen Eigenthums vom 24. Febr. 1853.

Sa Majesté l'Empereur des Français et Son Altesse Sérénissime le Prince souverain de Reuss, branche cadette, également animés du désir de donner une base plus solide aux garanties déjà existantes en faveur des Français et de leurs ayants-cause dans la Principauté de Reuss, branche cadette, et en faveur des sujets de la Principauté de Reuss et de leurs ayants-cause en France, contre la réimpression et la reproduction illicites des ouvrages de littérature et des compositions musicales, par suite du décret du Prince-Président, du 28 mars 1852, et respectivement, par suite des lois et décisions qui régissent la matière dans la Principauté de Reuss, branche cadette, sont convenus de conclure , dans ce but, un traité spécial.

A cette fin, ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur des Français, le sieur Auguste marquis de Tallenay, grand officier, etc., etc., son envoyé extraordinaire, et ministre plénipotentiaire près la Sérénissime Confédération germanique, ainsi que près la ville libre de Francfort, et son ministre plénipotentiaire près Son Altesse le duc de Nassau;

Son Altesse Sérénissime le Prince souverain de Reuss, branche cadette, le sieur Adolphe, baron de Holzhausen, son

bevollmächtigten Minister bei dem Durchlauchtigsten deutschen Bunde, und bei der freien Stadt Frankfurt, sowie bevollmächtigten Minister am Herzoglich Nassauischen Hofe,

welche Bevollmächtigten, nachdem sie ihre Vollmachten sich gegenseitig mitgetheilt und dieselben genügend befunden, über folgende Artikel sich vereinigt haben.

Art. 1. In jedem der hohen vertragenden Staaten sollen die Unterthanen des andern Staats denselben Schutz gegen den in diesem Staate begangen werdenden Nachdruck oder unerlaubte Vervielfältigung ihrer Geistesprodukte, als: Bücher, periodische Schriften, musikalische Kompositionen und sonstige schriftstellerische Erzeugnisse genießen, wie die eigenen Staatsangehörigen, und alle Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, welche entweder schon bestehen, oder künftig bezüglich der unerlaubten Nachbildung solcher Werke noch erlassen werden, sind ohne Unterschied auf die gleichartigen Erzeugnisse der Angehörigen beider Staaten anwendbar.

Was jedoch das Feilbieten und den Verkauf von Nachdruckswerken oder unerlaubten Abzügen der vorbenannten Werke angeht, die aus andern als den vertragenden Staaten herrühren, so beziehen sich beide hohe vertragende Theile noch zur Zeit auf die heute in ihren Staaten desfalls bestehenden Bestimmungen.

Art. 2. Die Bestimmungen des Artikels 1 finden gleichfalls Anwendung auf die Darstellung oder Aufführung von dramatischen oder musikalischen Werken, insoweit, als die Gesetze eines jeden der beiden vertragenden Staaten in Betreff der in ihnen zuerst aufgeführten oder dargestellten Werke gedachter Art einen Schutz gewähren, oder für die Folge gewähren werden.

Art. 3. Um für die Geistesprodukte den in den vorstehenden Artikeln bezeichneten Schutz zu sichern, müssen die Urheber derselben auf Verlangen durch das Zeugniß einer öffentlichen Behörde nachweisen, daß das in Frage stehende Werk ein solches Originalwerk sei, welches in dem Lande seines Erscheinens den gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck oder unbefugte Nachbildung genießt.

Art. 4. Die beiden hohen vertragenden Theile verpflichten sich, die Erfüllung der in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zn sichern und den Angehörigen des andern Staats denselben Rechtsschutz wie denjenigen des eigenen Staats zu gewähren.

Art. 5. Gegenwärtige Uebereinkunft soll den freien Verkauf oder die Veröffentlichung von Nachdrücken oder Nachbildungen nicht verhindern, welche schon vor der Publikation dieses Vertrages in einem der beiden Staaten ganz oder theilweise angefertigt oder bestellt sind.

Die beiden hohen vertragenden Theile behalten sich jedoch vor, einen annoch näher zu vereinbarenden Zeitpunkt festzustellen, nach dessen Ablauf der Verkauf der in diesem Artikel bezeichneten Nachdrücke und Nachbildungen nicht weiter stattfinden soll.

Art. 6. Um die Ausführung dieses Vertrags zu erleichtern, werden beide hohe vertragende Theile sich gegenseitig die Gesetze und Verordnungen mittheilen, welche jeder von ihnen in Beziehung auf Sicherstellung gegen Nach-

conseiller intime actuel, envoyé et ministre plénipotentiaire à la diète de la Confédération germanique;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, son convenus des articles suivants:

Art. 1[er]. Les hautes parties contractantes s'engagent réciproquement à faire jouir les nationaux dans les Etats respectifs, quant aux ouvrages d'esprit, tels que livres, écrits périodiques, compositions musicales et autres productions littéraires, de la même protection contre la réimpression ou reproduction illicite dont jouissent les nationaux dans leur propre pays, de sorte que toutes les lois, ordonnances, stipulations aujourd'hui existantes, ou qui pourraient être promulguées à l'avenir relativement à la contrefaçon et la reproduction illicite, seront également applicables aux ressortissants des deux États; quant à ce qui a rapport à l'exposition et à la vente des réimpressions et reproductions illicites des œuvres mentionées ci-dessus, provenant de tout autre pays que des deux pays contractants, les hautes parties s'en réfèrent, quant à présent, aux stipulations aujourd'hui existantes dans les deux Etats.

Art. 2. Les stipulations de l'article précédent s'appliqueront également à la représentation ou à l'exécution des œuvres dramatiques ou musicales, en tant que les lois de chacun des deux Etats garantissent ou garantiraient par la suite protection aux œuvres susdites, exécutées ou représentés pour la première fois sur les territoires respectifs.

Art. 3- Pour assurer à tous les ouvrages intellectuels la protection stipulée dans les articles précédents, leurs auteurs devront établir au besoin, par un témoignage émanant d'une autorité publique, que l'ouvrage en question est une œuvre originale qui, dans le pays où elle a été publiée, jouit de la protection légale contre la contrefaçon ou la réimpression illicite.

Art. 4. Les deux hautes parties contractantes s'engagent à assurer par tous les moyens en leur pouvoir l'exécution des stipulations contenues dans les articles précédents, et à faire jouir réciproquement leurs ressortissants de la protection légale accordée aux nationaux. Les tribunaux de chaque pays auront à décider, d'après la législation existante, la question de contrefaçon ou de reproduction illicite.

Art. 5. La présente convention ne pourra faire obstacle à la publication ou à la vente des réimpressions ou reproductions qui auraient déjà été publiées ou commandées en tout ou en partie, dans chacun des deux Etats, antérieurement à sa publication. Les deux hautes parties contractantes se réservent de s'entendre sur la fixation d'un délai après lequel la vente des réimpressions et reproductions indiquées dans le présent article ne pourra plus avoir lieu.

Art. 6. Pour faciliter l'exécution de ce traité, les deux hautes parties contractantes se communiqueront régulièrement les lois et ordonnances que chacune d'elles aurait promulguées

druck und unbefugte Nachbildung bereits erlassen hat, oder zu erlassen sich veranlaßt sehen wird.

Art. 7. Die Bestimmungen dieses Vertrags können das Recht der beiden hohen vertragenden Staaten nicht beeinträchtigen, durch Maßregeln der Gesetzgebung oder Verwaltung den Verkehr, die Darstellung, die Feilhaltung oder den Verkauf schriftstellerischer Erzeugnisse in geeigneter Weise zu überwachen, zu erlauben oder zu untersagen.

Auch soll keine Bestimmung dieser Uebereinkunft so ausgelegt werden, daß dieselbe das Recht eines der hohen vertragenden Theile beeinträchtige, die Einfuhr solcher Bücher nach seinem eigenen Gebiete zu verhindern, welche seine innere Gesetzgebung oder seine Verträge mit anderen Staaten für Nachdrücke oder für Verletzung des ausschließlichen Rechts zur Vervielfältigung erklären.

Art. 8. Die Dauer der gegenwärtigen Uebereinkunft wird auf sechs Jahre festgesetzt, und die Wirksamkeit derselben soll, sobald die Publikation in beiden Staaten in gesetzlicher Weise geschehen sein wird, in beiden Staaten gleichzeitig ihren Anfang nehmen.

Die beiden hohen vertragenden Theile behalten sich vor, den Tag, an welchem die Wirksamkeit dieser Uebereinkunft in beiden Staaten beginnen soll, noch näher zu bezeichnen; jedoch bestimmen dieselben jetzt schon, daß die Inkrafttretung dieser Uebereinkunft spätestens nach Ablauf von drei Monaten, von dem Tage des Austausches der Ratifikation an gerechnet, ihren Anfang nehmen soll.

Art. 9. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifizirt und die Auswechslung der Ratifikationsurkunden zu Frankfurt am Main binnen zwei Monaten, oder, wo möglich, früher, bewirkt werden.

Nach erfolgter Ratifikation soll der Vertrag von den beiderseitigen Regierungen baldthunlichst publizirt werden, und die Wirksamkeit desselben ihren Anfang nehmen, sobald die Publikation in beiden Staaten geschehen sein wird.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Frankfurt den vier und zwanzigsten Februar im Jahr des Herrn Eintausend acht Hundert fünfzig und drei.

Freih. v. Holzhausen. (L. S.) Tallenay. (L. S.)

Gleichen Inhalts und vom nämlichen Datum ist der Vertrag zwischen Reuß Aelterer Linie und Frankreich.

Vertrag zwischen Nassau und Frankreich wegen Sicherung des literarischen Eigenthums vom 2. März 1853.

Seine Hoheit der Herzog zu Nassau und Seine Majestät der Kaiser der Franzosen, gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, die den Unterthanen des Herzogthums Nassau und deren Rechtsnachfolgern in Frankreich und den Franzosen und deren Rechtsnachfolgern im Herzogthum Nassau durch die in dem Herzogthum bestehenden Gesetze, beziehungsweise durch das Decret des

ou pourrait à l'avenir promulguer pour garantir le commerce légitime contre la contrefaçon, la réimpression et reproduction illicites.

Art. 7. Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux hautes parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire, à leur convenance, par des mesures législatives ou administratives, le commerce, la représentation, l'exposition ou la vente de productions littéraires.

De même, aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interprétée de manière à contester le droit des hautes parties contractantes de prohiber l'importation, sur leur propre territoire, des livres que leur législation intérieure ou des traités avec d'autres Etats feraient entrer dans la catégorie des reproductions illicites.

Art. 8. La présente convention aura force et vigueur pendant six années, à partir du jour dont les hautes parties contractantes conviendront, pour son exécution simultanée, dès que la promulgation en sera faite d'après les lois particulières à chacun des deux Etats, lequel jour ne pourra dépasser de trois mois l'échange des ratifications.

Art. 9. La présente convention sera ratifiée, et l'échange des ratifications aura lieu à Francfort, dans le délai de deux mois au plus tard.

Après l'échange des ratifications, le présent traité sera publié par les deux hautes parties contractantes, aussitôt que possible, et il sera mis en vigueur après la publication accomplie dans les deux Etats.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé le présent traité et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Francfort, le 30 du mois de mars 1853.

(L. S.) Tallenay.
(L. S.) Baron de Holzhausen.

Gleichen Inhalts und vom nämlichen Datum ist der Vertrag zwischen Reuß Aelterer Linie und Frankreich.

Vertrag zwischen Nassau und Frankreich wegen Sicherung des literarischen Eigenthums vom 2. März 1853.

Son Altesse le Duc de Nassau et Sa Majesté l'Empereur des Français également animés du désir de donner une base plus solide aux garanties déjà existantes en faveur des sujets du Duché de Nassau et de leurs ayants-cause en France et en faveur des Français et de leurs ayants-cause dans le Duché de

Prinz-Präsidenten vom 28. März 1852 garantirten Rechte gegen den Nachdruck literarischer und musikalischer Erzeugnisse auf eine festere Grundlage zu stützen, haben für gut befunden zu diesem Behufe einen besonderen Vertrag abzuschließen.

Zu diesem Zwecke haben Höchstdieselben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Hoheit der Herzog zu Nassau:

den Prinzen August Ludwig von Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Höchstihren dirigirenden Staatsminister, Generallieutenant und Generaladjutant, Großkreuz des K. K. Oesterreichischen Leopoldordens, des Kaiserlich Russischen St. Alexander-Newsky-, weißen Adler- und St. Annen-Ordens, Ritter des St. Georg- und Wlademir-Ordens, des Königlich Preußischen rothen Adlerordens I. Klasse, Großoffizier der Kaiserlich Französischen Ehrenlegion, Großkreuz des Königlich Württembergischen Friedrichsordens, des Kurfürstlich Hessischen Löwen-, sowie des Großherzoglich Hessischen Ludwig- und Philippsordens, Großcomthur des Königlich Hannöverischen Guelphenordens, Ritter des Königlich Würtembergischen Militärverdienstordens,

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen:

den Herrn August Marquis von Tallenay, Großoffizier der Kaiserlich Französischen Ehrenlegion, Großkreuz des Spanischen Ordens Isabella der Katholischen und des Großherzoglich Hessischen Ordens Philipps des Großmüthigen, Comthur des Königlich Portugisischen Ordens der Empfängniß, Comthur des Römischen St. Gregorordens, Officier des Königlich Belgischen Leopoldordens, Höchstihren bevollmächtigten Minister bei Seiner Hoheit dem Herzoge von Nassau und außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem Hohen Deutschen Bund;

welche, nachdem sie ihre Vollmachten gegenseitig einander mitgetheilt und selbige genügend befunden, über nachfolgende Artikel sich vereinigt haben:

Art. 1. In jedem der hohen vertragenden Staaten sollen die Unterthanen des andern Staats denselben Schutz gegen den in diesem Staate begangen werdenden Nachdruck oder unerlaubte Vervielfältigung ihrer Geistesprodukte als: Bücher, periodische Schriften, musikalische Compositionen und sonstige schriftstellerische Erzeugnisse genießen, wie die eigenen Staatsangehörigen, uud alle Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, welche entweder schon bestehen, oder künftig bezüglich der unerlaubten Nachbildung solcher Werke noch erlassen werden, sind ohne Unterschied auf die gleichartigen Erzeugnisse der Angehörigen beider Staaten anwendbar.

Was jedoch das Feilbieten nnd den Verkauf von Nachdruckswerken oder unerlaubten Abzügen der vorbenannten Werke angeht, die aus andern als den vertragenden Staaten herrühren, so beziehen sich beide hohe vertragende Theile noch zur Zeit auf die heute in ihren Staaten deßfalls bestehenden Bestimmungen.

Art. 2. Die Bestimmungen des Art. 1. finden gleichfalls Anwendung auf die Darstellung oder Aufführung von dramatischen oder musikalischen Werken, insoweit, als die Gesetze eines jeden der beiden vertragenden Staaten in Betreff der in ihnen zuerst aufgeführten oder dargestellten

Nassau contre la réimpression et la reproduction illicites des ouvrages de littérature et de compositions musicales par suite des lois et décisions qui régissent la matière dans le Duché de Nassau et respectivement par suite du décret du Prince-Président du 28. Mars 1852, sont convenus de conclure dans ce but un traité spécial.

A cette fin ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires savoir:

Son Altesse le Duc de Nassau,

le Prince Auguste Louis de Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Ministre dirigeant, Lieutenant-Général et aide de Camp général de Son Altesse le Duc de Nassau, Grand-croix de l'ordre de Léopold d'Autriche, des ordres de St. Alexandre-Newsky, de l'aigle blanc, de St. Anne et Chevalier de l'ordre de St. George et de St. Wladimir de Russie, Grand-croix de l'aigle rouge de Prusse, Grand-officier de l'ordre Impérial de la légion d'honneur, Grand-croix de l'ordre de Frédéric de Wurttemberg, du Lion de Hesse électorale, de Louis et de Philippe de Hesse Grand-Ducale, Grand-commandeur de l'ordre des Guelphes de Hannovre, Officier de l'ordre pour le mérite militaire de Wurttemberg;

Sa Majesté l'Empereur des Français:

le Sieur Auguste Marquis de Tallenay, Grand-officier de l'ordre Impérial de la légion d'honneur, Grand-croix de l'ordre d'Isabelle la Catholique d'Espagne et de l'ordre de Philippe le Magnanime du Grand-Duché de Hesse, Commandeur de l'ordre de la conception de Portugal et de l'ordre de St. Grégoire de Rome, Officier de l'ordre de Léopold de Belgique, Son Ministre plénipotentiaire près Son Altesse le Duc de Nassau, et Son Envoyé extraordinaire et Minister plénipotentiaire près la Sérénissime Confédération Germanique;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. Les hautes parties contractantes s'engagent réciproquement à faire jouir les nationaux dans les États respectifs, quant aux ouvrages d'ésprit, tels que livres, écrits périodiques, compositions musicales et autres productions littéraires, de la même protection contre la réimpression ou reproduction illicites dont jouissent les nationaux dans leur propre pays, de sorte que toutes les lois, ordonnances, stipulations aujourd'hui existantes ou qui pourraient être promulguées à l'avenir relativement à la contrefaçon et la reproduction illicite, seront également applicables aux ressortissants des deux Etats. Quant à ce qui se rapporte à l'exposition et à la vente des réimpressions et reproductions illicites des oeuvres mentionnées ci-dessus, provenant de tout autre pays que celui des deux parties contractantes, les hautes parties s'en réfèrent, quant à présent, aux stipulations aujourd'hui existantes dans les deux États.

Art. 2. Les stipulations de l'article précédent s'appliqueront également à la représentation ou à l'exécution des oeuvres dramatiques ou musicales en tant que les lois de chacun des deux

Werke gedachter Art einen Schutz gewähren oder für die Folge gewähren werden.

Art. 3. Um für die Geistesproducte den in den vorstehenden Artikeln bezeichneten Schutz zu sichern, müssen die Urheber derselben auf Verlangen durch das Zeugniß einer öffentlichen Behörde nachweisen, daß das in Frage stehende Werk ein solches Originalwerk sei, welches in dem Lande seines Erscheinens den gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck oder unbefugte Nachbildung genießt.

Art. 4. Die beiden hohen vertragenden Theile verpflichten sich, die Erfüllung der in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern und den Angehörigen des andern Staats denselben Rechtsschutz wie denjenigen des eigenen Staats zu gewähren.

Ueber die Frage, was als Nachdruck und unbefugte Nachbildung anzusehen sei, werden die Gerichte eines jeden Landes nach den in demselben geltenden Gesetzen entscheiden.

Art. 5. Gegenwärtige Uebereinkunft soll den freien Verkauf oder die Veröffentlichung von Nachdrücken oder Nachbildungen nicht verhindern, welche schon vor der Publication dieses Vertrags in einem der beiden Staaten ganz oder theilweise angefertigt oder bestellt worden sind. Die beiden hohen vertragenden Theile behalten sich jedoch vor, einen annoch näher zu vereinbarenden Zeitpunkt festzustellen, nach dessen Ablauf der Verkauf der in diesem Artikel bezeichneten Nachdrücke und Nachbildungen nicht weiter stattfinden soll.

Art. 6. Um die Ausführung dieses Vertrags zu erleichtern, werden beide hohe vertragende Theile sich die Gesetze und Verordnungen mittheilen, welche jeder von ihnen in Bezug auf Sicherstellung gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung bereits erlassen hat, oder zu erlassen sich veranlaßt sehen wird.

Art. 7. Die Bestimmungen dieses Vertrags können das Recht der beiden hohen vertragenden Staaten nicht beeinträchtigen, durch Maßregeln der Gesetzgebung oder Verwaltung den Verkehr, die Darstellung, die Feilhaltung oder den Verkauf schriftstellerischer Erzeugnisse in geeigneter Weise zu überwachen, zu erlauben oder zu untersagen.

Auch soll keine Bestimmung dieser Uebereinkunft so ausgelegt werden, daß dieselbe das Recht eines der hohen vertragenden Theile beeinträchtige, die Einfuhr solcher Bücher nach seinem eigenen Gebiete zu verhindern, welche seine innere Gesetzgebung oder seine Verträge mit andern Staaten für Nachdrücke oder für Verletzungen des ausschließlichen Rechts zur Vervielfältigung erklären.

Art. 8. Die Dauer der gegenwärtigen Uebereinkunft wird auf sechs Jahre festgesetzt, und die Wirksamkeit derselben soll, sobald die Publication in beiden Staaten in gesetzlicher Weise geschehen sein wird, in beiden Staaten gleichzeitig ihren Anfang nehmen. Die beiden hohen vertragenden Theile behalten sich vor, den Tag, an welchem die Wirksamkeit dieser Uebereinkunft in beiden Staaten beginnen soll, noch näher zu bezeichnen; jedoch bestimmen dieselben schon jetzt, daß die Inkrafttretung dieser Uebereinkunft spätestens nach Ablauf von drei Monaten, von dem Tage des Austausches der Ratificationen an gerechnet, ihren Anfang nehmen soll.

Etats garantissent ou garantiront par la suite protection aux oeuvres susdites exécutées ou représentées pour la première fois sur les territoires respectifs.

Art. 3. Pour assurer à tous les ouvrages intellectuels la protection stipulée dans les articles précédents, leurs auteurs devront établir au besoin par un témoignage émanant d'une autorité publique que l'ouvrage en question est une oeuvre originale qui, dans le pays où elle a été publiée jouit de la protection légale contre la contrefaçon ou la réimpression illicite.

Art. 4. Les deux hautes parties contractantes s'engagent à assurer par tous les moyens en leur pouvoir l'exécution des stipulations contenues dans les articles précédents et à faire jouir réciproquement leurs ressortissants de la protection légale accordée aux nationaux.

Les tribunaux de chaque pays auront à décider d'après la législation existante la question de contrefaçon ou de reproduction illicite.

Art. 5. La présente convention ne pourra faire obstacle à la publication ou à la vente des réimpressions ou reproductions, qui auraient été déjà publiées ou commandées, en tout ou en partie, dans chacun des deux États antérieurement à sa publication.

Les deux hautes parties contractantes se reservent de s'entendre sur la fixation d'un délai, après lequel la vente des réimpressions et reproductions indiquées dans le présent article ne pourra plus avoir lieu.

Art. 6. Pour faciliter l'exécution de ce traité les deux hautes parties contractantes se communiqueront les lois et ordonnances que chacune d'elles aurait promulguées ou pourrait à l'avenir promulguer pour garantir le commerce légitime contre la contrefaçon, la réimpression et reproduction illicites.

Art. 7. Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux hautes parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire, à leur convenance, par des mesures législatives ou administratives, le commerce, la représentation, l'exposition ou la vente de productions littéraires. De même, aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interprêtée de manière à contester le droit des hautes parties contractantes de prohiber l'importation sur leur propre territoire des livres que leurs législations intérieures ou des traités avec d'autres Etats feraient entrer dans la catégorie des reproductions illicites.

Art. 8. La présente convention aura force et vigueur pendant six années à partir du jour dont les hautes parties contractantes conviendront pour son exécution simultanée, dès que la promulgation en sera faite d'après les lois particulières à chacun des deux Etats, lequel jour ne pourra dépasser de trois mois l'échange des ratifications.

Art. 9. La présente convention sera ratifiée et l'échange des ratifications aura lieu dans le délai de deux mois au plus tard.

Art. 9. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt und die Auswechselung der Ratificationsurkunden binnen zwei Monaten, oder wo möglich früher, bewirkt werden.

Nach erfolgter Ratification soll der Vertrag von den beiderseitigen Regierungen baldthunlichst publicirt werden, und die Wirksamkeit desselben ihren Anfang nehmen, sobald die Publication in beiden Staaten geschehen sein wird.

Zur Urkund dessen haben die genannten Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und ihr Siegel beigedrückt.

Geschehen zu Wiesbaden, den 2. März 1853.

Wittgenstein. Tallenay.
(L. S.) (L. S.)

Vertrag zwischen Sachsen-Weimar und Frankreich vom 17. Mai 1853 zum gegenseitigen Schutze von schriftstellerischen und künstlerischen Erzeugnissen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach und Seine Majestät der Kaiser der Franzosen, Beide gleichmäßig von dem Wunsche erfüllt, Wissenschaft und Kunst zu schützen und die hierauf bezüglichen nützlichen Unternehmen zu fördern, haben zu diesem Ende beschlossen, in Gemeinsamkeit die Maßregeln zu ergreifen, welche als die geeigneten erscheinen, in beiden Staaten das Eigenthum an schriftstellerischen und künstlerischen Werken, die zum erstenmal in Frankreich oder im Großherzogthum Sachsen erschienen sind, den Urhebern derselben oder deren Stellvertretern zu sichern.

Zu diesem Zwecke haben Allerhöchst- und Höchstdieselben Bevollmächtigte ernannt, und zwar:

S. K. H. der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach
den Herrn Christian Bernhard von Watzdorf, Ihren Geheimerath, Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und

S. M. der Kaiser der Franzosen
den Herrn Carl Baron von Talleyrant-Périgord, Ihren Bevollmächtigten Minister und außerordentlichen Gesandten bei dem großherzoglichen Hofe von Weimar;

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer beiderseitigen, richtig befundenen Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen sind.

Art. 1. Das ausschließliche Recht der Urheber, ihre schriftstellerischen und künstlerischen Werke, als Bücher, Schriften, dramatische Werke, musikalische Compositionen, Gemälde, Kupferstiche, Lithographien, Zeichnungen, bildhauerische Arbeiten und andere Erzeugnisse der Literatur und der Kunst zu vervielfältigen, soll in beiden Staaten gleichmäßigen Schutz genießen, dergestalt, daß der Schutz, der in Frankreich durch das Decret vom 28. März 1852 den im Großherzogthum Sachsen erschienenen Werken zugestanden ist, wechselsweise auch den in Frankreich erschienenen Werken im Großherzogthum Sachsen nach Maßgabe des Gesetzes vom 11. Januar 1839 zu Theil werden soll.

Après l'échange des ratifications le présent traité sera publié par les deux hautes parties contractantes aussitôt que possible et il sera mis en vigueur après la publication accomplie dans les deux Etats.

En foi de quoi, les dits plénipotentiaires ont signé le présent traité, et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Wiesbaden ce 2. Mars 1853.

Prince de Wittgenstein. (L. S.) Tallenay. (L. S.)

Vertrag zwischen Sachsen-Weimar und Frankreich vom 17. Mai 1853 zum gegenseitigen Schutze von schriftstellerischen und künstlerischen Erzeugnissen.

Son Altesse royal le Grand-Duc de Saxe-Weimar-Eisenach et S. M. l'Empereur des Français, également animés du désir de protéger les sciences et les arts et d'encourager les entreprises utiles qui s'y rapportent, ont, à cette fin, résolu d'adopter d'un commun accord les mesures les plus propres à garantir dans les deux pays, aux auteurs ou à leurs ayants-cause, la propriété des oeuvres littéraires ou artistiques publiées pour la première fois en France ou dans le grand-duché de Saxe.

Dans ce but, ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. A. R. le grand-duc de Saxe-Weimar-Eisenach,
le sieur Chrétien Bernard de Watzdorf, son conseiller privé, ministre dE'tat et des affaires étrangères;

Et S. M. l'Empereur de Français, le sieur Charles, baron de Talleyrand-Périgord, son ministre plénipotentiaire et envoyé extraordinaire près la cour grand-ducale de Weimar;

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. Le droit exclusif des auteurs de publier (vervielfältigen) leurs ouvrages d'esprit ou d'art, tels que livres, écrits, oeuvres dramatiques, compositions musicales, tableaux, gravures, lithogragraphies, dessins, travaux de sculpture et autres productions littéraires et artistiques, sera protégé également dans les deux Etats, de telle sorte que la protection accordée en France par le décret du 28. Mars 1852 aux ouvrages publiés dans le grand-duché de Saxe, sera également accordée, d'après les termes de la loi promulguée dans le grand-duché, sous la date du 11. Janvier 1839, aux ouvrages publiés en France.

Les représentants légaux ou les ayants-cause des auteurs d'oeuvres littéraires ou artistiques jouiront, dans la même mesure, de la protection, qui leur est accordée par ces lois.

Die gesetzlichen Vertreter oder Sachwalter der Urheber von Werken der Wissenschaft oder Kunst sollen des Schutzes, welcher letzeren durch die ebengenannten Gesetze zugestanden ist, in demselben Maße theilhaftig sein.

Art. 2. Die Bestimmungen des 1. Artikels finden auch auf die Darstellung oder Aufführung dramatischer oder musikalischer Werke insoweit gleichmäßige Anwendung, als die Gesetze eines jeden der beiden Staaten den in dem einen oder andern der beiderseitigen Staatsgebiete zum erstenmale aufgeführten oder dargestellten Stücken solcher Art Schutz gewähren oder in Zukunft etwa noch gewähren werden.

Art. 3. Um allen Werken der Wissenschaft oder Kunst den in vorstehenden Artikeln bedungenen Schutz zu sichern, genügt es, daß ihre Urheber nöthigen Falles durch ein von einer öffentlichen Behörde ausgestelltes Zeugniß nachweisen, daß das fragliche Werk ein Originalwerk ist, welches in dem Lande, in dem es erschienen ist, des gesetzlichen Schutzes gegen unerlaubten Nachdruck oder Nachbildung genießt.

Die hohen vertragenden Theile behalten sich vor, die öffentlichen Behörden beider Staaten zu bezeichnen, die zur Ausstellung derartiger Originalitätszeugnisse competent sein werden.

Art. 4. Die Ausstellung und der Verkauf von unerlaubten Nachdrücken oder Nachbildungen der im Art. 1. bezeichneten Werke sind in beiden Staaten verboten, ohne Unterschied, ob diese Nachdrücke oder Nachbildungen aus einem der beiden Staaten selbst oder aus irgend einem andern Lande herrühren.

Art. 5. Die beiden hohen vertragenden Theile verpflichten sich gegenseitig, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Ausführung der in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen sicher zu stellen und den gegenseitigen Staatsangehörigen denselben gesetzlichen Schutz angedeihen zu lassen, der den eigenen Staatsangehörigen in dieser Beziehung zugesichert ist.

Die Gerichtshöfe beider Staaten haben nach der bestehenden Landesgesetzgebung die Frage über Nachdruck oder unerlaubte Nachbildung zu entscheiden.

Art. 6. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich nicht auf die Vervielfältigung oder den Verkauf derjenigen Nachdrücke oder Nachbildungen, welche in dem einen oder andern der beiderseitigen Staaten etwa schon vor Publication dieser Uebereinkunft ganz oder theilweise vervielfältigt, eingeführt oder bestellt gewesen sein sollten.

Erst nach Verlauf eines Jahres von der Publication dieses Vertrages ab darf der Verkauf auch der im gegenwärtigen Artikel bezeichneten Nachbildungen nicht mehr stattfinden.

Art. 7. Um die Ausführung dieses Vertrages zu erleichtern, werden die beiden hohen vertragenden Theile sich gegenseitig die Gesetze und Verordnungen mittheilen, welche jeder von Beiden zum Schutze des gesetzmäßigen Verkehrs gegen Nachdruck und Nachbildung etwa schon erlassen hat oder künftig noch erlassen sollte.

Art. 8. Die Bestimmungen dieses Vertrages vermögen nicht, dem Rechte Eintrag zu thun, welches den beiden hohen vertragenden Theilen in Bezug auf Ueberwachung, freie Zulassung oder Untersagung des Handels,

Art. 2. Les stipulations de l'article 1. s'appliqueront également à la représentation ou exécution des oeuvres dramatiques ou musicales, en tant que les lois de chacun des deux Etats garantissent ou garantiront par la suite protection aux oeuvres susdites exécutées ou représentées pour la première fois sur les territoires respectifs.

Art. 3. Pour assurer à tous ouvrages littéraires ou artistiques la protection stipulée dans les articles précédents, il suffira que leurs auteurs établissent, au besoin, par un témoignage émanant d'une autorité publique, que l'ouvrage en question est une oeuvre originale, qui, dans le pays où elle a été publiée, jouit de la protection légale contre la contrefaçon ou réimpression illicite.

Les hautes parties contractantes se réservent de désigner les autorités publiques des deux Etats, qui seront compétentes pour l'expédition de tels témoignages d'orignialité.

Art. 4. L'exposition et la vente de reimpressions et reproductions illicites des oeuvres indiquées dans l'art. 1. sont prohibées dans les deux Etats, sans qu'il y ait à distinguer si ces réimpressions ou reproductions proviennent de l'un des Etats même ou de tout autre pays.

Art. 5. Les deux hautes parties contractantes s'engagent à assurer par tous les moyens en leur pouvoir l'exécution des stipulations contenues dans les articles précédents et à faire jouir réciproquement leurs ressortissants de la protection légale assurée aux nationaux.

Les tribunaux de chaque pays auront à décider, d'après la législation existante, la question de contrefaçon ou de réproduction llicite.

Art. 6. La présente convention ne pourra faire obstacle à la publication ou à la vente des réimpressions ou reproductions qui auraient déjà été publiées, introduites ou commandées, en tout ou en partie, dans chacun des deux Etats, antérieurement à sa publication.

Un an après la mise en exécution du traité, la vente des réimpressions indiquées dans le présent article ne pourra plus avoir lieu.

Art. 7. Pour faciliter l'exécution de ce traité, les deux hautes parties contractantes se communiqueront respectivement les lois et ordonnances que chacune d'elles aurait promulguées ou pourrait à l'avenir promulguer pour garantir le commerce légitime contre la réimpression et reproduction illicites.

Art. 8. Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux hautes parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire, à leur convenance, par des mesures législatives ou administratives, le commerce, la représentation, l'exposition (Feilhaltung) ou la vente de productions littéraires et artistiques.

De même aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interprétée de manière à contester le droit des hautes

der Darstellung, Feilhaltung oder des Verkaufs schriftstellerischer oder künstlerischer Erzeugnisse im Gesetzgebungs- oder Administrativwege zusteht.

Ebenso kann keine Bestimmung des gegenwärtigen Vertrages so gedeutet werden, als beschränke sie das Recht der hohen vertragenden Theile, den Eingang (das Einbringen) solcher Bücher in ihrem Staatsgebiete zu verbieten, welche nach Maßgabe ihrer Landesgesetzgebung oder der von ihnen mit anderen Staaten geschlossenen Verträge in die Kategorie der unerlaubten Nachbildungen gehören.

Art. 9. Die gegenwärtige Uebereinkunft hat zehn Jahre lang verbindende Kraft, von dem Tage ihrer Ratification an gerechnet, und in dem Falle, daß keiner von beiden Theilen zwölf Monate vor Ablauf dieses zehnjährigen Zeitraums seine Absicht, die Wirkungen derselben aufhören zu lassen, zu erkennen gegeben haben sollte, bleibt diese Uebereinkunft noch ein Jahr in Kraft, und so fort, von Jahr zu Jahr, bis von dem Tage an, wo einer der beiden Theile gekündigt hat, ein Jahr verflossen sein wird.

Art. 10. Die gegenwärtige Uebereinkunft wird ratificirt werden und der Austausch der Ratifications-Urkunden findet in Frankfurt a. M. innerhalb zweier Monate spätestens statt.

Nach der Auswechselung der Ratifications-Urkunden wird der gegenwärtige Vertrag von beiden hohen Contrahenten sobald als möglich veröffentlicht und — nachdem dieses von beiden Seiten geschehen — in Vollzug gesetzt werden.

Geschehen zu Weimar, den 17. Mai 1853.

(L. S.) Baron de Talleyrand.
(L. S.) Ch. Bernhard von Watzdorf.

Diesem Vertrage haben sich angeschlossen: Schwarzburg-Sondershausen, am 7. December 1853, und Schwarzburg-Rudolstadt am 16. December 1853.

Vertrag zwischen Frankreich und dem Großherzogthum Oldenburg zum gegenseitigen Schutz des Eigenthums an Werken der Literatur und der Kunst, vom 1. Juli 1853.

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Oldenburg, gleichmäßig beseelt von dem Wunsche die Wissenschaften und die Künste zu beschützen und die nützlichen Unternehmungen, die sich darauf beziehen, zu befördern, haben zu dem Ende beschlossen, in gemeinschaftlichem Einverständniß diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche am Meisten geeignet erscheinen, um in den beiderseitigen Landen das Eigenthum an den in Frankreich oder im Großherzogthum Oldenburg zuerst veröffentlichten Werken der Literatur und Kunst für deren Urheber oder Rechtsnachfolger sicher zu stellen.

Zu diesem Zwecke haben Sie zu Ihren Bevollmächtigten ernannt und zwar:

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen den Herrn Peter Eduard Cintrat Allerhöchst Ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Oldenburg,

parties contractantes de prohiber l'importation, sur leur propre territoire, des livres que leur législation intérieure ou des traités avec d'autres Etats feraient entrer dans la catégorie des reproductions illicites.

Art. 9. La présente convention aura force et vigueur pendant dix ans, à partir du jour où ses ratifications auront eu lieu; et dans le cas où aucune des deux parties n'aurait signifié, douze mois avant l'expiration de la dite période de dix années, son intention d'en faire cesser les effets, la convention continuera à rester en vigueur encore une année, et ainsi de suite d'année en année, jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des parties l'aura dénoncée.

Art. 10, La présente convention sera ratifiée et l'échange des ratifications aura lieu à Weimar dans le délai de deux mois au plus tard.

Après l'échange des ratifications, le présent traité sera publié par les deux hautes parties contractantes aussitôt que possible, et il sera mis en vigueur après la publication accomplie dans les deux Etats.

Fait à Weimar, le 17 mai 1853.

(L. S.) Baron de Talleyrand.
(L. S.) Ch. Bernhard de Watzdorf.

Diesem Vertrage haben sich angeschlossen: Schwarzburg-Sondershausen, am 7. December 1853, und Schwarzburg-Rudolstadt am 16. December 1853.

Vertrag zwischen Frankreich und dem Großherzogthum Oldenburg zum gegenseitigen Schutz des Eigenthums an Werken der Literatur und der Kunst, vom 1. Juli 1853.

Sa Majesté l'Empereur des Français et Son Altesse Royale le Grand-Duc d'Oldenbourg également animés du désir de protéger les sciences et les arts et d'encourager les entreprises utiles qui s'y rapportent, ont, à cette fin, résolu d'adopter d'un commun accord, les mesures les plus propres à garantir dans les deux pays, aux auteurs ou à leurs ayants-cause, la propriété des oeuvres littéraires ou artistiques publiées pour la prémière fois en France ou dans le Grand-Duché d'Oldenbourg.

Dans ce but ils ont nommé leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur des Français, le Sieur Pierre Edouard Cintrat, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Son Altesse Royale le Grand-Duc d'Oldenbourg, Officier de l'ordre Impérial de la Légion d'honneur, Commandeur de l'ordre Royal du Dannebrog et Danemarc.

Ritter des Kaiserlichen Ordens der Ehren-Legion, Commandeur des Königlich Dänischen Dannebrog-Ordens,

und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Oldenburg den Herrn Peter Friedrich Ludwig von Rössing, Kleinkreuz Höchst Ihres Haus- und Verdienst-Ordens, Commandeur erster Classe des Preußischen rothen Adler-Ordens und des Sachsen Ernestinischen Haus-Ordens, Höchst Ihren Staats- und Kammerherrn, Vorstand des Departements der auswärtigen Angelegenheiten,

welche, nachdem sie ihre Vollmachten gegenseitig einander mitgetheilt und selbige genügend befunden, über folgende Artikel sich geeinigt haben:

Art. 1. Das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung von Werken des Geistes oder der Kunst, als Büchern, Schriften, dramatischen Werken, musikalischen Compositionen, Gemälden, Stichen, Lithographien, Zeichnungen, Bildhauerarbeiten und anderen schriftstellerischen und künstlerischen Erzeugnissen, soll in beiden Staaten gegenseitig in der Art geschützt werden, daß in jedem derselben der Nachdruck und die unbefugte Nachbildung von Werken, welche in dem anderen Staate zuerst erschienen sind, gleichgestellt werden dem Nachdruck und der unbefugten Nachbildung der in dem betreffenden Staate selbst erschienenen Werke und darauf alle Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen Anwendung finden, welche in diesem Staate in Beziehung auf das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung schriftstellerischer und künstlerischer Erzeugnisse bestehen oder für die Folge werden gegeben werden.

Die gesetzlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger der Urheber von Werken des Geistes oder der Kunst sollen in allen Beziehungen dieselben Rechte wie die Urheber selbst genießen.

Art. 2. Die Bestimmungen des Art. 1 finden gleichfalls Anwendung auf die Darstellung oder Aufführung der dramatischen oder musikalischen Werke, insoweit, als die Gesetze eines jeden der beiden Staaten in Betreff der in ihnen zuerst aufgeführten oder dargestellten Werke gedachter Art einen Schutz gewähren oder für die Folge gewähren werden.

Art. 3. Um für Werke des Geistes und der Kunst den in den vorstehenden Artikeln bezeichneten Schutz zu sichern, müssen die Urheber derselben auf Verlangen durch das Zeugniß einer öffentlichen Behörde nachweisen, daß das in Frage stehende Werk ein solches Original-Werk sei, welches in dem Lande seines Erscheinens den gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung genießet.

Art. 4. Das Feilhalten und der Verkauf von Nachdrücken und unbefugten Nachbildungen der in dem Art I. bezeichneten Werke ist in beiden Staaten verboten, ohne Unterschied, ob jene Nachdrücke und Nachbildungen in einem der beiden Staaten selbst oder außerhalb derselben veranstaltet sind.

Art. 5. Die beiden hohen contrahirenden Theile verpflichten sich, die Erfüllung der in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern und den Angehörigen des andern Staates denselben Rechtsschutz wie denjenigen des eigenen Staates zu gewähren.

Ueber die Frage, was als Nachdruck oder unbefugte Nachbildung anzusehen sei, werden die Gerichte eines jeden Landes nach den in denselben geltenden Gesetzen entscheiden.

Et Son Altesse Royale de Grand-Duc d'Oldenbourg le Sieur Pierre Frédéric Louis de Rössing, Chevalier de Son ordre, Commandeur de l'Aigle Rouge de Prusse et de l'ordre de la branche Ernestine de la Maison de Saxe, Son Conseiller d'Etat et Chambellan, Chef du Département des Affaires Etrangères.

Lesquels après s'être communiqué leur pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants.

Art. 1er. Le droit exclusif des auteurs de publier (vervielfältigen) leurs ouvrages d'esprit ou d'art, tels que livres, écrits, oeuvres dramatiques, compositions musicales, tableaux, gravures, lithographies, dessins, travaux de sculpture, et autres productions littéraires et artistiques sera protégé réciproquement dans les deux Etats, de telle sorte que la réimpression et la reproduction illicites des oeuvres publiées primitivement dans l'un d'eux, seront assimilées dans l'autre à la réimpression et à la reproduction illicites des ouvrages nationaux; et dès lors toutes les lois, ordonnances et stipulations aujourd'hui existantes ou qui pourraient, par la suite, être promulguées, au sujet du droit exclusif de publication des oeuvres littéraires et artistiques, seront applicables à cette contre-façon.

Les représentants légaux ou les ayants-cause des auteurs d'oeuvres intellectuelles ou artistiques jouiront, sous tous les rapports, des mêmes droits que les Auteurs eux-mêmes.

Art. 2. Les stipulations de l'Art. 1er s'appliqueront également à la représentation ou exécution des oeuvres dramatiques ou musicales, en tant que les lois de chacun des deux Etats garantissent ou garantiront par la suite, protection aux oeuvres susdites exécutées ou réprésentées pour la prémière fois sur les territoires respectifs.

Art. 3. Pour assurer à tous ouvrages intellectuels ou artistiques la protection stipulée dans les articles précédents, leurs auteurs devront établir au besoin, par un témoignage émanant d'une autorité publique, que l'ouvrage en question est une oeuvre originale qui, dans le pays où elle a été publiée, jouit de la protection légale contre la contrefaçon ou réimpression illicite.

Art. 4. L'exposition et la vente de réimpressions et reproductions illicites des oeuvres indiquées dans l'Art. 1er sont prohibées dans les deux Etats sans qu'il y ait à distinguer si ces réimpressions et reproductions proviennent de l'un des Etats même ou de tout autre pays.

Art. 5. Les deux hautes parties contractantes s'engagent à assurer par tous les moyens en leur pouvoir, l'exécution des stipulations contenues dans les articles précédents, et à faire jouir réciproquement leurs ressortissants de la protection légale assurée aux nationaux.

Les tribunaux de chaque pays auront à décider, d'après la legislation existante la question de contrefaçon ou de reproduction illicite.

Art. 6. La présente convention ne pourra faire obstacle à

Art. 6. Gegenwärtige Uebereinkunft soll den freien Verkauf oder die Veröffentlichung von Nachdrücken oder Nachbildungen nicht verhindern, welche schon vor der Publication dieses Vertrages in einem der beiden Staaten ganz oder theilweise angefertigt, bestellt oder eingeführt sind.

Die beiden hohen contrahirenden Theile behalten sich jedoch vor, einen annoch näher zu vereinbarenden Zeitpunkt festzustellen, nach dessen Ablauf der Verkauf der in diesem Artikel bezeichneten Nachdrücke und Nachbildungen nicht weiter statt finden soll.

Art. 7. Um die Ausführung dieses Vertrages zu erleichtern, werden beide hohe contrahirende Regierungen sich gegenseitig die Gesetze und Verordnungen mittheilen, welche jede von ihnen in Beziehung auf die Sicherstellung gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung zu erlassen sich veranlaßt sehen wird.

Art. 8. Die Bestimmungen dieses Vertrages können das Recht der beiden hohen contrahirenden Regierungen nicht beeinträchtigen, durch Maßregeln der Gesetzgebung oder Verwaltung den Verkehr, die Darstellung, die Feilhaltung oder den Verkauf schriftstellerischer und künstlerischer Erzeugnisse in geeigneter Weise zu überwachen, zu erlauben oder zu untersagen.

Auch soll keine Bestimmung dieser Uebereinkunft so ausgelegt werden, daß dieselbe das Recht eines der hohen contrahirenden Theile beeinträchtigte, die Einfuhr solcher Bücher nach seinem eigenen Gebiete zu verhindern, welche seine eigene Gesetzgebung oder seine Verträge mit anderen Staaten für Nachdrücke oder für Verletzungen des ausschließlichen Rechts zur Vervielfältigung erklären.

Art. 9. Diejenigen deutschen Staaten, welche gegenwärtiger Uebereinkunft beizutreten wünschen, sollen dazu zugelassen werden.

Die Regierung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Oldenburg wird ihre guten Dienste eintreten lassen, um den Beitritt anderer deutschen Regierungen auf diejenige Weise, welche ihr die geeignetste erscheinen möchte, so bald als möglich herbeizuführen.

Art. 10. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll von dem Tage an, an welchem dieselbe in Wirksamkeit tritt, sechs Jahre und weiter noch ein Jahr nach der Aufkündigung in Kraft bleiben, welche von der einen oder anderen Seite nach jenem Zeitpunkt erfolgen möchte.

Uebrigens soll der Vertrag nach Ablauf eines Jahrs, vom Tage des Austausches der Ratificationen an gerechnet, einer Revision unterzogen werden und sofern ein Einverständniß über die hierbei zu treffenden ferneren Bestimmungen wider Erwarten nicht herbeizuführen sein sollte, für diesen Fall von jeder der beiden contrahirenden hohen Regierungen sofort wieder aufgehoben werden können.

Zu einer gleichen Aufhebung soll die Regierung eines jeden der beiden Staaten befugt sein, wenn in dem andern Staate die jetzt bestehenden Zölle für die Einfuhr von Büchern und sonstigen im Art. I. bezeichneten Werken erhöhet werden sollten.

Art. 11. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt und die Auswechselung der Ratifications-Urkunden zu Oldenburg binnen zwei Monaten oder wo möglich früher bewirkt werden.

la publication ou à la vente des réimpressions ou reproductions qui auraient été déjà publiées, introduites ou commandées, en tout ou en partie, dans chacun des deux Etats, antérieurement à sa publication.

Les deux hautes parties contractantes se réservent de s'entendre sur la fixation d'un délai après lequel la vente des réimpressions et reproductions indiquées dans le présent article ne pourra plus avoir lieu.

Art. 7. Pour faciliter l'exécution de ce traité, les deux hautes parties contractantes se communiqueront respectivement les lois et ordonnances que chacune d'elles aurait ou pourrait, à l'avenir, promulguer pour garantir le commerce légitime contre la réimpression et la reproduction illicites.

Art. 8. Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux hautes parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire, à leur convenance par des mesures législatives ou administratives, le commerce, la représentation, l'exposition (Feilhaltung) ou la vente de reproductions littéraires ou artistiques.

De même, aucune des stipulations de la presente convention ne saurait être interprétée de manière à contester le droit des hautes parties contractantes de prohiber l'importation sur leur propre territoire des livres que leur législation intérieure ou des traités avec d'autres Etats feraient entrer dans la catégorie des reproductions illicites.

Art. 9. Les Etats Germaniques qui seraient disposés à adherer à la présente convention y seront admis.

Le Gouvernement de Son Altesse Royal de Grand-Duc d'Oldenbourg s'engage à employer ses bons offices pour déterminer dans le plus bref délai possible l'accession des autres Gouvernements germaniques, et cela dans la forme qui paraîtra la plus propre à amener ce resultat.

Art. 10. La présente convention restera en vigueur pendant six ans à partir du jour de sa mise à exécution, et un an encore après la dénonciation qui pourrait en avoir été faite, par l'une ou l'autre des hautes parties contractantes, postérieurement à ce terme.

Un an après l'échange des ratifications le présent traité sera l'objet d'un travail de révision, et si contre toute attente, les nouvelles stipulations qui seraient alors jugées nécessaires ne pouvaient y être introduites d'un commun accord, les deux hautes parties contractantes auraient respectivement la faculté d'en faire cesser les effects.

La même faculté éxistera également dans le cas ou les tarifs respectifs des droits perçus actuellement pour l'importation des livres et autres oeuvres désignées dans l'Art. 1er subiraient des augmentations.

Art. 11. La présente convention sera ratifiée et l'échange des ratifications aura lieu à Oldenbourg dans le délai de deux mois au plus tard.

Nach erfolgter Ratification soll der Vertrag von den beiderseitigen Regierungen baldthunlichst publicirt werden und die Wirksamkeit desselben ihren Anfang nehmen, sobald die Publication in beiden Staaten geschehen sein wird.

So geschehen zu Hamburg den 1. Juli 1853.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten unterzeichnet und den Abdruck ihrer Wappen beigesetzt.

(gez.) von Rössing. (L. S.) Ed. Eintrat. (L. S.)

Vertrag zwischen Hessen-Homburg und Frankreich zu gegenseitigem Schutze des musikalischen und literarischen Eigenthums vom 2. October 1852.

Seine Durchlaucht der souveräne Landgraf von Hessen und der Prinz-Präsident der Französischen Republik, gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, die den Unterthanen der Landgrafschaft Hessen und deren Rechtsnachfolgern in Frankreich und den Franzosen und deren Rechtsnachfolgern in der Landgrafschaft Hessen bestehenden Gesetze, beziehungsweise durch das Decret des Prinz-Präsidenten vom 28. März 1852 garantirten Rechte gegen den Nachdruck literarischer und musikalischer Erzeugnisse auf eine festere Grundlage zu stützen, haben für gut befunden, zu diesem Behufe einen besondern Vertrag abzuschließen.

Zu diesem Behufe haben Höchstdieselben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Durchlaucht der souveräne Landgraf von Hessen
den Herrn Adolph Freiherrn von Holzhausen, Commandeur erster Classe des Großherzoglich Hessischen Ludwig-Ordens, Höchstihren wirklichen Geheimen Rath, Gesandten und bevollmächtigten Minister am Deutschen Bundestage;

der Prinz-Präsident der Französischen Republik
den Herrn August Marquis von Tallenay, Großoffizier des Kaiserlich Französischen Ordens der Ehrenlegion 2c., Ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem durchlauchtigsten Deutschen Bunde,

welche Bevollmächtigte, nachdem sie ihre Vollmachten sich gegenseitig mitgetheilt und dieselben genügend befunden, über folgende Artikel sich vereinigt haben.

Art. 1. In jedem der hohen vertragenden Staaten sollen die Unterthanen des andern Staats denselben Schutz gegen den in diesem Staate begangen werdenden Nachdruck oder unerlaubte Vervielfältigung ihrer Geistesproducte, als: Bücher, periodische Schriften, musikalische Compositionen und sonstige schriftstellerische Erzeugnisse genießen, wie die eigenen Staatsangehörigen, und alle Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, welche entweder schon bestehen, oder künftig bezüglich der unerlaubten Nachbildung solcher Werke noch erlassen werden, sind ohne Unterschied auf die gleichartigen Erzeugnisse der Angehörigen beider Staaten anwendbar.

Après l'échange des ratifications le présent traité sera publié par les deux hautes parties contractantes aussitôt que possible, et il sera mis en vigueur après la publication accomplie dans les deux Etats.

Fait à Hambourg le 1. Juillet mil huit cent cinquante trois.

En foi de quoi les Plénipotentiaires ont signé et apposé le sceau de leurs armes.

(signé) de Rössing. (L. S.) Ed. Cintrat. (L. S.)

Vertrag zwischen Hessen-Homburg und Frankreich zum gegenseitigen Schutze des musikalischen und literarischen Eigenthums vom 2. October 1852.

Le Prince-Président de la République française et Son Altesse Sérénissime le Landgrave souverain de Hesse, également animés du désir de donner une base plus solide aux garanties déjà existantes en faveur des Français et de leurs ayants-cause dans le landgraviat de Hesse, et en faveur des sujets du Landgraviat de Hesse et de leurs ayants-cause en France, contre la réimpression et la reproduction illicites des ouvrages de littérature et des compositions musicales, par suite du décret du Prince-Président du 28 mars 1852, et, respectivement, par suite des lois et décisions qui régissent la matière dans le landgraviat de Hesse, sont convenus de conclure, dans ce but, un traité spécial.

A cette fin, ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires savoir:

Le Prince-Président de la République française

le sieur Auguste marquis de Tallenay, grand officier de l'ordre de la Légion d'honneur, etc., etc., son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près la Sérénissime Confédération germanique, ainsi que près la ville libre de Francfort, et son ministre plénipotentiaire près Son Altesse le duc de Nassau;

Son Altesse Sérénissime le Landgrave souverain de Hesse

le sieur Adolphe baron de Holzhausen, commandeur, etc., etc., son conseiller intime actuel, envoyé et ministre plénipotentiaire à la Diète de la Confédération germanique;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. Les hautes parties contractantes s'engagent réciproquement à faire jouir les nationaux dans les Etats respectifs, quant aux ouvrages d'esprit, tels que livres, écrits périodiques, compositions musicales et autres productions littéraires, de la même protection contre la réimpression ou la reproduction illicites dont jouissent les nationaux dans leur propre pays, de sorte que toutes les lois, ordonnances, stipulations aujourd'hui existantes ou qui pourraient être promulguées à l'avenir, relativement à la contrefaçon ct à la reproduction illicite, seront également applicables aux ressortissants

Was jedoch das Feilbieten und den Verkauf von Nachdruckswerken oder unerlaubten Abzügen der vorbenannten Werke angeht, die aus andern als den vertragenden Staaten herrühren, so beziehen sich beide hohe vertragende Theile noch zur Zeit auf die heute in ihren Staaten deßhalb bestehenden Bestimmungen.

Art. 2. Die Bestimmungen des Art. 1. finden gleichfalls Anwendung auf die Darstellung oder Aufführung von dramatischen oder musikalischen Werken, insoweit, als die Gesetze eines jeden der beiden vertragenden Staaten in Betreff der in ihnen zuerst aufgeführten oder dargestellten Werke gedachter Art einen Schutz gewähren, oder für die Folge gewähren werden.

Art. 3. Um für die Geistesprodukte den in den vorstehenden Artikeln bezeichneten Schutz zu sichern, müssen die Urheber derselben auf Verlangen durch das Zeugniß einer öffentlichen Behörde nachweisen, daß das in Frage stehende Werk ein solches Originalwerk sei, welches in dem Lande seines Erscheinens den gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck oder unbefugte Nachbildung genießt.

Art. 4. Die beiden hohen vertragenden Theile verpflichten sich, die Erfüllung der in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern und den Angehörigen des andern Staats denselben Rechtsschutz wie denjenigen des eigenen Staats zu gewähren.

Ueber die Frage, was als Nachdruck und unbefugte Nachbildung anzusehen sei, werden die Gerichte eines jeden Landes nach den in demselben geltenden Gesetzen entscheiden.

Art. 5. Gegenwärtige Uebereinkunft soll den freien Verkauf oder die Veröffentlichung von Nachdrücken oder Nachbildungen nicht verhindern, welche schon vor der Publication dieses Vertrags in einem der beiden Staaten ganz oder theilweise angefertigt oder bestellt sind.

Die beiden hohen vertragenden Theile behalten sich jedoch vor, einen annoch näher zu verabredenden Zeitpunkt festzusetzen, nach dessen Ablauf der Verkauf der in diesen Artikeln bezeichneten Nachdrücke und Nachbildungen nicht weiter stattfinden soll.

Art. 6. Um die Ausführung dieses Vertrags zu erleichtern, werden beide hohe vertragende Theile sich gegenseitig die Gesetze und Verordnungen mittheilen, welche jeder von ihnen in Beziehung auf Sicherstellung gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung bereits erlassen hat, oder zu erlassen sich veranlaßt sehen wird.

Art. 7. Die Bestimmungen dieses Vertrags können das Recht der beiden hohen vertragenden Staaten nicht beeinträchtigen, durch Maßregeln der Gesetzgebung oder Verwaltung den Verkehr, die Darstellung, die Feilhaltung oder den Verkauf schriftstellerischer Erzeugnisse in genügender Weise zu überwachen, zu erlauben oder zu untersagen.

Auch soll keine Bestimmung dieser Uebereinkunft so ausgelegt werden, daß dieselbe das Recht eines der hohen vertragenden Theile beeinträchtigte, die Einfuhr solcher Bücher nach seinem eigenen Gebiete zu verhindern, welche seine innere Gesetzgebung oder seine Verträge mit andern Staaten für Nachdrücke oder für Verletzung des ausschließlichen Rechts der Vervielfältigung erklären.

des deux Etats; quant à ce qui a rapport à l'exposition et à la vente des réimpressions et reproductions illicites des oeuvres mentionnées ci-dessus, provenant de tout autre pays, les hautes parties s'en réfèrent, quant à présent, aux stipulations aujourd'hui existantes dans les deux Etats.

Art. 2. Les stipulations de l'article précédent s'appliqueront également à la représentation ou à l'exécution des oeuvres dramatiques ou musicales, en tant que les lois de chacun des deux Etats garantissent ou garantiraient, par la suite, protection aux oeuvres susdites, exécutées ou représentées pour la première fois sur leurs territoires respectifs.

Art. 3. Pour assurer à tous les ouvrages intellectuels la protection stipulée dans les articles précédents, leurs auteurs devront établir, au besoin, par un témoignage émanant d'une autorité publique, que l'ouvrage en question est une oeuvre originale, qui, dans les pays où elle a été publiée, jouit de la protection légale contre la contrefaçon ou réimpression illicite.

Art. 4. Les deux hautes parties contractantes s'engagent à assurer, par tous les moyens en leur pouvoir, l'exécution des stipulations contenues dans les articles précédents, et à faire jouir réciproquement leurs ressortissants de la protection légale accordée aux nationaux. Les tribunaux de chaque pays auront à décider, d'après la législation existante, la question de contrefaçon ou de reproduction illicite.

Art. 5. La présente convention ne pourra faire obstacle à la publication et à la vente des réimpressions ou reproductions qui auraient déjà été publiées ou commandées en tout ou en partie, dans chacun des deux Etats, antérieurement à sa publication. Les deux hautes parties contractantes se réservent de s'entendre sur la fixation d'un délai après lequel la vente des réimpressions et reproductions indiquées dans le présent article ne pourra plus avoir lieu.

Art. 6. Pour faciliter l'exécution de ce traité, les deux hautes parties contractantes se communiqueront régulièrement les lois et ordonnances que chacune d'elles aurait promulguées, ou pourrait à l'avenir promulguer, pour garantir le commerce légitime contre la contrefaçon, la réimpression et reproduction illicites.

Art. 7. Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux hautes parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire, à leur convenance, par des mesures législatives ou administratives, le commerce, la représentation, la reproduction ou la vente de productions littéraires. De même, aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interprétée, de manière à contester le droit des hautes parties contractantes de prohiber l'importation, sur leur propre territoire, des livres que leurs législations intérieures ou des traités avec d'autres Etats feraient entrer dans la catégorie des reproductions illicites.

Art. 8. Die Dauer der gegenwärtigen Uebereinkunft wird auf sechs Jahre festgesetzt, und die Wirksamkeit derselben soll, sobald die Publication in beiden Staaten in gesetzlicher Weise geschehen sein wird, in beiden Staaten gleichzeitig ihren Anfang nehmen.

Die beiden hohen vertragenden Theile behalten sich vor, den Tag, an welchem die Wirksamkeit dieser Uebereinkunft in beiden Staaten beginnen soll, noch näher zu bezeichnen; jedoch bestimmen dieselben jetzt schon, daß die Inkrafttretung dieser Uebereinkunft spätestens nach Ablauf von drei Monaten, von dem Tage des Austausches der Ratification an gerechnet, ihren Anfang nehmen soll.

Art. 9. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt und die Auswechslung der Ratifications-Urkunden zu Frankfurt am Main binnen zwei Monaten oder, womöglich, früher bewirkt werden.

Nach erfolgter Ratification soll der Vertrag von den beiderseitigen Regierungen baldthunlichst publicirt werden und die Wirksamkeit desselben ihren Anfang nehmen, sobald die Publication in beiden Staaten geschehen sein wird.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und ihr Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Frankfurt am Main den zweiten October im Jahr des Herrn Eintausend acht Hundert funfzig und drei.

(L.S.) Freiherr von Holzhausen. (L.S.) Tallenay.

Vertrag zwischen Waldeck und Frankreich zum Schutze des literarischen und musikalischen Eigenthums; vom 4. Februar 1854.

Seine Durchlaucht der souveraine Fürst zu Waldeck und Pyrmont und Seine Majestät der Kaiser der Franzosen, gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, die den Unterthanen der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont und deren Rechtsnachfolgern in Frankreich, und den Franzosen und deren Rechtsnachfolgern in den Fürstenthümern Waldeck und Pyrmont durch die in den Fürstenthümern Waldeck und Pyrmont bestehenden Gesetze, beziehungsweise durch das Decret vom 28. März 1852 garantirten Rechte gegen den Nachdruck literarischer und musikalischer Erzeugnisse auf eine festere Grundlage zu stützen, haben für gut befunden, zu diesem Behufe einen besonderen Vertrag abzuschließen.

Zu diesem Zwecke haben Höchstdieselben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Durchlaucht der souveraine Fürst zu Waldeck und Pyrmont den Herrn Adolph Freiherrn von Holzhausen, Commandeur erster Classe des Großherzoglich Hessischen Ludwigordens, Höchstihren wirklichen Geheimerath, Gesandten und bevollmächtigten Minister am Deutschen Bundestage;

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen den Herrn August Marquis de Tallenay, Großofficier des Kaiserlich Französischen Ordens der Ehrenlegion, Allerhöchstihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem Durchlauchtigsten Deutschen Bunde, sowie bevollmächtigter

Art. 8. La présente convention aura force et vigueur pendant six années, à partir du jour dont les hautes parties contractantes conviendront, pour son exécution simultanée, dès que la promulgation en sera faite d'après les lois particulières à chacun des deux États, lequel jour ne pourra dépasser de trois mois l'échange des ratifications.

Art. 9. La présente convention sera ratifiée et l'échange des ratifications aura lieu à Francfort-sur-Mein, dans le délai de deux mois au plus tard. Après l'échange des ratifications le présent traité sera publié par les deux hautes parties contractantes aussitôt que possible, et il sera mis en vigueur après la publication accomplie dans les deux Etats.

En foi de quoi, lesdits plénipotentiaires ont signé le présent traité et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Francfort-sur-Mein, le deuxième jour du mois d'octobre de l'an de grâce 1852.

(L.S.) Tallenay. (L.S.) Baron de Holzhausen.

Vertrag zwischen Waldeck und Frankreich zum Schutze des literarischen und musikalischen Eigenthums, vom 4. Februar 1854.

Sa Majesté l'Empereur des Français, et Son Altesse Sér. le prince souverain de Waldeck et Pyrmont, également animés du désir de donner une base plus solide aux garanties déjà existantes en faveur des Français et de leurs ayants-cause dans la Principauté de Waldeck, et en faveur des sujets de la Principauté de Waldeck et de leurs ayants-cause en France, contre la réimpression et la reproduction illicites des ouvrages de littérature et des compositions musicales, par suite du décret du Prince-Président, du 28 Mars 1852, et respectivement, par suite des lois et des décisions qui régissent la matière dans la Principauté de Waldeck, sont convenus de conclure, dans ce but, un traité spécial.

A cette fin, ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur des Français, le sieur Auguste marquis de Tallenay, grand officier de l'orde de la Légion d'honneur etc., son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près la Sérénissime Confédération germanique, ainsi que près la ville libre de Francfort, et son ministre plénipotentiaire près son Altesse le duc de Nassau;

Minister am Herzoglich Nassauischen Hofe und außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der freien Stadt Frankfurt,

welche Bevollmächtigten, nachdem sie ihre Vollmachten sich gegenseitig mitgetheilt und dieselben genügend befunden, über folgende Artikel sich vereinigt haben:

Art. 1. Die Angehörigen der hohen vertragenden Staaten sollen wechselseitig denselben Schutz gegen den in dem andern Staate begangen werdenden Nachdruck oder unerlaubte Vervielfältigung ihrer Geistesproducte, als: Bücher, periodische Schriften, musikalische Compositionen und sonstige schriftstellerische Erzeugnisse, genießen, wie die eigenen Staatsangehörigen, und alle Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, welche entweder schon bestehen, oder künftig bezüglich der unerlaubten Nachbildung solcher Werke noch erlassen werden, sind ohne Unterschied auf die gleichartigen Erzeugnisse der Angehörigen beider Staaten anwendbar.

Was jedoch das Feilbieten und den Verkauf von Nachdruckwerken oder unerlaubten Abzügen der vorbenannten Werke angeht, die aus andern als den vertragenden Staaten herrühren, so beziehen sich beide hohe vertragende Theile noch zur Zeit auf die gegenwärtig in ihren Staaten desfalls bestehenden Bestimmungen.

Art. 2. Die Bestimmungen des Artikel 1 finden gleichfalls Anwendung auf die Darstellung oder Aufführung von dramatischen oder musikalischen Werken, insoweit als die Gesetze eines jeden der beiden vertragenden Staaten in Betreff der in ihnen zuerst aufgeführten oder dargestellten Werke gedachter Art einen Schutz gewähren, oder für die Folge gewähren werden.

Art. 3. Um für die Geistesproducte den in den vorstehenden Artikeln bezeichneten Schutz zu sichern, müssen die Urheber derselben auf Verlangen durch das Zeugniß einer öffentlichen Behörde nachweisen, daß das in Frage stehende Werk ein solches Originalwerk sei, welches in dem Lande seines Erscheinens den gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck oder unbefugte Nachbildung genießt.

Art. 4. Die beiden hohen vertragenden Theile verpflichten sich, die Erfüllung der in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern und den Angehörigen des andern Staats denselben Rechtsschutz wie denjenigen des eigenen Staats zu gewähren.

Ueber die Frage, was als Nachdruck und unbefugte Nachbildung anzusehen sei, werden die Gerichte eines jeden Landes nach den in demselben geltenden Gesetzen entscheiden.

Art. 5. Gegenwärtige Uebereinkunft soll den freien Verkauf oder die Veröffentlichung von Nachdrücken und Nachbildungen nicht verhindern, welche schon vor der Publication dieses Vertrags in einem der beiden Staaten ganz oder theilweise angefertigt oder bestellt sind.

Jedoch soll die Veröffentlichung und der Verkauf der in diesem Artikel bezeichneten Nachdrücke und Nachbildungen drei Monate nach der Bekanntmachung des gegenwärtigen Vertrags in beiden Staaten nicht weiter stattfinden.

Art. 6. Um die Ausführung dieses Vertrags zu erleichtern, werden beide vertragende Theile sich gegenseitig die Gesetze und Verordnungen mit-

Son A. S. le prince de Waldeck, le sieur Adolphe baron de Holzhausen, commandeur etc., son conseiller intime actuel, envoyé et ministre plénipotentiaire à la diète de la Confédération germanique;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1er. Les hautes parties contractantes s'engagent réciproquement à faire jouir les nationaux dans les Etats respectifs, quant aux ouvrages d'ésprit, tels que livres, écrits périodiques, compositions musicales et autres productions littéraires, de la même protection contre la réimpression ou reproduction illicite dont jouissent les nationaux dans leur propre pays, de sorte que toutes les lois, ordonnances, stipulations aujourd'hui existantes ou qui pourraient être promulguées à l'avenir, relativement à la contrefaçon et à la reproduction illicite, seront également applicables aux ressortissants des deux Etats.

Quant à ce qui a rapport à l'exposition et à la vente des réimpressions et reproductions illicites des œuvres mentionnées ci-dessus, provenant de tout autre pays, que les deux pays contractants, les hautes parties s'en réfèrent, quant à présent, aux dispositions aujourd'hui existantes dans les deux Etats.

Art. 2. Les stipulations de l'article précédent s'appliqueront également à la représentation ou exécution des œuvres dramatiques ou musicales, en tant que les lois de chacun des deux Etats garantissent ou garantiront, par la suite, protection aux œuvres susdites exécutées ou représentées pour la première fois sur les territoires respectifs.

Art. 3. Pour assurer à tous les ouvrages intellectuels la protection stipulée dans les articles précédents, leurs auteurs devront établir, au besoin, par un témoignage émanant d'une autorité publique, que l'ouvrage en question est une œuvre originale qui, dans le pays où elle a été publiée, jouit de la protection légale contre la contrefaçon ou réimpression illicite.

Art. 4. Les deux hautes parties contractantes s'engagent à assurer, par tous les moyens en leur pouvoir, l'exécution des stipulations contenues dans les articles précédents, et à faire jouir réciproquement leurs ressortissants de la protection légale assurée aux nationaux.

Les tribunaux de chaque pays auront à décider, d'après la legislation existante, la question de contrefaçon ou de reproduction illicite.

Art. 5. La présente convention ne pourra faire obstacle à la publication ou à la vente des réimpressions ou reproductions qui auraient déjà été publiées ou commandées, en tout ou en partie, dans chacun des deux Etats, antérieurement à sa publication. Les deux hautes parties contractantes se réservent de s'entendre sur la fixation d'un délai après lequel la vente des réimpressions et reproductions indiquées dans le présent article ne pourra plus avoir lieu.

theilen, welche jeder von ihnen in Beziehung auf Sicherstellung gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung bereits erlassen hat, oder zu erlassen sich veranlaßt sehen wird.

Art. 7. Die Bestimmungen dieses Vertrags können das Recht der beiden hohen vertragenden Staaten nicht beeinträchtigen, durch Maßregeln der Gesetzgebung oder Verwaltung den Verkehr, die Darstellung, die Feilhaltung oder den Verkauf schriftstellerischer Erzeugnisse in geeigneter Weise zu überwachen, zu erlauben oder zu untersagen.

Auch soll keine Bestimmung dieser Uebereinkunft so ausgelegt werden, daß dieselbe das Recht eines der hohen vertragenden Theile beeinträchtige, die Einfuhr solcher Bücher nach seinem eigenen Gebiete zu verhindern, welche seine innere Gesetzgebung oder seine Verträge mit andern Staaten für Nachdrücke oder für Verletzung des ausschließlichen Rechts zur Vervielfältigung erklären.

Art. 8. Die Dauer der gegenwärtigen Uebereinkunft wird auf sechs Jahre festgesetzt, und die Wirksamkeit derselben soll, sobald die Publication in beiden Staaten in gesetzlicher Weise geschehen sein wird, in beiden Staaten gleichzeitig ihren Anfang nehmen.

Die Inkrafttretung dieser Uebereinkunft soll spätestens nach Ablauf von drei Monaten von dem Tage des Austausches der Ratification an gerechnet, ihren Anfang nehmen.

Art. 9. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt und die Auswechselung der Ratificationsurkunden zu Frankfurt am Main binnen zwei Monaten, oder wo möglich früher bewirkt werden.

Nach erfolgter Ratification soll der Vertrag von den beiderseitigen Regierungen baldmöglichst publicirt werden, und die Wirksamkeit desselben ihren Anfang nehmen, sobald die Publication in beiden Staaten geschehen sein wird.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und ihre Siegel beigedruckt.

So geschehen zu Frankfurt den vierten Februar eintausend achthundert vier und funfzig.

Freiherr von Holzhausen. (L. S.) — Tallenay. (L. S.)

Vertrag Badens und Frankreichs über den gegenseitigen Schutz literarischer und artistischer Erzeugnisse, vom 3. April 1854.

Se. Königl. Hoheit der Regent von Baden und Se. Majestät der Kaiser der Franzosen, gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, den Wissenschaften und Künsten Ihren Schutz angedeihen zu lassen, und nützliche Unternehmungen, welche sich darauf beziehen, zu befördern, haben zu dem Ende beschlossen, in gemeinschaftlichem Einverständnisse solche Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet erscheinen, um Ihre Unterthanen gegen den Nachdruck und die unbefugte Vervielfältigung ihrer literarischen und artistischen Werke gegenseitig sicher zu stellen.

Zu diesem Zwecke haben Sie zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Art. 6. Pour faciliter l'exécution de ce traité, les deux hautes parties contractantes se communiqueront respectivement les lois et ordonnances que chacune d'elles aurait promulguées ou pourrait à l'avenir promulguer pour garantir le commerce légitime contre la contrefaçon, la réimpression et la reproduction illicites.

Art. 7. Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux hautes parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire à leur convenance, par des mesures législatives ou administratives, le commerce, la réprésentation, l'exposition (Feilhaltung) ou la vente de productions littéraires.

De même, aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interprétée, de manière à contester le droit des hautes parties contractantes de prohiber l'importation, sur leur propre territoire, des livres que leur législation intérieure ou des traités avec d'autres Etats feraient entrer dans la catégorie des reproductions illicites.

Art. 8. La présente convention aura force et vigueur pendant six années, à partir du jour dont les hautes parties contractantes conviendront pour son exécution simultanée, dès que la promulgation en sera faite d'après les lois particulières à chacun des deux Etats; lequel jour ne pourra dépasser de trois mois l'échange des ratifications.

Art. 9. La presente convention sera ratifiée et l'échange des ratifications aura lieu à Francfort dans le délai de deux mois au plus tard.

Après l'échange des ratifications, le présent traité sera publié par les deux hautes parties contractantes, aussitôt que possible, et il sera mis en vigueur après la publication accomplie dans les deux Etats.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé la présente convention et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Francfort, le 4 Février 1854.

(L. S.) Tallenay. (L. S.) Baron de Holzhausen.

Vertrag Badens und Frankreichs über den gegenseitigen Schutz literarischer und artistischer Erzeugnisse, vom 3. April 1854.

Son A. R. le Régent de Bade et Sa M. l'Empereur des Français également animés du désir de protéger les sciences et les arts et d'encourager les entreprises utiles qui s'y rapportent, ont à cette fin résolu d'adopter, d'un commun accord, des mesures propres à garantir réciproquement leurs sujets contre la réimpression et la reproduction illicites de leurs oeuvres littéraires et artistiques.

Dans ce but ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires respectifs:

S. K. H. der Regent von Baden:
den Herrn Ludwig Freiherrn Rüdt von Collenberg, Großkreuz des Großherzogl. Ordens vom Zähringer Löwen, Ritter des Königlich Preußischen Rothen Adlerordens erster Classe und des Königlich Würtembergischen Friedrichs-Ordens, Großkreuz des Königlich Bayrischen St. Michaels-Ordens und des Königlich Sardinischen Mauritus- und St. Lazarus-Ordens, Commandeur des Königlich Würtembergischen Kron-Ordens und des Kurfürstlich Hessischen Wilhelms-Ordens, Allerhöchst-Ihren Staatsminister des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, und

S. M. der Kaiser der Franzosen
den Herrn Karl Freiherrn von Reinach, Allerhöchst-Ihren Geschäftsträger in Karlsruhe;

welche Bevollmächtigte, nachdem sie ihre Vollmachten sich gegenseitig mitgetheilt und dieselben genügend befunden, über folgende Artikel sich vereinigt haben;

Art. 1. Die hohen contrahirenden Theile verpflichten sich wechselseitig, den Angehörigen des andern Staates hinsichtlich ihrer Werke des Geistes und der Kunst, als Bücher, periodische Schriften, dramatische Werke, musikalische Compositionen, Gemälde, Stiche, Lithographien, Zeichnungen, Bildhauerarbeiten und sonstige schriftstellerische und künstlerische Erzeugnisse, denselben Schutz gegen den in diesem Lande begangen werdenden Nachdruck oder unbefugte Vervielfältigung zu gewähren, welchen die Angehörigen des eigenen Staates genießen, in der Weise, daß alle Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, welche bezüglich des Nachdrucks und der unbefugten Vervielfältigung solcher Werke gegenwärtig bestehen, oder künftig noch erlassen werden, auf die Angehörigen beider Staaten gleichmäßig anwendbar sind. Jedoch sollen die Angehörigen des einen Staats diesen Schutz im andern Lande nicht über den Zeitpunkt genießen, welcher für die Dauer dieses Schutzes durch die Gesetzgebung ihres eigenen Staates bestimmt ist.

Hinsichtlich des Feilbietens und des Verkaufes der aus andern als den contrahirenden Staaten herrührenden Nachdrücke oder unbefugten Nachbildungen der vorbenannten Werke beziehen sich beide hohe Theile noch zur Zeit auf die gegenwärtig in ihren Staaten deßhalb bestehenden Bestimmungen.

Art. 2. Die Bestimmungen des Art. 1. finden gleichfalls Anwendung auf die Darstellung oder Aufführung von dramatischen oder musikalischen Werken, insoweit, als die Gesetze eines jeden der beiden Staaten in Betreff der in ihnen zuerst aufgeführten oder dargestellten Werke gedachter Art einen Schutz gewähren oder für die Folge gewähren werden.

Art. 3. Um allen Werken des Geistes und der Kunst den in den vorstehenden Artikeln bezeichneten Schutz zu sichern, genügt es, daß die Urheber derselben auf Verlangen durch das Zeugniß der zuständigen öffentlichen Behörde nachweisen, daß das in Frage stehende Werk ein solches Originalwerk sei, welches in dem Lande seines Erscheinens den gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck oder unbefugte Vervielfältigung genießt.

Art. 4. Die beiden hohen contrahirenden Theile verpflichten sich, die Vollziehung der in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern und den Angehöri-

S. A. R. le Régent de Bade
le sieur Louis Baron Rüdt de Collenberg, Grand' Croix de l'ordre de Lion de Zähringen, chevalier des ordres de l'Aigle rouge de Prusse de première classe et de Frédéric de Würtemberg, Grand' Croix des ordres de St. Michel de Bavière, de St. Maurice et de St. Lazare de Sardaigne, commandeur des ordres de la couronne de Würtemberg et de Guillaume de Hesse Electorale, Son Ministre de la Maison et des affaires étrangères, et
S. M. l'Empereur des Français
le sieur. Charles Barón de Reinach, Son Chargé d'Affaires à Carlsruhe,
lesquels après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. Les hautes parties contractantes s'engagent réciproquement à faire jouir les nationaux dans les Etats respectifs, quant à leurs ouvrages d'ésprit et d'art, tels que livres, écrits périodiques, oeuvres dramatiques, compositions musicales, tableaux, gravures, lithographies, dessins, travaux de sculpture et autres productions littéraires et artistiques, de la même protection contre la réimpression ou reproduction (Vervielfältigung) illicites, dont jouissent les nationaux dans leur propre pays, de sorte que toutes les lois, ordonnances et stipulations aujourd'hui existantes ou qui pourraient être promulguées à l'avenir relativement à la contrefaçon et la reproduction illicite seront également applicables aux ressortissants des deux Etats.

Il est toutefois bien entendu que le nationaux ne jouiront pas dans l'autre pays de cette protection au delà du terme fixé pour la durée de cette protection pour la législation de leur propre pays.

Quant à ce qui à rapport à l'exposition et à la vente de réimpressions et reproductions illicites des oeuvres mentionées ci-dessus, provenant de tout autre pays que les deux pays contractants, les hautes parties s'en référent quant à présent aux dispositions aujourd'hui existantes dans les deux Etats.

Ari. 2. Les stipulations de l'article premier s'appliqueront également à la représentation ou exécution des oeuvres dramatiques ou musicales, en tant que les lois de chacun des deux Etats garantissent ou garantiront par la suite protection aux oeuvres susdites exécutées ou représentées pour la première fois sur les territoires respectifs.

Art. 3. Pour assurer à tous ouvrages d'ésprit ou d'art la protection stipulée dans les articles précédents il suffira que leur auteurs établissent au bessoin pour un temoignage émanant de l'autorité publique compétente en chaque pays que l'ouvrage en question est une oeuvre originale qui, dans le pays où elle a été publiée, jouit de la protection légale contre la contrefaçon ou réimpression illicite.

Art. 4. Les deux hautes parties contractantes s'engagent à assurer, par tous les moyens en leur pouvoir, l'exécution des stipu lations contenues dans les articles précédents, et à faire jouir ré-

gen des andern Staates denselben Rechtsschutz wie denjenigen des eigenen Staates zu gewähren.

Ueber die Frage, was als Nachdruck und unbefugte Vervielfältigung anzusehen sei, werden die zuständigen Behörden eines jeden Landes nach den in demselben geltenden Gesetzen entscheiden.

Art. 5. Gegenwärtige Uebereinkunft soll die Veröffentlichung oder den Verkauf von Nachdrücken nicht verhindern, welche schon vor Publication dieses Vertrages in einem der beiden Staaten ganz oder theilweise veröffentlicht oder bestellt sind. Die beiden hohen contrahirenden Theile behalten sich jedoch vor, über Festsetzung eines Zeitpunktes übereinzukommen, nach welchem der Verkauf der in diesem Artikel bezeichneten Nachdrücke und Nachbildungen nicht weiter stattfinden soll.

Art. 6. Um den Vollzug dieses Vertrages zu erleichtern, werden beide hohe contrahirende Regierungen sich gegenseitig die Gesetze und Verordnungen mittheilen, welche jede von ihnen zur Sicherstellung des rechtmäßigen Geschäftsbetriebes gegen den Nachdruck und die unbefugte Vervielfältigung etwa erlassen hat oder künftig zu erlassen sich veranlaßt sehen wird.

Art. 7. Die Bestimmungen dieses Vertrages können das Recht der beiden hohen contrahirenden Staaten nicht beeinträchtigen, durch Maßregeln der Gesetzgebung oder Verwaltung den Verkehr, die Darstellung, die Feilhaltung oder den Verkauf schriftstellerischer oder künstlerischer Erzeugnisse in geeigneter Weise zu überwachen, zu erlauben oder zu untersagen.

Auch soll keine Bestimmung dieser Uebereinkunft so ausgelegt werden, daß dieselbe das Recht eines der hohen vertragenden Theile beeinträchtige, die Einfuhr solcher Werke nach seinem Gebiete zu verhindern, welche seine innere Gesetzgebung oder Verträge mit andern Staaten für unbefugte Vervielfältigung erklären.

Art. 8. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll während sechs Jahren vom Tage des Eintritts ihrer Wirksamkeit an in Kraft bleiben.

Wenn sie beim Ablauf dieser Zeit nicht sechs Monate vorher von dem einen oder dem andern der beiden Theile gekündigt worden war, soll ihre verbindliche Kraft weiter von Jahr zu Jahr fortdauern, bis einer der beiden Theile dem andern ein Jahr vorher seine Absicht, von dem Vertrag abzugehen, erklärt haben wird.

Art. 9. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt und die Auswechslung der Ratificationsurkunden zu Karlsruhe binnen zwei Monaten vom Tage der Unterzeichnung an gerechnet, oder wenn möglich früher, bewirkt werden.

Sie soll von den beiden beiderseitigen Regierungen den dreißigsten Tag nach dem Austausch der Ratificationsurkunden in Wirksamkeit gesetzt werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen Karlsruhe, den dritten April Eintausend achthundert vier und fünfzig.

L. Freiherr Rüdt. (L. S.) Baron Carl von Reinach. (L. S.)

ciproquement leurs ressortissants de la protection légale assurée aux nationaux.

Les autorités compétentes de chaque pays auront à décider, d'après la législation existante la question de contrefaçon ou de reproduction illicite.

Art. 5. La présente Convention ne pourra faire obstacle à la publication ou à la vente des réimpressions ou reproductions, qui auraient été déjà publiées ou commandées, en tout ou en partie, dans chacun des deux Etats, antérieurement à sa publication. Les deux hautes parties contractantes se réservent de s'entendre sur la fixation d'un délai après lequel la vente des réimpressions et reproductions indiquées dans le présent article ne pourra plus avoir lieu.

Art. 6. Pour faciliter l'éxécution de ce traité, les deux hautes parties contractantes se communiqueront respectivement les lois et ordonnances que chacune d'elles aurait promulguées, ou pourrait, à l'avenir, promulguer pour garantir le commerce légitime contre la réimpression et reproduction illicites.

Art. 7. Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux hautes parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire, à leur convenance, par des mesures législatives ou administratives, le commerce, la représentation, l'exposition (Feilhaltung) ou la vente de productions littéraires ou artistiques.

De même, aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interprétée de manière à contester le droit des hautes parties contractantes de prohiber l'importation sur leurs propres territoires des oeuvres que leur législation intérieure ou des traités avec d'autres Etats feraient entrer dans la catégorie des reproductions illicites.

Art. 8, La présente convention aura force et vigueur pendant six années à partir du jour ou elle pourra être mise à exécution.

Si à partir de cette époque elle n'est pas denoncée six mois à l'avance par l'une ou l'autre des deux parties, elle continuera d'être obligatoire d'année en année, et cela jusqu'à ce que l'une des parties ait annoncé à l'autre un an à l'avance son intention d'en faire cesser les effets.

Art. 9. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Carlsruhe dans le délai de deux mois à partir du jour de la signature ou plutôt si faire se peut.

Elle sera mise à éxécution de part et d'autre le 30. jour après l'échange des ratifications.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Carlsruhe le trois Avril mil-huit-cent-cinquante-quatre.

L. Baron Rüdt. Baron Ch. de Reinach.
(L. S.) (L. S.)

II. Die Verträge deutscher Staaten mit Großbritannien.

Vertrag zwischen Preußen und Großbritannien wegen gegenseitigen Schutzes der Autorrechte gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung. Vom 13. Mai, ratificirt am 16. Juni 1846.

Seine Majestät der König von Preußen und Ihre Majestät die Königin der vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland, von dem Wunsche beseelt, auf Erzeugnisse der Literatur und der schönen Künste, welche in einem der beiden Staaten zuerst erschienen sind, in dem anderen Staate dieselben Privilegien hinsichtlich des ausschließlichen Rechtes zur Vervielfältigung auszudehnen, welche gleichartigen in diesem Staate erschienenen Werken zustehen, haben zu diesem Zwecke eine Uebereinkunft zu treffen beschlossen und zu ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Seine Majestät der König von Preußen

Allerhöchst Ihren Geheimen Staats- und Kabinetsminister für die auswärtigen Angelegenheiten, Generallieutenant Karl Wilhelm Ernst, Freiherrn von Kanitz und Dallwitz, Ritter des Königlich Preußischen Rothen Adlerordens erster Classe mit Eichenlaub, des Ordens „pour le mérite“ mit Eichenlaub, des eisernen Kreuzes erster Classe, des Dienstauszeichnungs-Kreuzes, Großkreuz des Kaiserlich Oesterreichischen Leopold-Ordens, des Kön. Hannover'schen Guelphen-Ordens, des Großherzoglich Oldenburgischen Haus- und Verdienst-Ordens, und des Herzoglich Braunschweigischen Ordens Heinrich des Löwen, Ritter des Kaiserlich Russischen Wladimir-Ordens erster Classe, des St. Annen-Ordens zweiter Classe mit dem Stern und des Militär-Verdienst-Ordens-Ritterkreuzes; und

Ihre Majestät die Königin des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland

den sehr achtbaren John, Grafen von Westmoreland, Lord Burghersh, Pair des vereinigten Königreiches, Ihrer Großbritannischen Majestät Rath im Geheimen Staatsrathe, Generallieutenant, Commandeur des Königl. Großbritannischen militärischen Bath-Ordens, Großkreuz des Königlich Hannover'schen Guelphen-Ordens, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Ihrer Großbritannischen Majestät bei Sr. Majestät dem Könige von Preußen,

welche, nachdem sie sich gegenseitig ihre Vollmachten mitgetheilt und dieselben in guter und gehöriger Form befunden, die folgenden Artikel vereinbart und abgeschlossen haben:

Art. I. Die Autoren von Büchern, dramatischen Werken oder musikalischen Compositionen, und die Erfinder, Zeichner oder Verfertiger von Stichen und Werken der Bildhauerkunst, sowie die Autoren, Erfinder, Zeichner oder Verfertiger von irgend einem andern Werke der Literatur und der schönen Künste, für welches die Gesetze Preußens und Großbritanniens ihren eigenen Unterthanen ein ausschließliches Recht zur Vervielfältigung gegenwärtig beilegen oder in Zukunft ertheilen mögen, sollen in Betreff eines jeden solchen Werkes oder Gegenstandes, der in dem einem der beiden Staaten zuerst erschienen ist, in dem andern Staate das gleiche

Vertrag zwischen Preußen und Großbritannien wegen gegenseitigen Schutzes der Autorrechte gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung. Vom 13. Mai, ratificirt am 16. Juni 1846.

His Majesty the King of Prussia and Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, being desirous of extending to works of literature and the fine arts which may be first published in either of the two States the same privileges in the other State, in regard to Copyright, which are enjoyed by similar works first published in such other State; and Her Britannic Majesty having consented to facilitate the introduction into Her dominions of books and prints published in Prussia, by a reduction of the duties at present imposed by law on the importation thereof; their said Majesties have resolved to conclude a Convention for these purposes, and have named as their respective Plenipotentiaries, that is to say:

His Majesty the King of Prussia

The Sieur Charles William Ernest, Baron de Canitz and Dallwitz, His Minister of State and Cabinet for Foreign Affairs, a Lieutenant-General in His army, Knight of the Order of the Red Eagle of the first class, of the Order „Pour le Mérite", of the Iron Cross of the first class, of the Cross for distinguished Service of Prussia, Knight Grand Cross of the Orders of Leopold of Austria, of the Guelphs of Hanover, of the House and Merit of Oldenburg and of Henri the Lion of Brunswick, Knight of the Orders of St. Wladimir of the fourth class of St. Anna of the second class, of St. Stanislaus of the second class with the star, and of the Cross for Military Merit of Russia;

And Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland

the Right Honourable John, Earl of Westmorland, Lord Burghersh, a Peer of the United Kingdom, a Member of Her Britannic Majesty's Most Honourable Privy Councib a Lieutenant-General in Her army, Knight Commander of the Most Honourable Military Order of the Bath, Knight Grant Cross of the Royal Hanoverian Guelphic Order, Her Britannic Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to His Majesty the King of Prussia;

Who, after having communicated to each other the respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles:

Art. I. The authors of books dramatic works, or musical compositions and the inventors, designers, or engravers of prints, and articles of sculpture; and the authors, inventors, designers, or engravers, of any other works whatsoever of literature and

ausschließliche Recht zur Vervielfältigung genießen, als dem Autor, Erfinder, Zeichner oder Verfertiger eines gleichartigen Werkes gesetzlich zustehen würde, wenn es in diesem andern Staate zuerst erschienen wäre, gegenseitig mit den gleichen gesetzlichen Rechtsmitteln und gleichem Schutze gegen Nachdruck und unbefugte Vervielfältigung.

Die gesetzlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger der Autoren, Erfinder, Zeichner oder Verfertiger sollen in allen diesen Beziehungen auf demselben Fuße behandelt werden, wie die Autoren, Erfinder, Zeichner oder Verfertiger selbst.

Art. II. Niemand soll in einem der beiden Staaten ein Recht auf den durch den vorstehenden Artikel verheißenen Schutz haben, bis das Werk, in Betreff dessen ein ausschließliches Recht zur Vervielfältigung in Anspruch genommen wird, Seitens des ursprünglichen Autors, oder seiner gesetzlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger, in nachstehender Weise zur Einregistrirung gebracht worden ist:

1) Wenn das Werk innerhalb des Gebietes Seiner Majestät des Königs von Preußen zuerst erschienen ist, muß dasselbe in das Registrirungsbuch des Buchhändlervereins in London eingetragen werden.
2) Wenn das Werk innerhalb des Gebietes Ihrer Britischen Majestät erschienen ist, muß dasselbe in das Verzeichniß eingetragen werden, welches zu diesem Zwecke bei dem Preußischen Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten geführt werden soll.

Auch soll Niemand ein Recht auf solchen Schutz, wie er oben erwähnt worden, haben, als bis in Betreff des Werkes, hinsichtlich dessen der Schutz in Anspruch genommen wird, den Gesetzen und Reglements der resp. Staaten gehörig nachgekommen ist; noch in solchen Fällen, wo mehrere Exemplare von dem Werke vorhanden sind, eher, als bis ein Exemplar von der besten Ausgabe oder besten Art unentgeldlich derjenigen Behörde überliefert worden ist, welche dazu in den resp. Staaten gesetzlich bestimmt worden.

Eine beglaubigte Abschrift der Eintragung in das erwähnte Registrirungsbuch des Buchhändlervereins zu London soll innerhalb des britischen Gebietes als Beweis für das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung gelten, bis ein besseres Recht durch irgend eine Partei vor einem Gerichtshofe nachgewiesen worden ist; das nach Preußischen Gesetzen ausgestellte Attest über die Eintragung irgend eines Werkes in diesem Staate soll zu gleichem Zwecke innerhalb des preußischen Gebietes gelten.

Art. III. Die Autoren von dramatischen und musikalischen Werken, welche in einem der beiden Staaten zuerst öffentlich dargestellt oder aufgeführt worden sind, sowie die gesetzlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger solcher Autoren sollen in gleicher Weise in Betreff der öffentlichen Darstellung oder Aufführung ihrer Werke in dem andern Lande in derselben Ausdehnung geschützt werden, in welcher die eigenen Unterthanen in Betreff der in diesem Staate zuerst dargestellten oder aufgeführten dramatischen oder musikalischen Werke geschützt werden, vorausgesetzt, daß sie zuvor ihr ausschließliches Recht bei den in dem vorstehenden Artikel erwähnten Be-

the fine arts, in which the laws of Prussia and of Great Britain do now or may hereafter give their respective subjects the privilege of Copyright, shall, with regard to any such works or articles first published in either of the two States, enjoy in other the same privilege of Copyright as would by law be enjoyed by the author, inventor designer, or engraver of a similar work, it first published in such other State; together with the same legal remedies and protection against piracy and unauthorized republication.

The lawful representatives or assigns of authors, inventors, designers, or engravers shall, in all there respects, be treated on the same footing as the authors, inventors, designers, or engravers themselves.

Art. II. No person shall, in either country, be entitled to the protection stipulated by the preceding Article, unless the work in respect of which Copyright is claimed shall have been registered by the original producer, or by his lawful representatives assigns, in the manners following:

First. If the work be one that has first appeared in the dominions of His Majesty the King of Prussia, it must have been registered in the Register Book of the Company of Stationers in London.

Secondly. If the work be one that has first appeared in the dominions of Her Britannic Majesty, it must have been registered in the Catalogue to be kept for that purpose at the Office of His Prussian Majesty's Minister for Ecclesiastical, Educational, and Medical Affairs.

Nor shall any person be entitled to such production as aforesaid, unless the laws and regulations of the respective States in regard to the work in respect of which it may be claimed shall have been duly complied with; nor, in cases where there are several copies of the work, unless one copy of the best edition, or in the best state, shall have been delivered gratuitously at the place appointed by law for that purpose in the respective countries.

A certified copy of the entry in the said Register Book of the Company of Stationers in London shall be valid in the British dominions, as proof of the exclusive right of republication, until a better right shall have been established by any other party before a Court of Justice; — and the certificate given under the laws of Prussia, of the registration of any work in that country, shall be valid for the same purpose in the Prussian dominions.

Art. III. The authors of dramatic and musical works which shall have been first publicly represented or performed in either of the two countries, as well as the lawful representatives or assigns of such authors, shall likewise be protected in regard to the public representation or performance of their works in the other country to the full extent in which native subjects would be protected in respect of dramatic and musical works first represented or performed in such country; provided

hörden nach den Gesetzen der resp. Staaten haben gehörig eintragen lassen.

Art. IV. An die Stelle der Zollsätze, welche zu irgend einer Zeit, während der Dauer dieser Uebereinkunft von der Einfuhr nach dem vereinigten Königreiche von fremden Büchern, Stichen und Zeichnungen zu entrichten sein mögen, sollen auf die Einfuhr von Büchern, Stichen oder Zeichnungen, welche innerhalb des Preußischen Gebietes erschienen sind und gesetzlich in das vereinigte Königreich eingeführt werden dürfen, lediglich die in der hier folgenden Liste specificirten Zollsätze gelegt werden, und zwar:

Zölle auf Bücher, nämlich:

Werke, ursprünglich im vereinigten Königreiche herausgegeben und in Preußen wieder erschienen sind der Centner	2 L.	10 sh.	0 d.
Werke, nicht ursprünglich im vereinigten Königreiche herausgegeben, der Centner . . .	0 „	15 „	0 „
Stiche oder Zeichnungen;			
Schwarz oder colorirt, einzeln ein jedes . .	0 „	0 „	0½ „
Gebunden oder geheftet das Dutzend . . .	0 „	0 „	1½ „

Es versteht sich, daß alle Werke, von denen ein Theil ursprünglich im vereinigten Königreiche herausgegeben war, als „Werke, ursprünglich im vereinigten Königreiche herausgegeben und in Preußen wieder erschienen." betrachtet und dem Zolle von funfzig Shillingen per Centner unterworfen werden, obgleich dieselben auch Originalsachen, die anderswo herausgegeben sind, enthalten mögen; es sei denn, daß solche Originalsachen an Masse wenigstens dem Theile des Werkes gleich wären, der ursprünglich in dem vereinigten Königreiche herausgegeben ist, in welchem Falle das Werk nur dem Zolle von funfzehn Schilling per Centner unterworfen sein soll.

Art. V. Man ist übereingekommen, daß Stempel nach einem den Zollbeamten des vereinigten Königreichs bekannt zu machenden Muster angeschafft werden, und daß die Municipal- oder sonstigen Behörden der verschiedenen Städte Preußens damit alle Bücher stempeln sollen, welche zur Ausfuhr nach dem vereinigten Königreiche bestimmt sind. Nur diejenigen Bücher sollen in Gemäßheit dieser Uebereinkunft, soweit dieselbe sich auf die Zollsätze bezieht, zu welchen solche Bücher zuzulassen sind, als in Preußen erschienen angesehen werden, welche nach ihrem Titelblatte als in einer Stadt oder einem Platze innerhalb des Preußischen Gebietes erschienen sich darstellen, und welche gehörig durch die zuständige Municipal- oder sonstige Behörde irgend einer Stadt oder eines Platzes in Preußen gestempelt worden sind.

Art. VI. Keine Bestimmung dieser Uebereinkunft soll so ausgelegt werden, daß dieselbe das Recht eines der beiden hohen contrahirenden Theile beeinträchtige, die Einfuhr solcher Bücher nach seinem eigenen Gebiete zu verhindern, welche nach seiner inneren Gesetzgebung oder in Gemäßheit seiner Verträge mit anderen Staaten für Nachdrücke oder Verletzungen des ausschließlichen Rechtes zur Vervielfältigung erklärt werden.

VII. Im Fall einer der beiden hohen contrahirenden Theile mit irgend einer dritten Macht einen Vertrag über internationalen Schutz des Rechtes zur Vervielfältigung abschließen würde, soll eine Bestimmung, welche der in dem vorhergehenden Artikel enthaltenen entspricht, in solchen Vertrag aufgenommen werden.

they shall previously have duly registered their Copyright in the offices mentioned in the preceding Article, in confirmity with laws of the respective States.

Art. IV. In lieu of the rates of duty which may at any time, during the continuance of this Convention, be payable upon the importation into the United Kingdom of Foreign books, prints, and drawings, there shall be charged upon the importation of books, prints, or drawings, published within the dominions of Prussia, and legally importable into the United Kingdom, only the rates of duty specified in the Table hereto annexed; that is to say:

Duties on books viz:

Works originally produced in the United Kingdom and republished in Prussia, the Cwt. . . .	2 L 10 s 0 d
Works not originally produced in the United Kingdom, the Cwt.	0 „ 15 „ 0 „
Prints or Drawings, plain or coloured:	
single each	0 „ 0 „ 0½ „
bound or sewed, the dozen	0 „ 0 „ 1½ „

It is understood that all works of which any part was originally produced in the United Kingdom will be considered as „works originally produced in the United Kingdom, and republished in Prussia," and will be subject to the duty of fifty shillings per cwt., although the same may contain also original matter produced elsewhere; unless such original matter shall be at least equal in bulk to the part of the work originally produced in the United Kingdom, in which case the work will be subject only to the duty of fifteen shillings per cwt.

Art. V. It is agreed that stamps shall be provided according to a pattern to be made known to the custom-house officers of the United Kingdom, and that the municipal or other anthorities of the several towns in Prussia shall affix such stamps to all books intended for exportation to the United Kingdom.

And no books shall for the purposes of this Convention so far as the same relates to the rates of duty at which such books are to be entered, be deemed to have been published in Prussia, except such as appear by their titlepage to have been published at some town or place within the dominions of Prussia, and which have been duly stamped by the proper municipal or other authority of any such town or place.

Art. VI. Nothing in this Convention shall be construed to affect the right of either of the two High Contracting Parties to prohibit the importation into its own dominions, of such books as, by its internal law, or under its Treaties with other States, are declared to be piracies, or infringements of Copyright.

Art. VII. In case either of the two High Contracting Parties shall conclude a Treaty of International Copyright with any third Power, a stipulation similar to that contained in the preceding Article shall be inserted in such Treaty.

Art. VIII. Diejenigen deutschen Staaten, welche zusammen mit Preußen den Zoll- und Handelsverein bilden, oder welche dem gedachten Vereine später noch sich anschließen möchten, sollen das Recht haben, gegenwärtiger Uebereinkunft beizutreten. Bücher, Stiche und Zeichnungen, die in einem Staate, welcher auf solche Weise Theilnehmer an dieser Uebereinkunft wird, erscheinen und aus einem andern Staate, der auch Theilnehmer an derselben ist, ausgeführt werden, sollen in Gemäßheit dieser Uebereinkunft so angesehen werden, als seien sie aus dem Lande ihres Erscheinens ausgeführt worden.

Art. IX. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll vom 1. Septbr. 1846 ab in Wirksamkeit treten. Dieselbe soll 5 Jahre von diesem Datum an und von da ab weiter bis zum Ablauf eines Jahres nach der Aufkündigung in Kraft bleiben, welche von einer oder der andern Seite zu irgend einer Zeit nach dem 1. September 1851 erfolgen möchte.

Art. X. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt, und die Auswechslung der Ratificationsurkunden zu Berlin binnen zwei Monaten oder womöglich früher bewirkt werden.

Zu Urkund dessen haben die resp. Bevollmächtigten dieselbe unterzeichnet, und derselben ihre Siegel beigedruckt.

Geschehen zu Berlin, den 13. Mai im Jahre unsers Herrn 1846.

(L. S.) Canitz. (L. S.) Westmorland.

Vertrag Hannovers mit Großbritannien behuf gegenseitiger Sicherung des schriftstellerischen und künstlerischen Eigenthums betreffend, abgeschlossen den 4. August 1847, ratificirt den 28. September 1847.

Seine Majestät der König von Hannover und Ihre Majestät die Königin des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, von dem Wunsche beseelt, auf Erzeugnisse der Literatur und der schönen Künste, welche in einem der beiden Staaten zuerst erschienen sind, in dem andern Staate dieselben Privilegien hinsichtlich des ausschließlichen Rechts zur Vervielfältigung auszudehnen, welche gleichartigen in diesem Staate zuerst erschienenen Werken zustehen, und nachdem Ihre Großbritannische Majestät eingewilligt haben, die Einführung von Büchern und Stichen, welche in Hannover veröffentlicht werden, in Ihre Staaten durch eine Herabsetzung der bis jetzt bestehenden Zollsätze zu erleichtern, haben zu diesem Zwecke eine Uebereinkunft zu treffen beschlossen, und zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Seine Majestät der König von Hannover, den Grafen Friedrich August Adolph von Kielmannsegge, Allerhöchst-Ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Ihrer Großbritannischen Majestät, Großkreuz des Guelphen-Ordens rc.

Und Ihre Majestät die Königin des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, den sehr achtbaren Herrn Heinrich Johann Viscount

Art. VIII. Those German States which, together with Prussia: compose the Customs and Commercial Union, or which may hereafter join the said Union, shall have the right of acceding to the present Convention; and books, prints, and drawings published in any State so becoming a party to this Convention, and exported from any other State also being a party to the same, shall be considered, for the purposes of this Convention, to have been exported from the country of their publication.

Art. IX. The present Convention shall come into operation on the 1st of September 1846. It shall remain in force for five years from that date, and further, until the expiration of a year's notice, which may be given be either party, at any time after the 1st of September 1851.

Art. X. The present Convention shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at Berlin, at the expiration of two months, or sooner if possible.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto, the seals of their arms.

Done at Berlin, the Thirteenth day of May, in the year of our Lord 1846.

(L.S.) Westmorland. (L.S.) Canitz.

Vertrag Hannovers mit Großbritannien behuf gegenseitiger Sicherung des schriftstellerischen und künstlerischen Eigenthums betreffend, abgeschlossen den 4. August 1847, ratificirt den 28. September 1847.

His Majesty the King of Hanover, and Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great-Britain and Ireland, being desirous of extending to works of literature and the fine arts which may be first published in either of the two States, the same privileges in the other State in regard to Copyright, which are enjoyed by similar works first published in such other State; — and Her Britannic Majesty having consented to facilitate the introduction into Her Dominions of Books and Prints published in Hanover, by a reduction of the duties at present imposed by Law on the importation thereof; Their said Majesties have resolved to conclude a Convention for these pourposes, and have named as Their respective Plenipotentiaries, that is to say;

His Majesty the King of Hanover, the Count Frederick Augustus Adolphus von Kielmansegge, His Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to Her Britannic Majesty, Grand-Cross of the Order of the Guelphs etc. etc. —

And Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great-Britain and Ireland, The Right Honourable Henry John,

Palmerston, Baron Temple, Pair von Irland, Ihrer Großbritannischen Majestät Rath im Geheimen Staatsrathe, Mitglied des Parlaments, Ritter Großkreuz des sehr achtbaren Bath-Ordens und Ihrer Großbritannischen Majestät Staatssecretair für die auswärtigen Angelegenheiten; — Und den sehr achtbaren Herrn Heinrich Labouchere, Ihrer besagten Majestät Rath im Geheimen Staatsrathe, Mitglied des Parlaments, und Präsidenten des Geheimen Staatsraths-Ausschusses für die Angelegenheiten des Handels und der Colonien; —

Welche, nachdem sie sich ihre Vollmachten gegenseitig mitgetheilt, und dieselben in guter und gehöriger Form befunden haben, über die nachfolgenden Artikel übereingekommen sind:

Art. I. Die Urheber von Büchern, dramatischen Werken oder musikalischen Compositionen, und die Erfinder, Zeichner oder Verfertiger von Stichen und Werken der Bildhauerkunst, sowie die Urheber, Erfinder, Zeichner oder Verfertiger von irgend einem andern Werke der Literatur und der schönen Künste, für welches die Gesetze Hannovers und Großbritanniens ihren eigenen Unterthanen ein ausschließliches Recht zur Vervielfältigung gegenwärtig beilegen oder in Zukunft ertheilen mögen, sollen in Betreff eines jeden solchen Werks oder Gegenstandes, der in dem einen der beiden Staaten zuerst erschienen ist, in dem andern Staate das gleiche ausschließliche Recht zur Vervielfältigung genießen, als dem Urheber, Erfinder, Zeichner oder Verfertiger eines gleichartigen Werks gesetzlich zustehen würde, wenn es in diesem andern Staate zuerst erschienen wäre, gegenseitig mit den gleichen gesetzlichen Rechtsmitteln und gleichem Schutze gegen Nachdruck und unbefugte Vervielfältigung.

Die gesetzlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger der Urheber, Erfinder, Zeichner oder Verfertiger sollen in allen diesen Beziehungen auf demselben Fuße behandelt werden, wie die Urheber, Erfinder, Zeichner oder Verfertiger selbst.

Art. II. Niemand soll in einem der beiden Staaten ein Recht auf den durch den vorstehenden Artikel verheißenen Schutz haben, bis das Werk, in Betreff dessen ein ausschließliches Recht zur Vervielfältigung in Anspruch genommen wird, Seitens des ursprünglichen Autors oder seiner gesetzlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger in nachstehender Weise zur Einregistrirung gebracht worden ist:

1) Wenn das Werk innerhalb des Gebiets Seiner Majestät des Königs von Hannover zuerst erschienen ist, muß dasselbe in das Registrirungsbuch des Buchhändler-Vereines in London eingetragen werden; —

2) Wenn das Werk innerhalb des Gebiets ihrer Großbritannischen Majestät zuerst erschienen ist, muß dasselbe in das Verzeichniß eingetragen werden, welches zu diesem Zwecke bei dem Hannoverschen Ministerium des Innern geführt werden soll.

Auch soll Niemand ein Recht auf solchen Schutz, wie er oben erwähnt worden, haben, als bis in Betreff des Werks, hinsichtlich dessen der Schutz in Anspruch genommen wird, den Gesetzen und Reglements des betreffenden Staates gehörig nachgekommen ist, noch bis ein Abdruck des Werks, oder in solchen Fällen, wo Abdrücke verschiedener Art von dem Werke vorhanden sind, bis ein Abdruck von der besten Ausgabe oder besten Art

Viscount Palmerston, Baron Temple, a Peer of Ireland, a Member of Her Britannic Majesty's Most Honourable Privy Council, a Member of Parliament, Knight Grand-Cross of the Most Honourable Order of the Bath, and Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs; —

And The Right Honourable Henry Labouchere, a Member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, a Member of Parliament, and President of the Committee of Privy-Council for Affairs of Trade and Foreign Plantations; —

Who, after having communicated to each other their respective Full Powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles:

Art. I. The Authors of books, dramatic works, or musical compositions, and the inventors, designers, or engravers of prints and articles of sculpture, and the authors, inventors, designers, or engravers of any other works whatsoever of literature and the fine arts, in which the Laws of Hanover and of Great-Britain do now or may hereafter give their respective Subjects the privilege of Copyright, shall, with regard to any such works or articles first published in either of the two States, enjoy in the other the same privilege of Copyright as would by Law be enjoyed by the author, inventor, designer, or engraver of a similar work, if first published in such other State, together with the same legal remedies and protection against piracy and unauthorized republication. —

The lawful representatives or assigns of authors, inventors, designers, or engravers, shall in all these respects, be treated on the same footing as the authors, inventors, designers, or engravers themselves. —

Art. II. No person shall in either Country be entitled to the protection stipulated by the preceding Article, unless the work in respect of which Copyright is claimed, shall have been registered by the original producer, or by his lawful representatives or assigns, in the manner following:

First: — If the work be one that has first appeared in the Dominions of His Majesty The King of Hanover, it must have been registered in the Register-Book of the Company of Stationers in London; —

Secondely: — If the work be one that has first appeared in the Dominions of Her Britannic Majesty, it must have been registered in the Catalogue to be kept for that purpose at the Office of His Hanoverian Majesty's Minister of the Interior. —

Nor shall any person be entitled to such protection as aforesaid, unless the Laws and Regulations of the respective States in regard to the work in respect of which it may be claimed, shall have been duly complied with, nor unless one Copy of the work, or, in cases where there are several Copies of the work, unless one Copy of the best Edition, or in the best State

unentgeltlich derjenigen Behörde überliefert worden ist, welche dazu in dem betreffenden Staate gesetzlich bestimmt worden.

Eine beglaubigte Abschrift der Eintragung in das erwähnte Registrirungsbuch des Buchhändler-Vereines zu London soll innerhalb des Britischen Gebiets als Beweis für das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung gelten, bis ein besseres Recht durch irgend eine andere Partei vor einem Gerichtshofe nachgewiesen worden ist; — das nach Hannover'schen Gesetzen ausgestellte Attest über die Eintragung irgend eines Werks in diesem Staate soll zu dem gleichen Zwecke innerhalb des Hannover'schen Gebiets gelten.

Art. III. Die Urheber von dramatischen und musikalischen Werken, welche in einem der beiden Staaten zuerst öffentlich dargestellt oder aufgeführt worden sind, sowie die gesetzlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger solcher Urheber sollen in gleicher Weise in Betreff der öffentlichen Darstellung oder Aufführung ihrer Werke in dem andern Lande in derselben Ausdehnung geschützt werden, in welcher die eigenen Unterthanen in Betreff der in diesem Staate zuerst dargestellten oder aufgeführten dramatischen oder musikalischen Werke geschützt werden, vorausgesetzt, daß sie zuvor ihr ausschließliches Recht bei den in dem vorstehenden Artikel erwähnten Behörden nach den Gesetzen des betreffenden Staates haben gehörig eintragen lassen.

Art. IV. Statt der Zollsätze, welche zu irgend einer Zeit während der Dauer dieser Uebereinkunft von der Einfuhr nach dem vereinigten Königreiche von fremden Büchern, musikalischen Werken, Stichen und Zeichnungen zu entrichten sein mögen, sollen auf die Einfuhr von Büchern, musikalischen Werken, Stichen oder Zeichnungen, welche innerhalb des Hannover'schen Gebiets erschienen sind, und gesetzlich in das vereinigte Königreich eingeführt werden dürfen, lediglich die in der hier folgenden Tabelle specificirten Zollsätze gelegt werden, und zwar;

Zölle auf Bücher und musikalische Werke, nämlich:

	L	s	d
Werke, ursprünglich im vereinigten Königreiche herausgegeben, und in Hannover wieder erschienen, der Centner	2.	10.	0.
Werke, nicht ursprünglich im vereinigten Königreiche herausgegeben, der Centner	0.	15.	0.
Stiche oder Zeichnungen, schwarz oder colorirt:			
einzeln, ein jedes	0.	0.	0½.
gebunden oder geheftet, das Dutzend	0.	0.	1½.

Es versteht sich, daß alle Werke, von denen ein Theil ursprünglich in dem vereinigten Königreiche herausgegeben war, als „Werke ursprünglich im vereinigten Königreiche herausgegeben und in Hannover wiedererschienen" betrachtet, und dem Zolle von 50 Shillings pro Centner unterworfen werden, obgleich dieselben auch Originalsachen, die anderswo herausgegeben sind, enthalten mögen, es sei denn, daß solche Originalsachen an Masse wenigstens dem Theil des Werks gleich wären, der ursprünglich in

shall have been delivered gratuitously at the place appointed by Law for that purpose in the respective Countries. —

A certified Copy of the entry in the said Register-Book of the Company of Stationers in London shall be valid in the British Dominions, as proof of the exclusive right of republication, until a better right shall have been established by any other party before a Court of Justice; — and the Certificate given under the Laws of Hanover, of the registration of any work in that Country, shall be valid for the same purpose in the Hanoverian Dominions. —

Art. III. The Authors of dramatic and musical works which shall have been first publicly represented or performed in either of the two Countries, as well as the lawful representatives or assigns of such authors, shall likewise be protected in regard to the public representation or performance of their works in the other Country, to the full extent, in which native subjects would be protected in respect of dramatic and musical works first represented or performed in such Country, provided they shall previously have duly registered their Copyright in the Offices mentioned in the preceding Article, in conformity with the Laws of the respective States. —

Art. IV. In lieu of the rates of duty which may at any time, during the continuance of this Convention, be payable upon the importation into the United Kingdom of foreign books, musical works, prints, and drawings, there shall be charged upon the importation of books, musical works, prints, or drawings published within the Dominions of Hanover, and legally importable into the United Kingdom, only the rates of duty, specified in the Table hereto annexed, that is to say:

Duties on books and musical works, viz:

	L s d
Works originally produced in the United Kingdom and republished in Hanover, the Cwt.	2. 10. 0.
Works not originally produced in the United Kingdom, the Cwt.	0. 15. 0.
Prints or Drawings, plain or coloured:	
single each	0. 0. 0½.
bound or sewed, the dozen	0. 0. 1½.

It is understood, that all works of which any part was originally produced in the United Kingdom, will be considered as "works originally produced in the United Kingdom and republished in Hanover," and will be subject to the duty of fifty shillings per Cwt., although the same may contain also original matter produced elsewhere, unless such original matter shall be at least equal in bulk to the part of the work originally

dem vereinigten Königreiche herausgegeben ist, in welchem Falle das Werk nur dem Zolle von 15 Shillings pro Centner unterworfen sein soll.

Art. V. Man ist übereingekommen, daß Stempel nach einem den Zollbeamten des vereinigten Königreichs bekannt zu machenden Muster angeschafft werden, und daß die Municipal- oder sonstigen Behörden der verschiedenen Städte Hannovers damit alle Bücher stempeln sollen, welche zur Ausfuhr nach dem vereinigten Königreiche bestimmt sind. — Nur diejenigen Bücher sollen in Gemäßheit dieser Uebereinkunft, soweit dieselbe sich auf die Zollsätze bezieht, zu welchen solche Bücher zuzulassen sind, als in Hannover erschienen, angesehen werden, welche nach ihrem Titelblatte als in einer Stadt oder einem Platze innerhalb des Hannoverschen Gebiets erschienen sich darstellen, und welche gehörig durch die zuständige Municipal- oder sonstige Behörde gestempelt worden sind.

Es wird als sich von selbst verstehend anerkannt, daß die Stempelung (gemäß der dem Worte „Bücher" im Art. 2 der Parlaments-Acte 5 und 6 Victoriae, Cap. 45 vom 1. Juli 1842 gegebenen Auslegung) nur auf Bücher und musikalische Werke beschränkt bleibt, während dagegen alle übrigen im Art. IV aufgeführten Gegenstände des Stempels nicht bedürfen, um zu dem im gedachten Artikel verabredeten Zollsatze in Großbritannien zugelassen zu werden.

Art. VI. Keine Bestimmung dieser Uebereinkunft soll so ausgelegt werden, daß dieselbe das Recht eines der beiden hohen contrahirenden Theile beeinträchtigte, die Einfuhr solcher Bücher nach seinem eigenen Gebiete zu verhindern, welche seine innere Gesetzgebung oder seine Verträge mit anderen Staaten für Nachdrücke oder Verletzungen des ausschließlichen Rechts zur Vervielfältigung erklären.

Art. VII. Im Fall einer der beiden hohen contrahirenden Theile mit irgend einer dritten Macht einen Vertrag über internationalen Schutz des Rechts zur Vervielfältigung abschließen würde, soll eine Bestimmung, welche der in dem vorhergehenden Artikel enthaltenen entspricht, in solchen Vertrag aufgenommen werden.

Art. VIII. Diejenigen deutschen Staaten, welche gegenwärtiger Uebereinkunft beizutreten wünschen, sollen dazu zugelassen werden. — Bücher, Musikwerke, Stiche und Zeichnungen, die in einem Staate, welcher auf solche Weise Theilnehmer dieser Uebereinkunft wird, erschienen und aus einem andern Staate, der auch Theilnehmnr an derselben ist, ausgeführt werden, sollen in Gemäßheit dieser Uebereinkunft so angesehen werden, als seien sie aus dem Lande ihres Erscheinens ausgeführt worden.

Art. IX. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll einen Kalendermonat nach dem Austausch der Ratification in Wirksamkeit treten. Dieselbe soll bis den 1. September 1851 und von da ab weiter bis zum Ablaufe eines Jahrs nach der Aufkündigung in Kraft bleiben, welche von einer oder der andern Seite zu irgend einer Zeit nach dem 1. September 1851 erfolgen möchte.

produced in the United Kingdom, in which case the work will be subject only to the duty of fifteen shillings per Cwt.

Art. V. It is agreed that Stamps shall be provided, according to a pattern to be made known to the Custom-House-Officers of the United Kingdom, and that the municipal or other Authorities of the several towns in Hanover shall affix such Stamps to all books, intended for exportation to the United Kingdom. — And no books shall, for the purposes of this Convention, so far as the same relates to the rates of duty at which such books are to be entered, be deemed to have been published in Hanover, except such as appear by their titlepage to have been published at some town or place within the Dominions of Hanover, and which have been duly stamped by the proper municipal or other Authority.

It is understood that the stamping agreed to in this Article will be confined to books and musical works (according to the interpretation of the word "books" given in Section 2 of the act of Parliament 5th and 6th Victoriae, Cap. 45 of the 1st of July 1842); whereas all other objects mentioned in Article IV will not require to be stamped in order to enable them to be imported into Great-Britain at the rate of duty fixed for those objects by the said Article.

Art. VI. Nothing in this Convention shall be construed to affect the right of either of the two High Contracting Parties to prohibit the importation into it's own Dominions of such books as, by it's internal Law, or under it's Treaties with other States are declared to be piracies or infringements of Copyright.

Art. VII. In case either of the two High Contracting Parties shall conclude a Treaty of international Copyright with any third Power, a stipulation similar to that contained in the preceding Article shall se inserted in such Treaty.

Art. VIII. Any German State which may choose to accede to the present Convention shall be admitted to it. — Books, musical works, prints, and drawings, published in any State so becoming a Party to this Convention, and exported from any other State also being a Party to the same, shall be considered for the purposes of the Convention, to have been exported from the Country of their publication.

Art. IX. The present Convention shall come into operation one Calender Month after the exchange of the Ratifications. It shall remain in force until the First of September 1851, and further until the expiration of a year's notice, which may be given by either Party at any time after the First of September 1851.

Art. X. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt und die Auswechselung der Ratifications-Urkunden zu Hannover binnen zwei Monaten, oder wo möglich früher, bewirkt werden.

Zu Urkund dessen haben die respectiven Bevollmächtigten dieselbe unterzeichnet und derselben ihre Siegel beigedruckt.

Geschehen zu London, den vierten August, im Jahre unsers Herrn Eintausend Achthundert Sieben und Vierzig.

(L. S.) (unterz.) A. Kielmansegge.
(L. S.) „ Palmerston.
(L. S.) „ H. Labouchere.

Wie dieser Vertrag dem preußischen vom 13. Mai 1846 — mit wenig Ausnahmen — gleichlautend ist, so auch die Verträge Sachsens, Braunschweigs, der vier sächsischen Herzogthümer, der reußischen und schwarzburgischen Fürstenthümer.

Vertrag zwischen Preußen, Sachsen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Braunschweig, Anhalt-Dessau-Cöthen, Anhalt-Bernburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß (älterer und jüngerer Linie) einerseits, und Großbritannien andererseits; vom 14. Juni 1855.

Zugleich Zusatzvertrag zu dem Vertrage vom 13. Mai 1846 zwischen Preußen und Großbritannien.

Seine Majestät der König von Preußen in Ihrem Eigenen sowohl, als im Namen Seiner Majestät des Königs von Sachsen, Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Sachsen-Weimar, Seiner Hoheit des Herzogs von Sachsen-Meiningen, Seiner Hoheit des Herzogs von Sachsen-Altenburg, Seiner Hoheit des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha, Seiner Hoheit des Herzogs von Braunschweig, Seiner Hoheit des Herzogs von Anhalt-Dessau-Cöthen, Seiner Hoheit des Herzogs von Anhalt-Bernburg, Seiner Durchlaucht des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt, Seiner Durchlaucht des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, Seiner Durchlaucht des Fürsten von Reuß älterer Linie, Seiner Durchlaucht des Fürsten von Reuß jüngerer Linie einerseits; und Ihre Majestät die Königin des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland andererseits, von dem Wunsche geleitet, die zwischen Ihren gedachten Majestäten am 13. Mai 1846 in Berlin zum gegenseitigen Schutze wider Nachdruck abgeschlossene Uebereinkunft zu erweitern, haben beschlossen, zu diesem Zwecke einen Zusatzvertrag abzuschließen, und deshalb zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Seine Majestät der König von Preußen den Herrn Albrecht, Grafen von Bernstorff, Allerhöchstihren wirklichen Geheimen Rath und Kammerherrn, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Ihrer Großbritannischen Majestät, Ritter des rothen Adler-Ordens

Art. X. The present Convention shall be ratified, and the Ratifications shall be exchanged at Hanover at the expiration of two Months, or sooner, if possible.

In Witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the Seals of their Arms.

Done at London, the Fourth day of August, in the year of our Lord One Thousand Eight Hundred and Fourty Seven.

(L. S.) (signed) A. Kielmansegge.
(L. S.) „ Palmerston.
(L. S.) „ H. Labouchere.

Wie dieser Vertrag dem preußischen vom 13. Mai 1846 — mit wenig Ausnahmen — gleichlautend ist, so auch die Verträge Sachsens, Braunschweigs, der vier sächsischen Herzogthümer, der reußischen und schwarzburgischen Fürstenthümer.

Vertrag zwischen Preußen, Sachsen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Braunschweig, Anhalt-Dessau-Cöthen, Anhalt-Bernburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß (älterer und jüngerer Linie) einerseits, und Großbritannien andererseits; vom 14. Juni 1855.

Zugleich Zusatzvertrag zu dem Vertrage vom 13. Mai 1846 zwischen Preußen und Großbritannien.

His Majesty the King of Prussia, as well in his own name as in that of His Majesty the King of Saxony, His Royal Highness the Grand Duke of Saxe-Weimar, His Royal Highness the Duke of Saxe-Meiningen, His Royal Highness the Duke of Saxe-Altenburg, His Royal Highness the Duke of Saxe-Coburg-Gotha, His Royal Higness the Duke of Brunswick, His Royal Highness the Duke of Anhalt-Dessau-Cöthen, His Royal Highness the Duke of Anhalt-Bernburg, His Serene Highness the Prince of Schwarzburg-Rudolstadt, His Serene Highness the Prince of Schwarzburg-Sondershausen, His Serene Highness the Prince of Reuss (elder branch), and His Serene Highness the Prince of Reuss (younger branch) on the one part; and Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, on the other part; being desirous of extending the scope of the Convention which was concluded between Their said Majesties at Berlin on the 13. of May, 1846, for the reciprocal protection of Copyright, have resolved to conclude an Additional Convention for that purpose, and have named as their respective Plenipotentiaries, that is to say: —

His Majesty the King of Prussia His Privy Councillor and Chamberlain; Albert Count of Bernstorff, Envoy Extraordinary

Erster Klasse mit Eichenlaub, Großkreuz des Civil-Verdienst-Ordens der Bayerischen Krone, Ritter des Königlich Sicilianischen St. Januarius-Ordens, Ritter des Kaiserlich Russischen St. Stanislaus-Ordens, Comthur des Königlich Portugiesischen Christus-Ordens;

Und Ihre Majestät die Königin des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland den sehr ehrenwerthen Georg Wilhelm Friedrich, Grafen von Clarendon, Baron Hyde von Hindon, Pair des vereinigten Königreichs, Mitglied Ihrer Großbritannischen Majestät Geheimen-Raths, Ritter des Ordens vom Hosenbande, Großkreuz des Bath-Ordens, Ersten Staats-Secretair Ihrer Großbritannischen Majestät für die auswärtigen Angelegenheiten; und den sehr ehrenwerthen Eduard John, Baron Stanley von Alderley, Pair des vereinigten Königreichs, Mitglied Ihrer Großbritannischen Majestät Geheimen-Raths und Präsident des Geheimen-Raths-Ausschusses für Angelegenheiten des Handels und der ausländischen Plantagen;

Welche nach geschehener Auswechselung ihrer richtig befundenen Vollmachten folgende Artikel verabredet und abgeschlossen haben:

Art. I. Man ist übereingekommen, daß alle Bücher, Stiche und Zeichnungen, welches innerhalb des Gebietes irgend eines andern Staates, der eine Uebereinkunft wider den Nachdruck mit Großbritannien abgeschossen hat, oder abschließt, oder einer solchen beigetreten ist, oder beitritt, veröffentlicht sind, bei ihrer Ausfuhr aus Preußen, Sachsen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Braunschweig, Anhalt-Dessau-Cöthen, Anhalt-Bernburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen oder Reuß, für die Zwecke der gegenwärtigen Uebereinkunft angesehen werden sollen, als ob sie aus dem Lande ihrer Veröffentlichung ausgeführt wären.

Art. II. Der Schutz, welcher durch die unterm 13. Mai 1846 zwischen den hohen contrahirenden Theilen abgeschlossene Uebereinkunft den Originalwerken zugesichert wurde, wird auf Uebersetzungen ausgedehnt; worunter jedoch ausdrücklich verstanden ist, daß die Absicht des gegenwärtigen Artikels einfach dahin geht, den Uebersetzer bezüglich seiner eigenen Uebersetzung zu schützen, und daß nicht bezweckt wird, auf den ersten Uebersetzer irgend eines Werkes das ausschließliche Recht zum Uebersetzen dieses Werkes zu übertragen, ausgenommen in dem im folgenden Artikel vorhergesehenen Falle und Umfange.

Art. III. Der Verfasser irgend eines in einem der beiden Staaten veröffentlichten Werkes, welcher sich das Recht der Uebersetzung desselben vorbehalten wissen will, soll bis zum Ablauf von fünf Jahren vom Datum der ersten Veröffentlichung der von ihm autorisirten Uebersetzung an, zum Schutze gegen die Publication jeder von ihm nicht also autorisirten Uebersetzung in dem anderen Staate in folgenden Fällen berechtigt sein:

§. 1. Wenn das Originalwerk in dem einen Staate, innerhalb dreier Monate nach seiner Veröffentlichung in dem anderen Staate, einregistrirt und niedergelegt worden ist.

and Minister Plenipotentiary to Her Britannic Majesty, Knight Grand Cross of the Order of the Red Eagle, and of the Orders for Civil Merit of the Bavarian Crown, of St. Januarius of the Two Sicilies, and of St. Stanislaus of Russia, Knight Commander of the Order of Christ of Portugal;

And Her Majesty the Queen of the Uniteted Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable George William Frederick, Earl of Clarendon, Baron Hyde of Hindon, a Peer of the United Kingdom, a Member of Her Britannic Majesty's Most Honourable Privy Council, Knight of the Most Noble Order of the Garter, Knight Grand Cross of the Most Honourable Order of the Bath, Her Britannic, Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, and the Right Honourable Edward John, Baron Stanley of Alderley, a Peer of the United Kingdom, a Member of Her Britannic Majesty's Most Honourable Privy Council, and President of the Committee of Privy Council for Affairs of Trade and Foreign Plantations;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles:

Art. I. It is agreed that all books, prints, and drawings published within the dominions of any other State that has concluded or may conclude, or which has acceded or may accede to, a Copyright Convention with Great Britain, shall, if exported from Prussia, Saxony, Saxe-Weimar, Saxe-Meiningen, Saxe-Altenburg, Saxe-Coburg-Gotha, Brunswick, Anhalt-Dessau-Cöthen, Anhalt-Bernburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg Sondershausen, or Reuss, be considered, for the purposes of this Convention, to have been exported from the country of their publication.

Art. II. The protection granted by the Convention which was concluded between the High Contracting Parties on the 13. of May, 1846, to original works; is extended to translations; it being, however, clearly understood that the intention of the present Article is simply to protect a translator in respect of his own translation, and that it is not intended to confer upon the first translator of any work the exclusive right of translating that work, except in the case and to the extent provided for in the following Article.

Art. III. The author of any work published in either of the two countries, who may choose to reserve the right of translating it, shall, until the expiration of five years from the date of the first publication of the translation thereof authorized by him, be, in the following cases, entitled to protection from the publication in the other country of any translation of such work not so authorized by him:

§. 1. If the original work shall have been registered and deposited in the one country within three months after its first publication in the other.

§. 2. Wenn der Verfasser auf dem Titelblatte seines Werkes seine Absicht vermerkt hat, sich das Recht der Uebersetzung desselben vorzubehalten.

§. 3. Vorausgesetzt ist immer, daß mindestens ein Theil der autorisirten Uebersetzung innerhalb eines Jahres nach erfolgter Einregistrirung und Niederlegung des Originals erschienen sein, und daß das Ganze innerhalb dreier Jahre nach dem Datum dieser Niederlegung veröffentlicht sein wird.

§. 4. Vorausgesetzt ist ferner, daß die Veröffentlichung der Uebersetzung in einem von den beiden Staaten stattfindet, und daß dieselbe in Gemäßheit der Bestimmungen des Art. II. der Uebereinkunft vom 13. Mai 1846 einregistrirt und niedergelegt wird.

In Bezug auf Werke, welche in Theilen veröffentlicht werden, wird es genügen, wenn die Erklärung des Verfassers, daß er sich das Recht der Uebersetzung vorbehalte, in dem ersten Theile erscheint. Jedoch soll, mit Rücksicht auf den durch diesen Artikel auf fünf Jahre beschränkten Zeitraum für die Ausübung des ausschließlichen Rechts der Uebersetzung, jeder Theil als ein besonderes Werk behandelt, und jeder Theil in dem einen Staate, innerhalb dreier Monate nach seiner ersten Veröffentlichung in dem anderen, einregistrirt und niedergelegt werden.

Art. IV. Die Bestimmungen der vorstehenden Artikel sollen auch auf die Darstellung dramatischer Werke und die Aufführung musikalischer Compositionen insoweit anwendbar sein, als die Gesetze jedes der beiden Staaten in dieser Beziehung auf die zum ersten Male in denselben öffentlich dargestellten oder aufgeführten dramatischen und musikalischen Werke Anwendung finden, oder finden sollen.

Um jedoch dem Verfasser den Anspruch auf gesetzlichen Schutz in Bezug auf die Uebersetzung eines dramatischen Werkes zu gewähren, muß eine solche Uebersetzung innerhalb dreier Monate nach der Einregistrirung und Niederlegung des Originals erscheinen.

Es versteht sich, daß der durch gegenwärtigen Artikel gewährleistete Schutz nicht beabsichtigt wird, um angemessene Nachahmungen oder Bearbeitungen dramatischer Werke je für die Bühne in Preußen oder in England zu verhindern, sondern daß er lediglich unrechtmäßigen Uebersetzungen vorbeugen soll.

Die Frage, ob ein Werk Nachahmung oder Nachdruck ist, soll in allen Fällen von den Gerichtshöfen der bezüglichen Staaten, in Gemäßheit der in jedem derselben geltenden Gesetze, entschieden werden.

Art. V. Ungeachtet der Bestimmungen des Art. I. des Vertrags vom 13. Mai 1846 und des Art. 2 des gegenwärtigen Zusatzvertrags sollen aus Zeitungen oder periodischen Schriften, welche in einem der beiden Staaten erscheinen, entlehnte Artikel in den Zeitungen oder periodischen Schriften des anderen Staates wieder abgedruckt oder übersetzt werden können, wenn nur die Quelle, aus welcher solche Artikel entnommen sind, angegeben wird.

Doch soll diese Erlaubniß nicht so gedeutet werden, als ob sie in einem der beiden Staaten den Wiederabdruck oder die Uebersetzung von Artikeln aus Zeitungen oder periodischen Schriften, welche in dem andern Staate erscheinen, gestatte, wenn die Verfasser derselben in derjenigen

§. 2. If the author has notified on the title-page of his work his intention to reserve the right of translating it.

§. 3. Provided always, that at least a part of the authorized translation shall have appeared within a year after the registration and deposit of the original, and that the whole shall have been published within three years after the date of such deposit.

§. 4. And provided that the publication of the translation shall take place within one of the two Countries, and that it shall be registered and deposited in conformity with the stipulations of Article II. of the Convention of the 13. of May, 1846.

With regard to works which are published in parts, it will be sufficient if the declaration of the author that he reserves the right of translation shall appear in the first part. But with reference to the period of fife years, limited by this Article for the exercise of the exclusive right of translation, each part shall be treated as a separate work and each part shall be registered and deposited in the one country within three months after its first publication in the other.

Art. IV. The stipulations of the preceding Articles shall also be applicable to the representation of dramatic works, and to the performance of musical compositions, in so far as the laws of each of the two countries are or shall be applicable in this respect to dramatic and musical works first publicly represented or performed therein.

In order, however, to entitle the author to legal protection in regard to the translation of a dramatic work, such translation must appear within three months after the registration and deposit of the original.

It is understood that the protection stipulated by the present Article is not intented to prohibit fair imitations, or adoptations of dramatic works to the stage in Prussia and England respectively but is only meant to prevent piratical translations.

The question whether a work is an imitation or a piracy, shall in all cases be decided by the courts of justice of the respective countries, according to the laws in force in each.

Art. V. Notwithstanding the stipulations of Article I. of the Convention of the 13. of May, 1846, and of Article II. of the present Additional Convention, articles extracted from newspapers or periodicals published in either of the two countries, may be republished or translated in the newspapers or periodicals of the other country, provided the source from whence such articles are taken be acknowledged.

Nevertheless, this permission shall not be construed to authorize the republication or translation in one of the two countries, of articles from newspapers or periodicals published in the other country, the autors of which shall have notified in a conspicuous manner in the journal or periodical in which such articles have appeared, that they forbid the republication thereof.

Zeitung oder periodischen Schrift, in welcher solche Artikel erschienen sind, auf eine in die Augen fallende Weise bekannt gemacht haben, daß sie deren Wiederabdruck verbieten.

Diese letzte Bestimmung soll indessen auf Artikel politischen Inhalts keine Anwendung finden.

Art. VI. Der gegenwärtige Zusatzvertrag soll so schnell als möglich nach Auswechselung der Ratificationen in Ausführung kommen.

In jedem Staate soll zuvor von der Regierung desselben gebührender Maßen der Tag bekannt gemacht werden, welcher für diese seine Ausführung festgesetzt werden wird, und seine Bestimmungen sollen nur auf Werke Anwendung finden, welche nach jenem Tage veröffentlicht werden.

Art. VII. Der gegenwärtige Zusatzvertrag soll dieselbe Dauer haben, wie der Vertrag vom 13. Mai 1846. Er soll ratificirt und die Ratificationen zu London so schnell als möglich, innerhalb zweier Monate, vom Datum der Unterzeichnung ab, ausgewechselt werden.

Zu Urkund dessen haben die obengenannten Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und mit ihren Wappen besiegelt.

So geschehen zu London den vierzehnten Juni im Jahre des Herrn Ein Tausend Acht Hundert fünf und funfzig.

(L. S.) gez. Bernstorff.
(L. S.) „ Clarendon.
(L. S.) „ Stanley of Alderley.

Mit dem Originale gleichlautend.
Berlin, den 24. Juni 1855.

Poll,
(L. S.) Geh. Canzleirath und Vorstand der Geheim-Canzlei des Königl. Preuß. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.

Vertrag zwischen der Republik und Hansestadt Hamburg und Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien, wegen gegenseitigen Schutzes der Autorenrechte wider den Nachdruck; unterzeichnet zu Hamburg den 16. August 1853.

Der Senat der freien und Hansestadt Hamburg einer Seits und Ihre Majestät, die Königin des vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland anderer Seits, von dem gleichen Wunsche beseelt, den Schutz wider Nachdruck und unbefugte Nachbildung, dessen in jedem der beiderseitigen Staaten die Werke der Literatur und der schönen Künste genießen, auf solche auszudehnen, welche in dem anderen Staate zuerst erschienen sind, und da ferner Ihre Britische Majestät eingewilligt hat auf die in Hamburg erschienenen Bücher, Kupferstiche und musikalischen Compositionen die Herabsetzung der gegenwärtig von denselben bei ihrer Einfuhr in das vereinigte Königreich erhobenen Zölle, welche das Gesetz unter gewissen Verhältnissen zu Gunsten solcher in fremden Ländern erschienenen Werke

This last stipulation shall not, however, apply to articles of political discussion.

Art. VI. The present Additional Convention shall come into operation as soon as possible after the exchange of the ratifications thereof.

Due notice shall be given beforehand in each country by the Government of that country, of the day which may be fixed upon for its so coming into operation, and its stipulations shall apply only to works published after that day.

Art. VII. The present Additional Convention shall have the same duration as the Convention of the 13. of May, 1846. It shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at London as soon as may be within two months from the date of signature.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Convention, and have affixed thereto the seal of their arms.

Done at London the Fourteenth day of June, in the year of Our Lord one thousand eight hundred and fifty-five.

(L. S.) Bernstorff.
(L. S.) Clarendon.
(L. S.) Stanley of Alderley.

Mit dem Originale gleichlautend.
Berlin, den 24. Juni 1855.

Poll,
(L. S.) Geh. Canzleirath und Vorstand der Geheim-Canzlei des Königl. Preuß. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.

Convention between the free and Hanseatic Republic of Hamburgh and her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain respecting the mutual protection of copyright; signed at Hamburgh, the 16th of August 1853.

The Senate of the free Hanseatic City of Hamburgh on the one part, and Her Majesty the Qneen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, on the other part, being equally desirous of extending in each state the enjoyment of copyright to works of literature and of the fine Arts which may be first published in the other, and her Britannic Majesty having consented to extend to books, prints, and musical works published in Hamburgh, that reduction of the duties now levied thereon on importation into the United Kingdom, which she is by law empowered to grant, under certain circumstances in favour of such works published in foreign countries; the free

gestattet, auszudehnen, so haben der Senat der freien und Hansestadt Hamburg und Ihre Majestät die Königin von Großbritannien zu diesem Zwecke eine Uebereinkunft zu treffen beschlossen und zu Ihren Bevollmächtigten ernannt und zwar:

Der Senat der freien Hansestadt Hamburg,

den Herrn Johann Martin Lappenberg, Doctor beider Rechte, Secretarius und Archivarius,

und Ihre Majestät die Königin des vereinigten Königsreiches von Großbritannien und Irland,

den Herrn George Lloyd Hodges, Ritter des Königlich Großbritannischen Bath-Ordens, Ihrer Britannischen Majestät Geschäftsträger zu Hamburg 2c. 2c.,

welche, nachdem sie ihre beiderseitigen Vollmachten sich mitgetheilt und dieselben in guter und gehöriger Ordnung gefunden hatten, über folgende Artikel übereingekommen sind.

Art. 1. Die Urheber, Verfasser und Verfertiger literarischer oder artistischer Werke, welchen die Gesetze eines der beiden Staaten das Recht des Eigenthums oder ein ausschließliches Recht zur Vervielfältigung beilegen oder in Zukunft ertheilen möchten, sollen befugt sein dieses Recht in dem Gebiete des anderen Staates auszuüben für dieselbe Zeit und in demselben Umfange, in welchem die Urheber ähnlicher Werke, welche in diesem anderen Staate erscheinen, solches Recht auszuüben befugt sein würden. Es soll daher in jedem der beiden Staaten der Nachdruck oder die Vervielfältigung irgend eines literarischen oder artistischen Werkes, welches in dem anderen erschienen ist, in derselben Weise behandelt werden, wie der Nachdruck oder die Vervielfältigung eines ähnlichen, in jenem selbigen Staate zuerst erschienenen Werkes, und sollen demnach solche Urheber, Verfasser und Verfertiger in dem einen Staate dieselben Rechtsmittel vor den Gerichten des anderen Staates besitzen und in demselben denselben Schutz gegen Nachdruck und unbefugte Vervielfältigung genießen, welchen das Gesetz den Urhebern dieser Werke in seinem Staate verliehen hat oder dereinst verleihen dürfte.

Die Worte: „literarische oder artistische Werke“ im Anfange dieses Artikels sind dahin zu verstehen, daß sie umfassen sollen die Veröffentlichungen von Büchern, von dramatischen Werken, von musicalischen Compositionen, von Zeichnungen, von Gemälden, von Bildhauerwerken, von Kupferstichen, von Steindrücken und von irgend anderen Erzeugnissen der Literatur und schönen Künste.

Die gesetzlichen Vertreter und Rechtsnachfolger der Verfasser, Uebersetzer, Tondichter, Maler, Bildhauer oder Kupferstecher sollen in jeder Beziehung dieselben Rechte genießen, welche die gegenwärtige Uebereinkunft den Verfassern, Uebersetzern, Tondichtern, Malern, Bildhauern oder Kupferstechern selbst verleihet.

Art. 2. Der den Originalwerken verliehene Schutz wird auf Uebersetzungen ausgedehnt, was jedoch dahin zu verstehen ist, daß dieser Artikel beabsichtigt, lediglich den Uebersetzer in Betreff seiner eigenen Uebersetzung zu schützen, nicht aber dem ersten Uebersetzer eines Werkes das ausschließliche Recht der Uebersetzung für dasselbe zu verleihen, ausgenom-

Hanseatic Republic of Hamburgh and her Britannic Majesty have deemed it expedient to conclude a special convention for that purpose, and have therefore named as their Plenipotentiaries, that is to say:

The Senate of the free Hanseatic City of Hamburgh:

John Martin Lappenberg, Doctor of laws, Archivist and Secretary etc. etc.

and Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland:

George Lloyd Hodges, Esquire, Companion of the most honourable Order of the Bath etc. etc., Chargé d'affaires to the said free Hanseatic City,

who, after having communicated to each other their respective full Powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following articles.

Art. 1. The authors of works of literature or of art, to whom the laws of either of the two states do now or may hereafter give the right of property, or copyright, shall be entitled to exercise that right in the territories of the other of such states for the same term, and to the same extent, as the authors of works of the same nature, if published in such other state, would therein be entitled to exercise such right; so that the republication or piracy in either state, of any work of literature or of art, published in the other, shall be dealt with in the same manner as the republication or piarcy of a work of the same nature first published in such other state; and so that such authors in the one state shall have the same remedies before the courts of justice in the other state, and shall enjoy in that other state the same protection against piracy and unauthorized republication, as the law now does or may hereafter grant to authors in that state.

The terms „works of literature or of art“ employed at the beginning of this article, shall be understood to comprize publications of books, of dramatic works, of musical compositions, of drawing, of painting, of sculpture, of engraving, of lithography and of any other works whatsoever of literature and of the fine arts.

The lawful representatives or assigns of authors, translators, composers, painters, sculptors or engravers, shall, in all respects, enjoy the same rights which by the present convention are granted to the authors, translators, composers, painters, sculptors or engravers themselves.

Art. 2. The protection granted to original works in extended to translations; it being, however, clearly understood, that the intention of the present article is simply to protect a translator in respect of his own translation, and that it is not intented to confer upon the first translator of any work the ex-

men für den Fall und in der Beschränkung, wie der folgende Artikel verfügt.

Art. 3. Der Verfasser eines in einem der beiden Staaten erscheinenden Werkes, welcher das Recht dasselbe zu übersetzen sich vorbehalten will, soll bis zum Ablaufe von fünf Jahren nach dem ersten Tage des Erscheinens der von ihm anerkannten Uebersetzung, in den folgenden Fällen gegen das Erscheinen einer von ihm nicht anerkannten Uebersetzung in dem anderen Staate geschützt werden:

1) Wenn das Originalwerk in dem einen Staate eingetragen und abgeliefert worden innerhalb der Zeit von drei Monaten, nachdem es in dem anderen zuerst erschienen ist.
2) Wenn der Verfasser auf dem Titelblatte seines Werkes die Absicht kund gegeben hat, sich das Recht, dasselbe zu übersetzen, vorzubehalten.
3) Vorausgesetzt jedoch, daß wenigstens ein Theil der anerkannten Uebersetzung innerhalb eines Jahres nach der Eintragung und Ablieferung des Originales erschienen ist und daß das Ganze innerhalb dreier Jahre nach dem Tage dieser Ablieferung wird veröffentlicht sein.
4) Und vorausgesetzt, daß die Veröffentlichung der Uebersetzung in einem der beiden Staaten stattfinde und daß sie eingetragen und abgeliefert ist nach den Bestimmungen des Artikels 7.

Bei Werken, welche in Theilen veröffentlicht werden, wird es genügen, wenn die Erklärung des Verfassers über das von ihm vorbehaltene Recht der Uebersetzung in dem ersten Theile erscheint. Aber was den Zeitraum von fünf Jahren betrifft, auf welchen durch diesen Artikel die Ausübung des ausschließlichen Rechtes der Uebersetzung beschränkt ist, so soll jeder Theil als ein abgesondertes Werk behandelt werden, und jeder Theil soll in dem einen Staate eingetragen und abgeliefert werden innerhalb dreier Monate, nachdem er in dem anderen zuerst veröffentlicht ist.

Art. 4. Die Bestimmungen der vorhergehenden Artikel sollen auch anwendbar sein auf die Darstellung dramatischer Werke und die Aufführung musikalischer Compositionen, insofern die Gesetze eines jeden der beiden Staaten in dieser Beziehung auf dramatische oder musikalische Werke, welche in demselben zum ersten Male dargestellt oder aufgeführt werden, bezüglich sind oder werden.

Um jedoch den Verfasser zum gesetzlichen Schutze der Uebersetzung eines dramatischen Werkes zu berechtigen, muß diese Uebersetzung innerhalb dreier Monate nach der Eintragung und Ablieferung des Originals erscheinen.

Es versteht sich, daß der durch den gegenwärtigen Artikel bestimmte Schutz nicht beabsichtigt bloße Nachahmungen oder freie Bearbeitungen dramatischer Werke für die Bühnen beziehungsweise von Hamburg oder von England zu untersagen, sondern daß lediglich unbefugte Uebersetzungen verhindert werden sollen.

Die Frage, ob ein Werk als Nachahmung oder als unerlaubte Vervielfältigung zu betrachten ist, soll in allen Fällen durch die Gerichtshöfe der respectiven Staaten nach deren bestehenden Gesetzen entschieden werden.

clusive right of translating that work except in the case and to the extent provided for in the following article.

Art. 3. The author of any work published in either of the two states, who may choose to reserve the right of translating it, shall, until the expiration of five years the form date of the first publication of the translation thereof authorized by him, be, in the following cases, entitled to protection from the publication in the other state of any translation of such work not so authorized by him:

1) If the original work shall have been registered and deposited in the one state within three months after its first publication in the other.
2) If the author has notified on the titlepage of his work his intention to reserve the right of translating it.
3) Provided always, that at least a part of the authorized translation shall have appeared within a year after the registration and deposit of the original, and that the whole shall have been published within three years after the date of such deposit.
4) And provided that the publication of the translation shall take place within one of the two states, and that it shall be registered and deposited according to the provisions of article 7.

With regard to works which are published in parts, it will be sufficient if the declaration of the author that he reserves the right of translation, shall appear in the first part. But with reference to the period of five years limited by this article for the exercise of the exclusive right of translation, each part shall be treated as a separate work, and each part shall be registered and deposited in the one state within three months after its first publication in the other.

Art. 4. The stipulations of the preceding articles shall also be applicable to the representation of dramatic works, and to the performance of musical compositions, in so far as the laws of each of the two states are or shall be applicable in this respect to dramatic and musical works first publicly represented or performed therein.

In order however, to entitle the author to legal protection in regard to the translation of a dramatic work, such translation must appear within three months after the registration and deposit of the original.

It is understood, that the protection stipulated by the present article is not intented to prohibit fair imitations, or adaptations of dramatic works to the stage of Hamburgh and England respectively, but is only meant to prevent piratical translations.

The question whether a work is an imitation or a piracy shall in all cases be decided by the courts of justice of the respective states, according to the laws in force in each.

Art. 5. Es ist verboten, unerlaubte Ausgaben von Werken, welche durch Artikel 1, 2 und 3 der gegenwärtigen Uebereinkunft gegen Nachdruck geschützt sind, in einem der beiden Staaten zum Verkaufe einzuführen, solche unerlaubte Ausgaben mögen in dem Lande, wo das Werk veröffentlicht wurde, oder in irgend einem anderen Lande veranstaltet sein.

Art. 6. Im Falle einer Verletzung der Bestimmungen der vorstehenden Artikel, sollen die nachgedruckten Werke oder Gegenstände mit Beschlag belegt und vernichtet werden, und die Personen, welche solcher Verletzung schuldig sind, sollen in jedem Staate denjenigen Strafen und Klagerechten unterliegen, welche durch dessen Gesetze für solche Vergehungen, wenn sie rücksichtlich eines heimathlichen Werkes oder Erzeugnisses begangen werden, vorgeschrieben sind oder werden sollten.

Art. 7. Weder der Verfasser noch die Uebersetzer, noch deren rechtmäßige Vertreter oder Rechtsnachfolger sollen in einem der beiden Staaten den durch die vorstehenden Artikel verheißenen Schutz genießen, noch darf das Recht gegen unerlaubte Vervielfältigung in Anspruch genommen werden, bis das Werk in folgender Weise eingetragen ist, nämlich:

1) Wenn das Werk zuerst in Hamburg erschienen ist, muß dasselbe in der Halle der Gesellschaft der Buchhändler zu London (Stationers Hall) eingetragen werden.
2) Wenn das Werk zuerst innerhalb des Gebietes Ihrer Britischen Majestät erschienen ist, so muß dasselbe in das Verzeichniß, welches zu diesem Zwecke auf dem Bureau der Stadt-Bibliothek zu Hamburg geführt wird, eingetragen werden.

Niemand soll zu dem vorgedachten Schutze berechtigt sein als bis er in Betreff des Werkes, hinsichtlich dessen der Schutz in Anspruch genommen wird, den Gesetzen und Reglements der betreffenden Staaten gehörig nachgekommen ist. Rücksichtlich der Bücher, Karten und Stiche, und auch rücksichtlich der dramatischen Werke und musikalischen Compositionen, es sei denn, daß solche dramatische Werke und musikalische Compositionen nur im Manuscript vorhanden sind, soll niemand zu solchem Schutze berechtigt sein, bevor er an einem der obengenannten Plätze, je nach den Umständen, ein Exemplar der besten Ausgabe oder in dem besten Zustande unentgeltlich abgeliefert hat, um an der von den beiderseitigen Staaten dazu bestimmten Stelle niedergelegt zu werden, nämlich in Großbritannien im Britischen Museum zu London, und in Hamburg in der dortigen Stadtbibliothek.

In allen Fällen muß die Förmlichkeit der Eintragung und Ablieferung innerhalb dreier Monate nach dem ersten Erscheinen des Werkes in dem andern Staate erfüllt werden. Rücksichtlich der in Theilen erscheinenden Werke, soll der Zeitraum von drei Monaten nicht vor dem Tage des Erscheinens des letzten Theiles zu laufen beginnen; es sei denn, daß der Verfasser seine Absicht, das Recht dasselbe zu übersetzen sich vorbehalten in der im Artikel 3. vorgesehenen Weise angekündigt hat, in welchem Falle jeder Theil als ein besonderes Werk behandelt werden soll.

Eine beglaubigte Abschrift der Eintragung in das Registerbuch der Buchhändler-Gesellschaft (Stationers Company) zu London soll innerhalb des Britischen Gebietes das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung verleihen, bis ein besseres Recht durch eine andere Partei vor einem Gerichtshofe nachgewiesen ist. Das nach den Hamburgischen Gesetzen ausgestellte

Art. 5. The importation into and the sale in either of the two states of piratical copies of works, which are protected from piracy under articles 1, 2 and 3 of the present convention, are prohibited, whether such piratical copies originate in the country where the work was published, or in any other country.

Art. 6. In the event of an infraction of the provisions of the foregoing articles, the pirated works or articles shall be seized and destroyed; and the persons who may have committed such infraction shall be liable in each state to the penalties and actions, which are or may be prescribed by the laws of that state for such offences, committed in respect of a work or production of home origin.

Art. 7. Neither authors nor translators, nor their lawful representatives or assigns shall be entitled in either state to the protection stipulated by the preceding articles, nor shall copyright be claimable in either state, unless the work shall have been registered in the manner following, that is to say:

1) If the work be one that has first appeared in Hamburgh, it must be registered at the Hall of the company of Stationers in London.
2) If the work be one that has first appeared in the dominions of Her Britannic Majesty, it must be registered in the catalogue kept for that purpose at the office of the Public Library at Hamburgh.

No person shall be entitled to such protection as aforesaid, unless he shall have duty complied with the laws and regulations of the respective states in regard to the work in respect of which such protection may be claimed. With regard to books, maps and prints, and also with regard to dramatic works and musical compositions, unless such dramatic works and musical compositions shall be in manuscript only, no person shall be entitled to such protection, unless be shall have delivered gratuitously, at one or other of the places mentioned above, as the case may be, one copy of the best edition, or in the best state, in order to its being deposited at the place appointed for that purpose in each of the two states; that is to say, in Great Britain, at the British museum at London; and in Hamburgh at the public library of that city.

In every case, the formality of deposit and registration must be fulfilled within three months after the first publication of the work in the other state. With regard to works published in parts, the period of three months shall not begin to run until the date of the publication of the last part, unless the author shall have notified his intention to reserve the right of translating it, as provided in article 3; in which case each part shall be treated as a separate work.

A certified copy of the entry in the Register Book of the Company of Stationers in London shall confer, within the British dominions, the exclusive right of republication, until a better

Certificat über die in diesem Staate beschaffte Eintragung irgend eines Werkes soll zu diesem Zwecke innerhalb des Hamburgischen Gebietes gelten.

Zur Zeit der Eintragung soll auf Verlangen ein Certificat oder eine beglaubigte Abschrift der geschehenen Eintragung irgend eines so in einem der beiden Staaten eingetragenen Werkes ertheilt werden, und muß jenes Certificat das genaue Datum, unter welchem die Eintragung beschafft ist, enthalten.

Die Gebühr für die Eintragung eines einzelnen Werkes, den Bestimmungen dieses Artikels gemäß, soll nicht einen Schilling in England noch zwölf Schillinge Courant in Hamburg überschreiten, und die fernere Gebühr für ein Certificat über diese Eintragung soll nicht mehr als fünf Schillinge in England noch vier Mark Crt. in Hamburg betragen.

Art. 8. Rücksichtlich irgend eines anderen Gegenstandes als Bücher, Stiche, Karten und musikalischer Werke, wegen dessen nach dem Artikel 1. dieser Uebereinkunft Schutz in Anspruch genommen werden darf, ist vereinbart, daß jede andere Art der Eintragung als die im vorhergehenden Artikel vorgeschriebene, welche in einem der beiden Staaten für ein in diesem Staate zuerst veröffentlichtes Werk oder einen veröffentlichten Gegenstand zur Ertheilung des Schutzes wider Vervielfältigung bei diesem Werke oder Gegenstande gesetzlich gültig ist, unter gleichen Bedingungen auf jedes ähnliche Werk oder jeden Gegenstand, der in dem anderen Staate zuerst veröffentlicht wurde, ausgedehnt werden soll.

Art. 9. Während der Dauer dieser Uebereinkunft sollen die gegenwärtig gesetzlichen Zölle, bei der gesetzlich stattgehabten Einfuhr nach dem vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland von Büchern, Stichen, Zeichnungen oder musikalischen Werken, welche in der Republik Hamburg veröffentlicht sind, auf die nachfolgend aufgezählten Ansätze ermäßigt und festgestellt sein, nämlich:

1) Zölle auf Bücher und musikalische Werke, nämlich:
   a. Werke, die ursprünglich in dem vereinten Königreiche herausgegeben und in Hamburg wieder erschienen sind, der Centner (Englisch) L. 2. 10. —
   b. Werke, nicht ursprünglich im vereinigten Königreiche herausgegeben, der Centner (Englisch) . . . . . „ —. 15. —
2) Stiche oder Zeichnungen:
   a. schwarz oder colorirt, einzeln, ein jedes . . . . „ —. —. ½
   b. gebunden oder geheftet, das Dutzend . . . . . „ —. —. 1½

Es ist vereinbart, daß die vorstehend verzeichneten Zollsätze während der Dauer der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht erhöht werden sollen und daß, wenn später während der Dauer dieser Uebereinkunft irgend eine Herabsetzung dieser Ansätze gemacht werden sollte zu Gunsten von Büchern, Stichen, Zeichnungen oder musikalischen Werken, welche in irgend einem anderen Lande veröffentlicht werden, diese Herabsetzung gleichzeitig auf dieselben zu Hamburg veröffentlichten Gegenstände ausgedehnt werden soll.

Es versteht sich ferner, daß alle in Hamburg veröffentlichten Werke, von welchen ein Theil ursprünglich in dem vereinigten Königreich erschienen ist, als ursprünglich im vereinigten Königreiche herausgegebene und in

right shall have been established by any other party before a court of justice.

The certificate given under the laws of Hamburgh proving the registration of any work in that state, shall be valid for the same purpose troughout the territory of Hamburgh.

A certificate or certified copy of the registration of any work so registered in either state shall, if required, be delivered at the time of registration; and such certificate shall state the exact date at which the registration was made.

The charge for the registration of a single work, under the stipulations of this article, shall not exceed one shilling in England, nor twelve shillings currency in Hamburgh, and the further charge for a certificate of such registration shall not exceed the sum of five shillings in England nor four marks currency in Hamburgh.

Art. 8. With regard to any article other than books, prints, maps, and musical publications, in respect to which protection may be claimable under article 1 of the present convention, it is agreed, that any other mode of registration than that prescribed in the preceding article, which is or may be applicable by law in one of the two states to any work or article first published in such state, for the purpose of affording protection to copyright in such work or article, shall be extended on equal terms to any similar work or article first published in the other state.

Art. 9. During the continuance of this Convention, the duties now payable upon the lawful importation into the United Kingdom of Great Britain and Ireland of books, prints, drawings or musical works, published throughout the Republic of Hamburgh, shall be reduced to and fixed at the rates hereinafter specified, that is to say:

1) Duties on books and musical works, viz:
   a. Works originally produced in the United Kingdom and republished in Hamburgh, the cwt. . . . . L. 2. 10. —
   b. Works not originally produced in the United Kingdom, the cwt. . . . . „ —. 15. —
2) Prints or drawings:
   a. colured or plain, single each . . . . . „ —. —. ½ d
   b. bound or sewed, the dozen . . . . . „ —. —. 1½ d

It is agreed that the rates of duty above specified shall not be raised during the continuance of the present convention; and that if hereafter, during the continuance of this convention, any reduction of those rates should be made in favour of books prints, drawings or musical works published in any other country such reduction shall be at the same time extended to similar articles published in Hamburgh.

It is moreover understood, that all works published in Hamburgh, of which any part may have been originally produced

Hamburg wieder erschienene Werke betrachtet werden müssen und als solche dem Zolle von funfzig Schillingen pro Centner Engl. unterliegen werden, wenn gleich dieselben auch Originalsachen, welche nicht im vereinigten Königreiche herausgegeben sind, enthalten mögen; es sei denn, daß solche Originalsachen an Masse wenigstens dem Theile des Werkes gleich wären, der ursprünglich im vereinigten Königreiche herausgegeben ist, in welchem Falle das Werk nur dem Zolle von funfzehn Schillingen pro Centner Englisch unterliegen soll.

Es ist ferner vereinbart, daß während der Dauer dieser Uebereinkunft der Zollsatz, welcher bei der Einfuhr in das Hamburgische Gebiet für Bücher, Stiche, Zeichnungen und musikalische Werke, welche in dem Gebiete Ihrer Britannischen Majestät veröffentlicht sind, gegenwärtig zu entrichten ist, weder erhöht werden, noch den Zollsatz überschreiten soll, welcher für ähnliche auf dem Hamburgischen Territorium veröffentlichte Werke bei deren Einfuhr in das vereinigte Königreich erhoben wird.

Art. 10. Man ist übereingekommen, daß alle Bücher, Stiche und Zeichnungen, welche innerhalb des Gebietes irgend eines anderen Staates, welcher eine Uebereinkunft wider den Nachdruck mit Großbritannien abgeschlossen hat oder abschließt oder einer solchen beigetreten ist oder beitritt, veröffentlicht sind, und welche gesetzlich in das vereinigte Königreich eingeführt werden dürfen, bei ihrer Ausfuhr von Hamburg für die Zwecke der gegenwärtigen Uebereinkunft angesehen werden sollen, als ob sie aus dem Lande ihrer Veröffentlichung ausgeführt wären.

Art. 11. Man ist ferner übereingekommen, daß Stempel nach einem den Zollbeamten des vereinigten Königreiches bekannt zu machenden Muster zu Hamburg angeschafft werden sollen, und daß damit alle Bücher, welche zur Ausfuhr nach dem vereinigten Königreiche bestimmt sind, gestempelt werden sollen, falls sie nicht bereits mit den Stempeln der im vorstehenden Art. 10. erwähnten Staaten versehen sind.

Art. 12. Um die Ausführung der gegenwärtigen Uebeinkunft zu erleichtern, verpflichten sich die beiden hohen contrahirenden Theile einander die Gesetze und Reglements mitzutheilen, welche dereinst in ihren resp. Gebieten rücksichtlich des Rechtes zur Vervielfältigung der durch die Bestimmungen der gegenwärtigen Uebereinkunft geschützen Werke oder Erzeugnisse erlassen werden.

Art. 13. Die Bestimmungen der gegenwärtigen Uebereinkunft sollen in keiner Weise das Recht beeinträchtigen, welches jeder der beiden hohen contrahirenden Theile für sich vorbehält, durch Maaßregeln der Gesetzgebung oder der inneren Verwaltung den Verkauf, die Circulation, Darstellung oder Vorstellung irgend eines Werkes oder Erzeugnisses zu beaufsichtigen oder zu verbieten, rücksichtlich welcher einer der beiden Staaten es für zweckmäßig halten könnte, jenes Recht auszuüben.

Art. 14. Keine Bestimmung dieser Uebereinkunft soll so ausgelegt werden, daß dieselbe das Recht eines der beiden hohen contrahirenden Theile beeinträchtigte die Einfuhr solcher Bücher nach seinem eigenen Gebiete zu verbieten, welche nach seiner inneren Gesetzgebung oder vermöge seiner mit anderen Staaten bestehenden Verpflichtungen für Nachdruck oder Verletzungen des ausschließlichen Rechtes zur Vervielfältigung erklärt werden.

in the United Kingdom, shall be considered as „works originally produced in the United Kingdom and republished in Hamburgh“ and as such shall be subject to the duty of fifty shillings per cwt., although the same may contain also original matter not produced in the United Kingdom, unless such original matter shall be at least equal in bulk to the part of the work originally produced in the United Kingdom, in which case the work shall be subject only to the duty of fifteen shillings per cwt.

It is further agreed, that during the continuance of this convention, the rate of duties now payable on the importation into the territories of Hamburgh of books, prints, drawings and musical works published throughout the dominions of her Britannic Majesty, shall not be raised, and shall not exceed the rates of duty which are or may be levied on the importation into the United Kingdom of similar works published in the Territory of Hamburgh.

Art. 10. It is agreed, that all books, prints and drawings published within the dominions of any other state, that has concluded or concludes, or has acceded or accedes to a copyright convention with Great Britain, and which may be legally imported into the United Kingdom, shall, if exported from Hamburgh, be considered for the purposes of this convention to have been exported from the country of their publication.

Art. 11. It is further agreed, that stamps shall be provided of Hamburgh according to a pattern to be made known to the customhouse officers of the United Kingdom and that such stamps shall affixed to all books intended for exportation to the United Kingdom, unless they be already provided with the stamps of the states mentioned in the foregoing article 10.

Art. 12. In order to facilitate the execution of the present convention, the two high contracting parties engage to communicate to each other the laws and regulations which may hereafter be established in their respective territories, with respect to copyright in works or productions protected by the stipulations of the present convention.

Art. 13. The stipulations of the present convention shall in no way affect the right which each of the two high contracting parties expressly reserves to itself, of controuling or of prohibiting, by measures of legislation or of internal police, the sale, circulation, representation or exhibition of any work or production, in regard to which either state may deem it expedient to exercise that right.

Art. 14. Nothing in this convention shall be construed to affect the right of either of the two high contracting parties to prohibit the importation into its own dominions, of such books, as, by its internal law, or under engagements with other states, are or may be declared to be piracies, or infringements of copyright.

Art. 15. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll bald thunlichst nach der Auswechslung der Ratificationen in Wirksamkeit treten. In jedem der beiden Staaten wird dessen Regierung vorher den Tag anzeigen, welcher für den Anfang ihrer Ausführung bestimmt wird, und werden die Stipulationen dieser Uebereinkunft nur auf Werke oder Gegenstände, welche nach diesem Tage veröffentlicht sind, sich beziehen.

Diese Uebereinkunft soll zehn Jahre in Kraft bleiben von dem Tage an, an welchem sie in Wirksamkeit tritt; und wenn keiner der beiden Theile zwölf Monate vor dem Ablauf des gedachten Zeitraumes von zehn Jahren seine Absicht ankündigt dieselbe aufzuheben, so soll die Uebereinkunft ein Jahr länger in Kraft bleiben und so ferner von Jahr zu Jahr bis zum Ablaufe eines Jahres nach der von einer Seite geschehenen Kündigung.

Die hohen contrahirenden Theile behalten sich jedoch das Recht vor, unter gemeinschaftlicher Uebereinstimmung, irgend welche Abänderungen in dieser Uebereinkunft zu machen, welche mit deren Geiste und Prinzipien nicht unvereinbar sind, und welche die Erfahrungen über ihre Wirksamkeit wünschenswerth erscheinen lassen.

Art. 16. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt und die Ratificationen sollen zu Hamburg innerhalb dreier Monate nach dem Tage der Unterzeichnung dieses Documentes, oder früher falls thunlich, ausgewechselt werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Uebereinkunft unterzeichnet und derselben ihre Siegel beigedruckt.

Geschehen zu Hamburg, am sechszehnten August im Jahre Unseres Herrn Eintausend achthundert drei und funfzig.

(L. S.) (unterz.) J. M. Lappenberg, Dr.
(L. S.) (unterz.) G. Lloyd Hodges.

Bekanntmachung.

E. H. Rath bringt den in Gemäßheit des Rath- und Bürgerbeschlusses vom 14. November d. J. ratificirten Vertrag vom 16. August d. J. zwischen Hamburg und Großbritannien wegen gegenseitigen Schutzes der Autorenrechte hiermittelst zur öffentlichen Kunde. Es wird in Folge desselben der Nachdruck der in Großbritannien und Irland erschienenen literarischen oder artistischen Werke, deren Verfasser die im Artikel 7. des Vertrages bezeichneten Bedingungen erfüllt hat, wider den Nachdruck eben so geschützt werden, wie die Bundestags- und Hamburgische Gesetzgebung rücksichtlich des Nachdruckes der in Deutschland erschienenen literarischen und artistischen Werke verfügt haben. Gegen Uebersetzungen englischer Werke, welche dem Art. 3. des Vertrages entgegen unternommen sind, wird gleich wie gegen den verbotenen Nachdruck verfahren und deren Verleger als zunächst verantwortlich angesehen werden. Der Handel mit den als Nachdruck oder als unbefugte Vervielfältigung zu bezeichnenden englischen Werken ist in derselben Weise, wie derjenige mit dem Nachdrucke deutscher Werke durch Art. 9. und 10. der revidirten Verordnung in Betreff des Nachdrucks vom 29. November 1847 verboten.

Art. 15. The present convention shall come into operation as soon as possible after the exchange of the ratifications. Due notice shall be given beforehand in each state by the Government of that state, of the day which may be fined upon for its coming into operation, and the stipulations of the convention shall apply only to works or articles published after that day.

The convention shall continue in force for ten years from the day on which it may come into operation; and if neither party shall, twelve months before the expiration of the said period of ten years, give notice of its intention to terminate its operation, the convention shall continue in fore for a year longer, and so on from year to year, until the expiration of a year's notice from either party for its termination.

The high contracting parties, however, reserve to themselves the power of making by common consent, in this convention, any modifications which may not be inconsistent with its spirit and principles, and which experience of its working may show to be desirable.

Art. 16. The present convention shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at Hamburgh as soon as may be within three months from the date of the signature.

In witness whereof the respective plenipotentiaries have signed the same and have affixed thereto their respective seals.

Done at Hamburgh the sixteenth day of August in the year of our Lord one thousand eight hundred and fifty three.

(L. S.) (signed) J. M. Lappenberg, Dr.
(L. S.) (signed) G. Lloyd Hodges.

Zu der Einregistrirung englischer Werke, für welche der Schutz wider Nachdruck und unbefugte Uebersetzung nachgesucht werden soll, ist die Stadt-Bibliothek angewiesen und sind von der Behörde die erforderlichen Anordnungen getroffen.

Die Stempelung der nach Großbritannien und Irland bestimmten Bücher, Stiche und Zeichnungen, welche die im Artikel 10. des Vertrages stipulirten Ermäßigungen des englischen Zolles beanspruchen, wird von der Löbl. Polizeibehörde wahrgenommen werden.

Der Vertrag, welcher in England am 16. d. M. in Wirksamkeit getreten ist, tritt hier mit dem heutigen Tage in Wirksamkeit.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.

Hamburg, den 30. December 1853.

Bekanntmachung.

Nach Art. 7. des Vertrages zwischen Hamburg und Großbritannien wegen gegenseitigen Schutzes der Autorenrechte wider den Nachdruck vom 16. August 1853 ist es erforderlich, daß Diejenigen, welche diesen Schutz für Werke, die zuerst innerhalb des Großbritannischen Gebietes erschienen sind, in Anspruch nehmen, das Werk in ein Verzeichniß eintragen lassen, welches zu diesem Zwecke in der hiesigen Stadtbibliothek geführt wird. Da nun die des Endes erforderlichen Einrichtungen getroffen sind, so wird Folgendes darüber zur allgemeinen Kunde gebracht.

1) Anmeldungen zur Eintragung solcher Werke werden an Werktagen täglich von 1 bis 3 Uhr auf der Stadtbibliothek entgegengenommen.

2) Dabei ist jedesmal ein Exemplar des Werkes einzuliefern, welches gehörig bezeichnet wird. Das Eigenthum desselben verbleibt der Bibliothek.

3) Für die Eintragung ist eine Gebühr von 12 Schl. und für ein über die Eintragung auszustellendes Certificat, (wenn ein solches verlangt wird) 4 Mark zu entrichten.

4) Ebenso ist mit Musikalien, Kupferstichen, Steindrücken und dergleichen zu verfahren.

5) Werke der Sculptur oder Malerei werden nicht eingeliefert, sondern von Demjenigen, der rücksichtlich ihrer den Schutz gegen Nachbildung in Anspruch nimmt, nur eine genaue Beschreibung derselben überreicht, welche sodann nach §. 2. bezeichnet und in das Verzeichniß eingetragen wird. Dafür ist dieselbe Gebühr zu entrichten.

6) Da die revidirte Verordnung in Betreff des Nachdrucks vom 29. November 1847, Art. 11., vorschreibt, daß um den durch diese Verordnung zugesicherten Schutz in Anspruch zu nehmen, ein Exemplar des betreffenden Werkes an die Stadtbibliothek abgeliefert werden muß, so ist nunmehr verfügt worden, daß damit nach Maßgabe der gegenwärtigen Bekanntmachung zu verfahren ist. Der Name des Abliefernden u. s. w. wird jedoch nicht auf dem Titelblatt bemerkt, sondern in das Eingangs gedachte Register eingetragen. Die Gebühren sind die im §. 3. angeführten.

Dasselbe gilt in Bezug auf die in den §§. 4. und 5. erwähnten Gegenstände..

Hamburg, den 31. December 1853.

Die Bibliothek-Deputation.

III. Die Verträge Oestreichs mit italienischen Staaten.

Vertrag zwischen Oestreich und Sardinien, zur Sicherstellung der Eigenthumsrechte an literarischen und artistischen Werken, welche in den beiderseitigen Staaten erscheinen; vom 22. Mai 1840, ratificirt den 10. Juni 1840.

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich u. s. w. und Se. Majestät der König von Sardinien u. s. w. von dem gleichen Wunsche beseelt, Wissenschaften und Künste zu begünstigen und zu beschützen, wie nicht minder zu nützlichen Unternehmungen aufzumuntern, haben im wechselseitigen Einverständnisse beschlossen, Schriftstellern und Künstlern für ihre Lebenszeit das Eigenthumsrecht auf ihre in den beiderseitigen Staaten veröffentlichten Werke zu sichern und die Zeit festzustellen, während welcher deren Erben desselben Schutzes genießen sollen, indem zu diesem Zwecke die Mittel bestimmt würden, durch welche dem Nachdrucke und sonstigen mechanischen Nachbildungen am wirksamsten zu begegnen wäre. Dem gemäß haben Ihre Majestäten zu Ihren Bevollmächtigten ernannt und zwar:

Se. Majestät der Kaiser von Oestreich Se. Durchlaucht den Fürsten Clemens Wenzel Lothar von Metternich-Winneburg, Herzog von Portella, Grafen von Königswarth, Grand von Spanien Erster Klasse u. s. w., Allerhöchstihren Staats- und Konferenz-Minister, dann Haus-, Hof- und Staatskanzler u. s. w.; und

Se. Majestät der König von Sardinien den Herrn Don Viktor Amadeus Balbo-Bertone, Grafen von Sambuy 2c. 2c., Generalmajor in den Königl. Armeen, und Höchstihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Sr. Kaiserl. Königl. Apostol. Majestät u. s. w.,

welche nach Mittheilung Ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1. Die Werke oder Produkte des menschlichen Geistes oder der Kunst, die in einem der contrahirenden Staaten veröffentlicht werden, bilden ein Eigenthum, welches den Verfassern oder Urhebern derselben zusteht, um es durch ihre ganze Lebenszeit zu genießen, oder darüber zu verfügen. Nur sie selbst oder ihre Rechtsnachfolger haben das Recht, die Veröffentlichung jener Werke zu gestatten.

Art. 2. Die Werke der dramatischen Kunst sind gleichfalls ein Eigenthum ihrer Verfasser, und daher in Rücksicht ihrer Veröffentlichung und Vervielfältigung durch den Druck in den Bestimmungen des Art. 1 begriffen. Dramatische Werke dürfen ohne die Zustimmung ihrer Verfasser oder deren Rechtsnachfolger nicht aufgeführt werden, unbeschadet übrigens der für die öffentlichen Vorstellungen theatralischer Werke in den respectiven Staaten geltenden oder noch zu erlassenden Normen.

Art. 3. Die in einem der contrahirenden Staaten verfaßten Uebersetzungen von Manuscripten oder Werken, welche in einer fremden Sprache außerhalb des Gebiets der gedachten Staaten erschienen sind, werden gleichfalls als Originalprodukte betrachtet, auf welche Art. 1 seine Anwendung findet. Ebenso sind in diesem Art. 1 die in einem der contrahirenden Staaten verfaßten Uebersetzungen von Werken, die in dem anderen erschienen sind, begriffen. Ausgenommen ist jedoch der Fall, wenn der Verfasser

Unterthan eines der contrahirenden Staaten in dem von ihm veröffentlichten Werke selbst ankündigt, in einem dieser Staaten eine Uebersetzung erscheinen lassen zu wollen, und er dieses Vorhaben in dem Zeitraume von sechs Monaten wirklich ausführt, wo ihm dann auch für diese Uebersetzung sein Eigenthumsrecht vorbehalten bleiben soll.

Art. 4. Ungeachtet der im Art. 1 vorkommenden Bestimmungen sollen in Journalen und periodischen Schriften die Artikel anderer Journale oder periodischer Schriften ohne Anstand nachgedruckt werden dürfen, sobald diese Artikel nicht drei Druckbogen ihrer ersten Veröffentlichung überschreiten und deren Quelle angegeben wird.

Art. 5. Bei anonymen und pseudonymen Werken werden deren Herausgeber in so lange als die Verfasser angesehen, als nicht diese selbst oder ihre Rechtsnachfolger ihr eigenes Recht dargethan haben.

Art. 6. Jede Nachbildung (Nachdruck) von Werken, Kunstprodukten, dann musikalischen und theatralischen Compositionen, wie sie in den Artikeln 1, 2 und 3 erwähnt werden, ist in den beiden contrahirenden Staaten untersagt.

Art. 7. Die Nachbildung (der Nachdruck) ist die Handlung, durch welche ein Werk, es sei im Ganzen oder in seinen einzelnen Theilen, durch mechanische Mittel, ohne Zustimmung des Verfassers oder der Rechtsnachfolger desselben neuerdings hervorgebracht wird.

Art. 8. Es ist im Sinne des vorigen Artikels nicht allein dann ein Nachdruck vorhanden, wenn zwischen dem Originalwerke und dessen Nachbildung eine vollkommene Aehnlichkeit sich darstellt, sondern wenn unter dem nämlichen Titel oder auch unter einem verschiedenen, der gleiche Gegenstand in derselben Ideenfolge und mit der nämlichen Eintheilung der Materie verhandelt wird. — Das spätere Werk ist in diesem Falle als ein Nachdruck anzusehen, wenn es auch bedeutend vermehrt oder vermindert worden wäre.

Art. 9. Versetzungen für verschiedene Instrumente, Auszüge und andere Bearbeitungen musikalischer Compositionen, wenn sie für sich als selbstständige Erzeugnisse menschlichen Geistes angesehen werden können, sollen nicht als Nachdruck behandelt werden.

Art. 10. Rücksichtlich des Nachdruckes ist jeder Artikel eines encyklopädischen oder periodischen Werkes, welcher die Zahl von drei Druckbogen überschreitet, als ein für sich bestehendes Werk zu betrachten.

Art. 11. Der Verfasser eines literarischen oder wissentschaftlichen Werkes ist befugt, die Usurpirung des von ihm gewählten Titels zu verhindern, wenn dieselbe das Publikum über die scheinbare Identität des Werkes in Irrthum führen könnte; in einem solchen Falle jedoch ist kein Nachdruck vorhanden, und der Verfasser hat nur das Recht auf einen dem erlittenen Schaden angemessenen Ersatz. Demungeachtet begründet die Wahl eines allgemeinen Titels, als: Dictionair, Wörterbuch, Abhandlung, Kommentar, und die Eintheilung eines Werkes nach alphabetischer Ordnung, für den Verfasser kein Recht, zu verhindern, daß auch ein anderer denselben Gegenstand unter demselben Titel und nach derselben Eintheilung behandle.

Art. 12. Kupferstiche, Lithographien, Medaillen, dann plastische Werke und Formen erfreuen sich des im ersten Artikel den Kunstwerken überhaupt eingeräumten Privilegiums. Die Nachbildung dieser Gegenstände ist sonach

untersagt; in diesem Falle hat jedoch eine Nachbildung nur dann statt, wenn die Vervielfältigung mit denselben mechanischen Mitteln, wie dieselbe bei dem Originalwerke angewendet worden, und mit Beibehaltung desselben Größen-Maßstabes geschieht. Gemälde, Bildhauer-Arbeiten, Zeichnungen, sind gleichfalls in den Bestimmungen des Art. 1 begriffen. Jedoch sollen Copien, welche hievon mit freier Hand, ohne Verheimlichung und ohne Einsprache von Seiten des Eigenthümers des Kunstwerkes genommen werden, keine verbotene Nachbildung begründen, außer, der Copist hätte mit böser Absicht gesucht, das Publikum hinsichtlich der Identität der Copie mit dem Urbilde irre zu leiten.

Art. 13. Die Verfertiger von Zeichnungen, Gemälden, Bildhauer- und andern Kunstwerken, oder deren Rechtsvertreter können, ohne ihr Eigenthumsrecht auf diese Werke zu verlieren, das ihnen ausschließend zustehende Recht der Vervielfältigung derselben durch den Stich, den Guß, oder sonst ein mechanisches Mittel an Andere abtreten, unbeschadet jedoch der Bestimmungen des vorstehenden Artikels. Wenn sie aber das Original veräußern, so geht dieses Recht auf den neuen Erwerber über, der es durch die ganze Zeit, als der Künstler oder dessen Erben hätten davon Gebrauch machen können, zu genießen hat, ausgenommen es wäre das Gegentheil ausdrücklich verabredet worden.

Art. 14. Die gegenwärtige Convention soll in den respectiven Staaten die freie Reproduction jener Werke nicht hindern, welche daselbst noch vor dem Zeitpunkte, als dieselbe in Kraft getreten ist, veröffentlicht wurden; nur muß besagte Reproduction bereits ihren Anfang genommen und die gesetzliche Genehmigung erhalten haben. Wäre aber von einem Werke ein Theil vor der Rechtsgültigkeit dieser Convention erschienen, und ein Theil erst später, so soll die Nachbildung dieses letzteren Theiles nur mit Zustimmung des Verfassers oder dessen Rechtsnachfolgers stattfinden dürfen; im Weigerungsfalle jedoch würden diese gehalten sein, an die Theilnehmer die Fortsetzung des Werkes zu verkaufen, ohne sie zum Nachkaufe jener Bände verhalten zu können, in deren Besitz sie sich bereits befinden.

Art. 15. Jene, zu deren Nachtheil ein Nachdruck stattgefunden, haben ein Recht auf Ersatz des dadurch erlittenen Schadens.

Art. 16. Außer den von den Gesetzen der contrahirenden Staaten gegen den Nachdruck ausgesprochenen Strafen soll die Beschlagnahme und die Zerstörung der Exemplare oder nachgebildeten Gegenstände, und so auch der Formen, Stempel, Platten, Steine und anderen Gegenstände verhängt werden, welche zur Ausführung des Nachdruckes gedient haben. Jedenfalls kann der Beschädigte die Ueberlassung dieser Gegenstände, ganz oder zum Theil, auf Abschlag seiner Ersatzforderung begehren.

Art. 17. Der Verkauf nachgebildeter Werke ist in beiden Staaten, unter den im vorigen Artikel angedroheten Folgen, durchaus untersagt, welches auch in den Fällen zu gelten hat, wo die Nachbildung im Auslande bewerkstelligt worden sein sollte.

Art. 18. Das Recht der Verfasser und ihrer Rechtsnehmer geht auf ihre gesetzlichen oder letztwilligen Erben in Gemäßheit der in den respectiven Staaten bestehenden Gesetze über. Dieses Recht kann jedoch nie im Wege der Erbschaft an den Fiskus gelangen, und soll in den contrahi-

renden Staaten durch dreissig Jahre nach dem Tode des Verfassers anerkannt und beschützt werden.

Art. 19. Für Werke, die nach dem Tode des Verfassers erscheinen, wird diese Frist auf 40 Jahre, von dem Tage ihres Erscheinens angefangen, ausgedehnt.

Art. 20. Für Werke, die von gelehrten Instituten oder literarischen Vereinen herausgegeben werden, wird jene Frist auf 50 Jahre erweitert.

Art. 21. Bei Werken von mehreren Bänden und solchen, die in einzelnen Lieferungen herausgegeben werden, sollen die obenerwähnten drei Termine für das ganze Werk erst von dem Erscheinen des letzten Bandes oder der letzten Lieferung an gerechnet werden, jedoch unter der Bedingung, daß zwischen den einzelnen Veröffentlichungen nicht mehr als drei Jahre verstreichen. Bei Sammlungen von mehreren einzelnen Werken oder Memoiren sollen die obgedachten Termine nur von der Herausgabe jedes einzelnen Bandes an gerechnet werden, unbeschadet jedoch dessen, was im ersten Absatze des gegenwärtigen Artikels für den Fall angeordnet wurde, als das Werk oder das Memoire, welches einen Theil der ganzen Sammlung ausmacht, selbst in mehrere einzelne Bände zerfiele.

Art. 22. Für Werke, deren Herausgabe von dem Verfasser begonnen und von dessen Erben beendet werden, soll die Frist von 40 Jahren gelten, wie bei ganz posthumen Werken.

Art. 23. Wenn der Verfasser vor Ablauf des Zeitraumes, für welchen er allenfalls seine Rechte abgetreten haben sollte, stürbe, so gebührt seinen Erben, nach Verlauf dieser Zeitfrist, der Genuß ihrer Rechte noch für die ganze ihnen in Folge der vorgehenden Artikel eingeräumte Zeit.

Art. 24. Nach Ablauf der in den Artikeln 18, 19, 20, 21 und 22 bestimmten Termine werden die Erzeugnisse der Wissenschaft und der Kunst ein Gemeingut des Publikums. Die von den contrahirenden Regierungen selbst veröffentlichten Aktenstücke und die von denselben unmittelbar, oder auf deren Befehl herausgegebenen Werke, wenn dieser Umstand aus dem Werke selbst ersichtlich ist, sollen auch in der Folge nach den in den respectiven Staaten diesfalls geltenden Bestimmungen behandelt werden.

Art. 25. Um die Ausführung der gegenwärtigen Convention zu fördern, werden sich die contrahirenden Regierungen wechselseitig die Gesetze und Verordnungen mittheilen, welche sie in den Fall kommen dürften, hinsichtlich des literarischen und artistischen Eigenthums zu erlassen. Sie werden sich ferner die von der einen oder der andern Seite getroffenen Verfügungen mittheilen, um die Originalität einer Ausgabe oder die Zeitpriorität eines Kunstwerkes zu bestimmen.

Art. 26. Die Verfügungen gegenwärtiger Convention sollen die Ausübung der in den contrahirenden Staaten bestehenden Censur- und sonstiger Verbotsbefugnisse durchaus in nichts beirren, welche, unabhängig von den vorliegenden Stipulationen, nach den in den respectiven Ländern gültigen oder noch zu erlassenden Vorschriften fortan bestehen sollen.

Art. 27. Die beiden contrahirenden Staaten werden die übrigen Regierungen Italiens und jene des Kantons Tessin einladen, der gegenwärtigen Convention beizutreten. Diese, durch das alleinige Faktum der von ihnen geäußerten Zustimmung, sollen als mitcontrahirende Theile angesehen werden.

Art. 28. Die gegenwärtige Uebereinkunft hat, von dem Zeitpunkte der Auswechslung der Ratificationen angefangen, durch vier Jahre und noch durch sechs darauf folgende Monate in Kraft zu bestehen, sobald einer der contrahirenden Theile, nach Ablauf der vier Jahre, die Absicht erklären sollte, die Wirkung besagter Convention aufheben oder aber zu deren Erneuerung mit Anwendung jener Verbesserungen schreiten zu wollen, welche unterdessen die Erfahrung an die Hand gegeben haben wird. Jeder der beiden contrahirenden Theile behält sich das Recht vor, dem anderen eine solche Erklärung zu machen, und wird hiermit zwischen ihnen ausdrücklich festgesetzt, daß nach Ablauf von sechs Monaten, nach Abgabe der eben erwähnten Erklärung des einen Contrahenten an den anderen, die gegenwärtige Convention und alle darin enthaltenen Stipulationen ihre Wirkung verlieren sollen.

Art. 29. Gegenwärtige Convention soll von ihren Majestäten ratificirt und die Auswechslung der Ratificationen innerhalb vier Wochen, oder wo möglich noch früher, bewerkstelligt werden.

Urkund dessen die beiderseitigen Bevollmächtigten selbe unterzeichnet und ihre Insiegel beigedrückt haben.

So geschehen zu Wien, den 22. Mai 1840.

Metternich. Dr. Sambuy.

Diesem Vertrage sind beigetreten: die päpstliche, modenesische, lucchesische, toskanische und parmasanische Regierung.

IV. Die Verträge Frankreichs mit Sardinien, Portugal, Toscana, Spanien, Großbritannien, Belgien und den Niederlanden.

Convention conclue entre la France et la Sardaigne, pour garantir dans les deux pays la protection des oeuvres littéraires et artistiques. — 28 Août 1843.

Sa Majesté le roi des Français et Sa Majesté le roi de Sardaigne, également animés du désir de protéger les sciences et les arts, et d'encourager les entreprises utiles qui s'y rapportent, ont, à cette fin, résolu d'adopter d'un commun accord les mesures qui leur ont paru les plus propres à garantir aux auteurs, ou à leurs ayants-cause, la propriété des oeuvres littéraires ou artistiques dont la publication aurait lieu dans leurs Etats respectifs; dans ce but, LL. MM. ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le roi des Français,
le marquis Napoléon-Hector Soult de Dalmatie, son ambassadeur près la cour des S. M. le roi de Sardaigne, etc.;
et Sa Majesté le roi de Sardaigne,
le comte Clément Solar de la Marguerite, son premier secrétaire d'Etat des affaires étrangères, etc.;

lesquels, après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1er. Le droit de propriété des auteurs ou de leurs ayants-cause sur les ouvrages d'esprit ou d'art, comprenant les publications d'écrits, de composition musicale, de dessin, de peinture, de gravure, de sculpture, ou autres publications analogues, en tout ou en partie, tel que ce droit est réglé et déterminé par les législations respectives, s'exercera simultanément sur le territoire des deux Etats, de telle sorte que la reproduction ou la contrefaçon, dans l'un des deux Etats, d'ouvrages publiés dans l'autre Etat, soit assimilée à celle des ouvrages qui auraient été originairement publiés dans l'Etat même.

2. La traduction faite dans l'un des deux Etats, d'un ouvrage publié dans l'autre Etat, est assimilée à sa reproduction, et comprise dans les dispositions de l'art. 1, pourvu que l'auteur, sujet de l'un des deux souverains contractants, en faisant paraître un ouvrage, ait notifié au public qu'il entend la traduire lui-même, et que sa traduction ait été publiée dans le délai d'un an, à partir de la publication du texte original.

3. Sont également comprises dans les dispositions de l'art. 1, et assimilées aux productions originales, en ce qui concerne leur reproduction dans la même langue, les traductions faites, dans l'un des deux Etats, d'ouvrages publiés hors du territoire des deux Etats. Toutefois ne sont pas comprises dans lesdites dispositions les traductions faites dans une langue qui ne serait pas celle de l'un des deux Etats.

4. Les dispositions des art. 1 et 2 sont applicables à la représentation des pièces de théâtre, sur lesquelles les auteurs ou leurs ayants-cause percevront les droits déterminés par la législation du pays où elles seront représentées.

5. Nonobstant les dispositions des art. 1 et 2, les articles extraits des journaux ou écrits périodiques publiés dans l'un des deux Etats pourront être reproduits dans les journaux on écrits periodiques de l'autre Etat, pourvu que l'origine en soit indiquée.

6. L'introduction et la vente, dans chacun des deux Etats, d'ouvrages ou d'objets de contrefaçon, définis par les art. 1, 2 et 3 ci-dessus, sont prohibées, lors même que les contrefaçons auraient été faites dans un pays étranger.

7. En cas de contravention aux dispositions des articles précédents, la saisie des contrefaçons sera opérée, et les tribunaux appliqueront les peines déterminées par les législations respectives, de la même manière que si le délit avait été commis au préjudice d'un ouvrage ou d'une production d'origine nationale.

Les caractères qui constituent la contrefaçon seront déterminés par les tribunaux de l'un et de l'autre Etat, d'après la législation en vigueur dans chacun de ces deux Etats.

8. Pour faciliter l'exécution de la présente convention, les Gouvernements contractants se communiqueront réciproquement les lois et règlements spéciaux que chacun d'eux pourra adopter

relativement à la propriété des ouvrages ou productions définis par les art. 1, 2, 3 et 4 ci-dessus.

9. Les dispositions de la présente convention ne pourront porter préjudice, en quoi que ce soit, au droit que se réserve expressément chacun des deux Etats de permettre, surveiller ou interdire, par des mesures de législation ou de police intérieure, la circulation, la représentation ou l'exposition de tels ouvrages ou productions sur lesquels il jugera convenable de l'exercer.

10. La présente convention aura force et vigueur pendant six années, à dater du jour dont les hautes parties conviendront pour son exécution simultanée, dès que la promulgation en sera faite d'après la loi particulière à chacun des deux Etats. Si, à l'expiration des six années, elle n'est pas dénoncée six mois à l'avance, elle continuera à être obligatoire d'année en année, jusqu'à ce que l'une des parties contractantes ait annoncé à l'autre, mais un an à l'avance, son intention d'en faire cesser les effets.

11. La présente convention sera ratifiée par Leurs Majestés, et l'échange des ratifications aura lieu à Turin, dans l'espace d'un mois, ou plutôt, si faire se peut.

Fait à Turin, le 28. Août de l'an de Notre-Seigneur 1843.

(L. S.) Signé: Marquis de Dalmatie.
(L. S.) Signé: Solar de Marguerite.

Convention supplémentaire entre la France et la Sardaigne.
22. Avril 1846.

Sa Majesté le roi des Français et Sa Majesté le roi de Sardaigne, désirant de prévenir les difficultés que pourrait rencontrer dans l'exécution la convention conclue à Turin, le 28. Août 1843, pour garantir réciproquement la propriété des oeuvres littéraires et artistiques, sont convenus de régler d'un commun accord et par une convention supplémentaire les points omis ou demeurés douteux, et ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires respectifs, savoir:

Sa Majesté le roi des Français,
le comte Hector Mortier, pair de France, etc.,
et Sa Majesté le roi de Sardaigne,
le comte Clément Solar de la Marguerite, etc. son ministre et premier secrétaire d'Etat des affaires étrangères, etc.

lesquels, après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1er. Les auteurs d'ouvrages d'esprit ou d'art, ou leurs ayants-cause, qui auront accompli les formalités prescrites par les lois en vigueur dans celui des deux Etats où leurs ouvrages auront été publiés, seront admis à jouir, dans l'autre Etat, de la propriété assurée par la convention du 28. Août 1843, à la

charge seulement de faire constater, au besoin, par un certificat régulier, qu'ils ont accompli lesdites formalités.

En ce qui concerne la durée du droit de propriété, les hautes parties contractantes déclarent qu'elle sera respectivement, pour les auteurs, de leur vie entière, et, pour leurs héritiers, de vingt années, qui commenceront à partir du décès des auteurs.

Art. 2. Afin de pouvoir constater d'une manière précise, dans les deux Etats, le jour de la publication d'un ouvrage, on se règlera sur la date du dépôt qui en aura été opéré dans l'établissement public désigné à cet effet. Si l'auteur entend réserver son droit de traduction, il en fera la déclaration en tête de son ouvrage et mentionnera, à la suite de cette déclaration, la date du dépôt.

A l'égard des ouvrages qui se publient par livraisons, il suffira que cette déclaration de l'auteur soit faite dans la première livraison. Toutefois le terme fixé pour l'exercise de ce droit ne commencera à courir qu'à dater de la publication de la dernière livraison, pourvu d'ailleurs que, entre les deux publications, il ne s'écoule pas plus de trois ans.

Relativement aux dits ouvrages publiés par livraisons, l'indication de la date du dépôt devra être apposée sur la dernière livraison, à partir de laquelle commence le délai fixé pour l'exercice du droit de traduction.

Art. 3. L'article 5 de la convention du 28 Août 1843 est modifié en ce sens, qu'on ne pourra pas reproduire, dans les deux Etats, les articles de journaux dont les auteurs auront déclaré, dans le journal même où ils les auront déposés, qu'ils en interdisent la reproduction.

Art. 4. La présente convention ne pourra faire obstacle à la libre continuation de la vente, publication ou introduction dans les Etats respectifs des ouvrages qui auraient déjà été publiés ou introduits, en tout ou en partie, dans l'un d'eux, avant la mise en vigueur de ladite convention, pourvu qu'on ne puisse faire postérieurement aucune autre publication des mêmes ouvrages, ni introduire de l'étranger des exemplaires autres que ceux destinés à compléter les expéditions ou sousscriptions précédemment commencées.

Art. 5. La présente convention supplémentaire sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Turin, dans le délai d'un mois, ou plutôt, si faire se peut.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé en double expédition la présente convention supplémentaire, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Turin, le 22 Avril 1846.

(L. S.) Signé: Comte Mortier.
(L. S.) Signé: Solar de la Marguerite.

Convention littéraire conclue, le 5 Novembre 1850, entre la France et la Sardaigne.

Le Président de la République française et Sa Majesté le roi de Sardaigne, ayant reconnu que des circonstances indépendantes de la volonté des hautes parties contractantes ont jusqu'ici empêché que les conventions spéciales signées à Turin, le 28. Août 1843 et le 22. Avril 1846, pour la garantie réciproque, en France et en Sardaigne, de la propriété des oeuvres d'art et d'esprit, produisissent les résultats avantageux qui en avaient inspiré la conclusion, et voulant régler d'un commun accord les difficultés pratiques que l'expérience a fait ressortir; d'un autre côté, Sa Majesté le roi de Sardaigne ayant consenti à faciliter l'entrée dans ses Etats des livres, gravures, lithographies et ouvrages de musique publiés en France, en abaissant les droits actuellement perçus d'après la loi pour l'importation desdits articles, le Président de la République française et Sa Majesté le roi de Sardaigne ont jugé convenable de conclure, dans ce but, une convention spéciale, et ont nommé pour plénipotentiaires, savoir:

Le Président de la République française,

M. Ferdinand Barrot, représentant du peuple, etc. envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de France près la cour de Turin;

et Sa Majesté le roi de Sardaigne,

M. le Chevalier Louis Cibrario, sénateur du royaume, chevalier des ordres des Saints Maurice et Lazare, et du Mérite civil de Savoie, etc.;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleinspouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. Les deux hautes parties contractantes, voulant assurer la stricte exécution des dispositions de l'article 6 de la convention du 28. Août 1843, qui prononcent la prohibitition à l'entrée, dans chacun des deux États, de tous ouvrages ou objets de contrefaçon définis par les articles 1, 2 et 3 de ladite convention, s'obligent à tenir la main à ce que toute tentative faite pour introduire en fraude de semblables ouvrages ou objects de contrefaçon, par les frontières des deux pays, soit repoussée d'une manière absolue.

Art. 2. Afin de faciliter l'exacte exécution de l'engagement stipulé dans l'article 1 précédent, il est, en outre, expressément convenu.

1) Que tout envoi fait d'un des deux pays dans l'autre, d'ouvrages d'esprit ou d'art, devra être accompagné d'un certificat délivré en France par les préfets ou sous-préfets établis dans la ville la plus voisine du lieu d'expédition et en Sardaigne, par les intendants généraux et intendants de province.

Ce certificat, dont le coût ne pourra respectivement dépasser cinquante centimes, quel que soit le nombre d'ouvrages composant chaque envoi, devra, d'une part, énoncer la liste complète, le titre, le nombre d'exemplaires des ouvrages auxquels il s'appli-

que, et, de l'autre, constater que ces mêmes ouvrages sont tous édition non contrefaite et propriété française ou sarde, selon le pays d'où l'exportation s'effectue, ou qu'ils y ont été nationalisés par le paiement des droits d'entrée;

2) Que tous les ouvrages expédiés à destination de l'un des deux Etats, d'ailleurs que de l'autre Etat, devront, lorsqu'ils seront rédigés dans la langue ce dernier Etat, être accompagnés de certificats délivrés par les autorités compétentes du pays de provenance, libellés dans la forme indiquée ci-dessus, et constatant que lesdits ouvrages sont tous publication non contrefaite d'ouvrages français ou piémontais.

3. La reconnaissance et la vérification de la nationalité des envois d'ouvrages d'art ou d'esprit se fera dans les bureaux de douane respectifs spécialement ouverts à cet effet, et avec le concours des agents chargés, dans les deux pays, de l'examen des livres arrivant de l'étranger.

4. Tout ouvrage d'esprit ou d'art, dans les cas prévus par le précédent article, qui ne sera point accompagné de certificat en due forme, sera retenu à la douane; procès-verbal en sera dressé, et une expédition dûment légalisée sera envoyée, dans le plus bref délai possible, aux agents diplomatiques ou consulaires respectifs, ainsi qu'aux parties intéressées, à la diligence de l'administration des douanes où la retenue a été opérée.

Les parties auront cinquante jours pour se pourvoir, soit devant l'autorité judiciaire, soit devant l'autorité administrative, afin de faire valoir leurs droits. Ce délai expiré sans qu'aucune réclamation ait été signifiée à l'administration des douanes, les livres retenus pourront être introduits, sauf aux parties à faire valoir ultérieurement leurs droits conformément aux lois sur les contrefaçons.

5. Au moment de la mise à exécution de la présente convention, les hautes parties contractantes se communiqueront réciproquement la liste exacte des bureaux de douanes maritimes et terrestres auxquels sera limitée, de part et d'autre, la faculté de recevoir et de reconnaître les envois d'ouvrages d'esprit ou d'art.

6. Pendant la durée de la présente convention, les droits actuellement établis à l'importation licite, dans le royaume de Sardaigne, des livres, gravures, dessins ou ouvrages de musique publiés dans toute l'étendue du territoire de la République française, demeureront réduits et fixés au taux ci-après établi:

Livres	blancs, reliés, à 65 fr. par 100 kil.	
	imprimés, reliés, à 60 fr. par 100 kil.	
	imprimés, brochés, à 30 fr. par 100 kil.	
Musique	manuscrite, à 50 fr. par 100 kil.	
	gravée, à 60 fr. par 100 kil.	
Papier	imprimé, avec imagages, figures et points de vue	sur cuivre et lithographié, à 100 fr. par 100 kil.
		sur bois, à 60 fr. par 100 kil.

Il est entendu que le taux des droits ci-dessus spécifiés ne sera pas augmenté pendant la durée de la présente convention, et que si, avant l'expiration de celle-ci, ce taux était réduit en faveur des livres, gravures, dessins ou ouvrages de musique publiés dans tout autre pays étranger, cette réduction s'éntendra en même temps aux objets similaires publiés en France.

7. La présente convention, considérée comme supplémentaire à celles des 28. Août 1843 et 22. Avril 1846, dont la durée est prorogée pour le même laps de temps, restera en vigueur pendant six années, à partir du jour où les parties contractantes seront convenues de la mettre à exécution, et après qu'elle aura été promulguée conformément aux règlements de chaque pays. Dans le cas où aucune des deux parties ne signifierait, six mois avant l'expiration des six années susindiquées, son intention d'en faire cesser les effets, la présente convention et celles des 28. Août 1843 et 22 Avril 1846 continueront à rester en vigueur encore une année; et ainsi, d'année en année, jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des parties les auront simultanément dénoncées.

Les hautes parties contractantes se réservent cependant la faculté d'apporter, d'un commun accord, à la présente convention, toute modification dont l'expérience viendrait à démontrer l'opportunité.

8. Les hautes parties contractantes, voulant assurer des garanties analogues à la propriété des dessins et marques de fabrique, sont convenues d'en faire l'object d'un accord spécial, dès que la législation sur cette matière aura reçu, dans les deux pays son complément nécessaire.

9. La présente convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Turin dans le délai de deux mois, ou plutôt, si faire se peut.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Turin, le 5. du mois de Novembre 1850.

(L. S.) Signé: Ferdinand Barrot.
(L. S.) Signé: Cibrario.

Convention conclue, le 12. Avril 1851, entre la France et le Portugal, pour garantir, dans les deux pays, la propriété des oeuvres d'art et d'esprit, et celle des marques de fabrique.

Le Président de la République française et Sa Majesté Très-Fidèle la reine de Portugal et des Algarves, également animés du désir de protéger les arts, les sciences et les belles-lettres, et d'encourager les entreprises utiles qui s'y rapportent, ont, à cette fin, résolu d'adopter, d'un commun accord, les mesures qui leur ont

paru les plus propres à garantir aux auteurs ou à leurs ayants-cause, la propriété de leurs oeuvres littéraires ou artistiques, dont la publication aurait lieu dans les deux Etats respectifs.

Dans ce but, ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Le Président de la République française,

M. Adolphe Barrot, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de la République française près Sa Majesté Très-Fidèle, commandeur, etc.;

et Sa Majesté la reine de Portugal et des Algarves,

M. Jean-Baptiste de Almeida-Garret, gentilhomme de sa maison, de son conseil, son envoyé extraordinaire, ministre plén. etc.

Lesquels, après avoir échangé leurs pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1er. Le droit de propriété sur les ouvrages d'esprit ou d'art, comprenant la publication d'écrits, de compositions musicales, de peinture, de sculpture, de gravure, de lithographie ou de toutes autres productions analogues en tout ou en partie, tel que ce droit est réglé par les législations respectives, est reconnu et réciproquement garanti, sur le territoire des deux Etats, aux auteurs ou à leurs ayants-cause, pendant la vie entière desdits auteurs, et à leurs héritiers et ayants-cause, pendant vingt ans au moins, à partir du jour du décès desdits auteurs.

Il est entendu que si les lois de l'un des deux Etats respectifs viennent à accorder à ses nationaux un délai plus long, cette augmentation de délai sera également concédée aux nationaux de l'autre Etat, s'ils réclament.

Art. 2. L'exercice de ce droit est subordonné, toutefois, à l'accomplissement des formalités qui, dans chacun des deux Etats, sont ou viendront à être prescrites par les lois, et, en outre, à un dépôt réciproque destiné à constater, d'une manière précise, le jour de la publication desdits ouvrages, et qui devra s'effectuer de la manière suivante:

Si l'ouvrage a paru, pour la première fois, en France ou dans ses dépendances, il en sera déposé un exemplaire à la bibliothèque de Lisbonne.

Si l'ouvrage a paru, pour la première fois, dans les Etats de Sa Majesté Très-Fidèle, il en sera déposé un exemplaire au bureau de la librairie du ministère de l'intérieur, à Paris.

Ce dépôt, et l'enregistrement qui en sera fait sur les registres spéciaux tenus à cet effet, ne donneront respectivement ouverture à la perception d'aucune taxe autre que celle du timbre, et le certificat qui en sera délivré fera foi, tant en jugement que hors, dans toute l'étendue des territoires respectifs, et constatera le droit exclusif de propriété, de publication ou de reproduction, aussi longtemps que quelque autre personne n'aura pas fait admettre, en justice, un droit mieux établi.

Art. 3. La traduction faite dans l'un des deux Etats, d'un ouvrage publié dans l'autre Etat, est assimilée à sa reproduction, et comprise dans les dispositions de l'article 1er, pourvu que l'auteur ait fait connâitre, par une déclaration placée en tête de l'ouvrage, qu'il entend le traduire luimême ou le faire traduire, et que cette traduction ait effectivement paru dans le délai d'un an, à partir de la date du dépôt et de l'enregistrement du texte original. Il sera accordé aux auteurs, pour effectuer ce dépôt, un terme de rigueur qui ne pourra excéder trois mois après la publication de l'original.

A l'égard des ouvrages qui se publient par livraisons, il suffira que cette déclaration soit faite sur la première livraison; toutefois, le terme fixé pour l'exercice de ce droit, ne commencera à courir qu'à dater de la publication de la dernière livraison, pourvu d'ailleurs qu'il ne s'écoule pas plus de trois ans entre la publication de la première livraison et celle de la dernière.

Quant aux ouvrages de plus d'un volume, dont les tomes se publieraient lès uns après les autres, le délai dont il s'agit se calculera, pour chacun desdits volumes, de la même manière que s'il formait par lui-même une œuvre complète.

Relativement aux ouvrages publiés par livraisons, l'indication de la date du dépôt devra être apposée sur la dernière livraison, à partir de laquelle commencera le délai fixé pour l'exercice du droit de traduction.

Art. 4. Sont également comprises dans les dispositions de l'article 1, et assimilées aux productions originales, en ce qui concerne leur reproduction dans la même langue, les traductions, faites dans l'un des deux Etats, d'ouvrages publiés hors du territoire des deux Etats.

Toutefois, ne sont pas comprises dans lesdites dispositions les traductions faites dans une langue qui ne serait pas celle de l'un des deux Etats.

Sont exceptées, néanmoins, de cette dernière règle, les traductions qui seraient faites dans une des langues mortes ou scientifiques, lesquelles entreront dans la règle générale établie par le présent article *in principio*.

Art. 5. Les dispositions de l'article 1 sont applicables à la représentation des pièces de théâtre, sur lesquelles les auteurs ou leurs ayants-cause percevront les droits d'auteur qui sont ou qui seront déterminés par la législation du pays où elles sont représentées.

Les dispositions de l'article 3 ne sont pas applicables aux pièces de théâtre, lesquelles pourront être librement traduites dans les deux Etats respectifs, dès qu'elles auront paru dans l'un d'eux. Les auteurs de l'oeuvre originale auront droit à percevoir un quart des honoraires alloués aux traducteurs dans le pays où la traduction sera représentée, soit par la loi, soit par des conventions particulières.

Sa Majesté Très-Fidèle convient qu'à cet égard, s'il se rencontre quelque lacune dans la législation portugaise, on aura recours à la législation française, qui sera appliquée subsidiairement en conformité avec les lois et les coutumes du royaume.

Art. 6. Les articles extraits des journaux ou écrits périodiques publiés dans l'un des deux Etats pourront être reproduits librement en original ou en traduction par la presse de l'autre Etat, pourvu que l'origine en soit indiquée, à moins, toutefois, que les auteurs desdits articles ou leurs ayants cause n'aient formellement déclaré, dans le numéro même du journal ou de l'écrit périodique où ils les auront insérés, qu'ils en interdisent la reproduction, ou qu'ils se réservent le droit de les traduire ou de les faire traduire dans le délai légal.

Art. 7. Les dispositions de l'article 1 ne s'étendront pas aux journaux et écrits périodiques; mais, si un article, une série d'articles ou une oeuvre quelconque qui aurait paru pour la première fois dans un journal ou dans un ouvrage périodique, vient à être reproduit plus tard sous une forme différente, les auteurs ou leurs ayants-cause, jouiront des droits garantis par les articles 1[er] et 3 ci-dessus, pourvu qu'ils satisfassent au dépôt prescrit par l'article 2.

Art. 8. L'introduction et la vente, dans chacun des deux Etats, d'ouvrages ou d'objets de contrefaçon définis par les art. 1[er], 3 et 4 ci-dessus, sont prohibées lors même que les contrefaçons auraient été faites dans un pays étranger.

Art. 9. Toute contravention aux dispositions des articles précédents sera assimilée en tout à l'introduction et à la vente de marchandises qualifiées contrebande par la législation fiscale des deux pays, et sera considérée comme telle dans tous les établissements de douane respectifs. Les objects saisis seront confisqués, et le délinquant sera frappé l'une amende de cinq cents francs au moins, si le délit a été commis en France, et de quartre-vingt mille reis au moins, s'il a été commis en Portugal, laquelle amende sera moitié au profit des capteurs, et moitié au profit du trésor de l'Etat où elle aura été imposée, et ce, sans préjudice des dommages-intérêts que les tribunaux pourront arbitrer en faveur de qui de droit.

Art. 10. Pour assurer plus efficacement l'exécution de l'article précédent, il est, en outre expressément stipulé:

1) Que tout envoi, fait d'un pays dans l'autre d'ouvrages d'esprit ou d'art devra être accompagné d'un certificat délivré en France par les préfets ou sous-préfets établis dans la ville d'où se fera l'envoi, ou dans la ville la plus voisine de celle-ci; et en Portugal, par le gouverneur civil du district d'où l'envoi aura lieu. Ce certificat, dont le coût ne pourra dépasser cinquante centimes en France, et quatre-vingt reis en Portugal, quel que soit le nombre d'ouvrages composant chaque envoi, devra, d'une part, énoncer le titre, la liste complète et le nombre d'exemplaires de chacun des ouvrages auxquels il s'applique, et de l'autre, constater

que ces mêmes ouvrages sont tous édition et propriété nationales du pays d'où l'expédition s'effectue, ou qu'ils ont été nationalisés par le paiement des droits d'entrée.

Les certificats délivrés par les autorités locales, ci-dessus mentionnées, seront traduits et visés gratuitement par les agents diplomatiques ou agents consulaires respectifs:

2) Que tous ouvrages expédiés en douane, même en transit ou par transbordement, à destination de l'un des deux Etats, d'ailleurs que de l'autre Etat, devront, lorsqu'ils seront rédigés dans la langue de ce dernier Etat, être accompagnés de certificats délivrés par les autorités compétentes du pays de provenance, libellés dans la forme indiquée ci-dessus, et constant que lesdits ouvrages sont tous publication originale dudit pays ou de toute autre contrée dans laquelle ces mêmes ouvrages ont été édités.

Tout ouvrage d'esprit ou d'art qui, dans les cas prévus par le présente article, ne serait pas accompagné du certificat ci-dessus énoncé, en due forme, sera, par cela seul, réputé contrefait, assimilé comme tel à une marchandise de contrebande, et traité conformément aux dispositions de l'article 9 ci-dessus.

Art. 11. La reconnaissance et la vérification de nationalité des importations d'ouvrages d'esprit ou d'art se feront dans les bureaux de douane respectifs, spécialement ouverts à cet effet, et avec le concours des agents particuliers chargés, dans les deux pays, de l'examen des livres arrivant de l'étranger. Il sera dressé procès-verbal de toute contravention aux dispositions prescrites par l'art. 10, et les poursuites judiciaires auxquelles il y aurait lieu de recourir seront dirigées, de part et d'autre, comme il est dit ci-dessus, dans les formes établies par la législation respective en matière de contrebande.

Art. 12. Au moment de la mise à exécution de la présente convention, les hautes parties contractantes se communiqueront réciproquement la liste exacte des bureaux de douane maritime et terrestre auxquels sera limitée, de part et d'autre, la faculté de recevoir et de vérifier les envois d'ouvrages d'esprit et d'art.

Art. 13. Pour prévenir toute difficulté ou complication judiciaire quant au passé, à raison de la possession par les libraires, éditeurs ou imprimeurs respectifs, de contrefaçons d'ouvrages français ou portugais, reproduits ou importés par eux, il est stipulé et convenu que les détenteurs actuels de ces contrefaçons ne pourront les vendre en gros ou en détail, ni les réexporter en pays étrangers ou pour un port quelconque dépendant de la métropole, ni se soustraire aux poursuites judiciaires de la part des auteurs desdits ouvrages ou de leurs ayants-cause, qu'après avoir fait revêtir chaque exemplaire de ces contrefaçons par les autorités compétentes du pays, d'un timbre spécial dont le coût ne pourra pas dépasser, en France, vingt-cinq centimes, et en Portugal, quarante reis.

Un délai de trois mois, à partir de l'échange des ratifications, et respectivement accordé pour l'accomplissement de

ces formalités, sans que, cependant, on puisse, dans l'intervalle, et sous aucun prétexte, introduire de l'étranger de noveaux exemplaires des ouvrages contrefaits, ou publier dans le pays de nouvelles contrefaçons.

Passé ce délai, tout exemplaire contrefait d'un ouvrage d'esprit ou d'art publié dans l'un ou dans l'autre pays, et dont la propriété aura été justifiée dans la forme prévue par l'art. 2, sera considéré comme ayant été introduit en fraude et pourra être confisqué à la requête des propriétaires de l'ouvrage original ou de leurs ayants-cause, sans préjudice des dommages intérêts, amendes, dépens et autres peines déterminées ou qui viendraient à être déterminées par la législation respective de chacun des deux Etats, si ledit exemplaire n'est pas revêtu du timbre spécial ci-dessus mentionné.

Art. 14. Les dispositions de la présente convention ne pourront porter préjudice, en quoi que ce soit, au droit que se réserve expressément chacun des deux Etats de permettre, surveiller et interdire, par des mesures de législation et de police intérieure, la circulation, la représentation ou l'exposition de tels ouvrages ou productions sur lesquels il jugera convenable de l'exercer.

15. La présente convention aura force et vigueur pendant six années, à partir du jour dont les hautes parties contractantes conviendront pour son exécution simultanée, dès que la promulgation en sera faite, d'après les lois particulières à chacun des deux Etats, lequel jour ne pourra dépasser de trois mois l'échange des ratifications.

Si, à l'expiration des six années, elle n'est pas dénoncée, six mois à l'avance, par une des hautes parties contractantes, elle continuera à être obligatoire, d'année en année, jusqu'à ce que l'un des parties contractantes ait annoncé à l'autre, un an à l'avance, son intention d'en faire cesser les effets.

Les hautes parties contractantes se réservent, cependant, la faculté d'apporter d'un commun accord, à la présente convention, toute modification qui ne serait pas incompatible avec l'esprit et les principes qui en sont la base, et dont l'expérience viendrait à démontrer l'opportunité.

16. Les hautes parties contractantes s'engagent réciproquement, si l'une d'elles vient à signer avec un autre Etat une convention quelconque ou traité sur cette même matière, à ce que celle qui la signera fasse tous ses efforts et emploie ses bons offices pour que l'autre partie présentement contractante soit admise à stipuler des conventions semblables, ou à adhérer à celles qui auraient été faites.

17. Les hautes parties contractantes désirant, en outre protéger l'application à l'industrie manufacturière des travaux, d'esprit et d'art, profitent de cette occasion pour déclarer, d'un commun accord, que la reproduction, dans l'un des deux pays, des marques de fabrique apposées dans l'autre sur certaines marchandises pour constater leur origine et leur qualité, sera

assimi
telle,
inséré
cables
L
l'un d
devro:
gine p
marqu
de co
L
assure
ces le
comm
selon
brevet
A
tions
ou plu
E
et y o
F
Notre

Traite

S
et Ro
A
d'une
leurs
et au
vigue
un li
la po
d'emp
agent
subir
ou ré
porté
sauf
donn
A
tuelle

toires respectifs la fabrication des contrefaçons et réimpressions des œuvres artistiques et littéraires des auteurs des deux pays, conformément à la législation en vigueur dans les deux États.

Art. 21. Le présent traité sera ratifié, et les ratifications en seront échangées à Florence dans le délai de trois mois, ou plus tôt, si faire se peut.

Il aura force et valeur pendant six années, à dater du jour dont les hautes parties conviendront pour son exécution simultanée, dès que la promulgation en sera faite, et d'après les lois particulières à chacun des deux Etats. Si, après l'expiration des six années, le présent traité n'est pas dénoncé six mois à l'avance, il continuera à être obligatoire d'année, en année, jusqu'à ce que l'une des deux parties ait annoncé à l'autre, mais un an à l'avance, son intention d'en faire cesser les effets.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Florence, en double original, le quinzième jour du mois de Février de l'an de grâce mil huit cent cinquante-trois.

(L. S.) Alexis de Gabriac.
(L. S.) Duc de Casigliano.

Convention littéraire entre la France et l'Espagne.
15 November 1853.

Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté la Reine d'Espagne, également animés du désir de protéger les arts, les sciences et les belles lettres, et d'encourager les entreprises utiles qui s'y rapportent, ont, à cette fin, résolu d'adopter, d'un commun accord, les mesures qui leur ont paru le plus propres à garantir en France et en Espagne le droit de propriété sur les oeuvres littéraires, scientifiques ou artistiques, qui seraient publiées, pour la première fois, par leurs auteurs dans les deux Etats respectifs.

Dans ce but, ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires savoir:

Sa Majesté l'Empereur des Français

M. Louis-Félix-Etienne, marquis Turgot, sénateur de l'Empire, commandeur de l'ordre impérial de la Légion d'honneur, etc., son ambassadeur près Sa Majesté catholique;

Et Sa Majesté la reine d'Espagne,

don Angel Calderon de la Barca, grand-croix de l'ordre royal et distingué de Charles III et de celui d'Isabelle la Catholique, sénateur de royaume, et son premier secrétaire d'Etat au département des affaires étrangères, etc.:

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1er. Les auteurs exerceront simultanément, dans toute l'étendue des deux pays, leur droit de propriété sur les oeuvres littéraires, scientifiques et artistiques, conformément aux lois,

ordonn
par la
L
et des
vie, e
ou test
L
légitim
tiques,
auteurs
Se
artistiq
les tal
sculptu
analog
L
gislati
moyen
artistiq
L
nufactu
A
aux tr
T
téger
rappo
exclus
conqu
sitions
A
pays,
penda
de la
de pr
traduc
la sie
publi
les fo
A
même
faite
dans
forma
I
repré
sera
du p
dans
auro

Les droits des compositeurs de musique sont assimilés à ceux des auteurs originaux, pourvu que le poëme soit écrit dans la langue originale.

Art. 5. La protection et les droits stipulés dans les deux articles précédents n'ont pas pour objet d'interdire les imitations et les appropriations faites de bonne foi des œuvres littéraires, scientifiques, dramatiques, de musique et d'art, en France et en Espagne, mais seulement d'en prévenir les contrefaçons, les réimpressions, les représentations et copies faites au préjudice des intérêts et des droits spécialement réservés aux auteurs et aux inventeurs.

Les tribunaux compétents de l'un et de l'autre Etat, et conformément à la législation en vigueur dans chacun d'eux, seront compétents pour résoudre, dans tous les cas, les questions auxquelles donneraient lieu les contrefaçons, falsifications, imitations ou copies desdites œuvres.

Art. 6. Les stipulations de l'article 1er s'appliqueront également aux ouvrages publiés pour la première fois dans un journal, ainsi qu'aux sermons, mémoires, leçons et autres discours prononcés en public, et ne formant pas collection, à partir du moment où les lois des deux Etats garantiront à ces productions la protection spécifiée par l'article précité.

Dans aucun cas, un ouvrage publié pour la première fois dans un journal ne pourra être reproduit dans un autre, sans qu'il y soit fait mention du journal original et du nom de l'auteur de l'ouvrage, s'il s'y trouve indiqué.

Art. 7. Pour que les auteurs et leurs ayants-droit puissent jouir de la protection qui leur est accordée par l'article 1er, il est nécessaire qu'ils se conforment, au préalable, aux dispositions suivantes: ils feront la déclaration de leur ouvrage et en déposeront gratuitement deux exemplaires aux lieux ci-après désignés, savoir:

1° Si l'ouvrage a paru pour la première fois en France, à l'établissement public désigné à cet effet, à Madrid;

2° Si l'ouvrage a paru pour la première fois en Espagne, au bureau de la librairie du ministère de l'intérieur à Paris.

Ce dépôt et l'enregistrement qui en sera fait sur les registres spéciaux, ouverts à cet effet, dans les deux établissements, ne donneront lieu à aucuns frais autres que le prix du papier timbré du certificat.

Ce certificat fera foi, tant en jugement que hors, dans toute l'étendue des territoires respectifs, et constatera le droit exclusif de propriété, de publication ou de reproduction, aussi longtemps que quelque autre personne n'aura pas fait admettre en justice un droit mieux établi.

Ces formalités du dépôt et de l'enregistrement devront être remplies dans les trois mois qui suivront la première publication de l'ouvrage dans le pays où il aura été publié.

Ces formalités ne sont naturellement pas applicables aux ouvrages de peinture et de sculpture qui seront l'objet d'un règlement special, ainsi qu'il a été dit dans le paragraphe 5 de l'article 1er..

A l'égard des ouvrages publiés séparément par volumes ou par livraisons, chaque volume ou chaque livraison sera considéré comme un ouvrage séparé.

Art. 8. Pour que le droit des auteurs sur les traductions de leurs ouvrages puisse être exercé conformément à ce qui est établi dans les art. 2 et 3 du présent traité, il est nécessaire de remplir préalablement les formalités suivantes: l'auteur d'un ouvrage original, lorsqu'il le fera paraître, devra déclarer, en tête dudit ouvrage, qu'il se réserve le droit de traduction, et, en conséquence de cette déclaration, sera tenu de la publier, si l'ouvrage ne se compose que d'un seul volume, dans les premiers six mois qui en suivront la publication.

Si l'auteur publie à la fois deux ou plusieurs volumes d'un même ouvrage, le délai sera augmenté d'autant de fois six mois que l'ouvrage publié comprendra de volumes, de telle sorte que le deuxième volume devra paraître dans les douze mois au moins qui suivront l'accomplissement desdites formalités de dépôt, et ainsi de suite. A l'égard des ouvrages qui paraissent par volumes séparés ou par livraisons, il suffira que cette déclaration soit faite en tête du premier volume ou de la première livraison.

Cependant, la traduction d'un ouvrage publié par livraisons devra paraître, au plus tard, dans les trois premiers mois qui suivront le dépôt de chacune d'elles.

Art. 9. La réserve du droit de traduction d'une œuvre dramatique, avec obligation de la faire paraître dans un temps déterminé, est fixée à une durée de trois mois à compter du jour du dépôt et de l'enregistrement, par assimilation, sous ce rapport, des œuvres dramatiques aux livraisons des ouvrages de toute autre nature.

Art. 10. Le propriétaire d'un ouvrage dont la publication se fera par volumes ou par livraisons, qui ne remplira pas les formalités de dépôt et d'enregistrement prescrites par les articles précédents, celui également qui, dans les six mois au plus tard qui suivront le dépôt et l'enregistrement, s'il s'agit d'un volume, et dans les trois mois, s'il s'agit d'une livraison ou d'un ouvrage dramatique, n'aura pas publié sa traduction, perdront leur droit de traduction sur le volume ou la livraison qui n'aura pas été soumis à l'une quelconque des formalités prescrites par les articles précédents.

Ils perdront également ce droit de traduction sur tous les volumes ou livraisons du même ouvrage qui auront été déjà publiés, ainsi que sur tous les volumes ou livraisons à publier. Par suite, le droit de traduction de l'ouvrage entier tombera dans le domaine public.

Art. 11. L'introduction, même en transit, la vente et l'exposition des ouvrages ou objets reproduits en contrefaçon, contrairement aux droits consignés dans ce traité, demeurent interdites dans chacun des deux pays, soit que ces reproductions viennent de l'un des deux pays, soit qu'elles viennent de quelque autre pays étranger.

Toute tentative pour introduire en fraude de semblables ouvrages ou objets sera traitée et réprimée comme toute autre opération ordinaire quelconque de commerce interlope.

Art. 12. Au moment de la mise à exécution de la présente convention, les deux hautes parties contractantes se communiqueront respectivement la liste exacte des bureaux de douanes maritimes et terrestres, auxquels sera limitée, de part et d'autre, la faculté de recevoir et de reconnaître les envois d'ouvrages littéraires, scientifiques et d'art, ainsi que les lois et règlements spéciaux actuellement en vigueur, et ceux que chacune d'elles pourra adopter par la suite, relativement à la propriété des ouvrages ou productions spécifiés dans les articles précédents.

La reconnaissance et la vérification de nationalité desdits ouvrages se feront dans les bureaux désignés à cet effet, avec le concours des agents particuliers chargés, dans les deux pays, de l'examen des livres arrivant de l'étranger ou destinés à l'exportation.

En cas d'infraction aux dispositions du présent traité, il en sera dressé procès-verbal, lequel, dûment légalisé, sera adressé, dans le plus bref délai possible, aux agents diplomatiques ou consulaires respectifs et aux parties intéressées, par l'entremise des autorités compétentes de l'Etat sur le territoire duquel la contravention aura été commise.

Art. 13. Pour faciliter l'exacte exécution des dispositions renfermées dans les deux articles précédents, il est, en outre, expressément convenu que tous les ouvrages expédiés, même en transit, à destination de l'un des deux États ou de tout autre Etat quelconque, d'ailleurs que de l'autre Etat, devront, lorsqu'ils seront rédigés dans la langue de l'un de ces deux Etats, être accompagnés de certificats délivrés par les autorités supérieures compétentes du pays de leur provenance. Ce certificat devra, d'une part, expressément énoncer le titre, la liste complète et le nombre d'exemplaires des ouvrages auxquels il s'applique, et constater que ces mêmes ouvrages sont tous publication originale et propriété légale des pays de provenance, ou qu'ils y ont été naturalisés par le paiement des droits d'entrée.

Toute oeuvre littéraire, scientifique ou artistique qui, dans les cas prévus par le présent article, ne sera pas accompagnée de certificats en dûe forme, sera, par cela seul, et conformément aux prescriptions de l'article précédent, réputée contrefaite; et l'importation ou l'exportation en sera rigoureusement interdite aux frontières ou ports respectifs.

Art. 14. Les clauses du présent traité ne pourront cependant faire obstacle à la libre continuation de la vente, publication ou introduction dans les Etats respectifs des ouvrages qui auraient déjà été publiés, en tout ou en partie, dans l'un des deux ou dans tout autre pays, avant la promulgation de ladite convention.

Bien entendu qu'on ne pourra publier aucun de ces mêmes ouvrages, ni exporter ou introduire de l'étranger des exemplaires de ceux-ci autres que ceux destinés à compléter les expéditions ou souscriptions précédemment commencées.

Les auteurs ou les éditeurs légitimes de l'un des deux Etats, dont les ouvrages publiés en tout ou en partie n'auraient pas été reproduits ou traduits en entier, ou pour la portion déjà publiée dans l'autre nation contractante, lors de la promulgation de la présente convention, pourront être admis au bénéfice de ses dispositions, en annonçant que telle est leur intention, en tête de la première livraison ou du volume qui suivra, si l'ouvrage se trouve en voie de publication, ou en ajoutant, s'il a déjà été publié, une note imprimée sur chacun des exemplaires en vente.

Dans l'un comme dans l'autre cas, ils sont tenus de se soumettre aux formalités prescrites.

Art. 15. L'infraction aux dispositions des articles précédents donnera lieu à la saisie des contrefaçons, et les tribunaux appliqueront les peines déterminées par les législations respectives de la même manière que si le délit avait été commis au préjudice d'un ouvrage ou d'une production d'origine nationale.

Art. 16. Les dispositions de la présente convention ne pourront, en quoi que ce soit, porter préjudice au droit que chacune des deux hautes parties contractantes se réserve expressément de permettre, de surveiller ou d'interdire, par des mesures législatives ou administratives, la circulation, la représentation ou l'exposition de tout ouvrage ou production, à l'égard duquel l'un ou l'autre Etat jugera convenable d'exercer ce droit.

Aucune des clauses de cette convention ne pourra être considérée comme portant atteinte au droit qui appartient à chacune des deux hautes parties contractantes de prohiber la circulation et l'introduction dans ses propres Etats des livres qui, conformément à ses lois intérieures ou à des stipulations en vigueur avec d'autres puissances, sont ou seraient par la suite déclarés être des contrefaçons du droit d'auteur.

Art. 17. La présente convention restera en vigueur pendant quatre années consécutives, à partir du jour où les deux hautes parties contractantes seront convenues de la mettre à exécution.

Si, à l'échéance des quatre années susindiquées, elle n'a pas été dénoncée six mois à l'avance, elle continuera de rester obligatoire d'année en année, jusqu'à ce que l'une des deux parties contractantes ait notifié à l'autre, un an à l'avance, son intention d'en faire cesser les effets.

Les hautes parties contractantes se réservent, cependant, la faculté d'apporter, d'un commun accord, à la présente convention toute amélioration ou modification dont l'expérience aurait démontré l'opportunité.

Art. 18. La présente convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Madrid, dans le délai de trois mois, ou plutôt, si faire se peut.

En foi de quoi, nous, les plénipotentiaires respectifs, avons signé la présente convention en double original, et y avons apposé le sceau de nos armes.

Fait au palais de Madrid, le 15 Novembre 1853.

(L. S.) Signé: Turgot.
(L. S.) Signé: Angel Calderon de la Barca.

Convention conclue entre la France et le royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande pour la garantie réciproque de la propriété des oeuvres de littérature et d'art. — 3. Nov. 1851.

Le Président de la République française et Sa Majesté la reine du royaume uni, de la Grande-Bretagne et d'Irlande, également animés du désir d'étendre dans les deux pays la jouissance des droits d'auteur pour les ouvrages de littérature et de beaux-arts qui pourront être publiés pour la première fois dans l'un des deux; et Sa Majesté Britannique ayant consenti à étendre aux livres, gravures et oeuvres musicales publiés en France, la réduction que la loi l'autorise à accorder, sous certains conditions, dans le taux des droits actuellement perçus à l'importation, dans le royaume uni, de ces mêmes articles publiés en pays étranger;

Le Président de la République française et Sa Majesté Britannique ont jugé à propos de conclure dans ce but une convention spéciale, et ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Le Président de la République Française

M. Louis-Félix-Etienne Turgot, officier de l'ordre national de la Légion d'honneur, chevalier de l'ordre royal de Saint Ferdinand d'Espagne de 2. classe, etc., ministre au département des affaires étrangères;

Et Sa Majesté la reine du royaume uni, de la Grande-Bretagne et d'Irlande:

M. Constantin (Henry), marquis de Normanby, pair du royaume uni, chevalier du très-noble ordre de la Jarretière, grand-croix du très-honorable ordre du Bain, etc., son ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près la République française;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1[er]. A partir de l'époque à laquelle, conformément aux stipulations de l'art. 14 ci-après, la présente convention deviendra exécutoire, les auteurs d'oeuvres de littérature ou d'art auxquels les lois de l'un des deux pays garantissent actuellement et garantiront à l'avenir le droit de propriété ou d'auteur, auront la faculté d'exercer ledit droit sur les territoires de l'autre pays pendant le même espace de temps et dans les mêmes limites que s'exercerait, dans cet autre pays lui même, le droit attribué aux auteurs d'ouvrages de même nature qui y seraient publiés, de telle sorte que la reproduction ou la contrefaçon dans l'un des deux Etats de toute oeuvre de littérature ou d'art publiée dans l'autre, sera traitée de la même manière que le serait la reproduction ou la contrefaçon d'ouvrages de même nature, originairement publiés dans cet autre Etat, et que les auteurs de l'un des deux pays auront, devant les tribunaux de l'autre, la même action et jouiront des mêmes garanties contre la contrefaçon ou la reproduction non autorisée, que celles que la loi accorde ou pourrait accorder à l'avenir aux auteurs de ce dernier pays.

Il est entendu que ces mots; „oeuvres de littérature ou d'art" employés au commencement de cet article, comprennent les publications de livres, d'ouvrages dramatiques, de composition musicale, de dessin, de peinture, de sculpture, de gravure, de lithographie et de toute autre production quelconque de littérature et de beaux-arts.

Les mandataires ou ayants-cause des auteurs, traducteurs, compositeurs, peintres, sculpteurs ou graveurs, jouiront à tous égards des mêmes droits que ceux que la présente convention accorde aux auteurs, traducteurs, compositeurs, peintres, sculpteurs ou graveurs eux-mêmes.

Art. 2. La protection accordée aux ouvrages originaux est étendue aux traductions. Il est bien entendu, toutefois, que l'objet du présent article est simplement de protéger le traducteur par rapport à sa propre traduction, et non pas de conférer le droit exclusif de traduction au premier traducteur d'un ouvrage quelconque, hormis dans le cas et les limites prévus par l'article suivant.

Art. 3. L'auteur de tout ouvrage publié dans l'un des deux pays, qui aura entendu réserver son droit de traduction, jouira pendant cinq années, à partir du jour de la première publication de la traduction de son ouvrage autorisée par lui, du privilége de protection contre la publication, dans l'autre pays, de toute traduction du même ouvrage non autorisée par lui, et ce sous les conditions suivantes:

1) L'ouvrage original sera enregistré et déposé dans l'un des deux pays dans un délai de trois mois, à partir du jour de la première publication dans l'autre pays;

2) Il faudra que l'auteur ait indiqué en tête de son ouvrage l'intention de se réserver le droit de traduction;

3) Ladite traduction autorisée devra avoir paru, au moins en partie, dans le délai d'un an, à compter de la date de l'enregistrement, et du dépôt de l'original, et en totalité dans le délai de trois ans, à partir dudit dépôt;

4) La traduction devra être publiée dans l'un des deux pays, et être enregistrée et déposée conformément aux dispositions de l'art. 8.

Pour les ouvrages publiés par livraisons, il sufira que la déclaration de l'auteur, qu'il entend se réserver le droit de traduction, soit exprimée dans la première livraison. Toutefois, en ce qui concerne le terme de cinq ans assigné par cet article pour l'exercice du droit privilégié de traduction, chaque livraison sera considérée comme un ouvrage séparé; chacune d'elles sera enregistrée et déposée dans l'un des deux pays dans les trois mois, à partir de sa première publication dans l'autre.

Art. 4. Les stipulations des articles précédents s'appliqueront également à la représentation des ouvrages dramatiques et à l'exécution des compositions musicales, en tant que les lois de chacun des deux pays sont ou seront applicables, sous ce rapport, aux ouvrages dramatiques et de musique représentés ou exécutés publiquement dans ces pays pour la première fois.

Toutefois, pour avoir droit à la protection légale, en ce qui concerne la traduction d'un ouvrage dramatique, l'auteur devra faire paraître sa traduction trois mois après l'enregistrement et le dépôt de l'ouvrage original.

Il est bien entendu que la protection stipulée par le présent article n'a point pour object de prohiber les imitations faites de bonne foi, ou les appropriations des ouvrages dramatiques aux scènes respectives de France et d'Angleterre, mais seulement d'empêcher les traductions en contrefaçon.

La question d'imitation ou de contrefaçon sera déterminée dans tous les cas par les tribunaux des pays respectifs, d'après la législation en vigueur dans chacun des deux États.

Art. 5. Nonobstant les stipulations des art. 1[er] et 2 de la présente convention, les articles extraits de journaux ou de recueils périodiques publiés dans l'un des deux pays, pourront être reproduits ou traduits dans les journaux ou recueils périodiques de l'autre pays, pourvu qu'on y indique la source à laquelle on les aura puisés.

Toutefois, cette permission ne saurait être comprise comme s'étendant à la reproduction, dans l'un des deux pays, des articles de journaux ou de recueils périodiques publiés dans l'autre, dont les auteurs auraient déclaré d'une manière évidente, dans le journal où le recueil même où il les auront fait paraître, qu'ils en interdisent la reproduction.

Art. 6. Sont interdites l'importation et la vente, dans l'un ou l'autre des deux pays, de toute contrefaçon d'ouvrages jouissant du privilége de protection contre la contrefaçon en vertu des art. 1, 2, 3, et 5 de la présente convention, que ces contre-

façons soient originaires du pays où l'ouvrage a été publié, ou bien de toute autre contrée étrangère.

Art. 7. En cas de contravention aux dispositions des articles précédents, les ouvrages ou objets contrefaits seront saisis et détruits, et les individus qui se seront rendus coupables de ces contraventions seront passibles, dans chaque pays, de la peine et des poursuites qui sont ou seraient prescrites par les lois de ce pays contre le même délit commis à l'égard de tout ouvrage ou production d'origine nationale.

Art. 8. Les auteurs, traducteurs, de même que leurs représentants ou ayants-cause, légalement désignés, n'auront droit dans l'un et l'autre pays à la protection stipulée par les articles précédents, et le droit d'auteur ne pourra être réclamé dans l'un des deux pays, qu'après que l'ouvrage aura été enregistré de la manière suivante, savoir:

1) Si l'ouvrage a paru pour la première fois en France, il faudra qu'il ait été enregistré à l'hôtel de la corporation des libraires *(stationers hall)* à Londres;

2) Si l'ouvrage a paru pour la première fois dans les Etats de Sa Majesté Britannique, il faudra qu'il ait été enregistré au bureau de la librairie du ministère de l'intérieur à Paris.

La susdite protection ne sera acquise qu'à celui qui aura fidèlement observé les lois et règlements en vigueur dans les pays respectifs, par rapport à l'ouvrage pour lequel cette protection serait réclamée.

Pour les livres, cartes, estampes ou publications musicales, la susdite protection ne sera acquise qu'autant que l'on aura remis gratuitement dans l'un ou l'autre des dépôts mentionnés ci-dessus, suivant les cas respectifs, un exemplaire de la meilleure édition, ou dans le meilleur état destiné à être déposé au lieu indiqué à cet effet dans chacun des deux pays, c'est-à-dire en France à la bibliothèque nationale de Paris, et dans la Grande-Bretagne au musée britannique à Londres.

Dans tous les cas, les formalités du dépôt et de l'enregistrement devront être remplies sous les trois mois qui suivront la première publication de l'ouvrage dans l'autre pays. A l'égard des ouvrages publiés par livraison, ce délai de trois mois ne commencera à courir qu'à dater de la publication de la dernière livraison, à moins que l'auteur n'ait indiqué, conformément aux dispositions de l'art. 3, son intention de se réserver le droit de traduction, auquel cas chaque livraison sera considérée comme un ouvrage séparé.

Une copie authentique de l'inscription sur le registre de la corporation des libraires à Londres conférera dans les Etats britanniques le droit exclusif de reproduction jusqu'à ce que quelque autre personne ait fait admettre devant un tribunal un droit mieux établi.

Le certificat délivré conformément aux lois françaises, et constatant l'enregistrement d'un ouvrage dans ce pays, aura

la même force et valeur dans toute l'étendue du territoire de la République française.

Au moment de l'enregistrement d'un ouvrage dans l'un des deux pays, il en sera délivré, si on le demande, un certificat ou copie certifiée; et ce certificat relatera la date précise à laquelle l'enregistrement aura eu lieu.

Le coût d'enregistrement d'un seul ouvrage, conformément aux stipulations du présent article, ne pourra pas dépasser la somme de 1 fr. 25 c. en France, et d'un schelling en Angleterre; et les frais additionnels pour le certificat d'enregistrement ne devront pas excéder la somme de 6 fr. 25 c., en France, ou de 5 schellings, en Angleterre.

Les présentes stipulations ne s'étendront pas aux articles de journaux ou de recueils périodiques, pour lesquels le simple avertissement de l'auteur, ainsi qu'il est prescrit à l'art. 5, suffira pour garantir son droit contre la reproduction ou la traduction. Mais si un article ou un ouvrage qui aura paru pour la première fois dans un journal ou dans un recueil périodique est ensuite reproduit à part, il restera alors soumis aux stipulations du présent article.

Art. 9. Quant à ce qui concerne tout objet autre que les livres, estampes, cartes et publications musicales, pour lesquelles on pourrait réclamer la protection, en vertu de l'art. 1er de la présente convention, il est entendu que tout mode d'enregistrement autre que le mode prescrit par l'article précédent, qui est ou qui pourrait être appliqué par la loi dans l'un des deux pays, à l'effet de garantir le droit de propriété à toute oeuvre quelconque ou article mis pour la première fois au jour dans dans ce pays, ledit mode d'enregistrement sera étendu sous des conditions égales à tout oeuvre ou objet similaire mis au jour pour la première fois dans l'autre pays.

Art. 10. Pendant la durée de la présente convention, les droits actuellement établis à l'importation licite dans le royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, des livres, gravures, dessins ou ouvrages de musique publiés dans toute l'éntendue du territoire de la République française, demeurent réduits et fixés au taux ci-après établis, savoir:

1) Droits sur les livres et oeuvres de musique:

	L. sh. d.
A, ouvrages publiés pour la première fois dans le royaume uni et reproduits en France, par quintal anglais	2. 10. 0.
B, ouvrages non publiés pour la première fois dans le royaume uni, par quintal anglais	0. 15. 0.

2) Gravures ou dessins:

A, coloriés ou non, chaque pièce	0. 0. 0½.
B, reliés ou brochés, la douzaine	0. 0. 1½.

Il est convenu que le taux des droits ci-dessus spécifiés ne sera pas augmenté pendant la durée de la présente convention,

et que, si par la suite, pendant la durée de cette convention, ce taux était réduit en faveur des livres, gravures, dessins ou ouvrages de musique publiés dans tout autre pays, cette réduction s'éntendra en même temps aux objets similaires publiés en France.

Il est, en outre, bien entendu que tout ouvrage publié en France, et dont une partie aura été mise au jour pour la première fois dans le royaume uni, sera considéré comme „ouvrage publié pour la première fois dans le royaume uni, ne reproduit en France," et à ce titre, il sera soumis aux droits de 50 schellings par quintal anglais, alors même qu'il contiendrait encore des additions originales publiées ailleurs que dans le royaume uni à moins que ces additions originales ne soient d'une étendue pour le moins égale à celle de la partie de l'ouvrage publiée originairement dans le royaume uni, auquel cas l'ouvrage ne serait soumis qu'au droit de 15 shellings par quintal anglais.

Art. 11. Pour faciliter l'exécution de la présente convention, les deux hautes parties contractantes s'engagent à se communiquer mutuellement les lois et règlements qui pourront être ultérieurement établis dans les Etats respectifs à l'égard des droits d'auteurs pour les ouvrages et productions protégés par les stipulations de la présente convention.

Art. 12. Les stipulations de la présente convention ne pourront, en aucune manière, porter atteinte au droit que chacune des deux hautes parties contractantes se réserve expressément de surveiller et de défendre, au moyen de mesures législatives ou de police intérieure, la vente, la circulation, la représentation et l'exposition de tout ouvrage ou de toute production à l'égard desquels l'un ou l'autre pays jugerait convenable d'exercer ce droit.

Art. 13. Rien dans cette convention ne sera considéré comme portant atteinte au droit de l'une ou de autre des deux hautes parties contractantes de prohiber l'importation dans ses propres Etats des livres qui, d'après ses lois intérieures ou des stipulations souscrites avec d'autres puissances, sont ou seraient déclarés être des contrefaçons ou des violations du droit d'auteur.

Art. 14. Sa Majesté Britannique s'engage à recommander au parlement d'adopter une loi qui l'autorise à mettre en vigueur celles des dispositions de la présente convention qui ont besoin d'être sanctionnées par un act législatif. Lorsque cette loi aura été adoptée, la convention sera mise à exécution à partir d'un jour qui sera alors fixé par les deux hautes parties contractantes.

Dans chaque pays, le gouvernement fera dûment conaître d'avance le jour ainsi convenu, et les stipulations de la convention ne seront applicables qu'aux oeuvres et articles publiés après cette date. La présente convention restera en vigueur pendant dix années, à partir du jour où elle pourra être mise en vigueur; et dans le cas où aucune des deux parties n'aurait pas signifié, douze mois avant l'expiration de ladite période de dix années, son intention d'en faire cesser les effets, la convention continuerait à rester en vigueur encore une année

et ainsi de suite, d'année en année, jusqu'à l'expiration d'une année, à partir du jour où l'une ou l'autre des parties l'aura dénoncée.

Les hautes parties contractantes se réservent cependant la faculté d'apporter à la présente convention, d'un commun accord, toute modification qui ne serait pas incompatible avec l'esprit et les principes qui en sont la base, et dont l'expérience aurait démontré l'opportunité.

Art. 15. La présente convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Paris, dans le délai de trois mois, à partir du jour de la signature, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé leurs cachets respectifs.

Fait à Paris, le troisième jour du mois de Novembre de l'an de grâce mil huit cent cinquante et un.

(L. S.) Signé: Turgot.
(L. S.) Signé: Normanby.

Procès-verbal d'échange.

Les soussignés s'étant réunis pour procéder, au nom du Président de la République française et de Sa Majesté la reine du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, à l'échange des ratifications réciproques sur la convention signée à Paris, le 3 Novembre dernier, entre la France et la Grand-Bretagne, dans le but de garantir mutuellement, dans les deux pays, la propriété des oeuvres de littérature et d'art, les instruments respectifs des ratifications ont été produits, et après avoir été soigneusement collationnés et trouvés exactement conformes l'un à l'autre, l'échange en a été opéré dans les formes usitées.

Toutefois, 1 nonobstant les termes de l'art. 14, stipulant que la convention ne sera exécutoire, en aucune de ses dispositions, qu'à partir du jour où celles qui ont besoin d'être validées dans la Grande-Bretagne, par un acte législatif, auront reçu cette sanction, il a été convenu, d'un commun accord, que celles des dispositions qui ne sont point de nature à y être soumises, et que l'état actuel de la législation autorise, dès à présent, la couronne britannique à valider, auront, le plus tôt possible, leur plein et entier effet, de part et d'autre;

2) Il a été également convenu, que les dispositions contenues dans l'art. 5, lesquelles interdisent la reproduction, dans l'un des deux pays, des articles de journaux ou de recueils périodiques publiés dans l'autre, et dont les auteurs auraient déclaré, dans le journal ou le recueil même où ils les auront fait paraître, qu'ils en interdisent la reproduction, ne seront pas applicables aux articles de discussion politique.

Les précédentes interprétations et explications auront la même force et valeur que si elles étaient insérées dans le texte même de la convention.

En foi de quoi les soussignés ont signé le présent procès-verbal, en double copie, à Paris, le huitième jour du mois de Janvier de l'an de grâce mil huit cent cinquante-deux.

(L.S.) Signé: Turgot.
(L.S.) Signé: Normanby.

Convention conclue le 22 Août 1852 entre la France et la Belgique pour la garantie réciproque de la propriété des oeuvres d'ésprit et d'art. — Ratif. le 12 Avril 1854.

Le Prince Président de la République française et S. M. le roi des Belges, également animés du désir de protéger les sciences, les arts et les lettres, et d'encourager les entreprises utiles qui s'y rapportent;

Le Prince Président voulant, en outre, assurer aux sujets de S. M. le roi des Belges la conversation des garanties dont ils jouissent déjà en France, en vertu du décret du 28 mars 1852, relatif à la contrefaçon des ouvrages étrangers;

Les deux hautes parties contractantes voulant, d'ailleurs, assurer et consolider le maintien des bons rapports existant entre les deux pays,

Ont, à ces fins, résolu d'adopter, d'un commun accord, les mesures qui leur ont paru les plus propres à garantir aux auteurs ou à leurs ayants-cause la propriété des oeuvres de littérature ou d'art publiées, pour la première fois, en France ou dans le royaume de Belgique, et ont nommé, à cet effet, pour leurs plénipotentiaires respectifs, savoir:

Le Prince Président de la République française, M. Edouard Drouyn de Lhuys, grand officier de l'ordre national de la Légion d'honneur, commandeur de l'ordre royal de Léopold de Belgique, grand'croix des ordres du Danebrog et du Sauveur de Grèce, etc., vice-président du Sénat, ministre secrétaire d'Etat au département des affaires étrangères;

Et S. M. le roi des Belges, M. Firmin Rogier, chevalier de l'ordre de Léopold, décoré de la croix de fer, grand officier de l'ordre national de la Légion d'honneur, grand-cordon d'Isabelle-la-Catholique, chevalier du nombre de l'ordre de Charles III, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près du Prince Président de la République française, et M. Charles Liedts, commandeur de l'ordre de Léopold, décoré de la croix de fer, officier de l'ordre national de la Légion d'honneur, grand cordon de l'ordre du Lion néerlandais, commandeur de première classe de l'ordre de la branche Ernestine de la maison de Saxe, ministre

d'Etat, gouverneur de la province de Brabant, en mission extraordinaire près du Prince Président de la République française;

Lesquels, après s'être communiqué leur pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1er. Les auteurs de livres, brochures ou autres écrits, de compositions musicales, d'oeuvres de dessin, de peinture, de sculpture, de gravure, de lithographie et de toutes autres productions analogues, du domaine littéraire ou artistique, jouiront, dans chacun des deux Etats réciproquement, des avantages qui y sont ou y seront attribués par la loi à la propriété des ouvrages de littérature ou d'art, et ils auront la même protection et le même recours légal contre toute atteinte portée à leurs droits, que si cette atteinte avait été commise à l'égard d'auteurs d'ouvrages publiés pour la première fois dans le pays même.

L'exeption qui résulte, pour certaines catégories de productions de l'art. 5 de la loi du 25 Janvier 1817, sera levée, en ce qui concerne les auteurs français, à partir de la mise à exécution de la présente convention.

Il est entendu que la propriété des oeuvres musicales s'étend aux morceaux dits *arrangements*, composés sur des motifs extraits de ces mêmes oeuvres; les contestations qui s'élèveraient sur l'application de cette clause demeureront naturellement réservées à l'appréciation des tribunaux respectifs.

Il est également entendu que tout privilége ou avantage qui serait accordé ultérieurement par l'un des deux pays à un pays tiers, en matière de propriété d'oeuvres de littérature ou d'art, dont la définition a été donnée dans la présent article, sera acquis de plein droit aux citoyens de l'autre pays.

Art. 2. La jouissance du bénéfice de l'art. 1er est subordonnée à l'accomplissement, dans le pays d'origine, des formalités qui sont prescrites par la loi pour assurer la propriété des ouvrages de littérature ou d'art.

Pour les livres, cartes, estampes ou oeuvres musicales publiés pour la première fois dans l'un des deux Etats, l'exercice du droit de propriété dans l'autre Etat sera, en outre, subordonné à l'accomplissement préalable, dans ce dernier, de la formalité du dépôt et de l'enregistrement effectués de la manière suivante:

Si l'ouvrage a paru pour la première fois en France, un exemplaire devra en être déposé gratuitement et enregistré, soit à Bruxelles, au ministère de l'intérieur, soit à Paris, à la chancellerie de la légation de S. M. le roi des Belges en France.

Si l'ouvrage a paru pour la première fois, en Belgique, un exemplaire devra en être déposé gratuitement et enregistré, soit à Paris, à la direction de l'imprimerie, de la librairie et de la presse, au ministère de la police générale, soit à Bruxelles, à la chancellerie de la légation de France en Belgique.

Dans tous les cas, le dépôt et l'engistrement devront être accomplis dans les trois mois qui suivront la publication de l'ouvrage dans l'autre pays, pour les ouvrages publiés postérieurement à la mise en vigueur de la présente convention, et dans les trois mois qui suivront cette mise en vigueur pour les ouvrages publiés antérieurement.

A l'égard des ouvrages qui paraissent par livraisons, le délai de trois mois ne commencera à courir qu'à dater de la publication de la dernière livraison, à moins que l'auteur n'ait indiqué, conformément aux dispositions de l'art. 5, son intention de se réserver le droit de traduction; auquel cas chaque livraison sera considérée comme un ouvrage séparé.

La double formalité du dépôt et de l'engistrement qui en sera fait sur des registres spéciaux tenus à cet effet ne donnera de part et d'autre ouverture à la preception d'aucune taxe, si ce n'est au remboursement des frais résultant de l'expédition, jusqu'à Bruxelles ou Paris respectivement, des livres, cartes, estampes ou publications musicales qui seraient déposés à la chancellerie de la légation de France en Belgique ou à la chancellerie de la légation de Belgique en France.

Les intéressés pourront se faire délivrer un certificat authentique du dépôt et de l'enregistrement; le coût de cet acte ne pourra dépasser 50 centimes.

Le certificat relatera la date précise à laquelle l'enregistrement et le dépôt auront eu lieu; il fera foi dans toute l'étendue des territoires respectifs et constatera le droit exclusif de propriété et de reproduction aussi longtemps que quelque autre personne n'aura pas fait admettre en justice un droit mieux établi.

Art. 3. Les stipulations de l'art. 1er s'appliqueront également à la représentation ou exécution des oeuvres dramatiques ou musicales publiées ou représentées pour la première fois dans l'un des deux pays après la mise en vigueur de la présente convention.

Le droit des auteurs dramatiques ou compositeurs sera perçu d'après les bases qui seront arrêtées entre les parties intéressées; à défaut d'un semblable accord, le taux exigible de ce droit ne pourra respectivement dépasser les chiffres suivants:

	A Paris et à Bruxelles.	Dans les villes de 80,000 âmes et au-dessus.	Dans les villes de moins de 80,000 âmes.
Pour les pièces en quatre ou cinq actes	18 fr.	14 fr.	9 fr.
Idem en trois actes	14	10	8
Idem en deux actes . . .	10	8	6
Idem en un acte	6	5	4

Toutefois, il est entendu que la perception des droits dont il s'agit au présent article ne pourra respectivement être réclamée qu'à dater du 31 Janvier 1853.

Art. 4. Sont expressément assimilées aux ouvrages originaux, les traductions faites, dans l'un des deux Etats, d'ouvrages nationaux ou étrangers. Ces traductions jouiront, à ce titre, de la protection stipulée par l'art. 1er, en ce qui concerne leur reproduction non autorisée dans l'autre Etat. Il est bien entendu, toutefois, que l'objet du présent article est simplement de protéger le traducteur par rapport à la version qu'il a donnée de l'ouvrage original, et non pas de conférer le droit exclusif de traduction au premier traducteur d'un ouvrage quelconque, écrit en langue morte ou vivante, hormis le cas et les limites prévus par l'article ci-après.

Art. 5. L'auteur de tout ouvrage publié dans l'un des deux pays, qui aura entendu se réserver le droit de traduction, jouira pendant cinq années, à partir du jour de la première publication de la traduction de son ouvrage autorisée par lui, du privilége de protection contre la publication, dans l'autre pays, de toute traduction du même ouvrage non autorisée par lui, et ce sous les conditions suivantes:

1° L'ouvrage original sera enregistré et déposé dans l'un des deux pays, dans un délai de trois mois, à partir du jour de la première publication dans l'autre pays, conformément aux dispositions de l'art. 2 précédent;

2° Il faudra que l'auteur ait indiqué, en tête de son ouvrage, l'intention de se réserver le droit de traduction;

3° Il faudra que ladite traduction autorisée ait paru, au moins en partie, dans le délai d'un an, à compter de la date de l'enregistrement et du dépôt de l'original effectués ainsi qu'il vient d'être prescrit, et, en totalité, dans le délai de trois ans, à partir dudit dépôt;

4° La traduction devra être publiée dans l'un des deux pays, et être elle-même enregistrée et déposée conformément aux dispositions de l'art. 2 précédent.

Pour les ouvrages publiés par livraisons, il suffira que la déclaration de l'auteur qu'il entend se réserver le droit de traduction soit exprimée dans la première livraison.

Toutefois, en ce qui concerne le terme de cinq ans, assigné par cet article pour l'exercice du droit privilégié de traduction, chaque livraison sera considérée comme un ouvrage séparé; chacune d'elles sera enregistrée et déposée dans l'un des deux pays, dans les trois mois, à partir de sa première publication dans l'autre.

Relativement à la traduction des ouvrages dramatiques, l'auteur qui voudra se réserver le droit exclusif dont il s'agit au présent article, devra faire paraître sa traduction trois mois après l'enregistrement et le dépôt de l'ouvrage original.

teur
teur
mêm
aute
teur

prés
cueil
être
diqu
quell

tion
recu
aur
où il
tion
arti

tion
duct
dess
et
vie
pay

livr
la l

pré
trib
res
mis
nat

par
en

ser
ent
des
qui

ser
pri
gé
sul
br

Les certificats d'origine accompagnant les livres expédiés d'un pays dans l'autre, seront délivrés dans la forme et par les autorités que chacun des deux Gouvernements aura désignées à cet effet.

Art. 11. Dans le cas où un impôt de consommation viendrait à être établi sur le papier dans l'un des deux pays, il est bien entendu que cet impôt atteindrait proportionnellement les livres, papiers, estampes, gravures, lithographies, importés de l'autre pays, et qu'il s'ajouterait au droit normal d'entrée fixé à l'art. 18.

Néanmoins, en ce qui concerne les livres, la surtaxe ne sera éventuellement appliquée qu'à ceux qui auront été publiés dans l'un ou l'autre pays postérieurement à la création de l'impôt de consommation dont il s'agit.

Art. 12. Les dispositions de la présente convention ne pourront porter préjudice, en quoi que ce soit, au droit qui appartiendrait à chacune des deux hautes parties contractantes de permettre, de surveiller ou d'interdire, par des mesures de législation ou de police intérieure, la circulation, la représentation ou l'exposition de tout ouvrage ou production à l'égard desquels l'autorité compétente aurait à exercer ce droit.

Rien dans cette convention ne sera non plus considéré comme portant atteinte au droit de l'une ou de l'autre des deux hautes parties contractantes de prohiber l'importation dans ses propres États des livres qui, d'après ses lois intérieures ou des stipulations souscrites avec d'autres puissances, sont ou seraient déclarés être des contrefaçons.

Art. 13. Les deux Gouvernements prendront, par voie de règlement d'administration publique, les mesures nécessaires pour prévenir toute difficulté ou complication quant au passé, à raison de la possession et de la vente par les éditeurs, imprimeurs ou libraires français ou belges, de réimpressions d'ouvrages de propriété française ou belge non tombés dans le domaine public, fabriqués ou importés par eux antérieurement à la mise en vigueur de la présente convention, ou actuellement en cours de fabrication et de réimpression non autorisée.

Art. 14. Les éditeurs français et belges pourront publier les volumes ou livraisons nécessaires pour l'achèvement des ouvrages de reproduction non autorisée en cours de publication, dont une partie aurait déjà paru avant la date de la signature de la présente convention.

Pour prix de cette autorisation, l'éditeur français ou belge payera à l'éditeur original une indemnité qui est dès à présent fixée à 10 p. %, du prix fort de chaque volume ou livraison en France ou en Belgique.

Dans aucun cas, le tirage des volumes ou livraisons à paraitre ne pourra dépasser le chiffre le plus faible du tirage des volumes ou livraisons déjà parus.

prè
été

mé
ou
co
ab
gas

tio
pla
gra
fra
de

l'a
sio
vig
qu

fa
fix
ou

so
ou
qu
no

qu
re
cl
ti
av
m

à
fr
é
p

ti
p
d
a

d

par mer, dans le royaume de Belgique, des livres, papiers de toute sorte autres que les papiers de tenture, estampes, gravures, musique, lithographies, cartes géographiques ou marines, planches gravées, publiées dans toute l'étendue du territoire de la République française, ainsi que des caractères et de l'encre destinés à l'impression, demeureront réduits et fixées aux taux ci-après:

	Par 100 kil.	
Livres en langue française en feuilles, brochés, cartonnés ou reliés	10 fr.	» c.
Papiers de toute espèce, blanc, gris, bleu, à l'usage des raffineries de sucre, et tous autres papiers, sauf ceux compris sous les rubriques ci-après, et à l'exception aussi des papiers de tenture et des papiers gaufrés, moirés ou présentant des dessins en relief	12	50
Papier colorié ou maroquiné	9	»
Papier rayé pour musique Papier destiné à la fabrication des cartes à jouer Carton en feuilles	4	50
Estampes Gravures Lithographies Cartes géographiques ou marines Musique Planches gravées destinées à l'impression sur papier, autre que du papier de tenture	10	»
Caractères d'imprimerie neufs ou clichés	15	»
Encre d'imprimerie	2	»

Les droits établis à l'importation licite, par terre ou par mer, dans le territoire de la République française, des livres, papiers de toutes sortes, autres que les papiers de tenture, estampes, gravures, musique, lithographies, cartes géographiques ou marines, planches gravées, publiées dans toute l'étendue du royaume de Belgique, ainsi que des caractères et de l'encre destinés à l'impression, demeureront réduits et fixés au taux ci-après:

	Par 100 kil.	
Livres en langue française, brochés, cartonnés ou reliés	20 fr.	»
Papiers de toute espèce; blanc rayé pour musique, à pâte de couleur, colorié ou maroquiné et tous autres, hormis les papiers de tenture et le papier gaufré, moiré ou présentant des dessins en relief	25	»
Cartons en feuilles	25	»

Esta
Gra
Lit
Car
Mus
Pla
pa
Car
Enc

sera
en

dan
cas
ava
d'en
en
jus
l'au

fica
ou

et

de

pr
sc

d
d
c

A. Il sera procédé, par les soins et diligences du Gouvernement français ou belge, immédiatement après la mise en vigueur de la présente convention et simultanément, autant que possible, chez tous les libraires, éditeurs et imprimeurs, à l'inventaire de tous les livres publiés ou en cours de publication, en Belgique et en France, d'après les ouvrages originairement édités en France ou en Belgique et non encore tombés dans le domaine public.

B. Dans un délai de trois mois, à dater du moment de l'échange des ratifications de la convention en date de ce jour et sauf prolongation en cas d'impossibilité matérielle, l'administration française ou belge fera apposer gratuitement par ses délégués un timbre uniforme sur tous les ouvrages inventoriés chez chaque libraire détaillant. Quant aux éditeurs, un compte leur sera ouvert pour chaque ouvrage publié par eux, ou dont ils auront acquis la propriété, d'après l'inventaire général des ouvrages, brochés ou non, qu'ils possèdent en magasin, et les timbres seront délivrés qour chacun des ouvrages, sur la demande desdits éditeurs, au fur et à mesure de leurs besoins, jusqu'à concurrence du nombre d'exemplaires porté à leur compte dans l'inventaire général.

C. Après l'expiration du délai mentionné au paragraphe précédent, pour l'apposition du timbre, toute réimpression non autorisée de livres français ou belges, brochés ou en feuilles, mis en vente ou expédiés par l'éditeur, sera passible de saisie, si elle n'est pas revêtue du timbre, et, en ce qui concerne les détaillants toute te réimpression non autorisée et depourvue de timbre, dont, à partir de la même époque, ils seront trouvés détenteurs, pourra être saisie et confisquée.

Toute reproduction frauduleuse ou falsification des timbres sera passible des peines édictées par le code pénal des deux pays.

D. L'apposition des timbres ne pourra faire obstacle, en Franee ou en Belgique, à l'importation des livres qui auraient été soumis à cette formalité, lorsque cette importation se fera du gré des auteurs et éditeurs français ou belges intéressés, ou que l'ouvrage original sera tombé dans le domaine public.

E. En ce qui concerne les ouvrages en cours de publication, mentionnés dans l'art. 14 de la convention, les éditeurs belges ou français seront tenus, dans les dix jours qui suivront la mise en vigueur du traité en date de ce jour, de faire le dépôt, pour la France, au ministère de la police générale, à Pàris, ou à la chancellerie de la légation de France, à Bruxelles, et, pour la Belgique, au ministère de l'intérieur, à Bruxelles, ou à la chancellerie de la légation belge, à Paris, d'un exemplaire de tous les volumes ou livraisons parus des ouvrages dont il s'agit. Ce dépôt sera accompagné d'une déclaration du nombre des exemplaires tirés pour chaque volume ou livraison, soit en une soit en plusieurs éditions.

ven
que
ciau
les
de l

que
édit
pro
éga

isol
d'ou
boi
res
du
l'in
qui
litt

res
spé
tou

l'au

qu

ac
pr
ex
de

l'a

Article additionnel à la convention du 22 Août entre la France et la Belgique. — 27 Févr. 1854.

L'échange des ratifications des conventions, l'une littéraire, l'autre commerciale, signées entre la France et la Belgique, le 22 Août 1852, ayant été de commun accord ajourné jusqu' à ce qu'il intervînt un traité de commerce définitif entre les deux pays et cet événement s'étant réalisé aujourd'hui, les dispositions suivants ont été arrêtées entre les Hautes Parties contractantes:

La perception des droits d'auteur pour la représentation ou exécution des œuvres dramatiques ou musicales (art. 3 in fine) ne pourra respectivement réclamée qu'à dater du trente et unième jour après la mise à exécution de la convention littéraire.

Le terme *actuellement*, employé à l'article 13 de la même convention s'etendra de la date du présent article additionel.

La même date est substituée à celle du 22 Août 1853, dans le cas prévu par l'article 14.

Pour les revues ou recueils périodiques réimprimés jusqu'ici en France ou en Belgique (art. 15), les éditeurs français ou belges sont autorisés à publier les livraisons destinées à compléter jusqu'au 30 Juin 1854 les souscriptions de leurs abonnés, ainsi que les collections non vendues existant en magasin, sans indemnité au profit de l'auteur original.

Les délais d'un et de deux ans laissés par l'article 16 pour la reproduction, à l'aide de clichés, des ouvrages imprimés ou en voie d'impression, et pour le tirage des bois, planches gravées et lithographiées, courront à partir de la mise en vigueur de la convention.

Il est entendu que les deux conventions du 22 Août 1852 entreront en vigueur à la même date que le traité de commerce signé aujourd'hui entre les Hautes Parties contractantes, et que le terme de dix années pour lequel elles ont été conclues courra à partir de leur mise à exécution.

Le présent article additionnel aura la même force et valeur que s'il était inséré mot pour mot dans le texte même des conventions du 22 Août 1852.

Fait à Bruxelles, en double original, le 27e jour du mois de Février de l'an de grâce 1854.

(L. S.) A. Barrot.
(L. S.) H. de Brouckère.

ec
18
g
in
te
a
q
t.
d
in
(

Art. 2. Dans un délai de trois mois à dater du jour de la publication du présent règlement, sauf prolongation en cas d'impossibilité matérielle, il sera apposé gratuitement, par les délégués de notre ministre secrétaire d'Etat au département de l'intérieur, un timbre uniforme sur tous les ouvrages inventoriés chez chaque libraire détaillant. Quant aux éditeurs, un compte leur sera ouvert au ministère de l'intérieur pour chaque ouvrage publié par eux ou dont ils auront acquis la propriété, d'après l'inventaire général des ouvrages, brochés ou non, qu'ils possèdent en magasin.

Les timbres seront apposés pour chacun des ouvrages, sur la demande desdits éditeurs, au fur et à mesure de leurs besoins, jusqu'à concurrence du nombre d'exemplaires porté à leur compte dans l'inventaire général mentionné à l'art. 1er.

Art. 3. Après l'expiration du délai mentionné à l'art. 2 pour l'apposition du timbre, toute réimpression non autorisée de livres belges brochés ou en feuilles, mise en vente ou expédiée par l'éditeur, sera passible de saisie si elle n'est pas revêtue du timbre; et, en ce qui concerne les détaillants, toute réimpression non autorisée et dépourvue du timbre dont, à partir de la même époque, ils seront trouvés détenteurs, pourra être saisie et confisquée.

Art. 4. Toute contrefaçon, falsification ou tout usage frauduleux des timbres, sera passible des peines portées par les art. 142 et 143 du Code pénal.

Art. 5. En ce qui concerne les ouvrages en cours de publication, mentionnés dans l'art. 14 de la convention, les éditeurs français seront tenus, dans les dix jours qui suivront la mise en vigueur du traité, de faire de dépôt, au ministère de l'intérieur, à Bruxelles, ou à la chancellerie de la légation belge, à Paris, d'un exemplaire de tous les volumes ou livraisons parus des ouvrages dont il s'agit. Ce dépôt sera accompagné d'une déclaration du nombre des exemplaires tirés pour chaque livraison, soit en une, soit en plusieurs éditions.

Art. 6. Les nouveaux volumes mentionnés à l'art. 14 de la convention ne pourront être mis en vente qu'après que les conditions de dépôt et de l'apposition des timbres spéciaux auront été remplies. L'apposition de ces timbres par les délégués de notre ministre secrétaire d'Etat au département de l'indemnité de 10 p. °/₀ due à l'éditeur belge.

Art. 7. Les clichés, bois et planches gravés de toute sorte, ainsi que les pierres lithographiques existant en magasin chez les éditeurs ou imprimeurs français, constituant une reproduction non autorisée de modèles belges, seront également inventoriés par les soins du département de l'intérieur.

Art. 8. Les impressions, gravures ou lithograp soient isolées, qu'elles fassent partie des collection appartiennent à des corps d'ouvrage, qui seront tirées à l'aide de ces clichés, bois, planches gravée lithographiques, ne pourront être mises en vente q été revêtues du timbre spécial, et après payement d de 10 p. $^0/_0$ due à l'éditeur belge, sauf le délai accordé par le dernier paragraphe de l'art. 16 de l afin de faire tirer les épreuves néccessaires pour volumes du texte imprimé au profit de l'éditeur or

Art. 9. L'importation de Belgique en France réimpression non autorisée, qui auront été soumis lité du timbre, ne pourra être effectuée qu'avec le des auteurs et éditeurs français intéressés, ou lorsq original sera tombé dans le domaine public.

Art. 10. Aucun ouvrage imprimé en Belgiqu sur le titre ou la couverture la mention: *Edition la Belgique et l'étranger*, ne pourra être introduit en les peines portées par les lois.

Art. 11. Les livres d'importation licite venant d seront admis en France, conformément au premie de l'art. 11 de la convention, tant à l'entrée qu'au ou par entrepôt, par les bureaux de Givet et de I préjudice des autres bureaux déjà actuellement ou sont ceux de Lille, Valenciennes, Strasbourg, les R de-Beauvoisin, Marseille, le Havre, Bayonne et Ba

Art. 12. Le certificat d'origine prescrit par l ragraphe de l'art. 10 précité sera souscrit par l'ex firmé et dûment légalisé par l'autorité administrati l'expédition.

Art. 13. Nos ministres secrétaires d'Etat aux des affaires étrangères, des finances et de l'intérie gés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du p

Fait au palais des Tuileries, le 19 Avril 1854.

Na

Par l'Empereur:

Le ministre secrétaire d'Etat au département de l'intérieur,

F. de Persigny.

Convention conclue entre la France et les Pays-Bas pour la garantie réciproque de la propriété des oeuvres d'esprit et d'art. 29. Mars 1855.

Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, animés du désir de donner suite à la stipulation de l'article 14 du traité de commerce et de navigation signé à Paris le 25 Juillet 1840, par laquelle il a été entendu que la propriété littéraire serait garantie et qu'une convention spéciale déterminerait ultérieurement les conditions d'application et d'exécution de ce principe dans chacun des deux pays; l'Empereur des Français voulant d'ailleurs assurer aux sujets de Sa Majesté Néerlandaise le maintien des garanties dont ils jouissent déjà en France, en vertu du décret du 28 Mars 1852, relatif à la contrefaçon des ouvrages étrangers les deux hautes parties contractantes ont, à cette fin, résolu d'adopter, d'un commun accord, les mesures qui leur ont paru les plus propres à garantir aux auteurs on à leurs ayants-cause la propriété de leurs ouvrages scientifiques et littéraires, publiés, pour la première fois, en France ou dans le royaume des Pays-Bas.

Dans ce but, elles ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté l'Empereur des Français,

le sieur Jean-Marie-Armand, baron d'André, commandeur de l'ordre impérial de la Légion d'honneur, grand-croix de l'ordre pontifical de Saint-Grégoire-le-Grand etc., etc., son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Pays-Bas;

Et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas,

le sieur Florent-Adrien Van Hall, chevalier grand-croix de l'ordre du Lion néerlandais, de l'ordre du Faucon blanc de Saxe-Weimar, de l'ordre de Léopold de Belgique, de l'ordre de la Branche Ernestine de la maison de Saxe, de l'ordre impérial russe de l'Aigle blanc et de l'ordre des Guelfes de Hanovre, son ministre d'Etat et des affaires étrangères;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et dûe forme sont convenus des articles suivants:

Art. 1er. A partir de l'époque à laquelle, conformément aux stipulations de l'article 11 ci-après, la présente convention deviendra exécutoire, les auteurs d'oeuvres scientifiques ou littéraires auxquels les lois de l'un des deux pays garantissent ac-

tue
d'a
dro
pac
dan
mê
pro
oeu
pou
con
du
me
pa
jou
pr
rai

ci
ou
qu
se

qu
m
l'c

ni
tu
la
lo

n
n

p
fi

j
c
p

Toutefois, cette faculté ne saurait être comprise comme s'étendant à la reproduction dans l'un des deux pays des feuilletons de journaux ou des articles de recueils périodiques publiés dans l'autre, dont les auteurs auraient déclaré d'une manière évidente, dans le journal ou le recueil même où ils les auront fait paraître, qu'ils en interdisent la reproduction.

Cette dernière disposition ne sera pas applicable aux articles de discussion politique.

Art. 5. Sont interdites l'importation, la vente et l'exposition, dans l'un ou l'autre des deux pays, de toute contrefaçon d'ouvrages jouissant du privilége de protection contre la contrefaçon, en vertu des articles 1[er], 2, 3 et 4 de la présente convention; que ces contrefaçons soient originaires du pays où l'ouvrage a été publié, ou bien de toute autre contrée étrangère.

L'importation sera considérée comme contrefaçon. Le produit de l'amende sera, dans le cas prévu par cette dernière stipulation, attribué au fisc de l'Etat dans lequel la peine aura été prononcée.

Art. 6. En cas de contravention aux dispositions des articles précédents, les ouvrages contrefaits seront saisis, et les individus qui se seront rendus coupables de ces contraventions seront passibles, dans chaque pays, de la peine et des poursuites qui sont ou seraient prescrites par les lois de ce pays contre le même délit commis à l'égard de tout ouvrage ou production d'origine nationale.

Art. 7. La présente convention ne pourra faire obstacle à la libre continuation de la vente dans les Etats respectifs des ouvrages qui auraient éte publiés en contrefaçon, en tout ou en partie, avant la mise en vigueur de ladite convention: par contre, on ne pourra faire aucune nouvelle publication dans l'un des deux Etats des mêmes ouvrages, ni introduire de l'étranger des exemplaires autres que ceux destinés à remplir les expéditions ou souscriptions précédemment commencées.

Art. 8. Pour faciliter l'exécution de la présente convention, les deux hautes parties contractantes s'engagent à se communiquer les lois et règlements actuellement existants, ainsi que ceux qui pourront être ultérieurement établis dans les Etats respectifs, à l'égard des droits d'auteur, pour les ouvrages protégés par les stipulations de la présente convention.

Art. 9. Les stipulations de la présente convention ne pourront en aucune manière porter atteinte au droit que chacune des deux hautes parties contractantes se réserve expressément de surveiller et de défendre, au moyen de mesures législatives ou de police intérieure, la vente, la circulation et l'exposition de tout ouvrage ou de toute production à l'égard desquels l'un ou l'autre pays jugerait convenable d'exercer ce droit.

Art. 10. Rien, dans cette convention, ne sera considéré comme portant atteinte au droit de l'une ou de l'autre des deux hautes parties contractantes, de prohiber l'importation, dans ses propres Etats, des livres qui, d'après les lois intérieures, ou des stipulations souscrites avec d'autres puissances, sont ou seraient déclarés être des contrefaçons ou des violations du droit d'auteur.

Art. 11. La présente convention sera mise à exécution le plutôt possible après sa promulgation, conformément aux lois de chacun des deux pays, et à partir d'un jour qui sera alors fixé par les deux hautes parties contractantes. Dans chaque pays, le gouvernement fera dûment connaître d'avance le jour qui sera convenu à cet effet.

La présente convention restera en vigueur jusqu'au 25. Juillet 1859. Après cette époque, elle suivra le sort du traité de commerce et de navigation signé, à Paris, le 25 Juillet 1840, de telle sorte qu'elle sera censée être dénoncée lorsque l'une des parties aura annoncé à l'autre, conformément aux conditions posées par l'article 15 de ce traité, son intention d'en faire cesser les effets.

Les hautes parties contractantes se réservent cependant la faculté d'apporter à la présente convention, d'un commun accord, toute modification qui ne serait pas incompatible avec l'esprit et les principes qui en sont la base, et dont l'expérience aurait démontré l'opportunité.

Art. 12. La présente convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées dans un délai de six mois, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à la Haye, le vingt-neuvième jour du mois de Mars de l'an de grâce mil huit cent cinquante-cinq.

(L. S.) Baron d'André.
(L. S.) Van Hall.

V. Vertrag Belgien's mit Großbritannien.

Convention pour la garantie réciproque de la propriété artistique et littéraire, conclue, le 12 Août 1854, entre la Belgique et la Grande-Bretagne. Ratifiée le 24 Janvier 1855.

Sa Majesté le Roi des Belges et Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, également animés du désir d'étendre dans les deux pays la jouissance des

droits d'auteur pour les ouvrages de littérature et de beaux-arts qui pourront être publiés pour la première fois dans l'un des deux, et Sa Majesté Britannique ayant consenti à étendre aux livres, gravures, et oeuvres musicales publiés en Belgique, la réduction que la loi l'autorise à accorder, sous certaines conditions, dans le taux des droits actuellement perçus à l'importation dans le Royaume-Uni de ces mêmes articles publiés en pays étrangers; Sa Majesté le Roi des Belges et Sa Majesté Britannique ont jugé à propos de conclure dans ce but une convention spéciale, et ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi des Belges,

le sieur Sylvain Van de Weyer, son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique, décoré de la croix de Fer, commandeur de l'Ordre de Léopold, grand' croix de l'Order de Charles III d'Espagne, de l'Ordre de la Branche Ernestine de Saxe, de la Tour et de l'Epée, de St-Maurice et de Saint-Lazare, commandeur de la Légion d'honneur, etc., etc.,

Et Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande,

le très-honorable George-Guillaume-Frédéric, comte de Clarendon, baron Hyde de Hindon, pair du royaume-uni, conseiller de Sa Majesté Britannique en son conseil privé, chevalier du très-noble ordre de la Jarretière, chevalier grand-croix du très-honorable ordre du Bain, principal secrétaire d'Etat de Sa Majesté Britannique pour les affaires étrangères; et le très-honorable Edouard Cardwell, membre du parlement, membre du très-honorable conseil privé de Sa Majesté Britannique et président du comité du conseil privé pour les affaires de commerce et des colonies;

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs respectifs trouvés en bonne et dûe forme, ont arrêté les articles suivants:

Art. 1[er]. A partir de l'époque à laquelle, conformément aux stipulations de l'article quinzième ci-après, la présente convention deviendra exécutoire, les auteurs d'oeuvres de littérature ou d'art, auxquels les lois de l'un des deux pays garantissent actuellement, ou garantiront à l'avenir le droit de propriété ou d'auteur, auront la faculté d'exercer ledit droit sur les territoires de l'autre pays pendant le même espace de temps, et dans les mêmes limites que s'exercerait dans cet autre pays le droit attribué aux auteurs d'ouvrages de même nature qui y seraient publiés; de telle sorte que la reproduction ou la contrefaçon dans l'un des deux Etats de toute oeuvre de littérature ou d'art

publiée dans l'autre sera traitée de la même manière que le serait la reproduction ou la contrefaçon d'ouvrages de même nature originairement publiés dans cet autre Etat; et que les auteurs de l'un des deux pays auront, devant les tribunaux de l'autre, la même action, et jouiront des mêmes garanties contre la contrefaçon ou la reproduction non autorisée, que celle que la loi accorde, ou pourrait accorder à l'avenir, aux auteurs de ce dernier pays.

Il est entendu que ces mots: „oeuvres de littérature ou d'art“ employés au commencement de cet article, comprennent les publications de livres, d'ouvrages dramatiques, de composition musicale, de dessin, de peinture, de sculpture, de gravure, de lithographie et de toute autre production quelconque de littérature et de beaux-arts.

Les mandataires ou ayants-cause des auteurs, traducteurs, compositeurs, peintres, sculpteurs ou graveurs, jouiront, à tous égards, des mêmes droits que ceux que la présente convention accorde aux auteurs, traducteurs, compositeurs, peintres, sculpteurs ou graveurs euxmêmes.

Art. 2. La protection accordée aux ouvrages originaux est étendue aux traductions. Il est bien entendu, toutefois, que l'objet du présent article est simplement de protéger le traducteur par rapport sa propre traduction, et non pas de conférer le droit exclusif de traduction au premier traducteur d'un ouvrage quelconque, hormis dans le cas et les limites prévus par l'article suivant.

Art. 3. L'autreur de tout ouvrage publié dans l'un des deux pays, qui aura entendu réserver son droit de traduction, jouira, pendant cinq années à partir du jour de la première publication de la traduction de son ouvrage autorisée par lui, du privilége de protection contre la publication dans l'autre pays de toute traduction de même ouvrage non autorisée par lui, et ce sous les conditions suivantes:

§. 1er. L'ouvrage original sera enregistré et deposé dans l'un des deux pays dans un délai de trois mois à partir du jour de la première publication dans l'autre pays.

§. 2. Il faudra que l'auteur ait indiqué en tête de son ouvrage l'intention de se réserver le droit de traduction.

§. 3. Ladite traduction autorisée devra avoir paru, au moins en partie, dans le délai d'un an, à compter de la date de l'enregistrement et du dépôt de l'original, et en totalité dans le délai de trois ans à partir dudit dépôt.

§. 4. La traduction devra être publiée dans l'un des deux pays, et être enregistrée et déposée conformément aux dispositions de l'art. 8.

Pour les ouvrages publiés par livraisons, il suffira que la déclaration de l'auteur, portant qu'il entend se réserver le droit

de traduction, soit exprimée dans la première livraison. Toutefois en ce qui concerne le terme de cinq ans assigné par cet article pour l'exercice du droit privilégié de traduction, chaque livraison sera considérée comme un ouvrage séparé, et chacune d'elles sera enregistrée et déposée dans l'un des deux pays dans les trois mois à partir de sa première publication dans l'autre.

Art. 4. Les stipulations des articles précédents s'appliqueront également à la représentation des ouvrages dramatiques et à l'exécution des compositions musicales, en tant que les lois de chacun des deux pays sont ou seront applicables, sous ce rapport, aux ouvrages dramatiques et de musique représentés ou exécutés publiquement dans ces pays pour la première fois.

Toutefois, pour avoir droit à la protection légale, en ce qui concerne la traduction d'un ouvrage dramatique, l'auteur devra faire paraître sa traduction trois mois après l'enregistrement et le dépôt de l'ouvrage original.

Il est bien entendu que la protection stipulée par le présent article n'a point pour objet de prohiber les imitations faites de bonne foi, ou les appropriations des ouvrages dramatiques aux scènes respectives d'Angleterre et de Belgique, mais seulement d'empêcher les traductions en contrefaçon.

La question d'imitation ou de contrefaçon sera déterminée dans tous les cas par les tribunaux des pays respectifs, d'après la législation en vigueur dans chacun des deux États.

Art. 5. Nonobstant les stipulations des articles 1er et 2 de la présente convention, les articles extraits de journaux ou de recueils périodiques publiés dans l'un des deux pays pourront être reproduits ou traduits dans les journaux ou recueils périodiques de l'autre pays, pourvu qu'on y indique la source à laquelle on les aura puisés.

Toutefois, cette permission ne saurait être comprise comme s'étendant à la reproduction, dans l'un des deux pays, des articles de journaux ou de recueils périodiques publiés dans l'autre, dont les auteurs auraient déclaré d'une manière évidente dans le journal ou le recueil même où ils les auront fait paraître qu'ils en interdisent la reproduction.

Cette dernière disposition ne sera applicable aux articles de discussion politique.

Art. 6. L'introduction, la circulation, la vente et l'exposition dans chacun des deux Etats, d'ouvrages ou d'objets de reproduction non autorisée, définis par les articles 1er, 2, 3 et 4 cidessus sont prohibées, soit que lesdites reproductions non autorisées proviennent de l'un des deux pays, soit qu'elles proviennent d'un pays étranger quelconque.

Art. 7. En cas de contravention aux dispositions des articles précédents, les ouvrages ou objets contrefaits seront saisis et detruits, et les individus qui se seront rendus coupables de ces contraventions seront passibles, dans chaque pays, de la peine et des poursuites qui sont ou seraient prescrites par les lois de ce pays contre le même délit commis à l'égard de tout ouvrage ou production d'origine nationale.

Art. 8. Les auteurs-traducteurs, de même que leurs représentants ou ayants-cause légalement désignés, n'auront droit, dans l'un ou l'autre pays, à la protection stipulée par les articles précédents, et le droit d'auteur ne pourra être réclamé dans l'un des deux pays qu'après que l'ouvrage aura été enregistré de la manière suivante, savoir:

1. — Si l'ouvrage a paru pour la première fois en Belgique, il faudra qu'il ait été enregistré à l'Hôtel de la corporation des libraries (Stationers'Hall) à Londres.

2. — Si l'ouvrage a paru pour la première fois dans les Etats de Sa Majesté Britannique, il faudra qu'il ait été enregistré au ministère de l'intérieur à Bruxelles.

La susdite protection ne sera acquise qu'à celui qui aura fidèlement obsersé les lois et règlements en vigueur dans les pays respectifs, par rapport à l'ouvrage pour lequel cette protection serait réclamée. Pour les livres, cartes et estampes, comme aussi pour les oeuvres dramatiques et les publications musicales, à moins que ces oeuvres dramatiques et publications musicales n'existent qu'en manuscrit, la susdite protection ne sera acquise qu'autant que l'on aura remis gratuitement, dans l'un ou l'autre des dépôts mentionnés ci-dessus, suivant les cas respectifs, un exemplaire de la meilleure édition, ou dans le meilleur état, destiné à être déposé au lieu indiqué à cet effet dans chacun des deux pays, c'est à-dire dans la Grande-Bretagne, au Musée Britannique à Londres, et, en Belgique, à la Bibliothèque Royale de Bruxelles.

Dans tous les cas, les formalités du dépôt et de l'enregistrement devront être remplies sous les trois mois qui suivront la première publication de l'ouvrage dans l'autre pays. A l'égard des ouvrages publiés par livraisons, chaque livraison sera considérée comme un ouvrage séparé.

Une copie authentique de l'inscription sur le registre de la corporation des librairies de Londres conférera dans les Etats britanniques le droit exclusif de reproduction, jusqu'à ce que quelque autre personne ait fait admettre devant un tribunal un droit mieux établi.

Le certificat, délivré conformément aux lois belges, et constatant l'enregistrement d'un ouvrage dans ce pays, aura la même

force et valeur dans toute l'étendue du territoire du Royaume de Belgique.

Au moment de l'enregistrement d'un ouvrage dans l'un des deux pays, il en sera délivré, si on le demande, un certificat ou copie certifiée, et ce certificat relatera la date précise à laquelle l'enregistrement aura eu lieu.

Le coût d'enregistrement d'un seul ouvrage, conformément aux stipulations du présent article, ne pourra pas dépasser la somme d'un schelling en Angleterre et d'un franc vingt-cinq centimes en Belgique; et les frais additionnels pour le certificat d'enregistrement ne devront pas excéder la somme de cinq schellings en Angleterre ou de six francs vingt-cinq centimes en Belgique.

Les présentes stipulations ne s'étendront pas aux articles de journaux ou de recueils périodiques, pour lesquels le simple avertissement de l'auteur, ainsi qu'il est prescrit à l'art. 5. suffira pour garantir son droit contre la reproduction ou la traduction. Mais si un article ou un ouvrage, qui aura paru pour la première fois dans un journal ou dans un recueil périodique, est ensuite reproduit à part, il sera alors soumis aux stipulations du présent article.

Art. 9. Quant à ce qui concerne tout objet de littérature et d'art, autre que les livres, estampes, cartes et publications musicales, pour lesquels on pourrait réclamer la protection en vertu de l'article 1er de la présente convention, il est entendu que tout mode d'enregistrement, autre que le mode prescrit par l'article précédent, qui est ou qui pourrait être appliqué par la loi, dans un des deux pays, à l'effet de garantir le droit de propriété à toute oeuvre quelconque ou article mis pour la première fois au jour dans ce pays, ledit mode d'enregistrement sera étendu, sous des conditions égales, à toute oeuvre ou objet similaire, mis au jour pour la première fois dans l'autre pays.

Art. 10. Pendant la durée de la présente convention, les droits actuellement établis à l'importation licite dans le Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, des livres, gravures, dessins ou ouvrages de musique publiés dans toute l'étendue du territoire du royaume de Belgique, demeurent, réduits et fixés au taux ci-après établi, savoir:

	L s. d.
1. Sur les livres et oeuvres de musique, par quintal anglais	0 15 0
2. Sur les gravures ou dessins, coloriés ou non par livre	0 0 1½

Il est convenu que le taux des droits ci-dessus spécifiés ne sera pas augmenté pendant la durée de la présente convention, et que si, par la suite, pendant la durée de cette convention,

ce taux était réduit en faveur des livres, gravures, dessins ou ouvrages de musique publiés dans tout autre pays, cette réduction s'étendra en même temps aux objets similaires publiés en Belgique.

Pendant la durée de la présente convention, les droits actuellement établis à l'importation licite Belgique des livres, ouvrages de musique, estampes et cartes géographiques ou marines, publiés dans toute l'étendue du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, sont réduits et fixés au taux uniforme de dix fr. les cent kilogrammes.

Art. 11. Il est convenu qu'aucun livre ne sera, dans l'esprit de la présente convention, en ce qui concerne le taux du droit dont ce livre doit être frappé, considéré comme ayant été publié en Belgique, si ce n'est celui dont le titre portera quil a été publié dans quelque ville ou localité située dans les domaines du royaume de Belgique.

Art. 12. Pour faciliter l'exécution de la présente convention, les deux hautes parties contractantes s'engagent à se communiquer mutuellement les lois et règlements qui pourront être ultérieurement établis dans les Etats respectifs, à l'égard des droits d'auteur, pour les ouvrages et productions protégés par les stipulations de la présente convention.

Art. 13. Les stipulations de la présente convention ne pourront, en aucune manière, porter atteinte au droit que chacune des deux hautes parties contractantes se réserve expressément de surveiller ou de défendre, au moyen de mesures législatives ou de police intérieure, la vente, la circulation, la représentation et l'exposition de tout ouvrage ou de toute production, à l'égard desquels l'un ou l'autre pays jugerait convenable d'exercer ce droit.

Art. 14. Rien, dans cette convention, ne sera considéré comme portant atteinte au droit de l'une ou l'autre des deux hautes parties contractantes de prohiber l'importation dans ses propres Etats des livres qui, d'après des lois intérieurs ou des stipulations souscrites avec d'autres puissances, sont ou seraient déclarés être des contrefaçons ou des violations du droit d'auteur.

Art. 15. La présente convention sera mise à exécution le plutôt possible après l'échange des ratifications. Dans chaque pays, le gouvernement fera dûment conaître d'avance le jour qui sera convenu à cet effet, et les stipulations de la convention ne seront applicables qu'aux oeuvres et articles publiés, et aux oeuvres dramatiques ou compositions musicales représentées ou exécutées pour la première fois dans l'un des deux pays, après la mise en vigueur de la convention.

La convention restera en vigueur pendant dix années à partir du jour où elle pourra être mise à exécution; dans le cas où l'une des deux parties contractantes n'aurait pas signifié, douze mois avant l'expiration de ladite période de dix années, son intention d'en faire cesser les effets, la convention continuera à rester en vigueur encore une année, et ainsi de suite, d'année en année, jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des parties l'aura dénoncée.

Les hautes parties contractantes se réservent cependant la faculté d'apporter à la présente convention, d'un commun accord, toute modification qui ne serait pas incompatible avec l'esprit et les principes qui en sont la base, et dont l'expérience aurait démontré l'opportunité.

Art. 16. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Londres dans le délai de six mois à partir du jour de la signature, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi, les plenipotentiaires respectifs l'ont signée, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Londres, le douze Août, l'an de grâce mil huit cent cinquante-quatre.

Sylvain van de Weyer.
Clarendon.
Edouard Cardwell.

Druck von G. W. Leske in Darmstadt.

Sammlung

der

Gesetze und internationalen Verträge

zum Schutze

des literarisch-artistischen Eigenthums

in

Deutschland, Frankreich und England.

Herausgegeben

von

Dr. Ch. F. M. Eisenlohr.

Nachtrag.

Heidelberg.

Verlag von Bangel und Schmitt.

1857.

Hinterlegt bei dem großherzogl. bad. Ministerium des Innern.

Druck von C. W. Leske in Darmstadt.

D

int
So
vol
So
es
for
sch
Ich
nic

ge
nis
de
S
se
A
G
ge
ri
di

d
fe
ic
si
k

Ich habe nicht sobald das vorhandene Bedürfniß erkannt, als ich darauf ausging, ihm abzuhelfen. Bei dieser Gelegenheit habe ich denn auch meine Sammlung sonst zu verbessern gesucht. Ich habe sie insbesondere vermehrt durch die Mittheilung der Bundesprivilegien zu Gunsten unserer Classiker, durch Angabe der Publicationsdata der Staatsverträge Preußens mit andern deutschen Staaten, so wie der Publicationsdata der deutschen Bundesbeschlüsse. Zu der angestrebten Vollständigkeit habe ich es aber leider hierin nicht bringen können; nur zu oft zeigt eine Lücke auf der beigegebenen Tabelle an, wo die Nachforschungen erfolglos blieben, die Protokolle der Bundesversammlung, das Schletter'sche Handbuch, meine auswärtige Verbindung keine Auskunft gaben. Es ist mir leichter gewesen, alles übrige Material zusammenzubringen als diese Notizen. Jedoch will ich nicht gesagt haben, daß nun nicht ein einziges Gesetz fehle, daß nicht in irgend einem Winkel noch ein übergangenes aufgefunden werden könnte. Ich weiß im Gegentheil, daß z. B. die Frankfurtische Gesetzgebung noch weiter hinaufreicht, als meine Mittheilungen gehen. Außerdem habe ich von den Privilegien, die einzelne deutsche Territorien ertheilt haben, mit Absicht keine Notiz genommen, weil dieses ins Endlose geführt hätte. Und abgesehen davon sind bei einer Arbeit, wie die meinige ist, die fremde Hilfe als Bedingung voraussetzt, Mängel und Fehler unvermeidlich.

Aber ich fürchte weniger den Vorwurf einer zu großen Sparsamkeit als den, allzu freigebig gewesen zu sein. Irrte ich, oder interessirt es zu wissen, aus welchen Anfängen heraus sich in Deutschland der Schutz des literarischen Eigenthums entwickelt hat? Eben die Frankfurtische, dann die sächsische und österreichische Gesetzgebung sollen hierüber Auskunft geben, und was ich habe abdrucken lassen, dürfte zur Befriedigung des historischen Interesses genügen. Auf ein Gesetz bitte ich besonders die Aufmerksamkeit zu richten, auf die frankfurtische Buchdruckerordnung vom 9. Febr. 1660. Sie beweist, wie die bisherige Annahme, daß in Sachsen zuerst ein allgemeines

Ver
auf
stad
han
dies
die

Na
da
Ak
du
ge
do
mi
es
str
ich
ich

sa
P
d
ei
d
d
n
d
b
t
e
r
n
n
n

mellen zu trennen. Dieses Geschäft ist Sache der Wissenschaft. Da man aber nicht prüfen kann, ob die Wissenschaft ihrer Aufgabe nachgekommen ist, wenn man nicht den ganzen und reinen Text vor Augen hat, so mußte ich darauf bedacht sein, ihn treu mitzutheilen und jede Operation damit unterlassen.

Hätte ich nicht wenigstens eine Uebersicht über die wesentlichsten Bestimmungen geben können? Ich weiß nicht, wem hiermit gedient gewesen wäre. Dem der sich daraus Raths erholen will, gewiß nicht. Also gerade Denen nicht, für die ich mein Buch bestimmt habe. Es läßt sich weder die Erörterung einer Controverse, noch die Prüfung eines Rechtsfalles, nach einer blos übersichtlichen Darstellung unternehmen.

Soviel über Plan und Absicht meiner Sammlung, und nun noch ein Wort über die Arbeit eines Andern. Vor Kurzem veröffentlichte ein Dr. Max Friedländer eine Schrift, betitelt: „Der einheimische und ausländische Rechtsschutz gegen Nachdruck und Nachbildung". Ich habe bereits in dem Börsenblatt für den deutschen Buchhandel die Erklärung gethan und wiederhole sie hier, daß gedachtes Buch selbst verkappter Nachdruck ist. Der Verfasser benutzte dazu meine Bücher und das von Herrn Dr. Jolly: „die Lehre vom Nachdruck," in schamlosester Weise. Denn anders kann ich es doch nicht nennen, wenn Jemand als seine eigene Arbeit, als das Resultat seines Nachdenkens ausgibt, was er andern abschreibt, fast mit ihren eigenen Worten und bis auf Citate und ganz geringfügige Bemerkungen herunter abschreibt, und wenn, was er abschreibt, dem Abschreiber den Stab bricht. Mein Urtheil habe ich am genannten Orte ausführlich motivirt, dieser Nachtrag wird eine weitere Rechtfertigung desselben sein. Man beachte nur, welche Gesetze er nach meiner Sammlung als Quellen anführte, und welche er nach diesem Nachtrag noch hätte anführen müssen, wenn er nicht mein Plagiator gewesen wäre. Ich glaubte ihn so gefaßt zu haben, daß ihm jedes Wort zur Vertheidigung auf der Zunge ersterben würde.

Wie war ich so thöricht! Er hatte die Stirne zu entgegnen, er fand Worte. Und wie vertheidigt er sich? Wenn ich als Beispiel seiner gewissenlosen Plünderung etliche Stellen anführe und dazu setze, daß ich deren noch hundert beibringen könnte, so zählt er die Zeilen der angeführten und sagt: sie betragen 92 Zeilen; mein Buch aber hat über 14 Druckbogen, also ist es eine Verleumdung, daß ich nachgedruckt habe. Ich weise nach, wie ein Druckfehler ihn verführt hat, mir eine historische Notiz über das englische Recht falsch abzuschreiben; er aber fälscht seine eigene Darstellung und demonstrirt dann, daß die Anklage jedes Halts entbehrt. Ich zeige, wie eine Stelle seines Buchs aus vier des Jolly'schen zusammengeleimt ist; er aber meint, wenn man mein Verfahren um einen oder zwei Grade steigere, so könne man die gesammte deutsche Literatur als ein Plagiat am Wörterbuch erfinden. Ich führe eine Stelle mit auf, die eine allgemeine Bemerkung enthält über den noch zu erwartenden Rechtsschutz für die Werke der Wissenschaft und Kunst und die er mir nachgeschrieben hat, obgleich sie nur eine ganz allgemeine Bemerkung ist; er aber erklärt gerade dieses für einen Entschuldigungsgrund. Ich zeige wie unfähig er sogar zum Abschreiben ist, da er aus dem abgekürzten Worte comp. das Wort componistes gemacht; er aber meint, ein solcher Lapsus verlange keine Entschuldigung, da das richtige compositeurs sich einige Zeilen vorher finde, gerade wo auch bei mir das Wort ausgedruckt ist. Ich erkläre ihn für einen gedankenlosen Abschreiber, weil er mir sogar den Fehler Reis statt Realen abgeschrieben, obwohl er an einem andern Ort, wo er einem Andern folgt, das richtige gesetzt; er aber erklärt diese Bemerkung für eine Plattheit, „weil das R. irrthümlich als Reale gesetzt wurde, statt Reis, wie später richtig angegeben." Ich werfe ihm vor, in der zweiten Abtheilung seines Buches einen maßlosen Gebrauch von meiner Sammlung gemacht zu haben; er aber bestreitet, daß sie ihm als Basis seiner Arbeit gedient, da sie ihm weder zuverlässig

noch vollständig genug gewesen, auch „nur der Text der deutschen Gesetze darin compilirt sei."

So vertheidigt sich der Mann, so widerlegt er mich. Von seinem Gassenton durfte ich Anstands halber kein Beispiel hinsetzen; auf seine Vertheidigung und durch sie hat er mir erspart auch nur ein Wort zu erwidern. Sie richtet ihn selbst. Ich könnte auch mit Ehren da nicht mehr entgegnen, wo mit der Wahrheit Unzucht getrieben wird. Ich würde ganz geschwiegen haben, wenn die Erwägung mich nicht abgehalten hätte, daß man einen so unerhörten Vorfall nicht ohne Rüge lassen darf.

Ch. E.

Erste Abtheilung.

Die Gesetzgebungen.

A. Die deutsche Gesetzgebung.

I. Bundesgesetzgebung.

Bundesbeschluß vom 2. April 1835.

Die hohen und höchsten Regierungen vereinbaren sich dahin, daß der Nachdruck im Umfange des ganzen Bundesgebietes zu verbieten und das schriftstellerische Eigenthum nach gleichförmigen Grundsätzen festzustellen und zu schützen sei.

Bundesbeschluß vom 23. Nov. 1838.

Die zum deutschen Bunde vereinigten Regierungen kommen dahin überein, daß den Werken Friedrichs von Schiller, zu Gunsten dessen Erben in allen davon bereits veranstalteten oder noch zu veranstaltenden Ausgaben der Schutz gegen Nachdruck während zwanzig Jahren in allen zum deutschen Bunde gehörenden Staaten, vom obigen Tage an gerechnet, gewährt werde.

Bundesbeschluß vom 4. April 1840.

Die souveränen Fürsten und freien Städte vereinbaren sich, daß der, in der J. G. Cotta'schen Verlagshandlung zu Stuttgart in den Jahren 1836 und 1837 in zwei Bänden oder vier Abtheilungen erschienenen, neuen und vervollständigten Ausgabe von Göthe's prosaischen und poetischen Werken von Bundeswegen der Schutz gegen den Nachdruck auf zwanzig Jahre, vom heutigen Tage (4. April 1840) an, in sämmtlichen zum deutschen Bunde gehörenden Staaten gewährt werde.

Bundesbeschluß vom 22. October 1840.

Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands vereinbaren sich, daß den Werken des verstorbenen Legationsraths Jean Paul Friedrich Richter von Bundeswegen der Schutz gegen den Nachdruck und Verkauf des Nachdruckes in den mit seiner oder seiner Erben Bewilligung zu davon veranstalteten oder noch zu veranstaltenden Ausgaben in allen zum deutschen Bunde gehörigen Staaten für den Zeitraum von zwanzig Jahren von dem Tage des heutigen Beschlusses an, gewährt werden.

Bundesbeschluß vom 11. Februar 1841.

Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands vereinbaren sich, daß den Schriften Christoph Martin Wieland's zu Gunsten seiner Kinder und Erben in allen von der Handlung Georg Joachim Göschen zu Leipzig bereits veranstalteten oder noch zu veranstaltenden Ausgaben von Bundeswegen der Schutz gegen den Nachdruck während zwanzig Jahren, vom Tage des gegenwärtigen Beschlusses an, somit bis zum 11. Februar 1861 in sämmtlichen, zum deutschen Bunde gehörigen Staaten gewährt werde.

Bundesbeschluß vom 11. Februar 1841.

Auf den von der Großherzoglich Sächsischen Regierung zu Gunsten der Göthe'schen Erben gemachten Antrag vereinigt sich die Bundesversammlung dahin, daß der durch den Bundesbeschluß vom 4. April 1840 den Werken Göthe's auf zwanzig Jahre, von eben gedachtem Tage an gerechnet, zugesicherte Schutz gegen den Nachdruck sich auch auf die in der Cotta'schen Buchhandlung zu Stuttgart neu erscheinende Ausgabe der Göthe'schen Werke in 40 Bänden klein Octav, sowie auf alle von den dazu Berechtigten zu veranstaltenden Ausgaben bis zum Ablauf des vorerwähnten Zeitraums zu erstrecken habe.

Bundesbeschluß vom 28. Juli 1842.

Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands vereinbaren sich: daß den schriftstellerischen Werken Johann Gottfried von Herder's ein zwanzigjähriger Schutz gegen den Nachdruck in allen Bundesstaaten dergestalt verliehen werde, daß jedwede, ohne ausdrückliche Genehmigung der Johann Gottfried von Herder'schen rechtmäßigen Nachkommen, innerhalb des deutschen Bundesgebietes binnen zwanzig Jahren von der Publication des gegenwärtigen Beschlusses an veranstaltete Herausgabe Johann Gottfried von Herder'scher Schriften als unerlaubter Nachdruck im Sinne des Bundesbeschlusses vom 9. Nov. 1837 betrachtet werden solle.

Bundesbeschluß vom 6. November 1856.

Der durch den Art. 2. des Bundesbeschlusses vom 9. Nov. 1837 und den Bundesbeschluß vom 19. Juni 1845 für Werke der Literatnr und Kunst gegen Nachdruck und mechanische Vervielfältigung gewährte Schutz, sowie derjenige Schutz, welcher durch besondere Bundesbeschlüsse im Wege des Privilegiums für die Werke einzelner bestimmter Autoren gewährt worden ist, wird dahin erweitert, daß dieser Schutz zu Gunsten

der Werke derjenigen Autoren, welche vor dem Bundesbeschlusse vom 9. November 1837 verstorben sind, noch bis zum 9. Nov. 1867 in Kraft bleibt.

Jedoch findet der gegenwärtige Bundesbeschluß nur auf solche Werke Anwendung, welche zur Zeit noch im Umfange des Bundesgebietes durch Gesetze oder Privilegien gegen Nachdruck oder Nachbildung geschützt sind.

Bundesbeschluß vom 12. März 1857.

Im Verfolge des von Preußen bezüglich des Schutzes dramatischer und musikalischer Werke gegen unbefugte Aufführung gestellten Antrags und der hierüber von dem betreffenden Ausschusse erstatteten Vorträge vereinigten sich die höchsten und hohen Bundesregierungen zu nachstehendem Beschlusse:

Die durch den Bundesbeschluß vom 22. April 1841 zum Schutze der inländischen Verfasser dramatischer und musikalischer Werke gegen unbefugte Aufführung und Darstellung derselben im Umfange des Bundesgebietes vereinbarten Bestimmungen werden, wie folgt, erweitert:

1) die öffentliche Aufführung eines dramatischen oder musikalischen Werkes im Ganzen oder mit Abkürzungen darf nur mit Erlaubniß des Autors, seiner Erben, oder sonstigen Rechtsnachfolger stattfinden, so lange das Werk nicht durch den Druck veröffentlicht worden ist. Das ausschließende Recht, diese Erlaubniß zu ertheilen, steht dem Autor lebenslänglich und seinen Erben oder sonstigen Rechtsnachfolgern noch 10 Jahre nach seinem Tode zu.

2) Auch in dem Falle, daß der Autor eines dramatischen oder musikalischen Werkes sein Werk durch den Druck veröffentlicht, kann er sich und seinen Erben oder sonstigen Rechtsnachfolgern das ausschließende Recht, die Erlaubniß zur öffentliche Aufführung zu ertheilen, durch eine mit seinem darunter gedruckten Namen versehene Erklärung vorbehalten, die jedem einzelnen Exemplar seines Werkes auf dem Titelblatte vorgedruckt sein muß. Ein solcher Vorbehalt bleibt wirksam auf Lebenszeit des Autors selbst und zu Gunsten seiner Erben oder sonstigen Rechtsnachfolger noch zehn Jahre nach seinem Tode.

3) Dem Autor oder dessen Rechtsnachfolgern steht Jeden, welcher dessen ausschließendes Recht durch öffentliche Aufführung eines noch nicht durch den Druck veröffentlichten oder mit der unter Ziffer 2 erwähnten Erklärung durch den Druck veröffentlichten dramatischen oder musikalischen Werkes beeinträchtigt, Anspruch auf Entschädigung zu.

4) Diese erweiterten Bestimmungen werden vom 1. Juli 1857 an Wirksamkeit gesetzt werden.

5) Ziffer 1, 2 und 3 des Bundesbeschlusses vom 22. April 1841 sind hiernach aufgehoben, wogegen es bei Ziffer 4 hinsichtlich der Entschädigungen 2c. sein Bewenden behält.

II. Die deutschen Landesgesetze.

Anhalt-Bernburg.

Verordnung vom 10. Februar 1838, betreffend die Publication des BB. v. 9. Nov. 1837.

Mit dem Zusatz: daß die Verordnung vom 2. Decbr. 1827, den Nachdruck betreffend, insofern sie durch den gegenwärtigen Bundesbeschluß nicht abgeändert oder modificirt worden ist, fortwährend in Kraft bleibt, und soweit es hiernach geschehen kann, nach wie vor zu befolgen.

Anhalt-Köthen.

Verordnung vom 9. April 1838, betreffend die Publication des BB. v. 9. Nov. 1837.

Mit dem Zusatz: daß das bereits bestehende Gesetz vom 23. Decbr. 1828 fortwährend in Kraft bleibe, jedoch durch diesen Bundesbeschluß als ergänzt und näher bestimmt betrachtet werden soll.

Verordnung vom 25. Mai 1841, betreffend die Publication des BB. v. 22. April 1841.

Mit dem Zusatz: daß die Bestimmung der Entschädigung und Geldbuße dem Befund des Gerichts überlassen sein soll.

Bayern.

Strafgesetzbuch von 1813, Th. I., B. 3.

§. 397. Auf welche Art das Eigenthum an Geisteswerken unter den besondern Schutz des Gesetzes gestellt werde, darüber sind die näheren Bestimmungen in dem bürgerlichen Gesetzbuche enthalten.

Wer dagegen eine Rechtsverletzung durch Entwendung oder Betrug sich zu Schulden kommen läßt, ist in die Strafe dieser Verbrechen oder Vergehen zu verurtheilen.

Wer ein Werk der Wissenschaft oder Kunst ohne Einwilligung seines Urhebers, dessen Erben oder Anderer, welche die Rechte des Urhebers erlangt haben, durch Vervielfältigung mittelst Druckes oder auf andere Weise in dem Publicum bekannt macht, ohne dasselbe zu eigenthümlicher Form verarbeitet zu haben, wird nebst dem Schadenersatze, nach den in den einzelnen Druckprivilegien, oder in deren Ermangelung, nach den in den Polizeistrafgesetzen enthaltenen Bedingungen bestraft.

Erklärung, die Uebereinkunft mit Sachsen gegen den Büchernachdruck betreffend, 16. Juli 1830.

Das Königliche Bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Aeußeren erklärt hierdurch, in Gemäßheit der von Seiner Königlichen Majestät unterm 17. Januar d. J. ihm ertheilten Ermächtigung:

Nachdem von der K. Sächs. Regierung verbindlich zugesagt worden, daß vorläufig und bis es nach Art. 18. der deutschen Bundesacte zu einem gemeinsamen Bundesbeschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Büchernachdruck kommen wird, diejenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche in dieser Beziehung zu Gunsten der sächsischen Unterthanen im Königreiche Sachsen bereits bestehen oder künftig erlassen werden, in ganz gleichem Maße auch zum Schutze der Schriftsteller und Verleger der Bayerischen Monarchie in Anwendung gebracht werden sollen, so soll das Verbot wider den Büchernachdruck, wie solches bereits in dem ganzen Bereiche der Bayerischen Monarchie zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Landestheilen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller des Königreichs Sachsen Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere nach den gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden, als handle es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Bayerischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von dem Königl. Sächsischen Staatsministerium vollzogene Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

München, 16. Juli 1830.

Erwiederung auf das von Seite der fürstl. Reußischen jüngern Linie unterm 24. December 1827 erlassene Verbot des Büchernachdrucks und dessen Verbreitung betreffend.

Königliches Staatsministerium des Hauses und des Aeußern.

Das Königliche Bayerische Staatsministerium des Königl. Hauses und des Aeußern erklärt hierdurch in Gemäßheit der von Sr. Königl. Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

Daß den Unterthanen der fürstl. Reußischen jüngern Linie in Rücksicht auf das daselbst bestehende Verbot des Büchernachdruckes und dessen Verbreitung vom 24. December 1827 gleicher gesetzlicher Schutz gegen den Nachdruck, wie den eigenen Genossen des Bayerischen Staates zugestanden werde.

München, den 24. November 1827.

Erwiederung auf die churhessische Verordnung vom 16. Mai 1829, „den Büchernachdruck betr.“

Das Königl. Bayerische Staatsministerium des Königl. Hauses und des Aeußern erklärt hierdurch in Gemäßheit der von Sr. Königlichen Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

Nachdem von der churfürstlichen Hessischen Regierung unterm 16. Mai d. J. die Verordnung erlassen worden ist, nach welcher Druckschriften, welche unter dem wirklichen Namen ihrer Verfasser und ihrer Drucker oder Verleger nach dem 1. Juli d. J. in den Staaten eines deutschen Bundesgliedes erschienen sein werden, sofern in dem betreffenden Auslande ein gesetzliches Verbot des Nachdrucks besteht, in den churfürstlichen Landen ohne die Einwilligung des zum Verlage berechtigten Verfassers oder Buchhändlers oder deren Rechtsnachfolger nicht nachgedruckt werden dürfen, es wären denn zehn Jahre seit dem Jahre, worin der Verfasser gestorben ist, verflossen; so wird in Erwiederung dessen den Churhessischen Unterthanen hinsichtlich ihrer Verlangsrechte von Druckschriften gleicher Schutz wie den eigenen Genossen des Bayerischen Staates zugestanden.

München, den 14. Juli 1829.

Bekanntmachung vom 23. Juli 1841, den BB. vom 22. April 1841 betreffend.

Beifügen zu dieser Bekanntmachung: daß derselbe unter Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes vom 15. April v. J., den Schutz des Eigenthums an Erzeugnissen der Literatur und Kunst gegen Veröffentlichung, Nachbildung und Nachdruck betreffend, und nach Maßgabe dieser gesetzlichen Bestimmungen in Vollzug zu setzen sei.

Verordnung vom 2. Septbr. 1845, die Proclamation des BB. vom 19. Juni 1845 betr.

Mit dem Zusatz: unter Bezugnahme auf die unterm 23. Juli 1841 in Betreff des Schutzes musikalischer und dramatischer Werke ergangene Bekanntmachung mit dem Beifügen, daß diese vereinbarten Bestimmungen nach Maßgabe des Gesetzes vom 15. April 1840 in Vollzug zu setzen seien.

Braunschweig.

Bekanntmachung vom 15. Octbr. 1827, betr. die Publication des Staatsvertrags mit Preußen.

Wir Karl, von Gottes Gnaden souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c. fügen hiemit zu wissen: Demnach mit der Königlich Preuß. Regierung wegen gegenseitiger Sicherstellung der einheimischen Schriftsteller und Verleger wider den Büchernachdruck eine Vereinbarung getroffen, in deren Gemäßheit — mit Vorbehalt der in Folge des Art. 18. der deutschen Bundesacte noch zu erwartenden allgemeinen Maßregeln zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen

den Büchernachdruck in Unsern Landen vorläufig eine ausdrückliche Bestimmung, wonach der Büchernachdruck und dessen Verbreitung mit Confiscation und einer Geldbuße von 10 Thalern zu bestrafen ist, zum Schutze der Schriftsteller und Verleger in der preußischen Monarchie in Anwendung gebracht werden soll; und dagegen das Verbot wider den Büchernachdruck, sowie solches bereits im ganzen Bereiche der Preuß. Monarchie zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger unserer Lande Anwendung finden und mithin jeder durch Nachdruck oder durch dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden soll, als handelte es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in den Preuß. Landen; — und da die Vorschriften dieser Vereinbarung vom 1. Decbr. d. J. in Kraft treten sollen, so lassen wir dieselben zur gebührenden Nachachtung hiermit bekannt werden. —

Urkundlich Unserer Unterschrift und angedruckten Herzogl. Canzlei-Siegels. — Braunschweig, den 15. Octbr. 1827.

Verordnung
die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck in Folge des Art. 18d der deutschen Bundesacte btr. Vom 27. Sept. 1832.

Von Gottes Gnaden, Wir Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

fügen hiermit zu wissen:

Von der deutschen Bundesversammlung ist in der 33. diesjährigen unterm 6. d. M. gehaltenen Sitzung der folgende Beschluß gefaßt worden:

(folgt BB. vom 6. Sept. 1832.)

Es wird daher hierdurch bestimmt, daß die in der Verordnung vom 13. Oct. 1827 enthaltene Vorschrift, wonach der Büchernachdruck in den hiesigen Landen mit Confiscation und einer Geldbuße von zehn Thalern zu bestrafen ist, auf die in dem vorstehenden Bundesbeschlusse gedachte Weise ausgedehnt und zum Schutze der Herausgeber, Schriftsteller und Verleger in sämmtlichen Bundesstaaten ohne Unterschied zur Anwendung gebracht werden soll. — Sämmtliche Behörden und alle diejenigen, welche es sonst betrifft, haben sich hienach zu richten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und angedruckten Herzogl. Geheimen Canzlei-Siegels. — Braunschweig, den 27. September 1832.

Frankfurt.

Aus Rathschluß vom 27. Jan. 1657.

Wir wollen ernstlich gebotten haben, ... verbottene und nachtheilige schriften weder zu trucken, noch heim- oder offentlich feil zu haben,

zu spargiren und einzuschleiffen, ingleichem auf die Bücher, einig Kayserlich privilegium, wenn sie dasselbe nicht bereits wörtlich in Händen haben, nicht setzen oder trucken, zumal aber auch die von Ihrer Kayserl. Majestät privilegirte Bücher weder in alhiesiger Stadt nachtrucken zu lassen, noch durch solche anderer orthen nachgetruckte exemplaria in hiesige Messen zu bringen und zu distrahiren, ... dargegen den recterirten allergnädigsten Kayserlichen befelchen mit ohngesäumbter Liefferung der schuldigen exemplarien allergehorsambste folg zu leisten, vnd solche dem Kayserlichen Herrn Commissario ohnverweigerlich einzuhändigen, alles vnd jedes respective bei Verlust der exemplarien, vnd Vermeidung der in den Kayserlichen privilegiis und befelchen angesetzten auch anderer hohen und nach befindung leibesstraff.

Aus „Eines Edlen und Hochweisen Raths der Stadt Frankfurt erneuerte Buchdruckerordnung" vom 9. Febr. 1660.

Nachdem Wir der Raht dieser deß Heiligen Reichs Stadt Franckfurt, hiebevor in Anno 1573 und 1593 auß bewegenden Vrsachen etliche Artickel und Satzungen bedacht und publicirt, wie es hiefüro auf allen Truckereyen in dieser Stadt solle gehalten werden, und aber in mittelst befunden, daß die Truckereyen allhier stattlich und merklich zugenommen, Derowegen auch an Truckern und Gesellen die Anzahl seithero gemehret, auch jederweilen zwischen jhnen allerhand zweifelhaftige Spänn und Irrungen entstanden seynd, welche aus angeregter Truckerordnung, durch unsere Bürgermeister jedesmal nicht wohl haben können entschieden werden: Als haben wir nothwendig angesehen, die alte Trucker-Ordnung wiederum für die Hand zu nehmen, dieselbige zu ersehen, zu verneuern, und in unterschiedlichen Orten und Fällen zu erläutern, und zu verbessern: Vnd wöllen, daß nun hinfüro auf den Truckereyen allhier diese erneuerte Ordnung männiglich stät und vest halte, und darwider nicht handele, bei Vermeidung deren darin bestimmten Peenen, welche die Verbrecher jedesmals unnachläßlich bezahlen sollen. Zu welchem Ende jederzeit auß jhnen den Buchtruckern zween Vorsteher erkieset, und von unsere hierzu deputirte Rathsfreunden dahie in Pflicht und Handgelübd genommen werden sollen, daß dieselbe vorderst über Zucht, Erbarkeit und dieser unserer Ordnung halten, und bei andern daran sein sollen, daß denselben durchgehend gehorsamblich nachgelebet, und die Contravenienten ohne Unterschied der Personen, bey nechster Session namhafft gemacht, und der Gebühr abgestraft werden mögen: uuter welchen Vorsteheren der Eltere jedes Jahrs auff Johannis Baptistae abgehen, und ein anderer an dessen Stelle erkieset werden soll.

Nachdeme auch Vns dem Raht etwa vor diesem, sonderlich aber in Neulichkeit von den Truckern und Verlägern unter einander deß Nachtruckens und andershalb sehr viel Klagens vorkommen: als seynd Wir nicht unzeitig bewogen worden, Nachdenkens zu haben, wie doch solches Klagen künfftig, so viel möglich vorkommen werden, und sie die Trucker in guter Ruhe und Einigkeit bey einander wohnen, und ohne eines oder deß andern Schaden sich ernehren möchten.

Ordnen und setzen derowegen hiemit, daß diejenige allhie wohnende Trucker, und Verläger, und jhr jeder insonderheit, wie auch die künfftige

demselben treulich geleben und nachkommen sollen, bei Vermeidung ernstlicher, unnachlässiger Gelts- oder Leibesstraff, nach Gelegenheit der Vberfahrung, gegen den Verbrecher fürzunehmen, darnach sie sich endlich zu richten, und vor Schaden zu hüten.

Erstlich soll kein Buchtrucker dem andern diejenigen Bücher oder Auctores groß noch klein, nichts zumal, auch die Scholasticalia nicht außgenommen, die der eine bißhero allein getruckt hat, oder künfftig trucken wird nachtrucken in keinerley Weiß, wie solches immer erdacht, und fürgenommen werden möchte: Als daß einer ein ander Format nehmen; ein andern Titul und Nahmen deß Auctoris gebrauchen; neue oder andere Summaria machen; Scholia oder anders ab oder darzu thun; Oder sonsten ein Vortheil suchen wollt. Dann deren keines zugelassen noch gestattet werden soll.

Vnd ob gleich der eine bishero ein solches Buch ohne habenes Privilegium getruckt hatte, oder künftig trucken würde, und ein anderer, dessen unwissend, (denn wissentlich soll er's zu thun nit Macht haben) hernachher ein Privilegium darüber ausbrächte; Solle er sich noch deßselbigen dißfalls nit zu gebrauchen haben, sondern diejenigen Bücher, die der eine bishero allein gedruckt hatte, oder künfftig zum ersten mal allein hier trucken würde, die mag er hinfüro (auch unerachtet solches Privilegii) seiner Gelegenheit nach, von neuem wieder allhier aufflegen, und trucken.

Es soll auch keinem zugelassen sein, dergleichen Bücher, die einer allhie getruckt hatte, an einem andern Orte dem hiesichen zum Nachtheil, heimlich zu verlegen, und folgends die Exemplaria, die er also verlegt hatte, anhero zu bringen, und unter eines andern Namen, doch ihm selbsten zum besten, zu verkauffen; Sondern da er dessen vberwiesen würde, soll er derenthalben ernstlicher gestrafft werden; Oder da ein Verdacht auß ansehentlichen Vrsachen in deme auf jhn fiele, auff Anhalten deß Andern Theiles, sich mit dem Eyd zu purgiren schuldig seyn.

Da sich auch zutrüge, daß vielleicht der Auctor selbst oder ein anderer, ein Buch, welches ein Buchtrucker allhie zuvor getruckt hatte, änderen, mehren, ꝛc. würde und dasselbig allhie wiederumb drucken lassen wolte: So soll solches veränderte oder verbesserte Buch kein anderer Trucker anzunehmen Macht haben, als der jenige, so es zuvor getruckt hat. Es were dann Sach, daß der jenige, welcher es zuvor getruckt hat, auf gethanes Anbieten dasselbig nicht annehmen wollte; (darumb auch die Anbietung in Beyseyn glaubhafter Personen geschehen soll, auf daß künfftig kein Streit darüber einfallen mögen;) Alsdann soll es ein Anderer wohl annehmen dürffen. Jedoch wo der jenige, so es zuvor gedruckt hat, der alten Exemplarien mehr als hundert noch unverkaufft hinter sich hatte, so soll der, welcher das neue Exemplar annimbt, mit seinem Trucken innehalten, biß daß die alte Exemplaria verhandelt seynd, oder dieselben umb ein billichen Werth an sich bringen.

In gleichem soll auch allen Truckern und Verlegern hiemit ernstlich verbotten seyn, daß keiner dem anderen seine Scribenten oder Auctores abspanne, zu sich ziehe, oder ihre künfftige monumenta, durch Anbietung eines höheren pretii oder sonsten heimlich oder offentlich dem andern zum Nachtheil

an sich zu bringen unterstehn, bey Vermeidung einer Straff nach ermessung, so offt hiergegen gehandelt wird.

In gleichem da ein Buchtrucker biß dahero einen oder mehr Auctores und Bücher allein getruckt, und die Exemplaria auff hundert ungefehrlich verkaufft, und distrahirt hatte; Aber demnach in zweyen Jahren dieselbige Auctores oder Bücher nicht aufflegen würde; Und in Messen von den frembden Buchhändlern fragens darnach were: Alsdann mag ein anderer Buchtrucker mit gutem Fug, diejenigen, so die Auctores oder Bücher getruckt, ob er dieselbige wiederumb auffzulegen fürhabens, aber ihm den Truck für dasselbigemal gönnen wolte, in beysevn glaubhaffter Personen besprechen. Und soll auf solchen fall der Buchdrucker, welchem die Auctores oder Bücher zugeständig schuldig seyn, entweder dieselbige selbs wiederumb auffzulegen, oder aber dem ersten, so ihm darumb angesprochen, den Truck auf die Anzahl Exemplaria, so er hiebevor selbst auffgelegt, zu gönnen, auch für sich damit innzustehen, bis daß solche Exemplaria auff hundert ungefehrlich verkaufft, oder distrahirt worden synd.

Dieweil sich auch mehrmals begibt, daß ihrer zween unbewußt einerley neue Werck in unsere Cantzley zur Censur lieffern: So soll hinfüro derjenige so dem andern mit der praesentation zuvorkommen, den Truck allein haben, und sich etwa in Gemeinschaft, oder anderer Vergleichung einzulassen nit schuldig seyn.

Kein Buchtrucker soll hinfüro auff seine Bücher diese Wort, cum gratia privilegia ꝛc. Item, mit Kays. Majest. Freyheit nicht nachzudrucken, oder dergleichen, setzen, er habe dann ein Privilegium. Da er aber ein Privilegium hat, soll er ein solches Privilegium auffs vorderste Blatt, zu Rück desselbigen, gantz und alles seines Inhalts, oder auffs wenigste die Substantz, und würklichen Inhalt desselbigen trucken, oder E. Raht solches Privilegium in originali überliefern, glaubwürdige Kopey darvon zu nehmen. Wer hierwider handelt, der soll das Privilegium verwirkt haben.

Der Buchtrucker keiner soll kein Buch in unsere deß Rahts Kantzley, liefern, welches er nicht in einem halben Jahr hernachher auffs längste zu trucken entschlossen ist, dann thet ers darüber und fings im halben Jahr hernach nicht an zu drucken, soll der andern einem nicht ungewehrt seyn, solches Buch zu trucken.

Vnd damit Ihrer der Trucker nit zu viel werden, haben Wir der Raht obgenannt uns entschlossen, keine Trucker (sonderlich welche die Kunst nicht gelernet) oder Verläger ferner mehr zu dulden, als diejenige, so auf diese Stund allhie wohnen und Bürger seyndt: Ferner aber dieselbigen soll sich hinfüro keiner zu trucken, oder zu verlegen vnderstehen, ohne außdrückliche Erlaubnuß eines Erbaren Rahts, bey Vermeydung ernstlicher unnachlässiger Straff, und darzu Verlust alles seines Druckzeugs.

Aus: Kaiserliches Rescript de dato Wien, 7. Juli 1775, in Frankfurt publicirt nach Rathschluß vom 22. August 1775.

Es ist Unser gemessene Meinung, im fall sich erfinden läßt, daß ein Buch- Landcharten- oder Kupfer-Drucker und Händler so weit vorgehe, und seinem

ausgebenden Werk, es bestehe, worin es wolle, eines fälschlich erdichteten Privilegii gebrauchete, daß nebst Confiscirung solchen Werkes, und Schließung dessen Gewölbs, Laden und Officin, gegen den, oder diejenige, wie sich in solchem Crimine gebührt, mit scharfer Ahndung verfahren werden solle.

Dahingegen solche gewinnsüchtige Buchhändler, führer und so weiter, die da von Uns oder Unsern Vorfahren am Reich privilegirte Bücher, und Stücke nachdrucken und demjenigen, so mit Mühe und Kosten, und manchmal mit Schmälerung ihres ganzen Vermögens ein Werk an sich erhandelt, und darüber ein Kayserliches Privilegium erhalten, einen großen, ja oft unersetzlichen Schaden zuwenden, sogleich mittelst Schließung ihrer Bücherläden, Confiscirung des nachgedruckten Stücks, und der in dem Kayserlichen Privilegio entworfenen Poen bestrafet, und zur Ersetzung des dem unschuldigen Theil zugefügten Schadens unnachläßig angehalten werden sollen, wenn gleichwohl die Inscription, oder hier und da zum Scheine etwas verändert worden wäre. Um diesen desto besser vorzukommen, so wollen Wir

gnädigst, daß alle Kayserliche Privilegia, wie und wo sie immer erlangt werden, jederzeit in Zeit Sechs Wochen a dato, da dasselbe ausgefertigt ist, Unserem Bücher-Commissario in glaubhafter Gestalt eingeschicket, von diesem aber veranstaltet werde, daß solche zu Meßzeiten nach Beschaffenheit des privilegirten Werkes gegen billigmäßige Gebühr allen mit solcher privilegirten Gattung Handelnden gehörig kund gethan und insinuirt, auch besonders deme zu ertheilenden Privilegiis einverleibt werden: daß in nächster Meß a die Impetrati das erhaltene Privilegium Unser Büchercommission vorgezeiget, daraufhin durch dieselbe anderen zur Nachricht und Warnung die Insinuation beschehen und . . . . bei Verlust des Privilegii nicht unterlassen werden solle. Betraget sich aber, daß die, so Privilegia universalia oder specialia ausgewürket, sothane nicht behörend insinuiren, oder gar ihrem befreyten Werk nicht vordrucken, in dem fall, anstatt zu hoffen habender Satisfaction sothanes Werk Unserm Fisco verfallen, und die, oder diejenige ihrer Privilegii ipso facto verlustiget, hiemit erkläret werden.

Bei Confiscation aller Bücher und Sperrung des Gewölbs (darf) kein Buchhändler und Drucker sich gelüsten, einiges Buch oder Tractat, es sey groß oder klein, auch in was Sprach es immer abgefasset, dem gewöhnlichen Catalogo nundinali vorzuenthalten, und zu verschweigen, dahingegen sich auch nicht unterstehen, sothanen Catalogo derley einschreiben zu lassen, es sey denn, daß er sich dazu mit Namen und zunamen bekenne; Wir wollen außerdem gnädigst, daß ein jedweder Buchführer, Buchhändler und Drucker jedesmal ein aufrichtig- und vollkommene Designation seiner zum Verkauf habenden Bücher und Tractaten, Unserm Bücher-Commissariat in der ersten Meßwoche einliefern solle.

Bekanntmachung vom 3. April 1838, betreffend die Publication des BB. v. 9. Nov. 1837.

Mit dem Zusatze: daß die noch weiteren Schutz gewährenden Maßregeln, welche die hiesige Gesetzgebung mit sich bringt, neben demselben fortwährend in Anwendung bleiben.

Hamburg.

Rathschluß vom 3/4. Juli 1828.

Nachdem in der Bundesacte die Absicht, Verfügungen in Betreff des Nachdruckes zu treffen, ausgesprochen, und derselbe in den mehrsten deutschen Bundesstaaten bereits verboten worden, so sind doch für die freie Hansestadt Hamburg vorgängig und unbeschadet eines, etwa künftig von der Bundesversammlung zu fassenden, allgemeinen Beschlusses, die nachstehenden Verfügungen durch Rath- und Bürgerschluß am 3. Juli d. J. beliebt worden:

1) Die Verfasser und Verfertiger aller und jeder, in den Staaten des deutschen Bundes erschienenen, oder künftig erscheinenden Schriften, musikalischer Kompositionen, oder bei einem von mehreren Mitarbeitern redigirten Werke, die Unternehmer desselben, sowie diejenigen, welchen sie den Verkauf übertragen, haben, vom Tage der Publication dieser Verordnung an, ein temporäres ausschließliches Recht auf die öffentliche Bekanntmachung eines solchen Werkes durch den Druck und dessen Veräußerung. Jede Verletzung dieses Rechts abseiten eines Dritten ist als Nachdruck verboten. Auch der Verkauf der nach den Vorschriften dieser Verordnung, für nachgedruckt zu achtenden Werke ist untersagt.

2) Dieses ausschließende Recht der Verfasser und Verleger endigt zehn Jahre nach Herausgabe des Werkes, oder jedes einzelnen Bandes desselben. Würde jedoch der Verfasser, oder der Unternehmer, oder der Verleger, vor Ablauf dieser Zeit eine zweite oder fernere Auflage oder Umarbeitung dieses Werkes publicirt haben, so genießen diese ein gleiches temporäres Recht, so daß auch der Nachdruck aller ältern Ausgaben untersagt bleibt.

3) Die Erben eines Schriftstellers, welche nach dessen Tode seine noch nicht publicirten Schriften, oder von ihm verfaßte Fortsetzungen seiner früheren Werke herausgaben, haben ein gleiches zehnjähriges, ausschließliches Recht an solchen Werken und Fortsetzungen, welches sich jedoch hinsichtlich ihrer, mit Ablauf dieser Zeit, unbedingt endigt. Dasselbe beschränkte Recht genießen die Erben eines Schriftstellers, wenn sie innerhalb zweier Jahre nach dessen Tode eine Sammlung seiner schon herausgegebenen Werke publiciren oder herauszugeben anfangen.

4) Sowohl Uebersetzungen der in fremden Sprachen verfaßten Schriften in die deutsche Sprache, und umgekehrt, als auch Bearbeitungen der in fremden Sprachen geschriebenen Werke haben, wenn sie in den deutschen Bundesstaaten publicirt werden, dieselben Rechte, als ob sie Originalschriften wären.

5) Der Wiederabdruck einzelner, von einem Schriftsteller herausgegebener Schriften in Sammlungen, solche mögen bisher abgesondert, oder in andern Sammlungen erschienen seyn, abseiten eines unbefugten Dritten, ist, unter den vorgedachten Bedingungen, als Nachdruck verboten. Dagegen ist die Herausgabe von Auszügen aus Hauptwerken, sowie mehrere Uebersetzungen oder Bearbeitungen desselben Werkes stattnehmig. Nur müssen die Auslassungen und Abänderungen hinlänglich wesentlich seyn, daß sich genügend ergibt, daß dadurch nicht lediglich hat ein Nachdruck aerdeckt werden sollen.

6) Der Nachdruck wird mit Confiscation der nachgedruckten Exemplare und mit einer Geldbuße von 25 bis 100 Thalern bestraft. Ueberdieß ist der Nachdrucker dem Verleger einen Schadenersatz, welcher dem Verkaufspreise von 200 Exemplaren der nachgedruckten Schrift gleich kommt, zu leisten schuldig. Der Verkauf nachgedruckter Werke wird gleichfalls mit Confiscation der vorhandenen Exemplare und einer Geldstrafe von 10 bis 50 Thalern geahndet.

7) Für den Fall, daß dieses Verbot des Nachdrucks eine übermäßige Erhöhung der Bücherpreise oder andere Nachtheile zur Folge haben würde, bleibt die gänzliche Wiederaufhebung oder die Beschränkung dieser Verfügungen vorbehalten.

Gegeben in unserer Rathsversammlung, den 4. Juli 1828.

Conclusum vom 14. Juni 1841, betreffend die Publication des BB. vom 22. April 1841.

Mit dem Zusatz: daß der gesammte, in Gemäßheit passus 4. des Bundesbeschlusses in Beschlag zu nehmende rohe Ertrag jeder unbefugten Aufführung zur Entschädigung des Autors oder seiner Rechtsnachfolger bestimmt ist.

Bekanntmachung, betreffend die Herabsetzung des französischen Einfuhrzolles für hamburgische literarische und künstlerische Werke.

In Gemäßheit amtlicher Mittheilung hat die Kaiserlich französische Regierung, in Berücksichtigung des Art. 11 des Vertrages, betreffend den gegenseitigen Schutz des Eigenthumes literarischer und künstlerischer Werke vom 2. Mai 1856, den Einfuhrzoll für die Erzeugnisse der hamburgischen Pressen, denen der Königlich sächsischen Pressen gleichgestellt, und demnach dahin erniedrigt und festgestellt, daß hinfüro der Zoll bei der gesetzlichen Einfuhr zu Lande oder zu Wasser in das Kaiserlich französische Gebiet von Büchern, Flugschriften und wissenschaftlichen Abhandlungen, geheftet, cartonnirt oder gebunden, wenn sie in französischer Sprache verfaßt und zu Hamburg gedruckt sind, entrichtet wird mit 20 Franks für 100 Kilogramm: wenn sie in einer anderen todten oder lebenden Sprache verfaßt sind, mit 1 Frank für 100 Kilogramm. Von Kupferstichen, Stichen anderer Art (Holzschnitten), Steindrücken, geographischen und Seekarten, so wie von Musikalien, wenn sie zu Hamburg veröffentlicht sind, werden 20 Franks für 100 Kilogramm entrichtet.

Welche Abänderung des gedachten Vertrages hiemittelst zur Kenntniß der Betheiligten gebracht wird.

Gegeben in Unserer Raths-Versammlung.

Hamburg, den 8. December 1856.

Bekanntmachung.

Nach Art. 7 des Vertrages zwischen Hamburg und Großbritannien wegen gegenseitigen Schutzes der Autorenrechte wider den Nachdruck vom 16. August 1853 ist es erforderlich, daß Diejenigen, welche diesen Schutz

für Werke, die zuerst innerhalb des großbritannischen Gebietes erschienen sind, in Anspruch nehmen, das Werk in ein Verzeichniß eintragen lassen, welches zu diesem Zwecke auf der hiesigen Stadtbibliothek geführt wird. Da nun die des Endes erforderlichen Einrichtungen jetzt getroffen sind, so wird Folgendes darüber zur allgemeinen Kunde gebracht:

1) Anmeldungen zur Eintragung solcher Werke werden an Werktagen täglich von 1 bis 3 Uhr auf der Stadtbibliothek entgegengenommen.

2) Dabei ist jedesmal ein Exemplar des Werkes einzuliefern, welches gehörig bezeichnet wird. Das Eigenthum desselben verbleibt der Bibliothek.

3) Für die Eintragung ist eine Gebühr von 12 Schl. und für ein über die Eintragung auszustellendes Certificat, (wenn ein solches verlangt wird) 4 Mk. zu entrichten.

4) Ebenso ist mit Musikalien, Kupferstichen, Steindrucken und dergleichen zu verfahren.

5) Werke der Sculptur oder Malerei werden nicht eingeliefert, sondern von Demjenigen, der rücksichtlich ihrer den Schutz gegen Nachbildung in Anspruch nimmt, nur eine genaue Beschreibung derselben überreicht, welche sodann nach § 2 bezeichnet und in das Verzeichniß eingetragen wird. Dafür ist dieselbe Gebühr zu entrichten.

6) Da die revidirte Verordnung in Betreff des Nachdrucks vom 29. November 1847, Art. 11, vorschreibt, daß, um den durch diese Verordnung zugesicherten Schutz in Anspruch zu nehmen, ein Exemplar des betreffenden Werkes an die Stadtbibliothek abgeliefert werden muß, so ist nunmehr verfügt worden, daß damit nach Maßgabe der gegenwärtigen Bekanntmachung zu verfahren ist. Der Name des Abliefernden u. s. w. wird jedoch nicht auf dem Titelblatt bemerkt, sondern in das Eingangs gedachte Register eingetragen. Die Gebühren sind die im § 3 angeführten.

Dasselbe gilt in Bezug auf die in den §§ 4 und 5 erwähnten Gegenstände.

Hamburg, den 31. December 1853.

Die Bibliothek-Deputation.

Hannover.

Ausschreiben des Königl. Kabinets-Ministerii, den Bücher-Nachdruck und die darüber mit der Königl. Preußischen Regierung getroffene Vereinbarung betreffend, vom 17. Sept. 1827.

Nachdem mit der königl. Preuß. Regierung eine Verabredung des Inhalts getroffen ist,

daß vorläufig und bis dahin, daß es nach dem Art. 18 der deutschen Bundesacte zu einem gemeinsamen Bundesbeschlusse über die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Bücher-Nachdruck kommen wird, diejenigen Bestimmungen, welche zu Gunsten der einheimischen Schriftsteller und Verleger in den beiderseitigen Staaten gegenwärtig bestehen, in ganz gleicher Maße auch zum Schutze der Schriftsteller und Verleger des andern Staats für gültig erklärt und

vom 1. November d. J. an gerechnet, in Anwendung gebracht werden sollen,

in den hiesigen königlichen Landen aber der Nachdruck, so wie der Verkauf der Nachdrücke, in Ansehung aller derjenigen Schriften untersagt ist, welche entweder von inländischen Buchhandlungen oder Buchruckereien verlegt, oder von einheimischen Verfassern im In- oder Auslande herausgegegeben sind, und Uebertretungen dieses Verbots gegen die Nachdrucker und Verkäufer von Nachdrücken mit der Confiscation sämmtlicher Exemplare der nachgedruckten Schriften und einer Geldbuße von zehn Thalern geahndet werden;

So erneuern im Namen Sr. königl. Majestät Wir hiermit, bis auf Weiteres, diese gegen den Bücher-Nachdruck bestehenden Vorschriften und verordnen zugleich, daß dieselben, der obigen Vereinbarung gemäß, vom 1. November dieses Jahres an gerechnet, in ganz gleicher Maße auch zum Schutze aller derjenigen Schriften in Anwendung gebracht werden sollen, welche von Buchhändlern oder Buchdruckern in den gesammten königl. Preuß. Staaten verlegt oder von königlich Preuß. Unterthanen verfaßt und in oder außerhalb der königl. Preuß. Monarchie herausgegeben sind, oder ferner verlegt oder herausgegeben werden sollten; wohingegen die hiesigen königl. Unterthanen für die von ihnen verfaßten oder bei ihnen verlegten Schriften in den königl. Preuß. Staaten einen gleichen Schutz wie die königl. Preuß. Unterthanen zu gewärtigen haben.

Indem nun eine gleiche Verabredung wider den Bücher-Nachdruck und die Debitirung nachdedruckter Schriften mit der herzogl. Braunschweischen Regierung seit dem Jahre 1788 bereits besteht, und es bei derselben bis auf weitere Verfügung ebenfalls fernerhin sein Bewenden behält, weisen Wir alle obrigkeitlichen Behörden hiemit an, den Buchhändlern, Buchdruckern und Antiquarien ihres Bezirks den Inhalt der vorstehenden Bestimmungen bekannt zu machen, auf die genaue Befolgung derselben sorgfältigst zu halten, und in Uebertretungsfällen an die ihnen vorgesetzte Criminalbehörde zu berichten.

Dieses Ausschreiben ist der zweiten Abtheilung der Gesetz-Sammlung zu inseriren.

Hannover, den 17. Sept. 1827.

Bekanntmachung des Kabinetsministeriums vom 26. Sept. 1832, betr. die Publication des BB. vom 6. Sept. 1832.

Mit dem Zusatz: daß die in den hiesigen Königlichen Landen bestehenden, durch das Ausschreiben vom 17. Septb. 1827 erneuerten, Vorschriften gegen den Bücher-Nachdruck, von jetzt an in ganz gleicher Maße auch zum Schutze aller derjenigen Schriften in Anwendung gebracht werden sollen, welche in dem ganzen Umfange des deutschen Bundes herausgegeben sind, oder ferner verlegt oder herausgegeben werden sollten.

Kabinetsverordnung vom 13. Decbr. 1837, betreffend die Publication des BB. v. 9. Nov. 1837.

Mit dem Zusatz: Im Uebrigen versteht es sich von selbst, daß es bei den in den hiesigen Landen bereits früher erlassenen Verboten wider den

Nachdruck und insbesondere bei dem Ausschreiben vom 17. Sept. 1827, sowie bei der Verordnung vom 26. Sept. 1832 daneben sein unverändertes Bewenden behält.

Verordnung vom 15. März 1853, betreffend den Staatsvertrag mit Frankreich zum Schutz des Eigenthums von Werken der Literatur und Kunst.

Der Verkauf der vor dem Abschluß des Staatsvertrages vom 20 Oct. 1851 veranstalteten Nachdrücke ist bis zum 1. Sept. 1854 zugelassen.

Bekanntmachung des Kabinetsministeriums vom 13. August 1845, betr. die Publication des BB. v. 19. Juni 1845.

Mit dem Zusatz: die darin enthaltenen Bestimmungen nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften, namentlich des Polizeistrafgesetzbuches vom 19. November 1840, gebührend zu handhaben.

Hessen-Darmstadt.

Verordnung, die Bestrafung der Contraventionen gegen Privilegien zur Verhütung des Nachdruckes betr. — Vom 11. Mai 1826.

Ludwig, von Gottes Gnaden ꝛc.

Da in den neuern Zeiten es häufiger, wie ehemals, zu geschehen pflegt, daß Schriftsteller und Verleger ihr Eigenthum durch die Bitte um Privilegien bestimmter und fester zu sichern suchen, Wir aber, bei Unserer Geneigtheit, dergleichen Gesuche in Ansehung aller Werke, welche mit Unserer Billigung erscheinen, zu erhören, es passend finden, um nicht in jedem einzelnen Falle die Contraventionen gegen die von Uns ertheilt werdenden Privilegien der bezeichneten Art besonders verpönen zu müssen, die Strafen solcher Contraventionen im Allgemeinen zum Voraus zu bestimmen, so haben wir Uns bewogen gefunden, Folgendes gnädigst zu verordnen:

Art. 1) Jede Contravention gegen die Privilegien, welche wir gegen die Entstehung des Nachdruckes in Unsern Landen, oder gegen den Verkauf andernorts nachgedruckter Werke in denselben zu ertheilen für gut finden, hat immer die Confiscation desjenigen zur Folge, was Jemand durch diese Contravention als Nachdruck zu erzeugen, oder zum Verkauf in Unser Großherzogthum einzuführen, oder anzunehmen sich unterfangen sollte.

Art. 2) Jede solche Contravention soll außerdem, in sofern Wir nicht des Falls in schon gegebenen Privilegien andere Bestimmungen zu treffen für gut finden sollten, eine Strafe zur Folge haben, welche nie geringer, als der zwanzigfache Verkaufspreis des nachgedruckten Werkes, und nie höher, als der hundertfache Verkaufspreis desselben sein soll.

Art. 3) Alle Unsere Gerichtsbehörden haben sich hiernach zu richten und geschieht daran Unser Wille.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und des hier aufgedruckten Staatssiegels.

Darmstadt, den 11. Mai 1826.

Bekanntmachung vom 3. Febr. 1853, betreffend den Staatsvertrag mit Frankreich zum Schutz des literarischen Eigenthums.

Nachdem zur Ausführung der Artikel 5 und 8*) des zwischen dem Großherzogthum Hessen und der Republik Frankreich zum Schutze des literarischen Eigenthums am 18. Sept. 1852 zu Frankfurt a. M. abgeschlossenen Vertrags der 1. März 1853 als derjenige Zeitpunkt festgesetzt worden ist, mit welchem diese Uebereinkunft im Umfange des Großherzogthums in Wirksamkeit tritt, und mit welchem beginnend der Verkauf oder die Veröffentlichung von Nachdrücken oder Nachbildungen der im Art. 5 gedachten Vertrags, erwähnten Art in dem diesseitigen Staatsgebiete nicht ferner stattfinden darf, so wird dies andurch zur Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht.

Hessen=Kassel.

Verordnung vom 28. Decbr. 1837, betreffend die Publication des BB. v. 9. Nov. 1837.

Mit dem Zusatz: Unter Bezugnahme auf die Verordnung vom 16. Mai 1829,

Gesetz zum Schutz dramatischer und musikalischer Werke gegen unbefugte Aufführung. — Vom 18. August 1841.

In Gemäßheit hoher Entschließung Sr. Hoheit des Kronprinzen und Mitregenten soll die Aufführung eines in Kurhessen verfassten dramatischen Werkes, sei dieselbe vollständig oder abgekürzt, so lange, als das Werk noch nicht durch den Druck veröffentlicht worden, nur dann gestattet werden, wenn dazu von Seiten des Verfassers oder dessen Erben oder sonstigen Rechtsnachfolgers Einwilligung ertheilt worden ist.

Hat jedoch nach Erlangung dieser Einwilligung Jemand die öffentliche Aufführung eines solchen Werkes bewirkt, und ist seidem ein zehnjähriger Zeitraum abgelaufen, oder hat der Verfasser irgend Jemanden gestattet, sein Werk ohne Nennung seines Familien= oder offenkundigen Autornamens aufzúführen, dann bedürfen Andere zur Aufführung dies Werkes einer weiteren Zustimmung nicht.

Zu gehöriger Sicherung der Vollziehung jener Bestimmungen hat jeder Schauspiel=Unternehmer, welcher im Curstaate dramatische Vorstellungen geben will, zuvor einen Revers in rechtsgültiger Form auszustellen, worin sich derselbe einer Conventionsstrafe von zehn bis zu einhundert Thalern unterwirft und auf den Bezug der ganzen Einnahme von der betreffenden Auf=

---

*) Anm. Siehe meine Sammlung 2c. S. 168.

führung ohne Abzug der auf letztere verwendete Kosten und ohne Unterschied, ob das Werk allein oder verbunden mit einem andern den Gegenstand der Aufführung ausmachte, — verzichtet, wenn derselbe ein nicht im Drucke erschienenes aber nur im Manuscript vorhandenes Werk ohne die Zustimmung des Verfassers, beziehungsweise dessen Erben oder Rechtsnachfolgers unter den oben angegebenen Voraussetzungen zur Aufführung gebracht hat.

Von der gedachten Geldstrafe kommen dem Verfasser des aufgeführten dramatischen Werkes oder dessen Rechtsnachfolger zwei Drittheile zu.

Gleicher Schutz, wie den dramatischen Werken, soll auch den musikalischen Werken zu Theil werden, welche im Kurstaate oder in denjenigen andern deutschen Staaten componirt worden sind, deren Regierungen den in Kurhessen componirten musikalischen Werken eben dieselbe Begünstigung gewähren.

Vorstehende Bestimmungen, über deren genaue Befolgung zu wachen die Regierungen und Polizeibehörden angewiesen worden sind, werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Kassel, am 18. August 1841.

Kurfürstliches Ministerium des Innern.

Hohenzollern.

Die Bekanntmachung des Bundesbeschlusses vom 6. Sept., wegen Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck und zugleich gesetzliche Verfügungen hierüber betreffend. 23. Nov. 1832.

Wir Carl von Gottes Gnaden rc.

Die deutsche Bundes-Versammlung hat in ihrer 33. Sitzung vom 6. September d. J. wegen Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck in Folge des Artikels 18 der deutschen Bundesacte folgenden Beschluß gefaßt.

(Folgt BB. vom 6. September 1832.)

Mit der Bekanntmachung des gegenwärtigen Beschlusses haben wir jedoch in Erwägung, daß in dem Fürstenthum noch keine gesetzlichen Vorschriften zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller, Verleger und Herausgeber gegen den Nachdruck bestehen, vorerst und mit Vorbehalt der in dem deutschen Bunde noch zu erwartenden gleichförmigen Anordnungen zu verordnen beschlossen; wie folgt:

1) Eine von einem deutschen Schriftsteller verfaßte oder in einem Verlage innerhalb der deutschen Bundesstaaten erschienene Druckschrift, auf welcher Herausgeber und Verleger genannt sind, darf, so lange der Autor lebt, und bis ein Jahr nach seinem Tode verflossen ist, weder nachgedruckt, noch ein fremder Nachdruck im Fürstenthum verkauft werden, sofern nicht die vorher dazu erhaltene förmliche Einwilligung des Schriftverfassers nachgewiesen werden kann.

Nach Ablauf dieser Zeit ist der Nachdruck wie der Verkauf des Nachdrucks freigegeben.

2) Die gleiche Vergünstigung findet für Gegenstände des Kunsthandels statt, und der Herausgeber derselben soll, gleich dem Schriftsteller, auf obige Zeit gegen den Nachdruck gesichert bleiben.

3) Die Uebertretung dieses Verbotes gibt dem Herausgeber, Schriftsteller oder Verleger ein Recht, auf Auslieferung des vorhandenen Nachdrucks zum Behuf der Vernichtung, welche auch sogleich bewirkt werden soll und auf Bezahlung des doppelten Preises der Original-Ausgabe für jedes erweislich verkaufte Exemplar des Nachdrucks zu klagen, dergestalt, daß derjenige von den Berechtigten, welcher zuerst mit der Klage auftritt, damit zu hören und seinem Anspruch, wenn er gehörig begründet erscheint, zu willfahren ist. Die Leistung des gesetzlichen Schadenersatzes an den Kläger befreit jedoch den Nachdrucker von anderen Entschädigungsforderungen der außerdem zur Klage Berechtigten und es haben sich diese wegen ihrer Entschädigung an den ersten Kläger zu halten.

4) Ueber diese, an den Herausgeber, Verleger oder Schriftsteller zu leistende Entschädigung verfällt der Nachdrucker noch in eine Strafe von so viel mal 1 fl. 30 kr., als das nachgedruckte Originalwerk Bogen stark ist.

Bei dem Nachdruck von Kunstwerken kann diese Strafe von 1 fl. 30 kr. bis auf 15 fl. und bei größeren Prachtwerken bis auf 25 fl. erhöht werden.

Ist dem Nachdruck mit Nachahmung der Lettern, des Namens des ächten Verlegers und seines Druckorts oder auf andere Weise noch der Schein einer fremden Druckwaare gegeben worden; so soll dieses Unternehmen über die obige Strafe auch als Verfälschung nach den bestehenden Gesetzen noch besonders bestraft werden.

5) Wenn für eine Druckschrift oder ein Kunstwerk ein landesherrliches Privilegium ertheilt worden und dasselbe innerhalb der Jahre, für welche das Privilegium anzudauern hat, nachgedruckt worden, so treten auf die ganze Zeit der Andauer des Privilegiums die im § 1. 2. 3. u. 4. gegebenen Bestimmungen in Wirkung, ohne Rücksicht, ob der Herausgeber oder Schriftsteller noch am Leben sich befinde oder nicht.

Sigmaringen, den 23. November 1832.

Holstein.

Kanzleipatent vom 12. Juni 1841, betr. die Publication des BB. v. 22. April 1841.

Mit dem Zusatz: daß der in Beschlag genommene Betrag einer unbefugten Aufführung behufs der Entschädigung den verletzten Autoren zur Disposition stehe.

Lippe-Detmold.

Bekanntmachung vom 19. Decbr. 1837, betr. die Publication des BB. vom 9. Nov. 1837.

Mit dem Zusatz: auch hat es übrigens bei der Verordnung vom 18. Decbr. 1827, wodurch der Nachdruck, sowie das Einführen und Verkaufen nachgedruckter Bücher in dem hiesigen Lande, bei Gefahr der Confiscation und bei Strafe des 20- bis 100fach dem Fiskus zu erlegenden Verkaufspreises derselben verboten worden, nicht nur sein unabgeändertes Verbleiben, sondern es werden diese Strafbestimmungen auch auf die in Ansehung der im obigen Bundesbeschlusse bezeichneten Werke der Kunst stattfindenden Contraventionen hiermit ausgedehnt.

Lippe-Schaumburg.

Erklärung vom 12. Sept. 1827, betr. den Staatsvertrag mit Preußen, zum Schutz gegen Nachdruck.

Die fürstlich Schaumburg-Lippische Landesregierung erklärt hiedurch in Gemäßheit der von Sr. hochfürstlichen Durchlaucht ihr ertheilten Ermächtigung:

Nachdem von dem königlich Preußischen Ministerio der auswärtigen Angelegenheiten die Zusicherung ertheilt worden (folgt die Zusicherung).*) so wird Seitens der fürstlich Schaumburg-Lippischen Landesregierung hierdurch die Zusage ertheilt:

> daß bis zu dem Zeitpunkte eines gemeinsamen Bundesbeschlusses gegen den Büchernachdruck jedem königl. Preußischen Unterthan, Schriftsteller oder Verleger, auf geschehenes Nachsuchen, ein Privilegium wider den Nachdruck unter denselben Bedingungen, wie den Inländern und ohne Kostenansatz gegeben und in dem Privilegio jedes Mal die Strafe des Nachdrucks ausdrücklich bestimmt werden soll, welche außer der Confiscation der nachgedruckten Exemplare auch auf Bezahlung des rechtmäßigen Ladenpreises von 500 bis 1000 Exemplare gerichtet, und, was den Handel mit solchergestalt privilegirten anderswo nachgedruckten Werken betrifft, in Confiscation aller vorgefundenen Exemplare bestehen soll.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende von dem königl. Preußischen Ministerio der auswärtigen Angelegenheiten vollzogene Erklärung ausgewechselt sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in dem Fürstenthum Schaumburg-Lippe Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Bückeburg, den 12. Septbr. 1827.

---

*) S. diesen Nachtrag, S. 27.

Lübeck.

Verordnung vom 18. November 1829.

Vorläufig und mit Vorbehalt der weitern und bestimmtern Sicherstellung, welche die Rechte der Schriftsteller und Verleger noch zu erwarten haben, in Folge des 18. Artikels der deutschen Bundesacte, durch die darin verheißenen gleichförmigen Maßregeln gegen den Nachdruck, wird von einem Hochedeln Rathe, nach Rath- und Bürgerschluß hierdurch verordnet:

1) Herausgabe oder Verlag einer Druckschrift gewährt dem Herausgeber oder dem Verleger, und demjenigen, der etwa durch Uebertragung an seine Stelle getreten ist, ingleichem nach dem Tode des Verlagsberechtigten die Erben desselben noch während zehn Jahre, ein ausschließliches Recht mit der Wirkung, daß jede dieses Recht beeinträchtigende Vervielfältigung der Vertragsschrift durch den Druck als Nachdruck betrachtet wird und verboten ist, wie zugleich als Theilnahme daran jede zur Beförderung des Absatzes gewährende Verbreitung also entstandener Exemplare. Dieses Verbot des Nachdrucks und der Verbreitung desselben gilt auch zu Gunsten Auswärtiger, wenn sie nachweisen, daß in den Staaten, denen sie angehören, ein gleiches Verbot besteht und zu Gunsten Hiesiger angewendet wird.

2) Mit Anmerkungen, Erläuterungen, Zusätzen, Verbesserungen, oder auch in Auszügen herausgegebenen Schriften, wovon einem Andern das Verlagsrecht zusteht, werden nicht als verboten betrachtet, sofern sich genügend ergibt, daß Veranstaltungen solcher Art zu besonderen wissenschaftlichen Zwecken, nicht aber etwa dazu haben dienen sollen, einen Nachdruck verdeckt zu bewerkstelligen, oder das allgemeine Verbot desselben zu umgehen.

3) Wer sich des Nachdruckes oder der Verbreitung desselben in der vorstehend unter 1. und 2. bestimmten Weise schuldig macht, hat für den Fall, da dem Herausgeber ein ausdrückliches Privilegium ertheilt und dieses seiner Verlagsschrift ganz oder dem Inhalte nach vorgedruckt ist, die darin angedrohte Folge der dem Privilegirten zugefügten Beeinträchtigung zu gewärtigen. Außer diesem Falle trifft allgemein den Nachdrucker und den Verbreiter die Wegnahme und die Vernichtung aller bei ihnen vorräthigen nachgedruckten Exemplare, und jeden eine Geldstrafe von 25 bis 50 Thalern, den Nachdrucker aber noch insbesondere die Verurtheilung zu einem Schadenersatze an den Verlagsberechtigten, der dem von diesem angesetzten Verkaufs- oder Ladenpreise einer nach den Umständen zu bestimmenden Anzahl von Abdrücken gleichkommt, jedoch höchstens auf 200 Thlr. festzusetzen ist.

Meklenburg.

Bekanntmachung der Convention mit Preußen zur Unterdrückung des Nachdrucks. — 22. Decbr. 1827.

Das großh. Meklenburg-Schwerinsche Geheime Ministerium erklärt hiedurch, in Gemäßheit der, von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzoge ihm dazu ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Königl. Preuß. Regierung die Zusicherung ertheilt worden ist 2c. (folgt die Zusicherung),*)

daß jedem königl. Preußischen Unterthane, er sei Schriftsteller oder Verleger, der in dem Fall ist, auf ein Privilegium wider den Nachdruck und dessen Verbreitung bei der großh. Meklenburg-Schwerinschen Regierung anzutragen, ein solches nach denselben Rücksichten, wie es geschehen würde, wenn der Nachsuchende ein großh. Unterthan wäre, jederzeit in gewöhnlicher Form, ohne allen Kostenansatz, ertheilt, und darin jedesmal die Strafe des Nachdrucks ausdrücklich bestimmt, überdieß der damit versehene königl. Preußische Unterthan von den großh. Gerichten und Behörden in der Aufrechterhaltung des ertheilten Privilegiums einem, wider den Nachdruck privilegirten, großh. Meklenburg-Schwerinschen Unterthan gleich geachtet und geschützt werden soll.

Bekanntmachung vom 14. Oct. 1832, betreffend die Publication des BB. vom 6. Sept. 1832.

Friedrich Franz 2c. Nachdem die deutsche Bundes-Versammlung zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck, in Folge des Art. 18 d. der deutschen Bundes-Acte, in ihrer dießjährigen 33. Sitzung vom 6. Sept. nachfolgenden Beschluß gefaßt hatte:

(folgt BB. v. 6. Sept. 1832).

Verordnen Wir — da in Unsern Landen specielle Verordnungen gegen den Nachdruck zur Zeit überall nicht, mithin auch nicht zu Gunsten Unserer eigenen Landes-Unterthanen existiren — hiemit, daß fortan, bis zur Emanirung derselben, nicht nur Unsere darum nachsuchenden eigenen Unterthanen, sondern auch jeder Unterthan der übrigen deutschen Bundesstaaten ein Privilegium zum Schutz wider den Nachdruck in der Art, als wäre der Nachsuchende Unser eigener Unterthan, ertheilt werden soll.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung unter Unserm Handzeichen durch das officielle Wochenblatt bekannt zu machen befohlen.

Gegeben durch Unser Geheimes Ministerium.

Schwerin, am 14. Oct. 1832.

Verordnung vom 26. Januar 1836.

Friedrich Franz 2c. Nachdem die deutsche Bundes-Versammlung zu Frankfurt a. M. über ein allgemeines Verbot des Nachdruckes, in Folge des Art. 18 der deutschen Bundes-Acte, in ihrer dießjährigen 12. Sitzung vom 2. April nachfolgenden Beschluß gefaßt hat:

(folgt BB. v. 2. April 1835).

erklären Wir zur Vervollständigung Unserer in voller Wirksamkeit von Bestand bleibenden öffentlichen Bekanntmachungen vom 22. Decbr. 1827 und vom 14. Oct. 1832, wegen Ertheilung von Privilegien wider den Nachdruck, und bis zu künftig ergehender umfassender Gesetzgebung, in Uebereinstimmung mit Unsern getreuen Ständen, hiermit den Nachdruck, sowie den Debit des künftig etwa noch herauskommenden Nachdrucks für unerlaubte Handlungen, und verordnen, daß fortan das schriftstellerische Eigenthum diesem zufolge dawider zu schützen ist.

---

*) S. diesen Nachtrag, S. 27.

Gebieten und befehlen demnach sämmtlichen Unsern Landes-Gerichten und Behörden, und allen Unsern Unterhanen sich hiernach auf das Genaueste zu richten. Urkundlich dessen haben Wir diese Verordnung durch das officielle Wochenblatt bekannt zu machen befohlen.

Gegeben durch Unsere Regierung, Schwerin, den 26. Jan. 1836.

Nassau.

Bekanntmachung vom 18. April 1853, betr. den Staatsvertrag mit Frankreich zur Sicherung des liter. Eigenthums.

Der am 2. März l. J. mit der Kaiserlich Französischen Regierung abgeschlossene Vertrag wegen Sicherung des literarischen Eigenthums wird nach nunmehr erfolgter Auswechslung der Ratificationsurkunden mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß der Vertrag mit dem 11. Juli l. J. in Kraft tritt und also dieser Tag auch als der Zeitpunkt festgesetzt worden ist, nach dessen Ablauf der Verkauf der im Art. 5 desselben bezeichneten Nachdrücke und Nachbildungen nicht weiter stattfinden darf.

Oesterreich.

Hofdecret vom 13. Januar 1781.

In Rücksicht des den inländischen Buchdruckereien zu erlaubenden Büchernachdruckes wird verordnet, daß es bei der unter dem 17. Hornung 1775 festgesetzten höchsten Verordnung — vermöge welcher der den Wissenschaften, den Buchdruckern und dem Handel so schädliche Nachdruck der inländischen und einem jeden rechtmäßigen Verleger zugehörigen Auflagen bei schwerer Strafe verboten worden ist — sein gänzliches Verbleiben haben soll, dergestalt, daß nach dessen Sinne ein jeder inländischer Verfasser eines Buches, oder der mit diesem wegen des Abdruckes des von ihm gemachten Werkes kontrahirende inländische Verleger wider den Nachdruck auf das kräftigste geschützt, hingegen der Nachdruck fremder und erlaubter ausländischer Bücher einem jeden Buchdrucker als ein Negoz freigestattet werden soll, wenn gleich eben dieses Werk von einem oder mehreren inländischen Buchdruckern schon aufgelegt wäre.

Hofdecret vom 2. Mai 1782.

Das Gesetz vom 13. Jan. 1781, kraft welchem kein Buchdrucker dem Autor, oder welchem er dieses überläßt, etwas nachdrucken darf, wird in der Rücksicht, daß der Kupferstecher in Ansehung seines Werkes, ebenso wie ein Bücherverfasser, Autor ist, zur Aufmunterung der Künste gleichfalls auf die Kupferstecher verbreitet.

Verordnung vom 17. Nov. 1784.

Um die Provinzialschulen und Universitäten desto sicherer mit den nöthigen Vorlesebüchern zu einem mäßigen Preise zu versehen, räumen S. Majestät dem Gubernium das Befugniß ein, im Falle eines Mangels, oder unbilliger Preise derselben den Nachdruck zu veranlassen.

Verordnung v. 28. August 1784.

Die in der marianischen Bibliothek befindlichen Büchel und Blätter sollen nicht mehr zur Auflage und zum Nachdrucken gestattet werden.

Die Kreisämter haben daher nebst der Zustellung des Inventariums dieser Büchel und Blätter die Buchdrucker davon zu verständigen.

Hofentschließung vom 3., kundgemacht in Mähren den 18., in Wien den 10. und in Böhmen und Galizien den 26. Mai 1786.

Der Verkauf des ausländischen Nachdruckes der in den k. k. Erblanden verlegten Bücher wird allgemein verboten, und daher befohlen, sämmtlichen Buchdruckern und Buchhändlern zu bedeuten, daß die Uebernahme derlei auswärts nachgedruckter Exemplare eines in den sämmtlichen österreichischen Ländern verlegten Werkes unter eben der Strafe untersagt sei, unter welcher der Nachdruck derseben verboten ist.

Hofdecret vom 7. Febr. 1794.

Daß die Vorschriften, welche in Ansehung des Büchernachdrucks für die deutschen Erblande bestehen, auch in dem Hungarischen befolgt werden sollen; daher sei das Verbot des Nachdruckes in Ansehung aller in den deutschen Erblanden ursprünglich herausgekommenen Druckschriften in Hungarn ebenso und mit der nämlichen Strenge zu beobachten, als es in sämmtlichen deutschen Erblanden beobachtet wird; dagegen aber keinem Einwohner der deutschen Erblande zu gestatten, daß er ein in Hungarn ursprünglich gedrucktes Werk auf irgend eine Art nachdrucke und sich dadurch auf Schaden des rechtmäßigen Eigenthümers einen unerlaubten Gewinn zueigne und soll in Ansehung derley Werke, welche ursprünglich außer den Erblanden überhaupt erschienen und von der erbländischen Censur zugelassen sind, den hungarischen Nachdruckern so gut als den deutscherbländischen freistehen, solche wie und so oft sie wollen, nachzudrucken und ihren Nachdruck nach Gutbefinden zu verschleißen ohne daß der frühere Nachdrucker den spätern, er sey ein Hungar oder ein Deutscher, wegen Eintrag und Schaden belangen könne.

Hofdecret vom 15. Februar 1794.

Daß, sowie ein Werk von einem einländischen Schriftsteller in einer inländischen Druckerei aufgelegt, innerhalb der Monarchie nicht nachgedruckt werden dürfe, ebenso auch ex indentitate rationis keinem erbländischen Kupferstecher erlaubt sei, den Kupferstich eines einländischen Künstlers nach den nämlichen Zeichnungen nachzustechen oder zu kopiren.

Hofdecret vom 14. April 1794.

Daß das Reciprocum, das zwischen Hungarn und den deutschen Erbländern in Ansehung des Büchernachdrucks am 7. Hornung 1794 festgesetzt wurde, auf eben die Art, wie es für diese Provinzen bestehe, auch in Ansehung Siebenbürgens zu beobachten sei.

Hofkanzley-Decret vom 20. August 1825.

Se. k. k. Majestät haben laut hohen Hofkanzley-Decrets v. 14. July d. J. über einen allerunterthänigsten Vortrag unterm 27. Juny d. J. zu entschließen geruht: daß der Steinnachdruck dem Nachdrucke mit Lettern gleichzuhalten und gleich dem verbotenen Nachdrucke zu behandeln, dann daß die Amtshandlung über die Beschwerden wegen Nachdruckes, der ersten politischen Instanz zuzuweisen seien.

Hofkanzley-Decret vom 28. Nov. 1838.

Seine Majestät haben, nach Inhalt eines hohen Hofkanzley-Decrets vom 28. Nov. d. J., in der Betrachtung: daß den bestehenden Gesetzen, welche den Nachdruck verbieten, die Absicht zu Grunde liegt, daß die inländischen Schriftsteller und Künstler gegen Verkürzungen des gerechten Lohnes ihrer Bemühungen zu schützen, welche ihnen durch Nachbildungen ihrer Werke auf blos mechanischem Wege widerfahren können, durch die allerhöchste Entschließung vom 17. Nov. 1838 jene Verbotgesetze in gleicher Absicht auch auf das mechanische Nachformen seblständiger Werke der plastischen Kunst, nämlich: bildlicher Darstellungen in ganz oder halberhabener Arbeit, welche einzig nur zur Beschauung bestimmt sind, auszudehnen geruhet, wonach immerhin von diesem Verbote solche plastische Arbeiten ausgenommen bleiben, welche entweder zwar selbständig, jedoch zu einem wirklichen materiellen Gebrauche bestimmt, oder bloße Verzierungen eines Gewerbsproductes sind.

Oesterreichisches Strafgesetzbuch von 1852, in Wirksamkeit seit dem 1. Sept. 1852. — Eilftes Hauptstück.

Von den Vergehen und Uebertretungen gegen die Sicherheit des Eigenthums.

§. 467. Jeder unbefugte Nachdruck und jede demselben in den Gesetzen gleichgeachtete Vervielfältigung oder Nachbildung eines literarischen oder artistischen Productes ist auf Verlangen des Beeinträchtigten als ein Vergehen zu ahnden, und soll nebst dem, daß die vom Gesetze bestimmte civilrechtliche Entschädigung Platz zu greifen hat, an demjenigen, welcher dieselbe veranstaltet, oder zu deren Ausführung wissentlich mitgewirkt hat, oder mit den Erzeugnissen wissentlich Handel treibt, außer dem Verfalle (Confiscation) der vorhandenen Exemplare, Abdrücke, Abgüsse ꝛc., der Zerlegung des Drucksatzes, und bei Kunstwerken, in sofern nicht ein Uebereinkommen zwischen dem Nachbilder und dem Beschädigten, etwas Anderes festsetzt, auch der Zerstörung der Platten, Steine, Formen und anderer Objecte, welche ausschließend zur Ausführung dieser Vervielfältigung gedient haben, mit einer Geldstrafe von 25 bis eintausend Gulden oder im Falle der Zahlungsunvermögenheit mit Arrest von fünf Tagen

bis zu sechs Monaten, und in Fällen der Wiederholung oder nach vorangegangener zweimaliger Bestrafung auch mit Verlust des Gewerbes bestraft werden. Auch die confiscirten Exemplare sind, in soweit sie nicht durch Uebereinkommen mit dem durch das Vergehen Beschädigten zu dessen Entschädigung verwendet werden, zu vertilgen.

Ebenso ist die dem ausschließenden Rechte des Autors oder seiner Rechtsnachfolger zuwider veranstaltete öffentliche Aufführung eines dramatischen oder musikalischen Werkes im Ganzen oder mit Abkürzungen und unwesentlichen Abänderungen als Vergehen, außer der Confiscation der unrechtmäßig benützten Manuscripte (Textbücher, Partituren, Rollen), mit einer Geldstrafe von zehn bis zweitausend Gulden oder bei Zahlungsunvermögenheit mit verhältnißmäßigem Arrest zu ahnden.

Oldenburg.

Bekanntmachung vom 2/7 August 1841, betr. die Publication des BB. vom 22. April 1841.

Mit dem Zusatz: daß zur Entschädigung des Autors oder seines Rechtsnachfolgers, für jeden Fall unbefugter Aufführung, der ganze Betrag der Einnahme, ohne Abzug der darauf verwendeten Kosten, durch die competente Polizeibehörde, unter Vorbehalt des Recurses an die Regierung, in Beschlag genommen und dem Berechtigten zuerkannt werden soll.

Preußen.*)

Preuß. Landrecht. Theil II., Tit. 20.

§. 1294. Bücher, auf welche ein königlicher Unterthan das Verlagsrecht hat, soll Niemand nachdrucken.

§. 1295. Hat der rechtmäßige Verleger ein ausdrückliches Privilegium erhalten: so hat der Nachdrucker eines Buchs, welchem ein solches Privilegium vorgedruckt, oder dessen Inhalt auf oder hinter dem Titelblatte bemerkt ist, die im Privilegio angedrohte Strafe verwirkt.

§. 1296 a. Findet die Strafe aus einem besondern Privilegio nicht Statt, so soll dennoch der Nachdruck auf den Antrag des rechtmäßigen Verlegers confiscirt und zum Verkauf unbrauchbar gemacht, oder dem Verleger, wenn er es verlangt, überlassen werden.

§. 1296 b. Es muß aber in diesem letzteren Falle der rechtmäßige Verleger, wenn er den Nachdruck übernehmen will, die vom Nachdrucker darauf verwendeten Auslagen demselben auf die zu leistende Entschädigung anrechnen, oder soweit sie dazu nicht erforderlich sind, an die Strafkasse herausgeben.

---

*) Aelteres Recht der Rheinprovinz: Code pénal Art. 425—429. S. Meine Samml. ꝛc. S. 102.

§. 1297 a. Soweit der Nachdruck selbst verboten ist, darf auch Niemand, bei gleicher Strafe mit auswärts nachgedruckten Büchern Handel treiben.

§. 1297 b. Buchbinder dürfen den Handel mit ungebundenen Büchern oder blos gehefteten Schriften, bei Strafe der Confiscation des Werkes und des für schon verkaufte Exemplare gelöseten Werths, sich nicht anmaaßen.

§. 1297 c. Ein Verfasser kann seine für eigene Rechnung gedruckten Schriften zwar durch sich selbst oder auch durch Andere verkaufen; es darf aber dergleichen Verkauf nicht in einem öffentlichen Laden oder an Orten, wo Buchhändler sind, nicht durch Buchbinder geschehen.

§. 1297 d. Uebertretungen dieser Vorschrift werden ebenfalls mit der Strafe der Confiscation nach §. 1297 b geahndet.

Allerhöchste Kabinetsordre vom 16. August 1827, wegen Einleitung einer Vereinbarung mit den einzelnen Staaten des deutschen Bundes zum Zweck gemeinschaftlichen Schutzes der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher-Nachdruck.

Da zur Zeit die Verhandlungen am Bundestage in Frankfurt a. M., und in Folge des 18. Artikels der deutschen Bundesacte zu gleichförmigen Bestimmungen über die Sicherstellung der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck zu gelangen, noch nicht zum gewünschten Resultat geführt haben; so genehmige Ich die in Ihrem gemeinschaftlichen Berichte vom 23. v. M. in Antrag gebrachte Einleitung einer Verhandlung mit denjenigen deutschen Staaten, in denen der Büchernachdruck verboten ist, um mit Vorbehalt der weitern Erledigung dieses Gegenstandes durch gemeinsamen Bundesbeschluß, sich vorläufig über den Grundsatz zu vereinbaren, daß in Anwendung der vorhandenen Gesetze der Unterschied zwischen Inländer und Ausländer in Beziehung auf die gegenseitigen Unterhanen aufgehoben und denselben wegen ihrer Verlagsartikel ein gleicher Schutz wie dem Inländer zu Theil werde. Auch genehmige Ich, daß die Vereinbarungen, sobald sie durch den Austausch von Ministerial-Erklärungen vollzogen worden, durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden, um auf den Grund Meiner gegenwärtigen, ebenfalls in die Gesetzsammlung aufzunehmenden, Ordre Gesetzeskraft zu erhalten.

Teplitz, den 16. August 1827.

Friedrich Wilhelm.

Publicationspatent vom 12. Febr. 1833, betr. die Publication des BB. vom 6. Sept. 1832 für die zum deutschen Bunde gehörenden Provinzen.

Wir Friedrich Wilhelm rc.

thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem in Folge Unserer Allerhöchsten Kabinetsordre vom 16. August 1827 von Unserm Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit dem allergrößten Theile der deutschen Bundesstaaten über die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Büchernachdruck bereits in den Jahren 1827, 1828 und 1829 besondere, seiner Zeit durch die Gesetzsammlung bekannt gemachte Vereinbarungen über den Grundsatz:

daß in Anwendung der deßhalb vorhandenen Gesetze der Unterschied zwischen Inländern und Ausländern in Beziehung auf die gegenseitigen Unterthanen aufgehoben und denselben ein gleicher Schutz wie den Inländern zu Theil werde,

getroffen worden, hiernächst aber auf den Antrag Unseres Bundestags-Gesandten, die deutsche Bundesversammlung über die Annahme dieses Grundsatzes zwischen sämmtlichen Bundesstaaten in Berathung getreten ist, und auf den Grund der letztern in ihrer 33. Sitzung vom 6. Sept. d. J. sich zu dem Beschlusse vereinigt hat, welcher wörtlich also lautet:

(folgt der BB.)

so verordnen Wir hierdurch, daß dieser Beschluß, nachdem Wir demselben Allerhöchst Unsere Zustimmung ertheilt, in den zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen Unserer Monarchie Kraft und Gültigkeit haben und demgemäß in Anwendung gebracht werden soll.

Gegeben, Berlin, den 12. Februar 1833.

Verordnung vom 12. Febr. 1833, betr. die Publication des BB. v. 6. Sept. 1832 für die zum deutschen Bunde nicht gehörigen Provinzen der Monarchie.

Wir Friedrich Wilhelm ꝛc.

thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Sowie Wir in Unserm heute vollzogenen Allerhöchsten Patente wegen Publikation des, von der deutschen Bundesversammlung unterm 6. Sept. 1832 gefaßten Beschlusses, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck betreffend, verordnet haben, daß dieser Beschluß, welcher wörtlich also lautet:

(folgt der BB. vom 6. Sept. 1832)

in den zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen Unserer Monarchie Kraft und Gültigkeit haben und demgemäß in Anwendung gebracht werden soll: so ist es zugleich Unser Allerhöchster Wille, auch in den zum deutschen Bunde nicht gehörenden Provinzen der Monarchie den Schutz gegen den Nachdruck in dem ganzen Umfange zu gewähren, wie der gedachte Beschluß der Bundesversammlung für die Bundesstaaten ihn zugesichert hat.

Wir verordnen demnach, daß bei Anwendung der gesetzlichen Vorschriften und Maßregeln wider den Nachdruck von Gegenständen des Buch- und Kunsthandels in Zukunft der Unterschied zwischen Unsern Unterthanen in den zum deutschen Bunde nicht gehörenden Provinzen der Monarchie und den Unterhanen der im deutschen Bunde vereinten Staaten, bei vorausgesetzter Beobachtung der Reciprocität, in der Art aufgehoben sein soll, daß die Herausgeber, Verleger, Schrifsteller eines Bundesstaates sich auch in Unsern zum deutschen Bunde nicht gehörenden Provinzen des daselbst gesetzlich bestehenden Schutzes gegen den Nachdruck zu erfreuen haben werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenen Unterschrift und beigedrucktem Insiegel.

So geschehen und gegeben Berlin, den 12. Febr. 1833.

Patent vom 29. Nov. 1837, betr. die Publication d 9. Nov. 1837.

Wir Friedrich Wilhelm rc.
thun kund und fügen hiermit zu wissen:
Nachdem die deutsche Bundesversammlung darüber in
treten ist, in Ausführung der betreffenden Bestimmung i
deutschen Bundesacte, imgleichen des BB. vom 2. April
der Nachdruck im Umfange des ganzen Bundesgebietes
ist, gleichförmige Grundsätze zum Schutze der Schriftstelle
Künstler gegen Nachdruck und unbefugte Nachbildung ihrer
ganzen Umfang ihres Bundesgebietes festzustellen, und n
dessen die deutschen Bundesregierungen in der 31. Sitzu
versammlung vom 9. Nov. v. J. sich dahin vereinigt hab
(folgt BB. v. 9. Nov. 1837)
Wir auch zu dieser Vereinbarung durch Unsern Bundes
Unsere Zustimmung unter der gleichzeitigen Erklärung er
verstehe sich von selbst, daß

a) auch nach Ausführung des gegenwärtigen Bes
dessen Inhalt hinausgehender Schutz gegen Na
befugte Nachbildung, wo derselbe durch die Bu
schon früher gewährt worden ist, und in Folge
schlusses vom 6. Sept. 1832 allen Unterthanen
desstaaten zu Gute kommt, nicht beschränkt werde

b) diejenigen Staaten, welche künftig noch größer
zum Schutze des schriftstellerischen und künstlerisch
als ihre bisherige Gesetzgebung und der gegenw
selben aufstellen, für ihre Unterthanen und die
sich mit ihnen über gleiche Grundsätze vereinigen
treffen wollen, hierin durchaus freie Hand bleib

so wollen wir hierdurch diese, unter sämmtlichen deutschen
gen getroffene Vereinbarung dergestalt zur allgemeinen K
daß Unsere Behörden und Unterthanen, und zwar nicht
zum deutschen Bunde gehörigen Landen, sondern, in V
Beobachtung einer diesfälligen Reciprocität, von Seiten d
schen Staaten, auch in den übrigen Provinzen Unserer
darnach zu achten haben.

So geschehen und gegeben, Berlin, 29. Nov. 1837.

Patent vom 1. Juni 1841, betr. die Publication d 23. Nov. 1838, 4. April 1840, 22. Oct. 1840, 11.

Zusatz zu diesem Patent: „Wir bringen diese getroffen
gen zur allgemeinen Kenntniß und verordnen zugleich, daß
den und Unterthanen, nicht blos in Unsern, zum deut
hörenden Landen, sondern auch in den übrigen Provinzen
chie sich darnach zu achten haben.

Es soll jedoch durch gegenwärtige Bekanntmachung d
schen Werke betreffenden Bundesbeschlüsse vom 4. April 184
d. J. der Umfang und die Dauer desjenigen Schutzes

dieser Werke, auf welchen die Erben Joh. Wolfgang von Göthe's nach Maßgabe des Gesetzes vom 11. Juni 1837 in Unserm Staate Anspruch haben, nicht beschränkt werden."

Patent vom 6. Nov. 1841, betr. die Publication des BB. vom 22. April 1841.

Zusatz zu diesem Patent: „Wir bringen diese Vereinbarung, mit Hinweisung auf die §§. 32. 33. 34. des Gesetzes vom 11. Juni 1837, durch welche die nähere Ausführung der in dem vorgedachten Bundesbeschlusse aufgestellten allgemeinen Grundsätze für Unsere Staaten bereits im Voraus erfolgt ist, zur allgemeinen Kenntniß und verordnen zugleich, daß Unsere Behörden und Unterthanen, nicht blos in Unsern zum deutschen Bund gehörenden Landen, sondern auch in den übrigen Provinzen Unserer Monarchie, sich, nach Maßgabe des Gesetzes vom 11. Juni 1837, darnach zu achten haben."

Patent vom 20. Sept. 1842, betr. die Publication des BB. vom 28. Juli 1842.

Wir Friedrich Wilhelm 2c.

thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem die zum deutschen Bunde vereinigten Regierungen in Anwendung des 3. Art. des BB. vom 9. Nov. 1837 sich in der 19. Sitzung der Bundesversammlung vom 28. Juli d. J. dahin vereinbart haben:

(folgt BB. v. 28. Juli 1842)

Wir auch zu dieser Vereinbarung durch Unsern Bundestags-Gesandten Unsere Zustimmung unter dem gleichzeitigen Vorbehalte ertheilt haben:

> daß diejenigen preußischen Buchhändler, welche vor erfolgender Publication des Bundesbeschlusses von der durch das Gesetz vom 11. Juni 1837 unbedingt ertheilten Befugniß für Veranstaltung neuer Ausgaben der von Herder'schen Werke durch Vorbereitungen neuer Ausgaben, welche mit einem Kostenaufwande verbunden waren, schon Gebrauch zu machen begonnen, und also mit der Ausübung jener Befugniß einen wirklichen Anfang gemacht haben sollten, das Recht vorbehalten bleibe, ihr Unternehmen, des Privilegiums im Uebrigen unbeschadet, zu vollenden und die veranstaltete Ausgabe erscheinen zu lassen,

so bringen Wir diese, unter sämmtlichen deutschen Bundesregierungen getroffene Vereinbarung hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, und verordnen zugleich, daß Unsere Behörden und Unterthanen, nicht blos in Unsern zum deutschen Bunde gehörenden Landen, sondern auch in den übrigen Provinzen Unserer Monarchie sich darnach zu achten haben.

So geschehen und gegeben Trier, den 20. September 1842.

Sachsen

Churfürstl. Rescript vom 13. Mai 1620,
daß derer Ausländ. Buchführer eingeschobener Nachdruck d
ten Bücher zu bestraffen, und dererselben in Unseren Lande
Waaren so lange, biß sie die Straffe erleget, im Arrest

Johann Georg Churfürst ꝛc. ꝛc. ꝛc. Was an Uns un
Fiscal, bei Euch, N. N. wegen etlicher Bücher, welche
ausgegebenen Privilegien N. N. Buchführern zu Frankfurt
N. N. Buchdruckern zu Giessen, durch S. J. Buchdruckern
gedrucket worden, in Unterthänigkeit gelangen lassen, solches
der Inlage zu vernehmen. Ob wir nun wohl den auswär
dergleichen, nicht verbieten können, dieweil Ihnen aber, s
Landen zu distrahiren verbothen worden, und hierdurch g
in unsere Strafe gefallen; Als begehren Wir hiemit gnädi
alle Exemplaria, welche zuwieder in unserm aufgegebenem P
gedrucket, und in N. N. oder andern Gewölben befunden
fisciren, ihre andern Bücher so lange, biß mit Uns,
Straffe halber, sie sich abgefundten oder deretwegen genug
Arrest behalten. Und dieweil nicht allein angezogener verbo
und Distraction gar zu gemein werden will, sondern a
unterstehen wollen, unsere Privilegii sich zu gebrauchen der
mals verstattet worden, Als begehren Wir hiemit gleichfa
jedesmahls auf Supplicantens oder derer priviligirten Buchh
dergleichen Execution anordnen, daneben, in Krafft dieses,
jetzo und alle künfftige Märckte in Unser Oberconsistorium
Verzeichniß dero confiscirten Büchern und comittirten Straf
auferlegen.

Chursächsische neue Erledigung der Landesgebrechen v. 2

§. 81. Es haben sich auch die Buchführer in unsern
thänigst und wehmüthigst beklaget, daß ihnen ihre theuer er
sowohl in- als außerhalb Teutschlands nachgedrucket, und
et obreptive über ihre allgereit erlangte, von andern, neue
halten, und sie hierdurch in Armuth gesetzet, auch unsern
theil zugezogen würde. Wenn dann solches unbefugtes
strafen; so begehren wir hiermit, daß sowohl unser Oberc
andere Obrigkeiten in unsern Landen, wo Märkte gehalten
nachforschen; und da solche Bücher ins Land hineingef
den Buchläden angetroffen werden, dieselben nicht allein
sondern auch den, oder diejenigen, so die Bücher zur U
drucken lassen, wenn sie zu erlangen, nach Inhalt derer
Strafe nehmen sollen.

Chursächsische Verordnung vom Nachdruck vom 27. Fe

Von G.G. wir Johann Georg III. ꝛc.
fügen allen und jeden Buchdruckern und Buchhändl
unsern Landen seßhaftig, ingleichen denen, welche die L

bauen, oder sonsten ihre Bücher in unserm Kurfürstenthum und incorporierte Lande zum Verkauf bringen, hiemit zu wissen: welchergestalt wir zeithero wahrgenommen, wie bei dem Buchdruck und Handel unterschiedliche Mißbräuche einreißen wollen, indem etliche sich unterfangen, des heil. Reichs heilsamen Constitutionen, auch unseren und unser in Gott ruhenden Vorfahren öfteren Verordnungen zuwieder, allerhand ärgerliche Schriften und Scarteken, ohne Benennung des Orts und der Autorum zu drucken und zu verkaufen, ingleichen des verbotenen eigennützigen Nachdruckens auch wohl von uns privilegirter Bücher sich zu unternehmen, in Taxir- und Verkaufung der Bücher weder Ziel noch Maaß zu halten, sondern darin nach eigenem Belieben zu verfahren, und die Käufer mit übermäßigem Wucher zu übernehmen ꝛc. — Wann wir nun dergleichen unverantwortlichen und straffbaren Beginnen länger nachzusehen nicht gemeynet, viel mehr gnädigst entschlossen, oben erwähnten schädlichen Mißbräuchen und Unordnungen kräfftig und endlich zu steuern; Als befehlen wir allen in unserm Kurfürstenthum und Landen wohnenden Buchdruckern, Buchführern, Kupferstechern,, ingleichen allen denen Buchhändlern und Kupferstechern, welche die Leipziger Messe besuchen oder sonsten ihre Bücher und Schriften und Kupferstiche in unsern Landen verhandeln, Hiedurch ernst und endlich, auch bei Vermeidung Confiscation der Bücher, Sperrung der Gewölbe, und nach Gelegenheit andern schwerer Strafe, daß hinführo sich keiner, wer der auch sey, unternehmen solle, ärgerliche Schriften, Pasquille, Kupferstiche, und Scarteken, und zwar sowohl in Religions- als politischen Sachen in Druck zu bringen zu stechen oder öffentlich und heimlich zu führen und zu verkaufen; ingleichen keine Bücher ohne Censur auch Beisetzung des Orts und Namens der Auctoren und Buchdrucker auch Verleger, zu drucken, die Leute mit übermässigem Taxe und unchristlichem Wucher, beim Verkaufe der Bücher zu übersetzen, und sich des verbotenen Nachdruckens zum höchsten Schaden derer, welche Bücher von den Auctoribus redlicher Weise an sich gebracht, auch wohl darüber privilegia erlanget, zu erhalten; vielmehr sollen Buchdrucker und Händler dahin beflissen seyn daß sie erbauliche, nützliche und gute Schriften zum Drucke befördern, anschaffen und im rechtmäßigen billigen Preis verkaufen. Diejenigen, welche von Uns über Bücher Privilegia erlanget, sollen sie von Wort zu Wort den Büchern vordrucken, auch die Exemplaria, welche sie Innhalts der Privilegien einzuschicken schuldig, die erste Woche der Leipziger Messe, und zwar collationiret und ohne Mangel, dem Bücher-Fiscal zu Leipzig gegen seinen Schein aushändigen, und da ein oder der andere darinnen sich säumig erzeiget, soll er die andere Woche die Exemplaria in duplo zu entrichten schuldig, da er aber mit der Extradition die erste Messe, in welcher er die Bücher zu distrahiren anfänget, gar an sich halten würde, aller Exemplarien und des Privilegii verlustig sein die Execution auch wirklich wieder ihn unnachbleiblich vollstrecket werden.

Wornach sich ein Jeder zu achten, und deme, was Wir also wohl bedächtig verordnet nachzukommen, sich auch vor Schaden und Strafe zu hüten wissen wird. Uhrkundlich haben Wir dießes Mandat mit eigenen Händen unterschrieben mit Unserm Chursecret wissentlich bedrucken, auch

damit es zu jedermanns Wissenschaft kommen möge solches
Druck bringen lassen.

So geschehen zu Dreßden am 27 Tag Febr. Anno 1(

Befehl vom 1. Oct. 1763.

Friedrich August König und Kurfürst ꝛc.

Lieber Getreuer. Uns ist geziemend vorgetragen wor
wegen der verwittweten Buchdruckerin, Heergartin, welche
druckens Unserer Mandate und Valvationstabellen angemaßel
unterthänigst einberichtet. Nachdem Wir nun das Nachd
Mandaten und Generalien so wenig als derer Valvationsta
wissen wollen; Als begehren Wir, Du wolltest solches der
namhafter Strafe untersagen, und Uns wie es überhaupt
ceßion deren Buchdruckerei bewandt? gehorsamst anzeigen ꝛc.
datum Dreßden den 1. October 1763.

Ihro churfürstliche Durchlaucht zu Sachsen ꝛc. Mand handel betreffend ergangen de dato Dresden den 18.

Wir Friedrich August von Gottes Gnaden, Herzog
fügen hiermit zu wissen: Wasmassen zwar bereits Innhalte
27. Febr. 1686 der Nachdruck, zum Schaden derer, wel
denen Auctoribus redlicher Weise an sich gebracht auch
Privilegia erlangt, verboten gewesen ist, jedennoch aber z
nehmen gewesen, wie das unbefugte Nachdrucken zum Nach
handels und der Druckereyen unserer Lande auswärts imme
nehme, auch wohl die nachgedruckte Bücher in unserm La
gescheuet eingeführt worden.

Wie Wir nun dagegen die rechtmässigen so inn- al
Verleger in unsern Landen bei ihrem von den Schriftstelle
von uns selbst erlangten Rechte kräftigst zu schützen gem
setzen ordnen und wollen Wir, daß

1) allen und jeden inn- und ausländischen Buchhändle
ihrer in unsern gesammten Landen gedruckten Bücher aller
Nachdrucker, so ihre Waare in unsern Landen einbringen
Gewerbe stören auf Imploration der ordentlichen Obrigkei
solches geschiehet, schleunige Justitz administrieret, der Ve
drucks sofort untersaget und die Nachdrucker zum Ersatz
fügten Schadens durch die bereitesten Zwangsmittel an
sollen. Jedoch hat solchenfalls der klagende Buchhändler
er das Verlagsrecht an dem Buche, Uebersetzung, oder
wovon die Frage ist, von dem Schriftsteller redlicher Weise
habe, und, falls er ein Ausländer ist, daß an dem Orte
das Reciprocum gegen unsere Unterthanen beobachtet we
erweißen.

2) Da ein solcher Beweis theils öfters verschiedenen
unterworfen, theils auch in manchen Fällen unmöglich se
haben diejenigen Verleger, so derselben überhoben, und ei
Exekution versichert sein auch Auswärtige so sich in Ans

unsern Landen nicht gedruckten Bücher gegen den Nachdruck sicher stellen wollen, entweder, wie bereits bishero gewöhnlich gewesen, bei uns ein Privilegium auszubringen oder auch

3) ihre Verlagsbücher in ein bei der Büchercommission zu Leipzig, nach Maßgabe des dieserhalb festgesetzten Regulativs sub A zu haltendes Protokoll einzeichnen zu lassen. Inmassen Wir solchem Einzeichnen die Kraft und Würkung eines ausdrücklich erlangten Privilegii beylegen; dergestalt, daß

4) in unserm Churfürstenthum und gesammten Landen der Nachdruck dergleichen eingezeichneten sowohl als Privilegirten Bücher, nicht weniger das Einbringen, Verkaufen, Vertauschen, oder Verrechnen derer auswärts gefertigten Nachdrücke davon, inn- und ausserhalb denen Messen verboten seyn, denenjenigen, so solcherley Nachdrücke fertigen oder einbringen, die eingebrachten Exemplaria weggenommen und confisciret oder dafern solche nicht mehr zu erlangen, sie zur Erlegung des Werthes davon, und hierüber noch in beyden Fällen zu einer Geldbuße von fünfzig Reichsthalern, wovon die Hälfte unserm Fisco, die andere Hälfte dem Verleger verfallen, angehalten werden sollen. Die Cognition in solchen Fällen, soll zu Leipzig unserer Büchercommission, anderwärts aber der ordentlichen Obrigkeit jeden Orts zustehen, von derselben jedoch auf bloße Production des Privilegii, oder des wegen des Einzeichnens erhaltenen Scheins, sofort mit Execution verfahren werden.

5) Der Vorwand, als ob die nachgedruckten Exemplarien sobald solche ausgepackt, oder zum Commissions- und Speditionshandel niedergeleget werden, niemanden zu statten kommen, vielmehr sollen diejenigen, welche sich beym Verkauf des Nachdrucks als Commissionärs oder Unterhändler gebrauchen lassen oder durch Verheelung und sonst dabey Vorschub thun, mit willkürlicher Strafe belegt werden.

6) Hiegegen haben aber auch die solchergestalts unsers Landesherrlichen Schutzes versicherten Buchhändler dahin zu sehen, daß das Publikum mit ihren Verlagsbüchern in hinlänglicher Menge von Exemplarien, auch mit correctem Druck mit gutem Papier, nicht minder in billigen Preißen versorget und darunter überall zu gegründeten Beschwerden kein Anlaß gegeben werde. Innmassen wenn Wir wahrnehmen sollten daß das erlangte Befugniß, miß- oder nicht gebrauchet, durch eine schlechte Ausgabe oder Uebersetzung bloß eine bessere zurückgehalten oder auch der Preiß insonderheit derer zum Gottesdienst und Schulwesen gehörigen Bücher über die Gebühr und Billigkeit erhöhet werden wollte, Wir uns vorbehalten, nach vorgängiger hinlänglicher Untersuchung der Sache jenes Befugniß wiederum aufzuheben und entweder auf einen andern billigern Verleger zu transferiren oder auch den Druck gar freizugeben.

Wornach sich also jeder männiglich gehorsamst zu achten und bei vorkommenden Fällen solchem allenthalben genau nachzugehen ist. Zu dessen Urkund haben Wir dieses Mandat eigenhändig unterschrieben und mit Vordruckung unseres Chursekrets zu publiciren anbefohlen. So geschehen Dresden am 18. Dezember 1773.

Friedrich August.

Rescript, einige zur Aufnahme des Buchhandels in Le Vorschläge betreffend, vom 25. Mai 178

Friedrich August, Herzog zu Sachsen ꝛc. Churfürst ꝛ

Uns ist aus eurem unterm 27. October 1779 erstatte sten Berichte geziehmend vorgetragen worden, wohin ihr dem Buchhändler Philipp Erasmus Reich zu Leipzig, geth wie der Buchhandel allda in mehrere Aufnahme gebrac schwerden der Buchhändler abgeholfen werden könnte euer Gutachten eröffnet habt.

Nachdem nun, da überhaupt hierbei der Bedacht da denen Buchhändlern in Ansehung der Verlagsbücher ih sichert, als auch die Freiheit des Comercii nicht allzus werde, zu richten ist, der Nothdurft befunden worden, die Gutachten Unserer Landes-Oekonomie-Manufaktur- und C tation zu erfordern, dieselbe solches auch eingereicht hat; auch nunmehro zuvörderst diejenigen Punkte, welche bes untersuchet hat, nebst denen von einigen in- und ausländ der Buchhandlungen darüber gethanen Aeußerung, aus d mehreren zu ersehen. Gleichwie nun, soviel

ad 1) das Suchen der Buchhändler; daß ihr dies auch von denen bei der Buchhandlung vorkommenden Str niß nehmen lassen und ihre Meinung darüber vernehmen dabei, daß in dergleichen Fällen von der jedesmaligen L die Meinung der Buchhandlungsdeputirten, nach Bescha stände, schriftlich oder mündlich, erfordert, auch, wenigsten und Michaelismesse einmal, von der Bücher-Commissio Zusammenkunft veranstaltet, und bei selbiger die Buchha mit ihren Vorschlägen zur weiteren Beförderung des Abstellung der sich hervorthuenden Mängel und ereigne gehört, auch sich mit ihnen deshalb auf schickliche Art darüber ein vollständiges Protokoll gehalten werde, um so stand sich ereignet, da solches mit den in dem unterm 18 ergangenen Mandate, den Buchhandel betreffend, und sel Regulativ, Art. VII. b enthaltenen Vorschriften über Vo Hiernächst was die, über die öftere Abwechselung eures, tirten bei der Bücher-Commission, angebrachte Beschwe deren Abhelfung das Nöthige an euch, den Rath, bereits Also fället hingegen

ad 2) den von den Buchhandlungs-Deputirten brachten durchgängigen Anhalt- und Durchsehung aller Nachdruckern zu Leipzig ein- und durchgehenden Baller bedenklich, sondern es bleiben nicht nur die auf einer gehenden oder unter gerichtlichem Siegel bis zum weite eröffnet niedergelegten, vor der Hand, von dergleiche Untersuchung ausgenommen, sondern es bleibt auch eu Ermessen anheimgestellt, in wie ferne, nach Beschaffenhei Verdachts und anderer in Betrachtung kommender Um nung und Untersuchung aller von einem bekannten Nach

ten, und weder sofort durchgehenden noch unter gerichtlichem Siegel bis zum weitern Transport verbleibenden Ballen verschnitten werden möge.

Hiernächst ist für das Künftige ad 3) wenn ein Auszug aus einem größeren Werke sich von diesem nur im Format, oder in einigen nicht wichtigen Noten oder Veränderungen unterscheidet, dessen Druck nicht zu erlauben auch überhaupt ohne Vorwissen des Autors und Verlegers des größern Werks nicht zu priviligiren, noch zu protocolliren.

ad 4. Eben dieses ist auch, wenn eine neuere Uebersetzung eines Buchs von einem ältern nicht wesentlich unterschieden, und nicht wirklich besser, als die vorige befunden wird, zu beobachten.

ad 5) Bleibt zwar bei jedermann noch fernerweit freigestellt, Subscriptionen und Pränumerationen auf einzelne Werke der sich an sie wendenden Autoren und Verleger, auch Subscribenten und Pränumeranten zu übernehmen, jedoch ist, daß unter diesem Vorwande ein wirklicher Buchhandel von denen, die dessen nicht berechtigt sind, unternommen werde nicht zu gestatten.

Gleichergestalt bleibt

ad 6) denenjenigen Buchdruckern zu Leipzig, so seit geraumer Zeit im Besitz des Bücherverlags und Handels, auch mit fremden und eingetauschten Schriften sich befinden, solcher fernerhin nachgelassen, denen übrigen Buchdruckern aber ist außer dem Verlag und Handel mit kleinen Schriften als Disputationen, Gesang- und Schulbüchern, Calendern ꝛc. nur der Verkauf der für ihre eigene Rechnung gedruckten Sachen zu verstatten.

ad 7) Werden Wir, wenn der Beytritt zu der zu Beförderung des Buchhandels in hiesigen Landen eingeführten Verfassung in ein oder anderem auswärtige Lande bewirkt sein wird, auch davon Nachricht geben lassen.

ad 8 et 9) Da die Buchhandlungs-Deputirten selbst nicht für thunlich angesehen haben, daß die Buchhändler zu Beobachtung gleicher Preise angehalten und denen Verlegern gewisse Preise bestimmt werden noch weniger aber in Ansehung des Honorarii für die Schriftsteller einige Einschränkung stattfinden kann; So fallen diese beiden Punkte gänzlich weg.

ad 10 et 11) sind die Buchhandlungs-Deputirten wegen ihrer Beschwerden über diejenigen welche einen verbotenen Handel mit Nachdrücken oder einen unbefugten Commissions-Handel mit Büchern treiben, von euch zu bescheiden, daß sie solche bei deren Obrigkeit anzubringen, und wenn von selbiger die Gebühr darauf nicht verfüget wird, solches bei deren vorgesetzten nächster Instanz anzuzeigen hätten.

Wir begehren dann anhero hiermit, ihr wollet nicht nur euch selbst nach obigen von Uns gefaßten Entschließungen allenthalben gebührend achten, sondern auch in deren Gemäßheit denen Handlungs-Deputirten und wem sonst nöthig, Eröffnung und Weisung thun. Daran ꝛc.

Datum Dresden am 25. Mai 1781.

Friedrich Gottlob von Berlepsch.

An
die Bücher-Commission
in Leipzig.

Rescript,
die fortwährende Gültigkeit der im Mandate vom 27.
wider den Nachdruck enthaltenen Verfügungen b
vom 4. Juli 1798.

Friedrich August, Herzog zu Sachsen rc. Churfürst r
Hoch und Wohlgebornen, Wohlgebornen, Veste, Hoc
liebe Getreue. Wir haben aus eurem unterthänigsten Be
ersehen, wasmaaßen, die bei euch in Sachen des Buchhän
Schwickert, entgegen dem Buchhändler Ettinger zu Got
drucks des Bernsteinschen Handbuchs für Wundärzte rc.
theils verschiedentlich abgewechselt, und wie ihr deshalb,
des letzteren Leuterungs-Urthels annoch darüber: ob die E
Mandats d. a. 1686. bei dem eingetretenen neuerm Ma
handel betreffend, d. 18. Dezember 1773 auf den Na
vilegirter oder uneingezeichneter Bücher annoch zu ziehen
für nöthig erachtet habt.

Nun ist das bereits in den Resolutionibus Gravami
Tit. von Justitien Sachen § 81 *) und in dem Rescr
1620 **) enthaltene Verbot des Nachdrucks der privilegi
dem Mandate d. 27. Februar 1686 ***) auf den Na
unter der Beziehung auf die allgemeinen Reichs-Constit
willen erstreckt worden, weil dergleichen Nachdruck zum
derer, welche Bücher von den Auctoribus redlicher Weise
auch wohl darüber Privilegia erlanget haben gereiche. E
daß zum Grunde dieses Verbots des Nachdrucks, hauptsä
Erwerbung des Eigenthums an einem Buche angeno
Schärfe der Ahndung mittelst der Confiscation, vornäml
griff in das Eigenthum eines Verlegers und nur neben
letzung eines erlangten Privilegii gesetzet worden.

Sothane Vorschrift ist durch das Mandat d. a. 177
geändert, sondern vielmehr eingeschärfet werden. Gleich
gange wird das vorhergegangene Gesetz und wie dawid
den sei, ausdrücklich angeführt. Um nun dagegen die A
zuvörderst von dem Schriftsteller erlangten Rechte kräf
wird im § 1 verordnet, daß allen Buchhändlern geg
schleunige Justiz administriret werden solle, wenn der K
ler zuvörderst, daß er das Verlagsrecht von dem Sch
Weise an sich gebracht, behörig erweise; Und nur um
erleichtern, wird in der Folge das Regulativ wegen
Bücher getroffen.

Nirgends aber ist eine Aufhebung oder Abänderu
ältern Mandate d. 1686 auf den Nachdruck solcher Bü
leger das Eigenthum vom Auctore redlich erworben, ges

*) C. A. B. I. S. 239.
**) ibid S 410.
***) ibid S. 413.

dacht worden. Es ist solchen nach kein Grund vorhanden, warum die Schärfe sothaner Strafen auch nach Emanirung des neuern Mandats d. a. 1713 in welchem die älteren Gesetze nicht aufgehoben, sondern bestätigt worden, auf den Nachdruck nicht priviligirter oder uneingezeichneter Bücher nicht erstreckt werden möchte. Wannenhero Wir hierdurch gnädigst begehren, ihr wollet euch darnach gebührend achten. Daran geschiehet Unser Wille und Meinung, und Wir sind euch mit Gnaden gewogen.

Gegeben zu Dresden am 4. Juli 1798.

Wurmb.

Hannß Ernst von Teubern.

An das Appellationsgericht.

Mandat,
das Censur- und Bücherwesen betreffend, vom 10. August 1812.

Wir Friedrich August, von Gottes Gnaden, König von Sachsen 2c. Thun hiemit kund und fügen zu wissen:

2c. 2c.

§. IV.

Weil endlich zur Polizei des Bücherwesens auch die gegen den Nachdruck gehörigen Maasregeln zu zählen sind, so lassen Wir es deshalb bei allem denjenigen bewenden, was deshalb in dem Mandate vom 18. Dec. 1773 und in dem solchem beigefügten Regulative, wie das von der Bücher-Commission zu führende Protokoll einzurichten, enthalten ist. Jedoch finden Wir für gut, die §. III. und 4 des Regulativs in Ansehung der Einzeichnung der Uebersetzungen in das erwähnte Protokoll enthaltene Anordnung dahin zu erläutern und abzuändern, daß das, von Publikation dieses Mandats an, durch eine solche Einzeichnung, oder auch durch eine Privilegirung, zu erlangende ausschließliche Recht nur gegen den Nachdruck derselben Uebersetzungen schützen, hingegen der Verlag und Verkauf anderer von jener, nach dem Ermessen der Büchercommission sich wirklich und nicht blos durch einige unbedeutende Abänderungen, unterscheidenden Uebersetzungen desselben Buches, neben der eingezeichneten oder privilegirten Uebersetzung, unverwehrt sein solle.

Eben solche Freiheit wird auch in Ansehung der Auszüge aus Hauptwerken gestattet. Wenn jedoch ein Verleger sich durch einen betrüglichen Auszug aus seinem rechtmäßigen Verlagsartikel beschwert zu sein glaubt, und deshalb das Nöthige bei der Büchercommission anbringt, so wird diese sodann, nach vorgängiger Untersuchung, und wenn sie den Auszug wirklich als einen blos verkappten Nachdruck mit Weglassung einiger weniger gleichgültigen Stellen befindet, die auf jeden Nachdruck §. 4. des Mandats vom 18. December 1773 geordnete Strafe gegen den Beklagten erkennen.

Damit übrigens neben der an die Buchhändler durch die gewöhnlichen Circularien erfolgenden Insinuation, um so gewisser und allgemeiner bekannt werde, welche Verlagswerke privilegirt oder in das Protocoll der

Büchercommission eingetragen worden sind, so sollen selbig
der Ertheilung des Privilegii, oder der erfolgten Einze
Leipziger Literaturzeitung auf Kosten derer, welche die Pr
die Einzeichnung erlangen, bekannt gemacht, und es soll
Bekanntmachung für die Buchhändler so officiell angesehen
sie durch Circulation an sie gelangt wäre.

Nach vorstehendem Allem hat sich Jedermann zu achten
genau nachzugehen.

Zu dessen Urkund haben Wir das gegenwärtige Man
unterschrieben, und mit Unserm Königlichen Insiegel bedru

Dresden, am 10. August 1812.

(L. S.) Friedrich

Mandat zu dem Mandate vom 18. December 1773, i betreffend, vom 17. Mai 1831.

Da zeither darüber Zweifel obgewaltet haben: ob
Büchernachdruck bestehenden gesetzlichen Vorschriften auch
fältigung von musikalischen Compositionen, Landkarten und
Zeichnungen durch den Nachdruck anzuwenden seien, so
nöthig, deshalb folgendes zu verordnen:

1) Die zum Schutze der Verfasser und rechtmäßigen
den Büchernachdruck vorhandenen gesetzlichen Bestimmun
die Vorschriften des Mandats vom 18. December 1773
wendung auf die, ohne Einwilligung der Urheber und
ihnen das Recht der öffentlichen Bekanntmachung und
langt haben, bewirkte Vervielfältigung, musikalischer Com
karten und topographische Zeichnungen, durch den Druc
Kupferstechers, Formschneiders, Steinschreibers oder irg
ähnliche Kunst.

2) Als unerlaubter Nachdruck ist jede solche Verv
anzusehen, wenn dieselbe bloß mechanische Fertigkeiten e
Schaffung einer veränderte Form, nicht selbst als Geistes
ist. Bei musikalischen Compositionen, bei denen nament
mechanischer Verarbeitung beruhenden, Arrangements al
sehen sind, ist zur Beurtheilung des Verlagsrechtes die V
satz der diesfallsigen Entscheidungen anzunehmen.

3) Entsteht über die Gränzen des in dieser §
Zweifel, so tritt das richterliche Ermessen der Büchercomm
nach Befinden, das Gutachten sachverständiger Personen d

Mandat vom 10. August 1831, die unerlaubte Ver Werken der bildenden und zeichnenden Kün

Jede ohne die Einwilligung Dessen, der das zuerst
werk hervorgebracht, oder Dessen, der das Verlagsrech
hat, bewirkte Nachbildung von Kupferstichen, Lithogr
ähnlichen durch den Druck vervielfältigten Werke der b

… Landesgesetze:

… Exemplaren gefertigt und zum Handel
… den Büchernachdruck bestehenden gesetz-
… Strafbestimmungen in folgenden drei

… in allen Theilen die gleiche Größe

… wissenschaftlichen oder andern
… die Hauptabsicht, die Kunst
… Zwecke ist; oder

… Verleger bei einzelnen
… ansehen könnten, ob
… oder die mit besonderem
… und. Das Recht der alleini-
… Privilegium,
… worden ist. Diese Privi-
…

… 1833.
… vom 6. Septbr. 1832.

… die Erklärung der kaiserlich
… den Wünschen ihrer Mitver-
… der gesetzlichen …
… Zukunft den Unterschied
… und jenen der übrigen
…
… Herausgeber und Verleger
… des dort bestehenden
… haben werden. In-
… Kenntniß gebracht wird.
… besondere Verfügung ergan-
… die Obrigkeiten in den Städten,
… Musikalien- oder Kunsthändler
… Inhaber etablirt befinden, angewiesen,
… Bundesbeschlusses gebührend in Kennt-
… obrigkeitliche Behörden, in Ansehung
… Nachdrucks vorkommenden Rechtssachen, hier-
… des Mandats, den Buchhandel be-
… I (C. A. C. I. Th. I., S. 41).

nenden Künste, welche in mehreren Exemplaren gefertigt und zum Handel bestimmt ist, unterliegt dem gegen den Büchernachdruck bestehenden gesetzlichen Verbote und den desfallsigen Strafbestimmungen in folgenden drei Fällen:

1) Wenn entweder die Nachbildung in allen Theilen die gleiche Größe des Originals hat, oder

2) wenn solche dieselbe Brauchbarkeit zu wissenschaftlichen oder andern Zwecken, wie das Original, gewährt, und diese die Hauptabsicht, die Kunst der Darstellung auch dabei ein Mittel zum Zwecke ist; oder

3) Wenn dem Künstler oder rechtmäßigen Verleger bei einzelnen Kunstunternehmungen, bei welchen Zweifel darüber entstehen könnten, ob solche unter die Vorstehenden zu rechnen seien; oder die mit besonderem Aufwande, von Mühe, Zeit und Kosten verbunden sind, das Recht der alleinigen öffentlichen Bekanntmachung durch ein ausdrückliches Privilegium, nach vorgängiger Erörterung der Sache ertheilt worden ist. Diese Privilegien sind beim Kirchenrathe zu suchen.

Verordnung vom 1. Juni 1833, betreffend die Publication des BB. vom 6. Septbr. 1832.

Von den deutschen Regierungen ist, auf die Erklärung der kaiserlich österreichischen Regierung, daß sie bereit sey, den Wünschen ihrer Mitverbündeten zu entsprechen, und bei Anwendung der gesetzlichen Vorschriften und Maßregeln wider den Büchernachdruck, in Zukunft den Unterschied zwischen den eigenen Unterthanen Oesterreichs und jenen der übrigen Bundesstaaten, unter der Bedingung aufzuheben, daß ein Gleiches in den andern Bundesstaaten in Ansehung der k. k. Staaten und Unterthanen geschehe, in der 33. Sitzung vom 6. Sept. 1832 der Beschluß gefaßt und über den Grundsatz sich vereinigen worden, daß nach Art. 18 d der deutschen Bundesacte, zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller, Herausgeber und Verleger gegen den Nachdruck von Gegenständen des Buch- und Kunsthandels, bei Anwendung der gesetzl. Vorschriften und Maßregeln wider den Nachdruck, der Unterschied zwischen den eigenen Unterthanen eines Bundesstaates und jenen der übrigen, im deutschen Bund vereinigten Staaten gegenseitig und im ganzen Umfange des Bundes in der Art aufgehoben werden solle, daß die Schriftsteller, Herausgeber und Verleger eines Bundesstaates sich in jedem andern Bundesstaate des dort bestehenden Schutzes gegen den Nachdruck gleichmäßig zu erfreuen haben werden. Indem diese Bestimmung hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, und an die Büchercommission deßhalb bereits besondere Verfügung ergangen ist, werden hierüber nicht allein die Obrigkeiten in den Städten, außer Leipzig, in denen sich Buch-, Musikalien- oder Kunsthändler gleichwie Buch- oder Steindruckerei-Inhaber etablirt befinden, angewiesen, dieselben von dem Inhalte obigen Bundesbeschlusses gebührend in Kenntniß zu setzen, sondern auch sämmtliche richterliche Behörden, in Ansehung der außerhalb Leipzig wegen Nachdrucks vorkommenden Rechtssachen, hierdurch beschieden, daß die Bestimmungen des Mandats, den Buchhandel betreffend, vom 18. Decbr. 1773 sub I (C. A. C. I. Th. I., S. 41),

wornach Ausländer, welche gegen einen Inländer wegen N
bar werden, wenn sie weder ein Privilegium für ihre A
Sachsen erlangt, noch dieselben in das Protokoll der Büche
Leipzig habe einzeichnen lassen, außer dem wohlerworbene
an dem betreffenden Werke, auch noch zu erweisen habe
Orte ihrer Heimath das Reciprocum gegen sächsische Unterth
werde, auf Schriftsteller, Herausgeber und Verleger eines a
staates in Folge der Eingangs bemeldeten Vereinigung
Bundesregierungen ferner nicht mehr in Anwendung komme

Verordnung vom 4. Januar 1838, betreffend die Publication des BB. vom 9. Nov.

Wir Friedrich August 2c.

verkünden hiermit, daß zu Aufstellung gleichförm
über den Nachdruck in der 31. Bundestagssitzung vom
folgendes beschlossen worden ist:

(folgt BB. v. 9. Nov. 1837)

Wir haben nach Art. 89. der Verfassung=Urkunde
dieses Beschlusses verfügt, und haben sich alle Unsere Be
soweit darnach zu achten, als darin Bestimmungen getroff
nicht schon in den hiesigen Landesgesetzen begründet sind;
diesen, insofern sie dem Eigenthum und Verlagsrecht an
andern Geisteswerken in Beziehung auf die Zeitfrist oder s
ausgedehnteren Rechtsschutz gewähren, als durch vorstehenden
geschieht, sein unverändertes Bewenden behält.

Aus der Verordnung die Publication des Criminalge vom 30. Mai 1838.

Neben dem Criminalgesetzbuche bleiben zur Zeit noch

. . . .

c) die das Verlagsrecht der Buchhändler, die Censur
druck betreffenden Bestimmungen.

Königl. sächsische Verordnung, die Publication des mit der Kaiserlich französischen R schlossenen Vertrags über gegenseitigen Schutz der Re Erzeugnissen und Werken der Kunst betr. — v. 6.

In Gemäßheit des Gesetzes vom 30. Juli 1855 macht
des Innern in der Anlage den unter dem 19. Mai zwisch
Sächsischen und der kaiserl. Französischen Regierung abgeschl
über gegenseitigen Schutz der Rechte an den literarischen E
Werken der Kunst, nachdem unter dem 5. Juni die Au
Ratificationen stattgefunden hat, zur Nachachtung bekannt,
nöthig, in Bezug auf die Ausführung desselben noch f
stimmen:

1) Der Vertrag tritt mit Publication gegenwärtiger Verordnung in Kraft.

2) Rücksichtlich der Dauer des Schutzes ist nach dem Schlußsatze von Art. 1. §. 1. der französische Autor oder Verleger in Sachsen nach französischem Rechte zu beurtheilen, so lange letzteres eine kürzere Schutzdauer gewährt, als das sächsische Gesetz.

3) Die in Art. 2, §. 1. geforderte Bescheinigung hat für sächsische Autoren und Verleger nur in der beglaubigten Abschrift des Verlagsscheines zu bestehen.

4) Alle in Art. 2. erwähnten Zeugnisse sind kosten- und stempelfrei auszustellen.

5) Auf die Aufführung bereits gedruckter dramatischer und musikalischer Werke in Sachsen leidet Art. 3. so lange keine Anwendung, als der Schutz gegen unbefugte Aufführung in Sachsen gesetzlich auf ungedruckte Werke beschränkt ist.

6) Wegen der Bestimmungen in Art. 4. gilt genau dasselbe, was in Punkt 3, 4, 5 und 6 der Verordnung vom 5 December 1855 rücksichtlich der gleichlautenden Bestimmungen des Vertrags mit England gesagt ist.

7) Zu Ausführung des Art. 14. haben die Buchhändler (Verleger, Sortimentshändler und Commissionäre) und Drucker, in deren Besitze sich vollendete oder angefangene Nachbildungen französischer Originale befinden, welche nach diesem Vertrage künftig als Nachdrucke anzusehen seyn werden, gleichviel, ob dieselben im In- oder Auslande erzeugt sind, binnen 14 Tagen nach Erscheinen gegenwärtiger Verordnung vollständige Verzeichnisse aufzustellen, in welchen die von jeder dieser Nachbildungen in ihrem Verlage erschienenen und noch erscheinenden oder von ihnen mit Verlagsrecht erworbenen noch unvollendeten Werke und periodischen Schriften unter Angabe sowohl der von jedem Bande oder Theile, jedem Hefte oder jeder Nummer auf dem Lager befindlichen Exemplarzahl als Stärke der Auflage des letzten erschienenen Bandes, Theiles oder Heftes, oder der letzten erschienenen Nummer in einem besonderen Verzeichnisse zusammenzustellen. Diese Verzeichnisse sind der competenten Verwaltungsbehörde zu übergeben. Auf Grund dieser Verzeichnisse wird dann die Verwaltungsbehörde so schleunig als thunlich und jedenfalls bis zum 17. Juli bei den Buchhändlern und Druckern selbst jedes der vorräthigen Exemplare an einer geeigneten Stelle mit dem ihr deshalb zur Verfügung zu stellenden Stempel bedrucken. Von Orten, wo sich nur einzelne Buchhändler und bei diesen abzustempelnde Exemplare nur in geringer Anzahl vorfinden, können die abzustempelnden Bücher nebst den Verzeichnissen gleich zur Kreisdirection behufs der Abstempelung eingesendet werden.

Sobald von den in die Verlagsconten aufgenommenen unvollendeten oder periodischen Werken ein neuer Band, eine neue Lieferung oder Nummer fertig wird, haben die Verleger der Verwaltungsbehörde Anzeige zu machen und die Verwaltungsbehörde hat dann von jeder dieser Fortsetzungen eine der im Verzeichnisse angegebenen Stärke der Auflage gleichkommende Anzahl von Exemplaren ohne Zeitverlust abzustempeln. Für periodische Schriften und Journale gilt dies jedoch nur bis zur Beendigung des laufenden Jahrganges.

8) Die Verzeichnisse der Platten, Steine und Holzschn
den Verzeichnissen der Bücher getrennt zu halten, in denselbe
geben, ob dieselben zu einem illustrirten Werke gehören, welch
vollständig erschienen und daher nach der Stärke der Auflage
conto aufgeführt ist.

9) Im Art. 18 werden nach einer vor Unterzeichnung
abgegebenen Erklärung solche deutsche Bücher, in denen sic
Citate oder französische Beispiele und Uebungen finden, sobald
nur nicht den Haupttheil bilden, rücksichtlich des Eingangszo
reich wie nicht-französische Bücher behandelt werden. Im U
nunmehr für alle mit königlich sächsischem Ursprungszeugni
nach Frankreich eingehenden Bücher, Kunstsachen, Karten u
die allgemeinen Douanengesetze in Kraft. Der Eingang kan
alle Grenzzollämter erfolgen, über welche nach französischen
Eingang von Büchern überhaupt erlaubt ist.

10) Die im Art. 18. vorgeschriebenen Ursprungszeugnis
alle bei sächsischen Verlegern erschienenen oder von denselben
recht erworbenen Artikel von der Verwaltungsbehörde des
Verlegers, bei von Leipzig abgehenden Sendungen, gleichvi
aus in Leipzig oder anderen Orten des Königreichs Sachse
Werken bestehen, auf Grund der von dem absendenden Ve
zureichenden Verzeichnisse — deren Richtigkeit derselbe auf
lich zu bestärken bereit sein muß — vom Stadtrathe zu Lei
werden. Sie sind beziehentlich dem kaiserlich französischen
Leipzig oder dem kaiserlich französischen Gesandten in Dre
lisation vorzulegen. Sie haben lediglich die amtliche Versich
halten, daß die in dem Verzeichnisse oder der Factur aufge
u. s. w. Verlagsartikel königlich sächsischer Unterthanen si
stempel- und kostenfrei auszustellen.

11) Die Bestimmung des Art. 19. über die Hinterlegu
zeichen tritt erst in Kraft, wenn durch ein sächsisches Ges
wegen Erleichterung des im Allgemeinen durch das Strafge
begründeten Schutzes der Fabrikzeichen gegen Nachahmung
legung bei der Verwaltungsbehörde getroffen worden sein w

Dresden, den 6. Juni 1856.

Ministerium des Innern.

Verordnung vom 17. Nov. 1856, die belgischen Nachdruck Werke betr.

Zur Beseitigung von Zweifeln, welche darüber entste
welchem Verhältnisse belgische, vor Abschluß des belgisch-fra
trags vom 22. Aug. 1852 angefertigte und in Gemäßhe
gestempelte Nachdrucke französischer Werke zu dem sächsisch-fr
trage vom 19. Mai 1856 stehen, wird, beziehentlich im
mit der kaiserlich französischen Regierung, Folgendes bekann

Solche Exemplare in Belgien angefertigter Nachdru
Werke, welche bereits den in dem belgisch-französischen
22. August 1852 vorgeschriebenen Stempel tragen, sind
Bestimmungen des belgisch-französischen Vertrags als zun

Verkaufe freigegeben zu betrachten und bedürfen, um in Sachsen wegen Verfolgung geschützt sein, nicht der nochmaligen Bestempelung mit dem durch den sächsisch-französischen Vertrag vom 19. Mai 1856 vorgeschriebenen Stempel.

Dagegen sind alle mit dem ordnungsmäßigen belgischen Stempel nicht versehene und auch in Sachsen nicht zur vertragsmäßigen Abstempelung gebrachte belgische Nachdrucke französischer Werke unbedingt dem in Art. 15 des sächsisch-französischen Vertrags vom 19. Mai 1856 ausgesprochenen Verbote unterworfen.

Dresden, den 17. November 1856.

Sachsen-Koburg-Gotha.

Verordnung die Publication des BB. vom 6. Septbr. 1832 betreff., vom 9. Decbr. 1837.

Zusatz, enthaltend die Anweisung darauf zu sehen, daß derselbe sowohl überhaupt, als insbesondere auch hinsichtlich der im Art. 1. dem Verlagsrechte gegebenen Ausdehnung gehörig beachtet werde, in welcher Beziehung den in der höchsten Verordnung vom 18. Septb. 1828 desfalls vorgeschriebenen Anordnungen nachzugehen ist, wie denn überhaupt diese Verordnung in allen den Fällen, wo dieselbe im Bundesbeschlusse nicht begriffene Bestimmungen enthält, sowie insbesondere hinsichtlich der Bestimmungen über die Dauer des Verlagsrechts nach wie vor ihre gesetzliche Kraft behält.

Sachsen-Weimar-Eisenach.*)

Bekanntmachung vom 14. Decbr. 1837, betreffend die Publication des BB. vom 9. Nov. 1837.

Mit dem Zusatz: was den Debit von Nachdrücken betrifft, soll der Verkauf der etwa in den Buchhandlungen des Landes dermalen vorhandenen Nachdrücke, in soweit die Bestimmungen des vorliegenden Bundesbeschlusses darauf anwendbar sind, auch keine sonst ertheilten besonderen Privilegien entgegenstehen, nur noch bis zum 1. April 1838 gestattet werden, nach diesem Zeitpunkte aber die Wegnahme aller sich etwa noch vorfindenden Exemplare unnachsichtlich eintreten, mit Vorbehalt der bis dahin durch die Landesgesetzgebung noch anzudrohenden härteren Strafe.

---

*) Erklärung der großherzoglich sächsischen Gesandtschaft über die im Großherzogthum Sachsen bestehenden Gesetze und Anordnungen, in der 41. Sitzung der Bundesversammlung 1832:

„Nur in einigen Gebietstheilen bestehen besondere Gesetze gegen den Nachdruck, nämlich:

1) in den vormals königlich Preußischen: das königl. Preußische Landrecht, Theil I., Tit. 11, §. 1033—1036, Theil II., Tit. 20, §. 1294—1297. (siehe die preuß. Gesetzgebung.)
2) in den vormals königlich sächsischen Landen: Resol. grav. vom 22. Juni 1661, §. 81. Rescript vom 13. Mai 1620 u. 27. Febr. 1686. (siehe die sächsische Gesetzgebung.)

Instruction zur Bildung eines Sachverständigen-Vereines zur Entscheidung einiger Nachdrucksfragen.

In Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Jan. 1839, zum Schutze des Eigenthums an Werken der Literatur und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung, ertheilt das großherzogl. Staatsministerium zur Bildung des in §. 17. a. a. O. erwähnten Vereins von Sachverständigen folgende Instruction:

1) Bis auf Weiteres wird ein Verein von Sachverständigen, welche auf etwaiges Erfordern der Gerichte die in dem Gesetze vom 11. Januar 1839 §. 17. beregten Gutachten über die Existenz eines Nachdrucks und eines unerlaubten Abdrucks, sowie über den eventuellen Betrag der zu leistenden Entschädigung in vorkommenden Fällen zu erstatten haben, für das ganze Großherzogthum nur in der Stadt Jena errichtet.

2) Dieser Verein wird aus sieben Mitgliedern, den Vorsitzenden mit eingerechnet, bestehen, und hat die Bestimmung, in vorkommenden Fällen die Fragen zu begutachten: Ob eine Druckschrift (§§. 1, 2, 5 bis 17 des allegirten Gesetzes) oder eine solche geographische, topographische, naturwissenschaftliche, architektonische und ähnliche Zeichnung (§. 18), welche nach ihrem Hauptzwecke nicht für ein Kunstwerk zu erachten ist, als Nachdruck oder unerlaubter Abdruck zu betrachten, so wie welch ein Entschädigungsbetrag dem Verletzten eventuell zu gewähren sei.

3) Bei der Ernennung der Mitglieder des Vereins ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß sich darunter wenigstens zwei Buchhändler und zwar solche, die sich nicht ausschließlich mit dem Sortimentshandel beschäftigen, und wenigstens zwei Schriftsteller befinden.

4) Für den im §. 18 des Gesetzes vom 11. Januar 1839 bezeichneten Fall ist zu den übrigen Mitgliedern noch ein Sachverständiger, welcher als Zeichner, Kupferstecher oder sonst mit der Anfertigung der im § 18 erwähnten Abbildungen vertraut ist, als Mitglied zuzuziehen. Die Ernennung dieses Mitgliedes bleibt für jeden einzelnen Fall dem Vereine überlassen.

5) Dem Vereine wird eine Anzahl von wenigstens vier Stellvertretern für etwa abwesende oder sonst verhinderte Mitglieder beigegeben.

6) Die Ernennung sowohl der Vorsitzenden, als auch der Mitglieder, so wie der Stellvertreter erfolgt durch das großherzogl. Staatsministerum. Dasselbe hat auch zu bestimmen, welches der betreffenden Mitglieder in jedem Vereine den Vorsitzenden in Behinderungsfällen zu vertreten habe.

7) Nach erfolgter Ernennung werden die Vorsitzenden, Mitglieder und Stellvertreter durch das Syndicatsgericht zu Jena auf diesfällige Verordnung des Staatsministeriums als Sachverständige ein für allemal vereidigt.

8) Das Gericht, welches die Erstattung des Gutachtens durch den Verein für erforderlich hält, übersendet einen status causae et controversiae nebst dem corpus delicti und dem Gegenstande, mit welchem letzeres verglichen werden soll, an das unterzeichnete Staatsministerium, behufs der Vorlegung an den Verein. Die zu vergleichenden beiden Gegenstände müssen jedoch vorher durch Anhängung des Gerichtssiegels oder auf andere Art so bezeichnet werden, daß die Indentität nicht zweifelhaft werden kann und jeder Verwechselung vorgebeugt ist.

9) Sobald der Antrag auf Erstattung eines sachverständigen Gutachtens durch Vermittelung des Staatsministeriums an den Vorsitzenden des betreffenden Vereins gelangt ist, ernennt derselbe zwei Mitglieder, welche, unabhängig von einander, ihre Meinung schriftlich abzugeben und solche demnächst in einer vom Vorsitzenden anzuberaumenden Sitzung dem Vereine mündlich vorzutragen haben. Nach stattgehabter Berathung erfolgt durch Stimmenmehrheit der Beschluß. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

10) Zur Fassung eines gültigen Beschlusses ist die Anwesenheit von wenigstens fünf Mitgliedern, einschließlich des Vorsitzenden und der etwa zugezogenen Stellvertreter, erforderlich.

11) Nach Maßgabe des gefaßten Beschlusses wird das Gutachten ausgefertigt und von den bei der Beschlußfassung anwesend gewesenen Mitgliedern des Vereins unterschrieben.

12) Das Gutachten wird dem großherzogl. Staatsministerium durch den Vorsitzenden eingereicht und von dem Staatsministerium demnächst an das betreffende Gericht gesendet.

13) Der Verein ist befugt, an Gebühren für das Gutachten die im Sportelgesetze vom 1. Decbr. 1840, §. 120, ausgesetzten Gebühren von zwei bis acht Thaler und außerdem für die Ausfertigung der im angezogenen Gesetze §. 19 unter 1 bestimmte Taxe von vier Groschen für jede Seite zu liquidiren. Diese Kosten sind von dem Gerichte, wie andere baare Auslagen zu berichtigen.

14) Jede fernere Modification dieser Instruction wird natürlich vorbehalten.

Weimar, den 7. Februar 1845.

Schwarzburg-Sondershausen.

Verordnung vom 7. Juli 1841, die Publication des BB. vom 2. April 1841. betr.

Mit dem Zusatz: daß die Bestimmung des Schadenersatzes und einer etwaigen Geldbuße dem richterlichen Ermessen anheimgestellt sein soll und die Gerichtsbehörden angewiesen sind, in vorkommenden Contraventionsfällen an die Landsregierung zu berichten.

Waldeck.

Verordnung vom 30. Januar 1828.

Nachdem von der königlich preuß. Regierung die Zusicherung ertheilt worden ist (folgt die Zusicherung)*) wird hierdurch verordnet:

daß mit Vorbehalt der in Folge des Art. 18 der deutschen Bundesacte noch zu erwartenden allgemeinen Bestimmungen zur

*) S. S. 27 des Nachtrags.

Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Büchernachdruck zur Aufrechthaltung des Schutzes der Rechte der Schriftsteller und Verleger der preußischen Monarchie, in den hiesigen Landen der Büchernachdruck und dessen Verbreitung mit Confiscation des nachgedruckten Werkes und einer Geldbuße von 10 Thalern bestraft werden solle.

Verordnung vom 6. Oct. 1832, betreffend die Publication des BB. vom 6. September 1832.

Mit dem Zusatz: daß die Verordnung vom 30. Januar 1828, welche zur Aufrechthaltung des Schutzes der Rechte der Schriftsteller und Verleger in der königl. preußischen Monarchie, in Unserm Lande der Büchernachdruck und dessen Verbreitung unter Androhung der Confiscation des nachgedruckten Werkes und einer Geldbuße von 10 Thalern verbietet, nunmehr allen Herausgebern, Verlegern und Schriftstellern im ganzen Umfange des deutschen Bundes zu Gute kommt; sowie die Herausgeber, Verleger und Schriftsteller in Unsern Landen sich des gesetzlich bestehenden Schutzes gegen den Nachdruck in jedem andern Bundesstaate ebenfalls zu erfreuen haben.

Würtemberg.

Rescript vom 25. Febr. 1815, Privilegien gegen den Büchernachdruck betreffend.

Um das Interesse der Schriftsteller, welche eine von ihnen verfaßte Schrift entweder selbst oder durch einen Andern herausgeben, mit dem Interesse Unserer Unterthanen in Absicht auf Befriedigung der Geistesbildung, und mit der ihnen gebührenden Gewerbsfreiheit zu vereinigen, haben Wir Uns bewogen gefunden, folgendes durch gegenwärtige Bekanntmachung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen:

1) Es werden auf besonderes Ansuchen der in- und ausländischen Schriftsteller, oder derjenigen, welche an ihrer Stelle als Verleger ein Buch herausgeben, Privilegien auf eine bestimmte Zeit von sechs und, nach Beschffenheit des Werks und der in den Gesuchen um solche Privilegien anzuführenden und zu bescheinigenden Umstände, auf mehr Jahre dahin ertheilt werden, daß ein solches Buch binnen dieser Zeit, ohne Erlaubniß dessen, der das Privilegium erhalten hat, von Niemand im Königreiche nachgedruckt, auch ein auswärtiger Nachdruck dieses Buches nicht debitirt werden dürfe.

2) Das Privilegium wird nur dann gegeben, wenn es beim Anfange eines Werks, ehe noch einzelne Bände debitirt sind, nachgesucht wird.

3) Ein ertheiltes Privilegium ist dem Buche, und bei Werken, deren einzelnen Theile nur nach und nach erscheinen, jedem besonders herauskommenden Bande zur Bekanntmachung vorzusetzen.

4) Die Dauer des Privilegiums wird für das ganze, wenngleich aus mehreren Bänden bestehende Werk, für welches dasselbe ertheilt ist, von dem in der Urkunde bemeldeten Dato der Ausstellung berechnet.

5) Wer gegen ein ertheiltes königl. Privilegium, und ohne Erlaubniß der königl. Censurbehörde, während der im Privilegium bestimmten Zeit ein Buch nachdruckt, verfällt nicht nur in die durch die Censurgesetze verordneten Strafen, sondern es sollen auch alle noch vorräthigen Exemplare des unbefugten Nachdruckes zum Vortheil des Schriftstellers oder ersten Verlegers confiscirt, und überdieß für die bereits abgegebenen Exemplare dem Beschädigten und darum ansuchenden Interessenten der Ladenpreis der Verlagsausgabe erstattet werden.

6) Auch von einem auswärtigen Nachdrucke werden während der Dauer des Privilegiums alle in das Königreich eingesandten zum Verkauf bestimmten Exemplare confiscirt, und dem Beschädigten überlassen.

7) Das durch das Privilegium auf einen bestimmten, nach No. 4 zu berechnenden Zeitraum begründete Verbot des Nachdrucks einer Schrift bezieht sich nur auf den Nachdruck derjenigen Ausgabe, der das Privilegium ertheilt worden, und auf eine unveränderte neue Auflage derselben während dieser Zeit, nicht aber auf die Herausgabe einer Uebersetzung oder einer Umarbeitung der privilegirten Schrift, oder eines Auszugs aus derselben.

8) Das Verbot des Nachdrucks hört auf, wenn die Zeit des Privilegiums erloschen ist. Bei einer neuen verbesserten Auflage kann ein neues Privilegium nachgesucht, und nach Befund der Umstände, wenn die Auflage wesentlich verändert ist, auf sechs und mehr Jahre ertheilt werden. Das neue Privilegium aber begreift das Verbot des Nachdrucks der ältern Ausgabe oder einzelner früher schon herausgekommener Theile eines Werks nicht, wenn entweder die ältere Ausgabe mit gar keinem Privilegium versehen; oder die Zeit desselben erloschen ist.

9) Wenn durch besondere Privilegien der ausschließende Verkauf gewisser Bücher an Institute überlassen worden ist: so dürfen diese Bücher unter der No. 5 und 6 bestimmten Strafen nicht nachdruckt, und auch ein auswärtiger Nachdruck derselben darf nicht debitirt werden.

10) Das königl. Ober-Censur-Collegium wird mit Vollziehung der gegenwärtigen königl. Verordnung beauftragt, und hat solches Entschädigungsklagen in Anstandsfällen an die rechtlichen Behörden zu verweisen.

Gegeben Stuttgart, den 25. Febr. 1815.

Frankreich.

Décret impérial qui désigne les bureaux par lesquels les oeuvres espagnoles littéraires, scientifiques et artistiques, pourront être importées en France. 17. Févr. 1855.)*

Napoléon etc.; — Sur le rapport de notre ministre secrétaire d'état au département de l'agriculture, du commerce et des travaux publics; — Vu l'article 12 de la convention littéraire et artistique conclue, entre la France et l'Espagne, le 25 Nov. 1853,

Avons décrété et décrétons ce qui suit:

Art. 1. Les oeuvres espagnols littéraires, scientifiques et artistiques, comprenant les livres, les compositions dramatiques et musicales, les tableaux, les dessins, les gravures, les lithographies, les sculptures, les cartes géographiques et toutes autre productions analoques, à l'exception des objets d'art destinés à l'agriculture et à l'industrie manufacturière, ne pourront être importés en France, soit pour l'acquittement des droits, soit pour le transit, que par les bureaux ci-après désignés:

Lille, Valenciennes, Strasbourg, les Roussis, Pont-de-Beauvoisin, Marseille, Bayonne, Béhobie, Bordeaux, Nantes, le Havre et Bastia.

---

*) Hierzu gehört die folgende Bekanntmachung:

Aschaffenburg, 7. Juni 1856. Das unterfertigte Consulat Ihrer katholischen Majestät ist beauftragt, zur Kenntniß der verehrl. Herren Buchhändler und Exporteurs zu bringen, daß in Folge eines zwischen den Regierungen Ihrer katholischen Majestät und Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen unterm 15. Nov. 1853 abgeschlossenen Vertrags zum Schutz des künstlerischen und literarischen Eigenthums alle in spanischer Sprache gedruckteu Werke, welche behufs der Ein- und Durchfuhr nach Frankreich versendet werden, nur an bestimmten Zollämtern Frankreichs passiren können und von einem durch ein spanisches Consulat beglaubigten Ursprungs-Certificate begleitet sein müssen, wenn sie nicht als Nachdruck behandelt werden sollen. Gleichen Bestimmungen unterliegt in Spanien die Ein- oder Durchfuhr von in französischer Sprache gedruckten Werken, welche daselbst gleichfalls nur an bestimmten Zollämtern zugelassen werden, und von einem durch ein französisches Consulat beglaubigten Ursprungszeugnisse begleitet sein müssen, widrigenfalls dieselben als Nachdruck betrachtet werden. Das unterfertigte Consulat Ihrer katholischen Majestät ist ferner beauftragt, auf alle desfallsigen Anfragen den genauen Inhalt des angeführten Vertrags bekannt zu geben, sowie darauf aufmerksam zu machen, daß dessen Bestimmungen mit aller Strenge durchgeführt werden.

Das Consulat Ihrer katholischen Majestät.

Zweite Abtheilung.

Staatsverträge.

Verträge Preußens mit andern deutschen Staaten wegen gegenseitigen Schutzes gegen Nachdruck.[1])

		Vollzug der Erklärung.	Publication der Erklärung.	Beginn der Wirksamkeit.
1	Preußen	11. Sept. 1827.	27. Sept. 1827.	1. Nov. 1827.
	Hannover	7. Sept. 1827.	17. Sept. 1827.	1. Nov. 1827.
2	Preußen	18. Sept. 1827.	27. Sept. 1827.	27. Sept. 1827.
	Hessen-Darmstadt	10. Sept. 1827.	4. Oct. 1827:	4. Oct. 1827.
3	Preußen	27. Sept. 1827.	27. Sept. 1827.	27. Sept. 1827.
	Oldenburg	14. Sept. 1827.		
4	Preußen	24. Sept. 1827.	28. Octbr. 1827.	28. Oct. 1827.
	Schaumburg-Lippe	12. Sept. 1827.	5. Octbr. 1827.	5. Oct. 1827.
5	Preußen	4. Octbr. 1827.	28. Octbr. 1827.	28. Oct. 1827.
	Braunschweig	15. Octbr. 1827.	26. Octbr. 1827.	26. Oct. 1827.
6	Preußen	6. Octbr. 1827.	28. Octbr. 1827.	28. Oct. 1827.
	Schwarzb.-Sondersh.	22. Sept. 1827.	10. Nov. 1827.	10 Nov. 1827.
7	Preußen	19. Octbr. 1827.	12. Nov. 1827.	12. Nov. 1827.
	Lübeck	3. Octbr. 1827.	24. Octbr. 1827.	24. Oct 1827.
8	Preußen	20. Octbr. 1827.	12. Nov. 1827.	12. Nov. 1827.
	Schwarzb.-Rudolstadt	30. Octbr. 1827.		
9	Preußen	20. Octbr. 1827.	13. Nov. 1827.	13. Nov. 1827.
	Bremen	31. Octbr. 1827.		
10	Preußen	20. Octbr. 1827.	27. Nov. 1827.	27. Nov. 1827.
	Lippe-Detmold	23. Octbr. 1827.	30. Dec. 1827.	30. Dec. 1827.
11	Preußen	5. Nov. 1827.	27. Nov. 1827.	27. Nov. 1827.
	Nassau	12. Nov. 1827.	12. Nov. 1827.	12. Nov. 1827.
12	Preußen	22. Nov. 1827.	27. Nov. 1827.	27. Nov. 1827.
	Hohenzollern-Sigmar.	8. Nov. 1827.[2])	22. Dec. 1827.	22. Dec. 1827.
13	Preußen	27. Nov. 1827.	27. Nov. 1827.	27. Nov. 1827.
	Sachsen-Coburg-Gotha	11. Nov. 1827.	24. Dec. 1827.	24. Dec. 1827.
14	Preußen	7. Nov. 1827.	9. Jan. 1828.	9. Jan. 1828.
	Meklenburg-Schwerin	24. Nov. 1827.	22. Dec. 1827.	22. Dec. 1827.
15	Preußen	27. Nov. 1827.	8. Jan. 1828.	8. Jan. 1828.
	Meklenburg-Strelitz	13. Nov. 1827.		

[1]) Anmerkung. Siehe die preuß. Gesetzgebung, Nachtrag S. 27.
[2]) Verboten bei Confiscation und Geldbuße von 50 Thalern.

		Vollzug der Erklärung.	Publication der Erklärung.	Beginn der Wirksamkeit.
16	Preußen	8. Jan. 1828.	8. Jan. 1828.	8. Jan. 1828.
	Sachsen-Altenburg	21. Dec. 1827.		
17	Preußen	8. Jan. 1828.	8. Jan. 1828.	8. Jan. 1828.
	Hohenzollern-Hechingen	30. Nov. 1827.[1]		
18	Preußen	9. Jan. 1828.	9. Jan. 1828.	9. Jan. 1828.
	Anhalt-Bernburg	2. Dec. 1827.	2. Dec. 1827.	2. Dec. 1827.[2]
19	Preußen	10. Jan. 1828.	12. Jan. 1828.	12. Jan. 1828.
	Reuß-Schleiz u. Lobenst.	24. Dec. 1827.	22. Jan. 1828.	22. Jan. 1828.
20	Preußen	11. Dec. 1827.	17. Jan. 1828.	17. Jan. 1828.
	Anhalt-Dessau	22. Dec. 1827.	22. Dec. 1827.	22. Dec. 1827.
21	Preußen	4. Jan. 1828.	25. Jan. 1828.	25. Jan. 1828.
	Baden	20. Dec. 1827.	13. Jan. 1828.	1. Jan. 1828.
22	Preußen	18. Jan. 1828.	18. Jan. 1828.	18. Jan. 1828.
	Reuß-Plauen	2. Jan. 1828.		
23	Preußen	11. Dec. 1827.	7. Febr. 1828.	7. Febr. 1828.
	Dänemark (resp. Holst., Lauenb. u. Schleswig)	29. Jan. 1828.	5. April 1828.	5. April 1828.
24	Preußen	26. Nov. 1827.	18. März 1828.	18. März 1828.
	Waldeck	8. März 1828.	30. Jan. 1828.	30. Jan. 1828.
25	Preußen	18. Jan. 1828.	15. Febr. 1828.	15. Febr. 1828.
	Sachsen-Weimar	1. Febr. 1828.	21. Febr. 1828.	21. Febr. 1828.[3]
26	Preußen	19. Febr. 1828.	11. März 1828.	11. März 1828.
	Würtemberg	27. Febr. 1828.		
27	Preußen	7. Febr. 1828.	24. März 1828.	24. März 1828.
	Sachsen-Meiningen	19. Febr. 1828.	7. Mai 1829.	7. Mai 1829.
28	Preußen	13. Juli 1828.	9. Aug. 1828.	9. Aug. 1828.
	Hamburg	25. Juli 1828.		
29	Preußen	22. Jan. 1829.	13. Febr. 1829.	13. Febr. 1829.
	Bayern	2. Febr. 1829.	2. Febr. 1829.	
30	Preußen	8. Mai 1829.	8. Mai 1829.	8. Mai 1829.
	Anhalt-Köthen	24. Febr. 1829.		
31	Preußen	30. Octbr. 1829.	30. Oct. 1829.	30. Oct. 1829.
	Hessen-Cassel			

[1]) Verboten bei Confiscation und Geldbuße von 10 Thalern.
[2]) Verboten bei 100 Thlr. und Confiscation.
[3]) Strafe der Confiscation.

Verträge deutscher Staaten mit Frankreich.

Vertrag zwischen dem Kurfürstenthum Hessen und Frankreich zum Schutze des Eigenthums an Werken der Literatur und Kunst. 7. Mai 1853.

Seine königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen und Seine Majestät der Kaiser der Franzosen gleichmäßig von dem Wunsche beseelt, den Wissenschaften und Künsten Ihren Schutz angedeihen zu lassen und nützliche Unternehmungen, welche sich darauf beziehen, zu befördern, haben zu dem Ende beschlossen, in gemeinschaftlichem Einverständniß diejenigen Maaßregeln zu ergreifen, welche am meisten geeignet erscheinen, um in den beiderseitigen Landen das Eigenthum an den im Kurfürstenthume Hessen oder in Frankreich zuerst veröffentlichten Werken der Literatur und Kunst für deren Urheber oder Rechtsnachfolger sicher zu stellen.

Zu diesem Zwecke haben Sie zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Seine königl. Hoheit der Kurfürst von Hessen:

den Herrn Alexander von Baumbach, Allerhöchst Ihren Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des kurfürstlichen Hauses, Kammerherrn, Commandeur zweiter Classe des kurfürstlichen Wilhelms-Ordens, Ritter erster Classe des kaiserlich königlich österreichischen Ordens der eisernen Krone, Commandeur des königlich bayerischen St. Michael-Ordens, Commandeur erster Classe des großherzoglich hessischen Ludwig-Ordens;

Seine Majestät der Kaiser der Franzosen:

den Herrn Vicomte Georges Sérurier, Allerhöchst Ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kurfürstlich hessischen Hofe, Officier des kaiserlichen Ordens der Ehren-Legion, Commandeur des königlich portugiesischen Christus-Ordens, Officier des königlich belgischen Leopold-Ordens 2c.,

welche, nach vorheriger gegenseitiger Mittheilung ihrer in gültiger Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel sich vereinigt haben:

Art. I.

Das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung von Werken des Geistes oder der Kunst, als Büchern, Schriften, dramatischen Werken, musikalischen Compositionen, Gemälden, Stichen, Lithographien, Zeichnungen, Bildhauer-Arbeiten und anderen schriftstellerischen und künstlerischen Erzeugnissen, soll in beiden Staaten gegenseitig in der Art geschützt werden, daß in jedem derselben der Nachdruck und die unbefugte Nachbildung von Werken, welche in dem anderen Staate zuerst erschienen sind, gleichgestellt werden dem Nachdruck und der unbefugten Nachbildung der in dem betreffenden Staate selbst erschienenen Werke und darauf alle Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen Anwendung finden, welche in diesem Staate in Beziehung auf das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung schriftstellerischer und künstlerischer Erzeugnisse bestehen oder für die Folge werden gegeben werden.

Convention entre la Hesse-Electoral d'une part et la France d'autre part, pour la répression de la contrefaçon littéraire et artistique. — 7. Mai 1853.

Son Altesse Royale l'Electeur de Hesse et Sa Majesté l'Empereur des Français animés du désir de protéger les sciences et les arts et d'encourager les entreprises utiles qui s'y rapportent, ont à cette fin résolu d'adopter, d'un commun accord, les mesures les plus propres à garantir dans les deux pays aux auteurs ou à leurs ayants-cause, la propriété des oeuvres littéraires ou artistiques publiées pour la première fois dans l'Electorat de Hesse ou en France.

Dans ce but ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Son Altesse Royale l'Electeur de Hesse:
le Sieur *Alexandre de Baumbach*, Son Ministre des affaires étrangères et de la Maison Electorale et Chambellan, Commandeur de seconde classe de Son Ordre de Guillaume de la Hesse Electorale, Chevalier de première classe de l'ordre de la couronne de fer d'Autriche, Commandeur de l'ordre de Saint Michel de Bavière, Commandeur de première classe de l'ordre de Louis de la Hesse-Grand-Ducale;

Sa Majesté l'Empereur des Français:
le Sieur Vicomte *Georges Sérurier*, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près de la Cour Electorale de Hesse, officier de l'ordre Impérial de la Légion d'honneur, Commandeur de l'ordre du Christ de Portugal, officier de l'ordre de Léopold de Belgique etc.

lesquels après s'être communiqué leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. I.

Le droit exclusif des auteurs de publier (vervielfältigen) leurs ouvrages d'esprit ou d'art, tels que livres, écrits, oeuvres dramatiques, compositions musicales, tableaux, gravures, lithographies, dessins, travaux de sculpture, et autres productions littéraires et artistiques, sera protégé réciproquement dans les deux États, de de telle sorte que la réimpression et la reproduction illicites des oeuvres publiées primitivement dans l'un deux, seront assimilées dans l'autre à la réimpression et à la reproduction illicites des ouvrages nationaux et dès lors toutes les lois, ordonnances, stipulations aujourd'hui existantes, ou qui pourraient, par la suite, être promulguées au sujet du droit exclusif de publication des oeuvres littéraires et artistiques, seront applicables à cette contrefaçon.

Die gesetzlichen Vertreter der Autoren schriftstellerischer oder künstlerischer Werke und diejenigen, welche desfalls ein besonderes Recht erworben haben, werden in jeder Beziehung dieselben Rechte genießen, wie die Urheber selbst.

Art. II.

Die Bestimmungen des Art. 1 finden gleichfalls Anwendung auf die Darstellung oder Ausführung von dramatischen oder musikalischen Werken, insoweit als die Gesetze eines jeden der beiden Staaten, in Betreff der in ihnen zuerst aufgeführten oder dargestellten Werke gedachter Art einen Schutz gewähren oder in der Folge gewähren werden.

Art. III.

Um allen Geistesproducten oder Werken der Kunst den in den vorstehenden Artikeln bezeichneten Schutz zu sichern, genügt es, daß diejenigen, von welchen dieselben herrühren, auf Verlangen durch das Zeugniß einer öffentlichen Behörde nachweisen, daß das in Frage stehende Werk ein solches Originalwerk sei, welches in dem Lande seines Erscheinens den gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck oder unbefugte Nachbildung genießt.

Art. IV.

Das Feilhalten und der Verkauf von Nachdruckswerken oder unerlaubten Vervielfältigungen der in Art. 1 genannten Werke ist in den beiden Staaten verboten, ohne daß es darauf ankommt, ob diese Nachdruckswerke und Vervielfältigungen in einem der Staaten selbst oder in irgend einem anderen Lande erschienen sind.

Art. V.

Die beiden hohen vertragenden Theile verpflichten sich, die Erfüllung der in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern und den Angehörigen des andern Staates denselben Rechtsschutz wie denjenigen des eignen Staates zu gewähren.

Ueber die Frage, was als Nachdruck und unbefugte Vervielfältigung anzusehen sei, werden die Gerichte eines jeden Landes nach den in demselben geltenden Gesetzen entscheiden.

Art. VI.

Gegenwärtige Uebereinkunft soll die Veröffentlichung oder den freien Verkauf von Nachdruckswerken oder Nachbildungen nicht verhindern, welche schon vor der Publication dieses Vertrags in einem der beiden Staaten ganz oder theilweise angefertigt oder bestellt sind.

Die beiden hohen vertragenden Theile behalten sich jedoch vor, einen zu vereinbarenden Zeitpunkt festzustellen, nach dessen Ablauf der Verkauf der in diesem Artikel bezeichneten Nachdruckswerke und Vervielfältigungen nicht weiter stattfinden soll.

Art. VII.

Um die Ausführung dieses Vertrags zu erleichtern, werden beide hohe vertragende Theile sich gegenseitig die Gesetze und Verordnungen mittheilen,

Les représentants légaux ou les ayants cause des auteurs d'oeuvres intellectuelles ou artistiques, jouiront, sous tous les rapports, des mêmes droits que les auteurs eux-mêmes.

Art. II.

Les stipulations de l'article 1[er] s'appliqueront également à la représentation ou exécution des oeuvres dramatiques ou musicales, en tant que les lois de chacun des deux pays garantissent ou garantiront par la suite, protection aux oeuvres susdites, exécutées ou représentées pour la première fois sur les territoires respectifs.

Art. III.

Pour assurer à toute oeuvre d'esprit ou d'art la protection stipulée dans les articles précédents, il suffira que leurs auteurs établissent au besoin par un témoignage émanant d'une autorité publique, que l'ouvrage en question est une oeuvre originale qui, dans le pays ou elle a été publiée, jouit de la protection légale contre la contrefaçon, ou reproduction illicite.

Art. IV.

L'exposition et la vente de réimpressions ou de reproductions illicites des oeuvres indiquées dans l'article 1[er], sont prohibées dans les deux États, sans qu'il y ait à distinguer si ces réimpressions ou reproductions proviennent de l'un des États même, ou de tout autre pays.

Art. V.

Les deux hautes parties contractantes s'engagent à assurer, par tous les moyens en leur pouvoir, l'exécution des stipulations contenues dans les articles précédents et à faire jouir réciproquement les ressortissants de chacun de la protection légale assurée aux nationaux.

Les tribunaux de chaque pays auront à décider, d'après la législation existante, la question de contrefaçon ou de reproduction illicite.

Art. VI.

La présente convention ne pourra faire obstacle à la publication ou à la vente des réimpressions ou reproductions qui auraient été déjà publiées ou commandées, en tout ou en partie, dans chacun des deux États, antérieurement à sa publication. Les deux hautes parties contractantes se reservent de s'entendre sur la fixation d'un délai après lequel la vente des réimpressions et reproductions, indiquées dans le présent article, ne pourra plus avoir lieu.

Art. VII.

Pour faciliter l'exécution de ce traité, les deux hautes parties contractantes se communiqueront respectivement les lois et

welche jeder von ihnen in Beziehung auf die Sicherstellung gegen Nachdruck und unbefugte Vervielfältigung erlassen hat oder in Zukunft noch zu erlassen sich veranlaßt sehen wird.

Art. VIII.

Die Bestimmungen dieses Vertrags können das Recht der beiden hohen vertragenden Theile nicht beeinträchtigen, durch Maaßregeln der Gesetzgebung oder Verwaltung den Verkehr, die Darstellung, die Feilhaltung oder den Verkauf von geistigen und Kunst-Erzeugnissen in geeigneter Weise zu überwachen, zu erlauben oder zu untersagen.

Auch soll keine Bestimmung dieser Uebereinkunft so ausgelegt werden, daß dieselbe das Recht eines der hohen vertragenden Theile beeinträchtige, die Einfuhr solcher Bücher nach seinem eignen Gebiete zu verhindern, welche seine innere Gesetzgebung oder Verträge mit anderen Staaten in die Kategorie der unbefugten Vervielfältigung rechnen.

Art. IX.

Gegenwärtige Uebereinkunft soll, nachdem sie nach den besonderen Gesetzen jedes der beiden Staaten publicirt sein wird, von dem Tage an sechs Jahre in Kraft und Geltung bleiben, über welchen sich die hohen vertragenden Theile zum Zwecke einer gleichzeitigen Ausführung derselben geeiniget haben werden. Dieser Tag soll jedoch nicht drei Monate später bestimmt werden, als der Austausch der Ratificationen stattgefunden hat.*)

Erfolgt sechs Monate vor Ablauf der sechsjährigen Dauer dieser Uebereinkunft keine Aufkündigung von der einen oder andern Seite, so soll sie weiter von Jahr zu Jahr verbindliche Kraft haben, bis daß einer der hohen vertragenden Theile dem andern ein Jahr voraus seine Absicht, dieselbe nicht länger aufrecht erhalten zu wollen, erklärt haben wird.

Indessen behalten sich die beiden hohen vertragenden Theile das Recht vor, nach gegenseitiger Verständigung solche Modificationen in gegenwärtige Uebereinkunft aufzunehmen, welche weder dem Geiste noch den Grundsätzen derselben widerstreiten und durch die Erfahrung als zweckmäßig werden erfunden werden.

Art. X.

Gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt und die Auswechselung der Ratifications-Urkunden zu Cassel in spätestens zwei Monaten bewirkt werden.

Nach geschehener Auswechselung der Ratifications-Urkunden soll der gegenwärtige Vertrag von beiden hohen Theilen baldthunlichst publicirt werden und in Wirksamkeit treten, sobald die Publication in beiden Staaten geschehen sein wird.

Zu Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Cassel am siebenten Mai Eintausend achthundert drei und fünfzig.

[gez.] v. Baumbach. Vicomte Sérurier.
(L. S.) (L. S.)

*) Der Vertrag ist in Kurhessen publicirt am 4. August 1853, in Frankreich am 25. August 1853 und ist von diesen Tagen an in verbindlicher Kraft.

ordonnances que chacune d'elles aurait promulguées ou pourrait promulguer à l'avenir, pour garantir le commerce légitime contre la réimpression et reproduction illicite.

Art. VIII.

Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux hautes parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire, à leur convenance, par des mesures législatives ou administratives, le commerce, la représentation, l'exposition ou la vente de productions littéraires ou artistiques.

De même, aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interprétée de manière à contester le droit des hautes parties contractantes de prohiber l'importation, sur leur propre territoire, des livres que leur législation intérieure ou des traités avec d'autres États feraient entrer dans la catégorie des reproductions illicites.

Art. IX.

La présente convention aura force et vigueur pendant six années à partir du jour dont les hautes parties contractantes conviendront pour son exécution simultanée, dès que la promulgation en sera faite d'après les lois particulières à chacun des deux États, lequel jour ne pourra dépasser de trois mois l'échange des ratifications.

Si, à l'expiration des six années, elle n'est pas dénoncée, six mois à l'avance, par une des hautes parties contractantes, elle continuera à être obligatoire d'année en année, jusqu'à ce que l'une des parties contractantes ait annoncé à l'autre, un an à l'avance, son intention d'en faire cesser les effets.

Les hautes parties contractantes se réservent cependant la faculté d'apporter, d'un commun accord, à la présente convention, toute modification qui ne serait pas incompatible avec les principes et l'esprit qui en sont la base, et dont l'expérience viendrait à démontrer l'opportunité.

Art. X.

La présente convention sera ratifiée et l'échange des ratifications aura lieu à Cassel dans le délai de deux mois, au plus tard.

Après l'échange des ratifications, le présent traité sera publié par les deux hautes parties contrantantes aussitôt que possible, et il sera mis en vigueur après la publication accomplie dans les deux États.

En foi de quoi nous Plénipotentiaires de Son Altess Royale l'Electeur de Hesse et de Sa Majesté l'Empereur des Français avons signé et scellé la présente convention.

Fait à Cassel le sept Mai mil-huit-cent cinquante trois.

(signé:) *de Baumbach.* *Vte. Sérurier.*
(L. S.) (L. S.)

Uebereinkunft zwischen der Republik und freien Hansestadt Hamburg und Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen, betreffend den gegenseitigen Schutz des Eigenthumes literarischer und künstlerischer Werke. 2. Mai 1856.

Der Senat der freien und Hansestadt Hamburg, einerseits, und Se. Majestät der Kaiser der Franzosen, andererseits, beseelt vom gleichen Wunsche, die Wissenschaften und Künste zu beschützen und nützliche Unternehmungen, welche auf jene Bezug haben, zu befördern, haben zu diesem Zwecke gemeinschaftlich beschlossen, die geeignetsten Maaßregeln zu ergreifen, um in ihren beiderseitigen Staaten den Autoren oder den Stellvertretern derselben das Eigenthum der literarischen und künstlerischen Werke zu sichern, welche zum ersten Male in der freien und Hansestadt Hamburg oder in Frankreich öffentlich erscheinen, wobei Se. Majestät der Kaiser der Franzosen eingewilligt hat, die gegenwärtig bei der Einfuhr der zu Hamburg erscheinenden Bücher, Kupferstiche, Steindrücke und musikalischen Compositionen in Frankreich erhobenen Zölle zu verringern.

Der Senat der freien und Hansestadt Hamburg und Se. Majestät der Kaiser der Franzosen haben beschlossen, zu diesem Zwecke eine besondere Uebereinkunft zu treffen und in dieser Absicht zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Der Senat der freien und Hansestadt Hamburg:

Herrn Johann Martin Lappenberg, Doctor beider Rechte, Secretarius und Archivarius,

und Se. Majestät der Kaiser der Franzosen:

den Herrn Eduard Cintrat, Offizier des kaiserlichen Ordens der Ehrenlegion, Commandeur des königlich dänischen Dannebrog-Ordens, Seinen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei den großherzoglichen Höfen von Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Oldenburg, sowie bei den freien und Hansestädten,

welche, nachdem sie ihre beiderseitigen Vollmachten sich mitgetheilt und dieselben in guter und gehöriger Ordnung befunden hatten, über folgende Artikel übereingekommen sind.

Art. 1.

Das ausschließliche Recht der Autoren, ihre Werke des Geistes oder der Kunst zu vervielfältigen, wie Bücher, Schriften, dramatische Werke, musikalische Compositionen, Gemälde, Kupferstiche, Steindrücke, Zeichnungen, Bildhauer-Arbeiten und andere literarische und künstlerische Erzeugnisse, soll in beiden Staaten gegenseitig beschützt werden, in solcher Weise, daß der Nachdruck oder die unbefugte Nachbildung der ursprünglich in einem der beiden Staaten erschienenen Werke in dem anderen dem Nachdruck oder der unbefugten Nachbildung der in dem betreffenden Staate selbst erschienenen Werke gleichgestellt werden soll, und werden sofort alle Gesetze, Verordnungen und gesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden, welche in diesem Staate in Beziehung auf das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung schriftstellerischer und künstlerischer Erzeugnisse bestehen oder in der Folge erlassen werden könnten.

Convention entre la République et Ville libre et Anséatique de Hambourg et Sa Majesté l'Empereur des Français pour la garantie reciproque de la propriété des oeuvres de littérature et d'art.

Le Sénat de la Ville libre et Anséatique de Hambourg, d'une part, et Sa Majesté l'Empereur des Français, d'autre part, animés d'un égal désir de protéger les sciences et les arts et d'encourager les entreprises utiles qui s'y rapportent ont, à cette fin, résolu d'adopter d'un commun accord les mesures les plus propres à garantir, dans les deux pays, aux auteurs ou à leurs ayants-cause, la propriété des oeuvres littéraires ou artistiques publiées pour la première foi en France ou dans la ville libre et Anséatique de Hambourg, et Sa Majesté l'Empereur des Français, ayant consenti à réduire les droits actuellement appliqués à l'introduction en France des livres, gravures, lithographies et compositions musicales publiés à Hambourg.

Le Sénat de la Ville libre et Anséatique de Hambourg et Sa Majesté l'Empereur des Français ont résolu de conclure dans ce but une convention spéciale et ont à cet effet nommé leurs plénipotentiaires, savoir:

Le Sénat de la Ville libre et Anséatique de Hambourg

Monsieur *Jean Martin Lappenberg*, Docteur dans les deux facultés, Secrétaire et Archiviste,

et Sa Majesté l'Empereur des Français

Monsieur *Edouard Cintrat*, Officier de l'ordre Impérial de la Légion d'honneur et Commandeur de l'ordre Royal du Dannebrog de Danemark, Son Evoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire auprès des Cours Grand Ducales de Mecklembourg-Schwerin, Mecklembourg-Strelitz et d'Oldenbourg et près des Villes libres et Anséatiques,

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, et les avoir trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants;

Art. 1.

Le droit exclusif des auteurs de publier leurs ouvrages d'esprit ou d'art, tels que livres, écrits, oeuvres dramatiques, compositions musicales, tableaux, gravures, lithographies, dessins, travaux de sculpture et autres productions littéraires et artistiques, sera protégé réciproquement dans les deux États, de telle sorte que la réimpression et la reproduction illicites des oeuvres publiées primitivement dans l'un d'eux, seront assimilées dans l'autre à la réimpression et à la reproduction illicites des ouvrages nationaux; et dès lors toutes les lois, ordonnances et stipulations aujourd'hui existantes ou qui pourraient par la suite être promulguées au sujet du droit exclusif de publication des oeuvres littéraires et artistiques, seront applicables à cette contrefaçon.

Die gesetzlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger der Urheber von Werken des Geistes oder der Kunst sollen in allen Beziehungen dieselben Rechte genießen, wie die Urheber selbst.

Art. 2.

Die Bestimmungen des Art. 1 finden in gleicher Weise Anwendung auf die Aufführung oder Darstellung dramatischer und musikalischer Werke, insoweit die Gesetze eines jeden der beiden Staaten den obgedachten Werken, welche auf ihrem Gebiete zum ersten Male aufgeführt oder dargestellt werden, Schutz verleihen oder in der Folge verleihen sollten.

Art. 3.

Um jedem Werke des Geistes oder der Kunst den in den vorstehenden Artikeln bestimmten Schutz zu sichern, müssen die Urheber derselben erforderlichen Falles durch ein von einer öffentlichen Behörde ertheiltes Zeugniß feststellen, daß der fragliche Gegenstand ein Originalwerk ist, welches im Lande seines Erscheinens gesetzlichen Schutz gegen Nachdruck oder unbefugte Nachbildung genießt.

Art. 4.

Der Verfasser eines jeden in einem der beiden Staaten erschienenen Werkes, welcher sich ausdrücklich das Recht der Uebersetzung vorbehalten hat, wird während eines Zeitraumes von fünf Jahren, gerechnet vom Tage der ersten Veröffentlichung der Uebersetzung seines Werkes, welche er selbst genehmigt hat, das Privilegium des Schutzes gegen die Veröffentlichung einer jeden von ihm nicht genehmigten Uebersetzung des Werkes in dem anderen Lande genießen, und zwar unter den folgenden Bedingungen:

1) Der Verfasser muß an der Spitze seines Werkes die Absicht, sich das Recht der Uebersetzung vorzubehalten, kund gegeben haben;
2) Die gedachte genehmigte Uebersetzung muß wenigstens theilweise im Laufe eines Jahres erschienen sein;
3) Rücksichtlich der Werke, welche in Lieferungen erscheinen, wird es genügen, wenn die Erklärung des Verfassers, daß er sich ausdrücklich das Recht der Uebersetzung vorbehalte, in der ersten Lieferung kund gegeben ist. Was jedoch die Frist von fünf Jahren betrifft, welche in diesem Artikel zur Ausübung des Privilegiums der Uebersetzung bestimmt worden, wird jede Lieferung als ein besonderes Werk betrachtet.

Art. 5.

Die Feilhaltung und der Verkauf von Nachdrücken und unbefugten Nachbildungen der im Art. 1 verzeichneten Werke sind in beiden Staaten verboten, ohne Unterschied, ob diese Nachdrücke und Nachbildungen in einem der beiden Staaten oder in irgend einem anderen Lande veranstaltet sind.

Art. 6.

Die beiden hohen Contrahenten verpflichten sich, durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel die Erfüllung der in den vorhergehenden Artikeln

Les represéntans légaux ou les ayants-cause des auteurs d'oeuvres intellectuelles ou artistiques jouiront sous tous les rapports des mêmes droits que les auteurs eux-mêmes.

Art. 2.

Les stipulations de l'article 1 s'appliqueront également à la représentation ou exécution des oeuvres dramatiques ou musicales en tant les lois de chacun des deux États garantissent ou garantiront par la suite protection aux oeuvres susdites exécutées ou representées pour la première fois sur les territoires respectifs.

Art. 3.

Pour assurer à tout ouvrage intellectuel ou artistique la protection stipulée dans les articles précédens les auteurs devront établir au besoin, par un témoignage émanant d'une autorité publique, que l'ouvrage en question est une oeuvre originale, qui dans le pays où elle à été publiée jouit de la protection légale contre la contrefaçon ou réimpression illicite.

Art. 4.

L'auteur de tout ouvrage publié dans l'un des deux pays qui aura entendu réserver son droit de traduction, jouira pendant cinq années, à partir du jour de la première publication de la traduction de son ouvrage, autorisée par lui, du privilège de protection contre la publication dans l'autre pays, de toute traduction du même ouvrage non autorisée par lui, et ce, sous les conditions suivants:

1) Il faudra que l'auteur ait indiqué en tête de son ouvrage l'intention de se réserver le droit de traduction;
2) La dite traduction autorisée devra avoir lieu au moins en partie, dans le délai d'un an;
3) Pour les ouvrages publiés par livraisons il suffira que la déclaration de l'auteur, qu'il entend se réserver le droit de traduction, soit exprimée dans la première livraison. Toutefois en ce qui concerne le terme de cinq ans assigné par cet article pour l'exercice du droit privilégié de traduction, chaque livraison sera considérée comme un ouvrage séparé.

Art. 5.

L'exposition et la vente de réimpressions et reproductions illicites des oeuvres indiquées dans l'article 1 sont prohibées dans les deux États sans qu'il y ait à distinguer si ces réimpressions et reproductions proviennent de l'un des États mêmes ou de tout autre pays.

Art. 6.

Les deux hautes parties contractantes s'engagent à assurer, par tous les moyens en leur pouvoir, l'exécution des stipulations

enthaltenen Bestimmungen zu sichern, und den Angehörigen des anderen Staates denselben Rechtsschutz wie denjenigen des eigenen Staates zu gewähren.

Die richterlichen Behörden eines jeden Staates werden nach den bestehenden Gesetzen über die Frage entscheiden, was als Nachdruck oder unbefugte Nachbildung anzusehen sei.

Art. 7.

Die gegenwärtige Uebereinkunft kann die Veröffentlichung oder den Verkauf von Nachdrücken oder Nachbildungen, welche schon vor der Publication dieses Vertrages in einem der beiden Staaten bereits ganz oder theilweise veröffentlicht, eingeführt oder bestellt sein sollten, nicht behindern.

Die beiden hohen Contrahenten behalten es sich vor, über die Feststellung einer Frist sich zu verständigen, nach deren Ablauf der Verkauf der in dem gegenwärtigen Artikel bezeichneten Nachdrücke und Nachbildungen nicht länger stattfinden soll.

Art. 8.

Um die Ausführung dieses Vertrags zu erleichtern, werden die beiden hohen contrahirenden Theile sich gegenseitig die Gesetze und Verordnungen mittheilen, welche jeder von ihnen erlassen hat oder in Zukunft erlassen wird, um den rechtlichen Handel gegen den Nachdruck und die unbefugte Vervielfältigung zu sichern.

Art. 9.

Die Bestimmungen dieses Vertrages können das Recht der beiden hohen contrahirenden Theile nicht beeinträchtigen, durch Maaßregeln der Gesetzgebung oder inneren Verwaltung den Verkehr, die Darstellung oder Feilhaltung oder Verkauf literarischer oder künstlerischer Nachbildungen nach ihrem Gutdünken zu überwachen, zu gestatten oder zu verbieten.

Auch soll keine der Bestimmungen gegenwärtiger Uebereinkunft so ausgelegt werden, daß sie das Recht der hohen contrahirenden Theile beeinträchtigte, die Einfuhr solcher Bücher in ihr eigenes Gebiet zu untersagen, welche ihre innere Gesetzgebung oder Verträge mit anderen Staaten in die Kategorie unbefugter Nachbildungen stellen.

Art. 10.

Diejenigen deutschen Bundesstaaten, welche geneigt sein möchten, gegenwärtiger Uebereinkunft sich anzuschließen, sollen zu derselben zugelassen werden.

Die Regierung der freien und Hansestadt Hamburg wird ihre guten Dienste eintreten lassen, um den Beitritt anderer deutscher Regierungen auf diejenige Weise, welche ihr zu diesem Zwecke als die geeignetste erscheinen möchte, sobald als möglich herbeizuführen.

Art. 11.

Während der Dauer der gegenwärtigen Uebereinkunft wird der gegenwärtig auf die gesetzliche Einfuhr in das französische Reich für Bücher, Kupferstiche, Steindrücke oder musikalische Werke, welche innerhalb des

contenues dans les articles précédens et à faire jouir réciproquement leurs ressortissans de la protection légale assurée aux nationaux.

Les tribunaux de chaque pays auront à décider, d'après la législation existante, la question de contrefaçon ou de reproduction illicite.

Art. 7.

La présente convention ne pourra faire obstacle à la publication ou à la vente des réimpressions ou reproductions, qui auraient déjà été publiées, introduites ou commandées, en tout ou en partie, dans chacun des deux États, antérieurement à sa publication.

Les deux hautes parties contractantes se réservent de s'entendre sur la fixation d'un délai après lequel la vente des réimpressions et reproductions indiquées dans le présent article, ne pourra plus avoir lieu.

Art. 8.

Pour faciliter l'exécution de ce traité les deux hautes parties contractantes se communiqueront respectivement les lois et ordonnances, que chacune d'elles aurait ou pourrait à l'avenir promulguer pour garantir le commerce légitime contre la réimpression et reproduction illicites.

Art. 9.

Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux hautes parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire à leur convenance par des mesures législatives ou administratives le commerce, la représentation, l'exposition (Feilhaltung) ou la vente de reproductions littéraires ou artistiques.

De même, aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interpretée de manière à contester le droit des hautes parties contractantes de prohiber l'importation sur leur propre territoire des livres, que leur législation intérieure ou des traités avec d'autres États, feraient entrer dans la catégorie des reproductions illicites.

Art. 10.

Les États Germaniques qui seraient disposés à adhérer à la présente convention y seront admis.

Le Gouvernement de la Ville libre et Anséatique de Hambourg s'engage à employer ses bons offices pour déterminer dans le plus bref délai possible l'accession des autres Gouvernemens Germaniques et cela dans la forme qui paraîtra la plus propre à amener ce résultat.

Art. 11.

Pendant la durée de la présente convention, le tarif des douanes, actuellement appliqué à l'importation légale dans l'Empire français de livres, gravures, lithographies ou

hamburgischen Gebietes veröffentlicht sind, bis jetzt gültige Tarif in folgender Weise verringert und festgestellt, wie folgt:

1) Bücher ungebunden, geheftet, cartonnirt oder gebunden, Almanache, wissenschaftliche oder andere Abhandlungen in deutscher oder in einer todten Sprache zu Hamburg gedruckt, werden bei ihrer Einfuhr in Frankreich zur See oder zu Lande bezahlen
1 Fr. für 100 Kilogramm.

2) Musikalische Compositionen, Kupferstiche, Steindrücke und Landkarten, welche zu Hamburg veröffentlicht sind, werden bei ihrer Einfuhr in Frankreich zur See oder zu Lande bezahlen
20 Frcs. für 100 Kilogramm.

Es versteht sich, daß diese Zollansätze während des Bestehens der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht erhöht werden können, und daß, wenn vor ihrem Ablaufe irgend eine Verringerung dieser Zölle zu Gunsten von Büchern, Kupferstichen, Steindrücken, Landkarten oder musikalischen Werken, welche in einem anderen Lande veröffentlicht sind, bewilligt würde, diese Verringerung sogleich auf die ähnlichen zu Hamburg herausgegebenen Gegenstände ausgedehnt werden wird, und zwar ohne Entgelt, wenn die Bewilligung ohne Bedingung gemacht ist, oder mittelst Gegenleistung, wenn sie in solcher Weise erworben ist.

Art. 12.

Man ist übereingekommen, daß die Bücher, Kupferstiche, Steindrücke, Zeichnungen, musikalischen Werke und Landkarten, welche innerhalb des Gebietes irgend eines anderen deutschen Staates, welcher eine Uebereinkunft wegen der Rechte der Autoren mit Frankreich abgeschlossen hat oder abschließen wird, und welche gesetzlich in das französische Reich eingeführt werden können, bei ihrer Einfuhr in Frankreich durch den hamburgischen Handelsstand in Bezug auf die im Artikel 11 festgestellten Zollansätze betrachtet werden sollen, als ob sie zu Hamburg veröffentlicht wären.

Art. 13.

Es ist ferner vereinbart, daß der hamburgische Zollstempel für die Bücher-Ausfuhr dem französischen Zoll-Departement mitgetheilt werden soll, und daß alle Bücher, welche zur Einfuhr in Frankreich bestimmt sind, mit diesem Stempel versehen werden, wenn sie nicht bereits mit dem entsprechenden Stempel der Zoll-Behörde eines der im vorstehenden Artikel erwähnten Staaten versehen sind.

Art. 14.

Die gegenwärtige Uebereinkunft wird sogleich nach Auswechselung der Ratificationen in Kraft treten, von dem Tage an gerechnet, welchen die Regierung jedes der beiden Staaten festgestellt haben wird, und die Bestimmungen dieser Uebereinkunft sind nur anwendbar auf Werke oder Gegenstände, welche nach diesem Termine veröffentlicht werden.

Dennoch kann diese Clausel die Bestimmungen des Art. 7 im Absatz nicht beeinträchtigen in Betreff der Feststellung einer Frist, nach deren Ab-

oeuvres musicales publiés sur le territoire de l' État de Hambourg sera réduit dans la proportion suivante et établi comme ci-dessous;

1) les livres en feuilles, brochés, cartonnés ou reliés, almanachs, mémoires scientifiques et autres, imprimés à Hambourg soit en Allemand, soit en langue morte, paieront à leur importation en France par mer ou par terre
1 Frc. par 100 Kilos;

2) les compositions musicales, les gravures, lithographies et cartes géographiques, publiés à Hambourg, paieront à leur importation en France par terre ou par mer
20 Frcs. par 100 Kilos.

Il est entendu que le taux de ces droits ne pourra être exhaussé pendant la durée de la présente convention et que si, avant son expiration, une diminution quelconque de ces droits était consentie en faveur des livres, gravures, lithographies, cartes géographiques ou oeuvres musicales, publiés dans un autres pays, cette réduction serait immédiatement étendue aux productions similaires éditées à Hambourg; gratuitement si la concession a été faite sans conditions, ou moyennant compensation si elle a été faite à titre onéreux.

Art. 12.

Il est convenu que tous les livres, gravures, lithographies (Zeichnungen), oeuvres musicales et cartes géographiques, publiés dans l'étendue du territoire de tout autre Etat allemand, qui a conclu ou concluera avec la France une convention littéraire et qui peuvent être légalement introduits dans l'Empire français, seront considérés à leur importation en France par le Commerce hambourgeois relativement aux taxes de douanes stipulées à l'article 11, comme s'ils avaientété publiés à Hambourg.

Art. 13.

Il est encore convenu que les marques de la douane de Hambourg seront communiqués à la douane française et que tous les livres destinés à être importés en France porteront ces marques à moins qu'ils ne soient déjà munis d'une marque analogue par la douane des Etats dont il est fait mention à l'article précédent.

Art. 14.

La présente convention entrera en vigueur immédiatement après l'échange des ratifications, à partir du jour que le Gouvernement de chacun des deux Etats aura fixé et les stipulations de cette convention ne s'appliqueront qu'aux oeuvres ou objets qui seront publiés après cette époque.

Néanmoins, cette clause ne saurait infirmer les dispositions de l'article 7 (2. §.) concernant la fixation d'un délai après lequel

lauf der Verkauf von Nachdrücken, welche vor der Bekanntmachung des gegenwärtigen Vertrages erschienen sind, verboten ist.

Art. 15.

Die gegenwärtige Convention wird während 10 Jahre, vom Tage ihrer Ausführung an gerechnet, in Kraft bleiben; und wenn keiner von beiden Theilen vor Ablauf dieser 10 Jahre seine Absicht, die gedachte Uebereinkunft zu kündigen, erklären sollte, so wird sie noch ein Jahr in Kraft bleiben und so fernerhin von Jahr zu Jahr bis zum Ablaufe eines Jahres, nachdem einer der hohen Contrahenten seine Absicht, sie zu kündigen, wird kund gegeben haben.

Jedoch behalten die hohen Contrahenten sich das Recht vor, nach gegenseitiger Verständigung, diese Uebereinkunft auf jede Weise zu verändern, welche nicht mit ihrem Geiste und ihren Grundsätzen im Widerspruch stehen würde und die Erfahrung zu ihrer Ausführung könnte erforderlich erscheinen lassen.

Art. 16.

Die gegenwärtige Uebereinkunft wird ratificirt werden, und ihre Ratificationen sollen zu Hamburg innerhalb einer Frist von sechs Wochen, oder früher wenn möglich, nach dem Tage der Unterzeichnung ausgewechselt werden.

Zur Beglaubigung dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und derselben ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Hamburg am zweiten Mai des Jahres Achtzehnhundert sechsundfunfzig.

(L. S.) (unterz.) J. M. Lappenberg, Dr.
(L. S.) (unterz.) Eb. Cintrat.

Vertrag zwischen dem Königreich Sachsen und Frankreich über gegenseitigen Schutz der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst. — Vom 9. Mai 1856.

Nachdem in Frankreich durch ein Regierungsdecret d. d. Paris 28. März 1852 die Vervielfältigung von im Auslande erschienenen literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst untersagt und dem Nachdrucke von in Frankreich erschienenen Originalwerken gleichgestellt, im Königreiche Sachsen aber schon durch das Gesetz vom 22. Februar 1844 das Eigenthumsrecht ausländischer Autoren anerkannt und der ihnen zu gewährende Rechtsschutz nur von dem Nachweise der Reciprocität abhängig gemacht worden ist; so haben Seine Majestät der König von Sachsen und Seine Majestät der Kaiser der Franzosen beschlossen, im gemeinschaftlichen Einverständnisse,

---

*) Die sächsische Publicationsverordnung s. unter Sachsen's Gesetzgebung in diesem Nachtrage.

la vente des réimpressions publiées antérieurement à la promulgation du présent traité demeurera interdite.

Art. 15.

La présente convention restera en vigueur pendant dix ans à partir du jour de sa mise à exécution; et si aucune des deux parties ne déclare avant l'expiration de ces dix années, l'intention de dénoncer la dite convention, elle restera en vigueur encore une année et ainsi de suit d'année en année jusqu'à l'expiration d'une année après que l'une des parties aura notifié l'intention de la dénoncer.

Cependant les hautes parties contractantes se réservent le droit d'apporter à cette présente convention, après s'être réciproquement entendus, tout changement, qui ne serait pas en contradiction avec son esprit et ses principes et que l'expérience pourrait faire reconnaître nécessaire à son application.

Art. 16.

La présente convention sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Hambourg dans le délai de six semaines ou plutôt si faire se peut, à partir du jour de la signature.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Hambourg le deuxième jour de Mai l'année mil huit cent cinquante six.

(L. S.) (signé) *J. M. Lappenberg*, Dr.
(L. S.) (signé) *Ed. Cintrat.*

Convention conclue entre la France et la Saxe pour la garantie réciproque de la propriété des oeuvres de littérature d'art. 9. Mai 1856.

Un décret promulgué à Paris le 28. Mars 1852 ayant interdit la réimpression en France des ouvrages d'auteurs étrangers et l'ayant assimilée au délit de contrafaçon des oeuvres originairement publiées en France, et la Loi Saxonne du 22. Février 1844 ayant consacré en Saxe les droits de propriété des auteurs étrangers et simplement subordonné la jouissance de ce droit à la preuve de réciprocité, Sa Majesté le Roi de Saxe et Sa Majesté l'Empereur des Français ont résolu d'adopter d'un commun accord les mesures les plus propres à assurer dans les

die geeignetsten Maaßregeln zu ergreifen, um den Urhebern und Herausgebern oder deren Rechtsnachfolgern, rücksichtlich ihres Eigenthumsrechts an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst, die im Königreich Sachsen oder in Frankreich zuerst erschienen sind, den Genuß des durch die vorerwähnten gesetzlichen Bestimmungen geordneten Rechtsschutzes in den beiderseitigen Ländern zu sichern, und zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Sachsen:

Herrn Baron Friedrich Ferdinand von Beust, Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern, Ritter des königlichen Hausordens der Rautenkrone und Großkreuz des Verdienstordens, Großkreuz des kaiserlich französischen Ordens der Ehrenlegion, des ungarischen St. Stephans- und des Leopoldordens von Oesterreich, Ritter des kaiserlich russischen Alexander-Newsky-Ordens, Großkreuz des königlich preußischen rothen Adlerordens, des Civilverdienstordens der bayerischen Krone, des königlich hannoverschen Guelphenordens, des großherzoglich sächsischen Hausordens vom weißen Falken und des herzoglich sachsen-ernestinischen Hausordens, des königlich spanischen Ordens Carl III., des königlich belgischen Leopoldordens und des königlich sardinischen St. Mauritius und Lazarusordens, Ritter des preußischen Johanniterordens 2c.

Seine Majestät Napoleon III., Kaiser der Franzosen:

Herrn Alexander Baron von Forth-Rouen, Allerhöchst Ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Könige von Sachsen, Commandeur des kaiserlich französischen Ordens der Ehrenlegion, Großkreuz des königlich portugiesischen Christusordens, des Ordens St. Gregor's des Großen, des kaiserlich österreichischen Ordens der eisernen Krone, Inhaber des türkischen Ordens des Medjidié zweiter Classe, außerordentlicher Commandeur des königlich spanischen Ordens Carl III., Commandeur des königlich portugisischen Ordens Unserer Lieben Frau der heiligen Empfängniß von Villa-Viçosa 2c.

Welche, nach Auswechselung ihrer in gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Art. 1.

§. 1. Die Urheber von Büchern, Broschüren und anderen Schriften, von musikalischen Compositionen, von Werken der Zeichenkunst, Malerei, Bildhauerei, Kunststecherei, von Lithographien und allen anderen, dem Gebiete der Literatur und Kunst angehörenden Erzeugnissen werden, in jedem der beiden Staaten gegenseitig, der Vortheile sich zu erfreuen haben, welche daselbst dem Eigenthume an Werken der Literatur und Kunst bereits gesetzlich eingeräumt sind, oder fernerhin werden eingeräumt werden. Demnach soll denselben der nämliche Schutz und die nämliche Rechtshilfe gegen jede Beeinträchtigung ihrer Rechte zustehen, als wenn diese Beeinträchtigung gegen die Urheber von solchen Werken begangen worden wäre, welche im Lande selbst zum Erstenmale veröffentlicht worden sind.

Es versteht sich jedoch von selbst, daß, rücksichtlich der in gegenwärtigem Artikel erwähnten literarischen Erzeugnisse und Werke der Kunst, die in dem einen oder den anderen Lande gegenseitig auszuübenden Rechte

deux pays aux auteurs ou éditeurs ou à leurs ayants-droit la jouissance des garanties résultant des lois précitées, quand à la propriété des oeuvres de littérature ou d'art publiées pour la première fois soit en Saxe soit en France. Pour arriver à ce résultat Les dites Majestés ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires savoir:

Sa Majesté le Roi de Saxe:

Monsieur le Baron Frédéric Ferdinand de Beust, Son Ministre d'Etat chargé des portefeuilles des Ministères des affaires étrangères et de l'Intérieur, Chevalier de l'ordre de la Couronne Royale de Saxe et Grand Croix de Notre ordre du mérite, Grand Croix de l'ordre Impérial de la Légion d'Honneur de France, de St. Etienne de Hongrie et de Léopold d'Autriche, Chevalier de l'ordre d'Alexandre-Newsky de Russie, Grand Croix de l'ordre de l'aigle rouge de Prusse, de l'ordre du mérite de Bavière, de l'ordre des Guelphes de Hannovre, de l'ordre du faucon blanc de Saxe-Weimar et de l'ordre des Maisons Ducales de la branche Ernestine de Saxe, de l'ordre de Charles III. d'Espagne, de l'ordre de Léopold de la Belgique et de l'ordre de St. Maurice et Lazare de Sardaigne, Chevalier de l'ordre de St. Jean de Prusse etc.

Sa Majesté Napoleon III., Empereur des Français:

Monsieur Alexander Baron Forth-Rouen, Son Envoyé extra-ordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi de Saxe, commandeur de Son Ordre Impérial de la Légion d'Honneur, Grand Croix de l'ordre Royal du Christ de Portugal, de l'ordre de St. Grégoire le Grand, de l'ordre Impérial de la couronne de fer, Décoré de l'ordre du Medjidié de 2. Classe, Commandeur du Nombre Extraordinaire de l'ordre de Charles III. d'Espagne, Commandeur de l'ordre de Notre Dame de la Conception de la Villa-Viçosa etc.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1.

§. 1. Les auteurs des livres, brochures et autres écrits, de compositions musicales, d'oeuvres de dessein, de peinture, de sculpture, des gravures, des lithographies et de toutes autres productions analogues du domaine littéraire et artistique, jouiront dans chacun des deux Etats réciproquement des avantages qui y sont ou qui y seront attribués par la loi à la propriété des ouvrages de littérature et d'art et ils auront la même protection et le même recours légal contre toute atteinte portée à leurs droits, que si cette atteinte avait été commise à l'égard d'auteurs d'ouvrages publiés pour la première fois dans le pays même. Il est bien attendu toutefois que les droits à exercer réciproquement dans l'un ou dans l'autre pays rélativement aux ouvrages de littérature et d'art mentionnés dans le présent ar-

nicht ausgedehnter sein dürfen, als die durch die Gesetzgebung desjenigen Landes, welchem der Urheber oder dessen Rechtsnachfolger angehören, zugestandenen.

§. 2. Ebenso versteht es sich, daß die Benennung: „literarische Erzeugnisse und Werke der Kunst" auch die wissenschaftlichen Abhandlungen und Unterrichtsmethoden, sowie die mit „Arrangements" bezeichneten Musikstücke umfaßt.

Art. 2.

§. 1. In Folge Dessen wird es genügen, wenn die Urheber und Herausgeber von Werken der Literatur und Kunst, um vor den Gerichtsbehörden beider Länder zur Verfolgung ihrer Rechte gegen widerrechtliche Nachbildung zugelassen zu werden, ihr Eigenthumsrecht, nach Maaßgabe der in dem Lande, wo die Rechtsverfolgung statthaben soll, in Kraft stehenden Gesetze, nachweisen. Zur Erleichterung dieses Nachweises sollen die, von sächsischen Autoren oder Herausgebern, nach Abschluß des gegenwärtigen Vertrags, veröffentlichten Werke in Frankreich im Buchhandlungsbureau des Ministeriums des Innern, unentgeltlich und ohne daß es einer Hinterlegung von zwei Exemplaren des betreffenden Werkes bedarf, eingetragen werden. Dieser Eintrag wird bewerkstelligt werden auf Vorzeigung des von dem französischen Consul in Leipzig beglaubigten Duplicats einer von der Kreisdirection in Leipzig darüber ausgestellten Bescheinigung, daß der Eintrag in die bei derselben ad hoc gehaltenen Bücherrolle, in Gemäßheit der sächsischen Gesetze, erfolgt ist.

Andererseits soll der Eintrag der, nach dem Abschlusse des gegenwärtigen Vertrags, in Frankreich erschienenen Werke in die bei der Leipziger Kreisdirection gehaltene Bücherrolle gleicherweise ohne Kosten und ohne Formalität, auf Vorzeigung des durch die sächsische Gesandtschaft in Paris legalisirten Duplicats einer von dem Buchhandlungsbureau im französischen Ministerium des Innern ausgestellten Bescheinigung darüber, daß der Eintrag des betreffenden Werks in Gemäßheit der Vorschriften des gegenwärtigen Vertrags wirklich stattgefunden hat, erfolgen. Die Liste der in dieser Weise einregistrirten Werke wird in jedem der beiden Länder in den nämlichen Blättern und in denselben Zeitfristen veröffentlicht werden, wie die Listen über die Werke der Autoren des Landes selbst.

Eine derartige, die Erfüllung der oben festgesetzten Formalitäten bestätigende Bescheinigung, welche jedem Interessenten auf sein Ersuchen, in Frankreich durch das Buchhandlungsbureau, in Sachsen durch die Kreisdirection zu Leipzig, ausgestellt werden wird, soll — bis zum Beweise eines besser begründeten Rechts — als ausreichend angesehen werden, um von den Gerichts- und Verwaltungsbehörden beider Länder, den in jedem derselben in Kraft stehenden Gesetzen gemäß, das Eigenthumsrecht nachzuweisen. Die Eintragsbescheinigung wird unentgeltlich ausgefertigt.

§. 2. Autoren, Herausgeber (Verleger) oder deren Rechtsnachfolger, welche den oben festgesetzten Rechtsschutz, rücksichtlich ihrer, vor der Publication des gegenwärtigen Vertrags erschienenen Werke genießen wollen, sollen auf denselben sich berufen können, nachdem sie die, für alle nach seiner Inkrafttretung erschienenen Werke festgesetzten Formalitäten beobachtet haben. Selbstverständlich kann die Erfüllung dieser Formalitäten ihnen

ticle ne pourront être plus étendues que ceux qu'accorde la législation du pays, auquel l'auteur ou ses ayants-cause appartiennent.

§. 2. Il est entendu aussi que la dénomination d'oeuvres de littérature et d'art comprend les traités scientifiques et méthodes d'enseignement, ainsi que les morceaux de musique dits arrangements.

Art. 2.

§. 1. Il suffira par conséquent, pour que les auteurs ou éditeurs d'ouvrages de littérature et d'art soient admis devant les tribunaux des deux pays à exercer des poursuites contre les contrefaçons, qu'ils justifient leur droit de propriété conformément aux lois en vigueur dans le pays dans lequel la poursuite aura lieu. Pour faciliter cette justification les ouvrages des auteurs ou éditeurs saxons, publiés après la conclusion du présent traité, seront enregistrés gratuitement, en France au bureau de la librairie au Ministère de l'Intérieur, sans qu'il y ait lieu au dépôt de deux exemplaires de l'ouvrage en question. Cet enregistrement s'effectuera sur la présentation du duplicata légalisé par le Consul de France à Leipzic d'un certificat délivré par la Direction du Cercle de Leipzic, attestant que l'enregistrement dans les livres tenus ad hoc par celle-ci a eu lieu conformément aux lois saxonnes. D'autre part, l'enrigistrement des ouvrages publiés en France après la conclusion du présent traité dans les livres tenus par la Direction du Cercle de Leipzic aura lieu également sans frais et sans autre formalité sur la présentation du duplicata légalisé par la Mission de Saxe à Paris, d'un certificat du bureau de la librairie au Ministère de l'Intérieur de France, attestant que l'enregistrement de l'ouvrage a réellement eu lieu conformément aux prescriptions du présent traité. La liste des ouvrages ainsi enregistrés sera publiée dans chacun des deux pays dans les mêmes délais que la liste des ouvrages des auteurs du pays même.

Un certificat qui sera délivré à tout intéressé et sur sa demande, en France par le Bureau de la librairie, en Saxe par la Direction du Cercle de Leipzic, et constatant l'accomplissement des formalités ci-dessus fixées sera considéré comme une preuve suffisante pour constater la propriété devant les tribunaux et autorités administratives des deux pays conformément aux lois en vigueur dans chacun d'eux jusqu'à preuve d'un droit mieux établi. Le certificat d'enregistrement sera délivré gratuitement.

§. 2. Les auteurs, éditeurs ou leurs ayants-cause qui voudraient jouir de la protection ci-dessus établie pour des ouvrages parus antérieurement à la publication du présent traité seront admis à l'invoquer, après qu'ils auront rempli les formalités stipulées pour tous les ouvrages publiés après sa mise en vigueur. Il est bien entendu que l'accomplissement de ces for-

nur gegen die späteren Vervielfältigungen Schutz gewähren; und diejenigen Vervielfältigungen, welche vor der vertragsmäßigen neuen Einrichtung gemacht worden sind, können nicht angefochten werden, sobald ihre Herausgeber die weiterhin (Artikel 14) festgesetzten Formalitäten erfüllt haben.

Art. 3.

Die im Artikel 1 enthaltenen Bestimmungen finden gleiche Anwendung auf die Darstellung, Aufführung und Uebersetzung der dramatischen und musikalischen Werke, insofern die Gesetze eines jeden der beiden Staaten den genannten Werken bei deren erster Aufführung und Darstellung innerhalb der betreffenden Landesgebiete Schutz gewähren oder in der Folge gewähren werden.

Um den in gegenwärtigem Artikel für die Uebersetzung eines dramatischen Werks erwähnten Schutz zu erlangen, ist es nöthig, daß diese Uebersetzung binnen drei Monaten nach der Eintragung des Originals erscheine. Es versteht sich jedoch von selbst, daß diese Bestimmungen nicht den Zweck haben, Nachahmungen oder Bearbeitungen (Arrangements) von dramatischen Stücken für das Theater des anderen Landes zu verhindern.

Art. 4.

Der Autor eines jeden, in einem der beiden Länder veröffentlichten Werks, welcher sich sein Recht auf die Uebersetzung desselben vorbehalten hat, soll von dem Tage des ersten Erscheinens der von ihm autorisirten Uebersetzung seines Werks an gerechnet, fünf Jahre lang ein Schutzprivilegium gegen die Veröffentlichung irgend einer von ihm nicht genehmigten Uebersetzung des nämlichen Werks in dem anderen Lande genießen und zwar unter folgenden Bedingungen:

1) Das Originalwerk muß in einem der beiden Länder binnen einer von dem Tage seiner Veröffentlichung in dem anderen Lande anhebenden Frist von drei Monaten eingetragen worden sein.

2) Es ist erforderlich, daß der Autor an der Spitze seines Werks die Absicht, sich das Recht der Uebersetzung vorzubehalten, angezeigt habe.

3) Die besagte Uebersetzung muß, wenigstens zu einem Theile, innerhalb Jahresfrist, von dem Tage der Eintragung des Originalwerks an gerechnet, erschienen sein, und in ihrer Vollständigkeit binnen eines von demselben Tage anhebenden Zeitraums von drei Jahren.

4) Die Uebersetzung muß in einem der beiden Länder, den Vorschriften des gegenwärtigen Vertrags gemäß (Artikel 2), veröffentlicht und eingetragen werden.

Anlangend die in Lieferungen erscheinenden Werke, so soll es genügen, wenn die, den Vorbehalt des Uebersetzungsrechts betreffende Erklärung des Autors auf der ersten Lieferung ausgedrückt ist. Was jedoch den durch gegenwärtigen Artikel bezeichneten Termin von fünf Jahren für Geltendmachung des von dem Autor vorbehaltenen Uebersetzungsrechts betrifft, so soll jede Lieferung wie ein besonderes Werk betrachtet, und jede derselben soll in einem der beiden Länder, binnen drei Monaten, von dem ersten Erscheinen in dem anderen Lande an gerechnet, eingetragen werden.

malités ne pourra les garantir que contre les reproductions ultérieures et que celles qui auront été faites antérieurement au nouveau régime conventionnel, ne pourront pas être attaquées toutes les fois que les éditeurs qui les auront entreprises ne seront soumis aux formalités stipulées plus loin (Article 14).

Art. 3.

Les stipulations contenues dans l'article 1 s'appliquent également à la représentation, à l'exécution, et à la traduction des oeuvres dramatiques ou musicales en tant que les lois de chacun des deux Etats garantissent ou garantiront par la suite protection aux oeuvres susdites exécutées ou représentées pour la première fois sur les territoires respectifs.

Pour obtenir la garantie exprimée dans le présent article pour la traduction d'une oeuvre dramatique, il faut que cette traduction ait paru dans l'espace de trois mois après l'enregistrement de l'original. Il est entendu toutefois que ces stipulations n'ont pas le but d'empêcher des imitations ou des arrangements de pièces dramatiques pour le théâtre de l'autre pays.

Art. 4.

L'auteur de tout ouvrage publié dans l'un des deux pays qui aura entendu réserver son droit de traduction, jouira pendant cinq années, à partir du jour de la première publication de la traduction de son ouvrage autorisée par lui, du privilége de protection contre la publication dans l'autre pays de toute traduction du même ouvrage non autorisée par lui et ce sous les conditions suivantes:

1) L'ouvrage original devra être enregistré dans l'un des deux pays dans un délai de trois mois à partir du jour de sa publication dans l'autre pays.

2) Il faudra que l'auteur ait indiqué en tête de son ouvrage son intention de se réserver le droit de traduction.

3) La dite traduction devra avoir paru au moins en partie dans le délai d'un an à compter de la date de l'enregistrement de l'oeuvre originale, et en totalité dans un délai de trois ans à partir de la même date.

4) La traduction devra être publiée dans l'un des deux pays et enregistrée conformément aux prescriptions du présent traité (Article 2).

Pour les ouvrages publiés par livraisons, il suffira que la déclaration de l'auteur qu'il entend se réserver le droit de traduction, soit exprimée sur la première livraison. Toutefois en ce qui concerne le terme de cinq années assigné par le présent article pour l'exercice du droit privilégié de traduction, chaque livraison sera considérée comme un ouvrage séparé, chacune d'elles sera enregistrée dans l'un des deux pays dans les trois mois à partir de la première publication dans l'autre pays.

Art. 5.

Den Originalwerken sind die Uebersetzungen ausdrücklich gleich zu achten, welche in einem der beiden Staaten von inländischen oder fremden Werken gefertigt worden. Demzufolge sollen diese Uebersetzungen, rücksichtlich ihrer widerrechtlichen Vervielfältigung in dem anderen Staate, den Artikel 1 festgesetzten Schutz genießen. — Selbstverständlich geht jedoch der Zweck dieses Artikels einfach dahin, den Uebersetzer beziehentlich seiner eigenen Uebersetzung zu schützen, keineswegs aber daher dem ersten Uebersetzer irgend eines in todter oder lebender Sprache geschriebenen Werks das ausschließliche Uebersetzungsrecht zu übertragen.

Art. 6.

Die gesetzlichen Vertreter oder Rechtsnachfolger der Autoren, Uebersetzer, Componisten, Zeichenkünstler, Maler, Bildhauer, Kupferstecher, Lithographen u. s. w. sollen in allen Beziehungen der gleichen Rechte theilhaftig sein, welche die gegenwärtige Uebereinkunft den Autoren, Uebersetzern, Componisten, Zeichenkünstlern, Malern, Bildhauern, Kupferstechern, und Lithographen selbst bewilligt.

Art. 7.

Ungeachtet der in Artikel 1 und 5 der gegenwärtigen Uebereinkunft enthaltenen Bestimmungen können die, aus den in einem der beiden Länder erscheinenden Journalen oder periodischen Sammelwerken gezogenen Artikel in den Journalen oder periodischen Sammelwerken des anderen Landes vervielfältigt oder übersetzt werden, wenn nur die Quelle, aus der die Artikel geschöpft worden sind, dabei angegeben ist.

Inzwischen soll diese Erlaubniß sich nicht erstrecken auf die, in einem der beiden Länder unternommene Vervielfältigung und Uebersetzung von Artikeln aus in dem anderen Lande erscheinenden Journalen oder periodischen Sammelwerken, wenn von den Autoren derselben in dem Journale oder dem Sammelwerke selbst, in welchem sie dieselben veröffentlicht haben, förmlich erklärt worden ist, daß sie deren Vervielfältigung und Uebersetzung untersagen. In keinem Falle aber soll diese Untersagung bei Artikeln politischen Inhalts Platz ergreifen können.

Art. 8.

Die Feilhaltung und der Verkauf unerlaubter Nachdrücke und Vervielfältigungen von den im Artikel 1 angegebenen Werken ist in beiden Staaten verboten, ohne Unterschied, ob diese Nachdrücke und Vervielfältigungen aus dem betreffenden Staate selbst, oder aus einem anderen Lande herrühren.

Art. 9.

Falls den in vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen zuwider gehandelt wird, soll mit der Wegnahme der nachgebildeten Gegenstände verfahren werden, und die Gerichtsbehörden sollen die durch die respective Gesetzgebung dafür bestimmten Strafen ganz in derselben Weise erkennen, als ob die Zuwiderhandlung zum Nachtheile eines Werks oder Erzeugnisses inländischen Ursprungs begangen worden wäre.

Art. 5.

Sont expressément assimilées aux ouvrages originaux les traductions faites dans l'un des deux Etats d'ouvrages nationaux ou étrangers. Ces traductions jouiront, à ce titre, de la protection stipulée par l'article 1 en ce qui concerne leur reproduction non autorisée dans l'autre Etat. — Il est bien entendu toutefois, que l'objet du présent article est simplement de protéger le traducteur, par rapport à la version qu'il a donnée de l'ouvrage original et non pas de conférer le droit exclusif de traduction au premier traducteur d'un ouvrage quelconque écrit en langue morte ou vivante.

Art. 6.

Les mandataires légaux ou ayants-cause des auteurs, traducteurs, compositeurs, dessinateurs, peintres, sculpteurs, graveurs, lithographes etc. jouiront, à tous égards, des mêmes droits que ceux que la présente convention accorde aux auteurs, traducteurs, compositeurs, dessinateurs, peintres, sculpteurs, graveurs et lithographes eux-mêmes.

Art. 7.

Non obstant les stipulations des articles 1 et 5 de la présente convention, les articles extraits des journaux ou recueils périodiques, publiés dans l'un des deux pays, pourront être reproduits ou traduits dans les journaux ou recueils périodiques de l'autre pays, pourvu que l'on y indique la source à laquelle on les aura puisés.

Toutefois, cette permission ne s'étendra pas à la reproduction et à la traduction dans l'un des deux pays des articles des journaux ou de recueils périodiques publiés dans l'autre, lorsque les auteurs auront formellement déclaré dans le Journal ou le Recueil même, où ils les auront fait paraître, qu'ils en interdisent la reproduction et la traduction; dans aucun cas cette interdiction ne pourra atteindre les articles de discussion politique.

Art. 8.

L'exposition et la vente des réimpressions et reproductions illicites des oeuvres indiquées dans l'article 1 sont prohibées dans les deux Etats sans qu'il y ait à distinguer si ces réimpressions et reproductions proviennent de l'Etat même ou de tout autre pays.

Art. 9.

En cas de contravention aux dispositions des articles précédents, la saisie des objets de contrefaçon sera opérée, et les tribunaux appliqueront les peines determinées par les législations respectives de la même manière, que si l'infraction avait été commise au préjudice d'un ouvrage ou d'une production d'origine nationale.

Die die Nachbildung charakterisirenden Merkmale sollen durch die Gerichtsbehörden des einen oder des anderen Landes nach der in jedem der beiden Staaten in Kraft bestehenden Gesetzgebung bestimmt werden.

Art. 10.

Die Festsetzungen dieses Vertrags sollen das Recht der beiden hohen contrahirenden Theile, den Vertrieb, die Aufführung, die Feilhaltung oder den Verkauf literarischer oder Kunst-Erzeugnisse, nach Ermessen durch gesetzliche Vorschriften oder Verwaltungsmaaßregeln zu beaufsichtigen, zu gestatten oder zu verbieten, nicht beeinträchtigen. Ebenso darf keine Bestimmung der gegenwärtigen Uebereinkunft dergestalt ausgelegt werden, daß dadurch das Recht der hohen contrahirenden Theile, die Einfuhr von solchen Büchern zu verhindern, welche nach ihrer inneren Gesetzgebung, oder in Folge von Verträgen mit anderen Staaten, in die Kategorie der widerrechtlichen Vervielfältigung gehören — in Zweifel gestellt würde.

Art. 11.

Beide Regierungen werden die erforderlichen Maaßregeln ergreifen, um jeder Schwierigkeit oder Verwickelung vorzubeugen, die in Betreff der Vergangenheit rücksichtlich des Besitzes und des Verkaufs Seiten der sächsischen oder französischen Herausgeber (Verleger), Drucker, oder Buchhändler, solcher Vervielfältigungen von noch nicht zum Gemeingut gewordenen Werken französischen oder sächsischen Eigenthums entstehen können, welche noch vor Inkrafttretung gegenwärtiger Uebereinkunft angefertigt oder importirt worden, oder jetzt noch in der widerrechtlichen Anfertigung oder Nachbildung begriffen sind.

Art. 12.

Die französischen oder sächsischen Herausgeber sollen ermächtigt sein, zur Veröffentlichung derjenigen Theile oder Lieferungen, welche zur Beendigung nicht autorisirter, in der Herausgabe begriffener Werke, von denen ein Theil bereits vor dem Tage der Unterzeichnung der gegenwärtigen Uebereinkunft erschienen ist, nöthig sind. Es darf jedoch die Auflage dieser noch zu veröffentlichenden Theile oder Lieferungen die Zahl der Abzüge der letzten, vor der Ratification des gegenwärtigen Vertrags erschienenen Lieferung oder des letzten Theils in keinem Falle übersteigen. Auch sollen die neuen Bände nicht eher zum Verkaufe gebracht werden, als bis die durch Artikel 14 bestimmten Bedingungen gehörig erfüllt worden sind.

Art. 13.

Was die zeither in Sachsen oder Frankreich nachgedruckten Revüen und periodischen Sammelwerke betrifft, so sollen die sächsischen oder französischen Herausgeber ermächtigt sein, diejenigen Lieferungen, welche zu Vervollständigung der bis zum 31. December 1856 laufenden Subscriptionen ihrer Abonnenten bestimmt sind, ebenso wie die auf ihrem Lager befindlichen nicht verkauften Verräthe, ohne Schadloshaltung des ursprünglichen Herausgebers zu veröffentlichen.

Les caractères constituant la contrefaçon seront déterminés par les tribunaux de l'un ou l'autre pays, d'après la législation en vigueur dans chacun des deux Etats.

Art. 10.

Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des deux hautes parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire, à leur convenance, par des mesures législatives ou administratives le commerce, la répresentation, l'exposition (Feilhaltung) ou la vente de productions littéraires et artistiques. De même aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interprétée de manière à contester le droit des hautes parties contractantes de prohiber l'importation sur leur propre territoire des livres que leur législation intérieure ou des traités avec d'autres Etats feraient entrer dans la catégorie de reproductions illicites.

Art. 11.

Les deux Gouvernements prendront les mesures nécessaires pour prévenir toute difficulté ou complication, quant au passé, à raison de la possession et de la vente par les éditeurs, imprimeurs ou libraires saxons ou français de réimpressions d'ouvrages de propriété française ou Saxonne non tombés dans le domaine publice, fabriqués ou importés par eux antérieurement à la mise en vigueur de la présente convention ou actuellement en cours de fabrication et de réimpression non autorisée.

Art. 12.

Les éditeurs français ou saxons pourront publier les volumes ou livraisons nécessaires pour l'achèvement des ouvrages de reproduction non autorisés en course de publication, dont une partie aurait déjà paru avant la date de la signature de la présente convention. Dans aucun cas le tirage des volumes ou livraisons à paraître ne pourra dépasser le chiffre du tirage de la dernière livraison ou du dernier volume ayant paru avant la ratification du présent traité.

Les nouveaux volumes ne pourront être mis en vente qu'après que les conditions à déterminer en vertu de l'article 14 auront été dûment remplies.

Art. 13.

Pour les revues et recueils périodiques réimprimés jusqu'ici en Saxe ou en France, les éditeurs saxons ou français sont autorisés à publier les livraisons destinées à compléter jusqu'au 31. Décembre 1856 souscriptions de leurs abonnés, ainsi que les collections non vendues existant en magasin, sans indemnité au profit de l'éditeur original.

Art. 14.

Um die Ausführung der vorhergehenden Artikel zu sichern, werden die beiderseitigen Regierungen durch ihre Behörden binnen sechs Wochen, von Auswechselung der Ratificationen der gegenwärtigen Uebereinkunft an gerechnet, und möglichst gleichzeitig bei allen Buchhändlern, Herausgebern und Druckern über alle in Frankreich oder Sachsen herausgegebenen oder in der Herausgabe begriffenen Bücher, die jetzt im Besitze der gedachten Buchhändler, Herausgeber oder Drucker befindlich und noch nicht nach den Landesgesetzen Gemeingut geworden sind, ein allgemeines Inventar aufnehmen lassen.

Nach Maaßgabe dieses Inventars werden die Behörden der beiden Regierungen alle verzeichneten Bücher mit einem gleichförmigen Stempel bedrucken. Was die Herausgeber (Verleger) betrifft, so soll ihnen für jedes in Theilen oder Lieferungen erscheinende Werk, welches von ihnen herausgegeben, oder dessen Eigenthum von ihnen erworben worden, nach Anleitung des über die auf ihrem Lager befindlichen Werke aufgenommenen allgemeinen Inventars ein Conto eröffnet werden und die Stempel sollen für jedes einzelne Werk auf Verlangen der Herausgeber, nach Maaßgabe des Bedürfnisses, bis zu der auf ihr Conto in dem allgemeinen Inventar gebrachten Anzahl aufgedruckt werden.

Art. 15.

Nach Ablauf der, für die Aufdruckung des Stempels im vorhergehenden Artikel angegebenen Frist unterliegen alle mit dem Stempel nicht versehene Exemplare von Nachdrucken oder unbefugten Vervielfältigungen französischer oder sächsischer Bücher der Beschlagnahme und Confiscation sowohl bei dem Herausgeber selbst, als bei den Sortimentshändlern und Commissionären.

Art. 16.

Das oben erwähnte Inventar erstreckt sich in gleicher Weise auch auf die Holzschnitte und gestochenen Platten aller Art, sowie auf die lithographischen Steine, die auf dem Lager bei den sächsischen und französischen Herausgebern und Druckern sich befinden und eine widerrechtliche Vervielfältigung sächsischer und französischer Muster ausmachen. Die sächsischen oder französischen Herausgeber sollen während eines Jahres, vom Tage der Aufnahme des Inventars an gerechnet, berechtigt sein, sich der, in oben erwähnter Weise im Inventar verzeichneten Formen und Platten und Steine zur Nachbildung zu bedienen, jedoch nur bis zur Zahl von 1500 Exemplaren, oder, wenn die Vervielfältigungen mit einem literarischen Erzeugnisse zusammenhängen, z. B. Illustrationen, bis zur Zahl der Exemplare dieses literarischen Erzeugnisses.

Art. 17.

Es soll als selbstverständlich angesehen werden, daß die Bestimmungen der Artikel 14, 15 und 16 für die betheiligten Contrahenten nur insoweit verbindlich sind, als sie dieselben nicht durch besondere Uebereinkünfte,

Art. 14.

Pour assurer l'exécution des articles précédents, les deux Gouvernements feront proceder par leurs Agents, dans le délai de six semaines à partir de l'échange des ratifications de la présente convention, et autant que possible simultanément chez tous les libraires, éditeurs et imprimeurs, à un inventaire général de tous les livres publiés ou en cours de publication en France et en Saxe, actuellement en possession des dits libraires, éditeurs ou imprimeurs et non encore tombés dans le domaine public, selon les lois des deux pays.

Au fur et à mesure de l'inventaire les agents des deux Gouvernements apposeront gratuitement un timbre uniforme sur tous les ouvrages inventoriés. Quand aux éditeurs, un compte leur sera ouvert pour chaque ouvrage publié en volume ou en livraison par eux ou dont ils auront acquis la propriété, d'après l'inventaire général des ouvrages qu'ils possèdent en magasin, et les timbres seront délivrés pour chacun des ouvrages sur la demande des éditeurs, au fur et à mesure de leurs besoin jusqu'a concurrence de nombre d'exemplaires porté à leur compte dans l'inventaire général.

Art. 15.

Après l'expiration du délai indiqué dans le précédent article pour l'apposition du timbre, tous les exemplaires des contrefaçons ou reproductions non autorisées des livres français ou saxons non revêtus du timbre, seront passibles de saisie et de confiscation, soit chez les libraires détaillants et commissionaires.

Art. 16.

L'inventaire indiqué plus haut s'appliquera également aux bois et planches gravés de toute sorte, ainsi qu'aux pierres lithographiques existant en magasin chez les éditeurs ou imprimeurs saxons ou français, et constituant une reproduction non autorisée de modèles saxons ou français. Les éditeurs saxons ou français seront autorisés pendant un an à partir du jour de l'inventaire à se servir des bois et planches gravés, ainsi que des pierres lithographiques inventoriés comme il est dit plus haut, pour reproduire leurs modèles, mais seulement jusqu'à concurrence de 1500 exemplaires, ou si les reproductions se rattachent à une publication littéraire, comme à des illustrations, jusqu'à concurrence du nombre des exemplaires de cette publication.

Art. 17.

Il demeure formellement entendu que les stipulations des articles 14, 15 et 16 ne seront obligatoires pour les parties intéressées qu'autant qu'elles n'y auront pas dérogé par des con-

die von ihnen im gemeinsamen Einverständnisse, vor und nach dem Abschlusse der gegenwärtigen Uebereinkunft getroffen worden, entkräftet haben.

Art. 18.

Während der Dauer gegenwärtiger Uebereinkunft sollen die Zollsätze, mit welchen dermalen die im Königreiche Sachsen erschienenen Bücher und wissenschaftlichen Abhandlungen in französischer oder fremder Sprache, Kupfer- und andere Stiche, Lithographien, geographische und See-Karten, sowie Musikalien bei ihrer erlaubten Einfuhr zu Land oder zu Wasser in das Gebiet des französischen Kaiserreichs belegt sind, ermäßigt und nach folgenden Sätzen entrichtet werden:

Bücher, Broschüren und wissenschaftliche Abhandlungen, broschirt, cartonnirt und gebunden, wenn sie in französischer Sprache verfaßt sind, 100 Kilogramm: 20 Franks, wenn sie in einer anderen todten oder lebenden Sprache verfaßt sind, 100 Kilogr. 1 Frank,

Kupferstiche
Stiche anderer Art (Holzschnitte)
Lithographien } 100 Kilogr. 20 Frks.
Geographische und See-Karten
Musikalien

In deutscher Sprache abgefaßte wissenschaftliche Schriften und Schulbücher, in welchen französische Citate und Uebungen enthalten sind, sollen während der Dauer der gegenwärtigen Uebereinkunft, vorausgesetzt, daß diese Citate oder Uebungen nur ein Zubehör des Werks bilden, bei ihrer Einfuhr in Frankreich für 100 Kilogramm nur 1 Frank entrichten.

Die Erzeugnisse, welche nach den vorbemerkten ermäßigten Zollsätzen in Frankreich eingeführt werden sollen, müssen mit einem Ursprungszeugnisse versehen sein, welches in der von der königlich sächsischen Regierung vorgeschriebenen Form und von der als zuständig bezeichneten Behörde ausgefertigt ist.

Art. 19.

Da bei den hohen contrahirenden Theilen überdies der Wunsch vorwaltet, auch der Anwendung von geistiger und künstlerischer Thätigkeit auf die Manufacturindustrie Schutz zu gewähren, so erklären dieselben hiermit im gemeinschaftlichen Einverständnisse, daß die in dem einen der beiden Länder erfolgende Vervielfältigung von Fabrikzeichen, welche in dem anderen gewissen Waaren zu Bezeichnung ihres Ursprungs und ihrer Beschaffenheit beigefügt werden, der widerrechtlichen Vervielfältigung von Werken der Kunst gleichgeachtet werden soll, und daß die auf die Verhinderung dieses Vergehens bezüglichen, in der gegenwärtigen Uebereinkunft enthaltenen Bestimmungen in gleicher Weise auf die Vervielfältigung gedachter Fabrikzeichen Anwendung leiden sollen.

Die Fabrikzeichen, deren Eigenthum die Unterthanen des einen der beiden Staaten in dem anderen Staate sich sichern wollen, müssen ausschließlich hinterlegt werden, nämlich die Fabrikzeichen sächsischen Ursprungs zu Paris bei der Gerichtsschreiberei des Handelsgerichts des Seinedepartements, und die Fabrikzeichen französischen Ursprungs in Sachsen bei der

ventions particulières intervenues, d'un commun accord, avant ou après la conclusion de la présente convention.

Art. 18.

Pendant la durée de la présente convention les droits actuellement établis à l'importation licite, par terre ou par mer, dans le territoire de l'Empire Français, des livres et mémoires scientifiques en langue française ou étrangère, des estampes, gravures, lithographies, cartes géographiques ou marines, ainsi que de la musique publiée dans l'étendue du Royaume de Saxe, demeureront réduits et fixés aux taux ci-après:

Livres, brochures et mémoires scientifiques, brochés ou cartonnés ou reliés en langue française 20 francs par 100 kilo., en toute autre langue morte ou vivante 1 franc par 100 kilo.

Estampes Gravures Lithographies Cartes géographiques ou marines Musique	20 francs par 100 kilo.

Les traités scientifiques et livres de classe écrite en langue allemande, dans lesquels se trouveraient des citations ou des leçons en français, seront admis pendant la durée de la présente convention à leur importation en France, au droit de 1 franc par 100 kilo., pourvu que ces citations ou ces leçons ne forment qu'une partie accessoire de l'ouvrage.

Les publications pour lesquelles on reclamera à leur introduction en France, le bénéfice du présent tarif, devront être accompagnées d'un certificat d'origine délivré dans la forme et par les autorités que le Gouvernement Saxon aura désignée à cet effet.

Ar. 19.

Les hautes parties contractantes désirant en outre protéger l'application à l'industrie manufacturière des travaux d'esprit et d'art, déclarent d'un commun accord, que la reproduction dans l'un des deux pays, des marques de fabrique apposées dans l'autre sur certaines marchandises pour constater leur origine et leur qualité, sera assimilée à la contrefaçon des oeuvres d'art et que les dispositions relatives à la répression de ce délit inserées dans la présente convention, seront également applicables à la reproduction des dites marques de fabrique.

Les marques de fabrique dont les sujets de l'un des deux Etats voudront s'assurer la propriété dans l'autre devront être déposées exclusivement, savoir: les marques d'origine saxonne à Paris au greffe du tribunal de commerce de la Seine — et les marques de fabrique d'origine française, devant l'autorité compétente en Saxe pour recevoir ce dépôt, lorsqu'il sera effectué pour des sujets Saxons en vertu des prescriptions légales.

für diese Hinterlegung zuständigen Behörde, sobald die letztere für sächsische Unterthanen in Gemäßheit gesetzlicher Vorschriften geschehen wird.

Art. 20.

Um die vollständige Ausführung des gegenwärtigen Vertrags zu erleichtern, versprechen die beiden hohen contrahirenden Theile, alle Verordnungen, Reglements und Ausführungsvorschriften, die in dem einen oder dem anderen Lande rücksichtlich der in der gegenwärtigen Uebereinkunft geordneten Gegenstände erlassen werden, sowie alle Aenderungen, die in der Gesetzgebung der beiden Länder in Bezug auf den Schutz des literarischen und artistischen Eigenthumsrechts etwa vorgenommen werden, sich gegenseitig mitzutheilen.

Art. 21.

Der gegenwärtige Vertrag soll in Wirksamkeit bleiben für die Dauer von sechs Jahren, von dem Austausche der Ratificationen an gerechnet, welcher in möglichst kurzer Zeit erfolgen soll.

Im Falle der eine der contrahirenden Theile nicht wenigstens sechs Monate vor dem Ablaufe des vorgedachten sechsjährigen Zeitraums den Vertrag aufkündigen würde, soll derselbe für andere sechs Jahre in Kraft bleiben und so fort.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Wappen beigedruckt.

So geschehen zu Dresden, am 19. Mai Ein Tausend Acht Hundert Sechs und Fünfzig.

(L. S.) (gez.) Beust.

Art. 20.

Pour faciliter la pleine exécution du présent traité les deux hautes parties contractantes promettent de se donner mutuellement connaissance de tous les réglemens, ordonnances et mesures d'exécution quelconques, qui seraient décrétés dans l'un et l'autre pays, concernant les matières réglées dans la convention présente, ainsi que des changements qui pourraient survenir dans la législation des deux pays, en ce qui touche la garantie de la propriété littéraire.

Art. 21.

Le présent traité demeurera en vigueur pendant six ans, à partir de l'échange des ratifications qui aura lieu dans le plus bréf délai possible.

Dans le cas où l'une des deux parties contractantes n'aurait point dénoncé le traité six mois au moins avant l'expiration des six années précitées, il restrera en vigueur pendant six autres années encore, et ainsi de suite.

En fois de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Dresde le 19 Mai de l'an de grâce 1856.

(L. S.) (signé) Forth-Rouen.

Convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et Sa Majesté l'Empereur des Français pour la garantie réciproque de la propriété des oeuvres de littérature et d'art. — 4. Juillet 1856.

S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, et S. M. l'Empereur des Français, également animés du désir de protéger les sciences et les arts et d'encourager les entreprises utiles qui s'y rapportent, ont, à cette fin, résolu d'adopter d'un commun accord les mesures les plus propres à garantir, dans les deux pays, aux auteurs ou à leurs ayants-cause, la propriété des oeuvres littéraires ou artistiques publiées pour la première fois dans le Grand-Duché de Luxembourg ou en France.

Dans ce but, Ils ont nommé pour Leurs plénipotentiaires savoir:

S. M. le Roi des Pays-Bays, Grand-Duc de Luxembourg, le sieur Mathias Simons, Administrateur général des affaires étrangères, Président du Conseil de Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, commandeur des ordres du Lion Néerlandais et de la Couronne de Chêne, chevalier de l'ordre de l'Aigle rouge de Prusse, 2. classe;

Et S. M. l'Empereur des Français, le sieur Jean-Maria-Armand baron d'André, commandeur de l'ordre impérial de la Légion-d'Honneur, grand'croix de l'ordre pontifical de Saint-Grégoire-le Grand, commandeur de l'ordre royal de François I. de Naples, chevalier des ordres des S. Maurice et Lazare de Sardaigne et de Léopold de Belgique, Son Envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi des Pays-Bas;

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1.

Le droit exclusif des auteurs de publier leurs ouvrages d'esprit ou d'art, tels que livres, écrits, oeuvres dramatiques, compositions musicales, tableaux, gravures, lithographies, dessins, travaux de sculpture et autres productions littéraires et artistiques, sera protégé également dans les deux Etats, de telle sorte que la protection accordée en France par le décret du 28 mars 1852, aux ouvrages publiés dans le Grand-Duché de Luxembourg, sera également accordée, d'après les termes de la loi promulguée dans le Grand-Duché, sous la date 25 Janvier 1817, aux ouvrages publiés en France.

Les représentants légaux ou les ayants-cause des auteurs d'oeuvres littéraires ou artistiques, jouiront, dans la même mesure, de la protection qui leur est accordée par ces lois.

Art. 2.

Les stipulations de l'art. 1. s'appliqueront également à la représentation ou exécution des oeuvres dramatiques ou musicales, en tant que les lois de chacun de deux Etats garantissent ou garantiront par la suite protection aux oeuvres susdites exécutées ou représentées pour la première fois sur les territoires respectifs.

Art. 3.

Pour assurer à tous ouvrages littéraires ou artistiques la protection stipulée dans les articles précédents, il suffira que leurs auteurs établissent, au besoin, par un témoignage émanant d'une autorité publique, que l'ouvrage en question est une oeuvre originale, qui, dans le pays où elle a été publiée, jouit de la protection légale contre la contrefaçon ou réimpression illicite.

Les hautes parties contractantes se réservent de désigner les autorités publiques des deux Etats qui seront compétentes pour l'expédition de tels temoignages d'originalité.

Art. 4.

L'exposition et la vente de réimpressions et reproductions illicites des oeuvres indiquées dans l'art. 1. sont prohibées dans les deux Etats, sans qu'il y ait à distinguer si ces réimpressions ou reproductions proviennent de l'un des Etats même ou de tout autre pays.

Art. 5.

Les deux hautes parties contractantes s'engagent à assurer, par tous les moyens en leur pouvoir, l'exécution des stipulations contenues dans les articles précédents, et à faire jouir réciproquement leurs ressortissants de la protection légale assurée aux nationaux.

Les tribunaux de chaque pays auront à décider, d'après la législation existante, la question de contrefaçon ou de reproduction illicite.

Art. 6.

La présente convention ne pourra faire obstacle à la libre continuation de la vente dans les Etats respectifs, des ouvrages qui auraient été publiés en contrefaçon avant la mise en vigueur de la dite convention: à la condition, pour le vendeur, de faire revêtir d'un timbre spécialement affecté à cette destination et apposé par le Gouvernement sans frais et gratuitement, chaque exemplaire de ces contrefaçons restées dans ses mains dans un délai de trois mois à dater de la ratification et de la publication de la présente convention.

Passé ce délai, tout exemplaire contrefait d'un ouvarage d'esprit ou d'art publié dans l'un ou l'autre pays, qui ne serait pas revètu du timbre susmentionné, sera considéré comme ayant été publié en fraude, et pourra donner lieu à l'application de toutes les dispositions pénales ou autres, stipulées dans la présente convention en matière de contrefaçon littéraire ou artistique.

Art. 7.

Pour faciliter l'exécution de ce traité, les deux hautes parties contractantes se communiqueront respectivement les lois et ordonnances que chacune d'elles aurait promulguées ou pourrait à l'avenir promulguer pour garantir le commerce légitime contre la réimpression ou reproduction illicites.

Art. 8.

Les stipulations de ce traité ne sauraient infirmer le droit des hautes parties contractantes de surveiller, de permettre ou d'interdire, à leur convenance, par des mesures législatives ou administratives, le commerce, la représentation, l'exposition ou la vente de productions littéraires et artistiques.

De même, aucune des stipulations de la présente convention ne saurait être interprété de manière à contester le droit des hautes parties contractantes, de prohiber l'importation, sur leur propre territoire, des livres que leur législation intérieure ou des traités avec d'autres Etats feraient entrer dans la catégorie de reproductions illicites.

Art. 9.

La présente convention aura force et vigueur pendant dix ans, à partir du jour où ses ratifications auront eu lieu, et, dans le cas où aucune des deux parties n'aurait signifié, douze mois avant l'expiration de la dite période de dix années, son intention d'en faire cesser les effets, la convention continuera à rester en vigueur encorce une année, et ainsi de suite, d'année en année, jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour ou l'une ou l'autre des parties l'aura dénoncée.

Art. 10.

La présente convention sera ratifiée et l'échange des ratifications aura lieu dans le délai de deux mois ou plus tard.

Après l'échange des ratifications, le présent traité sera publié par les deux hautes parties contractantes aussitôt que possible, et il sera mis en vigueur après la publication accomplie dans les deux Etats.

Fait en double original et signé à Luxembourg le quatrième jour du mois de juillet de l'an de grâce mil huit cent cinquante-six, et à La Haye le sixième jour du même mois.

(L. S.) *Simons.*

(L. S.) *Baron d'André.*

Data der Decrete, durch welche die Staatsverträge, die Frankreich mit den einzelnen deutschen Staaten abgeschlossen hat, in Frankreich in Vollzug gesetzt worden sind.

Vertrag mit Hannover v. 20. Oct. 1851 durch Decr. v. 16. Jan. 1852.
" Braunschweig v. 8. Aug. 1852. d. D. v. 19. Oct. 1852.
" dem Großh. Hessen v. 18. Sept. 1852 d. D. v. 23. Nov. 1852.
" Hessen-Homburg v. 2. Oct. 1852 d. D. v. 23. Nov. 1852.
" Reuß ält. Linie v. 24. Febr. 1853 d. D. v. 29. April 1853.
" Reuß jüng. Linie v. 24. Febr. 1853 d. D. v. 10. Juni 1853.
" Nassau v. 2. März 1853 d. D. v. 27. April 1853.
" Hessen-Cassel v. 7. Mai 1853 d. D. v. 25. August 1853.
" Sachsen-Weimar v. 18. Mai 1853 d. D. v. 27. Juni 1853.
" Oldenburg v. 1. Juli 1853 d. D. v. 30. Nov. 1853.
" Schwarzburg-Sondersh. v. 7. Dec. 1853 d. D. v. 24. Febr. 1854.
" Schwarzb.-Rudolstadt v. 16. Dec. 1853 d. D. v. 9. Febr. 1854.
" Waldeck v. 4. Febr. 1854 d. D. v. 27. April 1854.
" Baden v. 3. April 1854 d. D. v. 30. Mai 1854.
" Hamburg v. 2. Mai 1856 d. D. v. 8. Juli 1856.
" Sachsen v. 9. Mai 1856 d. D. v. 13. Juni 1856.

v. 28. Juli 1842.	v. 19. Juni 1845.	v. 6. Nov. 1856.	v. 12. März 1857.
	27. Nov. 1845.		
	16. Sept. 1845.		
	8. Aug. 1845.		
12. Oct. 1844.	7. Aug. 1845.	22. Dec. 1856.	
0	2. Sept. 1845.		
0	20. Aug. 1845.		
22. Aug. 1842.	21. Juli 1845.		
11. Aug. 1842.	8. Juli 1845.		
0	0		
16. Aug. 1842.	13. Aug. 1845.		
15. Aug. 1842.	23. Juli 1845.		
	13. Juli 1846.		
8. Jan. 1844.	23. Aug. 1845.		
0	10. Juli 1845.		
0	4. Aug. 1845.		
23. Aug. 1842.	20. Nov. 1845.		
13. Aug. 1842.	15. Juli 1845.		
	8. Juli 1845.		
3. Oct. 1842.	6. Sept. 1845.		
0	4. Febr. 1847.		
0	12. Febr. 1847.		
	3. Juli 1845.		
0	0		
0	24. Juli 1845.	$^{5}/_{11}$. Dec. 1856.	
20. Sept. 1842.	16. Jan. 1846.	26. Jan. 1857.	
	8. Juli 1845.		
31. Aug. 1842.	6. Aug. 1845.		
0	16. Aug. 1845.	20. Dec. 1856.	
12. Aug. 1842.	9. Juli 1845.		
0	14. Juli 1845.		
15. Aug. 1842.	26. Aug. 1845.		
9. Aug. 1842.	10. März 1846.		
0	16. Aug. 1845.		
17. Aug. 1842.			
0	22. Juli 1845.		
17. Aug. 1842.	0		

·ublicationsdata der deutschen Bundesbeschlüsse.*

v.23 Nov.1838.	v.4.April.1840.	v.22.Oct.1840.	v.11.Febr.1841.	v.22.April184
				184
			16. März 1841.	25. Mai 184
				184
31. Oct. 1838.	26. Mai 1840.	12. Oct. 1844.	12. Oct. 1844.	3. Juni 184
0	0	0	0	23. Juli 18
0	0	0	0	0
0	0	0		19. Juli 18
0	0	0		13. Mai 18
0	0	0	0	14. Juni 18
14. Dec. 1838.	0	17. Nov. 1840.		13. Mai 18
	10. Nov. 1840.	10. Nov. 1840.	27. Febr. 1841.	28. Mai 18
0				2. Oct. 18
8. Jan. 1844.	8. Jan. 1844.	8. Jan. 1844.	8. Jan. 1844.	
				19. Oct. 18
0	0	0	0	
0	0	0	0	12. Juni 184
11. Dec. 1838.	16. März 1841.	10. Nov. 1840.	16. März 1841.	7. Juli 18
0	0	0	0	4. Juni 18
				31. Juli 18
15. Nov. 1842.	15. Nov. 1842.	15. Nov. 1842.	15. Nov. 1842.	31. Oct. 18
7. Febr. 1839.	19. März 1841.	0	19. März 1841.	19. April 18
	2. April 1841.	0	2. April 1841.	16. Mai 18
3. Jan. 1839.		25. Nov. 1840.		
20. Dec. 1838.	0	9. Nov. 1840.	24. März 1841.	15. Mai 18
0	0	0	0	2/7. Aug. 18
1. Juni 1841.	1. Juni 1841.	1. Juni 1841.	1. Juni 1841.	6. Nov. 18
11. Juli 1845.	11. Juli 1845.	11. Juli 1845.	27. Oct. 1844.	
	8. Sept. 1841.	8. Sept. 1841.		1. Juli 18
0	0	0	0	29. Juni 18
0	18. April 1840.	7. Nov. 1840.	27. Febr. 1841.	10. Mai 18
0	0	0	0	14. Mai 18
7. Jan. 1839.	7. Mai 1842.			
				7. Mai 184
0	0	0	0	7. Juli 184
17. Aug. 1842.	17. Aug. 1842.	17. Aug. 1842.	17. Aug. 1842.	184
0	0	0	0	17. Juli 184
13. April 1839.	13. Juni 1840.	28. Juli 1842.	28. Juli 1842.	0

·etreffenden Staate nicht publicirt ist.

…isse.*)

April 1841.
1841.
Mai 1841.
1841.
Juni 1841.
Juli 1841.
0
Juli 1841.
Mai 1841.
Juni 1841.
Mai 1841.
Mai 1841.
Oct. 1842.
Oct. 1843.
Juni 1841.
Juli 1841.
Juni 1841.
Juli 1841.
Oct. 1841.
April 1843.
Mai 1843.
Mai 1841.
Aug. 1841.
Nov. 1841.
Juli 1841.
Juni 1841.
Mai 18
Mai 18

	v. 6. Sept. 1832.	v. 2. April 1835.	v. 9. Nov. 183
Anhalt-Bernburg.	27. Oct. 1832.	0	10. Febr. 1838
Anhalt-Cöthen	16. Oct. 1832.	0	9. April 1838
Anhalt-Dessau.	3. Nov. 1832.	0	6. Jan. 1838
Baden.	5. Nov. 1832.	15. Juni 1835.	26. Jan. 1838
Bayern.	22. Oct. 1832.	0	0
Braunschweig.	9. Oct. 1832.	0	0
Bremen.	8. Oct. 1832.	0	9. April 1838
Frankfurt.	28. Sept. 1832.	0	3. April 1838
Hamburg.	3. Oct. 1832.	0	16. März 1838
Hannover.	26. Sept. 1832.	0	13. Dec. 1837
Hessen-Darmstadt.	29. Sept. 1832.	0	9. Dec. 1837
Hessen-Kassel.	2. Nov. 1832.	0	28. Dec. 1837
Hessen-Homburg.		0	8. Jan. 1844
Hohenzollern-Hechingen.		0	
Hohenzollern-Sigmar.	23. Nov. 1832.	0	23. Febr. 1838
Holstein u. Lauenburg.	30. Nov. 1833.	0	23. März 1839
Lippe-Detmold.	2. Oct. 1832.	0	19. Dec. 1837
Lippe-Schaumburg.	2. Oct. 1832.	0	8. Juli 1845
Lübeck.	26. Sept. 1832	0	10. Febr. 1838
Luxemburg.	27. Nov. 1839.	0	11. Mai 1838
Meklenburg-Schwerin.	14. Oct. 1832.	26. Jan. 1836.	19. April 184
Meklenburg-Strelitz.	29. Oct. 1832.	0	16. Mai 184
Nassau.	20. Oct. 1832.	0	
Oesterreich.	19. Nov. 1832.	0	26. Nov. 1840
Oldenburg.	23. Jan. 1835.	0	14/20 Dec. 1837
Preußen.	12. Febr. 1833.	0	29. Nov. 1837
Reuß, ältere Linie.	12. Oct. 1832.	0	8. Juli 1845
Reuß, jüngere Linie.		0	4. April 1838
Sachsen.	1. Juni 1833.	0	4. Jan. 1838
Sachsen-Altenburg.	16. Oct. 1832.	0	25. Nov. 1837
Sachsen-Coburg-Gotha.	5 Oct. 1832.	0	9. Dec. 1837
Sachsen-Meiningen-Hildburghausen.	27. Oct. 1832.	0	2. Jan. 1838
Sachs.-Weimar-Eisenach.	1. Oct. 1832.	0	14. Dec. 1837
Schwarzburg-Sondersh.	7. Oct. 1832.	0	19. April 1838
Schwarzburg-Rudolstadt	29. Sept. 1832.	0	19. Jan. 1838
Waldeck.	6. Oct. 1832.	0	0
Würtemberg.	24. Juli 1833.	0	0

*) Eine 0 bezeichnet, daß der betreffende BB. in dem b

Inhaltsverzeichniß

zur Sammlung und zum Nachtrage.*)

Erste Abtheilung.

Die Gesetzgebungen.

A. Die deutsche Gesetzgebung.

*) S. bedeutet die Sammlung, N. den Nachtrag.

2) Das artistische Eigenthum.

Zweite Abtheilung.

Die Staatsverträge.

Berichtigungen.

Sammlung S. 33 Zeile 13 v. o. statt 23. Janv. lies 25.
Sammlung S. 243 zu Zeile 22 v. o. füge Kanton Tessin.
Nachtrag S. 5 Zeile 10 v. u. ist vor Jeden gegen zu ergänzen.
Nachtrag S. 5 Zeile 6 v. u. statt 1827 lies 1829.



